

The SPD logo consists of a red square with the white letters "SPD" inside.

JAHRBUCH 2011–2012

DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS





JAHRBUCH 2011–2012

DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstr. 141
10963 Berlin
Tel. 030.25991-0

spd@spd.de | www.spd.de

Verantwortlich	Andrea Nahles
Erschienen	Oktober 2013

Druck	Druckerei Conrad GmbH, Berlin
Gestaltung	koko-berlin.de

Bestell-Nr.	3800686
-------------	---------

**SPD-JAHRBUCH
2011–2012
INHALT**

7	VORWORT	95	Kulturforum der Sozialdemokratie
9	1. BERICHTE DER GREMIEN	99	Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie
10	Gremien	100	Familienpolitischer Beirat der Zukunftswerkstatt Familie 2011
10	Parteivorstand	101	Gesprächskreis Familie und Jugend 2012
10	Parteikonvent	102	Forum Bildung
13	2. BERICHTE DES WILLY-BRANDT-HAUSES	102	Gesprächskreis Bildung
14	Programmatische Erneuerung und Parteireform 2011–2012	103	Forum Nachhaltigkeit
23	Parteiorganisation	103	Energiekommission
23	Parteischule im Willy-Brandt-Haus	103	Gesprächskreis Innenpolitik
29	Zentraler Rednereinsatz	104	Gesprächskreis gegen Rechtsextremismus
30	Mitgliederwerbung und -entwicklung	104	Forum Sport
32	Politik, Koordination, Zielgruppen	106	Themenforum Verbraucherpolitik
33	Kommunikation	106	BarCamp Frauen
33	Planung und Strategie	107	Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD
33	„Wenn Du was verändern willst“ – Der Film	108	Arbeitskreis Jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
34	Newsdesk	109	Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge der SBZ/DDR
35	Öffentlichkeitsarbeit	109	Seniorenrat
38	Produktion und Vertrieb	110	Gewerkschaftsrat
40	Eventmanagement	110	Gesprächskreis Inklusion und Teilhabe
43	Direktkommunikation	111	Kommission Zukunft der Alterssicherung und Schutz vor Altersarmut
44	Internationale Politik	112	Wilhelm-Dröschner-Preis
50	Pressestelle	113	Gustav-Heinemann-Bürgerpreis
51	3. FINANZEN DER PARTEI	114	Regine-Hildebrandt-Preis
64	Kontrollkommission	115	6. LANDESVERBÄNDE UND BEZIRKE
65	4. ARBEITSGEMEINSCHAFTEN	116	Schleswig-Holstein
66	Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen – ASF	118	Mecklenburg-Vorpommern
71	Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD – AfA	122	Hamburg
73	Arbeitsgemeinschaft SPD 60plus	127	Bremen
75	Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen – ASG	130	Niedersachsen
76	Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD – AfB	136	Braunschweig
78	Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD – AGS – und Innovationspreis	139	Hannover
80	Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen – ASJ	144	Nord-Niedersachsen
81	Arbeitsgemeinschaft JungsozialistInnen in der SPD – Jusos	146	Weser-Ems
84	Arbeitsgemeinschaft Juso-Hochschulgruppen – Juso-HSG	150	Sachsen-Anhalt
85	Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv – Menschen mit Behinderungen in der SPD	153	Brandenburg
86	Arbeitsgemeinschaft Schwusos	157	Berlin
88	Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt	162	Nordrhein-Westfalen
89	5. KOMMISSIONEN, FOREN, PROJEKTGRUPPEN, GESPRÄCHSKREISE, PREISVERLEIHUNGEN	166	Hessen
90	Grundwertekommission	169	Hessen-Nord
91	Historische Kommission	173	Hessen-Süd
92	Medienkommission	176	Thüringen
93	Kommission Gleichstellungspolitik	179	Sachsen
93	Bundesschiedskommission	184	Saarland
95	Gesprächskreis Wohnungsbau und Stadtentwicklung	187	Rheinland-Pfalz
		190	Baden-Württemberg
		195	Bayern
		197	7. ARBEITSKREIS DER BETRIEBSRÄTE IN DER SPD
		199	8. BERICHT DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION
		237	9. DIE SPD-ABGEORDNETEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT
		241	10. SOZIALDEMOKRATISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOMMUNALPOLITIK
		251	11. VERSTORBENE SOZIALDEMOKRATINNEN UND SOZIALDEMOKRATEN
		255	12. BESCHLÜSSE UND ERKLÄRUNGEN – HINWEIS AUF PDF UNTER SPD.DE
		257	13. PERSONEN-INDEX



Fotos: Florian Jaenicke

**SPD-JAHRBUCH
2011 – 2012
VORWORT**

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

in den vergangenen zwei Jahren haben wir gemeinsam das 2009 begonnene Projekt der konsequenten Weiterentwicklung der SPD zu einer modernen Volkspartei mit handlungsstarken Strukturen und einer zukunftsfähigen Programmatik weiter vorangetrieben.

Wir haben mit Bildungsgerechtigkeit, einer solidarischen Steuerpolitik und dem großen Thema einer dem Wandel unterworfenen Arbeitswelt wichtige Politikfelder besetzt und mit Maßnahmen wie der Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns, der Begrenzung von Leiharbeit und gleichem Lohn für gleiche Arbeit konkrete Vorschläge vorgelegt, die den Wert der Arbeit entschieden in den Mittelpunkt rücken – weil wir uns die Verwerfungen einer Zwei-Klassen-Gesellschaft schlicht und einfach nicht leisten können.

Das ist nicht ökonomisch, sondern eindeutig politisch gemeint: Wir können es uns in einer Demokratie nicht leisten, dass Menschen von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen werden, weil Geldbeutel oder Herkunft darüber entscheiden, welche Bildungschancen junge Menschen haben, wie selbstbestimmt ältere Menschen ihr Leben gestalten können oder welchen Spielraum Familien haben.

Dass wir uns produktiv mit diesen Fragen beschäftigt haben, ist auch das Ergebnis von Parteireform und Parteiöffnung mit dem Etappenziel eines Regierungsprogramms, das in Bürgerdialog und Bürgerkonvent unter Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern entstanden ist – gemeinsam mit Genossinnen und Genossen. Der positive Verlauf dieser offenen inhaltlichen Diskussion zwischen Mitgliedern und

politisch interessierten Unterstützerinnen und Unterstützern ist für uns eine klare Bestätigung, dass wir uns mit den umgesetzten Veränderungen auf einem guten Weg zu einer lebendigen Beteiligungskultur befinden, die Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern die Gelegenheit gibt, ihr Wissen und ihre Erfahrung einzubringen, auf drängende Fragestellungen Lösungsvorschläge zu entwickeln und zusammen am Projekt einer guten Gesellschaft zu arbeiten.

Der beständige Antrieb, nach vorne zu denken und der Anspruch, das Gute zu erreichen, ist etwas grundsätzlich anderes als das neoliberale, sich selbst genügende und grundsätzlich unpolitische Leistungsprinzip eines Schneller, Besser, Mehr. Vielmehr ist die Pflicht, Zukunft zu denken und daraus politisches Handeln für die Gegenwart abzuleiten, seit 150 Jahren wesentlicher Teil unseres Selbstverständnisses als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Sozialdemokratisches Handeln ist nie rationaler Selbstzweck, sondern ein Handeln, das sich aus dem Dreiklang aus Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit ergibt – Werte, die für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten untrennbar miteinander verbunden und unveräußerlich sind. Werte, deren Wesenskern nicht zur Debatte steht und die gleichzeitig aber immer eine Handlungsaufforderung in sich tragen: Sie wollen gestaltet und für ein solidarisches Miteinander in konkreten Formen verwirklicht werden.

In einer Zeit, die nach Antworten verlangt, in der immer mehr Menschen das Gefühl haben, dass es auf ihre Meinung nicht ankommt und dass ihre Stimme nicht gehört wird, sind wir uns unserer Verantwortung bewusst, auf Fehlentwicklungen entschlossen zu reagieren und nicht taten- und ideenlos abzuwarten, wie es die schwarz-gelbe Bundesregierung in den letzten 4 Jahren getan hat. Wir dürfen es uns nicht gemütlich machen in einer Gegenwart, die für viele Menschen ungemütlich geworden ist.

**WIR SIND BEREIT FÜR KÜNFTIGE HERAUSFORDERUNGEN,
DIE ARBEIT GEHT WEITER: PACKEN WIR'S AN!**

Euer

Sigmar Gabriel

Eure

Julia Klöckner

SPD



SPD-JAHRBUCH 2011 – 2012
BERICHTE DER GREMIEN

**SPD-JAHRBUCH
2011–2012
BERICHTE
DER GREMIEN**

GREMIEN

Im Dezember 2011 wurde auf dem ordentlichen Bundesparteitag eine umfassende Organisationsreform beschlossen. Diese Beschlussfassung bezog sich auch auf Größe und Struktur bisheriger Gremien.

Das Präsidium wurde zugunsten eines im 14-tägigen Rhythmus tagenden Parteivorstands abgeschafft.

Der Parteivorstand besteht seitdem aus 35 gewählten Mitgliedern und den ständigen Gästen – den MinisterpräsidentInnen, dem Fraktionsvorsitzenden, dem 1. Parlamentarischen Geschäftsführer, den Vorsitzenden der großen Arbeitsgemeinschaften.

Der erweiterte Parteivorstand besteht aus den gewählten Mitgliedern, den ständigen Gästen und den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften und Vorsitzenden der Foren, soweit sie nicht gewählte Vorstandsmitglieder sind. Diese nehmen an den Sitzungen des erweiterten Parteivorstands beratend teil.

Der erweiterte Parteivorstand tagt mindestens vierteljährlich.

Das Beratungsgremium Parteirat wurde durch das Beschlussgremium Parteikonvent ersetzt. Diesem Parteikonvent gehören 200 Delegierte der Landesverbände und Bezirke sowie die gewählten Mitglieder des Parteivorstands an.

Außerdem nehmen die im Statut festgeschriebenen beratenden Mitglieder an den Sitzungen des Parteikonvents teil.

Der Parteikonvent wird in den Jahren, in denen kein Parteitag stattfindet, zweimal jährlich einberufen, ansonsten einmal im Jahr.

PARTEIVORSTAND

Der Parteivorstand kam im Berichtszeitraum 14-tägig zu einer Sitzung zusammen. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die aktuelle Lage, die Sozial- und Wirtschaftspolitik, die Umweltpolitik und Energiewende und die Jugendpolitik. Außerdem wurden die Landtagswahlen und die Unterstützung der wahlkämpfenden Landesverbände beraten. Zu den politischen Schwerpunkten und aktuellen Entwicklungen wurde auch Gastreferenten aus gesellschaftlichen Gruppen und der Wissenschaft hinzugezogen. Der Parteivorstand hat sich auch intensiv mit der Umsetzung der Parteireform beschäftigt. Regelmäßig wurden auch die Planungen zu *150 JAHRE SPD* beraten.

Die Vorbereitung der Bundestagswahl und der Wahlkampagne waren ebenfalls Inhalt der Sitzungen. Der Parteivorstand führte regelmäßig Gespräche mit Vereinen, Verbänden und gesellschaftlichen Gruppen.

PARTEIKONVENT

Im Berichtszeitraum hat der Parteikonvent zwei Mal getagt. Am 16. Juni 2012 wurden die vom Parteitag überwiesenen Anträge beraten und verabschiedet. Schwerpunkte in dieser Sitzung waren die Situation der Kommunen, die Jugendpolitik sowie die Außen- und Sicherheitspolitik.

Die zweite Tagung des Parteikonvents fand am 24. November 2012 ebenfalls im Willy-Brandt-Haus statt. Schwerpunkte der Beratungen waren hier die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus, der Mieterschutz, die zukünftige Rentenpolitik und die humanitäre Flüchtlingspolitik. Hierzu wurde vom Parteikonvent die Bildung einer Arbeitsgruppe beschlossen.

MITGLIEDER DES PARTEIVORSTANDS BIS 4. DEZEMBER 2011

Sigmar Gabriel	Parteivorsitzender	Evelyne Gebhardt	Beisitzerin
Hannelore Kraft	Stv. Parteivorsitzende	Kerstin Giese	Beisitzerin
Olaf Scholz	Stv. Parteivorsitzender	Michael Groschek	Beisitzer
Manuela Schwesig	Stv. Parteivorsitzende	Gernot Grumbach	Beisitzer
Klaus Wowereit	Stv. Parteivorsitzender	Jochen Hartloff	Beisitzerin
		Dietmar Hexel	Beisitzer
		Eva Högl	Beisitzerin
Martin Schulz	EU-Beauftragter des PV	Karin Jörns	Beisitzerin
Andrea Nahles	Generalsekretärin	Wolfgang Jüttner	Beisitzer
Barbara Hendricks	Schatzmeisterin	Ulrich Kelber	Beisitzer
		Barbara Ludwig	Beisitzerin
		Heiko Maas	Beisitzer
Doris Ahnen	Beisitzerin	Ulrich Maly	Beisitzer
Niels Annen	Beisitzer	Christoph Matschie	Beisitzer
Ute Berg	Beisitzerin	Hilde Mattheis	Beisitzerin
Björn Böhning	Beisitzer	Julian Nida-Rümelin	Beisitzer
Jens Bullerjahn	Beisitzer	Joachim Poß	Beisitzer
Edelgard Bulmahn	Beisitzerin	Florian Pronold	Beisitzer
Ulla Burchardt	Beisitzerin	Thorsten Schäfer-Gümbel	Beisitzer
Garrelt Duin	Beisitzer	Manfred Schlenz	Beisitzer
Michaela Engelmeier-Heite	Beisitzerin	Ottmar Schreiner	Beisitzer
Elke Ferner	Beisitzerin	Angelica Schwall-Düren	Beisitzerin
Birgit Fischer	Beisitzer	Ralf Stegner	Beisitzer
Peter Friedrich	Beisitzer	Ute Vogt	Beisitzerin

MITGLIEDER DES PARTEIVORSTANDS AB 5. DEZEMBER 2011

Sigmar Gabriel	Parteivorsitzender	Michael Groschek	Beisitzer
Hannelore Kraft	Stv. Parteivorsitzende	Hubertus Heil	Beisitzer
Aydan Özoğuz	Stv. Parteivorsitzende	Zülfiye Kaykin (<i>Amt ruht</i>)	Beisitzerin
Olaf Scholz	Stv. Parteivorsitzender	Alptekin Kirçi	Beisitzer
Manuela Schwesig	Stv. Parteivorsitzende	Anette Kramme	Beisitzerin
Klaus Wowereit	Stv. Parteivorsitzender	Gabriele Lösekrug-Möller	Beisitzerin
		Nadja Lüders	Beisitzerin
		Heiko Maas	Beisitzer
Martin Schulz	EU-Beauftragter des PV	Christoph Matschie	Beisitzer
Andrea Nahles	Generalsekretärin	Hilde Mattheis	Beisitzerin
Barbara Hendricks	Schatzmeisterin	Julian Nida-Rümelin	Beisitzer
		Matthias Platzeck	Beisitzer
Doris Ahnen	Beisitzerin	Joachim Poß	Beisitzer
Niels Annen	Beisitzer	Florian Pronold	Beisitzer
Katrin Budde	Beisitzerin	Thorsten Schäfer-Gümbel	Beisitzer
Martin Dulig	Beisitzer	Armin Schild	Beisitzer
Michaela Engelmeier-Heite	Beisitzerin	Carsten Sieling	Beisitzer
Elke Ferner	Beisitzerin	Ralf Stegner	Beisitzer
Peter Friedrich	Beisitzer	Ute Vogt	Beisitzerin

SPD



Foto: SPD

SPD-JAHRBUCH 2011 – 2012
BERICHTE DES WILLY-BRANDT-HAUSES

**SPD-JAHRBUCH
2011–2012
*BERICHTE DES WILLY-
BRANDT-HAUSES***

**PROGRAMMATISCHE ERNEUERUNG
*PARTEIREFORM 2011–2012***



Foto: Sven Simon

**PARTEIREFORM
UND PROGRAMMATISCHE ERNEUERUNG:
*ZWEI SEITEN DERSELBEN MEDAILLE***

Das schlechte Abschneiden bei der Bundestagswahl im Herbst 2009 war der Impuls für eine grundlegende Erneuerung der Partei auf Organisationsebene und für eine kritische Diskussion programmatischer Inhalte.

Parteireform und programmatische Erneuerung sind dabei die zwei Seiten derselben Medaille: Eine breite Beteiligung aller Mitglieder in inhaltlichen Fragen ist nur möglich über eine entsprechende Beteiligungskultur. Dazu wurden seit dem Parteitag 2009 im Rahmen der Parteireform verschiedene Schritte eingeleitet, die beim Parteitag im Dezember 2011 vorgestellt und beschlossen wurden. Die wichtigsten Etappenziele waren die Verabschiedung des Organisationspolitischen Grundsatzprogramms, die Einführung des Parteikonvents als „kleinem Parteitag“, eine stärkere Mitgliederbeteiligung, die Öffnung der Partei für Nicht-Mitglieder und der Innovationspreis zur Unterstützung neuer Ideen in der Parteiarbeit.

An diesem Prozess haben alle Ebenen der Partei mitgewirkt. Dabei ging es bei der Ortsvereinsbefragung, der Befragung der Unterbezirke und in den Gesprächen und Diskussionsverläufen in der Organisationspolitischen Kommission, den Zukunftswerkstätten und der Unterbezirksvorsitzenden-Konferenz nicht nur um strukturelle Veränderungen, sondern auch immer um programmatische Erneuerung:

Die beste Struktur nützt nichts, wenn keine Inhalte diskutiert werden und sich so weiterentwickeln können und umgekehrt brauchen neue programmatische Ideen auch Strukturen, in denen diese Ideen zirkulieren und diskutiert werden können.

**NEUE STRUKTUREN FÜR EINE NEUE KULTUR
*DER INHALTLICHEN UND PROGRAMMATISCHEN
MITBESTIMMUNG***

Die mit der Parteireform eingeleiteten Schritte waren kein Selbstzweck, sondern Basis für inhaltliche und programmatische Korrekturen unter Einbeziehung der Mitglieder. Durchlässigere Strukturen sollen eine neue Kultur der inhaltlichen Mitbestimmung ermöglichen und es Mitgliedern und auch Nicht-Mitgliedern erlauben, sich themenbezogen und jenseits von Beschlusslagen und Expertenrunden programmatisch einzubringen. Mit den Zukunftswerkstätten, Online-Konferenzen zu Themenschwerpunkten und Bürgerforen wurden einige Formate erfolgreich erprobt, die auch künftig in ähnlicher Weise fortgeführt werden, um auf breiter Basis wichtige Themen zeitnah aufzugreifen und diskutieren zu können. Der Parteikonvent, der zwischen den Ordentlichen Parteitagern mindestens zweimal im Jahr tagt, bietet darüber hinaus die Möglichkeit, Anträge einzubringen und zu verabschieden und so auch außerhalb der „großen“ Parteitage an inhaltlichen Positionen zu arbeiten und diese weiterzuentwickeln.

Auf dem Bundesparteitag vom 4. bis zum 6. Dezember 2011 wurde mit der Verabschiedung des Organisationspolitischen Grundsatzprogramms nicht nur ein wichtiger Schritt der Parteireform vollzogen, es wurden auch programmatische Veränderungen angestoßen, deren Ergebnisse und Teilergebnisse im Ersten und Zweiten Parteikonvent im Juni und im November 2012 weiter konkretisiert und vorangetrieben wurden.

WEITERENTWICKLUNG VON POSITIONEN UND KORREKTUR VON FEHLENTWICKLUNGEN

Im Prozess von Parteireform und Parteiöffnung offenbarte sich eine Diskrepanz in der Einschätzung wichtiger Politikfelder und ihrer programmatischen Gestaltung. Die Analyse dieser Diskrepanzen und die Suche nach Lösungsansätzen orientierten sich an der Leitfrage, wo die SPD in der Zeit der Regierungsbeteiligung bis 2009 Themen gut besetzt und auf einen richtigen Weg gebracht hat und wo Themen vernachlässigt wurden oder sich aus sozialdemokratischer Sicht in eine falsche Richtung entwickelt haben und damit Mitglieder und BürgerInnen enttäuscht und zur Wahlniederlage 2009 mit beigetragen haben.

In der Arbeits- und Sozialpolitik lagen die Hauptkritikpunkte in den Bereichen Leiharbeit, Ausweitung des Niedriglohnssektors und der Rente mit 67. Neue Fragen und Herausforderungen stellen sich beim Thema der Vereinbarkeit von Arbeit und Leben in einer flexibilisierten Arbeitswelt. Die Politikbereiche Bildung, Integration und Familie und das Thema Bürgerversicherung sollen wieder stärker in den Vordergrund gerückt und unter dem Aspekt gesamtgesellschaftlicher Gerechtigkeit zeitgemäß weiter entwickelt werden.

Beim Parteitag im Dezember 2011 fassten die Delegierten klare Beschlüsse in zentralen Politikbereichen. Die Sicherung staatlicher Handlungsfähigkeit über eine solide und gerechte Finanzierung ist Grundpfeiler des verabschiedeten Steuerkonzepts. Die Bürgerversicherung als Teil einer solidarischen Gesundheitspolitik wurde ebenso bestätigt wie der Antrag *NEUER FORTSCHRITT: WERT DER ARBEIT UND EIN BESSERES LEBEN* mit dem Bekenntnis zu Mindestlohn, der Durchsetzung fairer Arbeitsbedingungen, der Begrenzung von Leihar-

beit, der Forderung nach einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und einer Rentenpolitik, die den Fokus verstärkt auf die Verbindung von Erwerbsbiographie und Rentenhöhe legt. Beim Thema Rente wurden die im genannten Antrag behandelten Fehlentwicklungen und mögliche Gegenmaßnahmen weiter konkretisiert und zur weiteren Überarbeitung an den Parteikonvent überwiesen.

Mit der Verabschiedung des Rentenkonzepts *DIE SPD-RENTENPOLITIK: ARBEIT MUSS SICH LOHNEN!* beim Zweiten Parteikonvent im November 2012 liegt ein Beschluss zur künftigen Ausrichtung der Rentenpolitik vor, der Kritikpunkte verarbeitet hat, auf die absehbaren Anforderungen an das Rentensystem solidarische Lösungen vorschlägt und vor allem die unterschiedlichen Erwerbsverläufe der Menschen in den Mittelpunkt stellt.

AUSBLICK: KONSEQUENTE WEITERFÜHRUNG DER MITGLIEDER- UND BÜRGERINNENBETEILIGUNG BEI PROGRAMMATISCHEN ENTSCHEIDUNGEN

Der eingeschlagene Weg einer breiten Einbindung von Mitgliedern und Bürgerinnen und Bürgern bei programmatischen Richtungsentscheidungen findet seine Fortsetzung bei der Vorbereitung des Regierungsprogramms 2013–2017.



Foto: Thomas Imo / photothek

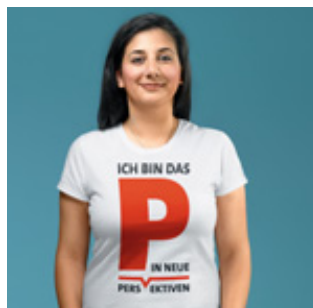
Mit Bürgerdialog und Bürgerkonvent sind zwei Formate geplant, die eine inhaltliche Mitarbeit auch für Nicht-Mitglieder ermöglichen. Durch Parteireform und Parteiöffnung wurde die Grundlage für



Foto: Sven Simon

die Bürgerbeteiligung beim Regierungsprogramm geschaffen: Im Bürgerdialog sollen Anregungen gesammelt und im Bürgerkonvent verdichtet werden, so dass sie als Bürgerprojekte in das Programm aufgenommen werden und somit gleichwertig neben den anderen Programmpunkten stehen.

Auch die künftigen Anforderungen an eine programmatische Erneuerung orientieren sich an der zeitnahen und zeitgemäßen Weiterentwicklung von als wichtig wahrgenommenen Politikfeldern und Themen. Das geht nur mit einer Parteistruktur, die sich schnell auf drängende Fragen einstellen kann und in einer lebendigen Kultur der Mitbestimmung für alle, die sich für gesellschaftlichen Fortschritt engagieren wollen.



PARTEIREFORM 2011–2012 PARTEI IN BEWEGUNG

PARTEI ERGREIFEN!

VORSCHLAG ZUR PARTEIREFORM DER SPD

UNSERE DEMOKRATIE VERÄNDERT SICH. Bürgerinnen und Bürger fordern immer stärker, an Entscheidungen beteiligt zu werden, mitreden und mitbestimmen zu können. Die SPD stellt sich mit ihrer umfassenden Parteireform an die Spitze der Bewegung für mehr Mitbestimmung und Beteiligung. Wir wollen die modernste Partei Europas werden.

MIT DER PARTEIREFORM SCHAFFEN WIR DIE GRUNDLAGEN dafür, dass die SPD eine Volkspartei bleibt, die breit in der Gesellschaft wurzelt und aus ihrer Mitte neue Ideen und Impulse bezieht.

DIE SPD IST UND BLEIBT EINE MITGLIEDERPARTEI. Die Rechte und Einflussmöglichkeiten unserer Mitglieder werden durch die Parteireform entscheidend ausgebaut. Die wichtigsten Änderungen finden Sie hier im Überblick und detailliert unter www.spd.de/partiereform

WWW.SPD.DE



PARTEI IN BEWEGUNG DEMOKRATIE IM WANDEL

Der Parteitag 2009 hat eine der grundlegendsten Parteiformen in der Geschichte der SPD eingeleitet. Mehr Beteiligungsrechte für Mitglieder, weitere Öffnung der Partei – auch für Interessierte ohne Parteibuch. Das waren und sind unsere zukunftsweisenden Ziele und unser Auftrag.

Anders als bei früheren Parteireformen setzten wir nicht nur eine Expertenkommission zur Erarbeitung der Vorschläge ein, sondern beteiligten, neben einem wissenschaftlichen Beirat aus Parteienforscherinnen und -forschern sowie Vertreterinnen und Vertretern anderer Organisationen wie zum Beispiel den Gewerkschaften, die gesamte Partei und ihre Mitglieder.

In einem ersten Schritt haben wir dazu die erste Ortsvereinsbefragung in der Geschichte der SPD überhaupt durchgeführt. Parallel hierzu be-

fragten wir alle Unterbezirke. Die Vorsitzenden der Unterbezirke haben dann auf ihrer Konferenz die Ergebnisse der Untersuchung diskutiert.

Wir initiierten im weiteren Verlauf eine Reihe von Werkstattgesprächen zu den Themen Finanzen, Mitgliederwerbung, der integrierte Ortsverein sowie Haupt- und Ehrenamt, an denen jeweils Vertreterinnen und Vertreter aller Gliederungsebenen teilnahmen.

Die Resultate dieser Gesprächsreihe haben wir auf einer zweiten Konferenz der Unterbezirksvorsitzenden präsentiert und gemeinsam erörtert. Daraufhin hat die Organisationspolitische Kommission das organisationspolitische Grundsatzprogramm *PARTEI IN BEWEGUNG – ORGANISATIONSPOLITISCHES GRUNDSATZPROGRAMM DER SPD – DEMOKRATIE IM WANDEL* entwickelt, das auf dem Parteitag 2011 verabschiedet wurde.

■ www.spd.de/presse/Pressemitteilungen/21586/20111204_leitantrag_organisationspolitik

Dieser Beschluss ist der Auftakt eines andauernden Veränderungsprozesses!

KERNAUSSAGEN DER PARTEIREFORM

- Wir sind eine offene Partei.
- Unsere Mitglieder haben starke Rechte und viele Beteiligungsmöglichkeiten.
- Wir sind eine starke und lebhaftere Mitgliederpartei.

ZIELE DER PARTEIREFORM

- Unser Markenkern ist Demokratie als gesellschaftliches und innerparteiliches Reformprojekt.
- Wir sind veränderungsfähig, geben uns eine neue Organisationsstruktur und -kultur.
- Wir führen Arbeitsformen ein, die die Mitarbeit unserer Mitglieder über verschiedene Phasen ihrer Biografie ermöglichen.
- Wir erweitern die Beteiligungsmöglichkeiten unserer Mitglieder
- Wir sprechen neue Zielgruppen an.
- Wir bieten ein gutes Serviceangebot für unsere Mitglieder.
- Wir politisieren unsere Arbeit.
- Wir stärken unsere Kampagnenfähigkeit.

WIE WIR DIES ERREICHEN

REFORM DER PARTEIGREMIIEN

- Der Parteivorstand wird von 45 auf 35 Mitglieder verkleinert.
- Zu ordentlichen Bundesparteitagen werden nun 600 Delegierte statt 480 geladen.
- Parteirat und Präsidium entfallen.
- Ein Parteikonvent mit 200 Delegierten und Beschlusskompetenz wird eingerichtet. Dieser tagt mindestens zweimal im Jahr, in Jahren, in denen kein Bundesparteitag stattfindet.
- Jährliche Konferenzen der Unterbezirks- und Kreisvorsitzenden finden statt.

ÄNDERUNG DER RICHTLINIEN DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

- Drei neue Arbeitsgemeinschaften werden aufgenommen.
- Standards für die satzungsgemäße Arbeit werden vereinheitlicht.
- Der Status Unterstützerinnen und Unterstützer wird eingeführt.

RICHTLINIEN DER UNTERSTÜTZERINNEN UND UNTERSTÜTZER

- Ziel der Einführung des Status Unterstützerin bzw. Unterstützer ist die Öffnung der Partei für jene, die sich engagieren wollen ohne gleich Mitglied zu werden. Unterstützerinnen und Unterstützer

entscheiden sich für die Mitarbeit in einer bestimmten Arbeitsgemeinschaft und / oder Themenforum. Dadurch ist themenbezogenes bzw. zielgruppengerechtes Engagement gewährleistet.

- Unterstützerinnen und Unterstützer haben volle Mitgliedsrechte in einem Themenforum und / oder in einer Arbeitsgemeinschaft.
- Der Status der Unterstützerin bzw. des Unterstützers ist unbefristet.
- Zu zahlen ist ein Jahresbeitrag von 30 Euro bzw. 12 Euro entrichten Juso-Unterstützerinnen und Unterstützer.

GRUNDSÄTZE FÜR DIE ARBEIT DER THEMENFOREN

- Themenforen können nur auf Bundesebene gebildet werden.
- Mitarbeiten können Mitglieder, Gastmitglieder, Unterstützerinnen und Unterstützer.
- Bei Bundesparteitagen haben Themenforen Antrags- und Rederecht durch eine beratende Delegierte bzw. einen beratenden Delegierten.
- Themenforen haben eine schlanke Struktur: Eine Sprecherin bzw. ein Sprecher, ein Koordinationskreis mit bis zu fünf Mitgliedern, jährliche Jahrestagung.
- Die Arbeit und Kommunikation läuft weitgehend über das Internet.
- Die Partei öffnet sich programmatisch, entwickelt thematische Schwerpunkte weiter und erarbeitet inhaltliche Positionen.
- Jenseits der klassischen Parteistrukturen ist damit Engagement möglich.

RICHTLINIEN ZUR DURCHFÜHRUNG VON MITGLIEDERBEGEHREN, MITGLIEDER-ENTSCHEID UND MITGLIEDERBEFRAGUNG

- Die Durchführung von Mitgliederbegehren und Mitgliederentscheiden wird erleichtert:
- Mitgliederentscheide sind nun auf allen Gliederungsebenen möglich.
- Das Quorum für Mitgliederentscheide wird gesenkt.
- Es besteht die Möglichkeit der Briefwahl.
- Der SPD-Parteivorstand unterstützt Mitgliederbegehren z.B. durch seine bundesweite Veröffentlichung im Vorwärts.
- Alle Mitglieder auf der jeweiligen Ebene werden bei der Wahl der oder des Vorsitzenden durch Mitgliederbefragungen beteiligt. Die Richtlinie stellt Regeln für ein einheitliches und faires Verfahren auf.

RECHTLICHE INITIATIVEN

- Mitgliederbegehren sollen auch online stattfinden dürfen. Dazu müssen die rechtlichen und technischen Voraussetzungen geschaffen werden.
- Das Parteiengesetz soll so geändert werden, dass eine ortsungebundene und flexiblere Ausübung von Mitgliedsrechten möglich wird. Wir wollen außerdem Urwahlen ermöglichen.

VERFAHRENSRICHTLINIE ZUR BETEILIGUNG VON MITGLIEDERN UND NICHTMITGLIEDERN IM VORFELD DER AUFSTELLUNG VON KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN ZU ÖFFENTLICHEN WAHLEN

- Die Richtlinie kommt nur zur Anwendung, wenn es mindestens zwei Bewerberinnen bzw. Bewerber für das zu besetzende Amt gibt und gilt dann für die Kandidatenfindung von (Ober-) Bürgermeisterinnen und -bürgermeistern, Landrätinnen und Landräten, Landtags-, Bundestags- und Europaabgeordneten, Ministerpräsidentinnen und -präsidenten, Bundeskanzlerinnen und Bundeskanzlern.
- Weiter regelt die Richtlinie das Verfahren über die Beteiligung von Mitgliedern und Nichtmitgliedern im Sinne der Einheitlichkeit sowie Manipulation und Missbrauch zu verhindern.

GRUNDSÄTZE FÜR DIE ARBEIT DER MITGLIEDERBEAUFTRAGTEN

- Mitgliederbeauftragte werden auf allen Ebenen der Partei durch ihre Vorstände ernannt.
- Sie sorgen für die Einhaltung der Standards für Bindung, Betreuung und Rückgewinnung von Mitgliedern und berichten jährlich im Rahmen eines Mitgliederberichts über die Mitgliederentwicklung.
- Wir schulen unsere Mitgliederbeauftragte weiter und bieten durch jährlich stattfindende Konferenzen Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch und zur gemeinsamen Jahresplanung.
- Das neue, bundesweite Servicetelefon für Mitglieder wird Hilfestellung geben.

STÄRKUNG DER UNTERBEZIRKE

- Projekte von (ausschließlich) Unterbezirken und Kreisverbänden können aus einem Innovationsfonds mit bis zu 5.000 Euro gefördert werden. Diese Summe muss zweckgerichtet in ein Projekt mit dem Ziel Veränderungsprozesse zu ermöglichen, fließen.
- Über Ausschreibung, Auswahl der Projekte und Mittelvergabe entscheidet auf Vorschlag der Organisationspolitischen Kommission der SPD-Parteivorstand.

VERANTWORTUNG DER UNTERBEZIRKE

- Unterbezirke und Ortsvereine analysieren organisationspolitischen Stärken und Schwächen vor Ort und entwickeln Verbesserungsvorschläge, um ihre politische Schlagkraft zu stärken.
- Die Unterbezirke bieten Ortsvereinen in strukturschwachen Regionen (wo Ortsvereine und Ansprechpartnerinnen bzw. -partner fehlen sowie die gewünschten Themen nicht abgebildet werden können) Unterstützung bei der Analyse ihrer Potenziale an.

FINANZIERBARE UND GERECHTE MITGLIEDSBEITRÄGE

- Jedes Mitglied mit steuerpflichtigem Einkommen kann im Rahmen seines Einkommens eine Beitragsstufe aus den Richtwerten der unten stehenden Tabelle wählen. Mitglieder mit kleinerem Einkommen werden vergleichsweise weniger belastet, als Mitglieder mit höherem Einkommen.
- Für unsere Mitglieder ohne Erwerbseinkommen, Pensionen, Renteneinkünfte oder vergleichbare Einkommen beträgt der monatliche Mitgliedsbeitrag lediglich 2,50 Euro.
- Finanzielle Belastungen, die z.B. durch Arbeitslosigkeit, Pflege von Angehörigen, Babypause etc. entstehen, sollen und dürfen nicht dazu führen, dass jemand nicht SPD-Mitglied wird bzw. über einen Parteiaustritt nachdenkt. Der Mitgliedsbeitrag kann deshalb jederzeit an neue Situationen angepasst und entsprechend abgesenkt bzw. erhöht werden. Jedes Mitglied hat das Recht selbst einzuschätzen, wie es sich einstufen kann und will.

SPD WEIBLICHER MACHEN

- 40 % Direktkandidatinnen, auch in traditionellen SPD-Wahlkreisen, wollen wir bei den nächsten Bundestagswahlen aufstellen, und auch neue Bewerberinnen aktiv unterstützen.
- Wir geben ein Rechtsgutachten für Satzungsänderungen zur Mindestquote von 40 % in der Parteispitze zum nächsten Parteitag in Auftrag.
- Ein Preis nur für Frauen wird im Rahmen des Wilhelm-Dröschner-Preis verliehen.
- Die Internet-Plattform SPD-fem.net nimmt sich der Themen der jungen Frauen an.

BILDUNGSARBEIT

- Wir qualifizieren unsere Ortsvereinsvorsitzenden weiter, auch über die Weiterführung der Kommunal-Akademie und Führungsakademie. Wir schulen unsere Haupt- und Ehrenamtliche und bieten eine online-Akademie für ehrenamtliche Nachwuchskräfte.
- Junge Frauen und Männer werden durch spezifische Angebote gefördert.
- Die Partei öffnet sich interkulturell und bietet Qualifizierungsangebote für Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund.

EUROPÄISCHE MITGLIEDERPARTEI

- Wir bereiten die Delegiertenwahl der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) auf dem nächsten ordentlichen Parteitag vor.
- Zu den Europawahlen nominieren wir eine gemeinsame Spitzenkandidatin bzw. einen gemeinsamen Spitzenkandidaten der SPE.
- Eine individuelle Mitgliedschaft in der SPE soll möglich werden.
- Wir ergreifen die Initiative für ein Grundsatzprogramm der europäischen Sozialdemokratie.

FAZIT

Mit der beschlossenen Parteireform hat die SPD die Grundlagen geschaffen, zur modernsten Partei in Europa zu werden. Schlankere Strukturen, mehr Willensbildung von unten nach oben, mehr Rechte für die Mitglieder bei gleichzeitiger Öffnung der Partei für Nichtmitglieder sind hier die wichtigsten Veränderungen. Gelingt es, die angestrebten Änderungen im Parteiengesetz durchzusetzen können auch die Mitgliedsrechte flexibler gestaltet werden und das Internet eine noch größere Bedeutung für die Parteiarbeit gewinnen. Damit reagieren wir in angemessener Form auf veränderte Mitgliederzahlen, aber insbesondere auf die sich ändernden Partizipationsinteressen und -bedürfnisse der Bevölkerung. Denn mehr Demokratie und Beteiligung in unserer Gesellschaft, bedeutet auch mehr Demokratie und Beteiligung in der SPD.

WAS MUSS IN DEUTSCHLAND BESSER WERDEN? DER SPD-BÜRGERDIALOG



Foto: Bea Marquardt

Der SPD-Bürger-Dialog ist das größte Projekt zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in der Geschichte der SPD! Auf bundesweit mehr als 350 Veranstaltungen haben wir Menschen gefragt: „Was muss in Deutschland besser werden?“

Zehntausende ausgefüllte Dialog-Karten haben uns seit September 2012 erreicht: Insgesamt über 30.000 Vorschläge, Anregungen, Ideen, Kritik zu den verschiedensten Politikbereichen – vom Schutz vor Altersarmut über die Gesundheitsversorgung, bessere Schulen und Hochschulen, faire Löhne, Schutz vor unsicheren Arbeitsverhältnissen bis zur schärferen Regulierung des Banken- und Finanzmarkts.

Die interessantesten Anregungen wurden von uns ausgewählt, die Absenderinnen und Absender eingeladen zum großen SPD-Bürgerkonvent.

Mehrere Hundert werden hier mit uns diskutieren. Gemeinsam wollen wir aus den Ideen konkrete Projekte und Vorschläge erarbeiten. Und damit unmittelbar am Regierungsprogramm der SPD mitschreiben.

DAS ZIEL

Ein Regierungsprogramm neuen Typs, transparent und im intensiven Dialog entstanden – mit „klassisch“ erarbeiteten Programmpunkten UND den Projekten der Bürgerinnen und Bürger.

Was unterscheidet den Bürger-Dialog der SPD von anderen Versuchen, BürgerInnen an der Programmarbeit einer Partei zu beteiligen?

1. Die SPD hört zu, statt zu referieren!
2. Die SPD macht nicht nur Haupt- und Großstadt-TOWNHALL-MEETINGS. Sie geht mit der gesamten Partei, vom Vorstand bis zum Ortsverein, in die Fläche: Auf Augenhöhe mit den Menschen diskutieren, argumentieren und Ideen annehmen.
3. Die SPD beschränkt sich nicht auf unverständliche Netz-Beteiligungsmodelle, die nur eine kleine Internet-Gemeinde oder Fachleute anspricht. Der Dialog findet überall statt: im Chat, am Telefon, per E-Mail, bei Hausbesuchen, im persönlichen Gespräch auf der Straße oder am Arbeitsplatz.
4. Die SPD bleibt im Dialog mit den Menschen, lädt sie zum Bürgerkonvent ein, um ihre Projekte zu diskutieren und die konkrete Umsetzung im SPD-Regierungsprogramm anzugehen.

VON DER IDEE ZUM PROGRAMM ZUHÖREN (SEPTEMBER BIS DEZEMBER 2012)

Parallel zur Entwicklung des Regierungsprogramms innerhalb der Partei befragte die SPD in sechs Themenphasen die Bürgerinnen und

Bürger nach ihren Wünschen, Ideen und Vorschlägen: Wofür soll die SPD kämpfen? Seit September geht es vor allem darum zuzuhören und zu lernen. Eine Aufgabe nicht nur für die Parteispitze und das gesamte Willy-Brandt-Haus.



Denn die ganze Partei hat sich bundesweit beteiligt – mit Aktionen, Plakaten, Veranstaltungen, Bürgerforen. Die Parteispitze, Abgeordnete (MdB, Mdl), Politikerinnen und Politiker aus den Kommunen und die Partei vor Ort besuchten passend zum jeweiligen Thema Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Reha-Einrichtungen, Fabriken, Jugendheime und machten Hausbesuche.

Dialogkarte – fast 3 Millionen wurden verteilt.

Die Ideen und die Rückmeldungen der Menschen erreichten die Partei vor allem durch die Dialog-Karten, die im ganzen Land ausgefüllt wurden. Allein auf diesem Weg erreichten über 30.000 Vorschläge die SPD. Auch online (www.spd.de) konnten Interessierte die Dialog-Karten ausfüllen abschicken.

Im Willy-Brandt-Haus wurden alle Dialog-Karten gesammelt, erfasst und inhaltlich ausgewertet. Anhand von Stichwörtern wurden die Verbesserungsvorschläge thematisch sortiert und digital gespeichert. Ideen, die nicht den Grundüberzeugungen der SPD entsprechen, wurden aussortiert, die Absenderin oder der Absender über die Gründe informiert.

Fachleute für die einzelnen Themen im Willy-Brandt-Haus haben alle Vorschläge gesichtet und die interessantesten für die Diskussion auf dem Bürgerkonvent ausgewählt. Mit dabei: die Ideengeber.



DISKUTIEREN

DER SPD-BÜRGERKONVENT (1.–2. MÄRZ 2013)

Der PROGRAMM-CHECK, für den SPD-Experten als Paten verantwortlich sind, ist Grundlage für den großen SPD-Bürgerkonvent – RUNDE TISCHE mit Bürgerinnen und Bürgern, Fachleuten und SPD-Spitzen, die nicht mehr nur Fragen aufwerfen, sondern auch konkrete Antworten und Lösungsmöglichkeiten erarbeiten.

Der Bürgerkonvent mündet dann in neue Programm-Punkte für das Regierungsprogramm der SPD. Die Bürgerinnen und Bürger haben am Ende die Möglichkeit, selbst abzustimmen, welche Punkte ihnen besonders am Herzen liegen, welche Vorschläge sie für besonders dringlich halten.

ENTSCHEIDEN

EIN REGIERUNGSPROGRAMM NEUEN TYP (APRIL 2013)

Auf dem Bundesparteitag im April 2013 verabschiedet die SPD ein Regierungsprogramm neuen Typs: Es enthält die BÜRGERINNEN-PROJEKTE, die auf dem Bürgerkonvent erarbeitet und vorgestellt wurden, zusammen mit dem politischen Vollprogramm, das im üblichen Verfahren in den Parteigremien entsteht.

Die BÜRGERINNENPROJEKTE werden in den einzelnen passenden Themenbereichen des Vollprogramms herausgehoben präsentiert. Beide Teile will die SPD in der Regierung umsetzen, beides sind gleichwertige Teile des Regierungsprogramms 2013.

Fotos | Jacobi (1), Thomas Imo / photothek (5), marco-urban.de (1)



Motivplakat



Informationsflyer



Die Online-Kampagne *WIR SIND GANZ OHR!*.



Button



Fotos | marco-urban.de, Bea Marquardt



Bürgerdialog September bis Dezember 2012 – Keine Ansprachen, keine Belehrung, sondern zuhören, erfahren, was besser werden muss.



Bürgerkonvent am 1. und 2. März 2013 – Über 300 BürgerInnen kamen nach Berlin, um mit SPD-Politikerinnen und -politikern zu diskutieren.



Bundesparteitag im April 2013 in Augsburg – Die Ergebnisse des Bürgerdialogs fließen ins Programm für die Bundestagswahl ein.

PARTEISCHULE POLITISCHE WEITERBILDUNG MIT HERZ UND VERSTAND



PARTEISCHULE IM WILLY-BRANDT-HAUS POLITISCHE WEITERBILDUNG MIT HERZ UND VERSTAND

Die SPD gründete ihre ZENTRALE PARTEISCHULE 1906 und stellte schon 1913 den Betrieb wieder ein. 1986 eröffneten Willy Brandt und Peter Glotz die Parteischule neu. 25 Jahre später steht die *PARTEISCHULE IM WILLY-BRANDT-HAUS* im Jahr 2011 fest verankert auf vier Säulen: 1. Säule: die betriebliche Weiterbildungsangebote für die 750 Beschäftigten der SPD bundesweit und im Willy-Brandt-Haus; 2. Säule: politische Bildungsmöglichkeiten für die ehrenamtlichen Mitglieder und die Zusammenarbeit im Netzwerk Politische Bildung; 3. Säule: die Nachwuchsförderung mit der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie und 4. Säule: die Führungsakademie der sozialen Demokratie.

I. INNOVATION, QUALIFIZIERUNG UND PERSONALENTWICKLUNG (IPQ)

Die hauptamtlich Tätigen geben mit ihrer Arbeit und ihrem Engagement der SPD „eine unerlässliche und zugleich flexible Struktur, ohne die eine moderne Volks- und Mitgliederpartei wie die SPD nicht arbeitsfähig und auch nicht schlagkräftig wäre“. (Sigmar Gabriel). Bundesweit trägt die Parteischule im Willy-Brandt-Haus in dem Programm *INNOVATION, PERSONALENTWICKLUNG UND QUALIFIZIERUNG* (und unter dem Titel *QIP* für das Willy-Brandt-Haus) zur betrieblichen Weiterbildung bei. So ist es seit 2000 mit den Bezirken und Landesverbänden verabredet.

IPQ-POLITIKMANAGEMENT FÜR NEUE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

Schon zum dritten Mal nach 2005/06 und 2007/08 organisierte die Parteischule im Willy-Brandt-Haus eine spezielle Weiterbildung für Beschäftigte, die frisch in die Dienste der SPD eingetreten sind. 25 Parteiangestellte, 15 Frauen und 10 Männer, nahmen an dem aktualisierten Lehrgang *IPQ-POLITIKMANAGEMENT FÜR NEUE 2010/2011* teil.

Er bestand aus sechs dreitägigen Modulen, die innerhalb von 18 Monaten absolviert wurden. Ein festes Trainerduo (Dr. Hanne Weisensee und René Martin) begleitete den Lehrgang. Zwei der sechs Module fanden direkt im Willy-Brandt-Haus mit den Fachleuten aus der Parteizentrale statt. Die sechs Module stärkten die Fähigkeiten zum Selbstmanagement, zur Führung und zur Kooperation in der politischen Dienstleistung gleichermaßen. Zusätzlich standen die Werkzeuge für die politische Kommunikation und die strategische Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Vordergrund.

Am vierten Lehrgang für neue Beschäftigte nahmen 16 Personen teil (6 Frauen, 10 Männer), die neu bei der SPD beschäftigt waren. Erneut begleitete das Trainer-Duo Dr. Hanne Weisensee und René Martin die Hauptamtlichen. Der Lehrgang fand komprimiert in der Zeit von April 2012 bis Oktober 2012 statt.

In vier dreitägigen Seminaren und Management-Workshops sowie einem Praxistag im Willy-Brandt-Haus erlernten die Teilnehmenden berufsfeld- und praxisorientierte Verfahren, Methoden und Instrumente des Politikmanagements und wendeten sie praktisch an. So erweiterten und steigerten sie ihre Handlungskompetenzen systematisch.

Seminar 1

- Selbstmanagement, Führung und Kooperation in der politischen Dienstleistung

Seminar 2

- Methoden und Werkzeuge für (Selbst-)Management und Organisation

Seminar 3

- (Partei-)öffentlich kommunizieren und agieren

Seminar 4

- Strategische Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Plus

- Praxistag im Willy-Brandt-Haus

SPD-JAHRBUCH 2011–2012 PARTEISCHULE

- Aktive Pressearbeit
- Rhetorik: Sicher und präsent auftreten
- Recht und Gesetz, Finanzen und Verträge im Wahlkampf
- Gender Training
- Mitgliederwerbung im Wahlkampf
- Web 2.0: Formate, Themen, Zielgruppen

Der Generationswechsel bei den Hauptamtlichen ist voll in Fahrt. Die Bezirke und Landesverbände gaben auch für 2013 einen fünften Lehrgang für neue Beschäftigte in Auftrag. Der Lehrgang startete im Januar 2013 mit 24 Teilnehmenden (13 Frauen, 11 Männer).

IPQ-PARTEISCHULWOCHE

Einmal im Jahr treffen sich Hauptamtliche aus dem gesamten Bundesgebiet auf der Parteischulwoche, um die Anwendung der für den Berufsalltag notwendigen Werkzeuge und Kompetenzen zu trainieren und Erfahrungen, Ideen und Wissen auszutauschen.

In der sechsten Parteischulwoche vom 7. – 10. November 2011 in Berlin konnten die Beschäftigten aus zehn verschiedenen Workshops ihr individuelles Programm zusammenstellen. Breiten Raum nahm die Debatte zur Parteireform ein. Im *FORUM PARTEIREFORM* überlegte die Bundesgeschäftsführerin Astrid Klug gemeinsam mit den Beschäftigten auch, welche Konsequenzen im hauptamtlichen Bereich auf die Tagesordnung gehören.

DIE WORKSHOPS IM ÜBERBLICK

- Raus aus dem Hamsterrad! Sich selbst optimal organisieren
- Praxismarkt Organisationsentwicklung / Personalentwicklung
- Praxismarkt Mitglieder werben – Erfolgsgeschichten und Rezepte
- Zeitmanagement kompakt
- Praxismarkt erfolgreiche Wahlkämpfe
- Telefontraining – Gespräche strukturieren und Gespräche beenden
- Recht und Gesetz, Finanzen und Verträge – Grundlagen und praktische Hinweise
- Gender Training
- Neue Ideen für Veranstaltungen: Der Kampf gegen langweilige Podiumsdiskussionen
- Rhetorik: Sicher präsent auftreten

In der siebten Parteischulwoche vom 5.–8. November 2012 in Halberstadt konnten die Teilnehmenden aus elf verschiedenen Seminaren ihre individuelle Weiterbildung auswählen. Herzstück der Parteischulwoche bildete das Forum *WAHLKAMPF*. Der Technische Wahlkampfleiter öffnete die Wahlkampfwerkstatt für alle und bot Mitsprache bei den Botschaften und Instrumenten an.

DIE WORKSHOPS IM ÜBERBLICK

- Ideen für Veranstaltungen
- Kulturelle Vielfalt in der SPD
- Generationskonflikte durchschauen
- Knipst du noch oder fotografierst du schon? Tipps für gute Fotos
- Argumentieren und überzeugen

IPQ-FÜHRUNGSTRAININGS

Im Jahr 2012 wurden die Führungstrainings wieder aufgenommen. Sie richteten sich an die Führungskräfte aus den Bezirken, Landesverbänden und dem Willy-Brandt-Haus. Zwei Trainings fanden statt: *PRAXISFELD PERSONAL & FINANZEN* im Mai 2012 und *SOUVERÄN UND ERFOLGREICH DURCH DEN FÜHRUNGSSALLTAG* im September 2012.

IPQ-KLEEBLATT-SEMINARE

Im Jahr 2009 entstanden als neues Format die Kleeblatt-Seminare. Ihr Name verweist auf die vier beteiligten Organisationen DGB, Friedrich-Ebert-Stiftung, Hans-Böckler-Stiftung und SPD. Je zehn Nachwuchskräfte aus den vier Organisationen trafen sich im Mai 2011 in Berlin zu einem dreitägigen Workshop *MEINUNGSMACHER, MEINUNGSMÄRKTE, MEINUNGSMEDIEN. HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE MEDIENDEMOKRATIE AUS SICHT VON GEWERKSCHAFTEN, PARTEIEN UND POLITISCHEN STIFTUNGEN*. Gemeinsam eigneten sie sich neues Wissen an und lernten zugleich die beteiligten Organisationen besser kennen. Das Folgeseminar 2012 widmete sich der Integrationspolitik und untersuchte den *MYTHOS RÜTLI – AUSWIRKUNGEN AUF DIE SOZIALE WIRKLICHKEIT: WIE AUS WIRKLICHKEIT FIKTION UND WIEDER WIRKLICHKEIT WIRD*.

IPQ-MAVIS II

Im zweiten Halbjahr 2011 standen erneut die Mavis-II-Schulungen im Zentrum der betrieblichen Weiterbildung. Für die Software für die Mitgliederadressverwaltung wurde ein bundesweites Seminarangebot geschneidert. Die Parteischule organisierte in Kooperation mit den Landesverbänden die Schulungen für AdministratorInnen, EinsteigerInnen und AnwenderInnen. Dafür fanden im Herbst die *MAVIS-II-USER-DAYS* mit insgesamt 200 Teilnehmenden statt.

IPQ-RUFSEMINARE MITGLIEDER WERBEN PRAKTISCH GEMACHT

Das IPQ-Rufseminar entstand im Jahr 2009. Die Parteischule im Willy-Brandt-Haus legte es auf für haupt- und ehrenamtlich Aktive. Die Tagesseminare wurden regional in Kooperation mit dem jeweiligen Landesverband durchgeführt. Konzeptionell war es an das aktualisierte Handbuch *MITGLIEDER WERBEN* angepasst. Zum Abschluss wurden die Seminarergebnisse jeweils der/dem Mitgliederbeauftragten des Landesverbands präsentiert, damit die Ergebnisse auch über die Gremien den Weg in den Alltag der Partei finden. 2011 fanden die Seminare in Hamburg, Frankfurt/Main, Neumünster, Potsdam und Erfurt statt. In 2012 führte die Parteischule die Seminare in Brandenburg, Nord-Niedersachsen, Thüringen, Weser-Ems, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg durch.

QUALIFIZIERUNG, INNOVATION UND PERSONAL-ENTWICKLUNG (QIP) IM WILLY-BRANDT-HAUS

Fortgesetzt wurde die betriebliche Weiterbildung auch im Willy-Brandt-Haus, das sich als moderne und leistungsfähige Parteizentrale bewiesen hat. Das Repertoire hat sich in den Jahren 2011/12 auf 72 verschiedene Module ausgeweitet. Besondere Nachfrage erzielten die Seminare rund um die stetig steigenden Anforderungen an die Kommunikationskompetenzen, wie die Telefontrainings und die regelmäßige Schreibwerkstatt beweisen. Sehr arbeitsplatznahe EDV-Schulungen (Buchhaltung, Antragsbearbeitungssoftware, MS-Office) rundeten das QIP-Programm ab.

II. BILDUNGSARBEIT IM EHRENAMT UND NETZWERK POLITISCHE BILDUNG

Unsere Mitglieder und SympathisantInnen sind die besten BotschafterInnen, die wir haben. Sie zu fördern und zu qualifizieren ist eine ständige Aufgabe der Parteiarbeit. Auch deshalb erhalten sie Möglichkeiten der politischen Weiterbildung. Mit dem Beschluss des organisationspolitischen Grundsatzprogrammes auf dem ordentlichen Bundesparteitag 2011 wurde der Bildungsarbeit ein besonderer Stellenwert beigemessen. „Innerparteiliche Bildung ist für uns eine besondere Verpflichtung. Sie muss ein Markenzeichen der SPD sein.“, heißt es dort (Partei in Bewegung – Organisationspolitisches Grundsatzprogramm, S. 11).

HANDBUCH „POLITISCHE BILDUNGSARBEIT – TIPPS, METHODEN UND IDEEN“

Bildungsarbeit ist auch immer Hilfe zur Selbsthilfe. Schon Willy Brandt sagte: „Nichts kommt von selbst, und nur wenig ist von Dauer.“ Daher veröffentlichte der SPD-Parteivorstand im November 2011 das Handbuch *POLITISCHE BILDUNGSARBEIT. TIPPS, METHODEN UND IDEEN*. Es richtet an alle in den Unterbezirken, Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften, die ein Interesse daran haben, Bildungsarbeit vor Ort zu gestalten und unsere politische Arbeit stetig zu verbessern. Es beinhaltet Anregungen und Hilfestellungen für beteiligungsorientierte Bildungsarbeit. Auf 90 Seiten bietet es Seminarinhalte und Methoden für die verschiedensten Seminarabschnitte. Auch für Ortsvereins- oder AG-Sitzungen zeigt es neue Formate auf.

WIKI DER PARTEISCHULE

Im gleichen Zuge wurde im Dezember 2011 das Wiki der Parteischnule unter ■ <http://parteischnule-wiki.spd.de> online gestellt.

Die Texte des *HANDBUCHS POLITISCHE BILDUNGSARBEIT* dienen als Startpunkt. Durch die ReferentInnen der Parteischnule wird das Wiki möglichst aktuell gehalten. Es dient zur Sicherung und Erweiterung der Methodensammlung, die im *HANDBUCH POLITISCHE BILDUNGSARBEIT* veröffentlicht wurde. Damit wird eine Aktualisierung und Neuauflage des Handbuchs bei Notwendigkeit leicht(er) zu realisieren sein.

TRAIN THE TRAINER

Ehrenamtliche Bildungsarbeit ist oftmals Bildungsarbeit vor Ort. Sie bedarf und bedient sich regionaler und lokaler Besonderheiten. Um dies zu unterstützen wurde 2010 eine Trainerausbildung ins Leben gerufen. Diese bot den Landesverbänden und Bezirken die Möglichkeit, eigens für die Bildungsarbeit im Landesverband / Bezirk ehrenamtlich Aktiven eine Ausbildung zu Trainerinnen und Trainern für bürgerschaftliches Engagement anzubieten. Den Teilnehmenden wurde die Möglichkeit geboten, am Ende der Ausbildung ein Zertifikat des Berufsverbandes für Trainer, Berater und Coaches e.V. zu erlangen. Die erste Ausbildungsreihe, die im April 2011 endete, wurde konsequent und tiefgründig evaluiert. Konzeptionelle und organisatorische Nachsteuerungen und Neujustierungen ließen eine zweite Ausbildungsreihe in 2012 möglich werden.

INHALT 2012

Startworkshop (Februar 2012) – Kennenlernen, Übereinkommen über Erwartungen und Aufgaben, Team-Management-System

- Modul 1: Moderation von Seminaren und Workshops
- Modul 2: Professionalisierung von Planungsprozessen und Veranstaltungen
- Modul 3: Gespräche und die Gruppe steuern
- Jeweils zwischen den Modulen: umfangreiche Transferaufgaben, bspw. zu Mitgliederbeauftragtenschulung
- BDVT-Prüfung (Oktober 2012): freiwillige Möglichkeit zur Zertifizierung durch den Berufsverband Trainer, Berater und Coaches e.V.

Die Train the Trainer-Ausbildung ist ein voller Erfolg. Alle Teilnehmenden der Train the Trainer Ausbildung 2012 sind hochmotiviert. Jede/r TrainerIn hat ein eigenes Profil und eine individuelle Vereinbarung mit ihrem/seinem jeweiligen LV/BZ. Eines können sie jedoch alle: jede/r von ihnen kann potenziell Mitgliederbeauftragtenschulungen durchführen. Die ausgebildeten Trainerinnen und Trainer werden in allen Landesverbänden und Bezirken eingesetzt – in Hessen stemmen die Train the Trainer-AbsolventInnen sogar einen Großteil der auf den Wahlkampf vorbereitenden Seminare. Insgesamt wurden in den beiden Ausbildungsjahrgängen 2010/2011 und 2012 47 TrainerInnen ausgebildet. Die Bildungsbeauftragten der Landesverbände und Bezirke haben sich für eine Fortführung der Train the Trainer Ausbildung im Nachgang der Bundestagswahl 2013 ausgesprochen.

PILOTPROJEKT MIT WENIG(EN) VIEL ERREICHEN

Die SPD ist nicht allorts gleich gut aufgestellt. Bei sinkenden Mitgliederzahlen nehmen die Regionen, in denen die SPD mit wenigen Aktiven politische Arbeit leistet, zu. Das kann auch schon mal anstrengend sein. Gespräche führen, MitstreiterInnen motivieren, Andersdenkende überzeugen, Projekte gestalten, Versammlungen leiten, Veranstaltungen organisieren, moderieren und präsentieren – all dies gehört zu den Aufgaben von Ortsvereinsvorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden. In kleinen Ortsvereinen stellen sich diese Herausforderungen in besonderer Weise.

Um die Aktiven in diesen Regionen bei den täglichen Aufgaben zu unterstützen, haben wir gemeinsam mit dem Referat *MITGLIEDERWERBUNG* das Pilotprojekt *MIT WENIG(EN) VIEL ERREICHEN* entwickelt.

Dafür wurde nach konzeptionellen Vorüberlegungen eine Fokusgruppe bestehend aus Ortsvereinsvorsitzenden der Zielgruppe mit unterschiedlichsten Regional- und Strukturkriterien zusammengestellt. Beispielsweise war ein Vorsitzender eines Ortsvereins in Nordrhein-Westfalen, der deshalb strukturschwach ist, weil eine jahrzehntelange CDU-Dominanz besteht, ebenso vertreten wie eine Ortsvereinsvorsitzende aus einer ländlichen Region in Sachsen. Die Fokusgruppe wurde ab Sommer 2011 in die Arbeit einbezogen und traf sich im November 2011 in Berlin zur Beratung notwendiger Seminarbestandteile.

Als Zielgruppe für das Projekt wurden Vorsitzende von Ortsvereinen mit weniger als 20 Mitgliedern, die möglichst max. ein Jahr im Amt waren, herauskristallisiert.

Als erster Schritt wurde ein Pilotprojekt zur Unterstützung des Landtagswahlkampfes in Schleswig-Holstein durchgeführt. Dafür wurden die zielgruppenentsprechenden Ortsvereine gezielt angeschrieben. Das Pilotprojekt umfasste zwei anderthalbtägige Seminare. Das erste fand sechs Wochen vor der Landtagswahl statt, das zweite sechs Wochen nach der Landtagswahl.

INHALT

1. Seminar (16./17. März 2012)

- Wahlkampf mal anders – wie mit wenigen viel erreicht werden kann.
- Mitgliederwerbung – wie werden wir mehr?

2. Seminar (8./9. Juni 2012)

- Diskussionen und Positionsbildung – wie gestalten wir das Herzstück der Politik?
- Alltag im Ortsverein – raus aus dem Hamsterrad!

Die Rückmeldungen waren sehr positiv. Die Wiederaufnahme des Projekts ist im Zuge der Vorbereitungen der Bundestagswahl 2013 vorgesehen.

MOODLE-PLATTFORM

Mit dem Beschluss *PARTEI IN BEWEGUNG – ORGANISATIONSPOLITISCHES GRUNDSATZPROGRAMM* des ordentlichen Bundesparteitags 2011 hat die Parteischule den Auftrag bekommen, nach Möglichkeit eine online-Akademie einzurichten und so den e-learning-Bereich zu stärken. Zu diesem Zweck wurde eine Moodle-Lernplattform im März 2012 eingerichtet, die mit dem Projekt *FRAUEN AN DIE MACHT* der ASF und Jusos als Blended-Learning-Element getestet wurde.

FRAUEN AN DIE MACHT umfasste sechs Seminarwochenenden, die Transferaufgaben und Kommunikation in der Zwischenzeit wurden über das Moodle-System gelöst. An dem Projekt haben 20 Frauen mit und ohne Mandat im Alter zwischen 25 und 45 teilgenommen. Insbesondere Diskussionen und Arbeitsgruppen wurden über die Moodle-Plattform gelöst. Die Moodle-Plattform wird für weitere Einsätze bereitgehalten.

BILDUNGSABENDE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT MIT PFIFF

Öffentlichkeitsarbeit ist für Ortsvereine und Unterbezirke eine ständige Aufgabe, um in der Region Aufmerksamkeit zu erhalten. Seien es Veranstaltungseinladungen, Berichte über Aktivitäten des Ortsvereins oder Wahlkampfaktionen – Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gehört dazu. Kreativität und Einfachheit sind aber nicht überall gelernt. Vielerorts wird daher Öffentlichkeitsarbeit eher zu einer Last anstelle zu einem positiven Arbeitsschritt.

Mit dem neuen Format des Bildungsabends haben wir ein niedrigschwelliges Angebot kreiert. In einer Abendveranstaltung werden Aktions-, Medien-, Veranstaltungs- und Kampagnenideen vorgestellt, mit denen die Genossinnen zigtausende BürgerInnen erreichen können und das bei einem Finanzaufwand von vielleicht 10 Euro Aufwand. Dieses Kurz-Training richtet sich an alle interessierten Unterbezirke / Kreisverbände.

Getestet im November 2011 konnte der Bildungsabend *ÖFFENTLICHKEITSARBEIT MIT PFIFF 2012* an sechs Standorten durchgeführt werden (Berlin, Wuppertal, Würzburg, Rügen, Heidelberg, Marburg). Die Rückmeldungen waren ausnahmslos positiv.

INTERKULTURELLE BILDUNGSABENDE

KULTURELLE VIELFALT IN DER SPD?!

Unsere Gesellschaft verändert sich. Sie wird bunter. Viele einst zum Arbeiten zugezogenen Menschen sind in Deutschland sesshaft geworden, haben Familien gegründet und verbringen ihren Lebensabend hier. Ihre Kinder und EnkelInnen wachsen in Deutschland auf. Sie alle sind Teil unserer Gesellschaft – doch in den politischen Entscheidungsgremien sowie im ehrenamtlichen Bereich spiegelt sich dies zahlenmäßig noch nicht wider.

Die SPD ist eine Volks- und eine Mitgliederpartei – bei uns sollen sich alle aufgehoben fühlen. Das funktioniert nur dann gut, wenn sich auch möglichst alle bei uns inhaltlich und personell wiederfinden. Wir haben deshalb in Kooperation mit dem Netzwerk für Demokratie und Courage e.V., welches ExpertInnen für interkulturellen und antirassistischen Bildungsarbeit beheimatet, einen Bildungsabend zum Thema *KULTURELLE VIELFALT IN DER SPD?! entwickelt*.

Dieser wurde über den Sommer 2011 entwickelt, im Dezember 2011 in einer Testphase überprüft und anschließend die daraus gezogenen Erkenntnisse eingearbeitet.

SPD-JAHRBUCH 2011–2012 PARTEISCHULE

Seit März 2012 sind die Bildungsabende *KULTURELLE VIELFALT IN DER SPD?! buchbar*. Es handelt sich hierbei um Ruf-Workshops. Der SPD Parteivorstand stellt die ReferentInnen und die Seminarunterlagen – die SPD Gliederung sorgt für die Räume und übernimmt die TeilnehmerInnen-Akquise.

In 2012 konnten neun Termine durchgeführt werden (Osnabrück, Lingen, Brilon, Würzburg, Hameln, Holzminden, Dresden, Essen, Erlenbach a.M.).

INHALT

Leitfragen

- Was heißt das eigentlich, *INTERKULTURELLE ÖFFNUNG*?
- Und warum eigentlich?
- Muss die SPD kulturell vielfältiger werden, um Volkspartei zu bleiben?

Beim interkulturellen Workshop-Abend mit dem Netzwerk für Demokratie und Courage werden anhand praktischer Methoden Begriffen geklärt, Bedenken ausgeräumt und Chancen einer kulturellen Vielfalt in der SPD entdeckt. Die Gliederungen erarbeiten sich im nächsten Schritt mögliche Wege zur *INTERKULTURELLEN ÖFFNUNG* vor Ort. Am Ende stehen konkrete Handlungspläne mit dem Ziel: *MEHR VIELFALT IN EUREM ORTSVEREIN UND UNTERBEZIRK*.

Der Workshop richtet sich an interessierte Unterbezirke / Kreisverbände oder auch Ortsvereine. Die Rückmeldungen waren erwartungsgemäß durchwachsen, teilweise äußerst positiv, teilweise negativ.

TREFFEN

DER BILDUNGSBEAUFTRAGTEN

Kooperation und Kommunikation zwischen den Landesverbänden, Bezirken und der Bundesebene sind zwei wichtige Wege der sozialdemokratischen Bildungsarbeit. Daher gibt zentrale Treffen der Bildungsbeauftragten. So auch am 25. Oktober 2011 das Treffen der SPD-Bildungsbeauftragten der Landesverbände und Bezirke. Hierbei spielten vor allen Dingen das *HANDBUCH POLITISCHE BILDUNGSARBEIT* sowie die neuen Projekte *MIT WENIG(EN) VIEL ERREICHEN* und *INTERKULTURELLE BILDUNGSABENDE* eine Rolle.

Im Jahr 2012 gab es zwei Bildungsbeauftragten-Treffen. Das erste war als größeres Arbeitstreffen angelegt (26.-28.2.) und diente der inhaltlichen Erarbeitung von notwendigen Maßnahmen im Rahmen des Bundestagswahlkampfes und war dem Treffen des Netzwerks politische Bildung (28.2.) vorgeschaltet. Das Treffen war direkt an den Startworkshop von Train the Trainer angedockt (Synergie).

Das zweite Treffen (25.10.2012) diente der Übereinkunft über die Planung von Wahlkampfschulungsmaßnahmen und der Vorstellung der bildungsarbeitsrelevanten Projekte (Auftrittscoaching, Campaigner). Zudem war hier noch einmal die Zusammenkunft wichtig, da wichtige Projekte (z.B. Train the Trainer 2012) abgeschlossen waren und evaluiert werden konnten.

NETZWERK POLITISCHE BILDUNG

Im Netzwerk politische Bildung sind über dreißig Bildungswerke und Bildungseinrichtungen zusammengeschlossen, die sich den Grundwerten der Sozialen Demokratie verbunden fühlen. Wer will, findet jede Art von sinnvollen politischen Qualifizierungsangeboten im Bildungsnetz der sozialen Demokratie. Die Homepage ■ www.netzwerk-politische-bildung.de weist auf mehrere tausend Veranstaltungen jährlich hin.

Die große Konferenz des Netzwerks politische Bildung am 28. Februar 2012 widmete sich den Herausforderungen von Parteien durch gesellschaftliche Veränderungen. In der Diskussion mit SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles tauschten die politischen BildnerInnen ihre Erfahrungen aus.

Zu vier Themen wurde vertiefend diskutiert:

1. WERT DER ARBEIT
2. AUSEINANDERSETZUNG MIT RECHTSEXTREMISMUS
3. PARTEI IN BEWEGUNG
4. DEMOKRATIE LEBEN

Den Anforderungen an politische Bildungsarbeit sieht sich das Netzwerk politische Bildung gewachsen. Viele praktische Anregungen für die politische Arbeit können die BildungsarbeiterInnen bereitstellen. Viele der Anregungen vom Februar 2012 wurden in die Arbeit der Parteischule im Willy-Brandt-Haus mit aufgenommen. Ziel des Netzwerks politische Bildung ist es, bedarfsgerechte und zeitgemäße Angebote für ehrenamtliches Politikmanagement und bürgerschaftliche Politikgestaltung bereit zu stellen. Mehrere hunderte Bildungsveranstaltungen Monat für Monat bezeugen die Vitalität und Attraktivität der sozialdemokratischen Bildungslandschaft.

III. SOZIALDEMOKRATISCHE KOMMUNAL-AKADEMIE

Die SPD beantwortet die Nachwuchsfrage – neben vielen anderen dezentralen Aktivitäten – auf der Bundesebene mit der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie. Diese gilt unumstritten als Vorbild für moderne praxisnahe Weiterbildung. Eine Studie an der Uni Bochum erklärte sie zu der innovativsten Nachwuchsförderung in Deutschland. Sie wird international beachtet. In 14 der 16 Bundesländer gibt es eigenständige Kommunal-Akademien oder ähnliche Angebote. Die SPD weiß: Wer ernten will, muss säen. Die SPD investiert in die Nachwuchsförderung.

DABEI LEITETEN DREI BODENSTÄNDIGE GRUNDSÄTZE DIE POLITISCHE PERSONALARBEIT:

1. **In der Politik gilt wie im Spitzensport: Die Profikarriere ist die Ausnahme. Der „bürgerliche“ Beruf muss immer der Plan A sein – Berufspolitik ist Plan B. Nur in 1,5 % der Fälle kehrt sich das um!**
2. **In der Politik ist die praktische Laufbahn zugleich die Ausbildung. Wer erfolgreich sinnvolle Aufgaben meistert, entwickelt in der Aufeinanderfolge von Aufgaben, Funktionen und Ämtern auch die politische Kompetenzen und die Karriere.**
3. **„Nicht die Politik verdirbt den Charakter. Schlechte Charaktere verderben die Politik.“ (Johannes Rau) Die echte Grundlage von Politik, nämlich die notwendige Haltung, muss jede und jeder werteorientiert leben. Das politische Handwerk kann man dazulernen. Da hilft gezielte Weiterbildung sehr.**

Der Parteivorstand und die Bundes-SGK haben die Sozialdemokratische Kommunal-Akademie 2001 gegründet. Sie verfolgen ein klares Ziel: Junge Menschen, die aus der politischen Praxis kommen, erweitern ihre Fähigkeiten für wirksames Engagement. Sie werden auf Führungsaufgaben vorbereitet. Die Kommunal-Akademie wurde zwischenzeitlich von 100 auf 120 Teilnehmende pro Jahr ausgebaut. Zugleich wurde das methodische und didaktische Konzept weiter

entwickelt. Zielgruppe blieb „die nächste Generation der lokalen Demokratie“, also im Kern die unter 40-Jährigen. Besondere Beachtung wurde BM-KandidatInnen und KommunalwahlkämpferInnen zuteil.

Voraussetzung für die Teilnahme an der bundesweiten Kommunal-Akademie blieb, dass die jungen Parteimitglieder bereits Verantwortung in der Partei und/oder in der Kommunalpolitik übernommen hatten.

Die Lehrgänge fanden bundesweit auf zwei Veranstaltungsorte verdichtet statt, um die interregionale (bundesweite) Zusammensetzung der Lehrgänge zu ermöglichen. Pro Lehrgang nehmen 60 Personen teil, begleitet von einem vierköpfigen Trainerstab.

Der Generationswechsel im Trainerstab wurde vollendet. Hannah Schmidt-Kuner, Ulla Zumhasch, Wolfgang Gisevius und Achim Moeller, die die Kommunal-Akademie mit aus der Taufe gehoben hatten, schieden aus. Franz Müntefering verabschiedete alle vier persönlich. Das neue Trainerteam bildeten Celina Schareck, Dr. Hanne Weissen-see, Sebastian Hartmann und René Martin.

Die Sozialdemokratische Kommunal-Akademie initiierte in vier Wochenendmodulen nachhaltige Lernprozesse. Der innovative und bewährte Mix von Fachwissen, Soft Skills und politischer Werteorientierung knüpfte den konzeptionellen *ROTEN FADEN*. Innovations- und Modernisierungsimpulse sowie Prinzipien erfolgreicher Wahlkampf-führung wurden verstärkt eingebaut.

Die Plätze der Kommunal-Akademie wurden von den Veranstaltern SPD-Parteivorstand und Bundes-SGK in Kooperation mit den Landesverbänden und Bezirken ausgeschrieben und vergeben. Die Bezirke behielten ihr Auswahlrecht. Ein Direktmailing aus dem Willy-Brandt-Haus intensivierte das Bewerbungsverfahren.

Die Plätze in der Kommunal-Akademie waren heiß begehrt. Die SPD-Bezirke und Landesverbände nominierten weit mehr Personen als Plätze zur Verfügung standen. Da bedurfte es eines klug gegenderten Verfahrens, damit je 30 Frauen und 30 Männer von den Kursen profitierten – gut so für die SPD, gut für die Demokratie.

Viele der über 1.200 jungen Personen, die in der Kommunal-Akademie dazu gelernt haben, werden die sozialdemokratischen Gesichter der Zukunft. Die meisten schulterten Verantwortung in der Kommunal- und Parteipolitik. Nicht wenige wuchsen in die Landes-, Bundes- und Europapolitik wie Matthias Groote MdEP und die stellvertretende Parteivorsitzende Manuela Schwesig. Die Saat geht auf. Die SPD wird noch viele Früchte ernten aus der Kommunal-Akademie.

Franz Müntefering und Matthias Machnig initiierten 2000 mit der Initiative *DEMOKRATIE BRAUCHT PARTEI* die Sozialdemokratische Kommunal-Akademie.

Das Führungsduo Beck und Heil schuf 2007 zusätzlich die innovative *FÜHRUNGS-AKADEMIE DER SOZIALEN DEMOKRATIE*.

Müntefering und Heil stockten 2009 die Akademie von 100 auf 120 Plätze jährlich auf.

Sigmar Gabriel und Andrea Nahles nutzten sie als strategisches Instrument für die Frauenförderung. 2011 wurde tatsächlich erreicht, was schon immer als Beschluss auf dem Papier stand: Junge Frauen und Männer wurden gleichermaßen gefördert.

DAS CURRICULUM DER KOMMUNAL-AKADEMIE

Die vier verbindlichen Module der Kommunal-Akademie vermitteln einen Mix aus fachlich/sachlichen kommunalpolitischen Schwerpunktthemen sowie methodischen Kompetenzen. Hinzu kommen die politische Orientierung und das Networking.

1. Modul – Handlungsfelder und Selbstverständnis ehrenamtlicher Kommunalpolitik

Die TeilnehmerInnen erkennen kommunale Handlungsfelder ebenso wie unterschiedliche Rollen und Aufgaben in der Kommune. Sie definieren ihr eigenes Rollenverständnis, erkennen wesentliche Gestaltungsmöglichkeiten, gewinnen Klarheit über ihre Ziele und Kompetenzen und bestimmen ihr persönliches Aktionsfeld.

2. Modul – Umgang mit kommunalen Herausforderungen

Die TeilnehmerInnen verstehen die Komplexität kommunaler Herausforderungen am Beispiel der Gestaltung sozialräumlicher Entwicklungen und der Bedeutung kommunaler Unternehmen für das Leistungsangebot und die Infrastruktur der Kommunen. Sie lernen unterschiedliche Strategien kennen; sie erleben die Notwendigkeit, kreativ auf Herausforderungen zu reagieren und sie begreifen sich mit ihrer Persönlichkeit als Teil eines Ganzen, das auf die Zusammenarbeit mit den Ideen und Erfahrungen Anderer angewiesen ist.

3. Modul – Strategische Planung und Steuerung in der Kommune

Die TeilnehmerInnen begreifen Stadtentwicklung als spezifischen, umfassenden und kontinuierlichen strategischen Auftrag. Sie lernen wichtige strategische Steuerungsinstrumente kennen und anwenden. Sie erkennen die Notwendigkeit konsequenter Zielklärungen und den strategischen Umgang mit Daten. Sie begreifen die Bürgerschaft als kompetenten Partner in zukunftsorientierten Prozessen.

4. Modul – Soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt in der Kommune

Die TeilnehmerInnen lernen öffentliche Kommunikation als wesentliches Mittel kennen, soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt in der Kommune zu definieren und anzustreben. Sie bestimmen für sich Werte, Haltungen und konsequentes Handeln als Voraussetzung für verantwortungsvolles politisches Wirken.

IV. FÜHRUNGS-AKADEMIE DER SOZIALEN DEMOKRATIE

Der SPD-Parteivorstand hatte im Jahr 2007 die *FÜHRUNGS-AKADEMIE DER SOZIALEN DEMOKRATIE* gegründet. Als einzige Partei in Deutschland bot die SPD damit auch den Berufspolitikerinnen und -politikern eine Weiterbildungsplattform an. Das SPD-Präsidium vergab zweijährige kostenpflichtige Fellowship-Programme (Akademiestipendiaten) in der Führungsakademie. Bewerben konnten sich altersunabhängig Europaabgeordnete, Bundestagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete, gewählte hauptamtliche Kommunalpolitikerinnen und -politiker (z.B. OberbürgermeisterInnen oder Landräte) sowie Funktionsträgerinnen und -träger der Partei.

1. Fellowship-Programm: 1. Juli 2007 – 30. Juni 2009
2. Fellowship-Programm: 1. Juli 2008 – 30. Juni 2010
3. Fellowship-Programm: 1. Januar 2010 – 31. Dezember 2011
4. Fellowship-Programm: 1. Januar 2012 – 31. Dezember 2013

Insgesamt 160 Personen (75 Frauen, 85 Männer) entwickelten ihre

**SPD-JAHRBUCH
2011–2012
PARTEISCHULE**

Führungskompetenz und Persönlichkeit in der Führungsakademie weiter. Die Auswahl der Fellows geschah in einem transparenten Verfahren. Auswahlkriterien waren neben der Qualität der Bewerbung eine gerechte Geschlechterverteilung, ein regionales Gleichgewicht und eine angemessene Repräsentanz der verschiedenen Politikfelder (Europa, Bund, Land, Kommune). Der SPD-Parteivorstand beschloss die Teilnehmerliste. Der Beschluss wurde durch eine neunköpfige Auswahlgruppe vorbereitet. Ihr gehörten die Generalsekretärin, die Schatzmeisterin sowie weitere Mitglieder des Parteivorstands sowie qua Amt der Juso-Bundesvorsitzende an.

WISSEN, KÖNNEN UND HANDELN IN DER POLITIK**Essentials**

- Wer Politik entwickeln und gestalten will, muss Politik verstehen, also die politischen Strukturen kennen und handhaben lernen.
- Wer politisch mitreden will, muss fachlich ausgebildet sein, die Grundlagen des Wirtschafts- und Sozialsystems kennen und in der Lage sein, sich darauf aufbauend weitere Fachgebiete zu erarbeiten.
- Wer politisch Verantwortung übernehmen will, muss wissen, worauf er und sie sich einlässt, das heißt: Man muss eine Vorstellung von den Rollen, Aufgaben und Handlungsoptionen in der Politik haben.
- Wer in der Politik mehr erreichen will als Kraft seiner eigenen Persönlichkeit möglich ist, muss Allianzen bilden und bewegen. Nur wer weiß, wie andere zu motivieren und einzubeziehen sind, kann auf Dauer im politischen Maßstab wirkungsvoll sein.
- Wer politisch etwas bewirken will, muss moderieren und vermitteln können, muss Problemlösungskompetenz und Verhandlungsgeschick beweisen.
- Wer dauerhaft um politisches Vertrauen werben will, muss Vertrauen geben in die Entfaltung der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung und die Prinzipien der innerparteilichen Demokratie vorleben.
- Wer politisch aufzeigen will, wohin er und sie führen möchte, muss sich seiner Wurzeln und Traditionen bewusst sein.
- Wer sich werteorientiert politisch engagiert, muss Wertmaßstäbe intellektuell herleiten und begründen können.
- Wer von Solidarität redet, muss sie praktizieren.

Das Curriculum für das notwendige Wissen, Können und Handeln politischer Führungskräfte bildete eine produktive Einheit aus Fachwissen, Methodenkompetenz und politischer Orientierung. Dafür wurde eine eigene Systematik für den Lernprozess entwickelt, die von Prozessualität, Heterogenität sowie individueller und kollegialer Reflexion geprägt war. Für die Führungsakademie stellte die Parteischule einen vierköpfigen Trainerstab zusammen: Meike Müller, Hannah Schmidt-Kuner, Ulla Zumhasch und Achim Moeller.

**Die sechs Kompetenztrainings
des zweijährigen Fellowship-Programms**

1. FÜHRUNGSBILDER UND FÜHRUNGSPERSÖNLICHKEIT
2. FÜHRUNGSKOMPASS UND STRATEGISCHE STEUERUNG
3. FÜHRUNGSQUALITÄT: KOOPERATION UND KONSEQUENZ
4. WIRKUNGSVOLLE KOMMUNIKATION
5. ERGEBNISBEZOGENES HANDELN
6. ZIELFOKUSSIERTES ORIENTIERUNG

Die Parteiführung war kontinuierlich involviert. Der Parteivorsitzende und die Generalsekretärin persönlich nahmen sich die Zeit, die Fellows in der Führungsakademie kennen zu lernen. Das gab dem Projekt und den Fellows zusätzliche Aufmerksamkeit und Sichtbarkeit.

AUFTRITTSKOACHING IM BUNDESTAGSWAHLKAMPF

Im Bundestagswahlkampf 2013 bot die Führungsakademie ein spezielles *AUFTRITTSKOACHING* für neue Kandidatinnen und Kandidaten an. Das erste Training startete sehr erfolgreich bereits Anfang Dezember 2012. Weitere folgten im März und Mai 2013. Für das Auftrittscoaching stellte die Parteischule ein komplementäres Trainerteam mit spezieller Expertise zusammen: Angélique Kellenberger, Celina Schareck, Dr. Hanne Weisensee sowie Volker Engels.

BEIRAT DER PARTEISCHULE IM WILLY-BRANDT-HAUS 2011–2012

Der Beirat der Parteischule begleitete die Bildungsarbeit fachlich und evaluierte die Qualifizierungsprogramme. Wie sieht zeitgemäße politische Bildung aus? Was garantiert höchste Qualität? Wie können die Ressourcen optimale Wirkung erzielen? Solche Fragen beschäftigten den Beirat der Parteischule. 17 Persönlichkeiten aus Partei, Arbeitnehmervertretungen, Wissenschaft, Unternehmensberatung und politischer Bildung gehörten dem Beirat der Parteischule an, der zweimal jährlich tagte.

Neben dem Vorsitzenden Wolfgang Jüttner arbeiteten im Beirat der Parteischule mit: Karin Timmermann (stv. Vorsitzende), Dr. Kristina Augst, Enrico Bloch, Ursula Brehm, Sabine Fisch, Elfi Heusinger v. Waldegge, Marten Jennerjahn, Konrad Klingenburg, Barbara König, Elfriede Marx, Dr. Carola Reimann, Hansjörg Schell, Stephan Schweitzer, Dr. Heiko Tammerna, Claudia Walther und Reinhard Weil. Mit dem 31.12.2012 beendete der Beirat seine Amtszeit.

Wir bedanken uns bei allen ausscheidenden Mitgliedern:

Karin Timmermann, Dr. Kristina Augst, Ursula Brehm, Sabine Fisch, Marten Jennerjahn, Konrad Klingenburg, Elfriede Marx, Hansjörg Schell, Stephan Schweitzer, Dr. Heiko Tammerna und Claudia Walther. Der Parteivorstand berief am 3. Dezember 2012 den neuen Beirat der Parteischule für die Jahre 2013 bis 2015: Wolfgang Jüttner (Vorsitzender), Niels Annen, Kerstin Bake-Völsch, Christian Demuth, Tobias Gombert, Karin Kaltenbach, Barbara König, Dr. Bettina Kohlrausch, Wilfried Klein, Barbara Menke, Dr. Carola Reimann MdB, Prof. Dr. Stefan Schieren, Sonja Schweizer, Reinhard Weil. Zusätzlich gehören Enrico Bloch, Elfi Heusinger von Waldegge, Olaf Abdinghoff-Feldkemper und Daniel Rigot aus den Reihen der Betriebsräte und der personalverantwortlichen Geschäftsführungen dem Beirat an.

Das Team der Parteischule im Willy-Brandt-Haus besteht aus Gertrud Bergmann, Jana Heinze, Klaus Tovar und Marion Vogel.

■ parteischule@spd.de

ZENTRALER REDNER/-INNENEINSATZ

2011

Im Jahr 2011 hat der Zentrale Rednereinsatz zahlreiche Landtags- und Kommunalwahlveranstaltungen vorbereitet und durchgeführt. Hier standen die Termine des Parteivorsitzenden, der Generalsekretärin sowie der stellvertretenden Bundesvorsitzenden für die Wahlen auf Landesebene in Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz, Berlin, Hamburg und Bremen im Mittelpunkt. In enger Zusammenarbeit mit den SPD-Gliederungen, den Sicherheitsbehörden und technischen Dienstleistern konnte das Team des Rednereinsatzes 372 Betriebsbesichtigungen, Kundgebungen und Zielgruppenveranstaltungen realisieren.

2012

2012 standen die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und dem Saarland im Fokus, in deren Rahmen 260 Termine umgesetzt werden konnten. Über klassischen Wahlkampf hinaus sind jedoch auch Traditionsveranstaltungen wie Parteijubiläen und Jahresempfänge von besonderer Bedeutung.

REFERAT MITGLIEDERWERBUNG UND -ENTWICKLUNG

2011

SCHULUNGEN

Die Seminare zur Mitgliederwerbung für Landesverbände und Bezirke wurden weitergeführt. Im Jahr 2011 konnten insgesamt 5 Seminare angeboten werden.

PARTEIREFORM

In mehreren Werkstattgesprächen wurden vom Referat Mitgliederwerbung organisiert die Beschlüsse zur Parteireform in Werkstattgesprächen vorbereitet. Dabei wurden die Themenkomplexe Mitgliederwerbung und -bindung, Mitgliederentwicklung in Ostdeutschland und Beitragsgestaltung intensiv mit Vertretern aus den Ländern erörtert.

Die Ergebnisse flossen in die Erarbeitung des organisationspolitischen Grundsatzprogrammes ein. Außerdem wurden die Zusendungen für Neumitglieder und neue Ortsvereinsvorsitzende weiterentwickelt, das Statistik Programm MAVIS-Reports an die neue MAVIS angepasst (mit Office-Consult).

MITGLIEDERENTWICKLUNG DER SPD IM JAHR 2010

Zum 31.12.2011 hatte die SPD 489.638 Mitglieder. Der Mitgliederbestand verringerte sich im Vergleich zum 31.12.2010 um 12.424 (-2,47%). Der Mitgliederverlust war damit größer als im Vorjahr. Neben den regulären Mitgliedern waren Ende 2011 2.119 Gastmitglieder erfasst. Die Zahl der Gastmitglieder sank im Vergleich zum Vorjahr um 453. Die Landesverbände Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Bremen, BZ Weser-Ems und Berlin konnten ihre Mitgliederzahl 2011 im Saldo erhöhen. Alle anderen Landesverbände und Bezirke verloren Mitglieder.

Der Frauenanteil in der Mitgliedschaft stieg weiter an und lag Ende 2011 bei 31,34%. 68,66% der Mitglieder waren Männer. Der Anteil der Frauen bei den Eintritten ist dagegen rückläufig und lag im Jahr 2011 bei 30,73%. 69,27% der Neumitglieder waren männlich.

13.325 Eintritten standen 13.677 Austritte gegenüber. Die Zahl der Eintritte lag damit 1,97% über der des Jahres 2010. Die Austritte verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um 5,86%. In Relation zum Mitgliederbestand sind insgesamt 2,79% Mitglieder ausgetreten.

Die Gesamtzahl der Sterbefälle betrug 7.756 und lag damit nur leicht über der Zahl des Vorjahres (7.670). 47,55% der Eintritte waren im Juso-Alter, 39,26% im Alter zwischen 35-59 und 13,19% im Alter 60+.

2012

VERANSTALTUNGEN UND SEMINARE

Die Seminarreihe zur Mitgliederwerbung für Landesverbände und Bezirke wurde mit regelmäßig bis zu 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmern fortgesetzt und zwar weiteren 8 Landesverbänden und Bezirken. Im Rahmen der Parteischulwoche wurde ein Workshop zur Mitgliederwerbung angeboten.

PARTEIREFORM

Die Ende 2011 auf dem Bundesparteitag in Berlin gefassten Beschlüsse zur Parteireform wurden umgesetzt. Die Unterstützermemberschaft und die Änderung der Beitragstabelle musste in alle Materialien und Erfassungsdatenbanken integriert werden. Eine Richtlinie des Parteivorstands für Unterstützermemberschaften wurde erarbeitet und verabschiedet. Es wurden Grundsätze für die Arbeit der Mitgliederbeauftragten erarbeitet und vom Parteivorstand verabschiedet. Im September trafen sich die Mitgliederbeauftragten der Landesverbände und Bezirke um gemeinsam mit dem Willy-Brandt-Haus den Arbeitsstand zu besprechen und Verabredungen zu treffen.

MATERIALIEN

Die Mitgliederwerbematerialien wurden komplett überarbeitet und mit einem neuen Claim versehen. *MACH DICH STARK – WERDE MITGLIED DER SPD* – unter diesem Motto wurden Flyer, Wandzeitungen, Beitrittsformulare und Banner für das Internet erstellt. Die Materialien wurden den Mitgliederbeauftragten der Länder vorgestellt und auf dem Bundesparteitag in Hannover präsentiert.

MITGLIEDERENTWICKLUNG

Zum 31.12.2012 hatte die SPD 477.037 Mitglieder. Der Mitgliederbestand verringerte sich im Vergleich zum 31.12.2011 um 12.601 (-2,57%). Der Mitgliederverlust war damit gleich groß wie im Vorjahr. Neben den regulären Mitgliedern waren Ende 2012 1.955 Gastmitglieder erfasst. Die Zahl der Gastmitglieder sank im Vergleich zum Vorjahr um 164. Seit Mitte 2012 können Unterstützer in den Arbeitsgemeinschaften aufgenommen werden. Insgesamt lag die Zahl der Unterstützer zum Jahresende bei 254. Davon waren 240 Unterstützer der Jusos. Nur der Landesverband Berlin konnten seine Mitgliederzahl 2012 im Saldo erhöhen (+0,36%). Alle anderen Landesverbände und Bezirke verloren Mitglieder. Der Frauenanteil in der Mitgliedschaft stieg weiter an und lag Ende 2012 bei 31,46%. 68,54% der Mitglieder waren Männer. Der Anteil der Frauen bei den Eintritten lag im Jahr 2012 bei 32,94%. 67,06% der Neumitglieder waren männlich. Damit traten im Jahr 2012 rund 2% mehr Frauen ein als im Vorjahr.

12.501 Eintritten standen 14.954 Austritte gegenüber. Die Zahl der Eintritte lag damit 6,18 % niedriger als im Jahr 2011. Die Austritte stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 9,34 %. In Relation zum Mitgliederbestand sind insgesamt 2,62 % eingetreten und 3,13 % Mitglieder ausgetreten. Die Gesamtzahl der Sterbefälle betrug 7.643 und lag damit leicht unter der Zahl des Vorjahres. 46,95 % der Eintritte waren im Juso-Alter, 39,49 % im Alter zwischen 35-59 und 13,56 % im Alter 60+.

OSTDEUTSCHLAND

Im Referat werden Aufgaben die einen besonderen Bezug zur SPD in Ostdeutschland haben wahrgenommen. Regelmäßige Treffen mit den Landesgeschäftsführern-Ost sorgen für einen kontinuierlichen Informationsaustausch und sollen die besondere Situation der SPD in den überwiegend strukturschwachen Regionen in Ostdeutschland Verbessern helfen. Anfragen zur Geschichte und Entwicklung der SPD in den ostdeutschen Bundesländern werden bearbeitet.

Der Mitgliederwerbeflyer erschien in 2012 – unter dem Kampagnenmotto MACH DICH STARK. zum erstenmal werden auch Nichtmitglieder zur Mitarbeit eingeladen.



MITGLIEDERENTWICKLUNG 2011/2012

	GESAMT 31.12.2011	GESAMT 31.12.2012	DAVON WEIBLICH 31.12.2011	DAVON WEIBLICH 31.12.2012
BEZIRK/LANDESVERBAND				
SPD-LV Schleswig-Holstein	18.801	18.456	6.571	6.491
SPD-LV Mecklenburg Vorpommern	2.850	2.826	873	864
SPD-Landesorganisation Hamburg	10.657	10.535	3.582	3.542
SPD-Landesorganisation Bremen	4.787	4.605	1.625	1.571
SPD-Bezirk Nord-Niedersachsen	6.206	6.071	1.872	1.850
SPD-Bezirk Weser-Ems	17.202	16.796	5.152	5.068
SPD-Bezirk Hannover	29.263	28.263	8.902	8.624
SPD-Bezirk Braunschweig	11.980	11.662	3.489	3.412
SPD-LV Sachsen-Anhalt	4.034	3.789	1.083	1.037
SPD-Landesverband Brandenburg	6.261	6.197	1.797	1.762
SPD-Landesverband Berlin	16.457	16.516	5.441	5.500
SPD-Bezirk Hessen-Nord	21.283	20.673	5.763	5.648
SPD-Bezirk Hessen-Süd	39.396	38.118	11.480	11.184
SPD-LV Thüringen	4.324	4.302	1.188	1.184
SPD-LV Sachsen	4.298	4.283	1.030	1.038
SPD-Landesverband Saar	20.323	20.044	6.515	6.452
SPD-Landesverband Baden-Württemberg	37.663	36.795	12.056	11.753
SPD-Landesverband Bayern	65.419	64.088	20.799	20.471
SPD-LV Rheinland-Pfalz	40.669	39.650	12.089	11.862
SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen	127.765	123.368	42.125	40.772
SPD GESAMT	489.638	477.037	153.432	150.085

**POLITIK,
KOORDINATION,
ZIELGRUPPEN****ARBEITSGEMEISCHAFTEN**

AfA
ASF
AG 60plus
AGS
ASG
AfB
AvS
AsJ
Jusos

ZUSTÄNDIG

Jan Brahmst
Britta Erfmann
Susanne Bauer
Hermann Zimmermann
Dirk Engelmann
Martin Timpe
Andreas Helle
Heike Werner
Jan Böning

VORSITZ

Ottmar Schreiner
Elke Ferner
Angelika Graf
Sven Kaerkes
Armin Lang
Eva-Maria Stange
Lothar Tautz
Anke Pörksen
Sascha Vogt

ARBEITSKREISE

AK Christen
AK Jüdischer Sozialdemokraten

Selbst aktiv
Schwusos
AK Bundeswehr und Sicherheit
AK ehem. politische Häftlinge
AK Migranten und Migrantinnen

ZUSTÄNDIG

Dagmar Mensink
Dagmar Mensink

Klaus-Heinrich Dedring
Volker Norbistrath
Franz Danner
Andreas Helle
Thomas Vaupel

VORSITZ

Kerstin Griesse
Peter Feldmann (Sprecher)
Ilia Choukhlov (Sprecher)
Karl Finke
Ansgar Dittmar
Walter Kolbow
Lothar Otter
Kenan Kolat

GESPRÄCHSKREISE

Innenpolitik
Rechtsextremismus
Energiepolitik
Verbraucherpolitik
Verkehrs- und Infrastruktur-
politik
Wohnungsbau
und Stadtentwicklung
Jugend

Demografie
Inklusion und Teilhabe
Netzpolitik
Digitale Infrastruktur
Menschenrechte
Netzwerk Junge Wissenschaft

ZUSTÄNDIG

Volker Norbistrath
Volker Norbistrath
Carmen Gerner
Carmen Gerner
Hermann Zimmermann

Petra Weis

Kerstin Freudiger

Susanne Bauer
Klaus-Heinrich Dedring
Herman Zimmermann
Herman Zimmermann
Konstantin Woinoff
Martin Timpe

VORSITZ

Ralf Stegner
Niels Annen
Thorsten Schäfer-Gümbel
Ulrich Kelber
Jochen Hartloff
Florian Pronold
Florian Pronold

(Kerstin Griesse) zurzeit in
Zukunftswerkstatt Familie
Ute Berg
Karl-Hermann Haack
Björn Böhning
Martin Dürmann
Herta Däulber-Gmelin
Andrea Nahles

FOREN

Bildung
Forum Kinder und Familie
Forum Nachhaltigkeit
Forum Sport
Kulturforum
Wissenschaftsforum
Forum Eine Welt
Forum Ostdeutschland

ZUSTÄNDIG

Martin Timpe
Kerstin Freudiger
Carmen Gerner
Volker Edeling
Klaus-Jürgen Scherer
Martin Timpe
Konstantin Woinoff
Jens Hartung

VORSITZ

Hannelore Kraft
Manuela Schwesig, Dagmar Ziegler
Ulrich Kelber
Manfred Schaub
Wolfgang Thierse
Edelgard Bulmahn
Heidmarie Wiczorek-Zeul
Wolfgang Tiefensee

KOMMISSIONEN

Grundwertekommission
Kommission Gleichstellungs-
politik
Medienkommission
Historische Kommission
Europapolitische Kommission
Kommission Internationale Politik
Projektgruppe Steuern und
Abgaben

ZUSTÄNDIG

Hans Misselwitz
Britta Erfmann
Hermann Zimmermann
Andreas Helle
Thomas Vaupel
Konstantin Woinoff

Philipp Steinberg

VORSITZ

Julian Nida-Rümelin
Elke Ferner
Marc Jan Eumann
Bernd Faulenbach
Angelica Schwall-Düren
Bernhard Rapkay
Martin Schulz
Joachim Poß, Barbara Hendricks,
Carsten Kühl

KOMMUNIKATON

KOMMUNIKATION REFERAT PLANUNG UND STRATEGIE

Das Referat Planung und Strategie koordiniert die kommunikativen Angebote der SPD in die Partei hinein und zu den Bürgerinnen und Bürgern. Schwerpunktmäßig werden Kampagnen konzipiert und umgesetzt, Kommunikationsinstrumente entwickelt und auf Zielgruppen zugeschnitten. Darüber hinaus bestimmen kleine Aktionen und Maßnahmen das Tagesgeschäft.

WIR SIND VIELE

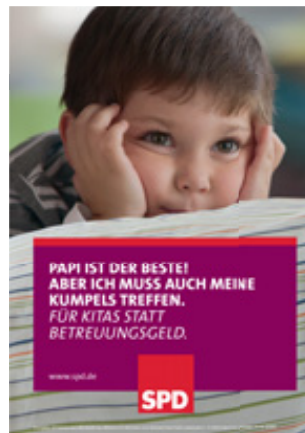
Mit Milliarden wurden die Banken gerettet. Nach dem Motto: Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren. Die Regulierung der Banken wurde von der schwarz/gelben Bundesregierung nicht verfolgt. Die Finanztransaktionssteuer abgelehnt. Mit der Kampagne *WIR SIND VIELE* hat die SPD ein Zeichen gegen verantwortungslose Zocker in den Banken gesetzt. Gegen eine Politik, die sich den Märkten ergibt. Für mehr Demokratie und eine Gesellschaft, die zusammenhält. Neben Materialien die auf Straßen und Veranstaltungen verteilt wurden, setzte die Kampagne insbesondere auf das Internet. Mit einem Erklärvideo zur Bankenkrise, Hintergrundberichten und Aktionen in den Sozialen Netzwerken verbreitete sich die Kampagne *WIR SIND VIELE*.

PRAXISTAG

Bundesweit besuchten SPD-PolitikerInnen einen Tag lang Pflege- und Gesundheitseinrichtungen, um vor Ort zu erfahren, wie der Alltag vor Ort aussieht und mehr über Probleme und mögliche Lösungen zu erfahren. Diese Aktion brachte dem SPD-Gesundheitskonzept bundesweite Aufmerksamkeit. Tagsüber waren die PolitikerInnen in den Einrichtungen ohne mediale Begleitung und im Dialog mit den Menschen vor Ort. Abends gab es die Möglichkeit öffentlich über die Erfahrungen zu sprechen. Diese Veranstaltungen wurden von der lokalen Presse intensiv begleitet und abgebildet. Der große Erfolg der Aktion beruht vor allem auf dem breiten Engagement der SPD-PolitikerInnen die diese Aktion vor Ort mit Leben gefüllt haben.

KITAS STATT BETREUUNGSGELD

Das Betreuungsgeld fördert, dass Kinder nicht in die Kita gehen. Auf diesen familienpolitischen Irrsinn und die Verschwendung von Steuergeldern reagierte die SPD mit der Kampagne *KITAS STATT BETREUUNGSGELD*. Die Debatte über das Betreuungsgeld hatte bis dahin die Betroffenen – nämlich die Kinder – außer Acht gelassen und sich verstärkt in gegenseitige Vorwürfe zwischen den Parteien verstrickt. Deshalb wurden die Kinder in den Mittelpunkt der Kampagne gestellt. Mit emotionalen Motiven und auch ein wenig augenzwinkernd wurde verdeutlicht, warum die Kita für Kinder sinnvoll ist. Neben den zwei Kampagnenmotiven, die als Postkarten und Banner im Netz verbreitet wurden, gab es eine Flankierung durch PR-Aktivitäten, Aktionen und Unterstützervermaßnahmen durch Prominente. In den Sozialen Netzwerken und SPD.de gab es Aktionstage mit Umfragen und Hintergrundberichten. Die Kampagne erzeugt bei den Mitgliedern, den BürgerInnen und Medien einer äußerst positive Resonanz.



WENN DU WAS VERÄNDERN WILLST – DER FILM

Die Idee, einen Film über die SPD zu produzieren ist nicht neu. 2010 hatten wir für die über 20.000 Besucherinnen und Besuchern, die jedes Jahr das Willy-Brandt-Haus besuchen, einen neuen Kurzfilm produziert. Immer wieder wurden wir darauf angesprochen, dass man mehr über die Partei und ihre Werte erfahren möchte. „Wenn Du was verändern willst, ... was besser machen willst, dann musst Du nicht abwarten, dass irgendwer kommt, der das macht. Dann musst Du selbst anfangen.“ In Vorbereitung auf das 150-Jah-



re-Jubiläum der Partei wurde die Idee dann konkret. 2011 fiel die Entscheidung für das Drehbuch. Im Frühjahr 2012 begannen die Aufnahmen. Letzter Drehtag war der 19. Dezember 2012. Der Grundgedanke des Films ist die Frage: Was ist es, dass so viele Menschen seit 150 Jahren antreibt, sich für die Sozialdemokratie zu begeistern? Warum riskieren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bis zum Ende des 2. Weltkriegs Verfolgung, Haft und Tod? Und was treibt sie bis heute an, sich für diese Partei zu engagieren? Helmut Schmidt, Hans-Jochen Vogel, Manuela Schwesig, Hannelore Kraft und viele andere lassen die Geschichte von 150 Jahren SPD in 90 Minuten lebendig werden. Sie vermitteln das Streben nach Freiheit und Gerechtigkeit. Die Kraft von Solidarität. Die Macht von Bildung. Und die Überzeugung, dass sich die Lebensverhältnisse für alle zum Besseren gestalten lassen. Mit der Premiere am 8. Februar in Leipzig stand der Film unseren Gliederungen zur Verfügung. In über 50 Städten lud die Partei Genossinnen, Genossen und Freunde ins Kino ein, um zu zeigen: **Wir sind eine Volkspartei mit einzigartiger Tradition.**

KOMMUNIKATION NEWSDESK

Mit dem Newsdesk hat der SPD-Parteivorstand nach der letzten Bundestagswahl eine zentrale Redaktion für die Onlineauftritte der Parteizentrale aufgebaut. Dort arbeiten Text- und Social-Media-Redakteure, Online-Strategen und Multimedia-Experten. Die Homepage der SPD ■ www.SPD.de ist die zentrale Newsplattform der Partei im Netz. Launch der Seite war im Herbst 2010.

Über die Jahre 2011 und 2012 wurde der Auftritt inhaltlich im Rahmen der technischen Möglichkeiten immer weiter entwickelt. Im September 2012 stand dann für SPD.de ein Relaunch an: Layout und Funktionen wurden optimiert und die Kampagnenfähigkeit der Seite ausgebaut. Wichtige neue Feature der Plattform sind interaktive Elemente, die mehr Beteiligung zulassen. So können Grafiken und Banner nun geteilt werden, das heißt: Sie können mit wenigen Mausklicks auf anderen Webseiten eingebunden werden.

■ **SPD.de** stellt in seinem täglich aktualisierten Onlineangebot dem User viele Informationen über und für die Partei zur Verfügung. Themen und Geschehnisse von sozialdemokratischem Interesse werden aufbereitet und in redaktionellen Beiträgen tagesaktuell veröffentlicht.

■ **SPD.de** ist das Online-Mutterschiff der Partei und auch in Wahlkampfzeiten die erste Anlaufstelle für Interessierte und Genossen, um aktuelle Informationen zu erhalten und mehr über die zentralen



Ihre Meinung

Soll die NPD verboten werden?

Ja

oder

Nein



Diskutieren

werken bewegen. Dort werden politischen Themen im persönlichen Nachrichtenstrom wahrgenommen und diskutiert. Inhalte teilen, liken, twittern, empfehlen oder kommentieren zählen zu den zentralen Funktionen von Social Media. So hat der Newsdesk über seine starke Vernetzung und starke Präsenz in den sozialen Netzwerken sozialdemokratische Botschaften setzen und Diskussionen voranbringen können.

Das Online-Angebot der Partei wird in Wahlkampfzeiten um eine Internetseite des Kanzlerkandidaten ausgebaut. Im Dezember 2012 ging ■ www.Peer-Steinbrueck.de – betreut vom Newsdesk – online.

Themen der Partei zu erfahren. Daneben betreut der Newsdesk auch die Social-Media-Kanäle des Parteivorstands: Twitter, Facebook, Google+, Youtube und Pinterest. Diese Kanäle haben 2011 und 2012 im Onlinekonzept eine immer wichtigere Stellung eingenommen, da sich mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger in den sozialen Netz-

KOMMUNIKATION ÖFFENTLICHKEITS- ARBEIT

Zwei wesentliche Grundausrichtungen haben die Öffentlichkeitsarbeit im Berichtszeitraum geprägt:

1. DIE ÖFFNUNG DER PARTEI DURCH ANGEBOTE ZUM MITMACHEN UND DIE BEREITSCHAFT ZUM DIALOG.
2. DIE SCHÄRFUNG DES POLITISCHEN PROFILS DER SPD.

Ein Höhepunkt für diese Anliegen war der Bürgerdialog. In ungewöhnlich hoher Auflage wurde eine Dialogkarte den Gliederungen zur Verfügung gestellt, begleitet von einem Leitfaden, Flyer und Plakaten.

So konnten Serviceangebote und Aktivitätsbereitschaft der Gliederungen zu einem außergewöhnlich guten Ergebnis führen. Ein Prozess der auf Augenhöhe mit den Bürgerinnen und Bürgern stattfand.



Aktion zum Equal Pay Day
Foto: Stefan Wiechmann



In der Folge der Fukushima-Katastrophe haben sich Hunderttausende für den Atomausstieg engagiert. Bei Demonstrationen und Großveranstaltungen spielten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Bündnis mit anderen eine deutlich sichtbare Rolle. Diesen Prozess haben wir mit einem breiten Angebot an Bannern, Flugblättern, Pins, Aufklebern etc. unterstützt.

KOMMUNIKATION ÖFFENTLICHKEITS- ARBEIT

Zum Öffnungsprozess der Partei zählen wir auch unsere ungewöhnliche Veröffentlichung der Grundrechte im Grundgesetz in 10 Sprachen. Mit diesem konkreten Beitrag für Menschen unterschiedlicher Herkunft haben wir eine Lücke gefüllt, für die es bisher kein vergleichbares Angebot gab.

Die Ergebnisse der Parteireform sind auch eingeflossen in eine ganz neue Mitglieder- und Mitmachkampagne (Flyer, Plakate, Handbuch) unter dem Titel **MACH DICH STARK**, die auf sehr positive Resonanz stieß und ihre volle Wirkung im Wahljahr 2013 entwickeln kann.

Mit unserem Wandzeitungsservice haben wir die Positionen der SPD u. a. bei der Bankenmacht, dem Betreuungsgeld, der Bürgerversicherung, gerechtem Lohn über die Schaukästen der Ortsvereine deutlich gemacht. Den vielen Besucherinnen und Besuchern im Willy-Brandt-Haus wurde neben einem neuen medialen Angebot ein Broschürenservice zur Verfügung gestellt.



Im Jahre 2012 haben wir mit den Vorbereitungen für die Bundestagswahl begonnen. Die Auswahl von externen Kooperationspartnern wie einer neuen Werbeagentur, war ein erster Schritt.

Besonderen Raum nahm im folgendem die gründliche Überarbeitung unseres Corporate Designs ein. So wurde unser SPD-Quadrat neu positioniert, eine neue Kampagnefarbe identifiziert und zum Beispiel der Auftritt der Arbeitsgemeinschaften dem gemeinsamen Erscheinungsbild angepasst.

Außerdem begannen die Vorbereitungen für den Aufbau einer Wahlkampfzentrale, der Kampa2013.

KAMPA 2013

IM WBH



Equal Pay Day
Foto: Stefan Wiechmann

GUTE ARBEIT GERECHTE LÖHNE



INTERN

Mit der Ausgabe Juni 2011 erscheint INTERN – der Informationsdienst für aktive SPD-Mitglieder – als 8-seitige Beilage im vorwärts und nicht mehr als eigenständige Publikation. Die redaktionelle Umstellung wurde als Anlass für eine vollständige Neukonzeption des INTERN genommen. Der neue INTERN orientiert sich dabei an fünf Grundsätzen.

1. INTERN ist das Organ des Willy-Brandt-Hauses. INTERN gibt monatlich einen Überblick über wesentliche Themen und Aktivitäten des SPD-Parteivorstands. INTERN richtet sich an aktive SPD-Mitglieder: vom OV-Vorsitzenden, über Mandatsträgerinnen und -träger bis zu den Fraktionen auf den verschiedenen Ebenen. INTERN erscheint als Beilage vom vorwärts und hebt sich inhaltlich und formal deutlich von diesem ab.

2. INTERN ist ein Informationsorgan. INTERN liefert Sachinformationen und gibt – wo nötig – Orientierung bei der politischen Einordnung von Fakten.

3. INTERN unterstützt die praktische politische Arbeit der SPD vor Ort. INTERN gibt den aktiven SPD-Mitgliedern konkrete Hilfestellungen und Tipps und verbessert mit Hilfe von Argumentationsmaterialien ihre Sprachfähigkeit.

4. INTERN sucht den aktiven Kontakt zu den Gliederungen. INTERN greift – wo möglich – Initiativen und Best-Practice-Beispiele der Gliederungen auf.

5. INTERN stellt die Dienstleistungsangebote des Willy-Brandt-Hauses mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dar. INTERN liefert damit einen Beitrag zu mehr Effizienz und Transparenz zwischen Gliederungen und Parteiführung.



Die Auflage von INTERN beträgt rund 42.000 Exemplare. Die Resonanz aus der Organisation ist positiv. Insbesondere die Doppelseite in der Mitte mit großflächigen Motiven (Panoramaseite) wird von vielen Ortsvereinen zum Aushang in den Schaukästen genutzt.

**KOMMUNIKATION
PRODUKTION UND
VERTRIEB**

Auch in den Jahren 2011/2012 war es die Aufgabe der Produktion, für die Genossinnen und Genossen aktuelles und kostengünstiges Material zur Unterstützung ihrer Arbeit vor Ort zu produzieren. Darüber hinaus wurden verschiedene Materialien für die Abteilungen im Haus, für die Arbeitsgemeinschaften und Foren erstellt, aber auch für Kam-

pagnen wurden Layouts erstellt, Druckerzeugnissen produziert bis hin zur konzeptionellen und technischen Begleitung von Veranstaltungen. Im Referat vorhandenes Know-how ermöglichte es, das Veranstaltungsdesign der Parteitage von der ersten Idee über die Konzeptentwicklung bis zur Projektbegleitung zu realisieren.

Die Anforderungen, die durch die rasante Entwicklung des Internets als Informationsmedium besteht, wurden ebenfalls durch schnelle Bereitstellung von Gestaltungselementen bedient.

Den Höhepunkt bildete der Bürger-Dialog. So wurde ein umfangreiches Materialangebot entwickelt – allein zwei Millionen Dialogkarten verteilt. Die Dialogkarte war das zentrale Kommunikationsinstrument in dieser Kampagne. So wurde die Karte auch an alle SPD-Mitglieder im vorwärts mitgeschickt. Begleitet wurde die Kampagne durch Info- und Themenflyer, sowie verschiedenen Plakaten und Give-aways.

Zum 1. Mai startete die Kampagne für gerechte Löhne *WIRTSCHAFT RAUF, LÖHNE RAUF* mit einer umfangreichen Materialpalette. So wurden Plakate, eigene Fahnen, Flyer und Luftballons entwickelt, produziert und vertrieben.

Im Rahmen der Betreuungsgeld-Kampagnen hat der Vertrieb zu einem stark subventionierten Sonderpreis die Genossinnen und Genossen mit den beiden Postkarten versorgt. Die Postkarten kamen bei den Bürgerinnen und Bürgern sehr gut an und haben dazu beigetragen die Meinung zum Betreuungsgeld zu verändern.

Zum Start des Konzepts der SPD-Bürgerversicherung wurde eine eigene Kampagne gestartet. Neben den bewährten Plakaten und Flyer wurden auch ungewöhnlichere Materialien, wie Z-Cards und Magnet-Pins eingesetzt, die stark nachgefragt wurden.

Ein weiterer und immer wichtiger werdender Bestandteil der Arbeit der Produktion ist die Unterstützung der Gliederungen.

Kontakt: ■ produktion@spd.de

Insbesondere der Bereich der externen Produktion hat sich zu einem echten Serviceangebot innerhalb von Abt. III entwickelt.

Ein wichtiger und stetig wachsender Bestandteil der Arbeit der SPD-Produktion bezieht sich auf die aktive, regionale Wahlkampfunterstützung bei Landtagswahlen, Kommunalwahlen und OB-Wahlen. Dazu gehört neben der Beratung und Organisation der Werbemittel auch das komplette Produktionsangebot sowie die Unterstützung regionaler Shootings.

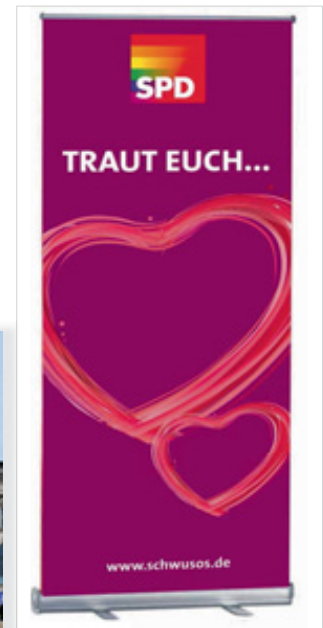
Ebenso ist die Weiterentwicklung des SPD-Druckvorlagenportals in Hinblick auf die dezentrale Nutzung in den Gliederungen ein wichtiger Bereich im Referat Produktion.



Aktive Wahlkampfhilfe wurde 2011/2012 zum Beispiel für die Landtagswahlen in Hamburg, Berlin, Saarland, Schleswig-Holstein und Niedersachsen geleistet: Im Druckvorlagenportal wurden Ländersportale eingerichtet, die zentral von den Landesverbänden gesteuert werden konnten.

Neben der intensiven Betreuung der KandidatInnen mit dem Portal wurden die Kandidatenshootings geplant und durchgeführt.





Roll-up



Kühlschranksagnet

Die Themenflyer mit vielen wichtigen Hintergrundinfos.

Ebenso wurden weitere Materialien und Werbemittel geplant und umgesetzt. Dabei umfasste die Komplettleistung des Referats neben Gestaltung und Layout auch Litho und Produktion.

Das SPD-Druckvorlagenportal hat sich mittlerweile bei der Organisation von Wahlkämpfen als Produktionsplattform bewährt.

So gibt es mittlerweile auch Druckvorlagenportalplattformen von Landesverbände auch außerhalb der Wahlkampfzeit, um der Gliederung Layoutvorlagen im einheitlichen Design durchgängig zur Verfügung zu stellen. Auch seitens des Parteivorstands wird das Angebot des Portals stetig erweitert und immer mehr zur Regionalisierung von Bundeskampagnen eingesetzt.



SPD Bundesligaplaner 2012/2013

**KOMMUNIKATION
EVENTMANAGEMENT**

VERANSTALTUNGEN 2011

Die Parteireform der SPD und die damit einhergehende Öffnung der Partei spiegelten sich 2011 in zahlreichen Veranstaltungen wieder. Zum Tag der offenen Tür am 28. Mai wurde nach einer Umgestaltung des Hauses das Besucherforum in der Spitze des Willy-Brandt-

Hauses als Ort des politischen Dialoges von Sigmar Gabriel und Klaus Wowereit eröffnet. Tausende Bürgerinnen und Bürger kamen in die Parteizentrale, um die zahlreichen Stände im und um das Haus zu besuchen, mit der SPD zu diskutieren, Ausstellungen anzusehen und an Hausführungen oder Buchpräsentationen teilzunehmen.

Im Anschluss an den Tag der offenen Tür fand am 29. Mai eine Unterbezirks- und Kreisvorsitzendenkonferenz statt. Hier wurde über den fortgesetzten Prozess der Parteireform informiert und die bisherigen Erkenntnisse diskutiert.

2011 wurde erstmalig die CSD-Trucktour der Schwusos in 10 deutschen Städten (Düsseldorf, Berlin, Köln, München, Rostock, Saarbrücken, Frankfurt/Main, Stuttgart, Hamburg und Mannheim) durchgeführt. Start der Tour war im Juni in Düsseldorf, die letzte Station war Mannheim Mitte August. Der einheitliche Auftritt der SPD bei den Christopher-Street-Day-Paraden unter dem Motto *VIELFALT STATT EINFALT* mit der Forderung nach voller rechtlicher Gleichstellung von Lesben und Schwulen hat rund 5 Millionen Menschen vor Ort erreicht. Der Erfolg der Kampagne führte dazu, dass wir die Trucktour 2012 in 11 deutschen Städten unter dem Motto *TRAUT EUCH...!* mit der Forderung der Öffnung der Ehe wiederholten.



Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin beim CSD-Empfang 2011 im Willy-Brandt-Haus | Foto: Marco Urban

Zu den Jubiläen dieses Jahres zählte der 85. Geburtstag Hans-Jochen Vogels sowie das 100-jährige Jubiläum des Frauentages und auch das Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie e.V. feierte sein 15-jähriges Bestehen. Darüber hinaus würdigte die SPD den 50. Jahrestag des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens mit einer Festveranstaltung im Ballhaus Rixdorf am 27. Oktober. An der Gala nahmen über 400 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Sozialverbänden, Religionsgemeinschaften, Kunst, Kultur und Sport teil. Neben der Verleihung des Gustav-Heinemann-Bürgerpreises, des Regine-Hildebrandt-Preises sowie des Innovationspreises fanden erstmalig die Verleihung des August-Bebel-Preises sowie des Internationalen Willy-Brandt-Preises statt. Der Sozialphilosoph Oskar Negt erhielt am 21. März den August-Bebel-Preis für sein Lebenswerk, weil er sich ähnlich August Bebel weit über die deutschen Grenzen hinaus

um die soziale Bewegung verdient gemacht hat. Am 25. Oktober wurde der Internationale Willy-Brandt-Preis verliehen, der anlässlich des 40. Jahrestags von Willy Brandts Kniefall in Warschau ins Leben gerufen wurde. Er wird an herausragende Persönlichkeiten verliehen, die sich im Sinne Willy Brandts in besonderer Weise für Verständigung und Frieden verdient gemacht haben. Der erste Preisträger war der argentinisch-israelische Pianist und Dirigent Daniel Barenboim. Gewürdigt wurde Barenboims Engagement für ein friedliches Zusammenleben im Nahen Osten.



Sigmar Gabriel, SPD-Parteivorsitzender und Preisträger Daniel Barenboim bei der Verleihung des Internationalen Willy-Brandt-Preises 2011 | Foto: Dominik Butzmann

Der Einladung zur Betriebsräte- und Gewerkschaftskonferenz am 15. Februar in Mannheim, bei der gemeinsame Ziele der SPD und der Gewerkschaften erörtert wurden, folgten rund 700 ArbeitnehmervertreterInnen. Im Mittelpunkt der Konferenz stand die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit.

Die zentrale Veranstaltung des Jahres 2011 war der ordentliche Bundesparteitag vom 4.–6. Dezember in der *STATION BERLIN* am Gleisdreieck unter dem Motto: *UNSER KAPITAL: DEMOKRATIE UND GERECHTIGKEIT*. Hier wurde Sigmar Gabriel im Amt des Parteivorsitzenden mit 91,6 Prozent der Stimmen bestätigt. Höhepunkte des Parteitags waren die Rede des Alt-Kanzlers Helmut Schmidt über *DEUTSCHLAND IN EUROPA, DEUTSCHLAND MIT EUROPA UND DEUTSCHLAND FÜR EUROPA*, die Rede des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Norwegens und Ministerpräsident Norwegens Jens Stoltenberg sowie die Rede des Präsidentschaftskandidaten der französischen Sozialisten, François Hollande. Diesen Bundesparteitag besuchten 5000 Gäste und auch die Zahl der Aus-



Helmut Schmidt, Bundeskanzler a.D. beim ordentlichen Bundesparteitag 2011 in Berlin | Foto: Marco Urban

steller war beträchtlich: 90 SPD-nahe und kommerzielle Aussteller waren auf dem Gelände vor Ort.



Helmut Schmidt, Bundeskanzler a.D. beim ordentlichen Bundesparteitag 2011 in Berlin | Foto: Marco Urban



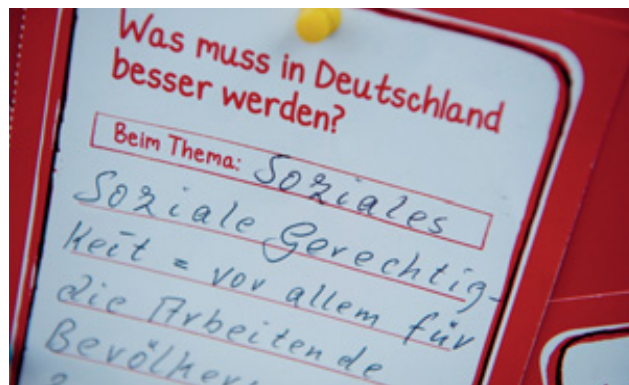
François Hollande, Staatspräsident der französischen Republik beim ordentlichen Bundesparteitag 2011 in Berlin | Foto: Marco Urban

Das Referat Eventmanagement organisierte im Jahr 2011 insgesamt 41 Veranstaltungen, darunter diverse Zielgruppenveranstaltungen, Gesprächsreihen und Wahlabende, wie beispielsweise die Wahlparty in Kooperation mit dem Landesverband Berlin am 18. September in der Kulturbrauerei anlässlich der Wahl des Abgeordnetenhauses Berlin, aus der Klaus Wowereit zum dritten Mal in Folge als Sieger hervorging.

VERANSTALTUNGEN 2012

Ein Novum in Bezug auf BürgerInnenbeteiligung war der BürgerInnen-Dialog, welcher am 24. September startete. In der ersten Phase des ZUHÖRENS fragten wir Bürgerinnen und Bürger, Nichtmitglieder und SPD-Mitglieder WAS MUSS IN DEUTSCHLAND BESSER WERDEN?. Wir baten die Menschen per Dialogkarte Vorschläge, Anregungen, Ideen und Kritik zu verschiedenen Politikbereichen einzubringen. 350 Veranstaltungen wurden dezentral in der Fläche der Republik umgesetzt, 2 Millionen Karten verteilt und 40.000 Rückmeldungen wurden mit Hilfe einer speziell entwickelten Software ausgewertet. Diese Rückmeldungen bildeten die Grundlage für die zweite Phase des REDENS (Start: Mitte Januar 2013). Ziel des BürgerInnen-Dialoges ist es, gemeinsam mit den Menschen konkrete Projekte und Vorschläge für das Regierungsprogramm der SPD zu erarbeiten.

Als höchstes Entscheidungsgremium zwischen den Bundesparteitaugen trat der Parteikonvent als Nachfolgegremium des Parteirats erstmals im Juni 2012 zusammen. Im Willy-Brandt-Haus fanden sich 200



BürgerInnen-Dialog-Karte | Foto: Marc-Steffen Unger

gewählte Delegierte der Bezirke ein, um zusammen mit dem Parteivorstand über aktuelle politische Themen wie die europäische Wirtschafts- und Fiskalpolitik oder die Jugend- und Kommunalpolitik zu beraten. Der 2. Parteikonvent folgte Ende November. Im Mittelpunkt dieses Konvents standen die Themen Alterssicherung und Rentenpolitik sowie Wissenschaftspolitik.

Bei der Auftaktveranstaltung der Gesprächsreihe REDEN ZU DEUTSCHLAND UND EUROPA Mitte März sprach der Präsident des Europäischen Parlamentes Martin Schulz zum Thema EUROPAS WEGE AUS DER KRISE. Für die zweite Veranstaltung in diesem Rahmen konnte der Bundesminister a.D. Hans-Dietrich Genscher für eine Rede zu den grundlegenden Perspektiven der europäischen Einigung gewonnen werden.



Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlamentes im Rahmen der Veranstaltungsreihe REDEN ZU DEUTSCHLAND UND EUROPA im Willy-Brandt-Haus | Foto: Marco Urban



Hans-Dietrich Genscher, Bundesminister a.D. im Rahmen der Veranstaltungsreihe REDEN ZU DEUTSCHLAND UND EUROPA im Willy-Brandt-Haus | Foto: Marco Urban

Mit Blick auf das 150-jährige Bestehen der SPD im Jahr 2013 diskutierte die Partei grundlegende Fragen sozialdemokratischer Politik. Bei der Auftaktveranstaltung *LINKS UND FREI?* im November in Berlin wurde die sozialdemokratische Identität in Geschichte und Gegenwart thematisiert. Es folgte die Diskussionsveranstaltung *GLEICHHEIT UND UNGLEICHHEIT* im Dezember in Hannover. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten diskutierte die SPD die alten und neuen Dimensionen der sozialen Frage.



Stephan Weil, Ministerpräsident Niedersachsens bei der Veranstaltung *GLEICHHEIT UND UNGLEICHHEIT* in Hannover 2012
Foto: Dimitrios Anastassaki

Das Thema der Unterbezirks- und Kreisvorsitzendenkonferenz Mitte Juni war die Kampagnenführung 2013. Rund 300 TeilnehmerInnen tauschten sich über den Stand der Vorbereitungen und strategische Fragen zum Bundestagswahlkampf 2013 aus.

In den Jahren 2011 und 2012 setzte das Eventmanagement insgesamt 6 Bundeskonferenzen der Arbeitsgemeinschaften um – AfA, AfB, AGS, ASF, AG 60plus und ASJ.

Zu den kulturellen Veranstaltungen 2012 gehörte beispielsweise der 9. Filmabend zur Berlinale, bei dem der Film *DIE VIERTE MACHT* mit Moritz Bleibtreu gezeigt wurde. Des Weiteren wurde auf dem Branchenempfang *POP MEETS POLITICS* im FritzClub im Postbahnhof Berlin unter dem Thema *ZUKUNFTSMUSIK – EINE KREATIVBRANCHE IM UMBRUCH. WEGE UND MÖGLICHKEITEN FÜR JUNGE TALENTE* über die Verbesserung musikalischer Nachwuchsförderung und die Reform des Urheberrechts diskutiert.

Am 8. Oktober fand anlässlich des 20. Todestages Willy Brandts eine Gedenkveranstaltung mit Altbundespräsident Richard von Weizsäcker, Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse und Kanzlerkandidat Peer Steinbrück statt. Zum Gedenken an den ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler und Friedensnobelpreisträger versammelten sich 400 Gäste im Willy-Brandt-Haus.

Bei dem Außerordentlichen Bundesparteitag am 9. Dezember in Hannover wurde Peer Steinbrück von den 600 Delegierten mit 93,45 Prozent der Stimmen zum Kanzlerkandidaten nominiert. Der Tagungs-ort, die Halle 7 der Deutschen Messe Hannover, wurde mit neuem Design und Bühnenbild ausgestattet – 170 laufende Meter mit einer Höhe von 6,50 m Kulisse wurden gestaltet. Auf den in Rottönen gehaltenen Stellwänden, die das kreisrunde Plenum umrahmten waren deutsche Landschaften abgebildet – vom Bauhaus in Dessau bis zum Kölner Dom. Die Bühne war inmitten des kreisförmig angeordneten Plenums platziert. Die Botschaft des Parteitags war *MITEINANDER FÜR DEUTSCHLAND*.

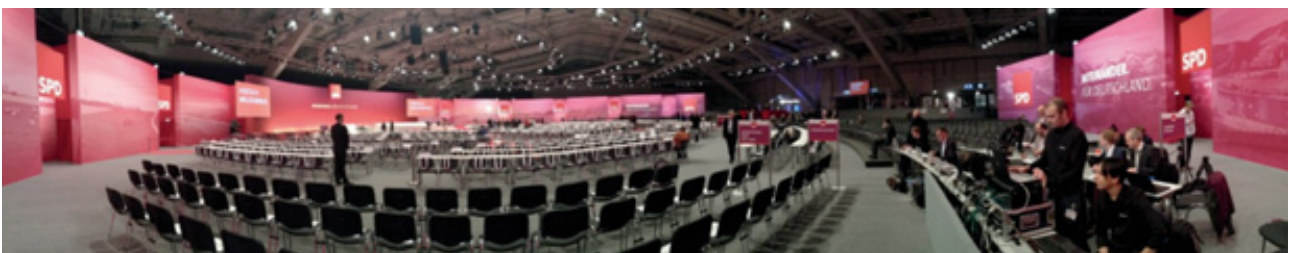


Peer Steinbrück, SPD-Kanzlerkandidat beim außerordentlichen Bundesparteitag 2012 in Hannover | Foto: Marco Urban

Das Referat Eventmanagement organisierte 84 Veranstaltungen in den Jahren 2011 und 2012 und wirkte zusätzlich bei 38 Veranstaltungen unterstützend mit.



Sigmar Gabriel, SPD-Parteivorsitzender, Richard von Weizsäcker, Bundespräsident a.D. und Peer Steinbrück, SPD-Kanzlerkandidat bei der Gedenkveranstaltung zum 20. Todestages Willy Brandts | Foto: Bea Marquardt



Bühnenbild des außerordentlichen Bundesparteitags 2012 in Hannover | Foto: Bea Marquardt

KOMMUNIKATION DIREKT- KOMMUNIKATION

Auch in den Jahren 2011 bis 2012 verfolgte das Referat Direktkommunikation das Ziel, durch umfangreiche Informations- und Dialogangebote dauerhafte, nachhaltige Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern sowie mit SPD-Mitgliedern aufzubauen.

Das Referat fungierte weiterhin als zentrale Anlaufstelle für alle Anfragen und Anliegen an die SPD, ob per Brief, Fax, E-Mail, Telefon. Auch im persönlichen Kontakt in dem vom Referat betreuten Besucherforum in der Spitze des Willy-Brandt-Hauses, das im Mai 2011 eröffnet wurde, oder in einer der zahlreichen Besuchergruppen bot das Referat interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, Fragen direkt zu stellen und Ideen vorzutragen.

Eine wichtige Aufgabe des Referats ist es, Menschen zur Beteiligung einzuladen und ihnen für ihren Beteiligungswunsch das ideale Angebot zu machen. Deshalb agierte das Referat hier häufig als Vermittler von Wissen über Themen, Strukturen oder Mitmachmöglichkeiten innerhalb der SPD.

Die Nutzbarmachung des im Referat gesammelten Wissens für die Partei stand in diesen Jahren an zentraler Stelle. So setzte sich das Referat für einen kontinuierlichen Austausch zwischen den kommunizierenden Gewerken ein, indem es mit der Pressestelle, den RedenschreiberInnen, den VertreterInnen des Newsdesks sowie der WBH-Redaktion und den KollegInnen aus Kampagnen und Strategie wöchentliche kurze Treffen auch über Abteilungsgrenzen hinweg initiierte, von denen die Gewerke in der täglichen Arbeit profitieren konnten. Ebenso leitete das Referat die Testphase der von der Bundesgeschäftsführerin erbetenen Einführung einer Wissensmanagement-Software. Ziel dieser Softwarelösung war es, Wissen dadurch in Nutzen zu verwandeln, dass zerstreut vorhandene Wissensbestände zentral zusammengeführt, zugänglich gemacht und kontinuierlich aktualisiert werden. Die Suche nach dem Wissen konnte so vereinfacht und beschleunigt werden; Wissenslücken gerade der kommunizierenden Gewerke sollen so schneller erkannt und schneller geschlossen werden.

KENNZAHLEN

Im Jahr 2012 beantwortete das Referat über 1.100 Briefe und Faxe, ca. 21.000 E-Mails sowie ca. 25.000 Telefonate; die jeweils von der Bitte um Übersendung eines Parteiprogramms bis zu komplizierten Bürgeranliegen reichen konnten. Schwerpunkte der BürgerInnenanfragen lagen im Jahr 2012 besonders bei dem Thema Krise der europäischen Union sowie beim Thema Fragen und Anmerkungen zum SPD-Rentenkonzept.

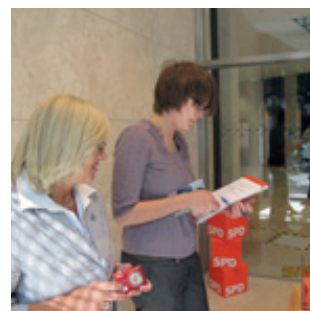
Ins Haus kamen im Jahr 2012 ca. 17.200 BesucherInnen in 410 Besuchergruppen; und zusätzlich 18.000 AusstellungsbesucherInnen der Ausstellungen des Freundeskreises WBH, die das Haus durch das Besucherforum betraten.

125 von 146 SPD-Bundestagsabgeordneten schickten ihre Besuchergruppen ins WBH; 55 MitarbeiterInnen aus dem WBH haben vor den Gruppen referiert. Als besonderes Andenken gibt das Referat seit 2011 an alle BesucherInnen Besucher(gruppen)fotos aus, die während des Besuchs im WBH vor der Skulptur von Willy Brandt gemacht und direkt ausgedruckt werden.

KAMPAGNEN UND AKTIONEN

Während des Parteitags 2011 bespielte das Referat Direktkommunikation die so genannte *HALLE FÜR ALLE* in der *STATION BERLIN*, in der es u.a. mit einer Fotoaktion für die frisch gestartete Mitmachen-Kampagne warb, die aus dem Referat bearbeitet und betreut wurde. Diese Kampagne, die gemeinsam von unterschiedlichen Gewerken im Haus konzipiert worden war, lief über das Portal mitmachen.spd.de und hatte zum Ziel, Interessierte speziell auf ihre Bedürfnisse hin mit Informationen über das Mitmachen in der SPD zu versorgen. Innerhalb des Aktionszeitraums von etwa 15 Monaten wurden über dieses Portal über 1000 Kontakte zu Interessierten hergestellt bzw. weitervermittelt.

Im Rahmen der Vorwahlkampfphase 2012 fiel dem Referat die Aufgabe zu, die eingehenden BürgerInnen-Vorschläge des SPD-Bürgerdialogs in einer Software zu erfassen. Personell um viele studentische Hilfskraftstellen aufgestockt wurden so im Zeitraum von September 2012 bis Februar 2013 im Rahmen des Bürgerdialogs ca. 40.000 BürgerInnen-vorschläge erfasst, die per Aktionskarte, aber teils auch per Mail, Brief oder Telefon eintrafen. Diese bildeten die Basis für die erfolgreiche Bürgerkonferenz im März 2013.



Fotos: Direktkommunikation

**SPD-JAHRBUCH
2011–2012
BERICHTE DES WILLY-
BRANDT-HAUSES**

**INTERNATIONALE
POLITIK**



Die SPD als Friedens- und Europapartei Deutschlands klar zu positionieren – dies war auch im Berichtszeitraum eine der prägenden Leitlinien der internationalen Arbeit des SPD-Parteivorstands und der Abteilung Internationale Politik. Im Vordergrund der Arbeit standen insbesondere die Themen Frieden und Abrüstung, nachhaltige Entwicklung und die Bekämpfung von Armut, die Durchsetzung der Menschenrechte und eine starke und soziale Europäische Union als Antwort auf die Wirtschaftskrise und die Herausforderungen im globalen 21. Jahrhundert.

**AUSSENPOLITIK
KOMMISSION INTERNATIONALE POLITIK**

Im Berichtszeitraum lag zunächst ein großer Fokus in der außenpolitischen Arbeit auf den Umbrüchen in der arabischen Welt und den politischen Schlussfolgerungen hieraus. Die SPD insbesondere auch durch die praktische Arbeit der Abteilung Internationale Politik organisierte frühzeitig einen politischen Austausch mit neuen politischen und gesellschaftlichen Kräften in den betreffenden Ländern und leistete wo sinnvoll und möglich auch konkrete Unterstützung. So wurden etwa in Ägypten oder Tunesien durch politische Besuche und Beratungseinsätze in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung konkrete Austausch- und Unterstützungsangebote entwickelt, um nahstehende politische Kräfte und Parteien zu unterstützen. Im Mai 2011 fand außerdem initiiert zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung die Veranstaltung *DESPOTENDÄMMERUNG* in der Kalkscheune in Berlin statt, bei der der SPD-Vorsitzende sowie ein breites geladenes Publikum mit jungen in der arabischen Revolution politisch aktiven Menschen aus Ägypten, Tunesien und dem Jemen über die Entwicklungen in der Region diskutierten.

Internationaler-Willy-Brandt-Preisträger Daniel Barenboim und SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel | Foto: Kai Doering

Im Oktober 2011 fand darüber hinaus im festlichen Rahmen im Willy-Brandt-Haus die Verleihung des 1. Internationalen Willy-Brandt-Preises statt. Erste Preisträger waren Daniel Barenboim, der für sein Engagement beim West-Eastern Divan Orchestra mit dem Hauptpreis ausgezeichnet wurde, und die ägyptische Theaterregisseurin Laila Soliman, die einen Sonderpreis für besonderen politischen Mut erhielt. Die Preisträger waren von einer Jury unter Vorsitz von Egon Bahr ausgewählt worden und nahmen die Preise persönlich im Willy-Brandt-Haus entgegen. Der 2. Internationale Willy-Brandt-Preis für das Jahr 2012 wurde im Januar 2013 an den norwegischen Ministerpräsidenten Jens Stoltenberg für dessen Eintreten für Freiheit, Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Reaktion auf die rechtsterroristischen Anschläge in Norwegen im Juli 2011 verliehen. Der Sonderpreis für besonderen politischen Mut wurde an den inhaftierten sozialdemokratischen Oppositionspolitiker und ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Nikolai Statkevich verliehen.

Im Berichtszeitraum stand außerdem die aktuelle Weiterentwicklung der außenpolitischen Programmatik der SPD im Vordergrund, die in einem europa- und außenpolitischen Leitantrag auf dem SPD-Bundesparteitag im Dezember 2011 Ausdruck fand. Am Vortag des Parteitags lud der SPD-Parteivorstand internationale Gäste, Delegierte und Interessenten unter dem Motto *IM AUFBRUCH DEN WANDEL GESTALTEN* zur Internationale Konferenz ins Willy-Brandt-Haus ein. Neben dem SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel und dem heutigen Präsidenten des Europaparlaments Martin Schulz diskutierten hochrangige Gäste aus Europa und der ganzen Welt politische Thesen aus den SPD-Leitanträgen, unter anderem der Präsident der Repub-

lik Serbien Boris Tadic, der ehemalige österreichische Bundeskanzler Alfred Gusenbauer sowie der philippinische Globalisierungskritiker und Abgeordnete Walden Bello. Auf der Basis der Diskussionen und der Leitanträge wurde die Arbeit zur Ausarbeitung eines SPD-Wahlprogramms für die Bundestagswahlen 2013 fortgesetzt. Wichtig war dabei stets die Einbindung von Vertretern der Zivilgesellschaft, von Verbänden und Experten aus der Wissenschaft. So wurden zum Beispiel unter politischer Leitung von Martin Schulz als Beauftragten des SPD-Parteivorstands für Außen- und Europapolitik zentrale außen- und europapolitische Thesen in vorbereitenden Gesprächen mit Experten, Verbänden und Fachpolitikern erörtert.

Die Kommission Internationale Politik beim SPD-Parteivorstand unter Leitung von Martin Schulz beschäftigte sich im Berichtszeitraum mit aktuellen und grundsätzlichen außenpolitischen Fragen wie etwa den Umbrüchen in der arabischen Welt, sicherheitspolitischen Themen wie den Entwicklungsperspektiven der NATO oder dem Thema Missile Defense, dem Prozess Rio+20, der EU-Außenpolitik sowie der Reform der Sozialistischen Internationale.

SICHERHEITSPOLITIK **KOMMISSION SICHERHEIT UND BUNDESWEHR**

Sicherheits- und verteidigungspolitischen Themen widmet sich seit 2010 intensiv der Arbeitskreis Bundeswehr und Sicherheit beim SPD-Parteivorstand unter dem Vorsitz des ehemaligen Staatssekretärs im Bundesverteidigungsministerium, Walter Kolbow. Der wachsenden Bedeutung sicherheitspolitischer Themen, wie zum Beispiel Auslandseinsätze der Bundeswehr, Bundeswehr-Reform und Rüstungsexportpolitik, wurde auch mit Aufwertung des Arbeitskreises in die Kommission Sicherheit und Bundeswehr Rechnung getragen.

Die deutsche Verteidigungspolitik und speziell die Bundeswehr stehen vor einer tiefgreifenden Umstrukturierung. Die Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht, die Situation der militärischen und zivilen Beschäftigten der Streitkräfte, die Weiterentwicklung des Prinzips der Inneren Führung, die deutliche Verkleinerung der Bundeswehr und die daraus folgenden Standortentscheidungen sind Themen, mit denen sich die Kommission Sicherheit und Bundeswehr beim SPD-Parteivorstand intensiv befasste.

Im Juli 2011 hielt der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg eine sicherheits- und verteidigungspolitische Rede vor Professoren und Studierende. In seinen Ausführungen zur *SICHERHEITSPOLITIK FÜR DAS 21. JAHRHUNDERT* plädierte der Parteivorsitzende für stärkere europäische Bemühungen der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit.

Der Veranstaltung in Hamburg ging ein Truppenbesuch bei der Marine in Kiel voraus. Vor dem Hintergrund des laufenden Umbaus der Bundeswehr verschaffte sich der Parteivorsitzende einen aktuellen Eindruck über die aktuelle Stimmung bei den Angehörigen der Bundeswehr und speziell bei der Marine.

Internationale Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik ist ein elementarer Bestandteil sozialdemokratischer Friedenspolitik. Das Jahr 2012 war geprägt von den Verhandlungen für ein globales Waffenhandelsabkommen (ATT) in New York. Zusätzlich zur intensiven, parlamentarischen Begleitung der Verhandlungen durch die SPD-Fraktion widmete sich auch die Kommission Sicherheit und Bundeswehr diesem Thema. Der Beauftragte für Exportkontrolle und deutscher Verhandlungsführer in New York, Jörg Ranau, berichtete in der Kom-

mission über den Verlauf der internationalen Verhandlungen. Im Frühjahr 2013 beschloss die UN-Generalversammlung das internationale Waffenhandelsabkommen mit großer Mehrheit.

ENTWICKLUNGSPOLITIK **FORUM EINE WELT**

Der Gestaltungsanspruch wie auch die Gestaltungsanforderungen an die deutsche und internationale Entwicklungszusammenarbeit haben in den letzten Jahren noch einmal zugenommen.

Globale Transformationsprozesse gewinnen an Fahrt und verändern das Umfeld von Entwicklungspolitik. Die wichtigsten Stichworte in diesem Zusammenhang sind die Ausdifferenzierung des Globalen Südens, der Aufstieg großer Schwellenländer, die relative Schwäche Europas, die Nachhaltigkeitsdebatte und die Suche nach neuen Entwicklungsmodellen. Mit den MDGs steht 2015 zudem die Überprüfung einer der wichtigsten Referenzrahmen der letzten Jahre für Entwicklungspolitik an. Wie die Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit verbessert werden kann, steht heute ebenso auf der Agenda wie die zunehmend heterogene „Geberlandschaft“ aus OECD-Ländern, Schwellenländern und privaten Stiftungen. Auf diese Herausforderungen muss eine zukunftsfähige Entwicklungspolitik Antworten finden. Vor diesem Hintergrund arbeitete das Forum Eine Welt im Berichtszeitraum intensiv an politischen Konzepten. Die Eingang in einen entwicklungspolitischen Antrag zum Bundesparteitag 2011 und in das Regierungsprogramm 2013 gefunden haben.

Darüber hinaus wurde die Arbeit im Rahmen von drei strukturierten Dialogen zwischen Politik, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen und Wissenschaft zu drei Schlüsselthemen ausgebaut: Klimawandel und Entwicklung, die Weltwirtschaft nach der Krise und soziale Sicherheit im globalen 21. Jahrhundert. Die Arbeitsgruppen des *FORUMS EINE WELT* erarbeiteten im Berichtszeitraum Positionspapiere u. a. zu *SOZIALE SICHERHEIT ALS MOTOR NACHHALTIGER ENTWICKLUNGSPOLITIK* und *FÜR EINE GERECHTE KLIMAPOLITIK*.

Die Tradition der Bundestreffen der Foren *EINE WELT* an verschiedenen Orten der Republik wurde durch die großen öffentlichen Veran-



SPD-Parteivorsitzender Sigmar Gabriel an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg | Foto: H.-Schmidt-Universität

staltungen zu *FAIR HANDELN FÜR EINE GERECHTE WELT* im April 2011 in Bremen und *MEHR ENERGIE! FÜR EINE SOLIDARISCHE WELT* im Mai 2012 in Mainz auf Einladung des rheinlandpfälzischen *FORUMS EINE WELT*, geleitet vom Europaabgeordneten Norbert Neuser, fortgesetzt. Neben der inhaltlichen Diskussion boten die Bundestreffen auch die Gelegenheit, Erfahrungen aus der Arbeit der regionalen Foren Eine Welt, die es nun in 14 der 16 Bundesländer gibt, auszutauschen, um das Netzwerk entwicklungs- und friedenspolitisch Interessierter und Aktiver weiter zu stärken.

Mit der 106. Ausgabe vom Juli 2011 erscheint der Internationaler Infodienst, seit 34 Jahren das entwicklungs- und friedenspolitische Informationsblatt des SPD-Parteivorstands, elektronisch. Weiterhin wird inhaltlich die ganze Bandbreite internationaler Politik abgedeckt. Spitzenpersönlichkeiten der Partei wie Vertreter aus Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaft legen darin ihre Ansichten zur Verwirklichung von Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität im globalen 21. Jahrhundert dar.

MENSCHENRECHTSPOLITIK **GESPRÄCHSKREIS MENSCHENRECHTE**

Der seit 2006 unter der Leitung von Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin bestehende Gesprächskreis Menschenrechte hat auch im Berichtszeitraum seine intensive Arbeit mit allen relevanten Akteuren dieses Politikbereichs aus Bundestag und Landesparlamenten, Menschenrechtsorganisationen, Kirchen, Wissenschaft, Gewerkschaften und Ministerien fortgeführt. Der Gesprächskreis versteht sich als der Ort, wo Menschenrechtsthemen vertieft, Handlungsfelder überprüft, Gefahren für die Menschenrechte diskutiert und Kompetenzen gebündelt werden.

Dadurch ist ein dauerhaftes Informations- und Gesprächsnetz entstanden.

In den sieben Sitzungen des Gesprächskreises in den Jahren 2011 und 2012 wurde eine querschnittsorientierte Menschenrechtspolitik in ihrer ganzen Breite diskutiert – wie z. B. die Probleme der Menschen, die ohne Ausweispapiere in Deutschland leben, dennoch aber Anspruch etwa auf Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung oder auch Rechtsschutz haben. Fragen der Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes, die Arbeit des UN-Menschenrechtsrats, aktuelle Fragen aus den UN-Treaty-Bodies, die Arbeit am Zusatzprotokoll zum WSK-Pakt und die leidigen Fragen der Umsetzung der Kinderrechtskonvention oder der Behindertenkonvention sind Beispiele für die Themenvielfalt, die im Gesprächskreis Menschenrechte behandelt werden.

Zahlreiche auch internationale Gäste gaben der Arbeit des Gesprächskreises wichtige Impulse. So auch Yehuda Shaul, Mitgründer und Direktor der israelischen Nichtregierungsorganisation Breaking the Silence (BTS), die Aussagen von 26 israelischen Soldaten, die während der Operation „Gegossenes Blei“ im Gazastreifen Dienst geleistet haben, gesammelt hat.

NEUE INLÄNDER/-INNEN **ARBEITSKREIS INTEGRATION UND MIGRATION**

Im Arbeitsbereich *NEUE INLÄNDER* standen allgemein im Berichtszeitraum der Ausbau der politischen Kontakte zu den wichtigen Organisationen und Interessenvertretungen von Migranten in Deutschland sowie eine aktive Presse- und Medienarbeit in ihren jeweiligen Leitmedien im Vordergrund. Durch mehrere Pressegespräche sowie

Interviews der Parteispitze mit den großen v. a. türkisch-, russisch- und serbischsprachigen Leitmedien wurden die jeweiligen Migrantengruppen gezielt politisch angesprochen. Durch Gespräche mit Vorständen wichtiger Migrantenorganisationen wurden die Kontakte und der Dialog mit den Interessenvertretungen der verschiedenen Migrantengruppen intensiviert. Auch wurden regionale Zielgruppen-Veranstaltungen der SPD initiiert und koordiniert.

Besonderer Schwerpunkt der Arbeit im Bereich Neue Inländer waren die Aktivitäten der SPD rund um den 50. Jahrestag des Anwerbeabkommens zwischen Deutschland und der Türkei am 29. Oktober 2011. Mit einer großen deutsch-türkischen Festveranstaltung wurde unter dem Titel *ZUSAMMEN IN DEUTSCHLAND* im Ballhaus Rixdorf der Jahrestag gefeiert. Gut 500 geladene Gäste, unter ihnen viele Prominente aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kultur und Sport, nahmen an der Veranstaltung auf Einladung des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel teil. Teil der Festveranstaltung war ein hochwertiges Kulturprogramm mit prominenten Künstlern wie den Musikern Peter Maffay und Rafet El Roman, dem Kabarettisten Fatih Cevikkollu und anderen mehr. Im Rahmen der SPD-Aktivitäten rund um den Jahrestag fanden darüber hinaus ein Gespräch des SPD-Präsidiums mit türkischstämmigen Schriftstellern und Intellektuellen zum Zusammenleben in Deutschland sowie Besuche der Parteispitze bei Integrationsprojekten und -initiativen statt. Außerdem wurden ein Beschluss des SPD-Parteivorstands gefasst, ein Aktionspaket für die Partei vorbereitet und Namensartikel und Interviews in relevanten Leitmedien platziert.

Koordiniert durch das Referat Neue Inländer wurde im November 2011 aus Anlass der aufgedeckten Mordserie der rechtsterroristischen Gruppe NSU ein breiter gesellschaftlicher Aufruf *FÜR FREIHEIT, VIELFALT UND ZUSAMMENHALT – GEGEN RECHTEN TERROR IN DEUTSCHLAND* initiiert und in deutschen und türkischen Zeitungen platziert. Auch die Spitzen der Grünen und der Linkspartei schlossen sich dem Aufruf an, ebenso wie hochrangige Vertreter der Gewerkschaften, Wirtschaft, von Integrations- und Migrantenverbänden sowie Kunst- und Kulturschaffende.

Beim 2010 neu ins Leben gerufenen Arbeitskreis Integration und Migration ging es neben aktuellen Themen der Integrationspolitik in den Sitzungen im Berichtszeitraum vor allem um eine stärkere strukturelle wie personelle Öffnung der SPD für Migrantinnen und Migranten. Dafür wurden konkrete Vorschläge erarbeitet. Vorbereitend begleitete der Arbeitskreis auch die SPD-Veranstaltung *FÜR EINE VIELFÄLTIGERE SPD – MEHR MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN IN MANDATE*, bei der im Mai 2011 gut 400 SPD-Mitglieder mit Migrationshintergrund, unter ihnen auch viele Mandats- und Funktionsträger, im Willy-Brandt-Haus zusammenkamen, um über die Perspektiven für mehr Vielfalt in der Politik sowie in der SPD mit der SPD-Parteispitze zu diskutieren. Im Mai 2011 wurde zudem der Beschluss *FÜR EINE KULTUR DER ANERKENNUNG* vom SPD-Parteivorstand gefasst, der neben einer Fortschreibung der integrationspolitischen Programmatik der SPD sich auch mit der Aufgabe einer interkulturellen Öffnung der SPD befasste. Vorarbeiten des Arbeitskreises ebenso wie der Zukunftswerkstatt Integration fanden Eingang in diesen Beschluss.

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI EUROPAS – SPE

Auf Vorschlag des SPD-Parteivorsitzenden haben die sozialdemokratischen Partei- und Regierungschefs auf dem Kongress der SPE 2009 in Prag beschlossen, ein Grundsatzprogramm der SPE erarbeiten zu lassen. Erstmals soll damit ein gemeinsames Grundsatzprogramm einer transnationalen europäischen Partei ausgearbeitet werden.

Im Berichtszeitraum hat eine vom Präsidium der SPE eingesetzte Arbeitsgruppe von interessierten Mitgliedsparteien intensiv an einem Textentwurf gearbeitet und den Prozess im Dialog mit den Mitgliedsparteien, gesellschaftlichen Gruppen, Parteimitgliedern und SPE-Aktivisten vorangetrieben. Ziel ist es, dass Grundsatzprogramm noch vor den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 zu verabschieden. Im Rahmen des Erarbeitungsprozesses war die Verabschiedung einer Grundwerteerklärung aller sozialdemokratischen Parteien Europas auf der Ratssitzung der SPE Ende 2011 ein bedeutender Zwischenschritt. Auf der Ratssitzung wurde zudem über die Nachfolge des aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen SPE-Vorsitzenden Poul Nyrup Rasmussen entschieden: Die Delegierten der Ratssitzung wählten den Vorsitzenden der bulgarischen Sozialdemokraten (BSP) und ehemaligen Ministerpräsidenten Bulgariens, Sergei Stanishev, zum neuen Vorsitzenden der SPE. Zudem wurde im Berichtszeitraum Achim Post, Leiter der Abteilung Internationale Politik des SPD-Parteivorstands und Internationaler Sekretär der SPD, auf Vorschlag des SPE-Vorsitzenden Stanishev von den SPE-Parteivorsitzenden auf dem Parteiführertreffen im Juni 2012 für das Amt des Generalsekretärs der SPE nominiert. Satzungsgemäß bestätigte das Präsidium der SPE im Rahmen des SPE-Kongresses im September 2012 Achim Post als neuen Generalsekretär der SPE.

Ein bedeutender Beschluss der SPE-Ratssitzung im November 2011 war außerdem die Verständigung auf Prinzipien für einen offenen, demokratischen und transparenten Prozess zur Bestimmung des gemeinsamen Spitzenkandidaten der SPE für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten mit Blick auf die Europawahl 2014. Mit diesem Bekenntnis zu einem gemeinsamen Spitzenkandidaten und dem Verfahren zu seiner Nominierung hat die SPE neue Maßstäbe für eine lebendige demokratische Auseinandersetzung im Vorfeld der Europawahl und eine stärkere Profilierung und Europäisierung der Europawahl gesetzt.

Das auf Initiative von SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles im Juni 2010 gegründete Netzwerk aller Generalsekretäre der SPE-Mitgliedsparteien, traf sich im Berichtszeitraum in Brüssel, Berlin und London. Im Zentrum der Generalsekretärs-Treffen standen organisationspolitische Fragen und Themen der Modernisierung von Parteistrukturen. Mit einer Vielzahl von Beschlüssen zu aktuellen politischen Themen wurde die politisch-programmatische Profilierung der SPE weiter vorangebracht. Auch die Rechte der SPE-Aktivisten wurden gestärkt und die politische Koordinierung der sozialdemokratischen Minister und Regierungschefs vor den Räten der Europäischen Union intensiviert. Die SPD hat diese Weiterentwicklungen in der politischen Arbeit der SPE begleitet und mit vorangetrieben.

SOZIALISTISCHE INTERNATIONALE – SI

In den Berichtszeitraum fällt der Kongress der Sozialistischen Internationale, der Anfang September 2012 im südafrikanischen Kapstadt tagte. Der Kongress bildete den vorläufigen Endpunkt einer intensiven Diskussion über die Reform der internationalen Parteienorganisation.

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hatte bereits im Frühjahr 2011 vier zentrale Forderungen vorgeschlagen, die vom SPD-Präsidium verabschiedet wurden: 1. Mitgliedsparteien müssen ausgeschlossen werden, wenn sie die Menschenrechte eklatant verletzen. 2. Die SI muss wieder politisch relevant werden. Dafür muss sie transparenter und demokratischer werden und ihre Gremien müssen regelmäßig tagen. 3. Die SI muss sich öffnen, mehr Partizipationsmöglichkeiten bieten und wichtigen progressiven Parteien, Nichtregierungsorga-

nisationen und anderen Partnern eine Bühne bieten. 4. Die SI muss – außerhalb der Konjunktur von Tagespolitik – in Konfliktregionen ein langfristiges und nachhaltiges Engagement betreiben. Sie muss zum Beispiel mehr Initiative im Nahen und Mittleren Osten zeigen. Sie kann auch wichtige Kampagnen, wie zum Beispiel zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer, unterstützen.

Die Ergebnisse des SI-Kongresses waren jedoch nicht ermutigend, dass sich die SI diesen Forderungen öffnet, die von zahlreichen Parteien ebenfalls in die Diskussion eingebracht wurden. Vor diesem Hintergrund hatten sich im Dezember 2012 in Rom Vertreter von 40 sozialdemokratischen Parteien auf die Gründung der *PROGRESSIVE ALLIANCE* geeinigt. Das neue Netzwerk, das 2013 gegründet werden soll, soll auf internationaler Ebene progressive Kräfte bündeln, um den aktuellen Krisen und dem neoliberalen Zeitgeist etwas entgegenzusetzen. Denn es ist klar: In einer globalisierten Welt brauchen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten weltweit eine handlungsfähige und globale Organisation.



Erste Konferenz der Progressive Alliance am 15. Dezember 2012 in Rom: Sigmar Gabriel, SPD-Vorsitzender, Alfredo Lazzeretti, Generalsekretär der PS, Argentinien, Peter Shumlin, Gouverneur des US-Bundesstaates Vermont, Vorsitzender der Democratic Governors' Association, Demokratische Partei, USA, Boris Tadic, ehemaliger Präsident Serbiens | Foto: Konstantin Woinoff

INTERNATIONALE POLITIK BILATERALE PARTEIKONTAKTE

EUROPA/EUROPAPOLITIK

Im Zentrum der zahlreichen bilateralen Gespräche des Parteivorstands mit sozialdemokratischen Partei- und Regierungschefs standen im Berichtszeitraum die Ursachen und politischen Konsequenzen aus der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die notwendigen Maßnahmen zur Stützung der

Euro-Zone und einzelner EU-Mitgliedstaaten. Insbesondere im Rahmen einer Europa-Tour des Parteivorsitzenden im November 2011 führte er politische Gespräche mit den Partei- und Regierungschefs u. a. in Irland, Großbritannien, Österreich, Slowakei, Italien

Im Juni 2011 traf sich der Parteivorsitzende in Paris mit dem Vorstand der Parti Socialiste und legte zusammen mit der damaligen PS-Vorsitzenden Martine Aubry eine gemeinsame Erklärung zur Zukunft der

Europäischen Union und den Perspektiven der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik vor, die zuvor von der bilateralen Arbeitsgruppe von SPD und PS erarbeitet worden war. Das Thema der Euro-Krise wurde zudem z.B. in einer hochrangigen Konferenz zusammen mit der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament im März 2011 in Frankfurt a.M. aufgegriffen, an der neben Sigmar Gabriel und Martin Schulz u.a. auch der damalige EZB-Präsident Trichet und Euro-Gruppen Chef Juncker teilnahmen. Politische Gespräche wurden außerdem u.a. in Polen, den Niederlanden und London geführt, um die Beziehungen der SPD zu den politischen Spitzen und Partnern in diesen Ländern weiter zu festigen. Auch fand eine Vielzahl von bilateralen Gesprächen mit den Parteivorsitzenden europäischer Schwesterparteien im Rahmen von Besuchen in Berlin statt, u.a. bei Antrittsbesuchen der neuen Parteivorsitzenden aus Schweden den Niederlanden, Polen und Spanien: Löfven, Samson, Miller und Rubalcaba.

Wichtiger Anlass für Reisen und politische Gespräche im europäischen Ausland war darüber hinaus immer wieder auch die politische Unterstützung europäischer Schwesterparteien bei wichtigen Wahlen in ihren Ländern. So reiste der Parteivorsitzende mehrmals nach Italien und trat auf Kundgebungen der Demokratischen Partei Italiens auf. Auch redete der Parteivorsitzende auf einer großen Veranstaltung *RENAISSANCE FOR EUROPE* der *FOUNDATION FOR EUROPEAN PROGRESSIVE STUDIES (FEPS)* im März 2012 in Paris zur Unterstützung des Präsidentschaftswahlkampfes von François Hollande. Nach Amtsantritt von François Hollande als französischer Staatspräsident führten Sigmar Gabriel, Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier auf seine Einladung ein Gespräch mit ihm im Elysee-Palast in Paris. Auch zu Premierminister Jean-Marc Ayrault wurden die traditionell guten und vertrauensvollen Beziehungen in mehreren Gesprächen ausgebaut.

Im März 2012 fand auf Einladung von Sigmar Gabriel die Auftaktveranstaltung zu der neuen SPD-Veranstaltungsreihe *REDEN ZU DEUTSCHLAND UND EUROPA* im Willy-Brandt-Haus statt, mit Martin Schulz in seiner neuen Funktion als Präsident des Europäischen Parlamentes als Redner. Die zweite Veranstaltung in dieser Reihe, die jenseits des tagesaktuellen krisengeprägten Europadiskurses Raum für eine breitere europapolitische Debatte öffnen soll, fand im November 2012 mit Bundesminister a.D. Hans-Dietrich Genscher im Willy-Brandt-Haus statt. Beide Veranstaltungen stießen auf eine positive, große Resonanz.



Treffen der SPD-Troika mit dem französischen Staatspräsidenten François Hollande | Foto: Maurice Weiss, Ostkreuz

Im Berichtszeitraum wurde außerdem die programmatische Positionierung der SPD weiter vorangebracht, nicht zuletzt auch um sozialdemokratische Antworten auf die Herausforderungen durch Krise im Europäischen Wirtschafts- und Währungsraum zu geben. Dies fand Eingang in einen Leitantrag auf dem Bundesparteitag im Dezember 2011. 2012 fanden außerdem unter Leitung von Martin Schulz Gespräche mit Verbänden und Experten mit Blick auf die europapolitische Programmatik der SPD im Regierungsprogramm statt. In einer gemeinsam mit der FEPS organisierten wissenschaftlichen Tagung im November 2012, an der auf Einladung der SPD-Generalsekretärin rund 40 Wissenschaftler aus unterschiedlichen europäischen Ländern teilnahmen, wurden intensiv die ökonomischen, sozialen und politischen Herausforderungen Europas und fortschrittliche sozialdemokratische Lösungsansätze hierauf diskutiert.

EUROPAPOLITISCHE KOMMISSION

Die Europapolitische Kommission beim Parteivorstand beschäftigte sich im Berichtszeitraum insbesondere mit Fragen im Zusammenhang der Wirtschafts- und Währungskrise in Europa und möglichen sozialdemokratischen Antworten hierauf. Mit Experten, Wissenschaftlern, Vertretern von Gewerkschaften, Verbänden oder NGOs wurden die Ursachen der Krise sowie kurzfristige politische Antworten als auch längerfristige strukturelle und institutionelle Herausforderungen für die Europäische Union und die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion intensiv diskutiert. Ein wichtiger fortlaufender Schwerpunkt war auch die weitere Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), die regelmäßig Gegenstand der Beratungen war. Darüber hinaus befasste sich die Kommission auch allgemein mit der europapolitischen Programmatik der SPD und deren Weiterentwicklung.

Ein Arbeitsschwerpunkt der Kommission in 2011 lag auf einer Positionierung der SPD zur Strategie Europa 2020, wozu konkrete Elemente erarbeitet wurden. Weitere Themen in der Arbeit waren u.a. die Reform des EU-Haushaltes und des Eigenmittelsystems der EU, die Auseinandersetzung mit der eurorechtsrelevanten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, die Debatte über den europäischen Fiskalpakt, konkrete Instrumente einer europäischen Wachstums- und Beschäftigungspolitik, Möglichkeiten der Finanzmarktregulierung und zur Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer, außen- und erweiterungspolitische Fragen.

Anfang 2012 gab es einen Wechsel im Vorsitz der Europapolitischen Kommission. Angelica Schwall-Düren und Bernhard Rapkay gaben ihr Amt ab, den Vorsitz übernahmen Axel Schäfer als stellv. Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion mit Zuständigkeit für Europa und Udo Bullmann als Vorsitzender der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament.

KOORDINIERUNGSGRUPPE TÜRKEI

Im Zentrum der Arbeit der Koordinierungsgruppe Türkei unter Vorsitz von Dietmar Nietan, MdB, standen die Auseinandersetzung mit den aktuellen politischen Entwicklungen in der Türkei, der Dialog mit außen- und türkeipolitischen Experten und Bündnispartnern in Deutschland sowie den Parteien und Partnern in der Zivilgesellschaft und bei den Gewerkschaften in der Türkei. Entsprechende Kontakte wurden im Rahmen von Besuchen von Mitgliedern der Koordinierungsgruppe Türkei und in enger Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Türkei gepflegt. Im Berichtszeitraum arbeitete die Koordinierungsgruppe zudem intensiv an einem Positionspapier zur Türkeipolitik, das sich damit befasst, welche aktuellen Herausforderungen sich für eine weiterhin ambitionierte Türkeipolitik bieten und wie die Beitrittsperspektive der Türkei zur EU mit neuer Dynamik weiter verfolgt werden kann.

NAHER UND MITTLERER OSTEN

Seit Dezember 2010 bricht sich in der Region des Nahen und Mittleren Ostens und Nordafrika das Bedürfnis nach Freiheit, Würde und (bescheidenem) Wohlstand mit Wucht auf arabischen Straßen Bahn. Die Menschen in Tunesien und Ägypten sind auf die Straße gegangen und haben mitunter ihr Leben riskiert, um die alten Regime zu vertreiben. Auch im Jemen, in Bahrain und in weiteren Staaten begehrte die Bevölkerung gegen die seit Jahrzehnten herrschenden Machthaber auf. In Libyen entwickelte sich der Protest zu einem Bürgerkrieg, in dessen Verlauf sich die internationale Gemeinschaft zum Eingreifen entschließt – bei Enthaltung der deutschen Bundesregierung. Für die Menschen im bürgerkriegsgeschüttelten Syrien scheint die Lage ungleich schwerer.

Vor diesem Hintergrund stand auf Ebene der internationalen Parteizusammenarbeit die Stärkung und Unterstützung progressiver Parteien und politischer Kräfte im Vordergrund. Vom Seminar zur Parteioorganisation bis zu politischen Besuchen wie des Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel im Frühjahr 2012 u. a. in Ägypten, um die neuen demokratischen Kräfte zu unterstützen, wurde in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung alles getan, um die jungen und sich entwickelnden sozialdemokratischen Kräfte in dieser Region zu unterstützen. Anfang 2011 – nach dem Sturz des tunesischen Präsidenten Ben Ali – bedankte sich der Vorsitzende der oppositionellen FDTL Mustapha Ben Jaffa im Willy-Brandt-Haus bei der SPD für den jahrelangen Einsatz für ihn und die tunesischen Oppositionskräfte.



SPD-Parteivorsitzender Sigmar Gabriel und Shelly Yachimovich, Vorsitzende der israelischen Arbeitspartei | Foto: FES Tel Aviv

AFRIKA

In Afrika hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten ein bemerkenswerter Wandel vollzogen, der insbesondere Gesellschaft und Politik grundsätzlich verändert hat. Während noch vor wenigen Jahren Afrika als „Katastrophen-Kontinent“ abgeurteilt wurde, hat der Kontinent in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen. Die auffälligsten Zeichen für den Wandel auf dem Kontinent sind die Etablierung von parlamentarischen Demokratien, die Anerkennung demokratischer Prinzipien und die reale Ausweitung von politischer Partizipation. Doch trotz dieser positiven Veränderungen stehen die meisten Länder in Afrika heute vor großen Herausforderungen. Auch aufgrund des Ressourcen-Hungers steht der afrikanische Kontinent heute in einem ganz anderen Fokus als noch vor zwei Jahrzehnten.

Im Berichtszeitraum fanden intensive Diskussionen mit zahlreichen der langjährigen und traditionellen Partner im Mittelpunkt. So z. B. mit der MDC aus Simbabwe, die aufgrund der desaströsen Lage in dem Land zur

Bildung einer Übergangsregierung, an der der alte Machthaber Mugabe weiterhin als Präsident und seine Partei ZANU-PF, aber auch die Opposition unter Führung des neuen Premierministers Morgan Tsvangirai und seiner Partei MDC beteiligt sind, zustimmte. Die seit Gründung der MDC guten Beziehungen wurden vor diesem Hintergrund noch einmal intensiviert, um wie bei den Bemühungen um eine Verfassungsreform und anderen wichtigen Themen unterstützend hilfreich zu sein.

Wenceslao Mansogo Alo, der Internationale Sekretär der Oppositionellen CPDS Äquatorialguineas, ist eines der Beispiele internationalen Arbeit der SPD, das verdeutlicht, was internationale Solidarität bedeutet und bewirken kann. In einem Parlament mit 100 Sitzen hat die einzige Oppositionspartei CPDS nur einen Sitz. Vor diesem Hintergrund spielte sich 2012 eine Kampagne gegen Wenceslao Mansogo Alo ab, in dessen Folge er nicht nur seine Zulassung und damit Praxis als Arzt verlor, sondern auch im Gefängnis saß. Die haltlosen Vorwürfe wurden später fallengelassen, dies aber bedurfte des massiven Drucks der SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles und der Einschaltung von amnesty international.

Ein weiteres Beispiel, wie gefährlich der Einsatz für die soziale Demokratie ist, ist die Verhaftung des Generalsekretärs der UDPS der Demokratischen Republik Kongo. Er befand sich Anfang 2012 auf dem Weg zu politischen Gesprächen mit der Führung der SPD, als er bei der Ausreise verhaftet und misshandelt wurde. Aber auch hier zeigte Solidarität und die Schaffung von Öffentlichkeit schnell ihre Wirkung.

USA / LATEINAMERIKA

Die guten Beziehungen zu den US-Demokraten wurden durch eine Reihe von Besuchen unterstrichen. Über Themen wie die organisations- und kampagnenpolitischen sowie programmatischen Herausforderungen für sozialdemokratische und progressive Parteien im 21. Jahrhundert fand ein enger Austausch mit US-amerikanischen Partnern und Think Tanks statt. Außerdem reiste auch Generalsekretärin Andrea Nahles im September 2012 in die USA und nahm dort am Nominierungsparteitag der Demokratischen Partei in Charlotte teil, um die engen Parteibeziehungen weiter zu festigen und den Austausch über wahlkampfbezogene Themen zu intensivieren. Im Juni 2012 führte die SPD einen Empfang gemeinsam mit dem German Marshall Fund (GMF) im Willy-Brandt-Haus durch anlässlich des 40jährigen Bestehens des GMF sowie des 65. Jahrestages der Verkündung des US-amerikanischen Marshall-Plans zum Wiederaufbau Deutschlands und Europas nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die traditionell intensiven Beziehungen der SPD mit den Partnerparteien in Lateinamerika und der Karibik wurden fortgesetzt. Der Austausch mit der brasilianischen PT, der bedeutendsten linken Kraft Lateinamerikas, wurde weiter ausgebaut – nunmehr auch durch eine Zusammenarbeit auf der Ebene der beiden Jugendorganisationen. Wie die PT sind auch andere wichtige Partner der SPD nicht Mitglied der Sozialistischen Internationale. Daher wurde verstärkt der Austausch über das *FORUM DER PROGRESSIVEN KRÄFTE*, das alle linken Parteien Südamerikas vereint, gesucht. 2010 wurde die Lateinamerika-Strategie der SPD vom Mai 2008 aktualisiert, die für den verstärkten Dialog mit den neuen demokratischen und linken Kräften plädiert. Als deutsche und europäische Sozialdemokraten wollen wir gemeinsam mit unseren Partnern in Lateinamerika und der Karibik tragfähige Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung für Sozialstaat, Wachstum und Beschäftigung finden. Aber auch Fortschritte bei den drängenden globalen Herausforderungen wie der Friedenssicherung, Abrüstung, sozial gerechten Gestaltung der internationalen Märkte sowie Klimaschutz lassen sich nur gemeinsam erzielen. Unser Signal: Wir wollen partnerschaftlich mit den Staaten Lateinamerikas und der Karibik Zukunft gestalten.

ASIEN

Die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Asien prägen zunehmend das internationale Geschehen. Etliche Länder bauen ihre Rolle regional aber auch global signifikant aus. Die bilateralen Beziehungen mit Parteien der Region sind für die SPD daher von großer Bedeutung.

Besonderes Augenmerk fiel in letzter Zeit auf den friedlichen Öffnungs- und Demokratisierungsprozess in Myanmar. Nach Jahrzehnten der Militärdiktatur öffnete sich das Land und leitete erste demokratische Reformen ein. Deutlichstes Zeichen des Wandels war die Freilassung der Oppositionsführerin und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi. Sie zog mit Vertretern ihrer Partei NLD ins Parlament ein. Auf dem Weg zu einem vollwertigen und demokratischen Mitglied in der Staatengemeinschaft zu werden, stehen Myanmar noch große Herausforderungen bevor. Die SPD unterstützt demokratische Kräfte in dem Land, insbesondere die NLD, auf diesem Weg.

Seit 30 Jahren verbindet die SPD und die Kommunistische Partei Chinas ein offener und kritischer Austausch unter anderem zu außen-, menschenrechts- und wirtschaftspolitischen Themen. Unter Leitung des Landesvorsitzenden der SPD Hessen, Thorsten Schäfer-Gümbel, lag ein besonderes Augenmerk auf dem Dialog zu Themen der nachhaltigen Entwicklung. Eine Delegation aus Politikern und Experten

nahmen dazu an Konferenzen in Peking und Changsha teil. Mit Blick auf die zunehmende Verstädterung Chinas soll das Thema nachhaltige soziale und ökologische Urbanisierung weiterhin ein Schwerpunkt des bilateralen Parteeinaustauschs sein.

Im September 2012 fand der 10. Menschenrechtsdialog zwischen SPD und der KP China unter der Leitung der ehemaligen Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin statt. Die Möglichkeiten des Internationalen Menschenrechtshofes in Genf zur Verbesserung der allgemeinen Menschenrechtssituation in den jeweiligen Ländern standen im Mittelpunkt der Diskussionen mit Vertretern aus Behörden, Ministerien und Universitäten.

Mit über 1,2 Mrd. Einwohnern ist Indien die größte Demokratie der Welt. Mit hohen Wachstumsraten und einem neuen außenpolitischen Bekenntnis übernimmt Indien bereits eine sehr aktive Rolle in der Region, aber auch im Rahmen der G20 und der BRICS. Die Beziehungen zwischen SPD und der regierenden Congress-Partei blicken auf eine lange Tradition zurück. Es gab z. B. in den 1980er Jahren einen substanziellen Dialog zwischen Willy Brandt und Indira Gandhi. In den vergangenen zwei Jahren ist es der SPD gelungen, die Kontakte und den gegenseitigen Austausch mit der Congress-Partei weiter auszubauen. Themen des Austauschs waren insbesondere Parteiform und sicherheitspolitische Fragen.

PRESSESTELLE

ferenzen, in denen die Generalsekretärin oder der Parteivorsitzende beispielsweise über die Ergebnisse der Gremiensitzungen informieren, formuliert und verbreitet Pressemitteilungen und spricht viel und ausführlich mit Journalistinnen und Journalisten. Oft geht es dabei um Einschätzungen, die am nächsten Tag nicht direkt in der Zeitung stehen sollen – manchmal stammen daher die gelegentlich etwas verschwurbelt klingenden Formulierungen wie „in Parteikreisen hieß es“.

Einen wichtigen Teil der Arbeit machen die Vorbereitung und Begleitung von Interviews des Parteivorsitzenden, seiner Stellvertreterinnen und Stellvertreter und der Generalsekretärin aus. Gedruckte Interviews werden von der Pressestelle freigegeben – vor der Veröffentlichung wird dabei überprüft, ob das von dem jeweiligen Journalisten Aufgeschriebene dem Gesagten (und Gemeinten) entspricht. Natürlich begleitet die Pressestelle auch alle Termine der Parteispitze, die für die Medien relevant sein könnten. Gelegentlich müssen solche Ereignisse auch inszeniert werden, um die gewünschte Wirkung zu erzielen.

Das Schöne an der Pressearbeit: Man kann am nächsten Tag in der Zeitung lesen, ob man erfolgreich war. Und im Idealfall aus Fehlschlägen lernen. Dazu muss die Pressestelle natürlich einen Überblick über die Berichterstattung haben. Dabei kann sie sich auf einen umfangreichen Pressespiegel stützen, den die Kolleginnen und Kollegen im politischen Archiv täglich zu nachtschlafender Zeit erstellen. Zudem werden natürlich die Meldungen der Nachrichtenagenturen und die Berichterstattung in den online-Medien kontinuierlich beobachtet, um gegebenenfalls schnell reagieren zu können.

Immer mehr Menschen informieren sich über politische Inhalte im Internet und nutzen die Möglichkeiten, in den sozialen Netzwerken zu diskutieren. Dadurch verschwimmen auch die Grenzen zwischen klassischer Pressearbeit und politischer Kommunikation im Netz. Das Willy-Brandt-Haus hat daraus die Konsequenz gezogen, den Newsdesk und die Pressestelle organisatorisch zusammenzuführen. Seit 2009 ist Tobias Dünow Sprecher des Parteivorstands, seine Stellvertreterinnen sind Lena Daldrup und Anja Strieder.

Häufig hektisch, manchmal chaotisch, aber nie langweilig – so gestaltet sich die Arbeit in der Pressestelle. Die Aufgabe ist klar umrissen: dafür zu sorgen, dass die Arbeit des Parteivorstands in den Medien umfassend, korrekt und natürlich auch angemessen positiv gewürdigt wird.

Noch am Einfachsten ist die Beantwortung von konkreten Medienanfragen. Gestützt auf die umfassende Expertise der Kolleginnen und Kollegen im Willy-Brandt-Haus lassen sich die meisten Sachfragen schnell klären. Schwieriger ist es oft, die eigenen Botschaften so zu vermitteln, dass sie auch für nicht per se an dem jeweiligen Thema (oder der Sozialdemokratie) interessierte Journalisten spannend klingen. Die Pressestelle berät in dieser Hinsicht nicht nur die Parteiführung, sondern sehr gerne auch die Arbeitsgemeinschaften, Foren und andere Einheiten innerhalb der SPD. Das Team der Pressestelle organisiert Pressekon-



SPD-JAHRBUCH 2011–2012
FINANZEN DER PARTEI

SPD-JAHRBUCH 2011–2012 FINANZBERICHT



Dr. Barbara Hendricks MdB, Schatzmeisterin der SPD
Foto: Susie Knoll

VORWORT

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

die vergangenen zwei Jahre waren geprägt durch die Vorbereitungen für unser 150-jähriges Parteijubiläum, die Bundestagswahl und die Umsetzung der Parteireform.

Die SPD ist die älteste demokratische Partei Europas und darauf sind wir stolz. Im Jahr 2013 haben wir durch vielfältige Aktivitäten nicht nur unsere Geschichte gelebt, sondern gezeigt, dass wir eine moderne, kraftvolle Partei sind. Viele Aktivitäten vor Ort haben die Strecke von unserem Festakt in Leipzig bis zu unserem großen Deutschlandfest in Berlin begleitet. Mein herzlicher Dank gilt dafür den Verantwortlichen in den Ortsvereinen und Unterbezirken.

Bundestagswahlen haben einen langen Vorlauf. In der Schatzmeisterei begann der Wahlkampf damit, im 1. Halbjahr 2011 Instrumente und Ausgaben vergangener Wahlen kritisch zu überprüfen und einen Budgetvorschlag zu erarbeiten, der sowohl einen attraktiven Wahlkampf möglich macht, als auch sparsam mit unseren Finanzen verfährt. Das vom Parteivorstand beschlossene Budget von 23 Millionen Euro war ambitioniert. In Teamarbeit und mit der Unterstützung von Andrea Nahles ist es gelungen, das Budget nicht zu überschreiten, das ist nach aller Erfahrung durchaus nicht selbstverständlich.

Eine größere Beteiligung der Mitgliedschaft hat ihren Preis. Mit der im Dezember 2011 beschlossenen Parteireform waren neben organisatorischen auch finanzielle Herausforderungen verbunden. Der Parteikonvent, der zweimal jährlich als Entscheidungsgremium zwischen den Parteitagern einberufen wird, hat sich mittlerweile etabliert und kann bei 200 gewählten Delegierten im Willy-Brandt-Haus stattfinden. Der auf 600 gewählte Delegierte vergrößerte Parteitag bringt neben einer breiteren Beteiligung der Mitgliedschaft auch höhere Kosten. So sind beispielsweise nur wenige Hallen für diese Größe des Parteitags überhaupt als Veranstaltungsort geeignet.

Die Anzahl der Arbeitsgemeinschaften ist von acht auf elf gestiegen. Neu dazu gekommen sind *SELBST AKTIV*, *SCHWUSOS* und *MIGRATION UND VIELFALT*. Wir haben einen gesonderten Arbeitsstab im Haus für die Arbeitsgemeinschaften eingerichtet. Das konzentriert die Zuarbeit, ohne die Kosten proportional steigen zu lassen. Meine Erwartung, dass vor allem die Arbeitsgemeinschaften die neue Mitarbeitsmöglichkeit der Unterstützerinnen und Unterstützer nutzen, hat sich leider noch nicht erfüllt. Diese neue Chance der Öffnung für Nichtmitglieder wird hoffentlich in den nächsten Jahren ein größeres Gewicht erhalten.

Eine der Realität angepasste Beitragstabelle sollte dazu beitragen, dass insgesamt höhere und satzungsgemäße Mitgliedsbeiträge gezahlt werden und unsere Beitragseinnahmen stabilisiert werden. Beim Vergleich der Beiträge vom 1. Halbjahr 2011 mit dem 1. Halbjahr 2013 ist der Durchschnittsbeitrag um 8,3% gestiegen. Der Monatsbeitrag bis unter 5 Euro hat um mehr als 10 Prozentpunkte abgenommen, der von 5 bis 10 Euro dagegen um mehr als 8 Prozentpunkte zugenommen. Als erste Bestandsaufnahme ist das durchaus erfolgreich. Dieses Ergebnis wäre ohne den engagierten Einsatz der Landesverbände und Bezirke nicht möglich gewesen – auch herzlichen Dank dafür.

Unser Unternehmensbereich hat immer stabil zu den Einnahmen beigetragen, auch wenn wir damit nicht den Vorsprung von CDU, CSU und FPD bei den Spenden ausgleichen konnten. Auch in Zukunft werden wir uns auf den Unternehmensbereich verlassen können. Die Insolvenz der *FRANKFURTER RUNDSCHAU* hat jedoch zu höherem Aufwand und zu höheren Wertberichtigungen bei der *DEUTSCHEN DRUCK- UND VERLAGSGESELLSCHAFT MBH (DDVG)*, unserer Medienholding, geführt. Zusätzlich hat die ddvg einen Teil des Sozialplans für die Beschäftigten vorfinanziert, um besonders für Härtefälle jahrelange Wartezeiten zu vermeiden. Desgleichen hat sie die Beschäftigten der *WESTFÄLISCHEN RUNDSCHAU* bei der Finanzierung einer Transfergesellschaft unterstützt. In beiden Fällen

gab es dazu keine rechtliche Verpflichtung. Im Sinne der Menschen habe ich diese Maßnahmen unterstützt.

In den vergangenen Jahren ist immer wieder über ein Mehr an Transparenz bei den Parteifinancen gesprochen worden. Für mich ist die Richtschnur: Ich unterstützte alle Änderungen des Parteiengesetzes, die tatsächlich die Transparenz bei der Parteienfinanzierung verbessern. Allerdings müssen sie Rechtsicherheit bieten, zweifelsfrei handhabbar und kontrollierbar sein, und sie dürfen die Arbeit unserer ca. 10.000 ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierer nicht zusätzlich belasten. So kann ich mir durchaus vorstellen, die Grenze für unverzügliche Veröffentlichung von Spenden von 50.000 auf 25.000 Euro herabzusetzen. Auch die namentliche Veröffentlichung im Rechenschaftsbericht ab 5.000 Euro (jetzt 10.000 Euro) kann ich mir gut vorstellen.

Auch Sponsoring gehört zur wirtschaftlichen Betätigung der SPD. Selbst in Jahren mit einem mehrtägigen Parteitag machen beim Parteivorstand die Einnahmen aus Sponsoring aber weniger als 1 % der Gesamteinnahmen aus. Um jedoch dem Verdacht zu bege-

nen, mit Sponsoring würde sozusagen die Veröffentlichungspflicht bei Spenden umgangen, befürworte ich Änderungen im Parteiengesetz. Ich bin dafür, Einnahmen aus Sponsoring im Rechenschaftsbericht gesondert auszuweisen. Auch gegen eine sofortige Anzeige von Sponsoringeinnahmen, die im Einzelfall einen bestimmten Wert übersteigen, habe ich nichts einzuwenden.

Ich finde, alle im Bundestag vertretenen Parteien sollten sich über weitergehende Regeln zur Transparenz der Finanzierung der Parteien verständigen und dabei den Sachverstand Unabhängiger einbeziehen.

Zum Schluss möchte ich allen ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierern für ihre Arbeit herzlich danken. Wir sind auf euch angewiesen und ich hoffe, dass ich mich weiterhin auf euch verlassen kann.

Barbara Hendricks

EURE BARBARA HENDRICKS

1.1 EINNAHMEN AUS BEITRÄGEN

Wie in der Vergangenheit waren auch in den Jahren 2011 und 2012 die Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge die wichtigste Einnahmequelle der SPD, mit etwa 45 % (2011) bzw. knapp 48 % (2012) der Gesamteinnahmen. In absoluten Zahlen bedeutet dies Beitragseinnahmen von 70,11 Mio. Euro für 2011 und 72,12 Mio. Euro für 2012.

DIESE VERTEILTEN SICH WIE FOLGT:

2011	2012
MITGLIEDSBEITRÄGE 47,48 Mio. Euro	MITGLIEDSBEITRÄGE 49,08 Mio. Euro
MANDATSTRÄGERBEITRÄGE 22,63 Mio. Euro	MANDATSTRÄGERBEITRÄGE 23,04 Mio. Euro

Seit dem Jahr 1990 haben wir nahezu die Hälfte der Mitglieder verloren. Waren damals noch 943.402 Personen Mitglieder der SPD, waren es Ende 2011 489.638 Personen und Ende des Jahres 2012 noch 477.037 Personen, von 2011 auf 2012 ist dies ein Rückgang um 2,6 %.

Gleichwohl sind wir derzeit mit 472.469 Genossinnen und Genossen die Mitgliederstärkste Partei in der Bundesrepublik Deutschland. Unsere Mitglieder zahlten im Durchschnitt einen Beitrag von 8,08 Euro (2011) bzw. 8,57 Euro (2012).

Obwohl die Zahl der Mitglieder weiterhin rückläufig ist, hat sich eine Trendwende vollzogen und die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen

sind wieder gestiegen. Von 46,03 Mio. Euro (2009) bzw. 45,72 Mio. Euro (2010) auf 47,48 Mio. Euro (2011) bzw. 49,08 Mio. Euro (2012).

Grund für die Mehreinnahmen ist unter anderem die jährlich stattfindende Beitragsanpassung, gemäß § 1 Absatz 7 der Finanzordnung, wonach sich die Beitragsanpassung an der nominalen Steigerung des durchschnittlichen Nettoeinkommens, ermittelt durch das Bundesamt für Statistik, orientiert. Von der Anpassung ausgenommen sind Beiträge von Mitgliedern ohne oder mit geringfügigem Einkommen, die 2,50 Euro pro Monat zahlen.

Die Erhöhungen betrugen im Jahr 2011 1,0 % bzw. 3,0 % in 2012.

Der Großteil der Mitglieder hat diese maßvollen Erhöhungen akzeptiert, nur wenige legten dagegen Widerspruch ein.

Von der kontinuierlichen Anpassung der Beiträge profitieren vor allem die Landesverbände und Bezirke, sowie ihre nachgeordneten Gebietsverbände, da 85 % der Beiträge nach Abzug des Anteils der Strukturhilfe und des Anteils für den *vorwärts*, dort verbleiben. Der Parteivorstand erhält lediglich die restlichen 15 %.

Eine weitere wichtige Säule unserer Einnahmen sind die Beiträge unserer Mandatsträgerinnen und Mandatsträger. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung unserer politischen Arbeit, insbesondere vor Ort.

In 2011 betrugen die Einnahmen 22,63 Mio. Euro und in 2012 23,04 Mio. Euro, das waren 14,5 % bzw. 15,2 % der Gesamteinnahmen. Rund 99 % (2011 und 2012) dieser Einnahmen wurden in den Landesverbänden/Bezirken und ihren nachgeordneten Gebietsverbänden erzielt.

1.2 DIE STAATLICHE TEILFINANZIERUNG

DIE STAATLICHE PARTEIENFINANZIERUNG BASIERT AUF ZWEI SÄULEN:

- der Zahl der Wählerstimmen, die bei den jeweils letzten Landtags-, Bundestags- und Europawahlen erzielt wurden

- und der Summe der Zuwendungen von natürlichen Personen (bis zu 3.300 Euro je Person): dazu gehören die Mitgliedsbeiträge, die Mandatsträgerbeiträge und die Spenden.

Die Wählerstimmen und die Beiträge und Spenden, die die Bürgerinnen und Bürger einer Partei zu geben bereit sind, gelten als Maßstab für den Grad der Verwurzelung der Partei in der Bevölkerung. Je stär-

ker eine Partei von Mitgliedern und Bürgerinnen und Bürgern finanziell unterstützt wird und je mehr Wählerstimmen sie auf sich vereinigen kann, desto höher ist ihr Anteil an den staatlichen Mitteln.

Der Gesamtbetrag der staatlichen Mittel für alle Parteien hat sich mit der Novellierung des Parteiengesetzes am 23. August 2011 erhöht. Der Gesamtbetrag betrug seit 2002 unverändert 133,0 Mio. Euro. Er erhöhte sich nun für das Jahr 2011 auf 141,9 Mio. Euro und für das Jahr 2012

auf 150,8 Mio. Euro. Ab dem Jahr 2013 erhöht sich der Gesamtbetrag jährlich entsprechend des Preisindizes' der für eine Partei typischen Ausgaben. Die Ermittlung erfolgt durch das Statistische Bundesamt.

Die SPD erhielt 2011 insgesamt 42,41 Mio. Euro und 2012 insgesamt 45,59 Mio. Euro. Damit entsprachen die Einnahmen aus staatlichen Mitteln einem Anteil von ca. 27% im Jahr 2011 und 30% im Jahr 2012 an den Gesamteinnahmen der SPD.

1.3 DIE EINNAHMEN AUS SPENDEN

Die SPD insgesamt konnte ihre Einnahmen aus Spenden im Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr leicht steigern. Dabei konnten wir gestiegene Einnahmen sowohl bei den Spenden natürlicher, als auch bei den Spenden juristischer Personen beobachten. Insgesamt trugen die Spenden mit 11,1 Millionen Euro knapp 7,8% (Vorjahr 6,5%) zu den Gesamteinnahmen der SPD bei. Traditionell ist der Anteil der direkt an den Parteivorstand gerichteten Spenden dabei gering: Insgesamt überwiesen die Spenderinnen und Spender nur knapp eine Million

Euro nach Berlin – den weitaus größten Anteil aber erhalten die Ortsvereine, Distrikte und Abteilungen unserer Partei.

Die Tendenz, dass sich zur Mitte der Legislaturperiode die Einnahmen aus Spenden reduzieren, zeigte sich auch im Berichtszeitraum: Die Einnahmen sanken auf einen Anteil von knapp unter 7% der Gesamteinnahmen. Dabei machten die Einnahmen aus Spenden von juristischen Personen, also von Unternehmen und Verbänden, nur einen Anteil von 1,3% an den Einnahmen der SPD aus, beim Parteivorstand sind es sogar weniger als 1%. Insgesamt aber bilden Spenden einen

ANTEIL DER SPENDEN AN DEN GESAMTEINNAHMEN DER IM BUNDESTAG VERTRETENEN PARTEIEN 1998 – 2011

JAHR	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	B90/ GR.	in %	FDP	in %	LINKE	in %
1998	18.836	12,10	33.762	26,22	12.536	37,39	5.847	20,07	11.178	44,29	3.784	19,16
1999	17.236	11,01	33.368	25,20	7.806	23,94	5.140	19,57	9.741	41,49	3.839	18,43
2000	12.631	8,46	28.512	21,79	6.935	24,74	4.311	18,37	7.989	35,59	3.486	17,33
2001	16.528	10,33	25.459	19,43	10.887	31,48	5.121	21,48	10.799	41,98	3.699	18,05
2002	17.334	10,92	30.453	21,50	18.872	40,95	5.282	20,06	13.745	43,58	3.750	17,12
2003	10.445	5,81	17.397	12,45	9.717	20,49	3.434	13,12	7.351	26,50	1.753	7,91
2004	13.144	7,72	27.684	18,27	6.278	15,76	3.637	14,32	8.725	29,70	2.001	9,51
2005	14.165	8,38	35.585	22,35	9.353	22,53	4.430	16,65	11.752	36,20	2.231	9,92
2006	12.292	7,36	22.866	15,61	6.072	15,85	3.447	13,28	8.055	27,08	1.638	7,24
2007	10.569	6,73	19.079	13,40	10.671	24,55	3.212	12,29	7.073	22,33	1.545	6,89
2008	12.996	7,76	21.113	14,27	17.510	34,66	3.909	14,28	9.131	28,60	2.258	8,96
2009	18.762	10,82	41.120	25,27	9.071	21,61	5.445	17,82	16.185	37,42	2.878	10,56
2010	9.556	6,49	17.616	12,76	5.464	15,61	4.043	12,95	5.991	17,44	2.093	7,52
2011	12.105	7,77	21.819	15,48	5.870	15,85	4.850	13,17	6.609	19,27	1.935	6,73
1998–2011	196.599		375.833		137.043		62.107		134.323		36.889	

ANTEIL DER SPENDEN JUR. PERSONEN AN DEN GESAMTEINNAHMEN DER IM BUNDESTAG VERTRETENEN PARTEIEN 1998 – 2011

JAHR	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	B90/ GR.	in %	FDP	in %	LINKE	in %
1998	3.868	2,48	10.867	8,44	4.838	14,43	166	0,57	3.362	13,32	57	0,29
1999	3.184	2,03	9.093	6,87	3.089	9,48	200	0,76	1.617	6,89	67	0,32
2000	1.746	1,17	5.310	4,06	2.666	9,51	175	0,75	1.500	6,53	23	0,12
2001	3.194	2,00	7.093	5,41	3.438	9,94	591	2,48	2.190	8,51	63	0,31
2002	3.440	2,17	9.606	6,78	7.280	15,80	1.055	4,01	3.142	9,96	52	0,24
2003	1.650	0,92	4.612	3,30	3.462	7,30	279	1,07	1.165	4,20	28	0,13
2004	2.039	1,19	7.938	5,24	2.172	5,45	371	1,46	1.707	5,80	44	0,21
2005	3.282	1,94	15.008	9,43	4.255	10,25	948	3,56	3.920	12,10	35	0,16
2006	2.472	1,48	7.461	5,09	2.290	5,98	413	1,59	2.065	6,94	31	0,14
2007	2.095	1,33	6.661	4,68	3.318	7,63	383	1,47	1.878	5,93	20	0,09
2008	2.668	1,59	7.527	5,09	6.390	12,65	492	1,80	2.688	8,42	109	0,43
2009	4.217	2,43	14.949	9,19	4.114	9,80	919	3,01	5.797	13,40	178	0,65
2010	1.749	1,19	6.121	4,43	2.035	5,81	539	1,73	1.793	5,22	21	0,08
2011	2.450	1,60	7.276	5,15	2.281	6,16	860	2,34	1.738	5,07	29	0,10
1998–2011	38.053		119.522		51.628		7.391		34.562		758	
DURCHSCHNITT		1,68		5,94		9,30		1,90		8,02		0,23

BEIDE TABELLEN: ■ ANGABEN IN TSD. EURO ■ IN %: ANTEIL AN DEN GESAMTEINNAHMEN ■ QUELLE: ÖFFENTLICHE RECHENSCHAFTSBERICHTE DER PARTEIEN

wichtigen Teil unserer Einnahmen. Und den verdankt die Partei zum ganz überwiegenden Teil den Genossinnen und Genossen. Denn sie sind es vor allem, die ihre Partei zusätzlich zu ihren Beiträgen auch mit ihren Spenden unterstützen.

Im Vergleich spielen die Einnahmen aus Spenden bei uns aber eine deutlich geringere Rolle als bei den meisten anderen Parteien. Vor allem die C-Parteien und die FDP erzielen deutlich höhere Anteile an ih-

ren Einnahmen aus Spenden. Der immer wieder geäußerte Vorwurf, Parteien machten sich von Spenden abhängig, trifft uns also nicht.

DAS BEDEUTET ABER AUCH: Seit 1998 haben die Unionsparteien insgesamt mehr als eine halbe Milliarde Euro an Spenden eingenommen. Verglichen mit den Spendeneinnahmen der SPD in diesem Zeitraum bedeutet dies einen durchschnittlich jährlichen Vorteil von über 22 Millionen Euro für CDU und CSU.

1.4 DIE EINNAHMEN AUS SPONSORING

Mit der Vermietung von Ausstellerfläche an Unternehmen und Verbände auf dem ordentlichen Bundesparteitag 2011 in Berlin und auf dem a.o. Bundesparteitag in Hannover 2012 sind die Haupteinnahmen im Bereich Sponsoring erzielt worden. Daneben haben sich bewährte Formate, wie der Filmabend zur Berlinale oder besondere Veranstaltungen wie das Fest zu 50 JAHRE ANWERBEABKOMMEN MIT DER TÜRKEI 2011 als attraktiver Rahmen für einen werbewirksamen Auftritt von Unternehmen bewährt.

Auch in diesem Berichtszeitraum richtete sich der mediale Blick auf die Sponsorenpraxis der Parteien. Anlass bot die Berichterstattung über die Verwicklungen der niedersächsischen Staatskanzlei unter dem Ministerpräsidenten Christian Wulff beim NORD-SÜD-DIALOG, einer kommerziell organisierten Lobby-Veranstaltung, die nichts mit Parteiensponsoring zu tun hatte.

Dieser Vergleich zwischen Äpfel und Birnen führte so weit, dass Sponsoring zum (vermeintlichen) Trick von Unternehmen und Parteien erklärt wurde, um das Parteiengesetz zu umgehen. Als Nachweis dafür diente die „explosionsartige“ Zunahme von Sponsoring seit 2003 bei der Einnahmeposition *EINNAHMEN AUS VERANSTALTUNGEN, VERTRIEB VON DRUCKSCHRIFTEN UND VERÖFFENTLICHUNGEN UND SONSTIGER MIT EINNAHMEN VERBUNDENER TÄTIGKEIT* in den Rechenschaftsberichten der Parteien.

RICHTIG IST: Seit dem Rechnungsjahr 2003 gilt für politische Parteien das Saldierungsverbot. In den Vorjahren mussten Einnahmen und Ausgaben miteinander verrechnet werden. Lediglich der überschießende Betrag, also der Gewinn, wurde als Einnahme verbucht, in die auch Sponsoring einfließt. Ab dem Jahr 2003 mussten Einnah-



Die Schatzmeisterin und Lutz Johannsen am Stand von IMAGE auf dem a.o. Bundesparteitag 2012 in Hannover | Foto: Marco Urban

men und Ausgaben mit ihrem vollen Betrag aufgeführt werden. Insofern ist selbstverständlich dieser Einnahmeposten erheblich größer geworden. Die darin enthaltenen Sponsoringeinnahmen des Parteivorstandes haben sich, abhängig davon, ob mehrtägige Bundesparteitage stattfanden und wie groß das Angebot an Ausstellerfläche war, auf vergleichbarem Niveau bewegt.

Der Kern von Sponsoring ist Öffentlichkeit. Auf unserer Homepage veröffentlichen wir daher die Liste der Aussteller, so dass nicht nur Delegierte, Journalisten und Gäste auf den Bundesparteitagen sehen, welche Unternehmen und Verbände vor Ort sind. Um die Transparenz in dem Bereich noch zu erhöhen, befürworten wir zudem die gesonderte Einnahmeposition Sponsoring im Rechenschaftsbericht ab der Ebene der Landesverbände.

SPONSORINGEINNAHMEN DES PARTEIVORSTANDS (IN TSD. EURO)



1.5 EINNAHMEN AUS VERMÖGEN

Einnahmen aus Vermögen erzielt die Partei insbesondere aus der jährlichen Ausschüttung der *DEUTSCHEN DRUCK- UND VERLAGSGESELLSCHAFT (DDVG)*.

Im Vergleich zu der Ausschüttung in der vorangegangenen Berichtsperiode (2009/2010 18,3 Mio. Euro) wurden in den Jahren 2011/2012 9,7 Mio. Euro ausgeschüttet (alle Angaben jeweils vor Steuern).

Knapp die Hälfte der Ausschüttung wurde in 2011 für die Tilgung der Finanzierungsraten des Willy-Brandt-Hauses verwendet, der andere Teil für die auf die Bruttoausschüttung entfallenden Steuern und die Parteiarbeit.

In 2012 diente die Ausschüttung ausschließlich den abzuführenden Steuern und der Parteiarbeit.

■ **TILGUNG DARLEHEN WBH****2011**

4.000.000,00 Euro

■ **EINNAHMEN AUS VERMÖGEN****2011**

2.500.000,00 Euro

2012

1.700.000,00 Euro

■ **VERMÖGENSVERWALTUNG (STEUERN)****2011**

1.222.007,72 Euro

2012

319.602,02 Euro

1.6 PARTEIINTERNER FINANZAUSGLEICH

Seit der Umstellung der staatlichen Parteienfinanzierung von der Wahlkampfkostenerstattung auf allgemeine staatliche Zuschüsse im Jahre 1994 gibt es einen besonderen Finanzausgleich zwischen Parteivorstand und Landesverbänden bzw. Bezirken.

Die Einbeziehung der Zuwendungen neben den erzielten Wählerstimmen als Basis für die Verteilung der staatlichen Mittel führte zu Verschiebungen gegenüber der früher nur auf dem Wähleranteil basierenden staatlichen Finanzierung. Besonders die Bundesländer mit großer Mitgliederdichte waren deutlich im Vorteil. Diese Ungleichgewichte müssen ausgeglichen werden.

Die Verteilung der staatlichen Mittel zwischen Landesverbänden und Parteivorstand hat sich seit 1991 entsprechend der Tabelle zur

Verteilung der staatlichen Mittel entwickelt. Während bis 1993 die staatlichen Mittel für die SPD zu 30 % an die Landesverbände und zu 70 % an den Parteivorstand gingen, beträgt dieses Verhältnis inzwischen 33 % für die Landesverbände und 67 % für den Parteivorstand.

Der Zuwachs an staatlichen Mitteln ist über den parteiinternen Finanzausgleich überwiegend an die Landesverbände gegeben worden. Sie erhalten heute gut 11 % mehr an staatlichen Mitteln als vor 1994, während die dem Parteivorstand verbleibenden staatlichen Mittel um ca. 3 % gesunken sind.

Seit 1994 erfolgt eine Festlegung der Verteilung der staatlichen Mittel auf ein Drittel zu zwei Dritteln. Dem steht die Beitragsverteilung von 85 % zu 15 % zugunsten der Gliederungen gegenüber.

VERTEILUNG AUS STAATLICHEN MITTELN

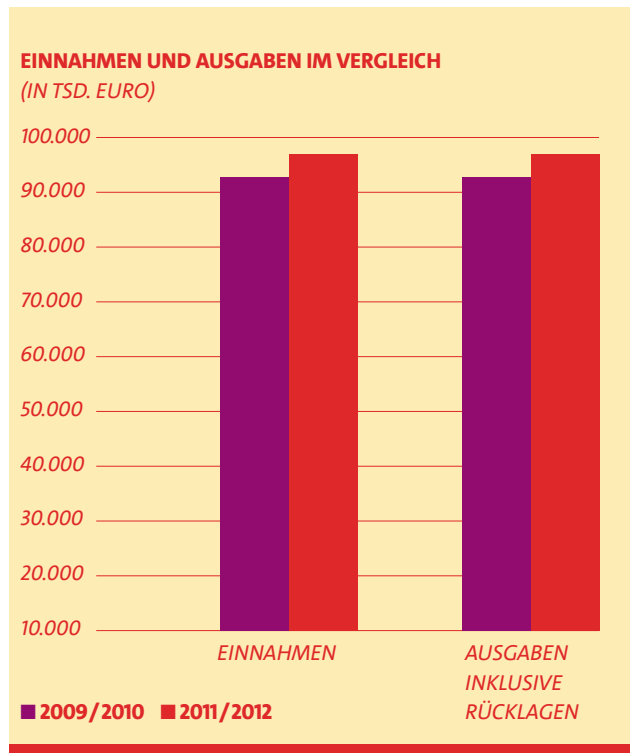
(IN TSD. EURO)

	1991 – 1993		1994 – 2001		2002 – 2010		2011–2012		VERÄNDERUNG	
	Ø PRO JAHR		Ø PRO JAHR		Ø PRO JAHR		Ø PRO JAHR		GGÜ. 1991–1993	
	T €	%	T €	%	T €	%	T €	%	T €	%
LANDESVERBÄNDE										
VON DEN LANDTAGEN	13.302		7.403		5.450		5.008			
AUS FINANZAUSGLEICH	0		8.141		8.923		9.738			
LV GESAMT	13.302	30%	15.544	33%	14.373	34%	14.746	33%	1.444	10,9%
PARTEIVORSTAND	30.996	70%	31.541	67%	28.459	66%	30.233	67%	-763	-2,5%
SPD GESAMT	44.298	100%	47.085	100%	42.832	100%	44.979	100%	681	1,5%

DIE GESAMTSUMME DER STAATLICHEN MITTEL FÜR ALLE PARTEIEN IST DURCH EINE ABSOLUTE OBERGRENZE BEGRENZT; VON 1991 BIS 1997 AUF 117,59 MIO. EURO (= 230 MIO. DM), VON 1998 BIS 2001 AUF 125,27 MIO. EURO (= 245 MIO. DM), VON 2002 BIS 2010 AUF 133 MIO. EURO; 2011, 141,9 MIO. EUR; 2012, 150,8 MIO. EURO.

2. MITTELBEWIRTSCHAFTUNG UND HAUSHALTSENTWICKLUNG

Die Einnahmen deckten im Berichtszeitraum die Ausgaben des Betriebshaushaltes. Die für den Europa- und Bundestagswahlkampf 2013/2014 beschlossenen Rücklagen konnten im Berichtszeitraum gebildet werden:



Die Haushalte 2011 und 2012 standen unter dem Zeichen sich stabilisierender Einnahmen. So konnten die Beitragseinnahmen im Berichtszeitraum 2011/2012 gegenüber 2009/2010 um ca. 0,5 Mio. Euro erhöht werden.

Die wichtigsten Einnahmen des Parteivorstands sind nach wie vor seine Beitragsanteile sowie der Anteil des Parteivorstands an den Staatlichen Mitteln. Gemessen an den Gesamteinnahmen betrug der Anteil der Beitragseinnahmen im Berichtszeitraum 20,1% (2009/2010: 21,0%) während der Anteil der Staatlichen Mittel 64,1% betrug (2009/2010: 56,3%). Insgesamt bestreitet der Parteivorstand mehr als vier Fünftel seiner Einnahmen aus diesen beiden Bereichen.

Im Berichtszeitraum 2011/2012 stiegen die Aufwendungen gegenüber 2009/2010 um ca. 2,8%. Der gestiegene Aufwand erfolgte für die Politische Arbeit inklusive Öffentlichkeitsarbeit. Er entsprach 2011/2012 einem Anteil von 25,3 gegenüber 2009/2010 einem Anteil von 22,6%.

Die Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb inkl. EDV entsprachen 2011/2012 einem Anteil von 28,5% (2009/2010: 29,3%).

Die Entwicklung der Kosten für die EDV ist positiv. Nach der Ver-

fünffachung dieses Aufwands von 1995 bis 2000 (auf über 7 Mio. Euro), sanken diese Kosten seitdem kontinuierlich. Im Berichtszeitraum betrug der Aufwand für den Haushalt der EDV inklusive fortgesetzter intensiver Investitionen in einen NEWSDESK und eine neue Mitgliederverwaltung 6,4 Mio. EUR (2009/2010: 6,8 Mio. EUR).

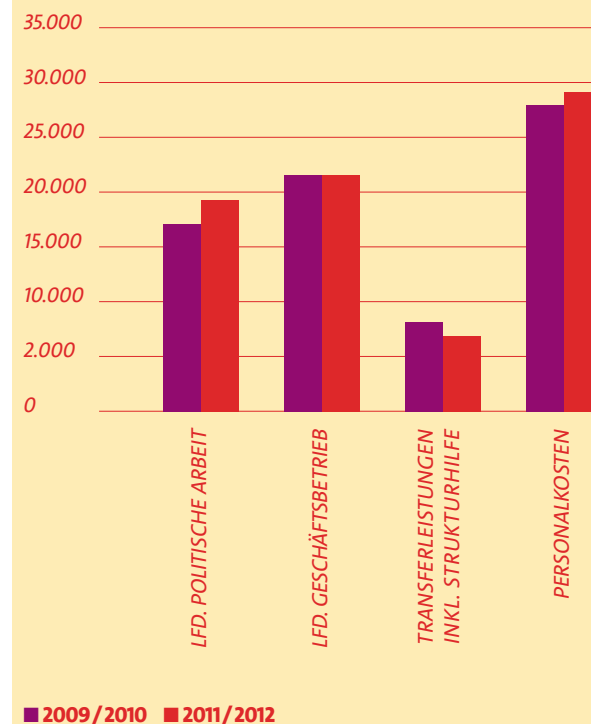
Die Transferleistungen inkl. Strukturhilfe sind im Berichtszeitraum 2011/2012 gegenüber 2009/2010 rückläufig. Der Anteil an den Gesamtausgaben betrug im Berichtszeitraum 8,4% (2009/2010: 11,0%). Die Strukturhilfe macht mehr als die Hälfte der Transferleistungen aus.

Der Anteil der Personalkosten stieg von 37,2% 2009/2010 auf 37,8% im Berichtszeitraum 2011/2012.

Die Ausgabenpolitik des Parteivorstands orientiert sich strikt an den tatsächlich erzielten Einnahmen. Trotz der Novellierung des Parteiengesetzes ist in Zukunft nur bedingt mit höheren Einnahmen zu rechnen. Daher müssen sich die Ausgaben analog zu den Einnahmen entwickeln und ein vernünftiges Verhältnis der Ausgaben für politische Arbeit, Geschäftsbetrieb und Personalkosten gewahrt bleiben.

Die Haushaltsführung des Parteivorstands für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 wurde überprüft und von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nach den Vorschriften des Parteiengesetzes testiert. Es gab keine Beanstandungen. Außerdem prüfte die Kontrollkommission laufend die Mittelbewirtschaftung des Parteivorstands.

AUSGABEN IM VERGLEICH (IN TSD. EURO)



3. STRUKTURHILFE FÜR DIE OSTDEUTSCHEN LANDESVERBÄNDE

Die bereits 1990 auf dem Berliner Parteitag beschlossene Strukturhilfe für die ostdeutschen Landesverbände dient der Sicherung einer handlungsfähigen Organisation und wird durch die Mitglieder aller Bundesländer getragen.

In den neuen Bundesländern waren im Jahr 2011 38.224 Personen Mitglieder der SPD, im Jahr 2012 gab es einen leichten Rückgang auf 37.913. Der Durchschnittsbeitrag erhöhte sich von 11,77 Euro im Jahr 2011 auf 11,80 Euro im Jahr 2012.

Der vom Mitgliedsbeitrag aller Mitglieder der SPD einbehaltene Anteil für die Strukturhilfe liegt seit Jahren konstant bei 0,26 Euro je Monatsbeitrag.

Insgesamt erhielten die ostdeutschen Landesverbände in den Jahren 2011 und 2012 hieraus zusammen 2,9 Mio. Euro.

Darüber hinaus hat der Parteivorstand aus seinem Betriebshaushalt eine ergänzende Strukturhilfe in Höhe von insgesamt 1,43 Mio. Euro geleistet, wobei auf das Jahr 2011 750 T Euro und 675 T Euro auf 2012 entfallen.

Den ostdeutschen Landesverbänden wurden in den Jahren 2011 und 2012 somit 4,33 Mio. Euro zur Verfügung gestellt; 2,2 Mio. Euro in 2011 und 2,1 Mio. Euro in 2012.

Auf die Strukturhilfe werden diese auch in den kommenden Jahren angewiesen sein.

4. UNTERNEHMENSBEREICH

4.1 KONZENTRATION GMBH

Mehr als 110 Immobilien-Objekte umfasst der Grundbesitz der SPD. Darunter befinden sich traditionsreiche Häuser ebenso wie moderne Büroetagen und Ladenflächen für die Politische Arbeit vor Ort.

Die Objekte stehen im wirtschaftlichen Eigentum des Parteivorstands (entsprechend §25 der Finanzordnung); werden aber treuhänderisch für diesen von der Konzentration GmbH, der Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH (für das Willy Brandt Haus) und einigen lokalen Grundstücksgesellschaften verwaltet.

Der Immobilienbesitz und die Konzentration GmbH sind historische Konstanten der Parteiarbeit der SPD in ihrem Jubiläumsjahr 2013. Darüber hinaus stellen die Immobilien einen wesentlichen Bestandteil des Par-

teivermögens dar. Bei einem bilanziellen Gesamtvermögen i.H.v. knapp 183 Mio. Euro (Stand 31.12.2011) entfielen grob 122 Mio. Euro auf das Haus- und Grundvermögen, sowie die Ausstattung der Geschäftsstellen.

Es hat sich erwiesen, dass der Grundbesitz eine wichtige Stütze der kontinuierlichen politischen Arbeit vor Ort ist: Da, wo die Partei Immobilien-Eigentum besitzt, hat sie auch einen festen Anlauf- und Orientierungspunkt und kann auch einmal ein schlechtes Wahlergebnis überstehen ohne sich um die grundlegende organisatorische Basis sorgen zu müssen. Die Partei ist darüberhinaus ein nahezu idealer nachhaltiger Immobilieninvestor mit einem langen Atem, Geduld und ohne den Zwang der kurzfristigen Rendite-Optimierung. Daher ermutigt und unterstützt die Konzentration Gliederungen der Partei bei ihrem Wunsch, Immobilien-Eigentum zu erwerben, zu finanzieren, nachhaltig zu pflegen und zu entwickeln. Dabei hilft ihr ein Netzwerk von Experten, egal ob es um die Marktevaluation, die Immobiliensuche, die Finanzierung oder um Umbau, Sanierung, die Vermietung oder die Voll-Verwaltung von Immobilien geht.



SPD Haus in München | Foto: Konzentration GmbH

4.2 VERWALTUNGSGESELLSCHAFT BÜROHAUS BERLIN MBH

Innerhalb der Immobilienbewirtschaftung nimmt die Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH (VBB) eine Sonderstellung ein, da sie nicht nur die übliche Liegenschaftsverwaltung übernommen hat, sondern das Willy-Brandt-Haus als Parteizentrale der SPD und als Tagungs- und Veranstaltungsort mit mehreren hundert Sitzungen, Tagungen, Kongressen (auch für Drittmieten) im Jahr betreibt. Daneben erbringt die VBB direkte Dienstleistungen für den Parteivorstand. Beispiele: Telefon- und Handymanagement und Veranstaltungsdienstleistungen für die zahlreichen Parteiveranstaltungen im Haus.

Die Abrechnung erfolgt jährlich zu Gunsten und zu Lasten des Parteivorstands über einen Dienstleistungsvertrag. Die VBB nimmt die Eigentumsrechte am Haus lediglich treuhänderisch für den Parteivorstand wahr. Das Haus gehört der Partei.

Der laufende Unterhalt des Hauses wird aus einem Nutzungsentgelt des Parteivorstands, Mieteinnahmen von Drittmietern und Einnahmen aus dem Konferenz- und Tagungsgeschäft finanziert.



Ausstellungseröffnung *BREAKING THE SILENCE* | Foto: Holger Biemann

Eine der wichtigsten Aufgaben der VBB besteht weiterhin in der „fernsehgerechten“ Ausgestaltung und der Pflege des ganzen Gebäudes. Dabei bedient sie sich aufgrund der Gebäudegröße und der anspruchsvollen Gebäudetechnik eines externen Partners, der mit dem technischen Gebäudemanagement beauftragt ist.



In einem im Juni 2013 erstellten Gutachten eines vereidigten Immobilien-Sachverständigen wurde dem Gebäude erneut ein stringentes Instandhaltungsmanagement und ein überdurchschnittlich guter baulicher Zustand bestätigt. Die laufenden Instandhaltungsaufwendungen nehmen, mehr als 15 Jahre nach der Eröffnung, deutlich zu, so dass in den kommenden Jahren weiterer Investitionsbedarf besteht, wenn das erreichte Niveau gehalten werden soll.

In dem vorangegangenen Finanzbericht (2009 und 2010) wurden die noch offenen Bankverbindlichkeiten des Gebäudes aus der Bauphase mit 21,7 Mio. Euro angegeben (Stand: 31.12.2010). Sie konnten in dem Berichtszeitraum deutlich auf 17,6 Mio. Euro (31.12.2012 – noch nicht testiert) reduziert werden. Dazu haben insbesondere Ausschüttungen der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft mbH beigetragen, auf die das Haus – auch in den folgenden Jahren – aufgrund der noch vorhandenen Zins- und Tilgungslasten angewiesen sein wird.

Wie im letzten Finanzbericht angekündigt, konnte das aktuell niedrige Zinsniveau genutzt werden, um die Zinslasten zu reduzieren und Zinssicherheit für die Hypothekendarlehen bis 2022 bzw. 2024 zu erreichen. Das gibt der Partei langfristig finanzielle Planungssicherheit.

Das Willy-Brandt-Haus ist nicht nur der Sitz des Parteivorstands, sondern auch ein Ort gesellschaftspolitischer Debatte und kultureller Kommunikation. Dazu tragen insbesondere die zahlreichen Ausstellungen und Veranstaltungen des *FREUNDESKREIS WILLY-BRANDT-HAUS E.V.* bei.

■ www.Willy-Brandt-Haus.de

4.3 DEUTSCHE DRUCK- UND VERLAGSGESELLSCHAFT MBH

150 JAHRE GESCHICHTE – Schon bald nach ihrer Gründung vor 150 Jahren begann die SPD, eigene Zeitungen und Bücher zu verlegen und zu drucken. 1876 erschien erstmals der Vorwärts. Über viele Jahre konnte mit erheblichem Einsatz unzähliger Mitglieder ein beachtliches Vermögen aufgebaut werden. Diese Entwicklung verlief nicht immer gradlinig, oft hatten SPD und ihre Unternehmen mit Schwierigkeiten, häufig um ihre Existenz zu kämpfen: Mehrfach wurde die SPD in ihrer Geschichte enteignet. Die Weltwirtschaftskrise von 1929 hatte auch die damaligen Unternehmen der SPD schwer getroffen. Von den Nazis enteignete Druckereien und Verlage wurden im 2. Weltkrieg schwer beschädigt und teilweise nach Kriegsende demonitiert. In den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts gerieten viele Presseunternehmen der Partei in unruhiges Fahrwasser. Über 250 Millionen DM Schulden waren zu bewältigen. Mit großer Kraftanstrengung gelang es letztlich, diese historische Last abzutragen und den Unternehmensbereich der SPD zu sanieren. Hier kommt ein großer Verdienst dem im Jahr 2010 verstorbenen Schatzmeister Prof. Dr. Friedrich Halstenberg zu.

Immer wieder gab es den Versuch von Union und FDP mit juristischen Taschenspielertricks die Medienbeteiligungen der SPD zu beseitigen – erst das Bundesverfassungsgericht hat diesem Treiben 2008 einen Riegel vorgeschoben.

Seit 1971 besteht die **DEUTSCHE DRUCK- UND VERLAGSGESELLSCHAFT MBH (ddvg)** als Holding- Gesellschaft des SPD-Parteivorstands; sie hält für die SPD die Beteiligungen im Medienbereich mit dem Schwerpunkt der Regionalzeitungen. Die *ddvg* ist der Tradition der sozialdemokratischen Unternehmungen verpflichtet. Ihre Entscheidungen orientieren sich streng nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, ohne dabei die sozialen Verpflichtungen unternehmerischen Handelns zu ignorieren.

Das Engagement im Segment der regionalen Tageszeitungen trägt zum Erhalt einer lebendigen mittelständischen Presselandschaft bei. Dabei vermeidet die *ddvg* beherrschenden Einfluss und hält in der Regel Minderheitsbeteiligungen.



Foto: Dirk Uhlenbrock

TRANSFORMATION DER MEDIENWELT – Die Medienwelt wandelt sich. Im Onlinezeitalter verändert sich der Zugang zu Informationen und der Umgang mit ihnen in atemberaubender Geschwindigkeit:

- Die große Mehrheit der Menschen nutzt heute regelmäßig das Internet.
- Seit bald zehn Jahren spielen soziale Netzwerke eine wichtige Rolle für die Verbreitung von Nachrichten.
- Im Netz verlieren die bisherigen Unterscheidungsmerkmale der etablierten Mediengattungen wie Fernsehen, Radio und Print an Relevanz.
- Neue Akteure treten als selfpublisher, z.B. mit Blogs, auf den Markt.
- Mit der Entwicklung des Smartphones sowie der Etablierung des Tablets hat mobile Kommunikation einen vorher nicht geahnten Stellenwert erreicht etc.

PRINT UNTER DRUCK – Die Medienmärkte werden kräftig durchgeschüttelt. Insbesondere Print ist davon betroffen: Wohnungssuche, Autokauf und Jobsuche finden heute fast ausschließlich im Netz statt. Die früher ertragsstärksten Anzeigenmärkte für Tageszeitungen sind seit 2001 auf einen Bruchteil ihrer damaligen Größe geschrumpft.

Gleichzeitig lässt das geänderte Mediennutzungsverhalten vor allem jüngerer Menschen die Abo-Auflagen der Tageszeitungen sinken.

Die demografische Entwicklung tut ihr Übriges: Die Bevölkerung vor allem in ländlichen Regionen entwickelt sich rückläufig und für die Tageszeitungen ist ebenfalls relevant, dass Migranten deutsche Medien in deutlich geringerem Maße nutzen, d.h. auch dort, wo die Bevölkerungszahl dank Migration stabil bleibt, sinken demografiebedingt die Auflagen.

DIE RÜCKLÄUFIGEN AUFLAGEN SETZEN WIEDERUM DIE ATTRAKTIVITÄT DER GATTUNG TAGESZEITUNG FÜR WERBEKUNDEN UNTER DRUCK:

Der Discounter-Einzelhandel ist in den vergangenen zwei Jahren fast komplett von der Tageszeitung als Werbeträger auf die Direktverteilung umgestiegen, weil er sich davon eine höhere Haushaltsabdeckung verspricht.

Außerdem stärkt die Möglichkeit kostengünstigerer und zumindest vermeintlich zielgenauere Werbung über das Netz den Onlinewerbemarkt v.a. zulasten von Printprodukten. Während die Tageszeitungen von 2010 bis 2012 rund 400 Mio. Euro Werbeeinnahmen verloren haben (ZAW-Statistik), hat der Onlinemarkt im gleichen Zeitraum um rund 1,1 Mrd. Euro zugelegt (OVK-Werbestatistik).

DIE REAKTIONEN DER VERLAGE AUF DIE BESCHRIEBENEN UMSATZ-RÜCKGÄNGE LASSEN SICH WIE FOLGT BESCHREIBEN:

Der Trend zu Übernahmen mit dem Ziel, größere Einheiten zu bilden, verstärkt sich. Beispielhaft hierfür ist die Expansion der Mediengruppe Madsack durch die Übernahme von Regionalzeitungen von Axel Springer und der Märkischen Allgemeinen. Hierbei geht es auch darum, durch Verknüpfung redaktioneller oder administrativer Ressourcen Einsparungseffekte zu erzielen.

- Viele Verlage gehen den Weg gegenseitiger Kooperationen, um Synergien zu erreichen.
- In nahezu jedem Verlag der Republik wird ein Kostensenkungsprojekt nach dem anderen auf- und umgesetzt.
- Teils werden engagierte Versuche gestartet, mit Geschäften abseits des journalistischen Kerngeschäfts neue Umsatzfelder zu erschließen.

Die Einstellung der *FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND* und der *NÜRNBERGER ABENDZEITUNG* sowie die Insolvenz der *FRANKFURTER RUNDSCHAU* haben Ende 2012 für jeden Beobachter erkennbar werden lassen, dass da, wo keiner der oben beschriebenen Wege noch Besserung verspricht, das journalistische Produkt selbst auf der Kippe steht.

Einen Sonderfall stellt das von der *WAZ (JETZT FUNKE-MEDIENGRUPPE)* beschlossene Aus für die Redaktion der *WESTFÄLISCHEN RUNDSCHAU* dar. Der Versuch, einen Titel ohne jede eigene lokale oder regionale Kompetenz am Markt zu halten mutet befremdlich an. Zumal genau diese Kompetenz das Alleinstellungsmerkmal der regionalen Tageszeitung geblieben ist, das es aus Verlegersicht jetzt zu stärken gilt.

Im Sommer 2013 wurde die Medienwelt vom Verkauf der Traditionsblätter Berliner Morgenpost und Hamburger Abendblatt durch die Axel Springer AG an die Funke Mediengruppe überrascht. Dieser Vorgang hat noch einmal die beiden Hauptbewegungen unterstrichen, die im Medienmarkt zu beobachten sind:

Einige Häuser verabschieden sich Stück für Stück vom Journalismus als Kernprodukt des Hauses und entkoppeln Wertschöpfung und Contenterstellung, andere gehen den Weg des Wachstums, um Synergien erzielen und Skaleneffekte – also Kosten senken – heben zu können.

Das Ende dieser Entwicklung ist offen, aber es besteht Anlass zur Wachsamkeit. Ein Abbruch der im europäischen und weltweiten Vergleich sehr vielfältigen und qualitätvollen journalistischen Tradition in diesem Bereich wäre nicht ohne Folgen für das demokratische Gemeinwesen. Deshalb bleibt es Aufgabe von Politik und Verlagen, die Transformation des Medienmarkts so zu begleiten und zu gestalten, dass die öffentliche Aufgabe der vierten Gewalt auch in Zukunft unabhängig wahrgenommen werden kann.

DURCHGÄNGIG POSITIVE BETRIEBSERGEBNISSE DER ddvg – SONDEREFFEKTE BELASTEN DAS UNTERNEHMENERGEBNIS – Auch die *ddvg* war von den oben beschriebenen Entwicklungen im Tageszeitungsmarkt betroffen. Am deutlichsten sichtbar wurde dies im November 2012 durch die Insolvenz der *DRUCKHAUS FRANKFURT A.M. GMBH (FRANKFURTER RUNDSCHAU)*, an der die *ddvg* 40% der Kapitalanteile hielt. Trotz aller Schwierigkeiten im Segment der Tageszeitungen konnte die *ddvg* sowohl in 2011 als auch in 2012 deutlich positive Betriebsergebnisse von 15,9 Mio. Euro (2011) und 13,0 Mio. Euro (2012) erzielen.

Die notwendigen Wertberichtigungen u.a. aus der Situation der *FR* wirkten sich auf das *ddvg*-Unternehmensergebnis aus, das 0,9 Mio. Euro in 2011 und –14,1 Mio. Euro in 2012 auswies. Neben dem Sondereffekt aus der Situation der Frankfurter Rundschau trug auch die Schließung einer Rollen-Offset-Druckerei in Bayreuth Anfang 2012 maßgeblich zu dem negativen Unternehmensergebnis in 2012 bei. Der Cashflow im Berichtszeitraum unterstreicht die solide Verfassung des Unternehmens. Er belief sich in 2011 auf 13,2 Mio. Euro und im Folgejahr auf 9,7 Mio. Euro.

Das Portfolio der *ddvg* behält im Berichtszeitraum einen Schwerpunkt im regionalen Zeitungssegment. Die Beteiligungsergebnisse aus den Medienbeteiligungen beliefen sich auf 17,8 Mio. Euro (2011) bzw. 16,7 Mio. Euro (2012).

Auch die Verlagsbeteiligungen der *ddvg* müssen ihre Antwort auf die Veränderungen im Mediengeschäft finden. Es entspricht der Rolle und dem Verständnis der *ddvg*, ihren Beteiligungsverlagen kein ver-

meintliches Patentrezept zu verordnen, sondern gemeinsam mit den jeweiligen Partnern (und meist Mehrheitsgesellschaftern) nach strategischen Antworten für das jeweilige Unternehmen zu suchen und ggf. auch aus der Gesellschafterfunktion heraus zu unterstützen. Ein Beispiel dafür ist der Mehrheitserwerb der Märkischen Allgemeinen durch die Hannoveraner Mediengruppe *MADSACK*, den die *ddvg* durch Eintritt in die (Minderheiten-)Investorengruppe flankiert hat.

Aus dem Portfolio ausgeschieden ist die *FRANKFURTER RUNDSCHAU (FR)*. Grund hierfür ist die Insolvenz des Unternehmens Ende 2012. Die Insolvenz war unausweichlich, nachdem der nochmalige starke Rückgang im Anzeigengeschäft ab dem 2. Quartal des Jahres 2012 keine Planung mit einem auch nur annähernd ausgeglichenen Ergebnis mehr zuließ.

Ob die *FR* als unabhängige links-liberale Stimme erhalten bleibt (was das Ziel des Einstiegs der *ddvg* bei der *FR* im Jahr 2004 war), wird sich – nach der Übernahme des Titels durch die *FRANKFURTER SOCIETÄTS-DRUCKEREI (FAZ)* in Zukunft erweisen müssen. Der Abbau von rund 400 Arbeitsplätzen in Druckerei, Verlag und Redaktion war ein herber Schlag für die Betroffenen. Die *ddvg* und der ehemalige Mehrheitseigentümer, das Kölner Medienhaus *M. DUMONT SCHAU-BERG*, haben zur Absicherung einer Transfergesellschaft insgesamt 4,8 Mio. Euro zur Verfügung gestellt und auch damit (zusätzlich zum Erhalt des Unternehmens seit 2004) ihre sozialen Verantwortung wahrgenommen.

Es gibt eine ganze Reihe von Ursachen dafür, weshalb es nicht gelungen ist, die *FR* wieder in sicheres Fahrwasser zu bringen. Maßgeblich sind einerseits lange zurückliegende Versäumnisse in den 1990er Jahren, die die *FR* bereits kränkelnd in die Medienstrukturkrise haben wanken lassen und eine Marktentwicklung, die im Vergleich von heute zu 2003 zu einer Niveaureduktion des Umsatzes beim Verlags- haus der *FR* in Höhe von 41 Mio. Euro geführt hat.

Für die Jahre ab 2004 (Einstieg der *ddvg*) oder 2006 (Übernahme der Mehrheit durch *M. DUMONT*) lässt sich sicherlich im Nachhinein über manche Maßnahme und deren Wirkung trefflich streiten (z.B. über die Formatumstellung, zögerliches Herangehen an das Onlinethema etc.). Letztlich hat der zweimalige Abschwung der Anzeigenumsätze und damit auch der Fremddruckumsätze im Jahr 2009 und im zweiten Quartal 2012 dem Projekt *FR* die Luft zum Atmen genommen. Dass die *FR* im Vergleich zu anderen Titeln diesen Abschwüngen weniger Substanz entgegensetzen hatte, lag an einer prekären Marktposition, die sich spätestens Ende des vergangenen Jahrhunderts ergeben hatte.

Nicht zuletzt aufgrund der schmerzlichen Erfahrungen bei der *FR* wird die *ddvg* ihr Engagement für eine Zukunftssicherung ihrer Verlagsbeteiligungen nochmals verstärken, auch wenn hierbei sehr un- bequeme Wege gegangen werden müssen.

Da die Personalkosten im Medienbereich den mit Abstand größten Kostenblock ausmachen, kann der beschriebene Rückgang der Umsätze nicht ohne Auswirkungen auf die Personalkosten bleiben. Bislang haben die Tarifparteien leider seit Jahren versäumt, eine tragfähige Struktur in Mantel- und Gehaltstarifverträgen für Redakteure, Verlagsangestellte und Druckereikräfte zu vereinbaren. Das Ergebnis hiervon ist eine Erosion des Flächentarifvertrags und eine Flucht von Verlagen in OT-Mitgliedschaften, die Ausgründung in tariffreie (oder günstigeren Tarifen unterfallende) Unternehmen, echte Fremdvergabe von Leistungen etc. Die *ddvg* beobachtet diese Entwicklung mit Sorge, wird aber – wenn es nicht gelingt, eine zukunfts- feste Neujustierung des Tarifgefüges zu erreichen – dieser Ent-

wicklung auch in den eigenen Beteiligungen nichts entgegensetzen können. Allerdings wird die *ddvg* in jedem Fall dafür Sorge tragen, dass journalistische Qualität gehalten werden kann. Hierzu gehört auch, Einstiegskorridore für junge Redakteurinnen und Redakteure zu schaffen, ohne die der Wandel der Zeitungen zu (auch digitalen) Medienhäusern nicht gelingen kann.

EINSTIEG IN DIGITALE GESCHÄFTSMODELLE – Die *ddvg* arbeitet bereits seit 2005 daran, mit ihren Beteiligungen digitale Geschäftsmodelle zu entwickeln. Mit der schon lange bestehenden Beteiligung am Edutainment-Verlag *TIVOL@*, dem Einstieg beim Selfpublishing-Anbieter Tredition und der Beteiligung an der *KUK APPLIKATIONEN GMBH* (Erstellung von Smartphone-Lösungen im Kunst- und Kulturbereich), ist die *ddvg* bereits eigene Schritte bei der Portfolioerweiterung in den digitalen Bereich gegangen. Mit dem Erwerb von Anteilen an *avocadostore.de* und der Gründung der *TIVOL@-ventures* verstärkt die *ddvg* diesen Bereich und sieht hierin ein strategisches Wachstumsfeld.

TIVOL@ ist es gelungen, als Spieleanbieter im Bildungssegment eine starke Positionierung im globalen App-Markt zu erreichen. Tredition hat sich eine kontinuierlich positive Tendenz als selfpublisher mit einer hohen Reputation im Kundenstamm erarbeitet. KuK hat neben der App für Potsdam-Sanssouci auch die Applikation für die IBA in Hamburg gestaltet und stellt sich als Anbieter für Stiftungen auf.

Wie beim Einstieg in *AVOCADOSTORE.DE* sollen auch zukünftige neue Engagements Anknüpfungspunkte dafür bieten, Kooperationen mit starken regionalen (Tageszeitungen) oder nationalen Beteiligungen (*ÖKOTEST*) zu bilden.

Außerdem verfolgen die Verlagsbeteiligungen der *ddvg* ihre digitalen Strategien weiter. Ein markantes Beispiel hierfür ist die Mediengruppe Madsack, die mit dem Konzept der Madsack-Media-Stores (u.a. in Hannover und Leipzig) einen neuen Vertriebsweg erschlossen hat.

WEITERE GESCHÄFTSBEREICHE – Das Druckereigeschäft ist im Berichtszeitraum weiterhin sehr unbefriedigend verlaufen. In beiden Bogenoffset-Druckereien der *ddvg* (Lübeck und Braunschweig) wurden umfangreiche Maßnahmen vorgenommen, um als tarifgebunden arbeitende Unternehmen im Wettbewerb Stand halten zu können. Es zeigt sich aber, dass der Preisdruck im Printmarkt auch hier die Tarifbindungen auflöst und zu Tarifkonditionen kaum noch kostendeckende Aufträge akquiriert werden können. Die schwierige Situation im Printsegment war dafür ausschlaggebend, die Rollen-Offset-Druckerei in Bayreuth (*bd+m*) im Frühjahr 2012 zu schließen.

Licht und Schatten gibt es im Tourismusgeschäft. Der SPD-Reiseservice verzeichnet nach wie vor wachsende Verkaufszahlen. Die 2012 etablierte Marke Ambiente-Kreuzfahrten ist ebenfalls mit guten Verkaufszahlen in das Geschäft gestartet. Allerdings hat die Insolvenz des Schiffseigners im Herbst 2012 zu erheblichen Verlusten geführt, die sich auch im Unternehmensergebnis der *ddvg* 2012 ausgewirkt haben. Nach einer umfangreichen Marktprüfung wird Ambiente ab März 2014 mit einer neuen Kooperation das Geschäft wieder aufnehmen.



Reise mit dem SPD-ReiseService zum Nuukfjord, Grönland
Foto: SPD-ReiseService

FINANZEN DER GESAMTPARTEI FÜR DAS JAHR 2011 IM VERGLEICH

Die SPD konnte im Jahr 2011 Gesamteinnahmen in Höhe von 155,7 Mio. Euro verzeichnen. CDU und CSU zusammen verzeichneten Einnahmen in Höhe von fast 178 Mio. Euro.

Wie auch in vorangegangenen Jahren stellten die Mitgliedsbeiträge mit 30,5% den größten Einnahmeposten dar, bei CDU und CSU ist dies die Einnahme aus staatlichen Mitteln mit 31%.

Rechnet man Mitglieds- und Mandatsträgerabgaben zusammen, so finanziert sich die SPD zu 45,0% aus Beiträgen, die CDU zu 40,8% und die CSU zu 35,8%. Die Zahlungen unserer Mitglieder- und Mandatsträger sind, wie in den Vorjahren, weiterhin unsere entscheidende Einnahmequelle.

Im Vergleich zu den Unionsparteien und der FDP erhält die SPD sehr viel weniger Spenden. Das trifft besonders für Großspenden aus der Wirtschaft und von vermögenden Privatpersonen zu. Spenden machen somit nur einen kleinen Teil unserer Einnahmen aus.

Die Unionsparteien haben im Jahr 2011 Spenden (natürliche und juristische Personen) in Höhe von ca. 27,7 Mio. Euro erhalten, während die SPD Spenden in Höhe von 12,1 Mio. Euro erhalten hat. Die FDP konnte Spenden in Höhe von 6,6 Mio. Euro vereinnahmen.

Einerseits bedeutet dies, dass die SPD über ein hohes Maß an Unabhängigkeit verfügt. Andererseits heißt das aber auch, dass die SPD ihre finanziellen Mittel durch andere Quellen ergänzen muss. Dies geschieht auch durch den Unternehmensbereich der SPD, der in 150 Jahren Parteigeschichte aufgebaut wurde und einen stabilen Beitrag zu den Einnahmen leistet. In 2011 konnte die SPD aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen Einnahmen in Höhe von ca. 8,2 Mio. Euro verzeichnen,

Die Ausgaben der Gesamtpartei beliefen sich im Jahr 2011 auf 141,5 Mio. Euro. CDU und CSU zusammen gaben 164,3 Mio. Euro aus. Für Personal und den laufenden Geschäftsbetrieb wendet die SPD über 50% ihrer Ausgaben auf.

Die SPD verfügt über ein Reinvermögen in Höhe von 188 Mio. Euro. Bei den Besitzposten entfallen 112,5 Mio. Euro auf Haus- und Grundvermögen.

Es werden die Daten aus den Rechenschaftsberichten des Jahres 2011 zugrunde gelegt, da die Rechenschaftsberichte für das Jahr 2012 noch nicht veröffentlicht sind.

RECHENSCHAFTSBERICHTE DER IM BUNDESTAG VERTRETENEN PARTEIEN FÜR 2011 IM VERGLEICH

	SPD		CDU		CSU		CDU/CSU		B90/GR.		FDP		LINKE	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%
EINNAHMEN														
■ MITGLIEDSBEITRÄGE	47.475.028	30,5	40.073.280	28,43	10.198.757	27,54	50.272.037	28,24	7.966.261	21,63	7.439.931	21,69	9.711.525	33,81
■ MANDATSTRÄGERBEITRÄGE UND ÄHNLICHE REGELMÄßIGE BETRÄGE	22.631.148	14,54	17.477.238	12,4	3.047.846	8,23	20.525.084	11,53	7.714.360	20,95	3.312.540	9,66	3.907.466	13,6
■ SPENDEN VON NATÜRLICHEN PERSONEN	9.605.271	6,17	14.552.918	10,33	3.588.508	9,69	18.141.426	10,19	3.989.590	10,83	4.870.757	14,2	1.905.702	6,63
■ SPENDEN VON JURISTISCHEN PERSONEN	2.499.629	1,6	7.265.832	5,15	2.281.128	6,16	9.546.960	5,36	860.115	2,34	1.738.362	5,07	29.071	0,1
■ EINNÄHMEN AUS UNTERNEHMENSTÄTIGKEIT UND BETEILIGUNGEN	8.174.010	5,25	966	0	0	0	966	0	286	0	414.678	1,21	0	0
■ EINNÄHMEN AUS SONSTIGEM VERMÖGEN	8.824.288	5,67	3.486.533	2,47	370.644	1	3.857.177	2,17	197.919	0,54	430.869	1,26	191.420	0,67
■ EINNÄHMEN AUS VERANSTALTUNGEN, VERTRIEB VON DRUCKSCHRIFTEN ETC.	13.661.571	8,78	12.617.623	8,95	7.029.953	18,98	19.647.576	11,04	1.053.668	2,86	2.252.642	6,57	221.028	0,77
■ STAATLICHE MITTEL	42.407.425	27,24	44.641.547	31,67	10.411.577	28,11	55.053.124	30,93	13.814.822	37,51	13.588.557	39,62	12.130.761	42,23
■ SONSTIGE EINNÄHMEN	396.953	0,25	843.567	0,6	109.314	0,29	952.881	1	1.229.915	3,34	248.624	0,72	626.460	2,19
GESAMT	155.675.323	100	140.959.504	100	37.037.727	100	177.997.231	100	36.826.936	100	34.296.960	100	28.723.433	100
AUSGABEN														
■ PERSONALAUSGABEN	46.371.317	32,77	41.997.874	31,73	9.837.128	30,83	51.835.002	31,55	11.115.475	34,16	5.295.442	15,26	10.207.742	38,03
■ LAUFENDER GESCHÄFTSBETRIEB	28.612.269	20,22	27.955.620	21,12	7.094.291	22,24	35.049.911	21,34	5.638.968	17,33	9.971.476	28,73	5.038.600	18,77
■ ALLGEMEINE POLITISCHE ARBEIT	32.130.740	22,7	30.659.413	23,16	13.680.972	42,88	44.340.385	26,99	8.116.049	24,94	10.194.034	29,37	6.926.179	25,8
■ WAHLKÄMPFE	24.134.464	17,05	27.014.731	20,41	889.233	2,79	27.903.964	16,99	7.162.002	22,01	7.939.983	22,87	4.497.873	16,76
■ VERMÖGENSVERWALTUNG EINSCHLIEßLICH SICH HIERAUS ERGEBENDER ZINSEN	9.730.245	6,88	2.329.149	1,76	0	0	2.329.149	1,42	303.516	0,93	174.830	0,5	128.298	0,48
■ SONSTIGE ZINSEN	430.370	0,3	408.958	0,31	260.468	0,82	669.426	0,41	4.020	0,01	1.084.266	3,12	5.928	0,02
■ SONSTIGE AUSGABEN	114.907	0,08	1.999.947	1,51	141.023	0,44	2.140.970	1,3	203.051	0,62	51.544	0,15	36.396	0,14
GESAMT	141.524.312	100	132.365.692	100	31.903.115	100	164.268.807	100	32.543.081	100	34.711.575	100	26.841.016	100
■ ÜBERSCHUSS/DEFIZIT	14.151.011		8.593.812		5.134.612		13.728.424		4.283.855		-414.615		1.882.417	
■ REINVERMÖGEN	188.907.634		165.903.380		33.631.485		199.534.865		30.298.191		5.461.460		25.473.080	

BERICHT DER KONTROLLKOMMISSION

Zur Arbeit der Kontrollkommission im Berichtszeitraum 2011/2012: Nach dem Organisationsstatut wählt der Parteitag zur Kontrolle des Parteivorstandes die neun Mitglieder der Kontrollkommission. Die Kontrollkommission selbst wählte Brigitte Reckmann nach dem Parteitag 2011 zur ihrer Vorsitzenden und Walter Meinhold zum stellvertretenden Vorsitzenden.

Die Kontrollkommission ist nach § 31 des Organisationsstatuts mit der „Kontrolle des Parteivorstandes sowie für die Behandlung von Beschwerden über den Parteivorstand“ für die Zeit zwischen den Parteitagen betraut.

Sie hat sich regelmäßig mit den Quartals- und Jahresabschlüssen befasst, sie geprüft sowie Berichte aus dem Unternehmensbereich erhalten. Dabei wurden Anmerkungen, Anregungen und Nachfragen regelmäßig mit der Schatzmeisterin und der Generalsekretärin diskutiert und erörtert. Darüber hinaus war der Parteivorsitzende im selben Sinne zweimal Gast der Kontrollkommission. Mit ihm erörterte sie ferner die kritische Entwicklung bei der *SOZIALISTISCHEN INTERNATIONALE* und ein klärendes Verhältnis der SPD zu ihr.

Der Arbeitsschwerpunkt der Kontrollkommission lag 2011/2012 in der operativen Begleitung der Arbeit des Parteivorstandes, um die Bedeutung von Haushaltsfragen beim laufenden Geschäft zu steigern.

Dazu bedurfte es der Verstärkung einer Arbeitskultur, die den schonenden Umgang mit der Ressource Geld zu einem zentralen Punkt modellierte und die Transparenz von Ausgaben gewährleistet.

Um diese Wirkung zu erzielen bzw. zu unterstützen erfolgte eine gute Zusammenarbeit mit dem Controlling des Parteivorstandes. Dessen Wirken hat wiederum wesentlich dazu beigetragen, dass Budgetansätze in den Jahren 2011 und 2012 sowie im Wahlkampfjahr 2013 eingehalten werden konnten, ohne den hohen Anspruch des Parteivorstandes an Veranstaltungen und Kampagnen zu verlieren.

Durch die Mitarbeit in der Organisationspolitische Kommission des Parteivorstandes waren auch die Veränderungen struktureller Voraussetzungen auf allen Ebenen der Partei Gegenstand der Arbeit der Kontrollkommission. Der Erhalt finanzieller Unabhängigkeit bedarf aus Sicht der Kontrollkommission der intensiven und aktiven Mitgliederbetreuung und -werbung. Darüber hinaus und dazu bedarf es einer strukturierten „Leistungsschau“, die in Zusammenarbeit mit den Gliederungen ermittelt, welche Aufgaben man von wem erwartet und welche Ressourcen ihm dazu zur Verfügung stehen müssen.

Auf Anregung der Kontrollkommission erfolgte ein Erfahrungsaustausch zwischen den Landesverbänden und Bezirken, die sehr erfolgreich eine Erhöhung von Beiträgen in der Mitgliedschaft beworben haben.

Fortgesetzte Aufgabe der Kontrollkommission wird es auch in Zukunft sein, die Überarbeitung einer personellen und finanziellen Organisationsstruktur der SPD aktiv zu begleiten sowie Veranstaltungsformate zu überdenken.

MITGLIEDER DER KONTROLLKOMMISSION STAND DEZEMBER 2011

VORSITZENDE	HEIDE MATTISCHECK
BRIGITTE RECKMANN	Buttenheim
Gütersloh	NORBERT WIECZOREK
	Rüsselsheim
STELLVERTRETENDER	STEFAN ECKNER
VORSITZENDER	Neumünster
WALTER MEINHOLD	MARKO MÜHLSTEIN
Hannover	Stendal
	RENATE DREWKE
WEITERE MITGLIEDER	Hagen
KARL DILLER	BRITTA STARK
Hermeskeil	Bernau bei Berlin

SPD



SPD-JAHRBUCH 2011–2012 DIE BERICHTE DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

**SPD-JAHRBUCH
2011–2012
DIE BERICHTE DER
ARBEITSGEMEIN-
SCHAFTEN**

**ARBEITSGEMEINSCHAFT
SOZIALDEMOKRATISCHER
FRAUEN – ASF**



Aktion 40 Prozent Direktkandidatinnen | Foto: Julia Lenfers

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die Arbeit der ASF im Berichtszeitraum war geprägt von der Auseinandersetzung mit der Frauenpolitik der schwarz-gelben Koalition, vor allem mit dem CDU-geführten Frauenministerium und dem CDU-geführten Arbeits- und Sozialministerium.

Der befürchtete Stillstand in der Frauenpolitik ist eingetreten. Schlimmer noch, es gibt Rollen rückwärts. Betreuungsgeld, Flexiquote, Jungenförderung, Gender gap und eine Lebensleistungsrente, die nicht der Armutsvermeidung dient, das sind die Schwerpunkte der Regierung.

Zuständig für die wichtigen Themen ist einerseits eine Frauen- und Familienministerin, die offen für eine Trennung von Politik und Privatem aufruft, jegliche strukturelle Diskriminierung negiert und damit jede Verantwortung für schlechte Politik in diesem Bereich ablehnt und andererseits eine Arbeitsministerin, die in schönen Sonntagsreden vieles fordert, aber nichts umsetzt.

Die SPD hat hier in den vergangenen Jahren eine Reihe von Vorschlägen gemacht und damit Alternativen aufgezeigt. Wie zur Entgeltgleichheit, zur Quotierung in Aufsichtsräten und Vorständen, zur Verbesserung der Bedingungen für Pflegende und zu Pflegende.

Im Berichtszeitraum hat es eine Reihe von Wahlen gegeben. Mit Hannelore Kraft stellt die SPD erstmals eine Ministerpräsidentin in Nordrhein-Westfalen. Trotz schwieriger Bedingungen mit einer Min-

derheitsregierung hat sie bedeutende Reformen eingeleitet. Bei der vorgezogenen Landtagswahl am 13. Mai 2012 haben SPD und Grüne eine eigene Mehrheit erhalten.

Auch in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Bremen und Berlin, Schleswig-Holstein war die SPD siegreich, in Baden-Württemberg, im Saarland, in Thüringen und Sachsen-Anhalt ist sie neu bzw. wieder mit in Regierungsverantwortung. Anfang 2013 folgte der Regierungswechsel in Niedersachsen, und mit Malu Dreyer als Nachfolgerin von Kurt Beck stellt die SPD jetzt zwei Ministerpräsidentinnen.

Für uns bleibt es eine Herausforderung, dass die SPD wieder verstärkt von Frauen gewählt wird. Ohne Frauen können keine Mehrheiten geholt werden. Insbesondere wegen der miserablen Frauenpolitik der Bundesregierung bietet sich für uns die Chance, bei frauen- und gleichstellungspolitischen Positionen Profil zu zeigen und Alternativen zu präsentieren.

BUNDESPARTEITAG 2011 IN BERLIN

Die ASF hat für den ordentlichen Parteitag im Dezember 2011 mit dem Antrag *GLEICHSTELLUNG JETZT! GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT – PARTNERSCHAFTLICHKEIT – FORTSCHRITT* ein Leitbild für diese Politik vorgelegt und hat dies für das Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2013 konkretisiert.

Der Berichtszeitraum war auch geprägt von einer intensiven Diskussion um die inhaltliche Orientierung der SPD und ihre Organi-

sations- und Kampagnenfähigkeit, bei weniger zur Verfügung stehenden Finanzen.

In Vorbereitung des Parteitags im Dezember 2011 wurden in sechs SPD-Zukunftswerkstätten grundlegende Beschlüsse vorbereitet, in denen die ASF durch Elke Ferner und Evelyne Gebhardt vertreten war.

Die ASF hat den Prozess kontinuierlich begleitet und sich dafür eingesetzt, dass ihre frauenpolitischen Forderungen in der Partei weiterhin ihren Raum haben, um mehr weibliche Mitglieder für die Partei zu gewinnen, um im gesellschaftlichen frauenpolitischen Umfeld für die SPD und ihre Positionen zu werben und um darauf zu achten, dass bei Personalentscheidungen die Quotenvorgaben eingehalten werden.

In den Berichtszeitraum fällt auch das organisationspolitische Grundsatzzprogramm der SPD. Ziel war es, die Partei zu einer lebendigen Partei zu machen mit mehr demokratischen Beteiligungsrechten und damit Verstärkung der Mitwirkung an der innerparteilichen Willensbildung für alle Mitglieder und auch für Nichtmitglieder. Die Kampagnenfähigkeit und die Mitgliederbetreuung sollten verbessert werden.

Ob diese Ziele mit dem neuen Programm erreicht werden können, muss die Ausgestaltung und Umsetzung zeigen. Für die Arbeitsgemeinschaften wurde eine Unterstützungsmitgliedschaft eingeführt, die den Unterstützerinnen die vollen Mitgliedsrechte gibt. Auch diese Neuerung gilt es nun positiv zu nutzen, um mehr Frauen für die Mitarbeit in der ASF zu gewinnen. Mit der Beschlussfassung zum Organisationspolitischen Programm hat es eine Reihe von Satzungsänderungen gegeben. Größter Erfolg der ASF war der Beschluss zur Umsetzung des *ECHTEN REIßVERSCHLUSSES* bei Listenwahlen.

Dem neuen – verkleinerten Parteivorstand gehören 35 Personen an, davon 15 Frauen und 20 Männer an (42,9%). Der engeren Parteispitze gehören fünf Frauen und vier Männer an.

ASF-BUNDESKONFERENZ 19. BIS 21. MAI 2012 IN BERLIN ZEIT FÜR FRAUEN

Die 20. Ordentliche ASF-Bundeskonzferenz fand vom 19. Bis 21. Mai 2012 in Berlin statt. Sie stand unter dem Motto *ZEIT FÜR FRAUEN*. Unterstrichen wurden diese Schwerpunkte durch hochkarätige Gäste. Dazu zählten unter anderem der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel, der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit sowie die Vorsitzende der SPE-Frauen, Zita Gurmai, und die Präsidentin der SIW, Pia Locatelli.



Pia Locatelli und Elke Ferner | Foto: marco-urban.de

Einen vielbeachteten Vortrag zum Thema *ALTERSSICHERUNG STATT ALTERSARMUT* hielt die Kollegin Dr. Judith Kerschbaumer vom ver.di-Bundesvorstand, Bereichsleitung Sozialpolitik/Gesundheitspolitik.

Eine Neuerung und ein Experiment war ein *BARCAMP* in drei parallelen Sessions.

Das Barcamp wird auch Unkonferenz genannt. Hier wird offen und ohne Barrieren über Themen diskutiert. Jede konnte Themen vorschlagen und auch selbst eine Sitzung – *SESSION* – anbieten. Aus Zeitgründen konnte der Prozess der Themenfindung nicht vor Ort stattfinden, sondern musste bereits im Vorfeld der Konferenz durchgeführt werden. Das wichtigste: Es gab keine Themenvorgabe. Durchgeführt wurden dann die Sessions, die die größte Zustimmung bekamen. Sessions zu Themen wie Alterssicherung, Wohnen oder Frauen in der SPD fanden viel Resonanz. An dem Konzept soll weitergearbeitet werden, um den Delegierten mehr Möglichkeiten zu geben, sich zu beteiligen.

Das Konferenzthema *ARBEIT UND LEBEN* wurde in Beiträgen von Gabriele Heinisch-Hosek, SPÖ-Bundesfrauenvorsitzende und österreichische Frauenministerin, aufgegriffen. Ihr Thema lautete *ARBEITSZEIT – ARBEITSGLÜCK*. Prof. Dr. Ute Klammer von der Universität Duisburg-Essen, Vorsitzende der Sachverständigenkommission für den Ersten Gleichstellungsbericht, stellte den vielbeachteten Bericht und die politischen Konsequenzen vor. Große Aufmerksamkeit fand die Rede von Sigmar Gabriel und die anschließende Aussprache. Intensiv diskutierte der Vorsitzende mit den Delegierten über die Herausforderungen der Parteireform. Auch Konflikte und unterschiedliche Sichtweisen wurden nicht unter den Tisch gekehrt. Dies fand auch einen großen Niederschlag in der Medien.



Pia Locatelli, Elke Ferner, Sigmar Gabriel, Barbara Hackenschmidt, Zita Gurmai – ASF-Bundeskonzferenz 2012 in Berlin | Foto: marco-urban.de

Bei der Wahl des 21-köpfigen Vorstands wurde die Bundesvorsitzende Elke Ferner im Amt bestätigt. Als stellvertretende ASF-Vorsitzende wurde Evelyne Gebhardt, MdEP, Barbara Hackenschmidt, MdL, bestätigt, neue stellvertretende Bundesvorsitzende wurde Agnes Allroggen-Bedel (Liste am Ende des Beitrags).

QUOTE FÜR FRAUEN IN FÜHRUNGSPPOSITIONEN

Vorherrschend ist der Streit in der Koalition über eine Quote für Frauen in Führungspositionen. Von einer Flexiquote über eine feste Frauenquote von 30% über die Berliner Erklärung bis zur FDP, die jegliche Regelung ablehnt. Die ASF hat sich mit den Vorschlägen innerhalb der Koalition intensiv befasst und mit Pressemitteilungen reagiert. Besonders die Gipfel der Bundesregierung mit den DAX 30 Unternehmen stellten häufig eine Farce dar. Erreicht hat die Bundesregierung bisher nichts. Ministerin Schröder tut nichts für Frauen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat im März 2012 selbst den *ENTWURF EINES GESETZES ZUR FÖRDERUNG DER CHANCENGLEICHHEIT VON MÄNNERN UND FRAUEN IN WIRTSCHAFTSUNTERNEHMEN* vorgelegt.

BUNDESMINISTERIN SCHRÖDER: NICHTMEINEMINISTERIN.DE

Große Wellen schlug die Veröffentlichung des Buches von Bundesministerin Kristina Schröder *DANKE, EMANZIPIERT SIND WIR SELBER!* im April 2012. Presse, Politik und Öffentlichkeit waren sich weitgehend einig in der Kritik an die dort vertretenen Positionen.

Kurz darauf unterzeichnete Elke Ferner für die ASF und als Bundestagsabgeordnete den offenen Brief auf der Internetseite nichtmeineministerin.de. Er wandte sich gegen Kristina Schröders politische Positionen zu Quote und Betreuungsgeld sowie gegen ihr Buch und den Rundumschlag gegen Feministinnen. „Wir fühlen uns von der für Frauen- und Familienpolitik zuständigen Ministerin Kristina Schröder nicht vertreten“, heißt es in dem Brief. „Kristina Schröder lässt uns mit unseren strukturellen Problemen alleine und tut sie als individuelle Probleme ab“, heißt es an anderer Stelle. Zum Bündnis *NICHTMEINEMINISTERIN.DE* zählen neben der ASF unter anderem die Frauenrechtsorganisation *TERRE DES FEMMES*, der Blog *MÄDCHENMANNSCHAFT E.V.*, der Kegelklub der Piratenpartei sowie der Berliner Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen, der die Initiative gestartet hatte.

In kürzester Zeit wurden über 24.000 Unterschriften gesammelt. Sie wurden am 9. Mai 2012 dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend übergeben – Ministerin Schröder war nicht bereit, sie persönlich in Empfang zu nehmen. Für den ASF-Bundesvorstand nahm Brigitte Pleß an der Übergabe teil.

AUS DER ARBEIT DES ASF-BUNDESVORSTANDS

PARTEIREFORM / ORGANISATIONSPOLITISCHE KOMMISSION / BUNDESPARTEITAG 2011

Der SPD-Parteivorstand hat 2011 zur Vorbereitung der Parteireform eine organisationspolitische Kommission eingesetzt. Ziel war es, auf dem ordentlichen Bundesparteitag Ende 2011 eine Parteireform zu beschließen. In der Kommission waren alle Landesverbände und Bezirke stimmberechtigt vertreten, die Arbeitsgemeinschaften waren mit beratender Stimme beteiligt. Für die ASF hat Brigitte Pleß an den Sitzungen der Kommission und an einer Unterarbeitsgruppe teilgenommen.

Den Arbeitsgemeinschaften ging es in erster Linie darum, einen Status zu erhalten, der ihnen ermöglicht, ihre politischen Aufgaben umfassend ausüben zu können. Im Juni 2011 legten die Schatzmeisterin, die Generalsekretärin und die Bundesgeschäftsführerin ein Papier mit dem Titel *DIE SPD ERNEUERT SICH* vor.

Nach intensiven Beratungen nahm der ASF-Bundesvorstand am 3.7.2011 zur Parteireform Stellung unter dem Titel *DIE SPD ERNEUERT SICH – DIE SPD WEIBLICHER MACHEN*. Die ASF hat zur Vorlage des Parteivorstands zum Kapitel *DIE SPD MUSS WEIBLICHER WERDEN* Änderungsanträge vorgelegt, die u.a. folgende Forderungen enthielten: Zielvereinbarungen für die Gewinnung neuer Mitglieder, eine Begrenzung der in Einzelwahl zu Wählenden, einen echten Reißverschluss für Listenwahlen, eine Berichtspflicht bei Nichteinhaltung der Quote für Delegiertenwahlen und eine zielgruppengerechte Werbekampagne für weibliche Neumitglieder einschließlich eines Bonussystems für erfolgreiche Parteigliederungen. Davon hat die organisationspolitische Kommission nur sehr wenig übernommen.

In den folgenden Monaten folgten umfangreiche Diskussionen in der ASF und ihren Gliederungen. Ebenso gab es enge Abstimmungen mit den anderen Arbeitsgemeinschaften. Dabei ging es vor allem darum, gemeinsame Interessen zu vertreten und sich nicht auseinanderdividieren zu lassen, zum Beispiel zwischen kleinen und großen Arbeitsgemeinschaften.

Am 26.9.2011 beschloss der Parteivorstand den Leitantrag zur Parteireform *PARTEI IN BEWEGUNG. ORGANISATIONSPOLITISCHES GRUNDSATZPROGRAMM*.

Im weiteren Verfahren ließ die Vorsitzende nicht nach in ihrem Bemühen, Änderungen im Sinne der Positionen der ASF zu erreichen. Dabei gab es sowohl im Parteivorstand als in der Antragskommission kaum Erfolge, z.B. der Frage der Quotierung von Stellvertreterinnen oder des *REIßVERSCHLUSSES* bei Listenaufstellungen.

Dank der intensiven Mobilisierung hin zum Parteitag und der Vorbesprechung der weiblichen Delegierten beim Parteitag selbst, gab es dann doch noch einige Zugeständnisse. Der umfangreiche Änderungsantrag der ASF wurde Dank der intensiven Vorbereitung vieler Genossinnen angenommen und damit auch der Reißverschluss für alle Listenwahlen durchgesetzt. Der Bundesparteitag beschloss den Beschluss 01, darin enthalten das Kapitel *DIE SPD WEIBLICHER MACHEN*. Darin bekennt sich die Partei dazu, bei der nächsten Bundestagswahl mit mindestens 40% Direktkandidatinnen anzutreten, auch in traditionellen SPD-Wahlkreisen. Darüber hinaus wurden einige Satzungsänderungen beschlossen, die die ASF eingebracht hatte. Mit der Änderung der Wahlordnung wurde der so genannte *REIßVERSCHLUSS* beschlossen, wonach Listen alternierend mit Frauen und Männern aufgestellt werden müssen – damit wurde der bisherige *UNECHTE REIßVERSCHLUSS* abgelöst, nach dem jeder fünfte Listenplatz frei vergebbar war.

Als Symbol trugen viele Delegierte einen stilisierten roten Reißverschluss zum Anstecken. Ferner wurde das Wahlverfahren für die Delegierten zum SPE-Kongress verändert, um auch dort die Einhaltung der Quote sicherzustellen. Daneben wurde der ASF-Antrag *DIE SPD WEIBLICHER MACHEN* beschlossen.

Als neues Instrument wurde die Unterstützermemberschaft in den Arbeitsgemeinschaften und Themenforen beschlossen – unter anderem auch auf Initiative der ASF. Auf dem Bundesparteitag wurde ebenfalls die Gründung von drei neuen Arbeitsgemeinschaften beschlossen: AG Schwuos – Lesben und Schwule in der SPD, AG Selbst aktiv SPD und AG Migration.

Unmittelbar nach dem Parteitag begann die Diskussion um neue Richtlinien der Arbeitsgemeinschaften und die Finanzierung der Arbeitsgemeinschaften. Mehrere Gespräche mit der Generalsekretärin und der Schatzmeisterin legten große Differenzen offen. Auch mit den Landesverbänden und Bezirken gab es eine enge Zusammenarbeit. Bei aller Vielfalt zogen die Arbeitsgemeinschaften an einem Strang. Schließlich wurde eine Budgetlösung gefunden.



Elke Ferner, Peer Steinbrück, November 2012 | Foto: Julia Lenfers

Schließlich beschloss der Parteivorstand am 26. März 2012 die Grundsätze und Richtlinie für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in der SPD.

Nach der ASF-Bundeskonferenz setzte der Vorstand seine Arbeit auch in Arbeitsgruppen fort zu den Themen Arbeitsmarktpolitik für Frauen; Frieden und Sicherheit; 150 Jahre SPD. Im Vorfeld des Jubiläumsjahres der SPD 2013 wurden Vorschläge erarbeitet, die Anfang 2013 umgesetzt werden konnten (*150 JAHRE SPD – NUR MIT FRAUEN ERFOLGREICH* – Frauentagswochenende in Leipzig im März und die Jubiläumsveranstaltung *40 JAHRE ASF: GESTERN – HEUTE – MORGEN* am 23.3.2013 in Ludwigshafen)

Im November 2012 hatte der ASF-Bundesvorstand die Gelegenheit zum Gespräch mit dem Kanzlerkandidaten zur Bundestagswahl 2013, Peer Steinbrück. Es fand ein intensiver und fruchtbarer Austausch über die programmatischen Vorstellungen des Kandidaten und der ASF statt. Manche Anregung fand sich in der Kandidatenrede von Steinbrück auf dem Parteitag in Hannover wieder und floss ins Regierungsprogramm der SPD zur Bundestagswahl ein.



Teilnehmerinnen des Seminars *FRAUEN AN DIE MACHT!* vor dem Willy-Brandt-Haus | Foto: Teresa Bucker

FRAUEN AN DIE MACHT!

FUNKTIONÄRINNENPROGRAMM DER JUSOS UND DER ASF

Große Resonanz fand die Ausschreibung des Funktionärinnenprogramms von Jusos und ASF *FRAUEN AN DIE MACHT!*. Das Interesse überstieg die Zahl der Plätze um ein mehrfaches. Nach einem Auswahlverfahren nutzten 2012 schließlich 20 Genossinnen zwischen Mitte 20 und Mitte 40 die Gelegenheit, an mehreren Seminarwochenenden Handwerkszeug zu lernen, sich zu vernetzen und mehr von Frauen zu erfahren, die bereits Erfolg in der Politik haben.



Nein zu Gewalt an Frauen | Foto: Daniel von Fromberg

INTERNATIONALER FRAUENTAG

Der Internationale Frauentag 2011 war stark geprägt vom 100. Jubiläum. 1911 wurde erstmals der Frauentag begangen, damals aber noch nicht am 8. März. Mit zahlreichen Aktionen, Veranstaltungen, Publikationen wurde das Ereignis gewürdigt. An einer zentralen Veranstaltung im Willy-Brandt-Haus am 28. Februar 2011 nahmen Elke Ferner und Sigmar Gabriel teil. Die Festrede hielt die ehemalige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichtes Jutta Limbach. In einer Gesprächsrunde wurde durch jüngere Frauen wie Sineb El Masrar und Barbara Streidl ein anderer Blickwinkel eingebracht.



100 Jahre Internationaler Frauentag 2011 – von links nach rechts: Barbara Streidl, Sineb El Masrar, Jutta Limbach, Elke Ferner, Ina Krauß
Foto: marco-urban.de

OHNE GLEICHSTELLUNG KEIN FORTSCHRITT – unter diesem Motto standen die Veranstaltung und die Materialien, die produziert und angeboten wurden.

2012 lautete das Motto der ASF zum Frauentag: *IST SCHON WIEDER FRAUENTAG? GLEICHSTELLUNG MUSS GESETZ(T) SEIN*. Die Lage von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und Frauen an die Spitze waren die Hauptinhalte des Flugblatts der ASF.



Equal Pay Day 2012 | Foto: Julia Lenfers

EQUAL PAY DAY – TAG DER ENTGELTGLEICHHEIT

Inzwischen gehört der Equal Pay Day fest in den Kalender der ASF. 2011 und 2012 rief die ASF zum EPD auf. Bei der zentralen Aktion am Brandenburger Tor waren viele ASF-Frauen vertreten.

INTERNATIONALER TAG

FÜR DIE BESEITIGUNG VON GEWALT GEGEN FRAUEN – FAHNENAKTION

Jeweils am 25.11., dem Internationalen Tag für die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen, wurde vor dem Willy-Brandt-Haus eine Fahne

mit der Aufschrift *NEIN ZU GEWALT AN FRAUEN – FREILEBEN OHNE GEWALT* gehisst. Damit hat die SPD auch 2011 und 2012 ein sichtbares Zeichen gesetzt. Nicht nur am Willy-Brandt-Haus, auch an anderen Orten beteiligt sich die ASF an der Aktion.

EVANGELISCHER KIRCHENTAG 2011 IN DRESDEN

Die ASF, der Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD und die Jusos gestalteten erneut gemeinsam einen Stand auf dem Markt der Möglichkeiten: Gesellschaft und Politik – Bürgerschaftliches Engagement vom 2. bis 4. Juni 2011. Für die anwesenden ASF-Frauen sind die Gespräche am Stand wertvolle Impulsgeber für ihr politisches Handeln.

SOZIALISTISCHE FRAUENINTERNATIONALE (SIW)

Der Kongress der Sozialistischen Fraueninternationale fand vom 27. bis 28. August 2012 in Kapstadt in Südafrika statt – Motto *INTERNATIONAL SOLIDARITY – WOMEN WORKING TOGETHER TOWARDS A BETTER WORLD FOR ALL*.

Elke Ferner und Evelyne Gebhardt nahmen daran teil, Elke Ferner wurde zu einer der stellvertretenden Vorsitzenden der SIW für die Region Westeuropa gewählt. Auf Grund von Konflikten und Unstimmigkeiten über eine notwendige Reform der Sozialistischen Internationale, bei denen die SPD zum Reformlager gehört, trat Elke Ferner wie auch andere Anfang Oktober 2012 von diesem Amt zurück.

FRAUEN IN DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI EUROPAS (SPE)

Dem von der ungarischen Europaabgeordneten Zita Gurmai geleiteten Vorstand gehört als frühere Gründerin der SPE-Frauen für die ASF Karin Junker an. Vorstand und *STATUTORY MEETINGS* tagen in der Regel mehrmals im Jahr in Brüssel. Hinzu kommt eine jährliche Frauenkonferenz. Schwerpunktthemen waren in den letzten beiden Jahren:

- Innerparteiliche Gleichstellung mit dem Ziel, einen Frauenanteil von mindestens 40% in allen Gremien und Parlamentsfraktionen zu erreichen, was in den Mitgliedsländern jeweils individuelles Vorgehen erfordert
- Verwirklichung von Lohngleichheit in allen Mitgliedsländern
- Einführung von festen Quoten in den Führungsgremien der Wirtschaft nach dem norwegischen Modell
- Förderung der ökonomischen Unabhängigkeit von Frauen, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, ausgewogene *WORK-LIFE-BALANCE*
- Einführung von *GENDER-BUDGETING*
- das Recht auf umfassende reproduktive Gesundheit (Aktion *MY BODY – MY RIGHTS*)
- Bekämpfung aller Formen der Gewalt gegen Frauen
- gezielte Einflussnahme auf die Gleichstellungspolitik internationaler Organisationen (UN Women, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Entwicklungspolitik)

Weitere Themen waren Rentenungerechtigkeit und Altersarmut von Frauen sowie Jugendarbeitslosigkeit angesichts der desaströsen Zahlen in den von der Finanzkrise hart betroffenen EU-Ländern. Eine Aufgabe, die mit allen anderen Gremien der Partei auch die SPE-Frauen im laufenden Jahr beschäftigen wird, ist die (frauen- und gleichstellungspolitische) Ausgestaltung des Grundsatzprogramms der europäischen Partei, das im Mai 2013 verabschiedet werden und schon die Richtung für das Europawahlmanifest 2014 vorgeben soll.

ZUSAMMENARBEIT DER ASF MIT DEM DEUTSCHEN FRAUENRAT

Die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Frauenrat war und ist ein wichtiges Arbeitsfeld des ASF-Bundesvorstands. Er ist ein wichtiges Forum für die ASF, um ihre Positionen einbringen und überprüfen zu können.



Peer Steinbrück mit Mitgliedern des ASF-Bundesvorstands
Foto: Julia Lenfers

Dabei ist immer wieder festzustellen, dass die frauenpolitischen Positionen der ASF durchaus mehrheitsfähig sind, und dass unsere Arbeitsgemeinschaft nach wie vor bei den anderen Verbänden ein hohes Ansehen genießt. An den Mitgliederversammlungen 2011 und 2012 nahmen jeweils alle drei Delegierten der ASF teil. Auch in den Arbeitsgruppen des Deutschen Frauenrats war die ASF wieder aktiv.

MITGLIEDER DES ASF-BUNDESVORSTANDS WAHL AUF DER ASF-BUNDESKONFERENZ 20. MAI 2012 IN BERLIN

VORSITZENDE

ELKE FERNER, MdB (Saar)

STELLV. VORSITZENDE

DR. AGNES ALLROGGEN-BEDEL

(Rheinland-Pfalz)

EVELYNE GEBHARDT, MdB

(Baden-Württemberg)

BARBARA HACKENSCHMIDT, MdB

(Brandenburg)

BEISITZERINNEN

FATOS AYTULUN

(Nordrhein-Westfalen)

PETRA VERENA BEHRENS

(Bremen)

KATRIN BEHRMANN

(Hamburg)

INGE BLASK, MdB

(Nordrhein-Westfalen)

EVA BRACKELMANN

(Sachsen)

BERGIT FLECKNER-OLBERMANN

(Nordrhein-Westfalen)

DR. CORNELIA KLISCH

(Thüringen)

DR. BETTINA MARQUIS

(Bayern)

KERSTIN MOGDANS

(Sachsen-Anhalt)

ULLI NISSEN

(Hessen-Süd)

DR. CORNELIA ÖSTREICH

(Schleswig-Holstein)

BRIGITTE PLEß

(Mecklenburg-Vorpommern)

ADELHEID RUPP, MdB

(Bayern)

DR. CLAUDIA SCHÖNING-

KALENDER

(Baden-Württemberg)

GABRIELE STILLGER

(Nordrhein-Westfalen)

SOPHIA ULFERTS-DIRKSEN

(Weser-Ems)

MARGRIT ZAUNER

(Berlin)

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR ARBEITNEHMERFRAGEN IN DER SPD – AfA



Die AfA trauert um Ottmar Schreiner, der am 6. April 2013 verstorben ist. | Foto: Andreas Pohl AfA UB Borken NRW

AfA-BUNDESKONGRESS 2012 IN BONN-BAD GODESBERG

Vom 20. bis 22. April 2012 fand unter dem Motto *GESUND ARBEITEN-
GESUND IN RENTE* in der Stadthalle Bonn-Bad Godesberg der ordentliche Bundeskongress der AfA statt.

GastrednerInnen waren unter anderem der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel, der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske und die Ministerpräsidentin des Landes NRW, Hannelore Kraft. Besondere Beachtung fand auch die Ansprache von Larry Cohen, des Präsidenten der US-Gewerkschaft CWA. Der Bundeskongress 2012 war für die AfA eine Zäsur, denn der langjährige AfA-Bundesvorsitzende Ottmar Schreiner verzichtete nach 12 Jahren in diesem Amt auf eine erneute Kandidatur. Mit den Worten: „Es wäre besser gewesen, wir hätten in der Vergangenheit mehr auf Ottmar gehört“, würdigte Sigmar Gabriel ausdrücklich die Leistung Ottmar Schreiners für die AfA und die Partei. Schreiner verabschiedete sich von den 250 Delegierten: „Ich gehe jetzt als Vorsitzender, aber ich bleibe einer von euch“. Er wurde am Abend u.a. mit einer Rede seines Vorgängers Rudolf Dreßler feierlich verabschiedet. Zum neuen Vorsitzenden wurde der bayerische Bundestagsabgeordnete, AfA-Landesvorsitzende und bisherige Stellvertreter Ottmar Schreiners, **KLAUS BARTHEL**, mit 91,3% der Delegiertenstimmen gewählt. Klaus Barthel ist nach **OTTMAR SCHREINER**, **RUDOLF DREßLER** (1984–2000) und **HELMUT RHODE** (1973–1984) der vierte Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen. Er gehört seit 1994 dem Bundestag an und ist seit 1975 Mitglied der SPD.

ORGANISATIONSPOLITIK

ORGANISATIONSBEFragung

Zu Beginn des Berichtszeitraums hat der AfA-Bundesvorstand in seiner Arbeitsplanung beschlossen, eine Bestandsaufnahme der AfA-Organisation durchzuführen. Dazu wurde von einer Projektgruppe des Bundesvorstands ein Fragebogen entwickelt, der im Frühjahr 2011 an alle AfA-Landesverbände-, -Bezirke-, -Unterbezirke und -Kreisverbände verschickt wurde.

An der Befragung beteiligte sich rund ein Viertel der angeschriebenen AfA-Unterbezirke. Die Details der Auswertung der Befragung wurden im November 2011 auf einer gemeinsamen Sitzung des Bundesvorstands und des Bundesausschusses vorgestellt und beraten. Der Vorstand will sich nicht mit dieser Zustandsbeschreibung zufrieden geben, sondern systematisch am Aufbau und der Erfassung der Organisationseinheiten weiterarbeiten.

BETRIEBSGRUPPENARBEIT

Zu jedem ordentlichen Bundesparteitag wird ein Bericht über den Stand der Betriebsorganisation abgegeben, der durch eine Abfrage bei den Landesverbänden festgestellt wird. Nach deren Angaben bestehen insgesamt 412 Betriebsgruppen. Dies sind 26 weniger als vor zwei Jahren. Hinzu kommen 126 Betriebsgruppen im Bereich Eisenbahn, die vom zentralen Betriebsgruppenausschuss Eisenbahn betreut und koordiniert werden. Im Bereich Bau, Weiterbildung, Post und Telekommunikation bestehen bundesweite Branchenbetriebsgruppen. Auf der Grundlage eines Strukturbeschlusses will der neue Bundesvorstand die Betriebsgruppenarbeit auf Bundesebene erweitern und intensivieren.



Klaus Barthel | Foto: Hans Buttermilch

Jedes Jahr fanden zwei Regionalkonferenzen in den norddeutschen Landesverbänden und Bezirken mit Unterstützung des Bundesvorstands statt. Die inhaltlichen Schwerpunkte waren gerechte Lohngestaltung, Tariftreuegesetze und innovative Industriepolitik. Das Konzept der Regionalkonferenzen soll auf alle Regionen ausgeweitet werden.

BETRIEBSRÄTEKONFERENZEN

Im Berichtszeitraum haben mit aktiver Unterstützung der AfA gemeinsame Betriebsrätekonferenzen des Parteivorstands und der jeweiligen SPD-Landesverbände stattgefunden. Im März 2011 fand eine Betriebsräte- und Gewerkschafterkonferenz in Mannheim mit rund 600 Teilnehmenden statt. Im März 2012 beteiligten sich rund 250 Betriebs- und Personalräte an einer Konferenz in Norderstedt. Dank gehört den AfA-Landesverbänden in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein, die wesentlich an der programmatischen Gestaltung und Mobilisierung der Konferenzen beteiligt waren.

INHALTLICHE SCHWERPUNKTE

SOLIDARISCHE ALTERSSICHERUNGSPOLITIK

Ein zentraler inhaltlicher Schwerpunkt der AfA-Arbeit im Berichtszeitraum war die Fortentwicklung einer solidarischen Alterssicherungspolitik. Auf der Grundlage der Beschlüsse des AfA-Bundeskongresses 2010 in Potsdam und der Diskussion über notwendige Maßnahmen zur Vermeidung der absehbar ansteigenden Altersarmut hat der Bundesvorstand die Positionen der AfA in die Arbeit der Alterssicherungskommission des SPD-Parteivorstands eingebracht. Der AfA-Bundeskongress präziserte und aktualisierte mit Blick auf die bevorstehende Erarbeitung des Rentenkonzeptes diese Position.

Die Wiederherstellung einer gerechten Ordnung auf dem Arbeitsmarkt ist eine entscheidende Voraussetzung, um im Erwerbsleben die Grundlage für eine auskömmliche Altersversorgung zu legen. Die Rentenversicherung kann nicht weitgehend Defizite ausgleichen, die im Erwerbsleben verursacht wurden. Deshalb ist es notwendig, auch gesetzlich eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt sowie Rahmenbedingungen für eine gerechte Lohnstruktur zu schaffen und die Ausbreitung des Niedriglohnsektors zu stoppen. Dazu gehört ein gesetzlicher, flächendeckend geltender Mindestlohn in Höhe von mindestens 8,50 Euro, aber auch die Stärkung des Tarifvertragssystems und der Tarifbindung sowie die vereinfachte Möglichkeit der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen.

Die AfA hat wesentlichen Anteil an der Arbeit der Alterssicherungskommission und an dem Rentenkonzept, dass der Parteikonvent nach langer und intensiver Debatte beschlossen hat. Das Renteneintrittsalter darf nicht auf 67 Jahre erhöht werden, denn angesichts der realen Beschäftigungssituation bedeutet dieser Schritt eine Rentenkürzung für viele Menschen, die schon heute aus gesundheitlichen Gründen die Regelaltersgrenze nicht erreichen können. Insbesondere Erwerbsminderung ist ein zentrales Risiko für Armut im Alter. Deshalb sollten auch die Zurechnungszeiten bei der Erwerbsminderungsrente um zwei Jahre zu verlängert werden. Auf Initiative der AfA wurde in der Alterssicherungskommission ebenso beschlossen, dass die Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten abgeschafft werden müssen. Ebenso von hoher Bedeutung sind die Verlängerung der Rente nach Mindestentgeltpunkten und die rentenrechtliche Höherbewertung von Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit. Die Erleichterung eines gleitenden Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand durch die Weiterentwicklung der Teilrente ist vor allem für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von hoher Bedeutung, die in gesundheitlich stark belastenden Berufen arbeiten.

Die AfA hat sich über die ganze Diskussion hinweg für eine Stabilisierung des Sicherungsniveaus der gesetzlichen Rentenversicherung eingesetzt. Aus Sicht der AfA bleiben die beschriebenen Einzelmaßnahmen weitgehend stumpf, wenn die zentrale Ursache für drohende Altersarmut, die massive Absenkung des Sicherungsniveaus in der ersten Säule der Alterssicherung, nicht korrigiert wird. Deshalb hat sich der AfA-Bundesvorstand gemeinsam mit den Bundesvorständen

der Jusos und der AG 60 plus sowohl in der Alterssicherungskommission als auch auf dem SPD-Bundesparteitag im Dezember 2011 dafür eingesetzt, dass die Rentenanpassungsformel so korrigiert werden muss, dass das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung nicht im bislang im Gesetz vorgesehenen Maße weiter sinken darf, sondern mindestens auf dem heutigen Niveau stabilisiert werden muss. Der Beschluss des Parteikonvents hat zusammen mit anderen zentralen AfA-Positionen diese Forderung insoweit aufgegriffen, dass das sozialdemokratische Rentenkonzept eine Stabilisierung des Sicherungsniveaus bis zum Jahr 2020 vorsieht. Im November 2012 hat die AfA zum Rentenkonzept eine gemeinsame Fachtagung mit der AG 60 plus durchgeführt.

ARBEITS- UND GESUNDHEITSSCHUTZ IN DEN BETRIEBEN

Zu einem umfassenden Konzept der Förderung guter Arbeit gehört ein wirksamer Arbeits- und Gesundheitsschutz. Es gibt Diskrepanzen zwischen den gesetzlichen Vorschriften und der Umsetzung in der betrieblichen Praxis. Beispielsweise werden Gefährdungsbeurteilungen nur in einem geringeren Teil der Betriebe tatsächlich durchgeführt. Zudem wird der gesetzliche Arbeitsschutz neuen Herausforderungen, insbesondere der massiven Zunahme psychischer Belastungen am Arbeitsplatz kaum gerecht.

Der AfA-Bundesvorstand hat sich erstmals in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Bundesausschuss im Mai 2011 intensiver mit der Bestandsaufnahme der Situation befasst. Der Arbeits- und Gesundheitsschutz bildete den thematischen Schwerpunkt der Beratungen des AfA-Bundeskongresses im April 2012. In drei Fachforen wurden die verschiedenen Aspekte eines modernen Arbeitsschutzrechtes diskutiert. Demokratische Gestaltung und Humanisierung der Arbeitswelt, insbesondere in Verbindung mit der Ausweitung der Mitbestimmung, stellen Schwerpunkte der Arbeit auch des neuen Bundesvorstands dar.

GERECHTE ORDNUNG AUF DEM ARBEITSMARKT

Die Wiederherstellung einer gerechten Ordnung auf dem Arbeitsmarkt gehört zu den Kernanliegen der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD. Der AfA-Bundesvorstand hat deshalb in den vergangenen zwei Jahren kontinuierlich dazu beigetragen, dass die Programmatik der SPD in diesem Sinne fortentwickelt wurde. Wesentliche Forderungen der AfA aus den vergangenen Jahren sind seit den Bundesparteitagen vom November 2010 und Dezember 2011 Beschlusslage der SPD und in parlamentarische Initiativen der SPD-Bundestagsfraktion eingeflossen:

- Die Förderung des Normalarbeitsverhältnisses, unbefristet und sozial abgesichert.
- Die Abschaffung der sachgrundlosen Befristungsmöglichkeit von Arbeitsverträgen.
- Die Regulierung der Leiharbeit, insbesondere die Durchsetzung des Grundsatzes des equal pay.
- Die Änderung der Zumutbarkeitsregelung im SGB II, wonach nur tariflich entlohnte Arbeitsangebote zumutbar sind.
- Gesetzentwurf Mindestlohn

Entscheidend ist für die AfA auch, dass der Trend der rückläufigen Tarifbindung umgekehrt wird. Die AfA hat deshalb auch großen Wert darauf gelegt, dass möglichst flächendeckend wieder Tariftruegesetze auf Länderebene initiiert werden. Ein besonderer Dank gebührt dem Zentrallausschuss der sozialdemokratischen Eisenbahner-Betriebsgruppen, die in vielen Gesprächen und Initiativen dazu beigetragen haben, dass es in allen Bundesländern mit sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung wieder Tariftrue- und Vergabegesetze gibt, bzw. diese in Vorbereitung sind.

Die Ausweitung von Flächentarifverträgen, Koalitionsfreiheit und Mitbestimmung auf den kirchlichen Bereich gehört für die Afa untrennbar zu diesen Initiativen und wurde weitgehend durch einen Beschluss des Parteikonvents aufgegriffen. Minijobs, Werkverträge,

Mitbestimmung sowie Industrie- und Dienstleistungspolitik stehen seit Ende 2012 auf der Tagesordnung für die künftige Arbeit, ebenso wie die Mitgestaltung des Wahlprogrammes und eines Arbeitnehmeraufrufs zur Bundestagswahl 2013.

MITGLIEDER DES Afa-BUNDESVORSTANDS

EHRENVORSITZENDER
RUDOLF DREßLER

VORSITZENDER

OTTMAR SCHREINER (bis 04/12)
KLAUS BARTHEL (ab 04/12)

STELLVERTRETENDE VORSITZENDE

ANNEGRET HANSEN
GUNTAM SCHNEIDER (bis 04/12)
ANDREAS STEPPUHN (bis 04/12)
WOLFGANG JÄGERS (ab 04/12)
UDO LUTZ (ab 04/12)
WOLFGANG LORENZ (ab 04/12)

BEISITZERINNEN UND BEISITZER

SABINE-ALMUT AUERBACH
DETLEF BAER
STEFAN BRANGS
WILFRIED BUSEMANN (ab 04/12)
DIRK FROHNE
HARALD HELLING (ab 04/12)
KORNELIA KEUNE (ab 04/12)
RENA TE KLEINFELD
ALFRED KLINGEL
DAGMAR LOSERT

OLAF SCHÜSSLER

MANFRED SIGGES (ab 04/12)
GUNTAR WACHHOLZ
FRANK WEBER
ALFONS WOBELER (bis 04/12)
LUDWIG WÖRNER

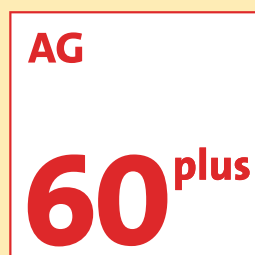
KOOPTEIERTE MITGLIEDER

DIETMAR GLAßER
HERMANN HIBBELER
ALEXANDER NAUJOKS (bis 04/12)



Die drei Flyer der Afa aus dem Berichtszeitraum zu den Themen Mindestlohn und Mitbestimmung sowie eine Selbstdarstellung.

ARBEITSGEMEINSCHAFT SPD 60 PLUS



ERFOLGREICHER BUNDESKONGRESS

2011 stand im Zeichen des Bundeskongresses der AG SPD 60 plus mit dem Motto *GUT UND SICHER LEBEN*, der vom 31. August – 1. September 2011 in Berlin mit Gastrednern wie Sigmar Gabriel und Klaus Wewereit stattfand. Im Leitantrag *ERFAHRUNG SCHAFFT ZUKUNFT: ÄLTER WERDEN IN EINER WELT IM WANDEL* forderte die AG SPD 60 plus unter anderem eine Stärkung der Gesetzlichen Rentenversicherung, bessere Erwerbschancen für Ältere, die Vermeidung von Altersarmut, den Ausbau des lebensbegleitenden Lernens, Verbesserungen im Bereich Gesundheit, Pflege und Prävention sowie die Sicherung altersgerechten Wohnraums. Im Zuge der Neuwahlen wurde die bayerische Landesvorsitzende der AG SPD 60 plus, Angelika Graf MdB, zur neuen Bundesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft und zur Nachfolgerin von Erika Drecoll gewählt. Als Stellvertretende Bundesvorsitzende wurde Ruth Brand (NRW) wiedergewählt, als weiterer Stellvertreter der Vorsitzender wurde Peter Schöbel (Hessen) gewählt. Erika Drecoll wurde aufgrund ihrer Verdienste für die Arbeitsgemeinschaft zur Ehrenvorsitzenden gewählt. Als Beisitzerinnen und Beisitzer wurden

Lothar Binding MdB (Baden-Württemberg), Norwin Dorn (Sachsen-Anhalt), Heidemarie Fischer (Berlin), Reinhold Hemker (NRW), Jürgen Rischar (Saarland) und Gesche Peters (Schleswig-Holstein) gewählt. Ruth Brand vertritt zudem weiterhin die AG SPD 60 plus in der BAGSO als deren stellvertretende Vorsitzende sowie in der Europäischen Senioren Organisation (ESO). Der nächste Bundeskongress der AG SPD 60 plus wird am 18./19. Oktober 2013 in Baunatal stattfinden.



Der neue gewählte Bundesvorstand | Foto: Ralf Lottmann

60 PLUS – AUCH INNERHALB DER SPD AKTIV

Innerhalb der SPD brachte sich die AG SPD 60 plus unter anderem im März 2012 mit der Resolution des Bundesausschusses *PARTEI BRAUCHT DEMOKRATIE – PARTEI BRAUCHT ARBEITSGEMEINSCHAFTEN* ein, um eine Schwächung der Arbeitsgemeinschaften im Rahmen der Organisationsreform zu verhindern. Der neue 60plus-Bundesvorstand strebte in diesem Zusammenhang wie auch in themenorientierten Bereichen eine gute Zusammenarbeit und einen Schulterschluss mit den anderen Arbeitsgemeinschaften an. Die Umorganisationen und das Ausscheiden der langjährig für die Betreuung der AG SPD 60 plus zuständigen Susanne Dengler aus dem Willy-Brandt-Haus sowie die Neustrukturierung der Betreuung aller Arbeitsgemeinschaften im Willy-Brandt-Haus banden und binden allerdings viel Kraft, da nicht alles, was die hauptamtliche Referentin bisher auch inhaltlich geleistet hatte, ehrenamtlich aufgefangen werden kann.

FACHKONFERENZ RENTE

Dennoch gelang es der AG 60plus, sich inhaltlich deutlich erkennbar in die aktuellen Diskussionen einzubringen. Im Willy-Brandt-Haus führte die AG SPD 60 plus im November 2012, kurz vor dem Parteikonvent zur Rente, gemeinsam mit der AfA die Fachkonferenz *WIE GEHT ES WEITER MIT DER RENTE?* durch. Die AG SPD 60 plus mit ihrer Bundesvorsitzenden Angelika Graf und die AfA mit ihrem Bundesvorsitzenden Klaus Barthel begrüßten dabei hochkarätige Referenten wie Dr. Joachim Rock vom Paritätischen Wohlfahrtsverband, Ingo Nürnberger, Abteilungsleiter Sozialpolitik beim DGB, den AfA-Ehrenvorsitzenden Rudolf Dressler und die stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende Bettina Schulze. Bei der gut besuchten Konferenz ging es vor allem um die Notwendigkeit der Sicherung und Stärkung der Gesetzlichen Rentenversicherung als besten Schutz gegen Altersarmut. Dazu sei die Funktion der Lebensstandardsicherung durch die Gesetzliche Rentenversicherung zu stärken. Weitere Fachkonferenzen der AG SPD 60 plus für 2013 sind geplant.

DEBATTE UM RENTENKONZEPT DER SPD

In die Debatte um das Rentenkonzept der SPD brachte sich die AG SPD 60 plus mit einem an den SPD-Parteivorstand gerichteten Beschlusspapier *RENTENNIVEAU SICHERN – GESETZLICHE RENTENVERSICHERUNG STÄRKEN* ein, für das auf die Arbeit von Gerhard Kompe, dem Landesvorsitzenden der AG SPD 60 plus in Nordrhein-Westfalen zurückgegriffen werden konnte. Er hatte die AG in der Renten-Kom-

mission des PV vertreten. Inhalt des Papiers der AG SPD 60 plus waren unter anderem die Erhöhung, mindestens aber die lebensstandardsichernde Stabilisierung des Rentenniveaus, als Gegenfinanzierung eine maßvolle Erhöhung der Rentenbeiträge zum Aufbau einer Demografiereserve, die Abschaffung des *RIESTER-FAKTORS* in der Rentenversicherung, der Umbau der Gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung, ein flexibler Renteneintritt mit einem Ausbau der Teilrente und nicht zuletzt eine bessere rentenrechtliche Anerkennung von Erziehungs- und Pflegezeiten. Die Arbeitsgemeinschaften AG SPD 60 plus, AfA, ASF und Jusos erarbeiteten darüber hinaus einen gemeinsamen Änderungsantrag an den Parteivorstand für das Rentenkonzept der SPD, der über die ASF eingebracht wurde. Die wesentlichen Forderungen der AG SPD 60 plus flossen so erfolgreich in den auf dem Parteikonvent in Berlin im November 2012 beschlossenen Rentenbeschluss ein.

BUNDESWEITE MOBILISIERUNGSFÄHIGKEIT BEI AKTIONSTAGEN

Im Rahmen des jährlichen bundesweiten Aktionstages setzte sich die AG SPD 60 plus im Jahr 2011 unter dem Motto *GESUND UND SICHER LEBEN* sowie im Jahr 2012 für das Thema *SOZIALE TEILHABE ERMÖGLICHEN – ALTERSARMUT VERMEIDEN* ein. Damit nutzte sie jeweils den Europäische Tag der Generationensolidarität, um bundesweit mit vielfältigen Aktionen ein Zeichen für ein solidarisches Gesundheitssystem und gegen Armut auch im Alter zu setzen! Unterstützt wurden die vielfältigen, lokalen Aktivitäten zu den Themen jeweils durch einen Aktionsleitfaden der AG SPD 60 plus mit Informationen, Aktionsideen und Material. Die Landesverbände der AG SPD 60 plus unterstützen dies mit der Weiterleitung von besonders gelungenen und erfolgreichen Aktionen, die als Vorbild für das jeweils nächste Jahr dienen können. Der bundesweite Aktionstag 2013 steht unter dem Motto *GEMEINSAM SIND WIR STARK* und gibt damit zahlreiche Möglichkeiten für Aktionen in Bereichen wie der Generationensolidarität aber auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Entsolidarisierung durch die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung. Die AG 60 plus führt als einzige AG der SPD seit vielen Jahren den bundesweiten Aktionstag zu relevanten politischen Themen durch. Die Aktionen finden 2013 rund um den 28. April statt.

AG SPD 60 PLUS BEI SENIORENTAG IN HAMBURG 3. BIS 5. MAI 2012

Auch beim 10. Deutsche Seniorentag, der vom 3. bis zum 5. Mai 2012 in Hamburg stattfand, gab es wieder eine rege Beteiligung der AG SPD 60 plus. Die AG SPD 60 plus zeichnete sich in Kooperation mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Wissenschaftliche Weiterbildung für Ältere (BAG WiWA) in der Deutschen Gesellschaft für wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium e.V. (DGWF) für die Veranstaltungsreihe: *JA ZUM LEBENSLANGEN LERNEN* mit u.a. Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB, verantwortlich. Die Bundesvorsitzende Angelika Graf nahm an der Podiumsdiskussion *EINE GESELLSCHAFT FÜR ALLE – BARRIEREFREI UND INKLUSIV* teil und die stellvertretende Vorsitzende Ruth Brand an der Podiumsdiskussion *WERTLOS IM ALTER? AB WANN FÄNGT ALTERSDISKRIMINIERUNG AN?* Die AG war zudem wieder mit einem eigenen Stand auf dem Seniorentag vertreten.

AG SPD 60 PLUS IM WAHLKAMPF

Die AG SPD 60 plus war mit ihren starken Landesverbänden für die SPD wieder ein verlässlicher Aktivposten in den erfolgreichen Landtagswahlkämpfen in Hamburg im Februar 2011, in Rheinland-Pfalz, in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt im März 2011, in Bremen im Mai 2011, in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern im September 2011, im Saarland im März 2012, in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein im Mai 2012 und in Niedersachsen im Januar 2013. Die SPD zog jeweils in die Regierung ein bzw. blieb Regierungspartei. Der

gesamte Bundesvorstand unterstützte die engagierten Landesverbände, in Niedersachsen zum Beispiel durch Besuche und Reden der Bundesvorsitzenden Angelika Graf auf Einladung der lokalen AG 60 plus in Hambühren, Hessisch-Oldendorf und Hildesheim. Themen waren dabei *ALTERSARMUT – RENTENNIVEAU ERHÖHEN!*, *SENIORENPOLITIK* und *DIE ALTERSARMUT IST SICHER! – DESWEGEN DAS RENTENNIVEAU ERHÖHEN*. Auch im Bundestagswahlkampf 2013 sowie bei den wichtigen Landtagswahlen in Bayern und Hessen wird die AG SPD 60 plus wieder mit vielen Aktionen und Veranstaltungen alles dafür geben, die Wählerinnen und Wähler zu erreichen und sie zur Wahl zur mobilisieren und jeweils einen Regierungswechsel zu ermöglichen.

BEITRAG ZUM WAHLPROGRAMM

Die vom Bundesvorstand und Bundesausschuss der AG SPD 60 plus im Februar 2013 beschlossenen Forderungen für eine künftige seniorengerechte Politik in Deutschland sehen unter anderem ein Festhalten am aktuellen Rentenniveau, die Einführung einer Bürgerversicherung und den Einsatz gegen Altersdiskriminierung vor. Die AG spricht sich in dem Papier zudem für einen Maßnahmenkatalog vor dem Hintergrund der älter werdenden Gesellschaft aus, der unter anderem die Rückkehr zur von der Bundesregierung gestrichenen Bundesförderung für den altersgerechten Umbau von Wohnraum, Maßnahmen für mehr Barrierefreiheit und die Gründung von Generationenbündnissen beinhaltet.

AG SPD 60 PLUS STÄRKT POLITISCHEN AUSTAUSCH

Für die zweimal jährlich stattfindenden Bundesausschusssitzungen gelang es der AG SPD 60 plus zunehmend hochkarätige Gäste für den politischen Austausch zu finden. So kam zum Beispiel Adolf Bauer, Präsident des Sozialverbandes Deutschland, zur Bundesausschusssitzung im November 2011 zum Thema *STRATEGIEN ZUR VERMEIDUNG VON ALTERSARMUT* nach Kassel. Zur Sitzung im September 2012 konnte die AG SPD 60 plus die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS), Christine Lüders, zum Gespräch über Altersdiskriminierung gewinnen. Im Februar 2013 folgte Kanzlerkandidat Peer Steinbrück der Einladung der AG SPD 60 plus zu einem politischen Austausch mit dem Bundesvorstand und dem Bundesausschuss. In diesem Rahmen überreichte die AG SPD 60 plus Peer Steinbrück ihre Kernforderungen für eine künftige seniorennorientierte Politik in Deutschland. Wohnen

im Alter und bezahlbare Mieten waren im Gespräch mit Peer Steinbrück ein weiteres wichtiges Thema, wo er Unterstützung zusicherte.



Der Bundesvorstand im Gespräch mit Peer Steinbrück | Foto: SPD PV

MITGLIEDER DES AG 60 PLUS BUNDESVORSTANDS WAHL AUF DER ASF-BUNDESKONGRESS 2011 IN BERLIN

BUNDESVORSITZENDE
ANGELIKA GRAF, MdB

STELLVERTRETENDE
BUNDESVORSITZENDE
RUTH BRAND
(NRW)
PETER SCHÖBEL
(Hessen)

EHRENVORSITZENDE
ERIKA DRECOLL

BEISITZERINNEN UND BEISITZER
LOTHAR BINDING,
MdB (Baden-Württemberg)

NORWIN DORN
(Sachsen-Anhalt)
HEIDEMARIE FISCHER
(Berlin)
REINHOLD HEMKER
(NRW)
JÜRGEN RISCHAR
(Saarland)
GESCHE PETERS
(Schleswig-Holstein)

RUTH BRAND vertritt die AG SPD 60 plus in der BAGSO als deren stellv. Vorsitzende sowie in der Europäischen Senioren Organisation (ESO)

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SOZIALDEMOKRATINNEN UND SOZIALDEMOKRATEN IM GESUNDHEITSWESEN – ASG



I. GESUNDHEITSPOLITISCHE INITIATIVE DES PARTEIVORSTANDS

Die ASG hat sich in den vergangenen Jahren intensiv in die Gesundheitspolitischen Initiativen des Parteivorstands eingebracht. Einen besonderen Stellenwert hatte dabei das neue Konzept der Bürgerversicherung. In der Kommission unter der Leitung von Andrea Nahles arbeiteten für die ASG Armin Lang und Thomas Spies mit. Der ASG-Bundesvorstand hat das Konzept mit SPD-Generalsekretärin Nahles kritisch diskutiert. Auf dem Bundesparteitag hat die ASG sich mit Änderungsanträgen für ihre Anliegen eingesetzt und wichtige Impulse geliefert.

Einen wichtigen Stellenwert hat auch in den vergangenen beiden Jahren die Pflegepolitik eingenommen. Mit dem von der ASG initiierten Beschluss zur Pflegepolitik der Jahresauftakttagung des PV vom Januar 2010 haben wir die Diskussion in der Partei und in der Bundestagsfraktion neu angeschoben. Daraufhin sind mehrere Initiativen in der Fraktion, den Bundesländern sowie bei der Friedrich-Ebert-Stiftung zu Stande gekommen. Grundlegend für diese Arbeit war der Pflegebeschluss der ASG-BuKo 2010. Eine zentrale Rolle spielte auch



Plenum der Bundeskonferenz | Foto: Volker Edeling

die Parteireform, von der die Arbeitsgemeinschaften in besonderer Weise betroffen waren. Mit dem Verweis, dass die Forderungen des Dresdner Parteitagsbeschlusses zur Organisationsreform der Partei in der ASG bereits geübte Praxis ist, hat sich die ASG hier sehr kritisch eingebracht, vor allem bzgl. der Repräsentation in den Entscheidungsgremien. Der Bundesvorstand hat eine offene und transparente Diskussion innerhalb der ASG initiiert. Die Ergebnisse dieser Diskussion sind in einem Papier zur weiteren Arbeit der ASG zusammen gefasst und dienen den regionalen Gliederungen zur weiteren Selbstverständnisklärung.

II. DIE ASG SELBST HAT ZWISCHEN 2010 UND 2013 WICHTIGE PROGRAMMATISCHE ARBEITEN GELEISTET.

■ Die ASG hat dem Auftrag des BuKo folgend ein Projekt *NEUE STEUERUNGSMODELLE IM GESUNDHEITSWESEN* unter der Leitung von Marlies Volkmer und Thomas Spies durchgeführt. Kern des Projekts war eine kritische Auseinandersetzung mit der Ausprägung des Wettbewerbs im Gesundheitssystem. Erste Ergebnisse des Projekts wurden mittels einer Entschließung der ASG-Bundeskonferenz in die öffentliche Diskussion gebracht.

■ Die ASG hat sich insgesamt intensiv mit den gesundheitspolitischen Herausforderungen in der kommenden Legislaturperiode befasst. Auch die Ergebnisse dieser Diskussion mündeten in die Leitanträge zur ASG-Bundeskonferenz ein. Im Vordergrund stehen die dringend nötige Neuorientierung in der Organisation des Gesundheitswesens mit mehr Rechten für die Länder und die Durchsetzung eines verlässlichen Versorgungsversprechens für alle Patientinnen und Patienten

unabhängig von ihrem Versichertenstatus und ohne Zugangshürden. Auch die verbindliche Durchsetzung von mehr Prävention und Rehabilitation stehen ganz vorn auf der ASG-Agenda.

■ Die ASG hat sich auf Initiative von Marlies Volkmer intensiv mit einem Forderungskatalog zu den Patientenrechten auseinandergesetzt und dabei auch die Forderung nach einer unabhängigen Patientenorganisation zur Sicherung der Qualitätstransparenz erhoben.

■ Die ASG hat sich um eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung bemüht. Kernbestandteile sind unsere facebook-Seite sowie das neu aufgelegte ASG-Rundeschreiben.

■ In Ergänzung zu den umfangreichen Maßnahmen der Partei zum 150-jährigen Parteijubiläum ist auch die ASG auf Spurensuche gegangen. Die Vorstandsmitglieder Elisabeth Rüdinger und Astrid von Waldenfels haben dabei herausgefunden, dass die Gründung einer sozialdemokratischen Bewegung für *MEHR GESUNDHEIT FÜR ALLE* auf das Jahr 1913 datiert und mit konkreten Initiativen belegt werden kann. Die ASG kann 2013 ihr 100-jähriges Jubiläum feiern. Sie ist damit die älteste Arbeitsgemeinschaft der SPD.



Armin Lang | Foto: Bea Marquardt

ASG-BUNDESVORSTAND NOVEMBER 2010 – JANUAR 2013

VORSITZENDER	INGRID REHWINKEL
ARMIN LANG	ELISABETH RÜDINGER
	KLAUS STAHL
STELLVERTRETER/-INNEN	ASTRID VON WALDENFELS
THOMAS SPIES	WOLFGANG WODARG
MARLIES VOLKMER	
BEISITZERINNEN UND BEISITZER	KOOPTIERTE MITGLIEDER
KLAUS KIRSCHNER	BORIS VELTER
CHRISTIAN LUKOSCH	HERBERT WEIßBROD-FREY

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG IN DER SPD – AfB



INKLUSION IM MITTELPUNKT

In den Arbeiterbildungsvereinen des 19. Jahrhunderts haben Gewerkschaften und SPD ihre gemeinsamen Wurzeln. Die Emanzipation der Arbeiterschaft und mit ihr der ganzen Gesellschaft war und ist eng mit der erkämpften Teilhabe an Bildung verknüpft. Bildung war und ist der Schlüssel zur Lösung der sozialen Frage.

Die gesamte SPD sieht sich in dieser Tradition! Die Bildungsoffensive in der Bundesrepublik zu Beginn der 70er Jahre in der Bundesrepublik hat vor allem mit der Einführung des BAföG vielen den Weg zu

Hochschulen und Universitäten ermöglicht. Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn hat mit dem Ganztagserschulprogramm aus den Mitteln der Versteigerung der UMTS-Lizenzen trotz Kooperationsverbotes bis in die Kommunen hinein viel bewegt. In den Kommunen und Ländern, in denen die SPD regiert oder die Verantwortung für Bildung trägt, wird klar, welch hohen Stellenwert Bildung für die Partei hat. Das zeigt sich nicht zuletzt im Regierungsprogramm, das einstimmig auf dem Bundesparteitag in Augsburg am 14.04.2013 beschlossen wurde. Unter dem Titel *AUFSTIEG DURCH BILDUNG* ist Bildungspolitik Schwerpunkt des Programms.

In der Arbeitsgemeinschaft für Bildung der SPD (AfB) sind alle diejenigen organisiert, die beispielsweise als ErzieherInnen, LehrerInnen oder DozentInnen beruflich im Bildungsbereich arbeiten, sowie diejenigen, die sich als MandatsträgerInnen ehren- und hauptamtlich bildungspolitisch engagieren, in Elternvertretungen Verantwortung tragen oder aus gesellschaftlichem Bewusstsein heraus im Bildungsbereich aktiv sind. In der AfB ist damit die ehren- und hauptamtliche bildungspolitische Kompetenz der Partei versammelt.

Vor diesem Hintergrund hat sich die AfB auf kommunaler, Landes- und Bundesebene aktiv in die bildungspolitischen Debatten und Entscheidungsprozesse auf vielfältige Weise erfolgreich eingebracht. Mit der Gründung der AfB-Landesverbände Baden-Württemberg und Bayern 2011 ist die AfB nunmehr flächendeckend in jedem Bundesland organisiert.

EINE SCHULE FÜR ALLE

Der AfB-Bundesausschuss am 18./19.03.2011 in Heidelberg diente u.a. der Unterstützung der Partei im baden-württembergischen Landtagswahlkampf. Die Landtagskandidatin Anke Schuster und der Landtagsabgeordnete Gerhard Kleinböck erläuterten ihre bildungspolitischen Vorstellungen, dann ging es gemeinsam in den Straßenwahlkampf. Der Bundesausschuss fasste den richtungsweisenden Beschluss *WEG ZUM GEMEINSAMEN LERNEN*, in dem in aller Deutlichkeit „das Ziel der *EINEN* Schule für alle als alleinige, inklusive Schulform, in der Kinder von der ersten Klasse bis zu ihrem Schulabschluss gemeinsam lernen“, formuliert wurde. Gleichwohl definiert die AfB in ihrem Heidelberger Beschluss auch die bereits in vielen Bundesländern eingeführte Schulstruktur der zwei gleichwertigen Wege als Konzept für den Übergang zur *EINEN SCHULE FÜR ALLE* und als eine praktikable Grundlage für einen Schulkonsens.

Im Juni 2011 besuchte der AfB-Bundesvorstand die Lobeda-Gemeinschaftsschule in Jena, die sich als inklusive Schule von Klasse 1 bis 13 versteht, und führte in Erfurt ein intensives Gespräch mit Kultusminister Christoph Matschie und Staatssekretär Prof. Dr. Roland Merten über Inklusion und Gemeinschaftsschulen.

Eine Antwort auf die Frage nach mehr Gerechtigkeit im Bildungssystem lautet für die AfB: Inklusion. Ein inklusives Bildungssystem ist ein Schlüssel zu bester Bildung für alle. Damit unterstützen wir ausdrücklich Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention, nach der ein inklusives Bildungssystem geschaffen werden muss, bei dem Kinder mit Behinderungen nicht ausgegrenzt werden. Stattdessen wollen wir alle Kinder von Anfang an gleichberechtigt einbeziehen und ihnen volle gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Daher ist die Position der AfB, dass keine Schulstrukturdebatte erforderlich ist, wenn Inklusion zu einer allgemeinen Zielsetzung für alle Bildungseinrichtungen wird. Längeres gemeinsames Lernen dient diesem Ziel. Kern eines inklusiven Bildungssystems sind Bildungseinrichtungen, in denen jeder wertgeschätzt und respektiert wird, die niemanden beschämen, sondern jedem einen Lernfortschritt ermöglicht und somit Grundlagen für bestmögliche Leistungen legt.

INKLUSION

In der AfB-Fachkonferenz im April 2012 stand die Inklusion im Mittelpunkt. Die Delegierten besuchten vormittags 6 Berliner Schulen, um sich in der Praxis über die Umsetzung von Inklusion zu informieren. Ute Erdsiek-Rave, Vorsitzende des Expertenkreises *INKLUSIVE BILDUNG* der deutschen UNESCO-Kommission, referierte zum Thema *INKLUSION IN DER POLITISCHEN DISKUSSION* – eine Gesprächsrunde mit Matthias Anbuhl (DGB-Bundesvorstand), Oliver Kazmarek (MdB, Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion), Dr. Martina Münch (Bildungsministerin Brandenburg), Ursula Walther (Stellvertretende Vorsitzende des Bundeselternrats) und Jann Jakobs (Oberbürgermeister von Potsdam) diskutierten in einer Gesprächsrunde intensiv miteinander. Karl Finke, Bundessprecher des SPD-Netzwerks *SELBST AKTIV* stellte klar: *NICHTS ÜBER UNS OHNE UNS!*

In der folgenden Bundeskonferenz verabschiedeten die Delegierten einmütig den gleichermaßen umfassenden wie tiefgreifenden Beschluss *INKLUSION IM BILDUNGSSYSTEM*. Die Vorbereitung der Fachkonferenz auf Bundesebene zur Inklusion und die Erarbeitung des Antrags zur Inklusion verdeutlichte, dass die Situation in den Ländern sehr unterschiedlich ist und auch in SPD regierten Bundesländern sehr unterschiedliche Strategien zur Umsetzung der Inklusion gewählt wurden. Das Inklusionspapier der AfB ist daher auch ein wichtiger Beitrag, um den gemeinsamen Konsens der SPD darzustellen.

BERUFLICHE BILDUNG

Weiterer inhaltlicher Schwerpunkt der Bundeskonferenz 2012 war die berufliche Bildung. „Qualifizierte Berufliche Bildung ist Schlüssel für Chancengleichheit, gesellschaftliche Teilhabe und der allgemeinen Bildung gleichwertig“, heißt es im *POSITIONSPAPIER ZUR BERUFLICHEN BILDUNG*, das in der Bundeskonferenz beschlossen wurde. Beginnend mit einer öffentlichen Anhörung im November 2010 ist das Positionspapier Ergebnis einer intensiven Diskussion in der AfB sowie mit ExpertInnen innerhalb und außerhalb der Partei.

Das Papier beschreibt die Forderungen der AfB zur Sicherung und und zukunftsfähigen Gestaltung der dualen Berufsausbildung und der beruflichen Bildung. Die AfB will, dass Inklusion als Menschenrecht und als Prinzip auch Grundlage für die Gestaltung von beruflicher Bildung ist und dass berufliche Bildung ganzheitlich konzipiert wird, zur Beruflichkeit führt, Chancengleichheit fördert sowie gesellschaftliche Teilhabe sichert. Besonderes Augenmerk liegt auf der Gestaltung der Übergänge von der allgemein bildenden Schule in die Berufsausbildung.

Der Bundesausschuss hat im November 2011 einen Beschluss zur Gleichwertigkeit der allgemeinen und beruflichen Bildung im Deutschen Qualitätsrahmen (DQR) gefasst, in dem die Forderung vertreten wird, eine abgeschlossene Berufsausbildung gemeinsam mit dem Abitur in Stufe 5 einzuordnen.

AUSBLICK – SCHWERPUNKTE 2013/2014

GANZTAGSSCHULE UND LEHRERINNENAUSBILDUNG

Wir dürfen kein Kind zurück lassen! Dieser Schwerpunkt wird 2013 die Arbeit der AfB weiter bestimmen. Die Diskussion zur Ganztagschule wurde gemeinsam mit Klaus Dieter Rossmann, Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion, in einer Anhörung im AfB-Bundesausschuss im November 2012 begonnen. Deutschland braucht flächendeckend Ganztagschulen. Sie sind aus pädagogischen Gründen unverzichtbar. Es wird mehr Zeit für individuelle Förderung benötigt. Wenn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ernst genommen wird, müssen alle Schu-

len zu echten Ganztagschulen werden. Der Masterplan Ganztagschule der SPD-Bundestagsfraktion unterstreicht diese Zielsetzung und ist zugleich hilfreich bei der Diskussion vor Ort mit kommunalen Vertretern, weil darin auch neue Finanzierungsmöglichkeiten beschrieben werden.

Bei diesem Thema zeigt sich wieder eine diffuse Lage, da jedes Bundesland eigene Kriterien zur Gestaltung von Ganztagschulen hat – von Nachmittagsbetreuung unterschiedlicher Intensität bis hin zur „echten“ Ganztagschule mit entsprechend qualifizierten und rhythmisiertem Unterrichtsangebot, das über den gesamten Tag verteilt wird.

Welche Anforderungen die AfB an Ganztagschulen stellt, wird aufgrund einer im Bundesausschuss erhobenen Situationsbefragung durch eine Arbeitsgruppe erarbeitet und in einem Papier zusammengefasst, das nach intensiver Diskussion in der Bundeskonferenz 2014 beschlossen werden soll.

Die Umsetzung der Inklusion erfordert auch eine Reform der Ausbildung von LehrerInnen. Hierzu fand ebenfalls im Rahmen des Bundesausschusses im November 2012 eine Anhörung statt. Prof. Dr. Klaus Mögling (Universität Kassel), Leitender Oberschulrat Andreas Stephan (Senatsverwaltung für Bildung, Berlin) und Oliver Schmolinski (JuSo-Hochschulgruppen) erläuterten ihre Erfahrungen und Vorstellungen zur Thematik. Darauf aufbauend erstellt eine Arbeitsgruppe zur Bundeskonferenz 2014 den Entwurf für ein Positionspapier der AfB.

Die AfB sieht sich einerseits als bildungspolitisches Forum der SPD, andererseits als Ideen- und Impulsgeber der bildungspolitischen Debatte innerhalb und außerhalb der Partei. Ernst Dieter Rossmann erklärte auf einer Bundeskonferenz unter dem Jubel der Delegierten: „Die AfB ist die bildungspolitische Kampforganisation der SPD!“ Unsere Beschlüsse können aus der Homepage der SPD (über Links zur AfB) eingesehen und geladen werden. Wir stehen den Gremien der Partei auf allen Ebenen gerne zur Verfügung.

AfB-BUNDESVORSTAND

In der **BUNDESKONFERENZ IM APRIL 2012** wählten die Delegierten einen neuen Bundesvorstand. **EVA-MARIA STANGE**, die 2008 zur AfB-Bundesvorsitzenden gewählt worden war, die als ehemalige GEW-Bundesvorsitzende und Wissenschaftsministerin in Sachsen weit über die Partei hinaus großes Ansehen genießt und die AfB hervorragend führte, kandidierte bedauerlicherweise 2012 nicht wieder. Die Delegierten wählten **PETER BEFELDT** aus Niedersachsen zum neuen **AFB-BUNDESVORSITZENDEN**. **ANGELIKA HEINLEIN** (Brandenburg) wurde als **STELLVERTRETENDE BUNDESVORSITZENDE** bestätigt, ebenso **THOMAS LIND** (Rheinland-Pfalz) als **BEISITZER**. Neuer **STELLVERTRETENDER BUNDESVORSITZENDER** wurde **GÜNTHER HÄFNER** (Hessen). **FELIZITAS REINERT** (Nordrhein-Westfalen), **MARION WINTER** (Bayern) und **ULF DAUDE** (Schleswig-Holstein) komplettieren den neuen Bundesvorstand.



Der 2012 gewählte AfD-Bundesvorstand v.l.n.r.: Thomas Lind (Beisitzer), Angelika Heinlein (stellv. Vorsitzende), Peter Befeldt (Vorsitzender), Ulf Daude (Beisitzer), Marion Winter (Beisitzerin), Günther Häfner (stellv. Vorsitzender), Felizitas Reinert (Beisitzerin). | Foto: SPD

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SELBSTSTÄNDIGEN IN DER SPD – AGS – UND INNOVATIONSPREIS



WIRTSCHAFTSPOLITIK IST GESELLSCHAFTSPOLITIK

Deutschlands wirtschaftliche Stärke und Wohlstand beruht zu einem erheblichen Teil auf dem Einsatz seiner Selbständigen.

Selbstständigkeit ist der Motor unserer Volkswirtschaft und der Ursprung von Innovation und Fortschritt in unserer Gesellschaft. Im Mittelpunkt der Arbeit der AGS steht deshalb die Förderung und das Werben für eine stärkere Kultur der Selbstständigkeit in Deutschland. Die Selbständigen Quote in Deutschland ist mit ca. 10% im internationalen Vergleich nach wie vor unterdurchschnittlich. Gerade beim Sprung ins Informations- und Wissenszeitalter muss Deutschland sich stärker als Selbständigen-Gesellschaft aufstellen. Vor allem in den KMU und auch in den freien Berufen entstehen die Ausbildungs- und Arbeitsplätze von morgen.

Inhaltlich orientiert sich die AGS an den **THESEN FÜR EINE SOZIALDEMOKRATISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK** beschlossen 2006 in Bad Godesberg, die u.a. fordern:

- eine Unternehmensethik, die sich am Bild des ehrbaren Kaufmanns und nicht an einem kurzfristigen und renditegetriebenen shareholder-value orientiert.
- eine Umweltpolitik, die sich an den Zielen eines nachhaltigen Wachstums orientiert bei dem die Ressourcen nicht auf Kosten nachfolgender Generationen ausbeutet werden.
- eine Energiepolitik, die sich auf dezentrale und erneuerbare Energieträger stützt.
- eine Bildungspolitik, die allen Heranwachsenden einen optimalen und kostenfreien Zugang zu Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten bietet.

- eine Finanzpolitik, welche dem Mittelstand ausreichenden Zugang zum Kapitalmarkt sichert und bloße Finanz-Spekulation eindämmt.
- eine Steuerpolitik, die auch dem Staat, insbesondere den Kommunen als wichtigem Auftraggeber des Mittelstands eine ausreichende Finanzgrundlage sichert.
- eine Europapolitik, die auch dem Mittelstand den Zugang zum europäischen Binnenmarkt ermöglicht.
- eine Sozialpolitik, die auch die Risiken der Selbstständigkeit solidarisch abfedern hilft.
- eine Integrationspolitik, die Menschen mit Migrationshintergrund als kulturelle Bereicherung unserer Wirtschaft begreift.

Die AGS sieht ihre Aufgabe auch darin, ihren praktischen wirtschaftlichen Sachverstand in die programmatische Arbeit der Gesamtpartei einzubringen. Sie versteht sich als Bindeglied und Ansprechpartner der Wirtschaftsverbände zu denen sie regelmäßige Kontakte unterhält.

DIE HÖHEPUNKTE 2011 UND 2012

26. AGS-BUNDESKONFERENZ 8. UND 9. 2012

mit dem Titel *FÜR EIN SOLIDARISCHES EUROPA – IM KLEINEN WIE IM GROßEN*. Als Gastredner zum Thema stand Peer Steinbrück, der ehemalige Bundesfinanzminister, zur Verfügung. Auf der Konferenz wurde ein umfassendes Grundlagenpapier zur Wirtschafts- und Sozialpolitik der Europäischen Gemeinschaft beschlossen. Weitere beherrschende Themen der Konferenz waren die Bereiche Fachkräftesicherung, hierzu sprach der Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen, Familie des Landes Brandenburg Prof. Dr. Wolfgang Schroeder sowie das Thema bessere Absicherung von Solo-Selbstständigen, zu dem Frank Werneke, stellvertretender Vorsitzender von ver.di ein Impulsreferat hielt.

INNOVATIONSPREIS UND WIRTSCHAFTSEMPFANG 2011

Der Innovationspreis 2011 stand unter dem Motto *GENOSSENSCHAFTEN – EIN TRADITIONSREICHES WIRTSCHAFTSMODELL MIT INNOVATIVER KRAFT*. In einer Zeit, in der neue Themen wie Globalisierung, Energiewende und demografischer Wandel im Mittelpunkt stehen, hat der Gedanke des Genossenschaftswesens eine Renaissance erfahren. In vielen Wirtschaftsbereichen wie der, Energieversorgung, der Konsumwirtschaft oder bei sozialen Diensten haben gerade Genossenschaften innovative Lösungen für die anstehenden Probleme gefunden.

Die Festrede hielt der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel. Ausgezeichnet wurden:

- Weibervirtschaft eG
- EWS Schönau eG
- innova eG

INNOVATIONSPREIS UND WIRTSCHAFTSEMPFANG 2012

Der Innovationspreis stand unter dem Motto *MUTIG, BUNT UND EIGENSTÄNDIG – INNOVATIONSMOTOR KREATIVWIRTSCHAFT*. Kreativität ist das Elixier, aus dem sich ökonomischer Fortschritt und gesellschaftliche Innovation speist. In der Kreativwirtschaft arbeiten heute mehr als eine Million Menschen. Der Anteil der Kreativwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt liegt mit einem geschätzten Jahresumsatz von 137 Mrd. € bereits deutlich vor der Chemiebranche. Kreativität ist ein fragiles Gut, welches durch unzureichende Soziale Sicherungssysteme immer wieder in seiner Entfaltung behindert wird. Gerade in diesem Bereich sind die Biografien gekennzeichnet von einem häufigen Wechsel von selbstständiger und abhängiger Beschäftigung. Sich auf dem Feld der Kreativwirtschaft als UnternehmerIn zu versuchen, fordert so ein hohes Maß an Mut und Risikobereitschaft. Die Rede

zur Preisverleihung hielt der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Frank-Walter Steinmeier. Ergänzt wurde diese durch einen Vortrag des Medienunternehmers Prof. Tim Renner. Ausgezeichnet wurden:

- Johannes Sevkett Gözalan
- Sina Trinkwalder
- Thorsten Meyer-Bogya
- Ein Sonderpreis ging an den Künstler Atze Bauer.

AUSBLICK 2013

Das Jahr 2013 steht ganz im Zeichen des Bundestagswahlkampfes. Die AGS hat in ihrer programmatischen Arbeit zu den Themen Wirtschafts- und Finanzpolitik eine Reihe von Impulsen zum Regierungsprogramm eingebracht. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Arbeit liegen dabei u.a. in den Bereichen Fachkräftesicherung, Energiewende sowie einer solidarischen und mittelstandsorientierten Steuer- und Finanzpolitik. Zudem werden die bestehenden Kontakte zu Mittelstands- und Wirtschaftsverbänden weiter vertieft. Der Innovationspreis wird in diesem Jahr zum Thema Energie- und Ressourceneffizienz außer der Reihe auf dem AGS Mittelstandstag am 18.6.2013 in Potsdam verliehen. Ein weiterer Höhepunkt liegt in einer AGS-Aktionswoche aller Organisationen und Gliederungen Anfang Juni.



AGS-BUNDESVORSTAND

BUNDESVORSITZENDER
SVEN KAERKES

STELLVERTRETENDE VORSITZENDE – SEIT 12. JUNI 2010
MANFRED SCHMIDT
CHRISTIANE BREUER

BEISITZERINNEN
MARIE-JEANNE BERINGER
MONIKA BOECKMANN

SUSANNE BREFORT
DIRK GOLDENSTEIN
BERND PETER HOLST
HELGA KOCH
BABETTE REIMERS
THORSTEN HEINTZE
RALPH WEINBRECHT
EHRENVORSITZENDE
JÜRGEN VAHLBERG
FRANZ LEO WIRTZ (verstorben
Oktober 2012)

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER JURISTINNEN UND JURISTEN – ASJ



In den letzten beiden Jahren lagen die Schwerpunkte der ASJ in den Bereichen Direkte Demokratie, Sicherungsverwahrung, Datenschutz (Vorratsdatenspeicherung), Europarecht, Urheberrecht und in dem kritischen Begleiten der Parteireform.

Insbesondere Letzteres hat einen überproportional hohen Anteil der Arbeitszeit eingenommen. Über Monate hinweg hat die Bundesvorsitzende einen Großteil der für die ASJ verfügbaren Zeit damit verbracht, problematische Entwicklungen möglichst zu verhindern oder zumindest abzumildern. Dennoch kann sich auch das inhaltliche Engagement der ASJ in den letzten beiden Jahren sehen lassen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit hier in thematischer, nicht unbedingt chronologischer Sortierung einige wesentliche Highlights der letzten zwei Jahren:

I. DIREKTE DEMOKRATIE

Vom 1. bis zum 3. April 2011 in München fand ein großes *GUSTAV RADBRUCH FORUM* zum Thema direkte Demokratie statt. Es gab spannende, durchaus auch kontroverse, aber stets konstruktive Diskussionen mit Fachleuten aus dem In- und Ausland. Das Ganze mündete in einem weiter entwickelten Papier zur direkten Demokratie, mit denen sich sowohl die Befürworter, als auch die Skeptiker arrangieren konnten. Wir waren damit vorbereitet auf die innerparteiliche Diskussion zu diesem Thema und haben unsere Vorstellungen in großem Umfang einbringen können in die offizielle Beschlusslage der Partei. Der Bundesparteitag bestätigte diese Ergebnisse und überwies unseren Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes an die Fraktion. Warum die Fraktion nicht auf der Basis dieses ausgewogenen und überzeugenden Entwurfs weiterarbeitet, bleibt ein Rätsel.

II. VORRATSDATENSPEICHERUNG

Ein weiteres Schwerpunktthema der vergangenen zwei Jahre war das Thema Vorratsdatenspeicherung. Inhaltliche Beschlussfassungen dazu, mehrere Presseerklärungen und ein Antrag zum Bundesparteitag im Dezember 2011 hatten zwar bedauerlicherweise nicht den Erfolg einer grundsätzlichen Veränderung der Parteilinie zu diesem Thema. Auf dem Parteitag gab es in einer wiederholten Abstimmung nur eine ganz knappe Mehrheit gegen unseren Antrag. Die Bemühungen haben



Der ASJ-Vorstand | Foto: SPD

aber durchaus dazu beigetragen, dass der letztlich gefasste Beschluss der Partei etwas moderater ausfiel als die ursprünglich vorgegebene Linie. Die kritische Linie der ASJ wurde von anderen Gegnern der VDS innerhalb und außerhalb der Partei durchaus vermerkt und brachte uns eine Reihe neuer Verbindungen in die Netz-Community, für die eine knappe Minderheit in der SPD wenigstens so wichtig ist, wie die Meinung einer kleinen Partei außerhalb des Parlaments.

Auch auf europäischer Ebene hat die ASJ das Thema Vorratsdatenspeicherung stets engagiert weiterverfolgt. Man muss jedoch konzedieren, dass dieses Instrument in zahlreichen unserer Partnerorganisation im europäischen Ausland weniger kritisch gesehen wird als in unseren eigenen Reihen. Harald Baumann-Hasske war im Mai 2012 in Brüssel und hat sich dort mit Vertretern der Kommission, des Europäischen Parlaments und Mitgliedern von EUSONET über die weitere Entwicklung der *RICHTLINIE 2006/24/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES VOM 15. MÄRZ 2006 ÜBER DIE VORRATSSPEICHERUNG VON DATEN, DIE BEI DER BEREITSTELLUNG ÖFFENTLICH ZUGÄNGLICHER ELEKTRONISCHER KOMMUNIKATIONSDIENSTE ERZEUGT ODER VERARBEITET WERDEN* ausgetauscht. Wer bei diesem Thema wirklich etwas ändern will, muss dafür kämpfen, dass die neue Richtlinie einen anderen Grundtenor bekommt.

III. SICHERUNGSVERWAHRUNG / STRAFVOLLZUG / MASSREGELVOLLZUG

Anknüpfend an den gemeinsam mit etwa 100 Wissenschaftlern und Praktikern aus dem Bereich der Strafrechtspflege und des Strafvollzugs lancierten Greifswalder Appell zur Reform der Sicherungsverwahrung aus Mai 2010 hat die ASJ auf zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen zu diesem Thema referiert und mit diskutiert. Die Arbeit war u.a. ganz praktisch geprägt von der engen Begleitung eines nach 32 Jahren aus der Sicherungsverwahrung in Freiburg entlassenen Mannes durch die Bundesvorsitzende.

Die ASJ-Bundeskonferenz hat im September 2012 einen von NRW vorbereiteten, wegweisenden Beschluss zur Reform des Maßregelvollzugsgesetzes gefasst und beschlossen, den damit eingeschlagenen Weg einer differenzierteren und stärker am Verhältnismäßigkeitsgrundsatz ausgerichteten Herangehensweise bei Maßregelvollzugspatienten weiter zu gehen.

IV. EUROPARECHT

Das herausragende Ereignis des europapolitischen Engagements der Bundes ASJ – vornehmlich vertreten durch Harald Baumann-Hasske – war die Tagung des Europäischen Netzwerks sozialdemokratischer Juristen (EUSONET) und der Friedrich Ebert Stiftung vom 27. bis 30. Mai 2011 in Dresden. Mit zahlreichen Juristinnen und Juristen aus dem europäischen Ausland diskutierten wir über ein europäisches Einwanderungsrecht, über eine neue Zivilrechtsordnung in Europa und über innenpolitische Fragen. Erstmals konnte eine gemeinsame Position der Mitglieder von Eusonet verabschiedet werden, die sich gegen die Weitergabe von SWIFT-Dateien wandte. Der Beschluss erhielt besonderes Gewicht durch seine Einstimmigkeit und findet sich in der Positionierung von Partei und Fraktion auf der europäischen Ebene wieder. Stimmung und Outcome der Veranstaltung waren hervorragend, das Treffen hat der Bewegung der europäischen sozialdemokratischen Juristen einen deutlichen Aufschwung gegeben. Harald vertritt die ASJ und EUSONET regelmäßig bei Tagungen der FEPS und Anhörungen des Europäischen Parlaments.

V. NETZPOLITIK

Dieses Themas hat sich der Bundesvorstand angenommen, nachdem sich weder in der Partei, noch in der Öffentlichkeit dazu eine klare Linie abzeichnete. Den Auftakt bildete eine Veranstaltung in Dresden im Mai 2012, bei der sich der Bundesvorstand an einer Tagung der ASJ Sachsen und der Sächsischen Landtagsfraktion beteiligte. Fortsetzung fand die Bearbeitung auf dem Gustav-Radbruch-Forum 2012 und dem anschließenden Bundesausschuss Ende November. Im Ergebnis stehen Positionen der ASJ zu wichtigen Teilaspekten der Netzpolitik. Ein Resultat ist bereits jetzt, dass der neue Bundesvorstand den Auftrag hat, ein Pilotprojekt zu starten, wie wir unsere Formen der Sachdiskussion online verbessern können und uns dazu Instrumente schaffen, die dem ähnlich sind, was unter dem Schlagwort *LIQUID DEMOCRACY* durch die Medienwelt geistert.

VI. EHEGATTENSPLITTING

Unsere Amtszeit begann mit einer Klausursitzung in Köln und einer von Gabi Krater organisierten Veranstaltung zum Ehegattensplitting. Auf der Basis der Ergebnisse dieser Veranstaltung wurden ein Positionspapier erarbeitet und mehrere Presseerklärungen lanciert.

VII. SONSTIGES

Zu den weiteren Themen, mit denen sich der ASJ Bundesvorstand in den letzten zwei Jahren intensiver befasst hat, gehörten der Bereich Arbeitsrecht und Arbeitnehmerdatenschutzrecht, das Verbraucherschutzrecht und das Thema Versammlungsrecht.

Die Bundesausschusssitzungen der letzten zwei Jahren haben stattgefunden in Bayern, in Baden-Württemberg, in Hamburg und in Dresden. Die Bundesvorsitzende nahm regelmäßig teil an den Treffen der Leitungen der Justizministerien der A-Länder und der bzw. später der/des rechtspolitischen Sprecher-in/-s der SPD Bundestagsfraktion. Insgesamt aber hat die ASJ in den letzten zwei Jahren einige rechts- und innenpolitische Diskussionen der SPD doch maßgeblich vorangebracht, war personell aber auch inhaltlich gut vertreten im Willy-Brandt-Haus und auf den Sitzungen und sonstigen Treffen des Parteivorstands und hat die Idee einer an den Freiheits- und Bürgerrechten orientierten sozialdemokratischen Rechtspolitik engagiert weiterverfolgt. Es bleibt aber viel zu tun.

ASJ-BUNDESVORSTAND 2010 – 2012

VORSITZENDE
ANKE PÖRKSEN

STELLV. VORSITZENDE
HARALD BAUMANN-HASSKE
ARNE SCHNEIDER

BEISITZER/-INNEN
GISELA BECKER
ANGELA KOLB
GABRIELE KRATER
ANNEGRET ORTLING
TONIO WALTER
MICHAEL WIRLITSCH

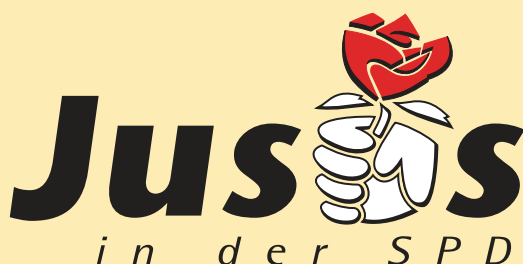
ASJ-BUNDESVORSTAND GEWÄHLT SEPTEMBER 2012

VORSITZENDE
ANKE PÖRKSEN

STELLV. VORSITZENDE
HARALD BAUMANN-HASSKE
ROY HARDIN

BEISITZER/-INNEN
FABIAN HOFFMANN
THORSTEN JOBS
ANGELA KOLB
THOMAS NOTZKE
KARIN SCHIMMELS
GRANT HENDRIK TONNE

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER JUNGSOZIALISTINNEN UND JUNGSOZIALISTEN IN DER SPD – JUSOS



GEMEINSAM MEHR – LINKS. KONKRET. GERECHT.

Wir haben in den Jahren 2011 und 2012 die politische Arbeit des Bundesverbands erfolgreich vorangebracht, über ein vielfältiges Angebot von Publikationen und ein breit gefächertes Veranstaltungsprogramm ist es uns gelungen, die Zielgruppe der Jugendlichen zu erreichen und sie für unterschiedliche politische Themenfelder zu begeistern. Im Mittelpunkt standen dabei die linke Ausrichtung des Verbandes und der Einsatz für eine gerechtere, menschlichere und solidarische Gesellschaft, in der reale Chancengleichheit existiert.

Dazu wurde wie in den Jahren zuvor mit großem Engagement die Bündnis-Arbeit weiter fortgeführt. Es gelang dem Juso-Bundesverband das Bündnis *ÄNDER DAS!*, in dem zahlreichen Organisationen aus der Arbeiterjugend- und Umweltbewegung mitarbeiten, federführend fortzusetzen. So organisierten wir in beiden Jahren ein gemeinsames Bündnis-Camp, dass die gemeinsamen Arbeit für eine andere Gesellschaft und die Opposition gegen die schwarz-gelbe Bundesregierung auf ein breiteres Fundament stellte. Vor dem Hintergrund dieses Bündnisses gelang es, auch oftmals kurzfristige Protestaktionen effektiv

gemeinsam zu organisieren. Wir brachten uns in zahlreiche Bündnisse gegen Aufmärsche durch Neonazis ein, so im Februar 2011 und 2012 gegen den größten Neonaziaufmarsch Europas in Dresden. Es gelang, diese Aufmärsche mit einem breiten Bündnis zu blockieren und damit auch deren Ende als überregional wichtigsten Naziaufmarsch einzuleiten. An den Demonstrationen in Dresden nahmen in beiden Jahren über 1000 Jusos aus dem gesamten Bundesgebiet teil. Auch in die zahlreichen Demonstrationen und Aktionen für den Atomausstieg brachten wir Jusos uns ein. Vor dem Hintergrund von Fukushima beteiligten wir uns bundesweit an Protestaktionen und unterstützten die Anti-Castor-Transporte. Die Jusos waren somit wie in den Jahren zuvor integraler Bestandteil der bundesdeutschen Anti-Atom-Bewegung.



Anti-Atom-Aktion vor dem Kanzleramt | Foto: Jusos

Auch in die Landtagswahlkämpfe in den Jahren 2011 und 2012 brachte sich der Bundesverband nach seinen Kräften ein und unterstützte mit Materialien und Online-Aktivitäten.

Erfreulich entwickelte sich die Arbeit der Juso-SchülerInnen, die mittlerweile in einem Großteil der Landesverbände und Bezirke wieder über feste Strukturen verfügen. Ein Mitglied der Koordinierung auf Bundesebene ist in den Juso-Bundesvorstand kooptiert und wird so in die Arbeit des Gesamtverbandes eingebunden.

BILDUNGSARBEIT / SCHULUNGEN

Die politische Jugendbildung im klassischen Sinn steht vor diversen Herausforderungen: Die zeitliche Belastung der Zielgruppe in Schule, Ausbildung und Universität ist in den letzten Jahren noch größer geworden. Durch die verkürzten Ausbildungszeiten bleibt immer weniger Zeit für ehrenamtliches Engagement. Jugendliche müssen sich immer genauer entscheiden, welche Bildungsangebote sie annehmen. Dabei entscheiden sie immer später, was die Planung von zahlreichen Angeboten erschwert. Darum haben wir das „klassische“ Wochenendseminar von Freitag bis Sonntag durch 2-Tagesseminare ergänzt. Außerdem versuchen wir stärker als früher, Bildungsmaßnahmen gebündelt anzubieten, um so die konzentrierte Diskussion in Kleingruppen genauso zu ermöglichen, wie die Vorteile der Vernetzung und von Großdiskussionen zuzulassen. Das Konzept von Verbandswochenenden, auf denen mehrere Seminare angeboten und zu einzelnen Themen wieder zusammengeführt werden, hat sich bewährt. Auf der anderen Seite bieten wir vereinzelt auch tiefergehende Seminare über ein Wochenende hinaus an. Dies geschieht entweder in einzelnen Modulen oder aber über Einzelseminare von vier Tagen und mehr. Durch die Verkürzung der Seminardauer muss sich die inhaltliche Ausrichtung der Bildungsmaßnahmen nicht qualitativ verschlechtern. Die Erfahrung des Juso-Bundesverbandes ergab vielmehr, dass hier durch eine konzentrierte Ausrichtung auf Seminarziele weiterhin gute inhaltliche Arbeit geleistet wurde. Problematisch ist allerdings die teilweise langen Anfahrtszeiten bei 2-tägigen Seminaren.

Wichtig war es auch, zielgruppenspezifisch Seminare anzubieten. So gab es in beiden Jahren zwei Angebote speziell für SchülerInnen auf Bundesebene. Zum einen den SchülerInnen-Basiskongress, zum anderen die kleinere SchülerInnen-Koordinierung.

Methodisch werden immer höhere Ansprüche an die SeminarleiterInnen gestellt. Der Juso-Bundesverband versucht deshalb bei der Auswahl der TeamerInnen diesen Ansprüchen zu genügen. Bei methodischen Schulungen legen wir Wert darauf, dass das Gelernte auch immer weitergegeben werden kann. Die TeilnehmerInnen sollen nach ihrer eigenen Schulung fähig sein, selbst in der Fläche für den Verband Schulungen angeben zu können.

Für den Juso-Bundesverband erwies sich im vergangenen Jahr vor allem die Mischung aus kleineren Seminaren und größeren Konferenzen als gewinnbringend. Während in kleineren Seminaren die gezielte Förderung einzelner gelang sowie eine persönliche Gesprächsatmosphäre möglich war, brachten größere Veranstaltungen, die oftmals flankierend organisiert wurden, eine breitere Diskussion in Gang. Die Diskussionsergebnisse der Großveranstaltungen konnten später wiederum in die weitere Arbeit eingebracht werden. Diesen Weg wird der Juso-Bundesverband deshalb auch in Zukunft weiterverfolgen.

GROSSVERANSTALTUNGEN

Seit 2008 führt der Juso-Bundesverband Basis-Kongresse durch, auf denen Juso-Mitglieder und Interessierte aus der gesamten Bundesrepublik zusammen kommen. Auf diesen Kongressen gibt es wechselnde Formate zwischen Workshops, Podiumsdiskussionen und kulturellen Veranstaltungen. Auch 2011 und 2012 konnten hierzu wieder jeweils ca. 1000 TeilnehmerInnen mobilisiert werden. Diese Veranstaltungen eignen sich insbesondere, um auch jüngere GenossInnen für die Arbeit vor Ort zu motivieren. Die Sommercamps wurden in beiden Jahren im Rahmen des *ÄNDER DAS!* – Bündnisses mit zahlreichen anderen Organisationen gemeinsam durchgeführt. Hierzu nahmen jeweils über 100 Jusos an den jeweiligen Camps teil. Auf den SPD-Bundesparteitagen der SPD waren wir Jusos aktiv. Insbesondere der geplante Arbeiterjugendtag, der im Mai 2013 in Dortmund stattfindet, stand hierbei im Mittelpunkt unserer Aktivitäten. So warben wir auf dem Bundesparteitag 2011 in Berlin mit einem interaktiven Stand mit großen Erfolg für Spenden für das Festival. Flankierend boten wir Seminare und Aktionen für Juso-Mitglieder an.

INTERNATIONALE VERANSTALTUNGEN

Das internationale Engagement ist wie in den vergangenen Jahren einer der Arbeitsschwerpunkte des Juso-Bundesverbandes. Insbesondere das Willy-Brandt-Center besuchten in beiden Jahren mehrere Delegationen sowie eine Delegation des Juso-Bundesvorstands. Auch in den Förderverein brachte sich der Juso-Bundesvorstand aktiv ein. Höhepunkte der internationalen Arbeit des Juso-Bundesverbandes waren das IUSY-Festival in Österreich und das ECOSY-Festival in Kroatien, zu denen wir jeweils mit einer großen mehrere hundert GenossInnen umfassenden Delegation anreisten. Insbesondere das IUSY-Festival in Österreich war jedoch überschattet von den Anschlägen auf unsere Schwesterorganisation AUF auf der Insel Utoya in Norwegen. Das IUSY-Festival fand nur einige Tage nach den Anschlägen statt. Es war deshalb neben erhöhten Sicherheitsmaßnahmen die schrecklichen Bilder gemeinsam mit vielen Genossinnen und Genossen aus aller Welt gemeinsam aufzuarbeiten. Auch in Deutschland selbst organisierten die Jusos in Gedenken an die Opfer zahlreiche Mahnwachen. Auf Veranstaltungen des Juso-Bundesverbandes lag zudem ein Kondolenzbuch aus. Auch virtuell boten wir über unseren Blog die Möglichkeit, sich in ein virtuelles Kondolenzbuch einzutragen. Dieses wurde von zahlreichen Juso- und Falken-Gliederungen als auch einzelnen Mitgliedern und Sympathisanten genutzt, um ihrer Trauer Ausdruck zu verleihen.



Seminar mit dem Willy-Brandt-Zentrum in Jerusalem | Foto: Jusos

Im Jahr 2012 gründeten wir gemeinsam mit zwölf weiteren jungsozialistischen Schwesterverbänden aus Europa das Bündnis *RISE UP!* Dieses Bündnis protestierte mit gemeinsamen Aktionen und Materialien gegen die einseitige Sparpolitik der europäischen Regierungen. Damit gelang es in Ansätzen, eine europäische Öffentlichkeit aus jungsozialistischer Sicht herzustellen.

WICHTIGE DISKUSSIONEN

Die Diskussionen der Jusos wurden in den Jahren 2011/2012 durch zahlreiche Themen bestimmt. Unter dem Titel *TRENDWENDE: 30 X 30 PLUS X* veröffentlichten wir nach einer intensiven Diskussion ein Steuerkonzept, mit dem wir auch in die parteiinterne Debatte eingreifen konnten. Weitere Schwerpunkte waren die richtige Krisenlösung angesichts der Eurokrise, die mit zahlreichen Bündnispartnern gemeinsame Entwicklung von politischen Alternativen zur schwarz-gelben Bundesregierung, die Auseinandersetzung mit den Thesen und um den gescheiterten Parteiausschluss von Thilo Sarrazin sowie der Kampf gegen Rechts.

MATERIALIEN

Wie in den vergangenen Jahren veröffentlichte der Juso-Bundesverband neben zahlreichen Einzelmateriale wie Flyern, Plakaten und Broschüren auch weiterhin die regelmäßigen Publikationen. Mit der sechs-

mal jährlich erscheinenden Verbandszeitschrift *UPDATE* informiert der Bundesverband seine Mitglieder über aktuelle Positionen, anstehende Termine oder neue Materialien. Hier erhalten auch die Landes- und Bezirksverbände Platz für die Berichterstattung über ihre Arbeit vor Ort und ihre internationalen Begegnungen. Viermal jährlich erscheinen die *ARGUMENTE*, welche mit wissenschaftlichen Texten als Argumentationshilfe für unsere Verbandsmitglieder dienen sollen. Beide Publikationen haben die Themensetzung 2011 und 2012 flankiert und einzelne Themenschwerpunkte mit Artikeln aufgegriffen und vertieft.

VERÄNDERTES MEDIENVERHALTEN

Auch in den Jahren 2011 und 2012 setzte sich der Bedeutungszuwachs von sozialen Medien fort. Die Jusos reagierten mit einem weiteren Ausbau ihrer Aktivitäten im Netz. Jugendliche sehen das Internet vornehmlich als Unterhaltungs- und Serviceangebot. Dies müssen wir in unserem Online-Angebot mitdenken. Die Jusos bieten deshalb, so weit möglich, Argumentations- und Servicematerial zum Download an. Das alles geschieht ohne Beschränkungen oder interne Bereiche. Der Bereich des web 2.0 ist allerdings nach wie vor hohen Schwankungen zwischen verschiedenen Portalen ausgesetzt. Erst kürzlich wurde das noch einige Jahre zuvor erfolgreiche Netzwerk studivz eingestellt. Dafür setzen sich immer mehr neue soziale Netzwerke wie zum Beispiel myspace durch. Der Juso-Bundesverband war deshalb in verschiedenen Portalen wie den VZ-Netzwerken, Facebook, Twitter, myspace oder youtube aktiv. Die Aktivitäten in den VZ-Netzwerken und auf myspace wurden aufgrund sinkender Nutzung durch die Zielgruppe mittlerweile eingestellt. Dafür verfügen wir inzwischen über Profile bei instagram und Pinterest. Wichtig ist vor allem eine aktive und partizipative Kommunikation. Wir versuchen, auf Kommentare auf unseren Seiten der Geschwindigkeit des Mediums entsprechend zu reagieren und betreiben eine möglichst offene und transparente Diskussionskultur. Meinungsäußerungen auf unseren Plattformen sind ein wichtiger Teil der Verbandsdebatte.



Kondolenztransparent auf dem IUSY-Festival 2011 in Österreich | Foto: Jusos



Aufkleber des Juso-Bundesverbands



Weiterhin erwies es sich für den Juso-Bundesverband als nützlich, dass durch die flächendeckende Vertretung von kommunalen Jusostrukturen die Möglichkeit besteht, mittels MultiplikatorInnen bundesweit die eigenen Veranstaltungen auch jenseits klassischer Medienkanäle bekannt zu machen. Fortgeführt wurde der zentrale Newsletter, der mehrere Tausend Interessierte unsere Veranstaltungen, Aktionen und Kampagnen informiert.

Bei Veranstaltungen ist immer mehr sichtbar, dass vor allem das Internet wichtig für die administrative Abwicklung der Veranstaltungen wie der Organisation von

Anmeldungen, sowie zur kurzfristigen Kampagnenbewerbung wichtig ist. Sind Veranstaltungen längerfristig planbar, ist eine Bewerbung dieser ohne Unterstützung klassischer Printmaterialien allerdings weiterhin schwieriger.

Es wird auch in Zukunft darauf ankommen, die zur Verfügung stehenden medialen Möglichkeiten effektiv einzusetzen, sich neuem Medienverhalten zu öffnen und Synergieeffekte zu nutzen. Außerdem müssen wir versuchen, frühzeitiger auf neue Trends in diesem Bereich zu reagieren und mangels ausreichender hauptamtlicher Kapazitäten auch verstärkt ehrenamtliches Know how in die Betreuung der Kanäle zu integrieren.



Der neu gewählte Juso-Bundesvorstand | Foto: Jusos

BUNDESVORSTAND

BUNDESVORSITZENDER
SASCHA VOGT seit 2010

BUNDESGESCHÄFTSFÜHRER
JAN BÖNING seit 2010

STELLVERTRETENDE VORSITZENDE

MATTHIAS ECKE
SUSANNE KASTANTOWICZ
KATHARINA OERDER
SEBASTIAN ROLOFF
BETTINA SCHULZE seit Juni 2009
JAN SCHWARZ SEIT 2010
JOHANNA UEKERMANN
JULIAN ZADO
SIMONE BURGER bis 2011
MICHAEL CLIVOT bis 2011
RALF HÖSCHELE bis 2011
MARTIN MARGRAF bis 2011
SONJA PELLIN bis 2011
SINA TIEDTKE bis 2011

■ KOOPTIERTE MITGLIEDER

IUSY-VIZEPRÄSIDENTIN
TIM SCHLÖSSER seit 2012
CORDULA DRAUTZ bis 2012

ECOSY-VIZEPRÄSIDENTIN
SYLVIA KUNZE
NILS HINDERSMANN bis 2011

WBC-VERTRETER
JAN LICHTWITZ

VERTRETERIN DER HOCHSCHULGRUPPEN
STEFAN WEGER seit 2012
MAREIKE STRAUß bis 2012

VERTRETER/-INNEN DER JUSO-SCHÜLERINNEN
JOSEFINE GEIB seit 2012
TANER ÜNALGAN bis 2012

■ **WEITERE KOOPTIERUNGEN**
NATHALIE GOLLA
WIEBKE NEUMANN

ARBEITSGEMEINSCHAFT JUSO HOCHSCHULGRUPPEN



JUSO
HOCHSCHULGRUPPEN

FÜR DAS STUDIUM DER ZUKUNFT

Die Juso-Hochschulgruppen sind der Studierendenverband der SPD an den Hochschulen. Mittlerweile über 80 aktive Hochschulgruppen im gesamten Bundesgebiet repräsentieren und gestalten die Sozialdemokratie im studentischen Umfeld. Besonders erfreulich ist die Tatsache, dass sich seit 2011 vielerorts, insbesondere auch an Fachhochschulen, neue Gruppen gründen.

Das Engagement reicht von der Vertretung in den Gremien der Selbstverwaltung der Hochschule, Beratungs- und Serviceangeboten bis

hin zu Veranstaltungen rund um hochschul- und bildungspolitische Themen. Dabei verstehen sich die Juso-Hochschulgruppen aber auch als politische Akteurinnen im gesamtgesellschaftlichen Kontext und engagieren sich über die Grenzen des Campus hinaus.

Mit ihren im Mai 2011 beschlossenen 12 *THESEN ZUM STUDIUM DER ZUKUNFT* beteiligten sich die Juso-Hochschulgruppen an der Debatte über das Leitbild der sozialen und demokratischen Hochschule als Gegenentwurf zur allseits konkurrierenden, der sogenannten unternehmerischen Hochschule. Dabei wurden Antworten auf grundsätzliche Fragen diskutiert: Welche Verantwortung hat Wissenschaft in einer demokratischen Gesellschaft? Welche Rollen haben Studierende in Hochschule und Wissenschaft? Wozu muss ein Studium befähigen und wie wollen wir lernen? Die Antworten auf diese Fragen sind der Kompass für die politische Arbeit der Juso-Hochschulgruppen und waren 2011 auch der Ausgangspunkt für die Kampagne *MASTER FÜR ALLE* oder die Kampagne zur Hochschulfinanzierung unter dem Titel *RETTUNGSPAKET FÜR STUDIERENDE*. Im Jahr 2012 nahmen sich die Hochschulgruppen mit Studienfinanzierung und studentischem Wohnraum der Themen an, die auch im Wahlkampfbjahr 2013 eine wichtige Rolle spielen werden.

Mit der Hochschulzeitung *BLATTROT* wurde in beiden Jahren ein bei vielen Studierenden bekanntes und beliebtes Medium herausgegeben und bundesweit an allen Hochschulen verteilt. Ebenso wie die *BLATTROT* ■ www.blattrot.de sind die aktuellen Beiträge des Nachfolgers der traditionsreichen Reihe der Arbeitshefte der Juso-Hochschulgruppen demnächst auch online unter ■ www.netzrot.eu zu finden. Auf dem Kongress *LINKS 2011* diskutierten Jusos und Juso-Hochschulgruppen im Dialog mit anderen Jugendverbänden und Bündnispartnern unter dem Motto *GEMEINSAM VERÄNDERN*. Dabei ist klar geworden: Fragen der Bildungspolitik sind wohl mit die wichtigsten Fragen der Zukunft.



Bildungspolitische Kongress im Juni 2012 | Foto: Juso HG

Der Bildungspolitische Kongress im Juni 2012 wurde zum wiederholten Male in Kooperation mit der AG Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion durchgeführt. Das Thema, zu dem über 150 Studierende mit VertreterInnen aus Politik, Wissenschaft und Verbänden diskutierten, lautete *WISSENSCHAFT IN DER KRISE. KRISE DER WISSENSCHAFT?*



Sommerschule | Foto: Juso HG

Die politische Bildungsarbeit des Verbandes fand maßgeblich auf den regelmäßig stattfindenden Seminarwochenenden statt. Hier wurde den Aktiven vor Ort inhaltliche Kompetenzen zu wichtigen bildungspolitischen Fragestellungen sowie das für die Arbeit vor Ort und im Verband notwendige politische Handwerkszeug vermittelt. Die jährlich stattfindende *SOMMERSCHULE* ergänzt das Veranstaltungsprogramm der Juso-Hochschulgruppen. Hier werden nicht nur zentrale Debatten geführt, sondern findet auch Verbandsentwicklung statt.

BUNDESVORSTAND

2010 – 2011

PATRICK EHINGER
JAN KRÜGER
JAKOB LOHMANN
MARIE-CHRISTINE REINERT
ANNA SCHREIBER bis Mai 2011
OLIVER SCHMOLINSKI ab Mai 2011
ANNA SPAENHOFF
MAREIKE STRAUß

2010 – 2011

PATRICK EHINGER
KATHARINA KALUZA ab Mai 2012
KILIAN KRUMM ab Mai 2012
MARIE-CHRISTINE REINERT bis Mai 2012
OLIVER SCHMOLINSKI
MARCO SCHNEIDER bis August 2012
MAREIKE STRAUß
AMINA YOUSAF

SEIT NOVEMBER 2012

NOAH FLEISCHER
KATHARINA KALUZA
KILIAN KRUMM
JÖRG MEIEROTTE
MAREIKE STRAUß
STEFAN WEGER
AMINA YOUSAF

BUNDESGESCHÄFTSFÜHRUNG

TOBIAS KEIM
März 2010 – Februar 2012
ERKAN ERTAN
März 2012 – Oktober 2012
DANIEL CHOINOVSKI
seit November 2012

Und natürlich kommt dabei das gesellige Singen von ArbeiterInnenliedern am Lagerfeuer nicht zu kurz.



ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBST AKTIV – MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN IN DER SPD



Das Netzwerk *SELBST AKTIV* organisiert Menschen mit Behinderungen, die Mitglied der SPD sind oder ihr nahestehen, in allen Ländern und Bezirken.

Die wichtigste Entscheidung für *SELBST AKTIV* in den Jahren 2011 und 2012 war die Entscheidung des SPD-Bundestagsparteitags 2011 in Berlin, das Netzwerk von Menschen mit Behinderung in der SPD in eine Arbeitsgemeinschaft im Sinne der SPD-Statuten umzuwandeln. Damit wurde ein bedeutsamer Schritt gemacht, die Verwirklichung der Inklusion von Menschen mit Behinderung in das Parteileben der SPD voranzubringen und dem bisherigen Netzwerk *SELBST AKTIV* eine organisatorische Basis für die weitere Arbeit zu geben.

Das Netzwerk *SELBST AKTIV* hat sich auch in den Jahren 2011 und 2012 aktiv in die Arbeit der SPD eingebracht. Dies gilt insbesondere für die Mitarbeit an der Arbeit des Gesprächskreises *INKLUSION UND TEILHABE* in den Jahren 2010 und 2011 und an den Beschlüssen des Parteitags 2011 zu den organisatorischen Neuerungen in der Partei.

SELBST AKTIV war maßgeblich am Positionspapier des Gesprächskreises *INKLUSION UND TEILHABE* „Von der Fürsorge zur Teilhabe – von der

Eingliederungshilfe zur Inklusion“ beteiligt, das im August 2011 vorgelegt wurde. Damit konnte *SELBST AKTIV* entscheidende Impulse für die weitere innerparteiliche Diskussion und die Entscheidungen bis hin zu den inklusionspolitischen Aussagen des Wahlprogramms 2013 geben.

Schwerpunkte der Arbeit der kommenden Jahre wird der organisatorische Aufbau von *SELBST AKTIV* als Arbeitsgemeinschaft der SPD und die Verwirklichung der Grundsätze der UN-Behindertenrechtskonvention über die Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderung innerhalb der SPD sein.

BUNDESVORSTAND

Am 3.12.2011 wurden die SprecherInnen für *SELBST AKTIV* auf Bundesebene gewählt. **KARL FINKE** (Hannover) wurde als Bundessprecher von *SELBST AKTIV* bestätigt. Zu jeweils stellvertretenden BundessprechernInnen wurden die RegionalsprecherInnen gewählt: **CHRISTINA FUCHS** aus Mainz für die Region Süd, **KARIN SARANTIS-ARIDAS** aus Berlin für die Region Ost, **HANS-GERD ADOLPHY** für die Region West und **GERWIN MATYSIAK** aus Hannover für die Region Nord.



Sprecherinnen und Sprecher von *SELBST AKTIV* treffen Hannelore Kraft am Rand des Bundesparteitags 2011 | Foto: *SELBST AKTIV*

ARBEITSGEMEINSCHAFT SCHWUSOS



zum Parteivorstand eingeladen wurde. Dennoch war das Ziel – was auch auf der Bundeskonferenz 2008 deklariert wurde – der Umwandlung in die Arbeitsgemeinschaft noch nicht erreicht.

In der Folge machten die Schwusos durch eine rege Teilnahme an aktuellen Auseinandersetzungen rund um die LGBT-Themen auf sich aufmerksam. Insbesondere durch eine intensive Pressearbeit, die von Lars Vorberger und Marco Malawasi – bis zu dessen Ausscheiden – begleitet wurde, waren die Schwusos regelmäßig im Fokus der (Partei-)Öffentlichkeit.

Die CSD-Kampagne 2010 stand unter dem Motto *VIelfALT STATT EINFALT*. Hier hatten wir das erste Mal ein durchgehend einheitliches Corporate Design, mit dem wir auf 8 CSD aufgetreten sind. Ein Riesenerfolg war der CSD-Empfang mit Fahnehissen vor dem Willy-Brandt-Haus mit Olaf Scholz.

Der Erfolg führte dazu, dass wir für 2011 planten, diese Kampagne weiter auszudehnen. Das führte im Anschluss an die Kampagne von 2010 zu diversen Gesprächen mit dem Willy-Brandt-Haus, um zu eru-

ZUSAMMEN HABEN WIR VIEL ERREICHT.

In diesen kurzen Satz kann man die erfolgreiche Arbeit des Bundesvorstands des Arbeitskreises der Lesben und Schwule in der SPD (Schwusos) in dem Berichtszeitraum 2010 bis 2012 zusammenfassen.

Schwerpunkt unserer Arbeit waren die Professionalisierung des CSD Auftritts, der Ausbau der Vernetzung der Schwusos innerhalb der SPD und außerhalb zu den relevanten Community-Gruppen sowie die strategische Vorbereitung des AG-Beschlusses auf dem Bundesparteitag 2011, sowie die hier zu fassenden Beschlüsse zur Gleichstellung der LGBT. Unser auf dem Parteitag 2009 in Dresden gestellter Antrag auf AG-Status wurde in die organisationspolitische Kommission beim Parteivorstand überwiesen. Zwar konnten wir erreichen, dass mit Ansgar Dittmar der Schwuso-Vorsitzende als ständiger Gast



Beim Hissen der Regenbogenfahne vor dem Willy-Brandt-Haus mit Ansgar Dittmar und Olaf Scholz | Foto: SPD

ieren, wie diese weitere Professionalisierung auch durch das Haus unterstützt werden kann.

Der Bundesausschuss 2011 hatte neben dem wichtigen Austausch und Abstimmungsfragen den Schwerpunkt *GESUNDHEIT UND ARBEIT*. Bei der Diskussion mit Mechthild Rawert, MdB und Knut Lambertin, DGB-Bundesvorstand hatten wir die Erwägungen der *INTERNATIONAL LABOR ORGANISATION* zum Umgang mit chronischen Krankheiten im Arbeitsleben erörtert. Die Debatte zeigte, dass im Arbeitsleben noch gegen vielfältige Formen der Diskriminierung zu kämpfen ist.

Das Ausscheiden von Detlef Gerberding aus dem Bundesvorstand führte zu einer Vakanz bei der CSD-Betreuung, die sehr kurzfristig von Georg Teichert ausgefüllt wurde. Mit enormen Engagement und sehr viel organisatorischen Geschick ist es ihm gelungen, dass die CSD-Kampagne 2011 ein Erfolg wurde. Unter dem Motto *VIELFALT STATT EINFALT* wurden diesmal sogar in 10 Städten CSD-Trucks ausgestattet und rund 5 Millionen Menschen erreicht.



In der Zwischenzeit wurde über die Vorschläge der organisationspolitischen Kommission des Parteivorstands beraten. Es gab verschiedene Ideen, wie mit den Arbeitsgemeinschaften künftig umgegangen werden sollte und ob Foren und Arbeitsgemeinschaften neu zu bilden seien. Das Ergebnis war – auch als Folge der mangelnden Einbindung der betroffenen Arbeitsgemeinschaften, dass es zu keiner Änderung kommen sollte und die Arbeitskreise, insbesondere die Schwusos, das Nachsehen haben sollten. Verschiedene Versuche, den Streit über Verhandlungen zu lösen, blieben erfolglos, so dass der Antrag die Schwusos zur Arbeitsgemeinschaft zu machen, auf dem Bundesparteitag abzustimmen war. In einer dramatischen Abstimmung konnten die Schwusos ihren Antrag, als Arbeitsgemeinschaft anerkannt zu werden, durchsetzen. Dem ging die Information voraus, dass im Rahmen der Antragsdebatte in der Redaktionskonferenz die dortigen Teilnehmer signalisierten, eine Ablehnung des Antrags befürworten zu wollen.

Hintergrund des Ablehnungsvotums war die Befürchtung von Mehrkosten, wenn weitere Arbeitsgemeinschaften gebildet werden. In einer eindringlichen Rede hob der Vorsitzende Ansgar Dittmar die Wichtigkeit der Umwandlung in eine Arbeitsgemeinschaft mit Vollrechten hervor. Wichtig ist für das Ziel, die volle Gleichstellung von Lesben und Schwulen in der Gesellschaft zu erreichen, dass auch das Zeichen nach Innen gelebt wird, dass die Schwusos auch eine Arbeitsgemeinschaft sind. Andrea Nahles zollte den Erfolgen der Schwusos in den vergangenen Jahren Respekt und nannte sie „die aktivste Arbeitsgruppe innerhalb der SPD“.

Parallel hierzu wurden die Delegierten durch gezielte Ansprache der anwesenden Schwusos sowie im Block der NRW-Delegierten durch Elfi Schoo-Antwerpes überzeugt, zum Teil gegen das Votum der Delegationsleitungen zu stimmen. Das Abstimmungsergebnis zu unserem Antrag musste dreimal (!) ausgezählt werden. Erst bei der dritten Auszählung durch die Zählkommission lag das Ergebnis vor. Der Antrag wurde mit drei Stimmen Mehrheit angenommen wurde. Ein großartiger Erfolg! Ohne die starke Unterstützung des guten Netzwerkes in den Delegationen, welches wir insbesondere in den letzten zwei Jahren haben ausbauen können, wäre dieser Erfolg nicht möglich gewesen. Besonders herauszustellen ist das Engagement von Elfi

Schoo-Antwerpes in der Delegation der NRW-SPD, das zu einem deutlichen Umschwung der Delegierten geführt hat.

Der Beschluss des Parteitags wurde mit der Entscheidung des Parteivorstands quittiert, dass neben den Schwusos auch die Arbeitskreise Migration und Selbst Aktiv zu Arbeitsgemeinschaften gemacht wurden. Eine Entscheidung des Parteivorstands, dessen Kostenfolge nicht ursächlich mit dem Beschluss des Parteitags zusammenhängt. Denn viele Delegierte machten bei den persönlichen Gesprächen deutlich, dass sie davon ausgegangen seien, dass die Schwusos – auch gerade wegen ihres aktiven Auftritts und der ausgebauten Struktur schon Arbeitsgemeinschaft seien. Insofern ist mit dem Beschluss nur etwas korrigiert worden, was die Partei überwiegend schon gelebt hat.

Neben unserem Erfolg nach fast 35 Jahren endlich Arbeitsgemeinschaft der SPD geworden zu sein, haben wir auch die Beschlusslage der SPD ein Stückweit revolutioniert. Einstimmig (!) fasste der Parteitag den Beschluss, die Ehe auch für Lesben und Schwule zu öffnen.



Ansgar Dittmar beim SPD – Bundesparteitag während seiner Rede zur Begründung des AG-Antrages | Foto: SPD

Diese Entscheidung führte dazu, dass die SPD an die Spitze der Parteien rückte, die die volle Gleichstellung von Lesben und Schwulen fordern – als einzige Volkspartei und damit wichtiger Player für die tatsächliche Umsetzung der Forderung. Dieser Beschluss bildet die Grundlage zu der aktuellen CSD-Kampagne 2012 *TRAUT EUCH....!*



Die Folge der Umwandlung von drei Arbeitskreise in Arbeitsgemeinschaften war die Debatte um die Finanzierung der Arbeitsgemeinschaften grundsätzlich zu verändern und an die Strukturen heranzugehen. Der Parteivorstand legte neue Richtlinien für die Arbeitsgemeinschaften vor, der die AGs in ein enges finanzielle wie organisatorisches Korsett zwängen sollte. Alle Arbeitsgemeinschaften wehrten sich gegen diese neuen Richtlinien. Nachdem der Streit immer weiter zu eskalieren drohte, wurde durch die Schwusos ein Kompromissvorschlag unterbreitet, der zum Ziel hatte, den Arbeitsgemeinschaften eine größere Flexibilität und Gestaltungsfreiheit zu ermöglichen. Unser Vorschlag fand letztendlich eine breite Zustimmung und wurde in der neuen AG-

Richtlinie festgelegt. Die AGs sind nunmehr bei Festlegung der Größe ihrer Vorstände sowie im Umgang mit den zur Verfügung gestellten Finanzmitteln freier. Das nunmehr beschlossene Budgetmodell hat den Vorteil, dass die gewachsenen Strukturen der Arbeitsgemeinschaften besser widerspiegelt werden – und durch das Budgetmodell haben die Arbeitsgemeinschaften ein Eigeninteresse, am sparsamen Umgang mit den eigenen Ressourcen.

Die CSD-Trucktour 2012 stand unter dem Motto *TRAUT EUCH ...!* Wir konnten erfolgreich an 11 Standorten mit dem SPD Truck die Position der SPD festigen und unsere Forderung nach Öffnung der Ehe verdeutlichen. Zudem gab es in so vielen Städten wie nie zuvor Infostände der SPD/Schwusos bei örtlichen CSDs. Ein hervorragendes Ergebnis, was wir im Bundestagswahljahr 2013 noch toppen wollen. Auf internationaler Ebene stand ebenfalls die Vernetzung innerhalb der Rainbow Rose – dem Zusammenschluss der LGBT-Gruppen der sozialdemokratischen Parteien Europas – im Mittelpunkt. Die Schwusos waren 2010 auf dem ersten EuroPride in Osteuropa in Warschau vertreten und haben auch an der *RAINBOW ROSE-KONFERENZ* teilgenommen. Ebenfalls 2011 in Rom und 2012 in London – dieses Mal *EURO* und *WORLDPRIDE* zusammen – waren die Schwusos vertreten.

Die Planung, die Rainbow Rose als offizielle Gruppe der SPE anerkennen zu lassen, bedarf einer Vereinsgründung, die leider aufgrund personeller Ausfälle noch nicht weiter vorangeschritten ist. Insgesamt konnte jedoch die Zusammenarbeit mit den Schwesterparteien intensiviert werden. Gerade mit der SoHo aus Österreich fand eine intensive Zusammenarbeit statt. Gemeinsam haben Schwusos und SoHo die jeweiligen Parteivorsitzenden gebeten, sich für eine europaweite Ausdehnung des Antidiskriminierungsgesetzes stark zu machen. Vor dem Hintergrund der neuesten Entwicklungen auf europäischer wie internationaler Ebene muss die internationale Zusammenarbeit noch weiter ausgeweitet werden.

Nachdem wir einige Bezirks- und Landesverbände inhaltlich bei der Umsetzung der Gründungsbeschlüsse und -versammlungen unterstützen konnte, sahen wir erwartungsvoll auf die Gründungsbundeskongress in Leipzig am 6. und 7.10.2012. Dort wurde ein neuer Bundesvorstand gewählt. Erstmals wurde auf der Bundeskongress im Rahmen eines World-Cafés die Schwerpunktthemen für die zweijährige Amtszeit des

BUNDESVORSTAND GEWÄHLT AUF DER GRÜNDUNGSBUNDESKONGRESS IN LEIPZIG AM 06. UND 07.10.2012

VORSITZENDER

ANSGAR DITTMAR, Frankfurt am Main

STELLVERTRETER/-INNEN

DANIEL ALFF, Schwerin

LAURA GIANNINI, Berlin

MARK TERENCE JONES, Hamburg

PETRA NOWACKI, Berlin

JULIA OSTROWICKI, Kelkheim

ARNE PLATZBECKER, Hamburg

ANDRÉ ROSTALSKI, Berlin

MICHAEL SCHRÖDER, Hannover

ULF SCHRÖDER, München

HANS-DIETER STRAUP, Eichstetten

GEORG TEICHERT, Leipzig

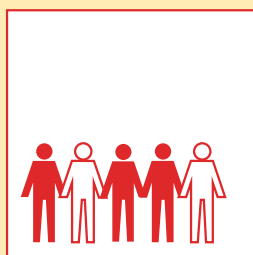
LARS VORBERGER, Marburg

MARTINA WILCZYNSKI, Potsdam

neuen Bundesvorstands herausgearbeitet. Mit diesen Schwerpunktthemen – sowie den Planungen für den Bundestagswahlkampf und die bevorstehenden Landtagswahlkämpfe – beschäftigt sich der neue Vorstand. Dabei werden als wichtigstes Mittel der Öffentlichkeitsarbeit die Christopher-Street-Day-Paraden in den verschiedenen Städten genutzt. Wir werden 2013 in 11 Städten mit einem bundesweiten Truck auftreten – dazu mit Infoständen in vielen anderen Städten.

Besonders hilfreich ist, dass die SPD in ihrem Regierungsprogramm eine klare Linie zur vollständigen Gleichstellung von Lesben und Schwulen, zur Verbesserung der Rechtsstellung von Regenbogenfamilien und von inter- und transsexuellen Menschen gewählt hat. Die Forderung nach Öffnung der Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare macht deutlich, dass 100% Gleichstellung nur mit der SPD, als einzige Volkspartei für Lesben und Schwule, möglich ist. 100% wird der Schwerpunkt unserer Kampagne werden – für den Regierungswechsel 2013.

ARBEITSGEMEINSCHAFT MIGRATION UND VIELFALT



Die auf dem Bundesparteitag im Dezember 2011 in Berlin gegründete *ARBEITSGEMEINSCHAFT MIGRATION UND VIELFALT* setzte die Arbeit des *ARBEITSKREISES NEUE INLÄNDER/-INNEN – INTEGRATION UND MIGRATION* – S. dazu Bericht auf Seite 46 in diesem Buch. – unter Leitung von **KENAN KOLAT** fort.



SPD-JAHRBUCH 2011–2012

BERICHTE – KOMMISSIONEN, FOREN, PROJEKTGRUPPEN,
GESPRÄCHSKREISE, PREISVERLEIHUNGEN

**GRUNDWERTE-
KOMMISSION****STELLUNGSNAHMEN DER
GRUNDWERTEKOMMISSION
2011–2012**

Die folgende Stellungnahmen wurden im Berichtszeitraum abgeschlossen und können entweder im Internet heruntergeladen unter ■ www.spd.de/spd_organisationen/Grundwertekommission/publikationen oder bestellt werden unter ■ www.spd.de/scalableimage-Blob/18686/data/20111101_bestellschein-data.pdf

STAATSAUFGABEN UND ZUKUNFTSVERANTWORTUNG 2011

Dieses Papier umreißt die zentralen staatlichen Aufgaben angesichts zunehmender sozialer, ökonomischer und ökologischer Herausforderungen und möchte so zu einer Neubestimmung des Staatsverständnisses für sozialdemokratische Politik einen Beitrag leisten. Dies ist nötig, nachdem über drei Jahrzehnte eine mehr oder weniger radikale Staatskritik die öffentlichen Debatten dominierte. Spätestens mit der Weltfinanzkrise wurde die Instabilität einer deregulierten globalen Ökonomie deutlich. Ohne staatlichen Ordnungsrahmen werden aber auch die künftigen Aufgaben bei sozialer Inklusion, Bildung, Gleichstellung, demografischer Wandel und Nachhaltigkeit nicht bewältigt werden können.

Die Sozialdemokratie hat dem Staat von jeher eine zentrale Rolle zugewiesen, um die gleiche Freiheit der Bürgerinnen und Bürger, um soziale Gerechtigkeit und Stabilität zu sichern. Sie steht für einen Staat, der durch die Bereitstellung öffentlicher Güter für Chancengleichheit und soziale Sicherheit sorgt und Gerechtigkeit gegenüber zukünftigen Generationen wahrt. Um die Handlungsfähigkeit des Staates zu sichern, ist es zwingend, für eine solide Einnahmehasis der öffentlichen Haushalte zur Finanzierung dieser Aufgaben auf allen staatlichen Ebenen sowie in der gesetzlichen Sozialversicherung zu sorgen.

GLEICHBERECHTIGT ZUSAMMENLEBEN.**GRUNDWERTE SOZIALDEMOKRATISCHER INTEGRATIONSPOLITIK:
DEMOKRATISCH, PLURALISTISCH UND SOZIAL 2011**

Die Stellungnahme reagiert auf die öffentlichen Debatten, die immer wieder den Fokus auf Probleme der Integration der Migrantinnen und Migranten in die deutsche Aufnahmegesellschaft richten. Dabei verläuft diese im Wesentlichen erfolgreich. Ernste Probleme, die einer

gelingenden Integration im Wege stehen, entstehen auch durch eine mangelhafte Anpassung des deutschen Bildungssystems und des Arbeitsmarktes an die Bedingungen einer Einwanderungsgesellschaft. Damit Integration gelingt, dürfen die neuen Bürgerinnen und Bürger des Landes nicht dauerhaft zu Fremden gemacht werden. Wir setzen uns ein für eine Kultur der wechselseitigen Anerkennung. So wie das vom Grundgesetz gebotene Verständnis gemeinsamer Bürgerschaft mit gleichen Rechten und Pflichten für alle verbindlich ist – und damit der gleichberechtigten Zugang aller zu den materiellen und sozialen Gütern der Gesellschaft, so haben alle kulturellen bzw. religiösen Identitäten Anspruch auf die gleiche Anerkennung ihres Wertes, sofern sie ihrerseits den anderen dieselbe Anerkennung zollen. Dies zu ermöglichen und zu garantieren ist der eigentliche Sinn der rechtstaatlichen Demokratie.

**MEHR ZEIT ZUM LEBEN – FÜR ALLE. SOZIALDEMOKRATISCHE
ANTWORTEN AUF DEN DEMOGRAFISCHEN WANDEL 2011**

Die Frage des *DEMOGRAFISCHEN WANDELS* steht seit Jahren ganz oben auf der politischen Agenda. Sie gilt neben der *GLOBALISIERUNG*, als eine der zentralen politischen Gestaltungsaufgaben.

Die Grundwertekommission hat die gesellschaftlichen Herausforderungen in Folge des demografischen Wandels zu bestimmen versucht. Um politische Antworten zu geben, schlagen wir einige sozialdemokratische Orientierungen vor. Ausgangspunkt ist eine Grundaussage des Hamburger Grundsatzprogramms: „Die Gesellschaft der Zukunft wird eine Gesellschaft des längeren Lebens sein. Da die Menschen auch länger gesund bleiben, schließt sich an das Arbeitsleben zunehmend eine dritte, ausgedehnte Lebensphase an [...]“. Daraus folgt der Grundgedanke dieses Papiers: Eine Politik für eine *GESELLSCHAFT DES LÄNGEREN LEBENS*, die das Mehr an Zeit in den individuellen Lebensverhältnissen in den Vordergrund stellt. Denn dem Faktor Zeit kommt in unserer modernen Gesellschaft eine besondere Rolle zu. Viele Menschen leiden unter Zeitknappheit, wünschen sich zeitlichen Wohlstand noch vor materiellem Wohlstand. Das mehr an Lebenszeit bietet – über den gesamten Lebensverlauf betrachtet – eine reale Chance, diesen Zeitkonflikt zu reduzieren. Eine auf den Lebensverlauf ausgerichtete Zeitpolitik wäre auch für wichtige gesellschaftspolitische Ziele wie die Verwirklichung des Kinderwunsches in Partnerschaften oder die Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland von großer Bedeutung.

**EUROPA MUSS SOZIAL UND DEMOKRATISCH WERDEN. FÜR EINE
GRUNDLEGENDE REFORM DER EUROPÄISCHEN UNION 2012**

Die Grundwertekommission der SPD hat sich angesichts der aktuellen Krise mit den programmatischen Perspektiven Europas befasst. Ziel dieses Papiers ist es, gestützt auf eine kohärente Analyse der Ursachen, eine tragfähige, Grundwerte-orientierte Programmatik sozialdemokratischer Europapolitik zu entwerfen. Denn nur eine stimmige Konzeption vertiefter Integration und demokratischer Legitimation Europa kann aus der aktuellen Krise führen.

In einer Zeit statt, in der immer neue Krisenphänomene dem Thema *EUROPA* eine so noch nie dagewesene öffentliche Aufmerksamkeit verschafften, sah sich die Kommission selbst vor die Aufgabe gestellt, diese Entwicklung ständig mit zu verarbeiten, sich neuen Fragen zu stellen und neue Aspekte zu aufzunehmen. Daher stellen unsere Schlussfolgerungen einen Ausschnitt einer fortlaufenden Prozesses dar.

Kurzfristig müssen die Auflösungstendenzen gestoppt werden, denn sie führen in die falsche Richtung und machen langfristige Lösungen unmöglich. Dafür ist ein Kurswechsel in der aktuellen Krisenpolitik dringend erforderlich. Mittel- bis langfristig müssen tragfähige Lösungen für die Reform der Europäischen Union mit einer tiefer inte-



Die TeilnehmerInnen des Symposiums im Willy-Brandt-Haus. In der Mitte, vorn: Gesine Schwan, rechts daneben: Julian Nida-Rümelin, dann Maria Rodriguez (SPE) und Thomas Meyer | Foto: SPD

grierten Eurozone in ihrem Kern erarbeitet werden. Hierfür bedarf es eines breiten gesellschaftlichen Prozesses, um die Bevölkerung an dieser Neugründung so weit wie möglich teilhaben zu lassen. Dies wird eine Kernaufgabe des nächsten Jahrzehnts sein.

WORKSHOPS DER GRUNDWERTEKOMMISSION 2011–2012

GEMEINSAME GRUNDWERTE FÜR EIN

EUROPÄISCHES PROGRAMM DER SOZIALDEMOKRATIE

Am Rande einer internationalen Tagung *GEMEINSAME GRUNDWERTE FÜR EIN EUROPÄISCHES PROGRAMM DER SOZIALDEMOKRATIE* der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 21. bis 22.10.2011 in Berlin hat die Grundwertekommission die Teilnehmer und Teilnehmerinnen zu einem Symposium am Abend des 21.10. eingeladen. Es wurde nach einer Einführung von Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien in NRW, über Grundwerte der europäischen Sozialdemokratie und ihre Bedeutung für ein Grundsatzzprogramm der Sozialistischen Partei Europas (SPE) diskutiert.

POLITIK FÜR EINE GESELLSCHAFT DES LÄNGEREN LEBENS – SOZIALDEMOKRATISCHE ANTWORTEN AUF DEN DEMOGRAFISCHEN WANDEL

Die Grundwertekommission diskutierte am 15. Oktober 2012 im Willy-Brandt-Haus mit Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion und Vertretern von Verbänden und Gewerkschaften die Ergebnisse ihrer Beratungen zum Thema, die in die Stellungnahme *MEHR ZEIT ZUM LEBEN – FÜR ALLE. SOZIALDEMOKRATISCHE ANTWORTEN AUF DEN DEMOGRAFISCHEN WANDEL* eingeflossen sind.

* Die Grundwertekommission hat sich nach dem Ordentlichen Bundesparteitag 2011 im Frühjahr 2012 neu konstituiert. Die 2011 abgeschlossenen Stellungnahmen wurden in der im Jahrbuch 2009 – 2010 angegebenen Zusammensetzung erarbeitet.

GRUNDWERTEKOMMISSION BEIM PARTEIVORSTAND DER SPD *

VORSITZENDER

PROF. DR. JULIAN NIDA-RÜMELIN

HUBERTUS HEIL, MdB

NICOLETTE KRESSL, MdB

NATASCHA KOHNEN, MdB

STELLV. VORSITZENDE

PROF. DR. THOMAS MEYER

DR. ERNST D. ROSSMANN, MdB

PROF. DR. GESINE SCHWAN

DR. EVA-MARIA STANGE, MdB

DR. h.c. WOLFGANG THIERSE, MdB

WOLFGANG TIEFENSEE, MdB

MITGLIEDER

PROF. DR. MARTIN ALLESPACH

BERATENDE MITGLIEDER

BJÖRN BÖHNING

PROF. DR. VOLKER GERHARDT

DR. CLAUDIA BOGEDAN

PROF. DR. ANKE HASSEL

PROF. DR. CHRISTINE FÄRBER

PROF. DR. GUSTAV HORN

GERNOT GRUMBACH

PROF. DR. WOLFGANG MERKEL

DR. DIERK HIRSCHER

PROF. DR. MATTHIAS MÖHRING-HESSE

WOLFGANG JÜTTNER

DR. HENNING MEYER

DR. HENNING MEYER

DR. ELIF ÖZMEN

MICHAEL MÜLLER

PROF. DR. WOLFGANG SCHROEDER

KERSTIN ROTHE

PROF. DR. ROSEMARIE WILL

DR. NINA SCHEER

CHRISTINA SCHILDMANN

PROF. DR. HERMANN SCHWENGEL **EHRENMITGLIEDER**

PROF. DR. JOHANO STRASSER

DR. ERHARD EPPLER

KORRESPONDIERENDE

MITGLIEDER

DORIS BARNETT, MdB

SEKRETÄR

DR. HANS-PETER BARTELS, MdB

DR. HANS MISSELWITZ

HISTORISCHE KOMMISSION

Die Arbeit der Historischen Kommission, die durch den Neuberufungsprozess nach dem letzten Parteitag beeinträchtigt war, hatte ihren Hauptschwerpunkt im Berichtszeitraum in der Vorbereitung und Durchführung von Aktivitäten im Hinblick auf das 150-jährige Parteijubiläum. Daneben beteiligte sie sich an der geschichtspolitischen Diskussion des Deutschen Bundestags und des Europäischen Parlaments.

Die Kommission entwickelte für den Parteivorstand eine ganze Reihe von Vorstellungen zum Parteijubiläum, etwa für die Planung einer größeren Ausstellung. Umgesetzt wurde – zusammen mit dem Kulturforum und der Grundwerte-Kommission – eine von der Historischen Kommission konzipierte Veranstaltungsreihe mit den Themen:

VORSITZENDER DER HISTORISCHEN KOMMISSION
PROFESSOR DR. BERND FAULENBACH

Die Kommission entwickelte für den Parteivorstand eine ganze Reihe von Vorstellungen zum Parteijubiläum, etwa für die Planung einer größeren Ausstellung. Umgesetzt wurde – zusammen mit dem Kulturforum und der Grundwerte-Kommission – eine von der Historischen Kommission konzipierte Veranstaltungsreihe mit den Themen:

- *WIR UND DIE ANDEREN – ÜBER SOZIALDEMOKRATISCHE IDENTITÄT IM WANDEL*
- *DIE ZÄHMUNG DES KAPITALISMUS ALS AUFGABE DER POLITIK GESTERN UND HEUTE*
- *GLEICHHEIT UND UNGLEICHHEIT – ALTE UND NEUE DIMENSIONEN DER SOZIALEN FRAGE*
- *VON DER VERSAMMLUNGS- ZUR INTERNETDEMOKRATIE.*

In Regie der Historischen Kommission durchgeführt wurde am 15. November 2012 die Diskussionsveranstaltung mit dem Parteivorsitzenden und einem Podium zum Thema *LINKS UND FREI – WAS MACHT DIE SOZIALDEMOKRATISCHE IDENTITÄT AUS?* Die Kommission hat im Hinblick auf das Parteijubiläum das Konzept sozialdemokratischer Erinnerungsorte in verschiedene Kontexte der Partei und in ihr Umfeld induziert. Ergebnis eigener Bemühungen ist der von der Kommission erarbeitete, von Bernd Faulenbach und Andreas Helle herausgegebene Sammelband *MENSCHEN, IDEEN, WEGMARKEN. AUS 150 JAHREN DEUTSCHER SOZIALDEMOKRATIE*. Erarbeitet wurde auch eine erweiterte Neuauflage des Gedenkbuches *DER FREIHEIT VERPFLICHTET* – beide Bände erschienen im Vorwärtsverlag. Die Historische Kommission hat die geschichtspolitischen Diskussionen auf den verschiedenen Ebenen im Berichtszeitraum begleitet, so z. B. Stellung genommen zu Anforderungen an historische Auftragsforschung von Bundestag und Bundesregierung (zur Kontinuitäts- bzw. Diskontinuitätsfrage der Ministerien und anderer Einrichtungen von der NS-Zeit zur Nachkriegszeit oder zur Novellierung der Gedenkstättenkonzepte in Bundesländern sich geäußert, insbesondere aber sich mit der geschichtspolitischen Debatte auf der europäischen Ebene (u. a. mit dem Konzept eines Hauses der europäischen Geschichte) beschäftigt.

Die Historische Kommission, deren Arbeitsausschuss 2011 und 2012 vierteljährlich getagt hat, versucht, die vielfach ausschließlich präsentistische Diskussion um eine Prozessdimension zu erweitern. So hat sie z. B. im Dezember 2011 die gegenwärtige Krise in eine historische Dimension gerückt, indem sie diese an Hand von Thesen Jürgen Kockas mit früheren Krisen verglichen und nach Lernprozessen daraus gefragt hat.

**MEDIEN-
KOMMISSION****ZIELE SOZIALDEMOKRA-
TISCHER MEDIENPOLITIK**

Die Digitale Welt verändert die Gesellschaft und alle Lebensbereiche. Die Digitalisierung und das Internet bieten enorme Potenziale für

Innovation, Emanzipation und Demokratisierung. Die digitale Gesellschaft ist global, sie ist eine Weltgesellschaft, sie macht nicht Halt an nationalen Grenzen. Für die SPD stehen die Gestaltung der digitalen Welt, ihre Demokratisierung und der Erhalt der Meinungsvielfalt im Mittelpunkt. Uns ist der Zugang zum Internet, als demokratisches Bürgerrecht wichtig. Netzpolitik ist für uns Gesellschaftspolitik und das politische Gestaltungsinstrument für die digitale Welt.

Die Gestaltung unserer Medienordnung ist im Wesentlichen Ländersache. Wir sehen darin eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, eine plurale und leistungsfähige Öffentlichkeit zu gewährleisten. Deshalb sichern wir in Zusammenarbeit von Bund und Ländern die notwendigen Rahmenbedingungen.

Sozialdemokratische Medienpolitik achtet die Freiheit der Medien und gibt deshalb selbst- und koregulativen Lösungen Vorrang vor gesetzlichen Regelungen. Wir halten an der dualen Rundfunk- und Medienordnung der Bundesrepublik fest, indem wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk stärken und für angemessene Rahmenbedingungen für den kommerziellen Rundfunk sorgen.

NEUE FORMEN DER ARBEIT HABEN SICH BEWÄHRT

Um diesen Ansprüchen und Herausforderungen nicht nur inhaltlich, sondern auch organisatorisch gerecht zu werden, hat die Medienkommission die Arbeit auf vier Säulen verteilt und einen Geschäftsführenden Vorstand mit dem Vorsitzenden der Medienkommission Marc Jan Eumann und den Sprechern der vier Säulen eingerichtet.

Diese Arbeitsform hat sich bewährt. Die Bundestagsfraktion ist genauso wie die Fraktion im Europäischen Parlament und die Länder beteiligt.

1. Medienpolitik (Sprecher Staatssekretär Marc Jan Eumann)
2. Netzpolitik und digitale Gesellschaft (Sprecher Staatssekretär Björn Böhning und Lars Klingbeil, MdB)
3. Digitale Infrastruktur (Sprecher Martin Dörmann, MdB)
4. Film und Filmwirtschaft (Sprecherin Angelika Krüger-Leißner, MdB)

BESCHÄFTIGUNGSSCHWERPUNKTE

- Rundfunkänderungsstaatsvertrag
- Medienanstalt der Länder
- Crossmediale Medienkonzentration
- Pressefusionskontrolle
- Anreizregulierung
- Zukunft Qualität des Journalismus
- Vielfaltsicherung
- Urheberrecht
- Leistungsschutzrecht
- Zukunft Presso Grosso
- Hybridfernsehen
- Datenschutz
- Filmförderungsgesetz

BUNDESPARTEITAG 2011

Für den Bundesparteitag gab es zahlreiche Anträge der Medienkommission. Mit dem Leitantrag *FREIHEIT, GERECHTIGKEIT UND SOLIDARITÄT IN DER DIGITALEN GESELLSCHAFT*, der sich mit den Entwicklungen der *DIGITALEN GESELLSCHAFT* beschäftigt, will die SPD signalisieren, dass ein Hochgeschwindigkeitszugang für alle und Netzneutralität notwendig sind. Ein weiterer Antrag *NETZNEUTRALITÄT IM INTERNET GEWÄHRLEISTEN – GEGEN DISKRIMINIERUNG, FÜR TEILHABE UND TRANSPARENZ* unterstützt diesen Ansatz und formuliert die Ziele, Teilhabe, gleichen Zugängen, Datenschutz und Sicherheit für alle zu gewährleisten. Ein weiterer Antrag *SCHNELLES INTERNET FÜR ALLE – FÜR EINE FLÄCHENDECKENDE BREITBANDVERSORUNG* sichert dieses Ziel im Sinne von Infrastruktur ab. Es geht darum, dass kurzfristig die flächendeckende Grundversorgung verwirklicht wird und zum anderen Impulse für eine dynamische Entwicklung gesetzt werden, damit der Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen weiter beschleunigt wird.

AUSBLICK 2013

Im Jahr 2013 wird sich die Medienkommission vorwiegend mit netzpolitischen Themen beschäftigen. Dazu gehören Fragen nach der Wirkungsweise und den Veränderungspotenzialen von sozialen Netzwerken für die Kommunikation und die Lebenswelt der Menschen. Die Medienkommission interessiert ebenfalls, wer das Netz „regiert“ und wie Regulierung funktioniert.

**MEDIENKOMMISSION
BEIM PARTEIVORSTAND DER SPD**

VORSITZENDER
MARC JAN EUMANN

TOBIAS DÜNOW
ERNST ELITZ
DR. MATTHIAS ESCHÉ

**GESCHÄFTSFÜHRENDER
VORSTAND**

MARC JAN EUMANN

Medienpolitik
BJÖRN BÖHNING

Netzpolitik

MARTIN DÖRMANN

MdB, Digitale Infrastruktur-
politik

PETRA KAMMEREVERT

MdEP, Bereich Europa

OLAF SCHOLZ

MdB, Bereich Bund, bis März
2011 CHRISTINE LAMBRECHT
MdB, Bereich Bund, ab März
2011

MARTIN STADELMAIER

Bereich Bundesländer

ANGELIKA KRÜGER-LEISSNER,
MdB, Bereich Film

KATRIN GAERTNER
PAUL LEO GIANI
DIETER GORNY
HANS ERNST HANTEN
PETER HUFÉ

KARIN JUNKER
THOMAS KLEIST
LARS KLINGBEIL, MdB

MICHAEL KONKEN
MARCEL MACHILL
SIEGMAR MOSDORF

ANDREA NAHLES

RÜDIGER OPPERS

UWE PARPAT

GERHARD SCHAAS
THOMAS SCHELLBERG

GUIDO SCHMITZ

MARTIN STADELMAIER

JOCHEN SUCHAN

GERD WALTER

ANDREAS-PETER WEBER, MdB

**MITGLIEDER
UND STÄNDIGE GÄSTE**

CLEMENS APPEL

ERIK BETTERMANN

NORBERT BICHER, FES

CARSTEN BROSDA

Die medienpolitischen
SprecherInnen der Bundesländer
sind ebenfalls Mitglieder.

KOMMISSION GLEICHSTELLUNGS- POLITIK

Die Kommission Gleichstellungspolitik des SPD-Parteivorstands setzt sich aus Mitgliedern verschiedener SPD-Ebenen zusammen und zieht externe Expertinnen aus FES, Fraktion, Gewerkschaften, kommunaler Gleichstellungspolitik hinzu.

Die Kommissionsmitglieder geben wichtige Impulse für die inhaltliche Arbeit der Partei. Die Kommission tagte im Jahr 2011 viermal.

Anfang 2011 legte der Parteivorstand den Entwurf für ein SPD-Fortschrittsprogramm vor. Die Kommission Gleichstellungspolitik wurde gebeten, hierzu einen Beitrag zum Thema Frauen und Gleichstellungspolitik zu erstellen. In mehreren Sitzungen wurde am gleichstellungspolitischen Kapitel zum Fortschrittsprogramm weitergearbeitet. U.a. flossen Impulse der SPD-Bundestagsfraktion ein – Christel Humme: „Ohne konsistente Gleichstellungspolitik gibt es keinen Fortschritt“. Im Rahmen des Projektes Zukunft der SPD-Bundestagsfraktion wurde das Thema Gleichstellung von Christel Humme und Caren Marks bearbeitet, so dass ein enger Austausch möglich war.

Intensiv begleitete die Kommission die Organisationspolitische Debatte der SPD im Sommer 2011 aus frauenpolitischer Sicht. Zum Thema Junge Frauen in der SPD berichteten Nancy Haupt und Melitta Kühnlein über ihre Erfahrungen und Vorhaben.

Einen sehr guten Austausch gab es mit der Bundesministerin für Frauen und öffentlichen Dienst der Republik Österreich und Bundesfrauenvorsitzende der SPÖ am 21.9.2011.

Im Vorfeld des Bundesparteitags 2011 gab die Kommission Anregungen zum Antrag *GLEICHSTELLUNG JETZT! GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT – PARTNERSCHAFTLICHKEIT – FORTSCHRITT*, der vom Berliner Parteitag im Dezember 2011 beschlossen wurde.

Ein weiteres Thema war die Weiterarbeit am Thema Parité-Gesetz. Hierzu setzte die Kommission eine Arbeitsgruppe ein. Deren Anregungen flossen in einen Antrag der ASF zum Bundesparteitag im Dezember 2011 ein (*ANWENDUNG VON VORGABEN ZUR GESCHLECHTERPARITÄT (PARITÉ) AUCH BEI WAHLEN IN DEUTSCHLAND*). Der Antrag wurde an die SPD-Bundestagsfraktion und an den Parteivorstand überwiesen mit der Maßgabe, eine Arbeitsgruppe des Parteivorstands einzusetzen. Der Parteivorstand setzte Anfang 2012 eine Projektgruppe *GESCHLECHTERPARITÄT BEI WAHLEN* unter der Leitung von Elke Ferner und Michael Groschek, damals Generalsekretär der NRWSPD, ein.

KOMMISSION GLEICHSTELLUNGSPOLITIK DES SPD-PARTEIVORSTANDS STAND SEPTEMBER 2011

VORSITZENDE

ELKE FERNER, MdB – Mitglied SPD-Parteivorstand und SPD-Präsidium, ASF-Bundesvorsitzende

MITGLIEDER

EDELGARD BULMAHN, MdB – Mitglied SPD-Parteivorstand

GABI DOBUSCH – Stellvertretende Vorsitzende

der SPD-Bürgerschaftsfraktion Hamburg

CHRISTEL HUMME, MdB – stellvertretende Vorsitzende

des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend der SPD-Bundestagsfraktion

ANNE JENTER – Mitglied des Geschäftsführenden

Hauptvorstands der GEW, Bereich Frauenpolitik

KARIN JUNKER – Mitglied des Vorstands des Ständigen

Ausschusses Frauen der Sozialdemokratischen Partei Europas SPE

JUDITH KERSCHBAUMER – Leiterin des Bereichs Sozialpolitik in der ver.di-Bundesverwaltung

CAREN MARKS, MdB – SPD-Bundestagsfraktion, Sprecherin

der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend

AYDAN ÖZOĞUZ, MdB – Integrationsbeauftragte

der SPD-Bundestagsfraktion

BRIGITTE PLEß – Mitglied SPD-Parteirat

BETTINA SCHULZE – Stellvertretende Juso-Bundesvorsitzender

DR. ANGELICA SCHWALL-DÜREN – Mitglied SPD-Parteivorstand

MANUELA SCHWESIG – Stellvertretende Parteivorsitzende der SPD, Ministerin für Soziales und Gesundheit des Landes Mecklenburg-Vorpommern

DR. BARBARA STIEGLER – Friedrich Ebert Stiftung

Leiterin des Arbeitsbereiches Frauen und Geschlechterforschung

INGE WETTIG-DANIELMEIER – ehemalige Schatzmeisterin

der SPD, ehemalige ASF-Bundesvorsitzende

ANJA WEUSTHOFF – DGB-Bundesvorstand, Leiterin des

Bereichs Frauen- und Gleichstellungspolitik

DAGMAR ZIEGLER – Stellvertretende Vorsitzende

der SPD-Bundestagsfraktion

MITARBEITERINNEN SPD PARTEIVORSTAND

Britta Erfmann

Bettina Martin

GAST

CARMEN MUÑOZ-BERZ – Gleichstellungsbeauftragte Stadt

Waldbröl, Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) kommunaler Frauenbüros

Der Parteivorstand beschloss auf seiner Jahresauftaktklausur 2012, die Kommission Gleichstellungspolitik nicht fortzuführen. Daher beschränkt sich der Bericht auf das Jahr 2011.

BUNDESSCHIEDS- KOMMISSION

Die Bundesschiedskommission hat in den Jahren 2011–2012 insgesamt 11 Verfahren bearbeitet:

- 6 Parteiordnungsverfahren
- 2 Statutenstreitverfahren und
- 1 Wahlanfechtungsverfahren
- sowie 2 sonstige Verfahren.

Die sechs Parteiordnungsverfahren richteten sich jeweils gegen ein Parteimitglied, mit Ausnahme des vierten Verfahrens, in dem es sechs Parteimitglieder betraf.

Die Bundesschiedskommission hat wie folgt entschieden:

- Im ersten Verfahren wurde die Berufung des Antragsgegners gegen die Entscheidung der Landesschiedskommission zurückgewiesen. Somit wurde der Parteiausschluss rechtskräftig.

- Im zweiten Verfahren wurde die Berufung des Antragsgegners gegen die Entscheidung der Landesschiedskommission zurückgewiesen. Somit wurde der Parteiausschluss rechtskräftig.
- Im dritten Verfahren wurde der Antrag durch eine gütliche Einigung im Verfahren 5/2010/P gütlich beigelegt und durch Rücknahme für erledigt erklärt.
- Im vierten Verfahren wurde die Säumnisbeschwerde gemäß § 6 Abs. 5 SchiedsO für erledigt erklärt, da die Vorinstanz (Landesschiedskommission) inzwischen entschieden hatte. Ein Rechtsmittel gegen diese Entscheidung wurde nicht eingelegt.
- Im fünften Verfahren wurde die Berufung der Antragsgegner zurückgewiesen. Somit wurde der Parteiausschluss rechtskräftig.
- Im sechsten Verfahren wurde die Berufung des Antragsgegners zurückgewiesen. Somit wurde der Parteiausschluss rechtskräftig.

GRÜNDE FÜR DIE PARTEIORDNUNGSMASSNAHMEN WAREN u.a.:

VERSTÖßE GEGEN DIE GRUNDSÄTZE DER PARTEI DURCH:

- Schädliches Verhalten gegenüber der Verantwortlichen in der SPD im Zusammenhang mit dem gegen ihn geführten Ermittlungen der Staatsanwaltschaft.
- Parteischädigende Veröffentlichungen auf der Homepage eines Vereins.
- Neugliederungsentscheidung des Antragsgegner sowie seiner Äußerungen zur Nominierung eines parteilosen Bewerbers, welche schwerwiegende Folgen für den Ortsverein und den Bürgermeisterwahlkampf gehabt haben soll.
- Säumnisbeschwerde wurde gemäß § 6 Abs. 5 SchiedsO eingelegt,

da in der Vorinstanz zwischen Berufungseinlegung und dem Termin zur mündlichen Verhandlung mehr als 1 ½ Jahre lagen.

- Die Antragsgegner traten aufgrund von Streitigkeiten aus der Fraktion im Stadtverband aus und gründeten eine neue Fraktion.
- Der Antragsgegner trat aus der Fraktion aus, gründete eine neue Fraktion und warb weitere SPD-Mitglieder für diese an.

IN DEN ZWEI STATUTENSTREITVERFAHREN GING ES:

- um einen Antrag auf Anordnung von Neuwahlen.
- um einen Antrag auf Feststellung, dass der Beschluss des Unterbezirksvorstands über die Neuordnung des beteiligten Mitgliedes zu einem Ortsverein unwirksam ist.

IN DEM EINEN WAHLANFECHTUNGSVERFAHREN WURDEN DAS RECHTMITTEL BZW. DER ANTRAG ZURÜCKGEWIESEN. GRUND HIERFÜR WAR:

- Die Delegiertenwahl war nicht fehlerhaft. Der Antrag war schon aus formellen Gründen als unzulässig zurückzuweisen, da die notwendige Zahl von Anfechtungsberechtigten nach § 11 Abs. 2 c WahlO nicht erreicht worden ist.

DIE ZWEI SONSTIGEN VERFAHREN BETRAFEN FOLGENDE BEREICHE:

- Im ersten Verfahren wurde Beschwerde wegen der Besetzung des Präsidiums auf einem Parteitag eines Stadtverbandes sowie die Ablehnung eines Initiativantrages eingelegt.
- Im zweiten Verfahren wurde Säumnisbeschwerde wegen Nichtbefassung eines Einspruchs gegen die Abwahl auf Unterbezirks- und Landesverbandsebene eingelegt.

STATISTIK DER BUNDESSCHIEDSKOMMISSION

ENTHÄLT ALLE SEIT DEM 01.01.2011- ENDE 2012 ENTSCIEDENEN BZW. ANHÄNGIGEN VERFAHREN

VERF. NR. (POV)	ANZAHL AG	BERUFUNG UNZULÄSSIG VERWORFEN	BERUFUNG / ANTRAG ZURÜCKGEWIESEN	AUSSCHLUSS	RUHEN ALLER RECHTE FÜR 3 JAHRE	RUHEN ALLER RECHTE FÜR 2 JAHRE	RUHEN ALLER RECHTE AUF TAG BEFRISTET	FUNKTIONSVERBOT MIT DATUM BEFRISTET	FUNKTIONSVERBOT 1 JAHR	AUSSETZUNG DES VERFAHRENS	EINSTELLUNG DES VERFAHRENS	ZURÜCKVERWEISUNG AN VORINSTANZ ZUR SACHAUFLÄRUNG	ZURÜCKNAHME DER BERUFUNG, ENTSCHEIDUNG LSK UNANFECHTBAR	NOCH NICHT ABGESCHLOSSEN ENDE BERICHTSZEITRAUM 31.12.2012
1/2011/P	1	x	x											
2/2011/ST	1										x*			
3/2011/P	1	x	x											
4/2013/ST	1										x**			
5/2013/P	1										x**			
6/2011														
1/2012/P	1										x***			
2/2012/P	6	x	x											
3/2012/P	1	x	x											
4/2012/WA		x												
5/2012		x												
11		0	7	4	0	0	0	0	0	0	4	0	0	0

* Durch Rücknahme der Berufung.

** Wurde durch gütliche Einigung im Verfahren 5/2010/P für erledigt erklärt.

*** Die Säumnisbeschwerde erledigte sich durch die Entscheidung der Landesschiedskommission. Gegen diese Entscheidung wurde kein Rechtsmittel eingelegt.

GESPRÄCHSKREIS WOHNUNGSBAU UND STADT- ENTWICKLUNG

Der neu ins Leben gerufene Gesprächskreis Wohnungsbau und Stadtentwicklung unter der Leitung von Florian Pronold trat 2012 zweimal zusammen, um sich vornehmlich den Themenkomplexen **ZUKUNFT DER STADTENTWICKLUNGSPOLITIK** und **BEZAHLBARKEIT**

DES WOHNENS zu widmen. Dabei trugen die Diskussionen der Tatsache Rechnung, dass sich in den Städten die aktuelle gesellschaftlichen Herausforderungen und die zukünftigen Potenziale gleichermaßen konzentrieren – eine Feststellung, die für die Großstädte und Metropolregionen ebenso gilt wie für kleine und mittlere Städte des ländlichen Raums.

Die Beratungen konzentrierten sich wesentlich auf die Fragestellungen, welche grundsätzlichen Weichenstellungen bei der Fortentwicklung der Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik im Zuge des demografischen Wandels und des Klimawandels erforderlich seien, welche Leistungen die staatlichen Ebenen im Verbund zukünftig realistisch erbringen und welche Konzepte, Strategien und Maßnahmen den sozialen Zusammenhalt in den Städten sichern können. Die Zukunft der Städtebauförderung des Bundes und der Länder wurde vor allem in der Weiterentwicklung des Programms **SOZIALE STADT** als einem strategischen Leitprogramm im Rahmen einer integrierten Stadtentwicklungspolitik identifiziert.

Die Debatte über die künftige Ausrichtung der Wohnungspolitik fand vor dem Hintergrund der Erkenntnis statt, dass die Wohnungspolitik aller föderalen Ebenen vor der großen Herausforderung stehe, der Differenziertheit der regionalen Wohnungsmärkten wirkungsvoll begegnen zu können. Dabei müsse der Sicherung der Wohnraumversorgung für Menschen mit niedriger Wohnkaufkraft in Ballungsräumen und angespannten Wohnungsmärkten Vorrang eingeräumt werden, wozu neben ordnungsrechtlichen Maßnahmen auch die Ankurbelung des Neubaus zählen müsse.

In einer vertieften Diskussion um die Zukunft der energetischen Gebäudesanierung im übergeordneten Rahmen einer energetischen Stadtsanierung wurde die Konzentration auf wirksame Maßnahmen in der Breite bei gleichzeitigem Verzicht auf überhöhte Standards betont – mit Blick auf die Energieeinspar- und Effizienzpotenziale und die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum auch für mittlere und untere Einkommensgruppen gleichermaßen.

MITGLIEDER DES GESPRÄCHSKREISES WOHNUNGSBAU & STADTENTWICKLUNG

SÖREN BARTOL, MdB

SABINE BÄTZING-LICHTENTHÄLER, MdB

PROF. DR. KLAUS J. BECKMANN,

Geschäftsführer Deutsches Institut für Urbanistik

LUTZ FREITAG

MICHAEL GROß, MdB

MICHAEL HALSTENBERG

BETTINA HARMS-GOLDT

GESINE KORT-WEIHER

DR. HOLGER KRAWINKEL

ULRIKE MASCHER

INGRID MATTHÄUS-MAIER

ULRICH PFEIFFER

FLORIAN PRONOLD, MdB

PETER ROHLAND

BERND SCHEELLEN, MdB

LUKAS SIEBENKOTTEN

DR. MANFRED STERNBERG

ANNA STRATMANN

SUSANNE TATJE (Gast)

REINHARD THIES

JÖRG VOGELSÄNGER

DR. JOACHIM WEGE,

Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen

KLAUS WIESEHÜGEL

MARTIN ZUR NEDDEN

KULTURFORUM DER SOZIAL- DEMOKRATIE

KULTURPOLITIK IM KRISENHAFTEN UMBRUCH

„Kunst ist das, was Welt wird, nicht was Welt ist.“ *Karl Kraus*

„Kultur ist keine Aufgabe unter fernem Liefen. Kunst und Kultur zu fördern muss zu den Kernaufgaben aller staatlichen Ebenen gehören.“ *Johannes Rau*

Von Beginn waren die Aufgaben klar umrissen: „Das Kulturforum setzt sich für künstlerische und intellektuelle Belange besonders ein, trägt zur Erweiterung des Sachverständnisses der SPD in kulturpolitischen Fragen bei und bietet sich als respektabler Ansprechpartner für engagierte Personen oder Gruppen aus dem Kulturleben an.“ Das Kulturforum beim SPD-Parteivorstand versteht sich eben umfassender, als ein Referat Bundeskulturpolitik mit kulturpolitischem Veranstaltungsmanagement – auch wenn es dies in gewisser Weise ebenfalls ist. Das Kulturforum bezieht seine besondere Berechtigung seit sei-

ner Gründung 1983 durch Willy Brandt und Peter Glotz daraus, dass der kluge und kreative Geist irgendwie links steht. Das galt auch 28 und 29 Jahre später noch, trotz manch gewandeltem Kulturdiskurs und trotz neuer Angriffe auf den Kulturstaat, 2012 vor allem unter der marktradikalen Parole vom **KULTURINFARKT**. Denn gleichzeitig haben die sichtbaren Folgen der Finanzmarkt- und Europakrise die



Veranstaltung **STADT BRAUCHT KULTUR**, 28.5.2011, Hannover
Foto: Kulturforum

Haltung postmoderner Beliebigkeit („lechts und links/kann man nicht verwechseln/werch ein iltum“, Ernst Jandl) offenbar zurückgedrängt. Die neue soziale Umverteilung, wie sehr in Deutschland und erst recht in Europa die Armen ärmer und die Reichen reicher wurden, macht wieder mehr Kulturschaffende ansprechbar für Gerechtigkeitsthemen und existenzielle Zukunftsfragen.



PHILOSOPHIE UND POLITIK mit Sigmar Gabriel, Wang Hui und Thomas Meyer – **DIE GLEICHHEIT NEU DENKEN.** | Foto: Thomas Trutschel

Doch konnte es keine Rückkehr zur Selbstverständlichkeit des Schulterschlusses von Künstlern und Intellektuellen mit der SPD geben. Diese besondere Nähe hatte einst mit dem Muff der Adenauerjahre zu tun, mit dem Charisma von Willy Brandt, mit der Ost- und Entspannungspolitik und damit, dass der Demokratische Sozialismus als äußerst attraktive Vision wirkte.

Heute ist die SPD nur noch stärkste Partei einer zersplitterten Linken. Heute macht Parteiendistanz auch vor Kulturszenen und kritischen Milieus Bessergebildeter nicht halt. Heute legen sich gerade jüngere Kulturschaffende seltener prinzipiell fest. Vertrauen und Glaubwürdigkeit fallen nicht vom Wahlkampfhimmel. Um Sympathien muss – eine der Kernaufgaben des Kulturforums – immer wieder neu gerungen werden.

Was dann überraschend gut gelingt, wenn sich kontinuierliche persönliche Kontakte entwickeln, wenn eine offene, diskursive Atmosphäre entsteht, wenn das Zuhörenkönnen und wertorientierte Argumentation zusammenkommen. Natürlich waren auch Spannungsbögen auszuhalten – sei es zur radikalen Kulturkritik, etwa des Literaturwissenschaftsprofessors Joseph Vogl (*DAS GESPENST DES KAPITALISMUS*) oder zur grundsätzlichen Kapitalismuskritik, etwa des Schriftstellers Ingo Schulze (*GEGEN DIE MARKTKONFORME DEMOKRATIE – FÜR DEMOKRATIEKONFORME MÄRKTE*). In gewisser Hinsicht dienten viele Begegnungen auch der Vorbereitung, eine Ansprache als Unterstützer im Bundestagswahlkampf zu ermöglichen.

Das Kulturforum beschäftigte sich mit weiteren Kulturthemen im umfassenden Sinne. Besonders herausgehoben sei die zwölfte Fortsetzung der vom stellvertretenden Vorsitzenden des Kulturforums, Julian Nida-Rümelin, betreuten Reihe *PHILOSOPHY MEETS POLITICS*. Im Dialog mit einem führenden chinesischen Intellektuellen – zwischen Wang Hui und Sigmar Gabriel – gelang ein wahrlich globaler Zukunfts- und Demokratiediskurs. Ein weiterer Themenschwerpunkt lag immer wieder in der Geschichtspolitik, von der Auseinandersetzung mit *ACHTUNDSECHZIG* bis hin zu zahlreichen Veranstaltungen des Gedenkens und der Aufarbeitung des Naziterrors.

Gerade in solch grundsätzlichen Fragen zur kulturellen Entwicklung und zu den Ideen sozialer Demokratie liegt ein Schwerpunkt des Meinungsaustausches. Das Kulturforum kümmert sich über Wählerinitiativen, Aufrufe und Unterstützertreffen hinaus darum, *GEIST UND MACHT* zusammenzubringen und trägt dazu bei, die Sozialdemokra-

tie neuen künstlerischen wie intellektuellen Impulsen auszusetzen. Es versteht sich – auch innerparteilich – als Lobby von Kunst und Kultur.

Auch die Schärfung der kulturpolitischen Programmatik im eigentlichen Sinne wurde im intensiven Dialog mit Künstlern und Kreativen, sowie mit den Kulturverbänden erarbeitet. Diese dialogische Öffnung gewann gerade im Berichtsraum neue Qualität, sei es beim Impulspapier des SPD-Parteivorstands *KULTUR UND DIGITALE GESELLSCHAFT*, bei den Beratungen zur Rettung und Reform des Urheberrechts, oder beim sogenannten Kreativpakt der SPD-Bundestagsfraktion, der sich besonders der Förderung der Kreativwirtschaft widmete. An all diesen Prozessen, die auch Vorarbeiten waren zur Kulturprogrammatik für die Bundestagswahl 2013, war das Kulturforum aktiv beteiligt.

Es hat mit der jahrzehntelangen Arbeit des Kulturforums zu tun, dass Kulturpolitik mittlerweile als Politikfeld ernst genommen wird. Kultur findet heute – von der Internetseite www.kulturundpolitik.de über die kulturellen Events des Vorwärts-Verlages oder die Veranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung bis hin zu Ausstellungen des des Freundeskreises Willy-Brandt-Haus e.V. – in vielen parteinahen Bereichen statt. Besondere Aufgaben des Kulturforums bleiben. Neben der kommunikativen Pflege kritisch-solidarischer Gesprächspartner aus Kunst und Kultur ist dies vor allem die kulturpolitische Programmatik und deren Koordinierung, sowie die Förderung und Vernetzung der rund 35 unabhängigen Regionalen Kulturforen von Schleswig-Holstein bis Starnberg, vom Saarland bis Dresden. Aktive Kulturforen, die in der lokalen Öffentlichkeit wie innerparteilich für mehr Kunst, Kultur und kulturelle Bildung werben, sollte es, auch angesichts des Kulturföderalismus, in den Ländern und kommunal überall geben. Noch ist nicht überall gelernt, dass das Kulturelle eben nicht nur schmückendes Beiwerk ist. Sondern neben dem Sozialen und Ökonomischen die dritte Säule, von der abhängt, wie es um politische Hegemonie und Mehrheitsfähigkeit im Lande bestellt ist. Denn „Kulturpolitik muss Ort, Möglichkeiten des gesellschaftlichen Selbstgesprächs neben und jenseits von Kunstmarkt und Kulturindustrie verteidigen und stärken“, wie der Vorsitzende des Kulturforums Wolfgang Thierse im Sommer 2012 im Berliner Tagesspiegel schrieb.

IM BERICHTSZEITRAUM DREHTEN SICH DIE KULTURPOLITISCHEN DEBATTEN UM DREI ZENTRALE HERAUSFORDERUNGEN:

■ Erstens können über 90% der Künstler und Kreativen von ihrer Arbeit kaum leben. Prekäres Leben in hybrider Erwerbstätigkeit, diesen Mischungen aus Soloselbständigkeit, befristeten Teilzeit-Verträgen, Honoraraufträgen und moderner Tagelöhnerie, nahm dramatisch zu. Wie Anfang der 1980er Jahre mit der Künstlersozialkasse müssen weitere neue Antworten für soziale Absicherung und Mindesteinkommen in diesen neuen „freien“ Berufsrealitäten gefunden werden.



Treffen der regionalen Kulturforen in Chemnitz, 11.–13.5.2012
Foto: Kulturforum



Treffen der regionalen Kulturforen in Hannover, 27.–29.5.2011
Foto: Kulturforum

■ Zweitens ging es um die Abwehr des inszenierten Tabubruchs, der neoliberalen Orientierung des Kulturellen an Markt und Nachfrage, der Zerstörung von kultureller Infrastruktur und öffentlicher Kulturförderung. Auch angesichts von dramatischen Haushaltsdefiziten bei einem Teil der Kommunen galt es den Eigenwert der Kultur und ihren Status als öffentliches Gut zu verteidigen – und mit wertorientierten Debatten über inhaltlich begründete, mit den kulturellen Milieus zu erarbeitenden, Strukturveränderungen zu verbinden.

■ Drittens geriet die Kultur unter Druck eines fatalen Freiheitsbegriffs von Aktivisten aus der Netzgemeinde und den vorübergehend erstarkten Piraten. Deren Umsonst-Ideologie propagierte Urheberrecht und Raubkopie abzuschaffen, was vergaß, wovon die Kulturschaffenden denn eigentlich leben sollen. Es war stets sozialdemokratische Identität, den Wert der Arbeit zu verteidigen, was erst recht für die kreative Arbeit zu Zeiten des Internets gilt. Die SPD kämpft für die Rechte der Urheber, der Künstler und Kreativen. *VERGÜTEN STATT VERBIETEN* enthielt im Berichtszeitraum drei vorläufige Antworten: Aufklärung gegen die Propaganda des illegalen Download/Unterstützung besserer Bezahlmodelle für das Internet einschließlich spezieller Kulturflatrates/effektiverer Kampf gegen die illegalen Plattformen organisierter Kriminalität.

Bei aller virtuellen Pflege des Netzwerkes der Kulturforen wurden die dem Austausch und der Motivation dienenden jährlichen Treffen der regionalen Kulturforen erfolgreich fortgesetzt: 2011 in Hannover zu den KunstFestSpielen Herrenhausen und 2012 in Chemnitz mit dem Thema des kulturellen Wandels und neuen künstlerischen Aufbruchs in Ostdeutschland.



Wolfgang Thierse, Vorsitzender des Kulturforums
Foto: Dirk Bleicker

Dieser lebendige Erfahrungsaustausch zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist besonders wichtig im derzeitigen krisenhaften Umbruch der Kulturpolitik: Es droht durch engstirnige Sparpolitik und ein entgrenztes, dereguliertes Internet weiterer Substanzverlust unserer einmaligen, historisch gewachsenen Kulturnation. Doch hat die SPD die Chance gerade in der jungen Generation mit neuen Konzepten für die Kreativwirtschaft, die Durchsetzung des Urheberrechts, die Kulturförderung, die angemessene Vergütung kultureller Leistungen und die soziale Sicherung zu überzeugen!

VORSTAND DES KULTURFORUMS DER SOZIALDEMOKRATIE SEIT MAI 2012

VORSITZENDER

DR. h.c. WOLFGANG THIERSE (MdB, Bundestagsvizepräsident)

STELLVERTRETENDER VORSITZENDER

PROF. DR. JULIAN NIDA-RÜMELIN
(Staatsminister a. D., Philosophisches Seminar
der Ludwig Maximilians Universität München)

MITGLIEDER DES VORSTANDS

PROF. HANS-GEORG BÖGNER
(Vorstand Stiftung Kultur der Stadtsparkasse Köln)

SIEGMUND EHRMANN
(MdB, Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien der SPD-
Bundestagsfraktion)

EGMONT ELSCHNER
(Regisseur, Kulturforum der Sozialdemokratie in Sachsen e.V.)

CARMEN EMIGHOLZ
(Staatsrätin für Kultur des Landes Bremen,
Vorsitzende Kulturforum der Sozialdemokratie Bremen e.V.)

MANFRED GEIS
(MdB, kulturpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion
Rheinland-Pfalz)

MONIKA GRIEFAHN
(Landesministerin a.D.)

DR. BARBARA HENDRICKS
(MdB, Schatzmeisterin der SPD)

DR. BURKHARD JELLONNEK
(Vorsitzender des Kulturforums der Sozialdemokratie Saarland
e.V., Leiter der Landeszentrale politische Bildung)

BRIGITTE LANGE
(MdB, kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, stellv. Vorsitzende des Kulturforums Stadt Berlin der Sozialdemokratie e.V.)

PROF. DR. OLIVER SCHEYTT
(Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft)

DR. JAN TUROWSKI
(Politikwissenschaftler und Kulturtheoretiker, Berlin/Nanjing China)

KRISTINA VOLKE
(Kultur- und Kunstwissenschaftlerin, Stellvertreterin des Kurators
im Deutschen Bundestag)

OLAF ZIMMERMANN
(Geschäftsführer Deutscher Kulturrat Berlin)

GESCHÄFTSFÜHRER

DR. KLAUS-JÜRGEN SCHERER

AKTIVITÄTEN DES BUNDESKULTUR- FORUMS

2011

28.–30.1. Beteiligung am 7. Lübecker Autorentreffen bei Günter Grass. Neuer Literaturpreis *VON AUTOREN FÜR AUTOREN*, erster Preisträger: Günter Herburger.

14.2. WBH: Beteiligung am Filmabend zur Berlinale u.a. mit Sigmar Gabriel – Film *GELIEBTES LEBEN* von Oliver Schmitz.

1.3. Ahlbeck/Usedom: Gründung des *POLNISCH-DEUTSCHEN KULTURFORUMS INSEL USEDOM* u.a. mit Wolfgang Thierse.

21.3. WBH: Erste Verleihung des August-Bebel-Preises an Oskar Negt mit Günter Grass, Barbara Hendricks, Heribert Prantl, Wolfgang Thierse.

31.3. WBH: Ausstellungseröffnung durch Wolfgang Thierse *WIR MÜSSEN MIT DEM VERGEBEN BEGINNEN*: Ernst Paul – 1897-1978 / Böhme – Deutscher – Europäer.

12.5. WBH: Kulturpolitische Debatte: *KULTURPOLITIK IN DER KRISE. NEUE WEGE: DER ARME POET – SINNBILD ODER VORBILD FÜR DIE VERÄNDERUNG DER ARBEITSWELT?* mit Siegmund Ehrmann, Wolfgang Thierse u.a.

27.–29.5. Jahrestreffen der regionalen Kulturforen – Hannover auf Einladung des Kulturforums der Sozialdemokratie in der Region Hannover e.V.

28.5. Hannover: Öffentliche Diskussions *STADT BRAUCHT KULTUR – DEMOKRATIE/ZUSAMMENHALT/LEBENSQUALITÄT* mit Julian Nida-Rümelin, Marlis Drevermann u.a.

27.8. WBH: Beteiligung an der Langen Nacht der Museen u.a. mit Wolfgang Thierse.

7.9. WBH: *pop meets politics* Debatte und Musik aus dem John-Lennon-Talent-Award: *IM NETZ DER MUSIK* mit Siegmund Ehrmann, Brigitte Zypries, Udo Dahmen, Murat Suner u.a.

7.10. WBH: Buchvorstellung und Debatte: *MEHR DEMOKRATIE WAGEN* – Günter Grass im Gespräch mit Sigmar Gabriel.

12.–14.10. Rundgänge und Debatten, Beteiligung an der Frankfurter Buchmesse.

14.11. Beteiligung: Veranstaltung *ENGELS GOES CHINA* des Kulturforums der Sozialdemokratie Wuppertal e.V.

18.11. WBH: *philosophy meets politics* XII.: *DIE GLEICHHEIT NEU DENKEN* mit Wang Hui, Sigmar Gabriel, Thomas Meyer, Julian Nida-Rümelin und Wolfgang Thierse.

HERBST 2011 Programmatischer Arbeitsprozess des AK Grundsatzdebatte beim Vorstand des Bundeskulturforums.

2012

24.1. WBH, vorwärts:buchhandlung: Buchvorstellung und Lesung mit Winfried F. Schöller und Wolfgang Thierse: *ALFRED DÖBLIN. EINE BIOGRAPHIE*.

26.1. WBH, mit Freundeskreis WBH: Lesung und Buchvorstellung *DUTSCHKES DEUTSCHLAND* von Tilman Fichter und Siegwald Lönendonker mit Wolfgang Thierse, Peter Brandt, Siegfried Heimann u.a.

27.–29.1. Beteiligung am 8. Lübecker Autorentreffen bei Günter Grass

13.2. WBH: Beteiligung am Filmabend zur Berlinale mit Sigmar Gabriel und dem Film *DIE VIERTE MACHT* von Dennis Gansel.

4.3. Berlin, Kurt-Schumacher-Haus: Eröffnung der Ausstellung des August-Bebel-Instituts zum 100. Geburtstag von Woody Guthrie (u.a. Klaus-Jürgen Scherer)

23.4. WBH, vorwärts:buchhandlung: Buchvorstellung mit Wolfgang Thierse: *SPRACHBILDER UND SPRECHBLASEN* von Ralf Bachmann.

FRÜHLING 2012 Arbeitsprozess des Impulspapieres *KULTUR UND DIGITALE GESELLSCHAFT* – Programmatische Leitsätze, verantwortlich Julian Nida-Rümelin, Ute Vogt, Klaus Wowereit, Olaf Scholz.

28./29.4. Frankfurt/M.: *JEDER MENSCH IST EIN KÜNSTLER. KULTURPOLITISCHE KONFERENZ* mit einer kulturpolitischen Grundsatzrede von Wolfgang Thierse.

11.–13.5. Jahrestreffen der regionalen Kulturforen auf Einladung des Kulturforums der Sozialdemokratie Sachsen e.V. in Chemnitz. Neuwahl des Vorstands des Kulturforums der Sozialdemokratie.

11.5. Chemnitz: Öffentliche Veranstaltung: *KULTURPOLITIK NEU DENKEN – BESSERE WEGE DER KULTURFÖRDERUNG* mit Chemnitzer KünstlerInnen, mit Wolfgang Thierse, Eva-Maria Stange, Stephan Dorgerloh, Christoph Links, Kristina Volke.

31.5. WBH: Buchvorstellung Richard Saage/Helga Grebing/Klaus Faber (Hg.): *SOZIALDEMOKRATIE UND MENSCHENBILD* mit Sigmar Gabriel.

9.–11.7. Reise des Kulturforums zur documenta 13 nach Kassel mit Wolfgang Thierse (mit SPD-ReiseService).

9.7. Kassel: Öffentliche Veranstaltung mit dem Kulturforum der Sozialdemokratie Kassel e.V.: *GEGENWARTSKUNST ALS GESELLSCHAFTSKRITIK* mit Wolfgang Thierse, Bernd Leifeld, Christian Phillip Müller, Bertram Hilgen.

7.9. Berlin Postbahnhof: *pop meets politics: ZUKUNFTSMUSIK – EINE KREATIVBRANCHE IM UMBRUCH* mit Frank-Walter Steinmeier u.a.

18.9. Hamburg, Kulturforum Hamburg e.V.: *GIBT ES EINE SOZIALDEMOKRATISCHE KULTURPOLITIK UND WENN JA, WIE SIEHT SIE AUS?* Grundsatzrede Julian Nida-Rümelin.

25.9. WBH, Buchvorstellung und Diskussion *DAS SOZIALDEMOKRATISCHE JAHRZEHNT* von Bernd Faulenbach. Mit Wolfgang Thierse, Peter Brandt u.a.

26.9. WBH: gemeinsam mit Forum Ostdeutschland Buchvorstellung *GESPRÄCHE UNTER DEUTSCHEN* von Jörg und Frauke Hildebrandt u.a. mit Wolfgang Thierse, Manfred Stolpe.

4.10. Hannover: Kulturforum der Sozialdemokratie in der Region Hannover e.V. Ausstellungseröffnung *WOODY GUTHRIE 100 – LEBEN UND WERK* (u.a. Klaus-Jürgen Scherer)

16.10. WBH Buchvorstellung *FREIHEIT, DIE ICH MEINTE. ERINNERUNGEN AN BERLIN* von Helga Grebing. U.a. mit Barbara Hendricks, Stefanie Schüler-Springorum.

9.11. WBH mit SPD ReiseService: *DER 9. NOVEMBER. TAG DER ENTSCHEIDUNGEN* (Klaus-Jürgen Scherer)

20.11. WBH, vorwärts:buchhandlung: Buchvorstellung *IN DEN MÜHLEN DER EBENE: UNZEITGEMÄßE ERINNERUNGEN*. Gespräch zwischen Dietmar Keller und Wolfgang Thierse.

10.12. WBH: Kulturpolitische Debatte: *KULTURINSTITUTIONEN, KREATIVPAKT UND KÜNSTLERISCHE FREIHEIT. KULTURPOLITISCHE PROGRAMMATIK AUF DEM PRÜFSTAND* mit Julian Nida-Rümelin, Wolfgang Thierse, Siegmund Ehrmann, Helge Malchow, Eva Menasse, Madeline Ritter, Olaf Zimmermann, Norbert Sievers.

PUBLIKATIONEN DES BUNDES- KULTURFORUMS

■ Rüdiger Fikentscher (Hg.): *Gartenkulturen in Europa*. Kulturforum der Sozialdemokratie Sachsen-Anhalt e.V. mdv Halle (Saale) 2011.

■ Kulturnotizen 14, Schwerpunkt: *KULTURPOLITIK IN DER KRISE. NEUE WEGE?* Kulturforum der Sozialdemokratie, Berlin, August 2011.

■ *DEMOKRATIE LERNEN*. Dokumentation der August-Bebel-Preis-Verleihung an Oskar Negt. Manfred Bissinger (Hg.). Steidl Verlag, Göttingen 2012.

■ Wolfgang Thierse: *DIE PLATTMACHER. KULTURFÖRDERUNG FÜHRT NICHT ZUM INFARKT, SONDERN INVESTIERT IN DIE GESELLSCHAFT*, Tagespiegel 24.3.2012, S. 25.

■ Wang Hui: *DIE GLEICHHEIT NEU DENKEN. DER VERLUST DES REPRÄSENTATIVEN*. Herausgeber: Julian Nida-Rümelin und Wolfgang Thierse. *philosophy meets politics* XII. Kultur in der Diskussion Band 17, Klartext Verlag, Essen April 2012.

■ NG/FH 6/2012. Wolfgang Thierse: *DIE KULTUREN IM HERZEN BERLINS. DAS HUMBOLDT-FORUM*.

■ Beteiligung an der Broschüre der SPD-Bundestagsfraktion *REBOOT ARBEIT, UPDATE URHEBERRECHT, BILDET SOZIALE NETZWERKE! DER KREATIVPAKT – EIN BÜNDNIS VON KULTUR, WIRTSCHAFT UND POLITIK*. Berlin, Oktober 2012.

■ NG/FH 12/2012. Wolfgang Thierse: *KULTURELLE TEILHABEGERECHTIGKEIT FÜR EINE STARKE BÜRGERGESELLSCHAFT*.

■ NG/FH 12/2012: *KREATIVPAKT – EIN NEUER AUFBRUCH IN DER KULTURPOLITIK?* Gespräch mit Siegmund Ehrmann, Tim Renner, Antje Schlag (Klaus-Jürgen Scherer).

■ Kulturnotizen 15 mit dem Schwerpunkt *KULTURPOLITIK DER ZUKUNFT*. Kulturforum der Sozialdemokratie, Berlin Dezember 2012.

■ Rüdiger Fikentscher (Hg.): *SCHLICHTUNGSKULTUREN IN EUROPA*. Kulturforum der Sozialdemokratie Sachsen-Anhalt e.V. mdv Halle (Saale) 2012.

AUSSERDEM

■ September 2011 Antrag des Kulturforums an den SPD-Bundesparteitag *DIE SPD WIRD NACH DER BUNDESTAGSWAHL 2013 EIN BUNDESKULTURMINISTERIUM EINRICHTEN*

■ Juli 2012 Impulspapier *KULTUR UND DIGITALE GESELLSCHAFT: 22 programmatische Thesen*

■ 14tägiger Newsletter: ■ www.kulturforen.de

■ Kulturseite über www.spd.de – ■ www.kulturundpolitik.de

WISSENSCHAFTS-FORUM DER SOZIALDEMOKRATIE

Die SPD hat sich in ihrer Geschichte immer dafür eingesetzt, die Freiheit der Wissenschaft zu gewährleisten und gleichzeitig die gesellschaftliche Verantwortung von Wissenschaft für Fortschritt und bessere Lebensbedingungen der Menschen einzufordern. Seit über zwanzig Jahren organisiert die SPD aus dieser Tradition heraus im

Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie den Austausch zwischen Politik und Wissenschaft. Ausgangspunkt war die Erkenntnis, dass die Komplexität unserer gesellschaftlichen Entwicklung nicht mehr alleine im innerpolitischen Diskurs verarbeitet werden kann. Sie erfordert wissenschaftliche Begleitung und Bewertung und den offenen Dialog zwischen den verschiedenen Akteuren in Wissenschaft und Politik. Zugleich sollte auch die Rolle der Wissenschaften zwischen akademischer Freiheit, wirtschaftlichem Nutzen und politischen Erwartungen thematisiert werden. Im Rahmen des Wissenschaftsforums beschäftigen sich deshalb seit seiner Gründung im Jahr 1989 WissenschaftlerInnen, ForscherInnen, Hochschulangehörige und Interessierte rund um die Sozialdemokratie mit wissenschafts-, technologie- und hochschulpolitischen Fragen im Hinblick auf nationale wie auch internationale Handlungsperspektiven. Dabei versteht sich das Wissenschaftsforum stets als offene Diskussionsplattform. Mit wissenschaftspolitischen Kongressen, Impulsabenden und Publikationen wollen wir diesem Anspruch gerecht werden und einen wissenschaftspolitischen Dialog ermöglichen. Die zwölf regionalen Wissenschaftsforen greifen die hochschul- und forschungspolitischen Fragen ihrer Bundesländer und Regionen auf. Regelmäßig treffen sich alle Wissenschaftsforen zum Gedankenaustausch in Berlin, das letzte Treffen fand am 20.10.2011 statt, für 2013 ist ein nächstes Treffen der regionalen Wissenschaftsforen geplant.

Die Arbeit des Wissenschaftsforums wird durch einen breit besetzten Beirat begleitet. Aufgabe des Beirats ist es, die inhaltliche Arbeit des bundesweiten Wissenschaftsforums zu koordinieren und Impulse für die wissenschaftspolitische Arbeit der SPD im Bund zu geben. Vorsitzende des Beirats war bis Ende 2011 Edelgard Bulmahn MdB, Bundesministerin für Bildung und Forschung a.D. Diese Aufgabe übernahm ab 2012 Christoph Matschie, MdL, Mitglied des SPD-Parteivorstands und Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Freistaats Thüringen.

UNTERFINANZIERUNG ÜBERWINDEN, GRUNDFINANZIERUNG STÄRKEN UND INTERNATIONAL SICHTBARE SPITZENFORSCHUNG ERMÖGLICHEN

Im Jahr 2011 beschäftigte sich das Wissenschaftsforum sehr intensiv mit der Zukunft des Wissenschafts- und Hochschulstandortes Deutschland insbesondere mit Blick auf die Zeit nach dem Auslaufen der Exzellenzinitiative. Hierzu wurde unter dem Titel *UNTERFI-*

NANZIERUNG ÜBERWINDEN, GRUNDFINANZIERUNG STÄRKEN UND INTERNATIONAL SICHTBARE SPITZENFORSCHUNG ERMÖGLICHEN ein Thesenpapier erarbeitet, das im Oktober 2011 im Rahmen eines Expertenhearings intensiv diskutiert und im Dezember 2011 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Grundtenor des Papiers ist die Überzeugung, dass die Hochschulen bei der Gestaltung der Zukunft unseres Landes eine Schlüsselrolle besitzen. Sie sind Orte der Wissensgenerierung und -sicherung, spielen eine wichtige Rolle bei der Berufsqualifizierung und Weiterbildung und sind Ideenschmieden und Zukunftswerkstätten. Mit Blick auf die steigende Zahl der Studierenden und der Tatsache, dass die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit nur mit Hilfe von Wissenschaft und Forschung beantwortet werden können, stehen die Hochschulen vor fundamentalen Herausforderungen. Diese werden sie nur bewältigen können, wenn es gelingt ihre Unterfinanzierung zu überwinden. Dies muss verbunden sein mit einer Stärkung der Grundfinanzierung, der Schaffung verlässlicher Finanzstrukturen und der Stärkung der Lehre. Dabei ist es entscheidend, dass Bund und Länder gemeinsam Verantwortung übernehmen und auch das Grundgesetz dieser gemeinsamen Verantwortung Rechnung trägt. Das Thesenpapier des Wissenschaftsforums macht konkrete Vorschläge wie dies gelingen kann.

WISSENSCHAFT FÜR DIE MENSCHEN – MENSCHEN FÜR DIE WISSENSCHAFT

Ausgehend von einem Vorschlag des Wissenschaftsforums hat der SPD-Parteikongress am 24. November 2012 den Beschluss *WISSENSCHAFT FÜR DIE MENSCHEN – MENSCHEN FÜR DIE WISSENSCHAFT* verabschiedet. Der Entwurf hierfür wurde intensiv vor allem im Beirat erarbeitet und diskutiert. Mit dem Beschluss macht die SPD deutlich, dass es in der Wissenschaftspolitik einen neuen Aufbruch und Konzepte braucht, wie es nach der Exzellenzinitiative und dem Auslaufen des Paktes für Forschung und Innovation weitergehen soll. Dazu werden konkrete Vorschläge gemacht, wie ab 2013 eine neue Dynamik im Wissenschaftssystem ermöglicht werden soll. So sollen bis 2016 dem Bildungs- und Wissenschaftsbereich 20 Milliarden Euro mehr zur Verfügung stehen. An den Hochschulen sollen so mit zusätzlichen Stellen die Bedingungen für Lehre und Forschung verbessert werden. Der Hochschulpakt 2020, mit dem Bund und Länder gemeinsam zusätzliche Studienplätze vor dem Hintergrund der gestiegenen Studienanfängerzahlen finanzieren, soll fortgesetzt und vollständig ausfinanziert werden. Gute Lehre soll mit der Ausschreibung eines nationalen Lehrpreises gewürdigt werden.

WISSENSCHAFTSIMPULSE UND EXPERTENHEARING

Das Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie veranstaltet Wissenschaftsimpulse, zu denen Multiplikatoren aus den Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Verbänden eingeladen werden. Ziel ist der gegenseitige Austausch und die Vernetzung untereinander. Die Impulsabende sind als After-Work-Veranstaltungen gestaltet, an denen die Diskussion im Vordergrund steht.

25.08.2011 Wissenschaftsimpuls „*QUO VADIS ...? PUBLIC HEALTH – INNOVATIVE STRATEGIEN FÜR PRÄVENTION UND GESUNDHEIT. MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN AM BEISPIEL DER GESUNDHEITSREGION HANNOVER*“, Hannover

19.10.2011 Expertenhearing des Wissenschaftsforums *HOCHSCHULFINANZIERUNG 2020 – WAS KOMMT NACH DER EXZELLENZINITIATIVE*,

Berlin, Willy-Brandt-Haus

10.09.2012 Wissenschaftsimpuls *HOCHSCHULEN ZWISCHEN EXZELLENZINITIATIVE UND STUDIERENDENANSTURM – WIE SICHERN WIR GUTE LEHRE?*, Berlin, Willy-Brandt-Haus

26.11.2012 Wissenschaftsimpuls *FORSCHUNG IN DEUTSCHLAND: HERAUSFORDERUNGEN UND ZUKUNFTSAUFGABEN*, Berlin, Willy-Brandt-Haus

BEIRAT DES WISSENSCHAFTSFORUMS

DORIS AHNEN

MdL, Staatsministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur in Rheinland-Pfalz, Mitglied im SPD-Parteivorstand

PROF. DR. JUTTA ALLMENDINGER

Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), Professorin für Bildungssoziologie und Arbeitsmarktforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin

MATTHIAS ANBUHL

Deutscher Gewerkschaftsbund, Abteilungsleiter Bildungspolitik und Bildungsarbeit

DR. CLAUDIA BOGEDAN

Hans-Böckler-Stiftung, Leiterin der Abteilung Forschungsförderung

PROF. DR. TILMAN BRÜCK

Professor für Entwicklungsökonomie an der Humboldt-Universität zu Berlin, Leiter der Abteilung Entwicklung und Sicherheit am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

DOROTHEE DZWONNEK

Generalsekretärin der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG)

ERKAN ERTAN

Bundesgeschäftsführer der Juso-Hochschulgruppen

PROF. DR. DETLEV GANTEN

Vorsitzender des Stiftungsrats der Stiftung Charité

PROF. DR. ANDREAS GEIGER

Rektor der Hochschule Magdeburg-Stendal

PETRA GERSTENKORN

Mitglied im Bundesvorstand der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Leiterin des Fachbereichs Bildung, Wissenschaft und Forschung

DR. HANS-GERHARD HUSUNG

Generalsekretär der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK)

MAREI JOHN-OHNESORG

Netzwerk Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung

CHRISTOPH MATSCHIE

MdL, Vorsitzender des Wissenschaftsforums, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur und Stellvertretender Ministerpräsident in Thüringen, Mitglied im SPD-Parteivorstand

PROF. DR. URSULA NELLES

Rektorin der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

PROF. DR. JULIAN NIDA-RÜMELIN

Professor für Philosophie an der Ludwig-Maximilians Universität München, Kulturstatsminister a.D., Mitglied im SPD-Parteivorstand

FLORIAN PRONOLD

MdB, Mitglied im SPD-Parteivorstand, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, Landesvorsitzender der Bayern-SPD

PROF. DR. DIETER ROMBACH

Geschäftsführender Leiter des Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software Engineering (Fraunhofer IESE) Kaiserslautern, Inhaber des Lehrstuhls für Software Engineering im Fachbereich Informatik an der Universität Kaiserslautern

RENÉ RÖSPEL

MdB, Stellv. Sprecher für Forschungspolitik SPD-Bundestagsfraktion

DR. ERNST DIETER ROSSMANN

MdB, Sprecher der AG Bildung und Forschung SPD-Bundestagsfraktion

CHRISTIAN SCHERF

Kaufmännischer Direktor und stellv. Vorsitzender des Direktoriums des Deutschen Elektronen-Synchrotrons DESY in Hamburg

SWEN SCHULZ

MdB, Stellv. Sprecher für Bildungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

SVENJA SCHULZE

MdL, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung, Nordrhein-Westfalen

PROF. DR. HEIKE SOLGA

Direktorin der Abteilung *AUSBILDUNG UND ARBEITSMARKT* am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB) und Professur Soziologie mit Schwerpunkt Arbeit, Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Freie Universität Berlin

PROF. DR. E. JÜRGEN ZÖLLNER

Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung Berlin a.D., Stiftungsvorstand der Stiftung Charité

FAMILIENPOLITISCHER BEIRAT DER ZUKUNFTSWERKSTATT FAMILIE 2011

Der Familienpolitische Beirat setzte in 2011 seine 2010 begonnene Arbeit fort mit Ziel, bis zum Bundesparteitag 2011 ein familienpolitisches Gesamtkonzept der SPD vorzulegen. Entsprechend stand nach den öffentlichen Veranstaltungen in 2010 verstärkt die nicht-öffentliche, inhaltliche Arbeit im Vordergrund.

Dafür wurden entlang der 2010 festgelegten Schwerpunktthemen Arbeitsgruppen aus Mitgliedern des Beirates und weiteren Expertinnen gebildet, die jeweils Teilbereiche des Konzeptes entwickelten:

Eigenständige Jugendpolitik (Leitung: Dagmar Ziegler), Familie und Pflege (Leitung: Caren Marks und Elke Ferner), Grundsicherung für Kinder (Leitung: Manuela Schwesig).

Nach intensivem Diskussionsprozess, z.T. in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, legten die Arbeitsgruppen Abschlusspapiere vor. Die Arbeitsergebnisse zu den Themen Familie und Pflege sowie Grundsicherung für Kinder sind in den familienpolitischen Leitantrag zum Bundesparteitag 2011 *FAMILIENLAND DEUTSCHLAND* eingeflossen. Mit der Verabschiedung dieses Leitantrages im Dezember 2011 wurde die Arbeit der Zukunftswerkstatt schließlich erfolgreich abgeschlossen.

FAMILIENPOLITISCHER BEIRAT DER ZUKUNFTSWERKSTATT FAMILIE 2011 – LEITUNG: MANUELA SCHWESIG, DAGMAR ZIEGLER

PROF. DR. JUTTA ALLMENDINGER Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung	GABRIELE HILLER-OHM MdB, SPD-Bundestagsfraktion	NICOLETTE KRESSL MdB, SPD-Bundestagsfraktion)	BETTINA LUISE RÜRUP Friedrich-Ebert-Stiftung
KATRIN ALTPETER MdB, Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg	HELMUT HOCHSCHILD Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft u. Forschung Berlin	PROF. DR. UTA MEIER-GRÄWE Justus-Liebig-Universität Gießen	DR. CLAUS SCHÄFER WSI in der Hans-Böckler-Stiftung
GÜNTHER BAASKE MdB, Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg	NORBERT HOCKE GEW	GERHARD MERZ MdB, SPD-Landtagsfraktion Hessen	UTE SCHÄFER MdB, Ministerin Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen
RITA BECK Audi AG	PROF. DR. WOLFGANG HOFFMANN Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald	DR. MARTINA MÜNCH MdB, Ministerin Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Brandenburg	DETLEF SCHEELE Senator für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Hamburg
PROF. DR. HANS BERTRAM Humboldt-Universität zu Berlin	CORNELIA HOFFMANN-BETHSCHEIDER MdB, SPD-Landtagsfraktion Saarland	DAGMAR NEUKIRCH MdB, SPD-Landtagsfraktion Sachsen	BETTINA SCHULZE Jusos in der SPD
URSULA FEHLING Bund der Deutschen Katholischen Jugend	DR. EVA HÖGL MdB, SPD-Bundestagsfraktion	PROF. DR. h.c. CHRISTA RANDZIO-PLATH PROF. DR. THOMAS RAUSCHENBACH	DR. JOACHIM SCHUSTER Staatsrat bei der Senatorin für Arbeit, Frauen Gesundheit, Jugend und Soziales Bremen
SVEN FRYE Die Falken	MIRIAM HOHEISEL VAMV e.V.	CHRISTEL RIEMANN-HANEWINCKEL MdB, Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen	PROF. DR. C. KATHARINA SPIEB FU Berlin
ANGELIKA GRAF MdB, Bundesvorsitzende AG 60plus	WOLFGANG JÖRG MdB, SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen	SÖNKE RIX MdB, SPD-Bundestagsfraktion	DIANA STACHOWITZ MdB, SPD-Landtagsfraktion Bayern
ULLA GROSKURT MdB, SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen	PROF. EM. DR. HEINER KEUPP Sachverständigenkommission für den 13. Kinder- u. Jugendbericht	DR. HEIDEMARIE ROSE Oberste Landesjugendbehörde Bremen	WOLFGANG STADLER Vorstand der Arbeiterwohlfahrt
RUDOLF HERWECK Deutsches Zentrum für Altersfragen	PETER KLAUSCH Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe	MARLENE RUPPRECHT MdB, SPD-Bundestagsfraktion, Kinderkommission des Deutschen Bundestags	SIEGRID TENOR-ALSCHAUSKY SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein
HEINZ HILGERS Deutscher Kinderschutzbund	INGO KOLF DGB-Bundesvorstand		
	BARBARA KÖNIG Zukunftsforum Familie e.V.		

**GESPRÄCHSKREIS
FAMILIE UND
JUGEND 2012**

Anknüpfend an die Arbeit der Zukunftswerkstatt richtete der Parteivorstand im Februar 2012 den *GESPRÄCHSKREIS FAMILIE UND JUGEND* ein, um die Diskussion über familien- und jugendpolitische

Positionsbestimmungen der SPD vor allem auch im Hinblick auf das Regierungsprogramm 2013 weiterzuführen.

Die erste Aufgabe des Gesprächskreises war es, das jugendpolitische Konzept *MIT EINER JUGENDPOLITIK AUS EINEM GUSS FREIRÄUME SCHAFFEN, CHANCEN ERÖFFNEN, RÜCKHALT GEBEN!* abzuschließen, das die AG Eigenständige Jugendpolitik im Rahmen der Zukunftswerkstatt erarbeitet hatte. Es wurde am 16. Juni 2012 vom SPD-Parteikonvent beschlossen.

Als ersten Schritt zum Regierungsprogramm entwickelte der Gesprächskreis auf der Grundlage beider Beschlüsse und der geleisteten Vorarbeiten Leitideen, die in einem Verbändegespräch im Willy-Brandt-Haus am 6. Juni 2012 und im Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern vertieft wurden. Diese Positionierungen sind in das Regierungsprogramm eingeflossen.

GESPRÄCHSKREIS FAMILIE UND JUGEND 2012

LEITUNG: MANUELA SCHWESIG, DAGMAR ZIEGLER

PROF. DR. JUTTA ALLMENDINGER Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung	MARTIN DULIG SPD-Landtagsfraktion Sachsen
KATRIN ALTPETER Ministern für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg	DIETER ECKERT AWO-Bundesverband
GÜNTHER BAASKE Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg	BJÖRN EGGERT Naturfreundejugend
RITA BECK Audi AG	URSULA FEHLING Bund der Deutschen Katholischen Jugend
PROF. DR. HANS BERTRAM Humboldt-Universität zu Berlin	SVEN FRYE Die Falken
MIRJAM BLUMENTHAL DGB	ALEXANDER GÖTZ Bundes-SGK
WILLI BRASE SPD-Bundestagsfraktion	ANGELIKA GRAF Bundesvorsitzende AG 60plus
MIKE CORSA ALI DOGAN	KERSTIN GRIESE SPD-Bundestagsfraktion
	MAIKE GROEN ULLA GROSKURT
	SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen
	MEREDITH HAAF ...

...

RUDOLF HERWECK
Deutsches Zentrum für Alters-
fragen
GABRIELE HILLER-OHM
MdB, SPD-Bundestagsfraktion
HELMUT HOCHSCHILD
Senatsverwaltung für Bildung, Wis-
senschaft und Forschung Berlin
NORBERT HOCKE
GEW
PROF. DR. WOLFGANG HOFFMANN
Ernst-Moritz-Arndt-Universität
Greifswald
**CORNELIA HOFFMANN-
BETHSCHEIDER**
SPD-Landtagsfraktion Saarland
DR. EVA HÖGL
MdB, SPD-Bundestagsfraktion
MIRIAM HOHEISEL
VAMV e.V.
PROF. EM. DR. HEINER KEUPP
Sachverständigenkommission für
den 13. Kinder- u. Jugendbericht
PETER KLAUSCH
Arbeitsgemeinschaft für Kinder-
und Jugendhilfe

INGO KOLF
DGB-Bundesvorstand
BARBARA KÖNIG
Zukunftsforum Familie e.V.
CAREN MARKS
SPD-Bundestagsfraktion
PROF. DR. UTA MEIER-GRÄWE
Justus-Liebig-Universität Gießen
GERHARD MERZ
SPD-Landtagsfraktion Hessen
MONIKA MÜLLER
Stadt Pforzheim
DR. MARTINA MÜNCH
Ministerin Ministerium für
Bildung, Jugend und Sport
Brandenburg
DAGMAR NEUKIRCH
SPD-Landtagsfraktion Sachsen
DIRK NEUMANN
DGB
DENNIS PEINZE
AWO Bundesjugendwerk
**PROF. DR. THOMAS
RAUSCHENBACH**
Deutsches Jugendinstitut
MARIE-CHRISTINE REINERT

KATRIN RIEDEL
AWO Bundesjugendwerk
**CHRISTEL RIEMANN-
HANEWINCKEL**
MdB, Evangelische Aktionsge-
meinschaft für Familienfragen
SÖNKE RIX
SPD-Bundestagsfraktion
DR. HEIDEMARIE ROSE
Oberste Landesjugendbehörde
Bremen
MARLENE RUPPRECHT
MdB, SPD-Bundestagsfraktion,
Kinderkommission des Deut-
schen Bundestages
BETTINA LUISE RÜRUP
Friedrich-Ebert-Stiftung
DR. CLAUD SCHÄFER
WSI in der Hans-Böckler-Stiftung
UTE SCHÄFER
Ministerin Ministerium für Fa-
milie, Kinder, Jugend, Kultur und
Sport des Landes NRW
DETLEF SCHEELE
Senator für Arbeit, Soziales, Fami-
lie und Integration Hamburg

SANDRA SCHEERES
Senatorin für Bildung, Jugend
und Wissenschaft Berlin
MARTIN SCHEIDECKER
THILO SCHOLLE
BETTINA SCHULZE
Jusos in der SPD
DR. JOACHIM SCHUSTER
Staatsrat bei der Senatorin für
Arbeit, Frauen Gesundheit, Ju-
gend und Soziales Bremen
STEFAN SCHWARTZE
SPD-Bundestagsfraktion
PROF. DR. C. KATHARINA SPIß
FU Berlin
DIANA STACHOWITZ
MdB, SPD-Landtagsfraktion Bayern
WOLFGANG STADLER
Vorstand der Arbeiterwohlfahrt
KLAUS THEIßEN
AWO
SIEGRID TENOR-ALSCHAUSSKY
SPD-Landtagsfraktion Schleswig-
Holstein
DAGMAR ZIEGLER
MdB, SPD-Bundestagsfraktion

FORUM BILDUNG

Bildung ist das zentrale gesell-
schaftspolitische Zukunftsthema
unserer Zeit. Sie entscheidet über
Teilhabe an der Gesellschaft und
ein selbstbestimmtes Leben wie
auch über Wachstum und Wohl-
stand. Die Auseinandersetzung
über bildungspolitische Ziele und
Reformnotwendigkeiten steht so-
mit für die SPD im Zentrum der

politischen Diskussion über die Zukunft unseres Landes. Das im Jahr
2006 gegründete Forum Bildung beim SPD-Parteivorstand will deshalb
einen kontinuierlichen Diskussionsprozess mit Fachleuten aus den un-
terschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen sowie den Verantwort-
lichen in den Ländern, Kommunen und dem Bundestag organisieren.

An die erfolgreiche Arbeit der Jahre 2006–2008 anknüpfend wur-
de Ende 2010 das Forum Bildung unter der Leitung von Hannelore
Kraft, Stellvertretende SPD-Vorsitzende und Ministerpräsidentin von
Nordrhein-Westfalen neu konstituiert. Ziel war es, eine gemeinsame
Vorstellung für ein zukunftsfestes Bildungssystem zu entwickeln,

das kein Kind zurücklässt und die Voraussetzungen für lebensbe-
gleitendes Lernen schafft. Dabei sollten verschiedene Facetten des
Bildungssystems Gegenstand der Diskussion sein – von der Schule
über Hochschule und berufliche Ausbildung bis zur Weiterbildung.
Die Ergebnisse sollten einfließen in den Dialogprozess der Zukunfts-
werkstatt Bildung des SPD-Parteivorstands.

Zur Umsetzung der gesteckten Ziele wurden drei Arbeitsgruppen
gegründet:

- AG Schule – Leitung von Doris Ahnen und Christoph Matschie
- AG Hochschule – Leitung von Edelgard Bulmahn, Dr. Ernst Dieter
Rossmann, Kerstin Rothe
- AG Lebensbegleitendes Lernen – von Ulla Burchardt und Willi Brase

Die wichtigsten Eckpunkte aus diesen Arbeitsgruppen wurden ab-
schließend zu einem Positionspapier des Forums Bildung zusammen-
geführt und bildeten die Grundlage für den auf dem Bundesparteitag
im Dezember 2011 verabschiedeten Leitantrag des SPD-Parteivor-
stands *BILDUNG UND INTEGRATION – FÜR SOZIALE TEILHABE UND EIN
SELBSTBESTIMMTES LEBEN. GLEICHE BILDUNGSCHANCEN ALS VORAUS-
SETZUNG FÜR ERFOLGREICHE INTEGRATION.*

GESPRÄCHSKREIS BILDUNG

Am 21. Mai 2012 konstituierte
sich in Nachfolge des Forums Bil-
dung der Gesprächskreis Bildung
unter Leitung von Doris Ahnen,
Mitglied des SPD-Parteivorstands
und Ministerin für Bildung, Wis-
senschaft, Weiterbildung und
Kultur in Rheinland-Pfalz. Die
Mitglieder des Gesprächskreises

Bildung bringen ihren bildungspolitischen Sachverstand aus Gewerk-
schaften, Wissenschaft, Verbänden, von Studierenden, SchülerInnen
und Eltern in die Arbeit ein und begleiten so die bildungspolitischen
Aktivitäten der SPD in 2012/13, auf dem Weg zur Bundestagswahl.
Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Diskussion über Leitideen
auf dem Weg zu einem Regierungsprogramm, die Begleitung des
SPD-Bürgerdialogs sowie die Planung und Vorbereitung bildungspo-
litischer Aktivitäten im Wahljahr 2013. Der Gesprächskreis arbeitete
im Jahr 2012 sehr intensiv und traf sich zu insgesamt 3 Sitzungen.

GESPRÄCHSKREIS BILDUNG

DORIS AHNEN

MdL, Mitglied des SPD-Parteivorstands, Staatsministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur Rheinland-Pfalz

SERCAN ALKAYA

Bundeskoordinator Juso-SchülerInnen

MATTHIAS ANBUHL

DGB, Leiter der Abteilung Bildungspolitik und Bildungsarbeit

PROF. DR. MARTIN BAETHGE

Soziologisches Forschungsinstitut (SOFI) Göttingen

PETER BEFELDT

Bundesvorsitzender AG für Bildung in der SPD (AfB)

ULLA BURCHARDT

MdB, SPD-Bundestagsfraktion, Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung im Deutschen Bundestag

MARIANNE DEMMER

Stellvertretende Bundesvorsitzende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

UTE ERDSIEK-RAVE

Moderatorin Netzwerk Bildung Friedrich-Ebert-Stiftung

DANIEL CHOINOVSKI

BGF Juso-Hochschulgruppen

MAREI JOHN-OHNE-SORG

Netzwerk Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung

PROF. EM. DR. KLAUS KLEMM

Ehemals Uni Duisburg-Essen

DR. BETTINA KOHLRAUSCH

Soziologisches Forschungsinstitut (SOFI) Göttingen

CHRISTOPH MATSCHIE

MdL, Mitglied des SPD-Parteivorstands, Vorsitzender des Wissenschaftsforums, Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Freistaats Thüringen

PROF. DR. JULIAN NIDA-RÜMELIN

Professor für Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität

München, Kulturstatsminister a.D., SPD-Parteivorstand

DR. ERNST DIETER ROSSMANN

MdB, SPD-Bundestagsfraktion, Sprecher der AG Bildung und Forschung

KERSTIN ROTHÉ

Mitglied der Grundwertekommission, Ehemals Bundesvorstand Juso-Hochschulgruppen

MAREIKE STRAUß

BuVo Juso-Hochschulgruppen

URSULA WALTHER

Stellvertretende Vorsitzende des Bundeselternrates

DAGMAR ZIEGLER

MdB, Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

FORUM NACHHALTIGKEIT

Die Wirtschaftskrise hat auch die Arbeit des Forum Nachhaltigkeit beim SPD Parteivorstand unter der Leitung von Ulrich Kelber im Jahr 2011 geprägt. Ein Schwerpunkt der Arbeit war das Thema

NACHHALTIGE FINANZEN. Vorträge von Dr. Volker Hauff, Michael Müller oder Vertretern des Forum soziale Marktwirtschaft (FÖS) haben Themen wie *ABBAU ÖKOLOGISCH SCHÄDLICHER SUBVENTIONEN*, *NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN UND WACHSTUMSGRENZEN* gesetzt. Hierzu hat das Forum Nachhaltigkeit Beschlüsse gefasst und so Einfluss auf aktuelle Positionierungen der SPD genommen.

ENERGIE-KOMMISSION

Für die Sozialdemokratie ist die Energiewende mehr als die Debatte über einen neuen Energiemix. Die Auswirkungen der Energiewende sind in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens spürbar. Es geht um Arbeit, Wohnen, Mobilität, Wirtschaft, Sicherheit u.v.a.m. Es geht um ein neues Entwicklungsmodell, dass Deutschland unabhängig von Energieimporten macht und den

Zu Beginn des Jahrs 2011 hat der Parteivorstand die Energiekommission unter Leitung von Thorsten Schäfer-Gümbel und Ulrich Kelber eingesetzt. In der Kommission hatten Gewerkschaften, Umweltverbände, Stadtwerke, Unternehmen, Verbrauchervertreter, Wissenschaft und Fachpolitikern eine Plattform zum Austausch von Meinungen, Einschätzungen, Interessen. Der Kommission ist es gelungen, die vielfältigen Ansätze zu einem Gesamtkonzept zusammenzubinden, dass mit sozialdemokratischer Handschrift 50 konkrete Maßnahmen zur Gestaltung der Energiewende benennt. Am 30. Mai 2011 präsentierten Thorsten Schäfer-Gümbel und Ulrich Kelber das Ergebnis ihrer Arbeit, das Energiekonzept für die SPD: *NEUE ENERGIE – DIE ENERGIEWENDE IN DEUTSCHLAND: BÜRGERNAH, WIRTSCHAFTLICH ERFOLGREICH, SOZIAL GERECHT UND ÖKOLOGISCH VERANTWORTLICH*. Das Konzept wurde vom Parteirat bestätigt und beim Parteitag 2011 in Dresden einstimmig beschlossen.

Einstieg in eine energie- und rohstoffeffiziente Wirtschaftsweise. Damit wird Deutschland auch einen Lösungsweg für die globalen Herausforderungen bei Energie und Klima aufzeigen.

GESPRÄCHSKREIS INNENPOLITIK

VORSITZ:

RALF STEGNER und **EHRHART KÖRTING** (bis 12/2011), seit 01/2012 **MICHAEL HARTMANN**

Der Gesprächskreis Innenpolitik trat 2011 und 2012 jeweils fünfmal zusammen, um sich – insbesondere im Vorfeld der Innenministerkonferenzen – mit den aktuellen innenpolitischen Themen zu befassen. Aufgabe des Kreises ist der stetige Austausch zwischen Sozialdemokraten in Regierungsfunktion, den Fachpolitikern in den Fraktionen in Bund und Ländern, Vorfeldorganisationen und Gewerkschaften. Ziel ist die horizontale wie vertikale Verzahnung zu einer möglichst kohärenten sozialdemokratischen Innenpolitik.

Mitglieder des GK sind die innenpolitischen Sprecherinnen und -sprecher aus Bund und Ländern, die Innenminister und -senatoren, Fachpolitiker aus der Bundestagsfraktion, sowie Vertreter der Jusos, ASJ und der GdP. 2012 war der GK an der Vorbereitung des Workshops zum Thema Wirtschaftskriminalität beteiligt. Hier kamen auf Einladung des Parteivorsitzenden Ermittler (u.a. BKA-Präsident Zierke), BGH-Richter (Armin Nack) mit Vorständen von Dax-30-Unternehmen zusammen. Viele Dinge, die hier besprochen wurden haben Eingang ins Regierungsprogramm genommen (Kap. VIII) und sind Gegenstand des umfangreichen Antrags der Bundestagsfraktion zum Thema geworden (Bundestagsdrucksache 17/13087: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/130/1713087.pdf>) Nach dem Ausscheiden von Ehrhart Körtling als Innensenator von Berlin im Dezember 2011, hat der innenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Michael Hartmann die Co-Leitung des Gesprächskreises übernommen.

GESPRÄCHSKREIS GEGEN RECHTS- EXTREMISMUS

Aus der Projektgruppe gegen Rechtsextremismus ist mit Klausurtagung des Parteivorstands im Januar 2011 der Gesprächskreis geworden. Das Ziel war, aus der guten internen Arbeitsgruppe, die seit 2004 eine Vielzahl an vielgefragte Broschüren und Materialien

erstellt hat, einen offenen Kreis zu machen, der Seite an Seite mit zivilgesellschaftlichen Akteuren die Kräfte im Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit bündelt.

Den VORSITZ des Gesprächskreises hat **MARTIN DULIG** von **NIELS ANNEN** übernommen. Als sächsischer Landes- und Fraktionsvorsitzender sowie auch als Vorstandsvorsitzender des bundesweiten Netzwerk Demokratie und Courage, hat er 2011 und 2012 erfolgreich Initiativen und Projekte eingebunden.

Hervorgegangen aus diesen gut besuchten Treffen ist letztendlich die Passage im Regierungsprogramm zum Thema Kampf gegen Rechtsextremismus:

RECHTSEXTREMISMUS BEKÄMPFEN.

Die von der rechtsextremistischen Terrorgruppe NSU begangenen zehn Morde an türkisch- bzw. griechisch stämmigen Bürgern und an einer Polizistin sowie die verübten Sprengstoffanschläge waren ein feiger Angriff auf rechtschaffene Mitbürger und zugleich ein Angriff auf unsere Demokratie.

Die Arbeit der Untersuchungsausschüsse im Bund und in mehreren Ländern haben eine Vielzahl an Fehlern und Versäumnissen auf allen Ebenen (Polizei, Verfassungsschutz und Justiz) offenbart, die mit dazu beigetragen haben, dass die Terrorzelle nicht frühzeitig gestoppt werden konnte.

Das Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden müssen wir dringend wieder herstellen. Das wollen wir erreichen durch rückhaltlose Aufklärung der Vorgänge, durch institutionelle Reformen und dadurch, dass wir jede Form von Rechtsextremismus frühzeitig und umfassend bekämpfen. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass die mit großem Engagement durch den NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages entwickelten Folgerungen und Vorschläge in der nächsten Wahlperiode wirkungsvoll umgesetzt werden.

Wir wollen einen Verfassungsschutz, der unsere Verfassung schützt. Mit institutionellen Reformen werden wir den Verfassungsschutz besser aufstellen für den Schutz unserer Demokratie und dazu unter anderem ein transparentes Verfassungsschutzgesetz, das klare Regeln im Umgang mit V-Leuten enthält, einführen. Wir werden die Zusammenarbeit von Bund und Ländern beim Verfassungsschutz, den Polizeien und den Staatsanwaltschaften verbessern – und, wo notwendig, neue Kompetenzen schaffen ohne in bestehende Länderkompetenzen einzugreifen. Und wir werden unsere Sicherheitsbehörden noch stärker und stetig sensibilisieren für die Gefahren, die unserer Demokratie von Rechts drohen.

Wir bekämpfen auch den organisierten Rechtsextremismus. Deshalb wollen wir die NPD verbieten. Sie ist in aggressiver Form rassistisch, antisemitisch und fremdenfeindlich und missbraucht das Parteienprivileg unserer Verfassung. Wir wollen nicht länger zulassen, dass ihre mithin gewaltbereite Menschenfeindlichkeit auch noch durch Steuermittel finanziert wird.

Klar ist aber auch: Kein NPD-Verbot, keine Sicherheitsbehörde ist so wirkungsvoll im Kampf gegen Rechtsextremismus, wie eine wachsame und aktive Zivilgesellschaft. Deshalb müssen wir vor allem die Zivilgesellschaft stärken. Mit einem integrierten Konzept gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wollen wir die Kräfte der Zivilgesellschaft, der Ermittlungsbehörden und der Politik in Kommunen, Land und Bund bündeln. Mit einer Demokratieoffensive wollen wir das Rückgrat unserer Gesellschaft durch Bildung, Ausbildung, Antidiskriminierungsmaßnahmen, Aufklärung und Schulung stärken.

Für uns ist der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe – des Bundes, der Länder, der Kommunen wie der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft.

Zudem werden wir beim Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus notwendige Anschlussförderungen sichern und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft im Rahmen eines abgestimmten Aktionsplans ein neues Förderkonzept erarbeiten und umsetzen. Ziel ist es dabei, die Kurzatmigkeit der Hilfen zu beenden und stattdessen Projekte, Initiativen sowie Strukturen auf einer eigenen gesetzlichen Grundlage unbürokratisch, langfristig und auskömmlich zu fördern. Die derzeitige Gängelung, die verqueren Verdächtigungen und bürokratischen Popanz der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP werden wir beenden. Die groteske *EXTREMISMUSKLAUSEL* wird abgeschafft. Auf Bundesebene wollen wir eine unabhängige Monitoringstelle einrichten, die die zivilgesellschaftlichen Aufklärungs- und Präventionsprojekte bündelt und den Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, sowie die Opferbetreuung aktiv begleitet.“

FORUM SPORT

Der Sport ist für unsere Gesellschaft von unverzichtbarer Bedeutung. Er ist die größte und wichtigste Bürgerbewegung in Deutschland und in Europa. Sport verbindet und sorgt für Integration. Das von Manfred Schaub, dem

sportpolitischen Sprecher der SPD, geleitete Forum Sport hat sich in den letzten Jahren aktiv in den sportpolitischen Diskurs in Deutschland eingeschaltet.

JAHRESTREFFEN DES FORUMS SPORT 2011

Unter dem Titel *SPORT IM MITTELPUNKT. ALLES SAUBER ODER WAS? ETHIK UND MORAL IM SPORT* fand am 8. September 2011 das traditionelle Jahrestreffen des Forums Sport der SPD im Berliner Willy-Brandt-Haus statt. Der sportpolitische Sprecher der SPD, Manfred Schaub, hatte gemeinsam mit Sigmar Gabriel zu der Veranstaltung eingeladen. Die Expertenrunde mit Dr. Reinhard Rauball, Präsident des Ligaverbandes, Hans-Peter Krämer, Vizepräsident des DOSB, Robert Ide, Ressortchef Sport beim Tagesspiegel und Dagmar Freitag, MdB, diskutierten darüber, ob der Sport neue Grundregeln für ein sportliches Miteinander benötigt bzw. es einer angepassten Sportethik bedarf. Angesichts der damaligen und heutigen Dopingfälle und den unter Misskredit geratenen *VERGABEN* von Sportgroßveranstaltungen ein damals wie heute spannendes Thema.



Jahrestreffen des Forums Sport 2011 | Foto: SPD

JAHRESTREFFEN DES FORUMS SPORT 2012

Auch 2012 kann das *FORUM SPORT IN DER SPD* auf ein erfolgreiches Jahrestreffen zurückblicken. Aus allen Bereichen des Sports kamen rund 200 Gäste am 28. September 2012 ins Willy-Brandt-Haus. Die Themen *FÖRDERUNG VON SPITZENSORTLERINNEN UND -SPORTLER* und *BILDUNG DURCH SPORT* waren in der aktuellen sportpolitischen Debatte stets präsent. Deshalb sind im Willy-Brandt-Haus Sportlerinnen und Sportler zusammengekommen, die in der Sportpolitik Entscheidungen für den Sport treffen, Sportfunktionäre, die die Forderungen der Sportler gegenüber der Politik formulieren sollen und Sportler und Interessierte, die das Ganze auf den Prüfstein stellen sollten. Unter dem Motto *SPORT IM MITTELPUNKT. MEHR BEWEGUNG FÜR „MILLIONEN“?* *SPORTFÖRDERUNG AUF DEM PRÜFSTAND* leitete Manfred Schaub die Veranstaltung. Er konnte neben Dr. Thomas Bach, dem Präsidenten des Deutschen Olympischen Sportbundes sowie Dr. Michael Ilgner, dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Sporthilfe viele Expertinnen und Experten gewinnen, die in den zwei Foren *SPORTFÖRDERUNG AUF DEM PRÜFSTAND* und *BILDUNG DURCH BEWEGUNG* darüber diskutierten wie die Rahmenbedingungen im Spitzensport zum einen und die Sensibilisierung für mehr Bewegung in der Bildungslandschaft verbessert werden.

SPORTINFORMATIONSBRIEF

Unser Sportinformationsbrief, der regelmäßig versendet wird, erreicht Interessierte und Verantwortliche in Partei, Vereinen und Verbänden. Regelmäßig erhalten wir Anfragen von SPD-Mitgliedern und Menschen die sich für die Sportpolitik der SPD interessieren und in unseren Newsletter-Verteiler aufgenommen werden wollen. Hier werden von uns die aktuellsten sportpolitischen Themen behandelt. Der Sportinformationsbrief erscheint weiterhin ausschließlich elektronisch und erreicht mittlerweile etwa 3000 Interessierte.

SPORTBEIRAT DES FORUMS SPORT

Der Sportbeirat trifft sich zweimal im Jahr und setzt sich aus ca. 35 Persönlichkeiten des Sports zusammen, um den SPD-Parteivorstand in sportpolitischen Fragen zu beraten. Politisch prägten Forum und Beirat die sportpolitische Meinungsbildung der SPD. Mit klarem Kurs gegen Doping, konsequent für eine bessere finanzielle Unterstützung der Sportlerinnen und Sportler sowie der Sportorganisationen, sowie für bessere infrastrukturelle Maßnahmen. Mit viel Einsatz für eine stärkere Anerkennung des ehrenamtlichen und gemeinnützigen Engagements – im Sport und darüber hinaus.

INTERNETSEITE

Die Internetseite des Forums Sport ■ www.forumsport.spd.de wurde sehr gut angenommen. Viele Zuschriften von Sportinteressierten erreichen uns. Hier sind alle Sportinformationsbriefe, sportpolitischen Dokumente sowie Veranstaltungen der letzten Jahre dokumentiert und abrufbar. Wir arbeiten weiter daran die Internetseite barrierefrei zu gestalten. Über die Seite kann jederzeit Kontakt mit uns aufgenommen werden.

SPORTBEIRAT IN DER SPD

MANFRED SCHAUB

Vorsitzender Forum Sport und des Sportbeirats in der SPD

SABINE BÄTZING-LICHTENTHÄLER

MdB, Mitglied des Sportausschusses im Deutschen Bundestag

VERENA BENTELE

Weltmeisterin und Paralympics-Siegerin

FRIEDHELM-JULIUS BEUCHER

Präsident des Deutschen Behindertensportverbands

KLAUS BÖGER

Präsident des Landessportbundes Berlin

YVONNE BÖNISCH

Olympiasiegerin im Judo

RAINER BRECHTKEN

Präsident des Deutschen Turner-Bundes

DR. PETER DANCKERT

MdB, Präsident Landesverband Pferdesport Berlin-Brandenburg

HELMUT DEDY

Deutscher Städte- und Gemeindebund

BÄRBEL DITTRICH

Vizepräsidentin Landes-SportBund NRW e.V.

MICHAELA ENGELMEIER-HEITE

Vizepräsidentin des Deutschen Judo-Bundes

DR. KARIN FEHRES

DOSB-Direktorin

GABRIELE FOGRASCHER

MdB, Mitglied des Sportausschusses im Deutschen Bundestag

DAGMAR FREITAG

MdB, Vorsitzende des Sportausschusses im Deutschen Bundestag

MARTIN GERSTER

MdB, sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

THOMAS HÄRTEL

Staatssekretär a.D., Vizepräsident des Deutschen Behindertensportverbands

MICHAEL HARTMANN

MdB, Präsident des Deutschen Baseball und Softball Verbands

PETRA HEß

Vizepräsidentin Deutsche Olympische Gesellschaft

RAINER HIPPE

Hauptgeschäftsführer

des Landessportverbands

Baden-Württemberg

JENS JÄGER

Rollstuhl-Curling-Nationalmannschaft

DR. RAINER KOCH

DFB-Vizepräsident und Präsident des Bayerischen Fußballverbands

MARKUS H. KRINGEL

Journalist

PROF. DR. HARALD LANGE

Sportwissenschaftler an der Universität Würzburg

WILLI LEMKE

UN-Sonderberater für Sport im Dienste von Frieden und Entwicklung

CAREN MARKS

MdB, stellvertretendes Mitglied des Sportausschusses im Deutschen Bundestag

MARTINA MÜLLER

Fußball-Nationalspieler

DR. CLEMENS PROKOP

Präsident des Deutschen Leichtathletik-Verbands

ILSE RIDDER-MELCHERS

DOSB-Vizepräsidentin

THOMAS RÖTTGERMANN

Geschäftsführer VfL Wolfsburg

AXEL SCHÄFER

MdB, stellvertretendes Mitglied des Sportausschusses im Deutschen Bundestag

RUDOLF SCHARPING

Präsident des Bundes Deutscher Radfahrer

KARIN SEIDEL-KALMUTZKI

MdA, Vorsitzende des Sportausschusses im Abgeordnetenhaus von Berlin

PROF. DR. SILKE SINNING

Sportwissenschaftlerin an der Universität Koblenz-Landau

CLAUS UMBACH

Präsident der Deutschen Fitnesslehrer Vereinigung e.V.

UTE VOGT

MdB, Vizepräsidentin der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft

BRIGITTE ZYPRIES

MdB, Kuratorium des Deutschen Behindertensportverbands

ANSPRECHPARTNER

BEIM SPD-PARTEIVORSTAND

VOLKER EDELING

■ sportpolitik@spd.de

THEMENFORUM VERBRAUCHER- POLITIK

Lebensalltag ist Verbraucheralltag. Dem hat die SPD Rechnung getragen und mit dem Themenforum Verbraucherpolitik ein neues, attraktives Angebot zur fachpolitischen Mitarbeit geschaffen, das sich an interessierte Mitglieder,

aber genau so auch an interessierte Bürgerinnen und Bürger richtet. Das Forum hat am 1. September 2012 seine Arbeit aufgenommen. Die Anregungen und konkreten Anträge des Themenforums haben an vielen Stellen Einzug ins Regierungsprogramm gefunden.

Die Mitglieder des Themenforums treten ganz überwiegend über eine Online-Plattform miteinander in Kontakt und tauschen ihre Standpunkte und Meinungen aus. Sie wirken so daran mit,

- mit Sachkenntnis und Engagement Positionen der SPD zum Thema Verbraucherpolitik zu erarbeiten,
- die verbraucherpolitische Arbeit der SPD im Bündnis mit anderen Mitgliedern, Unterstützerinnen und Unterstützern, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Verbänden, Organisationen, Initiativen, Gewerkschaften und Unternehmen stärker zu vernetzen
- diejenigen am Thema Verbraucherpolitik Interessierten zu aktivieren und zur Mitarbeit zu gewinnen, die durch unsere bisherigen Mitwirkungsangebote nicht hinreichend angesprochen werden konnten und so
- die SPD als eine offene, dialog-, beteiligungs- und zudem problem-lösungsorientierte Partei zu präsentieren.

Das Thema Verbraucherpolitik bietet sich als fachlicher Rahmen für diese neue Arbeitsweise in ganz besonderer Weise an. Gute Verbraucherpolitik ist ein sozialdemokratisches Markenzeichen. Sie repräsen-

tiert ein anspruchsvolles Fachgebiet, das als Querschnittsaufgabe nicht nur viele andere Sach- und Fachbereiche berührt, sondern auch in ganz besonderer Weise die Lebenschancen und Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger beeinflusst. Neben fachlichen Impulsen bedarf eine gute Verbraucherpolitik also vor allem der unmittelbaren Rückkoppelung mit den Verbraucherinnen und Verbrauchern.



Jahrstagung 2012 | Sarah Ryglewski und Ulrich Kelber | Fotos: SPD

Die eingetragenen Mitglieder des Themenforums – Mitglieder und Nichtmitglieder auf Augenhöhe – haben auf der am 1. Dezember 2012 erstmals einberufenen Jahrestagung als **SPRECHERIN SARAH RYGLEWSKI** und als **SPRECHER ULRICH KELBER** gewählt, die die Arbeit koordinieren und das Themenforum in der Öffentlichkeit vertreten. Alle zwei Jahre wird darüber hinaus eine/einen beratende(n) Delegierten für den Bundesparteitag gewählt. Das Themenforum hat eine eigene Webadresse und verschickt regelmäßig den **VERBRAUCHERBRIEF**, in dem regelmäßig über die Aktivitäten des Forums und die aktuelle verbraucherpolitische Themen informiert wird.

Der **GESPRÄCHSKREIS VERBRAUCHERPOLITIK** fungiert seit der Gründung des Themenforums in gleicher Zusammensetzung als **BEIRAT DES THEMENFORUMS VERBRAUCHERPOLITIK** unter der **LEITUNG** von **ELVIRA DROBINSKI-WEIß** und **JOCHEN HARTLOFF**.

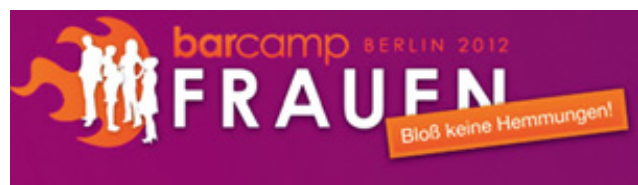
3. BARCAMP FRAUEN

Seit mittlerweile drei Jahren bringt das Barcamp Frauen junge Menschen zusammen und schafft für diese einen Ort des konstruktiven offenen Austauschs. Das Orgateam – bestehend aus: jungen SPD-Frauen, Missy Magazin, Die Gazelle, Mädchenmannschaft e.V.,

Frauen machen Neue Länder, IGBCE, der Freitag, AVIVA Berlin, L-Mag. – stellt dafür lediglich den groben Rahmen, doch welche Themen angeboten und wann wo wie und mit wem diskutiert werden, bestimmen die TeilnehmerInnen selbst.

BLOSS KEINE HEMMUNGEN war das Motto des diesjährigen Barcamp Frauen und schon in der ersten Sessionplanung zeigte sich: von Hemmungen keine Spur. Stattdessen Lust auf die Diskussion in vielen verschiedenen Bereichen. Angefangen bei der Frage, wie politische Partizipation aussehen kann und soll, über die Kritik an der vorherrschenden akademisch geprägten Sprache von Feminist_innen bis hin zur Diskussion darüber wie wir eigentlich arbeiten und leben wollen.

HAUPTTHEMA: Arbeitswelt 2.0 – Die unterschiedlichsten Antworten kamen auf die Fragen: Wie will ich arbeiten? Wie soll die Arbeit zu mei-



nem Leben passen? oder mein Leben zur Arbeit? Wieviel Zeit brauche ich für mich? Kann ich es mir überhaupt leisten über Flexibilisierung nachzudenken? Ist meine Arbeit Selbsterfüllung und einfach Notwendigkeit? Ist Arbeitszeitreduzierung eine Luxusdebatte? So vielfältig, wie das Publikum war, so mannigfaltig waren auch die Meinungen.

Was bleibt also vom Barcamp Frauen? In erster Linie die Erkenntnis, dass bei vielen der diskutierten Themen über die Parteigrenzen hinweg Einigkeit herrscht und der Wunsch nach gemeinsamen Lösungen besteht. Dabei ist die Frage nach politischer Partizipation und nach einer anderen Organisations- und Arbeitskultur keineswegs **NUR** für Frauen relevant, sondern mehr für eine ganze Generation an jungen Menschen, die sich mit den alten (patriarchalen) Strukturen und Verhaltensweisen nicht mehr identifizieren können.

Und so steht vor allem der Wunsch im Raum nach einem nächsten Barcamp zum Thema Arbeit(skultur). Am liebsten mehrtätig. Und mit Cupcakes.

**ARBEITSKREIS
CHRISTINNEN
UND CHRISTEN
IN DER SPD (AKC)**


Der Arbeitskreis versteht sich als Netzwerk, das diejenigen verbindet, die aus ihrem christlichen Glauben heraus sozialdemokratische Politik gestalten wollen. Denn die Mitglieder sind überzeugt, dass die Prinzipien der christlichen Anthropologie, der katholischen Soziallehre und der protestantischen Ethik mit den Grundwerten der Sozialdemokratie übereinstimmen und zu politischem Engagement auffordern. Der AKC auf Bundesebene und in den zahlreichen Regionalgruppen in der Fläche fördert den Kontakt der SPD zu den Diözesen und Landeskirchen, zu Diakonie und Caritas, zu Verbänden, Initiativen und Einzelpersonlichkeiten der verschiedenen Kirchen und Konfessionen. Für die SPD sind die Kirchen Bündnispartnerinnen im Ringen um eine gerechtere Gesellschaft, ohne sie jedoch parteipolitisch zu vereinnahmen.

Einmal im Jahr findet – in der Regel in Kooperation mit der SPD-Bundestagsfraktion – eine Jahrestagung des AKC statt, an die sich eine Klausurtagung des Kreises anschließt. Am 8. April 2011 luden AKC und SPD-Bundestagsfraktion zur Diskussion der Frage *BRAUCHEN WIR EINE NEUE BALANCE VON STAAT, KIRCHEN UND RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN?* nach Berlin ein. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier erklärte zu Beginn, dass der grundgesetzliche Rahmen hinreichend Spielraum gebe, um auf die gesellschaftlichen Veränderungen der religiösen Landschaft in Deutschland reagieren zu können. Wichtige Baustellen der nächsten Jahre seien die Weiterentwicklung des Staatskirchenrechts zu einem Religionsverfassungsrecht und Fragen des kirchlichen Dienstrechts. Jürgen Schmude, Bundesminister a.D. und langjähriger Präses der EKD-Synode, verwies darauf, dass das bestehende Staats-Kirchen-Verhältnis den Kirchen in Deutschland ein vergleichsweise optimales Maß an Unabhängigkeit und Stärke verschafft habe. Das versetze die Kirchen auch in die Lage, gegenüber der Politik stark und selbstbewusst aufzutreten. Diesen Aspekt unterstrich auch Alois Glück, Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Hans-Michael Heinig, Professor für Öffentliches Recht mit Schwerpunkt Kirchen- und Staatskirchenrecht an der Universität Göttingen, sah ebenfalls keinen Bedarf für einen grundlegenden Paradigmenwechsel. Das geltende Religionsverfassungsrecht sei traditionsgeprägt, aber nicht von gestern. Im zweiten Teil der Tagung ging es konkret um das kirchliche Arbeitsrecht. Cornelia Coenen-Marx, Leiterin des Referats Sozial- und Gesellschaftspolitik der EKD, erläuterte die Sicht der evangelischen Kirche auf den *DRITTEN WEG*, kritisch kommentiert von Hermann Lührs, Dozent für Politische Theorie, Arbeits- und Sozialpolitik an den Universitäten Tübingen und Bonn. Für Siegmund Ehrmann und Kerstin Griese stand am Ende der Veranstaltung fest: Der AKC wird an den Fragen weiter arbeiten und die Weiterentwicklung des Staatskirchenrechts und die Debatten um den Dritten Weg aktiv begleiten.

Seither hat der AKC, vor allem vertreten durch Kerstin Griese, in Zusammenarbeit mit der SPD-Bundestagsfraktion und der Friedrich-Ebert-Stiftung die Suche nach einer Lösung im Konflikt zwischen der Gewerkschaft ver.di und den beiden großen Kirchen um die weitere Ausgestaltung des Dritten Weges konkret weiter vorangetrieben und wird dies auch künftig tun, verbunden mit dem Ziel, einen *BRANCHENTARIF SOZIALES* auf den Weg zu bringen.

Am 23. März 2012 stellte der AKC mit der Jahrestagung *GUT LEBEN BIS ZULETZT. WAS BRAUCHEN WIR FÜR EIN GUTES MITEINANDER DER GENERATIONEN?* ein zentrales Zukunftsthema unserer Gesellschaft zur Diskussion: die politische Gestaltung einer Gesellschaft des längeren Lebens. Franz Müntefering, zusammen mit Sabine Bätzing-Lichtenthäler Leiter des Projekts *MITEINANDER DER GENERATIONEN IM DEMOGRAFISCHEN WANDEL* der SPD-Bundestagsfraktion, betonte eingangs neben den Herausforderungen die Chancen des demografischen Wandels – bessere Berufsperspektiven der jungen Generation, eine aktive Teilhabe Älterer am gesellschaftlichen Leben, einen langen dritten Lebensabschnitt mit guter Lebensqualität bis ins hohe Alter und ein neues Miteinander der Generationen. Peter Dabrock, Professor für Systematische Theologie am Fachbereich Theologie der Universität Erlangen, plädierte dafür, das Verhältnis der Generationen untereinander unter der Maßgabe der Solidarität zu erschließen, nicht nur über Gerechtigkeitsaspekte und die Verpflichtung auf Fürsorge. Andreas Kruse, Professor für Gerontologie an der Universität Heidelberg, unterstrich, das Leben bis ins höchste Alter sei von seiner Selbstgestaltung her zu betrachten: Dies Motiv müsse auch bei schwerer körperlicher und psychischer Erkrankung von fachlichen und familiären Bezugspersonen anerkannt werden. Die Palliativmedizin müsse entsprechend den Moribunden unterstützen, sein Sterben als Teil seines Lebens zu gestalten. Doch Konzepte, ethische und politische Ziele sind nur ein Teil der Aufgabe – ein anderer ist die praktische Umsetzung. Und so kamen mit Ellen Wappenschmidt-Krommus, Bereichsleiterin Innovation der Caritas-Betriebsführungs- und Trägergesellschaft Köln, mit Gerda Graf, der Ehrenvorsitzenden des Deutschen Hospiz- und Palliativverbands, und Helga Walter, der Stellvertretenden Vorsitzenden der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen, auch ganz praktische Fragen zur Sprache, die deutlich machten, wie wichtig der institutionalisierte Dialog zwischen Politik und Praxis ist.



Andrea Nahles im Gespräch auf dem Jour-Fixe-Empfang der SPD beim Mannheimer Katholikentag | Diakonie-Präsident Johannes Stockmeier und Sigmar Gabriel beim Evangelischen Kirchentag in Dresden 2011 | Fotos: SPD

Zu den Höhepunkten der Aktivitäten des AKC gehörten seit Jahren die Präsenz bei Kirchen- und Katholikentagen. Bei Kirchentagen (im Rahmen von Katholikentagen ist dies leider noch immer nicht möglich) sucht der AKC in bewährter Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) und den Jusos das Gespräch mit den KirchentagsbesucherInnen an einem Stand auf dem *MARKT DER MÖGLICHKEITEN*. Viele Kirchentagsgäste nutzen auch den Besuch führender SozialdemokratInnen, um sie einmal aus der Nähe zu erleben und zu befragen. Auch die Jour-Fixe-Empfänge der SPD haben sich mittlerweile zu einem angesehenen Markenzeichen entwickelt. Im Rahmen des 33. Deutschen Evangelischen Kirchentages, der vom 2.–4. Juni 2011 unter dem Motto ... *DA WIRD AUCH DEIN HERZ SEIN* in Dresden stattfand, lud die SPD in das Ballhaus Watzke ein. Der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel begrüßte die Gäste auch im Namen der anwesenden Hannelore Kraft, Andrea Nahles und Frank-Walter Steinmeier. Für die SPD Sachsen und die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag hieß Martin Dulig die über 400 Gäste willkommen. Es folgte

ein herzliches Grußwort von Katrin Göring-Eckardt als Präsidentin des Kirchentags und Präses der EKD-Synode.

Beim 98. Deutschen Katholikentag, der vom 16.–20. Mai 2012 unter dem Leitwort *EINEN NEUEN AUFBRUCH WAGEN* stattfand, lud die SPD auf das Museumsschiff (Müllers Restaurant) an den Neckar. Sigmar Gabriel, Andrea Nahles und Nils Schmid als Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg begrüßten die zahlreichen Gäste. Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Alois Glück, und Vizepräsidentin Karin Kortmann machten in ihren Grußworten deutlich, wie wichtig der Austausch zwischen katholischer Kirche und SPD für eine gerechtere Gesellschaft ist. Das unterstrichen auch zahlreiche Bischöfe durch ihre Anwesenheit, darunter Reinhard Kardinal Marx aus München und Rainer Maria Kardinal Woelki aus Berlin.

Zum festen Termin im Jahr gehört inzwischen auch der Empfang der SPD im Rahmen der Herbstsynode der EKD. Er ist eine herausragende Gelegenheit zum ungezwungenen Austausch mit maßgeblichen Persönlichkeiten der EKD. Die Synode 2011 in Magdeburg stand unter dem Leitwort *WAS HINDERT'S, DASS ICH CHRIST WERDE?* Am 8. November 2011 beeindruckte die Stellvertretende Parteivorsitzende Manuela Schwesig die Synodalen durch ein sehr persönliches Grußwort.

ARBEITSKREIS CHRISTINNEN UND CHRISTEN IN DER SPD (AKC) – SPECHER/-INNENKREIS ■ ak-christen.spd.de

KERSTIN GRIESE, MdB, OSTD

BENNO HAUNHORST

DR. DIETMAR KEHLBREIER, Pfarrer

DR. H.C. WOLFGANG THIERSE, MdB, Bundestagsvizepräsident

Katrin Budde, Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion von Sachsen-Anhalt, machte deutlich, wie eng die Beziehungen zwischen evangelischer Kirche und Sozialdemokratie auch in diesem östlichen Bundesland sind – was sich auch in der Anwesenheit der sozialdemokratischen Minister Stephan Dorgerloh und Jens Bullerjahn spiegelte.

Am 6. November 2012 begrüßten in Timmendorfer Strand Kanzlerkandidat Peer Steinbrück und Ralf Stegner, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag und Vorsitzender des Landesverbandes Schleswig-Holstein die EKD-Synodalen. Im Blick auf das Reformationsjubiläum, das das Schwerpunktthema der Synode bildete, unterstrich Peer Steinbrück die Bedeutung Europas als ein Zivilisations- und Friedensprojekt.

ARBEITSKREIS JÜDISCHER SOZIALDEMOKRA- TINNEN UND SOZIAL- DEMOKRATEN (AKJS)



Der AKJS versteht sich auf Bundesebene und in derzeit zwei Regionalgruppen (Berlin-Brandenburg und Südwest) als ein Zusammenschluss von Jüdinnen und Juden, die Mitglieder der SPD sind oder sich mit ihren Zielen identifizieren und die ihre jüdische Perspektive in die innerparteiliche Diskussion einbringen. Außenpolitisch will der AKJS vor allem die Transatlantischen Positionen in der Partei stärken. Er steht solidarisch an der Seite Israels, versteht sich aber ausdrücklich nicht einfach als ISRAEL-LOBBY innerhalb der Partei. Vielmehr geht es ihm darum, eine zukunftsfähige Israel-Politik Deutschlands zu formulieren und zu unterstützen. Innenpolitisch wirbt der Arbeitskreis für die Belange der wachsenden jüdischen Gemeinschaft in Deutschland. Darüber hinaus bezieht der Kreis Position in religionspolitischen Kontroversen.

Einmal jährlich kommt der AKJS zu einem Bundestreffen zusammen. Bei der Bundeskonferenz 3. und 4. September 2011 im Willy-Brandt-Haus stand die Wahl von Ilia Choukhlov als neuem zweiten Sprecher neben Peter Feldmann im Mittelpunkt. Die Wahl war nötig geworden, weil Sergey Lagodinsky anlässlich der Umstände der Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen Thilo Sarrazin im April als Sprecher zurück- und aus der SPD ausgetreten war. In diesem Zusammenhang beschloss die Gruppe auch eine geänderte Geschäftsordnung, nach der ab 2012 mit einem fünfköpfigen Bundesvorstand die Arbeit auf mehrere Schultern verteilt werden soll. Den inhaltlichen Schwerpunkt der Tagung bildete das Thema *SOZIALE GERECHTIGKEIT AUS JÜDISCHER SICHT* mit einem Vortrag von Abraham de Wolf. Darin zeigte er Verbindungslinien zwischen den Kernpunkten der jüdischen Tradition und gegenwärtigen sozialpolitischen Fragestellungen auf. In der anschließenden engagierten Diskussion wurde deutlich, dass die jüdische Perspektive auf soziale Gerechtigkeit bisher in der politischen Debatte – auch innerhalb der SPD – kaum bekannt ist und dass es

sich lohnt, darüber auch über den AKJS hinaus in größerem Kreis das Gespräch zu suchen. Ein wichtiger weiterer Höhepunkt des Bundestreffens war ein Gespräch der Gruppe mit Generalsekretärin Andrea Nahles, in dem es neben einem kritischen Rückblick auf die Sarrazin-Debatte auch um eine Verabredung der künftigen Rahmenbedingungen für die inhaltliche und organisatorische Arbeit des AKJS ging.



Generalsekretärin Andrea Nahles im Gespräch mit Peter Feldmann und Ilia Choukhlov beim Bundesseminar 2011 | Foto: SPD

Am 25. März 2012 wurde der Sprecher des AKJS Peter Feldmann zum Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt a.M. gewählt und trat am 1. Juli sein Amt an.

Beim Bundesseminar 2012, das vom 10.–11. November 2012 in Frankfurt a.M. stattfand, stand verabredungsgemäß zunächst die Wahl eines fünfköpfigen neuen Vorstands auf der Tagesordnung. Peter Feldmann kandidierte nach seiner Wahl zum Frankfurter Oberbürgermeister nicht erneut für ein Sprecheramt. Ilia Choukhlov verzichtete aus persönlichen Gründen auf eine neue Kandidatur. Gewählt wurden Alexander Hasgall, Grigori Lagodinsky und Jessica Schmidt-Weil aus Berlin, Abraham de Wolf aus Heidelberg und Vered Zurpanzer aus Frankfurt a.M. Den inhaltlichen Schwerpunkt des Bundesseminars bildete angesichts der seit Sommer 2012 andauernden Diskussion um die Legalität der Beschneidung von Jungen die Frage der *RELIGIONSFREIHEIT IM DEMOKRATISCHEN RECHTSSTAAT*. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse unterstrich in seinem Vortrag

die Bedeutung eines umfassenden Rechts auf Religionsfreiheit und warnte davor, dass angesichts zunehmender Kontroversen über die Grenzen von Religionsfreiheit dem Staat die Rolle zugeschrieben werde zu definieren, was zum Kern einer Religionsgemeinschaft gehöre. Schließlich wurde bei dem Seminar auch die kulturelle Dimension der jüdischen Wurzel der Sozialdemokratie gewürdigt: mit jiddischen Arbeiterliedern, präsentiert von Daniel Kempin.

Über die eigenen Tagungen hinaus beteiligt sich der AKJS an weiteren Veranstaltungen. Im März 2011 war er Mit-Einlader zu einer Gedenkveranstaltung in die Berliner Rosenstraße. Am 23. März 2011 veranstaltete der AKJS zusammen mit dem Yale World Fellows Program und der Liberalen Türkisch-Deutschen Vereinigung (LTD) eine Diskussion zum gerade erschienenen Buch von Patrick Bahners *DIE PANIKMACHER*. Im Türkischen Kulturzentrum *AN DER URANIA* in Berlin diskutierten der Autor, die Schriftstellerin Hatice Akyün, Jan Fleischhauer vom SPIEGEL und Sylke Tempel, Chefredakteurin Internationale Politik. Das Podium und die Diskussion mit den Gästen moderierte Sergey Lagodinsky.

Zu den weiteren Aktivitäten des AKJS gehören Namensbeiträge der SprecherInnen in verschiedenen Medien sowie Arbeitskreis-Erklärungen zu aktuellen politischen Debatten. Am 21. März 2011 fand eine Libyen-Erklärung des AKJS breite Aufmerksamkeit, in der die Gruppe die Enthaltung der Bundesregierung bei der Frage der Einrichtung und Überwachung einer Flugverbotszone über Libyen im Sicherheitsrat der vereinten Nationen scharf kritisierte. Im Jahr 2012 beteiligte sich der AKJS intensiv und mit mehreren Erklärungen an der öffentlichen Debatte

ARBEITSKREIS JÜDISCHER SOZIALDEMOKRATINNEN UND SOZIALDEMOKRATEN (AKJS) ■ www.j-sozis.spd.de

SPRECHER

PETER FELDMANN, bis November 2012

SERGEY LAGODINSKY, bis April 2011

ILIA CHOUKHLOV, ab September 2011

VORSTAND – SEIT NOVEMBER 2012

ALEXANDER HASGALL, GRIGORI LAGODINSKY, DR. JESSICA

SCHMIDT-WEIL, ABRAHAM DE WOLF, VERED ZUR-PANZER

te um die Beschneidung von Jungen, die nach einem Urteil des Kölner Landgerichts vom 7. Mai 2012 entbrannt war. Im Judentum gehört die Beschneidung eines Jungen am 8. Tag nach der Geburt zu den zentralen religiösen Geboten und wird von allen Richtungen des Judentums als solches anerkannt. Außenpolitisch forderte der AKJS am 14. November 2012 die baldmögliche Rückkehr an den Verhandlungstisch im Nahen Osten. Die Siedlungspolitik dürfe nicht zur Ausrede der palästinensischen Seite werden, sich dem Gespräch mit Israel zu verweigern.

Auch die innerparteiliche politische Debatte gestaltet der AKJS aktiv mit. Der Arbeitskreis Jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist inzwischen „fester Bestandteil der politischen Willensbildung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie“ (Sigmar Gabriel).

ARBEITSKREIS EHM. POLITISCHER HÄFTLINGE IN DER SBZ/DDR

Der Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge der SBZ/DDR beschäftigte sich in Seminaren und Zeitzeugengesprächen mit der Erinnerung an und Aufarbeitung der Geschichte der Verfolgung von Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen in der DDR.

Die Weitergabe dieser Erinnerung an die nachfolgenden Generationen bleibt das Ziel des Arbeitskreises.

Nach dem Tod des langjährigen Vorsitzenden HANS-JOACHIM HELWIG-WILSON, wurde LOTHAR OTTER, bisher sein Stellvertreter, von den Mitgliedern des Arbeitskreises zum Vorsitzenden gewählt.

Obwohl sich auch im Arbeitskreis der demografische Wandel bemerkbar macht, konnte z.B. ein sehr interessantes Seminar in Leipzig durchgeführt werden. Neben Bundestagsabgeordnete war auch der ehemalige Sprecher der Erfassungsstelle in Salzgitter, Dr. Grasemann sowie der Leiter des Zeitgeschichten Forums, Dr. Rainer Eckert, in Leipzig unsere Referenten.

Wir waren auch Gäste der Falken Sachsens in Leipzig. Höhepunkt der Tagung war sicherlich der Besuch Dresdens, wo wir von Dr. Christoph Meyer, dem Leiter des Herbert-Wehner-Bildungswerks, empfangen wurden. Anschließend hatten wir die Ehre, mit Greta Wehner diskutieren zu können. Während eines weiteren Seminars in Bad Königshofen hatten wir wieder sehr gute Referenten. Allen TeilnehmerInnen wird sicher der bedrückende Besuch von Resten zweier Dörfer, die für ein freies Schußfeld der DDR-Grenztruppen geschleift worden waren, in Erinnerung bleiben.

Der VEREIN HOHENECKER FRAUEN unter Leitung unseres Vorstandsmitglieds Anita Goßler hatte ein Treffen mit dem ehemaligen Bundespräsidenten. Sie und andere Mitglieder des Arbeitskreises wurden auch einzeln zu Gesprächen als Zeitzeugen eingeladen.

Im Herbst 2012 war die Ausstellung SELBSTBEHAUPTUNG, WIDERSTAND UND VERFOLGUNG in Bad Harzburg zu Gast. Die Eröffnungsrrede wurde von Sigmar Gabriel mit dem Thema DIE ÜBER HUNDERT-JÄHRIGE GESCHICHTE DER FALKEN sehr engagiert vorgetragen.

Zu 150 JAHRE SPD stehen etliche Zeitzeugen aus dem AK zur Verfügung.

SENIORENRAT DER SPD

Seit 1974, seit nun fast 40 Jahren, kann die die Partei auf die Erfahrung der Mitglieder des Seniorenrats zurückgreifen. Die Genossinnen und Genossen aus der Spitze der SPD nutzen immer wieder die Gelegenheit, diese andere Perspektive, einen andere Meinung kennen zu lernen.

Die Mitglieder des Seniorenrats laden zudem auch immer wieder ExpertInnen aus dem Umfeld der

Partei zum Gespräch ein, um Positionen zu aktuellen Themen formulieren zu können.

So kam es im Mai 2011 zu einer intensiven Diskussion über Themen der direkten Demokratie mit Heiko Maas, der als Vorsitzender einer von der Partei beauftragten Kommission maßgeblich an dem Papier MEHR DEMOKRATIE LEBEN mitgewirkt hatte. Die Ergebnisse der Erörterungen zu diesem Thema hat der Seniorenrat im Anschluss in einem Papier für Sigmar Gabriel zusammengefasst.

Im Mittelpunkt der Sitzungen des Jahres 2012 stand vor allem die

sich weiter verschärfende europäische Staatsschuldenkrise. Einen fundierten Einblick in Ursachen und Zusammenhänge konnte das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des deutschen Sparkassen und Giroverbandes, Karl-Peter Schackmann-Fallis, vermitteln, den der Seniorenrat im April zu einem Gespräch eingeladen hatte.

Und nicht zuletzt auch dieses Thema stand auf der Agenda des letzten Termins des Jahres 2012, der die Mitglieder des Seniorenrats zu einer aktuellen Diskussion mit Frank-Walter Steinmeier zusammenführte.

DER PARTEIVORSTAND DER SPD HAT IM DEZEMBER 2012 FOLGENDE GE-
NOSSINNEN UND GENOSSEN IN DEN SENIOREN RAT DER SPD BERUFEN

KLAUS HÄNSCH
SIGRID KELER
BRUNO KÖBELE
GERD KOMPE
CHRISTA RANDZIO-PLATH

IM BERICHTSZEITRAUM VERSTORBENE MITGLIEDER
DES SENIOREN RATS DER SPD

NORBERT BURGER † 16. Mai 2012
GEORG LEBER † 21. August 2012
EVA RÜHMKORF † 22. Januar 2013
ERNST BREIT † 22. Februar 2013

SENIORENRAT DER SPD GRÜNDUNG 1974 AUF BESCHLUSS DES PARTEITAGS DER SPD 1973

GRÜNDUNGSVORSITZENDER
CARLO SCHMID

VORSITZENDE
ILSE BRUSIS

STELLVERTRENDENDE VORSITZENDE
HERBERT EHRENBURG, WILMA SIMON, KARL RAVENS

WEITERE MITGLIEDER
CHRISTINE BERGMANN, ANKE BRUNN, ANKE FUCHS, HANS EICHEL,
IRENE ELLENBERGER, OTTO GRAEBER, KLAUS HÄNSCH, ANTJE HU-
BER, SIGRID KELER, BRUNO KÖBELE, GERD KOMPE, GERDA LINDE,
ERNST GOTTFRIED MAHRENHOLZ, ULRIKE MASCHER, ANKE MAR-
TINY, INGRID MATTHÄUS-MAIER, HEIKE MERK, BRUNHILDE PETER,
CHRISTA RANDZIO-PLATH, WALTER ROMBERG, HERBERT SCHMAL-
STIEG, JÜRGEN SCHMUDE, HERBERT SCHNOOR, MANFRED STOLPE,
HELGA TIMM, BEATE WEBER, CORNELIUS WEISS, ROLF WERNSTEDT,
INGE WETTIG-DANIELMEIER

GEWERKSCHAFTS- RAT

Im Berichtszeitraum fanden vier Sitzungen des Gewerkschaftsrates und ein Gespräch mit dem geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB und den Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften statt. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Situation auf dem Arbeitsmarkt, die Europapo-

litik und die Auswirkungen der Banken- und Finanzkrise.

Außerdem wurde das Thema Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus besprochen.

Im Gewerkschaftsrat wurde desweiteren über Arbeitsplanung und Schwerpunktsetzung des SPD-Parteivorstands informiert. Die Leit-
anträge und Grundsatzpapiere zu den benannten Themen wurden
vorgestellt und diskutiert.

GESPRÄCHSKREIS INKLUSION UND TEILHABE

Im Juni 2010 wurde beim SPD-Parteivorstand der Gesprächskreis *INKLUSION UND TEILHABE* eingerichtet.

Aufgabe war die programmatische Zuarbeit in den Bereichen Teilhabe, Emanzipation und Inklusion im Hinblick auf den ordentlichen Parteitag 2011 und die Bundestagswahl 2013.

Der Gesprächskreis ging über eine allein behindertenpolitische Fragestellung hinaus und legte seinen Schwerpunkt in der Ausrichtung der Gesellschaft, Politik und sozialpolitischer Institutionen auf die Erfordernisse und Erwartungen von Menschen mit Einschränkungen an die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Der Gesprächskreis verstand sich als Vorreiter in der sozial- und gesellschaftspolitischen Diskussion, die vom einzelnen Menschen und seinen Bedürfnissen her denkt und ganzheitliche Konzepte für Unterstützungsstrukturen erarbeitet.

SCHWERPUNKTE DER ARBEIT DES GESPRÄCHSKREISES

- künftige Anforderungen an sozialpolitischen Rechtskreise, insbesondere SGB IX, SGB XI und SGB XII, aber auch aller weiteren, die rehabilitative Leistungen vorsehen
- Inklusive Bildung und Pädagogik: Wie lässt sich das Definitionsmonopol von Behinderung und Einschränkung durchbrechen und Ghettoisierung vermeiden?
- Institutionelle Reformen sozialer Sicherungssysteme: Wie lässt sich Unterstützung ganzheitlich und mit weniger Bürokratie organisieren, nach dem Grundsatz *DIENSTLEISTUNG FOLGT DEM MENSCHEN*?

Im August 2011 legte der Gesprächskreis sein Positionspapier zur Reform des SGB IX und der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung *VON DER FÜRSORGE ZUR TEILHABE – VON DER EINGLIEDERUNGSHILFE ZUR INKLUSION* vor, das entscheidende Impulse für die weitere innerparteiliche Diskussion und die Entscheidungen bis hin zu den inklusionspolitischen Aussagen des Wahlprogramms 2013 gab.

Am 24.5.2012 fand zu diesem Positionspapier eine Tagung im Willy-Brandt-Haus statt, an der Vertreterinnen und Vertreter von Selbsthilfeorganisationen von Menschen mit Behinderungen, aus Ländern und Kommunen, des Deutschen Vereins, der Wissenschaft, der Sozial- und Wohlfahrtsverbände sowie der Medien teilnahmen.

GESPRÄCHSKREIS INKLUSION UND TEILHABE

LEITUNG

KARL-HERMANN HAACK
Behindertenbeauftragter der
Bundesregierung 1998–2005

RICHARD AUERNHEIMER
Staatsekretär a.D.
FRITZ BAUER
LV Westfalen-Lippe
CHRISTIAN BERRINGER

KARIN EVERS-MEYER

MdB, Behindertenbeauftragte
der Bundesregierung 2005–2009

KARL FINKE
Sprecher des Netzwerks
SELBST AKTIV

PETRA FUHRMANN
MdL

JÜRGEN GOHDE
Kuratorium Deutsche Altenhilfe

NORBERT KILLEWALD

Landesbehindertenbeauftragter
Nordrhein-Westfalen

KLAUS LACHWITZ
Lebenshilfe

OTMAR MILES PAUL
Landesbehindertenbeauftragter
Rheinland-Pfalz

MARTINA PUSCHKE
Weibernetzwerk

SILVIA SCHMIDT

MdB, behindertenpolitische
Sprecherin der SPD-Bundes-
tagsfraktion

PROF. DR. ELISABETH WACKER
Rehabilitationssoziologin
MPI für Internationales
Sozialrecht München

KOMMISSION ZUKUNFT DER ALTERSSICHERUNG UND SCHUTZ VOR ALTERSARMUT

Mit dem Beschluss des Parteivorstands *GUT UND SICHER LEBEN: PERSPEKTIVEN SCHAFFEN FÜR ARBEIT UND SICHERE ALTERSVORSORGE* vom 23.8.2010 wurde die Kommission *ZUKUNFT DER ALTERSSICHERUNG UND SCHUTZ VOR ALTERSARMUT* eingesetzt, die die Ergebnisse des Diskussionsprozesses zur künftigen Alterssicherung

beraten und dem Parteitag 2011 einen Beschlussvorschlag vorlegen sollte. Damit wurde die innerparteiliche Debatte zur Weiterentwicklung der Alterssicherung in Deutschland fortgesetzt, die nach den zwischen 2000 und 2007 durchgeführten Reformmaßnahmen in der Alterssicherung begonnen hatte. Die Diskussion um die Zukunft der Alterssicherung sollte nunmehr von der Konzentration auf die demografische Entwicklung verlagert und wie bereits im Gesetz zur Rente mit 67 vorgesehen – wieder um die Dimension der Arbeitsmarktpolitik erweitert werden. Grundlage der Arbeit der Kommission war, dass Entscheidungen über die Zukunft der gesetzlichen Altersvorsorge können nicht von der Zukunft der Arbeit und des Arbeitsmarktes abgekoppelt werden können.

GRUNDLAGEN DER KOMMISSIONSARBEIT WAREN

- Der Beschluss des Parteivorstands vom 30.8.2010 *GUT UND SICHER LEBEN: PERSPEKTIVEN SCHAFFEN FÜR ARBEIT UND SICHERE ALTERSVORSORGE*
- der Bericht der Projektgruppe *ALTERSGERECHTES ARBEITEN UND ZUKUNFTSSICHERE RENTE* des Parteivorstands vom 11. 2. 2009,
- der Abschlussbericht der Arbeitsgruppe *ARBEITSBEDINGUNGEN VERBESSERN – RENTENZUGANG FLEXIBILISIEREN* des Parteivorstands und der Bundestagsfraktion vom 12.10.2007
- das Hamburger Programm Grundsatzprogramm der SPD
- der Beschluss des Parteitags 2009 Dresden (Leitantrag des Parteivorstands)
- rentenbezogene Anträge zum Parteitag 2010 und ausgewertete Äußerungen der Parteigliederungen zum Beschluss des Parteivorstands vom 30.8.2010
- der AfA-Beschluss *GUT UND SICHER LEBEN – AUCH IM ALTER* vom 18.4.2010
- das Diskussionspapier *RÜCKKEHR ZUR LEBENSSTANDARDSICHERNDEN UND ARMUTSFESTEN RENTE* (FES, August 2010)

THEMEN DER KOMMISSIONSARBEIT WAREN

- Kurzfristige Maßnahmen gegen Altersarmut
- Aufwertung sehr niedriger Anwartschaften/Schutz vor Altersarmut

- Flexible Übergänge/altersgerechtes Arbeiten
- Regelungen für belastete Berufe (Knappschaft)
- Zusatzbeiträge
- Teilrente
- Erwerbsminderungsrente
- Weiterentwicklung der Rehabilitation
- Vermittlungsanspruch in den Arbeitsmarkt ab dem 60. Lebensjahr
- Grundsatz- und Finanzierungsfragen in der Rentenversicherung
- Erwerbstätigenversicherung
- Rentenbeginn nach Beitragsjahren
- Sicherungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung
- Bundeseinheitliches Rentenbemessungssystem/ Angleichung Ost-West

Im September 2011 legte die Kommission dem Parteivorstand ihre Empfehlungen vor, die in den Leitantrag des Parteivorstands *DEN WERT DER ARBEIT UND DIE LEBENSQUALITÄT IM ALTER ERHÖHEN* für den Bundesparteitag 2011 einfließen.

KOMMISSION ZUKUNFT DER ALTERSSICHERUNG UND SCHUTZ VOR ALTERSARMUT

LEITUNG

KURT BECK, Ministerpräsident
des Landes Rheinland-Pfalz
ELKE FERNER, MdB, Stellv.
Vorsitzende der SPD-Bundesa-
tagsfraktion
OLAF SCHOLZ, Erster Bürger-
meister der Freien und Hanse-
stadt Hamburg
OTTMAR SCHREINER, MdB

ERWEITERTE STEUERUNGS- GRUPPE

ANETTE KRAMME, MdB
ANTON SCHAAF, MdB
CAREN MARKS, MdB
WOLFGANG SCHRÖDER, StS
Sozialministerium Brandenburg
MANUELA SCHWESIG,
Sozialministerin Mecklenburg-
Vorpommern
GUNTRAM SCHNEIDER,
Sozialminister NRW

NORBERT BISCHOFF,
Sozialminister Sachsen-Anhalt
HEIKE TAUBERT,
Sozialministerin Thüringen
STEFAN SCHOSTOK,
MdL, Vorsitzender der SPD-
Land-tagsfraktion Nieder-
sachsen
GERHARD KOMPE, AG 60plus
SASCHA VOGT, Jusos
DIETMAR GLAßER, AfA
JUDITH KERSCHBAUMER,
FRANCESCO GRIOLI.

**BERATENDE STÄNDIGE
MITGLIEDER**
INGO NÜRNBERGER, DGB
BRIGITTE DÖCKER, AWO
ULRIKE MASCHER, VdK
KLAUS MICHAELIS, SoVD
PETER KÖNIG, FES
SEVERIN SCHMIDT, FES
GERHARD BÄCKER

WILHELM-DRÖSCHER- PREIS

Mit dem Wilhelm-Dröschler-Preis halten wir das Andenken an Wilhelm Dröschler, den aktiven, bürgernahen und pragmatischen aber auch visionären Sozialdemokraten lebendig. Er war Amtsbürgermeister, Abgeordneter des rheinland-pfälzischen Landtages und des Bundestages, Schatzmeister und Präsidenten der Europäischen Sozialisten. Er setzte sich für die Menschen ein, kümmerte sich um ihre Anliegen und löste Probleme unbürokratisch. 1949 trat er als 29-jähriger in die SPD ein und engagierte sich unermüdlich. Als Präsident der Europäischen Sozialisten nahm er gleichzeitig weitblickend die Perspektive europäischer und internationaler Kooperation wahr.

Die Verleihung des Wilhelm-Dröschler-Preises war stimmungsvoller Höhepunkt und Abschluss des ordentlichen Bundesparteitags der SPD 2011 und fand bereits zum 15. Mal statt. Die begleitende Ausstellung der nominierten Projekte und Aktionen der SPD-Gliederungen und anderen Organisationen ist zu einem wichtigen Element eines jeden Parteitag geworden und zeigt das vielfältige und kreative Engagement vor Ort und in verschiedenen Kooperationen.

Zum Thema *DIE SPD ERNEUERT SICH* bewarben sich 38 Projekte um den mit 15.000 Euro dotierten Wilhelm-Dröschler-Preis in fünf Kategorien:

- A ■ **ZUKUNFTSWERKSTATT SPD**
- B ■ **REFORMWERKSTATT MITGLIEDERPARTEI**
- C ■ **KULTURWERKSTATT**
- D ■ **GERECHTIGKEIT**
- E ■ **AKTIONEN GEGEN RECHTS**

Zum wiederholten Mal hatten die Delegierten und auch alle Besucherinnen und Besucher des Parteitags die Möglichkeit ihren Favoriten auszuwählen.

Der Besucher- und Delegiertenpreis war mit 1.000 Euro dotiert. Die Bewerberinnen und Bewerber präsentierten sich im Rahmen der Ausstellung mit verschiedenen Aktionen und Talkrunden auf einer Bühne im Ausstellungsbereich.

Die Preise wurden am 6.12.2011 durch die Vorsitzende des Kuratoriums Heidemarie Wieczorek-Zeul sowie Vertretern der Familie Dröschler am Ende des Parteitags verliehen. Der 1. Preis ging 2011 an das Projekt der Jusos in der SPD Mecklenburg-Vorpommern *STORCH HEINAR*.



Gewinner des Wilhelm-Dröschler-Preises 2011 – Das Projekt *STORCH HEINAR*

WILHELM-DRÖSCHER-PREIS

STIMMBERECHTIGTE KURATORIUMSMITGLIEDER

VORSITZENDE

HEIDEMARIE WIECZOREK-ZEUL, MdB, Bundesministerin a. D.

STIMMBERECHTIGTE MITGLIEDER

ANDREA NAHLES, MdB, SPD-Parteivorstand

ERIKA DRECOLL, Rostock

PETER DRÖSCHER, MdL, Kirn

PROF. DR. MICHAEL DRÖSCHER, Dorsten

DR. GERLINDE KUPPE, Landesministerin a.D.

ELFRIEDE MARX, SPD-Landesverband Schleswig-Holstein

LOKE MERNIZKA, Siegen

MARIANNE REINERT, Göttingen

DR. KARSTEN RUDOLPH, Brüssel

RAINER STRANG, SPD-Bezirk Weser-Ems

HELGA ZIEMANN, Siegburg



Ortsverein Baccum – Projekt mit Tradition: 20 Jahre Bildungsreisen



Heidemarie Wieczorek-Zeul und Saskia Freiesleben

Fotos: Cynthia Rühmekorf

**GUSTAV-
HEINEMANN-
BÜRGERPREIS**

FREIHEIT UND GERECHTIGKEIT IN EINEM DEMOKRATISCHEN UND SOZIALEN RECHTSSTAAT – diese Prämissen des Grundgesetzes mit Leben zu füllen und allen Bürgern bewusst zu machen, das war das politische Berufung Gustav W. Heinemanns (geb. 1899, gest. 1976).

ZUM PREIS

Im Angedenken an das Lebenswerk des ersten sozialdemokratischen Bundespräsidenten (1969-1974) stiftete 1977 der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis. Möglichst in zeitlicher Nähe zum 23. Mai, dem Tag der Verkündung des Grundgesetzes, wird er an Personen, Gruppen oder Organisationen verliehen, die sich im Sinne Heinemanns um unser Land und unsere Gesellschaft verdient gemacht haben.

Mit der Verleihung des Preises sollen Menschen ermutigt werden, die von Gustav W. Heinemann vorgelebten Bürgertugenden zu verwirklichen, den Ansprüchen des Grundgesetzes gerecht zu werden und durch ihre Haltungen und Handlungen mehr eigenverantwortliche Mitwirkung und Mitbestimmung in unserem Staat zu wagen.

BISHERIGE PREISTRÄGERINNEN UND PREISTRÄGER

- 1977 FREIBURGER HILFSGEMEINSCHAFT FÜR PSYCHISCH KRANKE, BEHINDERTE UND GEFÄHRDETE E.V., ALTBISCHOF D. KURT SCHARF, DEUTSCHE SEKTION VON AMNESTY INTERNATIONAL
- 1978 REDAKTION VON KENNZEICHEN D
- 1979 ARBEITSKREIS FÜR DAS AUSLÄNDISCHE KIND E.V., SOZIALKRITISCHER ARBEITSKREIS DARMSTÄDTER BÜRGER E.V.
- 1980 HEINRICH ALBERTZ
- 1981 DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR FRIEDENS- UND KONFLIKTFÖRDERUNG
- 1982 EGON BAHR
- 1983 JOSEF FELDER, AKTION SÜHNEZEICHEN/FRIEDENSDIENSTE E.V.
- 1984 ZENTRALSTELLE FÜR RECHT UND SCHUTZ DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERER AUS GEWISSENSGRÜNDEN E.V., MAJOR HELMUTH PRIEB
- 1985 DEUTSCHE SEKTION VON GREENPEACE E.V.
- 1986 BUNDESMINISTERIN A.D. KÄTHE STROBEL, GERDA LINDE, KARIN SCHÜLER
- 1987 DIE BRÜDER VON BRAUNBÜHL
- 1988 BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT KRITISCHER POLIZISTEN UND POLIZISTINNEN
- 1989 FLÜCHTLINGSRAT BERLIN, DR. HERBERT SCHNOOR
- 1990 SUPERINTENDENT FRIEDRICH MAGIRIUS
- 1991 MARIE SCHLEI FÖRDERVEREIN E.V.
- 1993 DR. REGINE HILDEBRANDT
- 1994 SCHWESTER MONIKA HESSE, DR. MONIKA HAUSER
- 1995 SCHÜLER HELFEN LEBEN, DT.-POLN. SCHULPARTNERSCHAFT CARL-VON-OSSIETZKY-OBERSCHULE BERLIN-KREUZBERG/LICEUM OGOLNOKSZTALCACE NOW SOL/LESSING-GYMNASIUM HOYERSWERDA
- 1996 FRANZISKA HUNDESEDER, KLAUS STAECK
- 1997 FORUM ZIVILER FRIEDENSDIENST
- 1998 PROF. DR. FRIEDHELM HENGSBACH SJ; PFARRER EDUARD WÖRMANN
- 1999 DR. HANS-JOACHIM FLIEDNER, OFFENBURG
- 2000 FRAU RUTH MISSELWITZ, BERLIN; ULRIKE POPPE, BERLIN; ANDREA RICHTER, WEIMAR
- 2001 MICHAEL HUGO, ROSTOCK
- 2002 ERHARD EPPLER

2003 BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT HOSPIZ, ZUR FÖRDERUNG VON AMBULANTEN, TEILSTATIONÄREN UND STATIONÄREN HOSPIZEN UND PALLIATIVMEDIZIN E.V.

2004 LUCIENNE SCHMITT UND HANS LEYENDECKER

2006 NICOLE LÜDEKING UND JANA BÖTTNER AUS BRANDENBURG/H.

2007 PETER EIGEN, GRÜNDER VON TRANSPARENCY INTERNATIONAL

2009 BIANCA RICHTER UND RICHARD SCHRÖDER

2010 HEINZ BUSCHKOWSKY

2011 DISCOVER FOOTBALL UND SONDERPREIS FÜR DIE AKTION ZIVILCOURAGE

2012 PATER KLAUS MERTES

NEUES VERFAHREN

Seit der Preisverleihung 2011 wird der Preis in einem Abstimmungsverfahren im Internet vergeben. Das Verfahren läuft in 3 Schritten ab. Zunächst sucht eine Vorauswahlgruppe des Kuratoriums bis zu 10 Vorschläge auf, die dann von Kuratorium auf mindestens 3 Vorschläge reduziert werden. Diese werden im Netz zur Abstimmung gestellt. Derjenige Vorschlag mit den meisten Stimmen bekommt dann den Preis.

PREISTRÄGER 2011

Das Frauen-Fußball-Projekt *DISCOVER FOOTBALL* steht für Integration und Interkulturellen Dialog und ist nicht nur auf Sport ausgerichtet. Sport ist für die Initiatorinnen ein Mittel, um auf soziale und politische Probleme aufmerksam zu machen. Das Projekt handelt nach der Devise, nur wenn man einander begegnet, kann gegenseitiges Verstehen, Toleranz, Respekt, Achtung und daraus ein Vorbild entstehen. Das Projekt ist ein Vorbild für Völkerverständigung und ein Stück Friedensarbeit durch die Begegnung von Frauen-Mannschaften aus unterschiedlichen Ländern und Kulturkreisen. Es ist ein Stück Emanzipation. Der Name des Projekts: Fußball zu entdecken für Frauen, spricht für sich. Fußball wird zum Instrument der Emanzipation. Das Projekt ist ein internationales Kulturfestival, nicht nur ein Fußballturnier.

PREISTRÄGER 2012

Pater Klaus Mertes gehört zu den Menschen in unserem Land, die Zivilcourage und ein unbestechliches Gerechtigkeitsgefühl in auch für sie sehr schwierigen Situationen bewiesen haben und damit Bürgertugenden leben, die Gustav Heinemann Zeit seines politischen Wirkens so wichtig waren. Als drei ehemalige Schüler Pater Mertes über den sexuellen Missbrauch am Canisius-Kolleg in Berlin berichteten, den sie selbst erlitten hatten, reagierte er im Januar 2010 als Rektor des Kollegs mit einem Brief an alle ehemaligen Schüler. Er entschuldigte sich darin gegenüber allen Opfern von Missbräuchen durch Jesuiten am Kolleg. Sein Verdienst ist es, den Opfern, der katholischen Kirche und der Gesellschaft unmissverständlich klar gemacht zu haben: Alle Versuche, die Institution ihrerseits als Opfer der Täter oder gar als Opfer der Opfermeldungen darzustellen, sind unangemessen und in gewisser Weise eine Fortsetzung des Missbrauchs. Durch die Art und Weise, wie sich Pater Mertes für seinen Orden und die katholische Kirche – also für die Täterseite – hat in Verantwortung nehmen lassen, ist er zum Vorbild für den Umgang mit sexuellem Missbrauch überall in unserer Gesellschaft geworden.

SONDERPREIS 2012

Der *AKTION ZIVILCOURAGE* aus Pirna geht es um die „Stärkung der Demokratie, Offenheit und Vielfalt im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge“. Die *AKTION ZIVILCOURAGE* arbeitet mit großem Engagement an diesem Ziel. Sie ermuntert alle, sich gesellschaftlich zu engagieren und Verantwortung für die friedliche Gestaltung des sozialen Umfelds zu übernehmen. Zu den Aktivitäten gehört das inzwischen erfolgreiche interkulturelle Fest der *MARKT DER KULTUREN*. Das schafft Verständigung, gegenseitige Achtung und Toleranz fürei-

ander. Zum bunten Strauß der Aktionen und Initiativen gehören die Erinnerungsarbeit mit Gedenkstättenfahrten nach Auschwitz und Theresienstadt, die Initiative für die Errichtung eines Denkmals für Euthanasie-Opfer und Gedenkprojekte für Schulen zur Aufklärung über die Ereignisse in der Zeit des Nationalsozialismus in Pirna. Das Angebot umfasst ebenfalls ein Austausch zwischen Jugendlichen aus Israel und Deutschland.

DAS KURATORIUM

Die Preisträgerinnen und Preisträger werden vom Kuratorium des Bürgerpreises ausgewählt. Zum Kuratorium gehören: Niels Annen (MdB), Reinhard Appel (verstorben Juni 2011), Franziska

Drohse (Bundesvorsitzende Jungsozialisten), Prof. Dr. Helga Grebing, Christel Hanewinkel (Sts. a. D. und MdB), Dr. Peter Heinemann (Sohn von Gustav Heinemann), Barbara Hendricks (Schatzmeisterin der SPD und MdB), Antje Huber (Bundesministerin a.D.), Prof. Dr. Eberhard Jäckel, Christina Rau, Eva Rühmkorf (verstorben Januar 2013), Prof. Dr. Karsten Rudolph, André Schmitz (Sts. Berlin), Dr. Henning Scherf (Vorsitzender des Kuratoriums), Inge Wettig-Danielmeier, Prof. Dr. Manfred Wichelhaus (Schwiegersohn von Gustav Heinemann), Brigitte Zypries (Bundesministerin der Justiz).

DIE NÄCHSTE PREISVERLEIHUNG

Der nächste Gustav-Heinemann-Bürgerpreis wird 2013 verliehen.

REGINE-HILDEBRANDT- PREIS

Jeweils am 26. November, dem Todestag von Regine Hildebrandt, verleiht der SPD-Parteivorstand den *REGINE-HILDEBRANDT-PREIS*. Er richtet sich an gesellschaftliche Gruppen und Personen, die für Ostdeutschland und für die innere Einheit Deutschlands, gegen Rechtsextremismus und Gewalt wirken und für Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit eintreten.

REGINE-HILDEBRANDT-PREIS 2011

Der *REGINE-HILDEBRANDT-PREIS* 2011 ging an *QUILLO – NEUE MUSIK-VERMITTLUNG AUF DEM LAND* und an den *VEREIN ROTHENER HOF E. V.*

Die Kammerphilharmonie Uckermark e. V. und das Ensemble Quillo arbeiten seit ihrer Gründung im Bereich der Musik- und Kulturvermittlung in den strukturschwachen Regionen der Uckermark. Dabei werden in besonderer Weise Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen und bildungsfernen Familien in die Arbeit einbezogen. Über die Projekte *JUNGE OPERNWERKSTÄTTEN*, *LANDMUSIK* und die Film-Musik-Projekte erhalten Kinder und Jugendliche Zugang zu Musikinstrumenten, Komposition, aber auch zur bildenden Kunst und Tontechnik. In den *JUNGEN OPERNWERKSTÄTTEN* werden in Eigenregie Kostüme kreiert, Bühnenbilder gebaut und über mehrere Monate Opernaufführungen entwickelt. Das Projekt *LANDMUSIK* bietet Kindern die Möglichkeit, kostenfrei ein Blechblasinstrument zu erlernen. Die Film-Musik-Projekte ermöglichen den Kindern und Jugendlichen und weiteren Dorfbewohnern als Darsteller und Mitarbeiter die Produktion des Films *SIE WISSEN ES NICHT, ABER SIE TUN ES*. Im Rahmen des Projektes wurden 40 Musikinstrumente von Langzeitarbeitslosen gebaut, die den Kindern der Kooperations-schulen zugute kamen.

Der *VEREIN ROTHENER HOF E. V.* bearbeitet seit seiner Gründung vor 10 Jahren die Folgen des Strukturwandels in der ländlichen Region des Landkreises Parchim. Durch engagierten Einsatz wurde der Rothener Hof vor dem drohenden Verfall gerettet und etabliert sich inzwischen als geistiges, soziales und kulturelles Zentrum der Region. Neben einer Schreinerei, Schmiede und dem Cafe wurde ein Fußballplatz auf dem Vereinsgelände errichtet. Aktionen wie *KUNST OFFEN* oder der *TAG DES OFFENEN GARTENS* und der *REGIONALE MARKT* locken hunderte Gäste ins Dorf. Breiten Raum nehmen Angebote für Kinder wie z.B. Malkurse, Kinderzirkus und Kochkurse ein. Bewohner einer Einrichtung für Alkohol- und Suchtkranke wirkten am Ausbau des Vereinsgebäudes mit. Im Verein engagieren sich Menschen aus Ost- und Westdeutschland. Sie tragen mit ihrer Arbeit zum Abbau von Vorurteilen bei. Der Verein betreibt Aufklärung über völkisch-rassistische Gruppierungen im Raum

Güstrow und bekämpft die Ausbreitung rechtsradikalen Gedankenguts.

REGINE-HILDEBRANDT-PREIS 2012

Anlässlich des elften Todestages von Regine Hildebrandt verlieh die SPD in einem Festakt am den *REGINE-HILDEBRANDT-PREIS* 2012. Ausgezeichnet wurden der ostdeutsche *REGISSEUR ANDREAS DRESEN* und zwei Initiativen für Integration und gegen Rechtsextremismus, der Verein *WIR – GEMEINSAM IN ZWICKAU E. V.* aus Sachsen und das *BÜNDNIS GEGEN RECHTS IM KYFFHÄUSERKREIS* aus Thüringen.

Andreas Dresen, 1963 in Gera geboren, ist freier Autor und Regisseur. Seine Filme geben Einblicke in den ganz normalen Alltag in Ostdeutschland. Dresen ist einer der ersten Regisseure, der sich differenziert mit der Realität der SED-Diktatur auseinander setzte. Er schaut dabei stets mit viel Sympathie und Einfühlbarkeit auf das Leben „gewöhnlicher“ Menschen und erzählt ihre Geschichte. Damit hilft er zu verstehen und Vorurteile abzubauen und baut eine Brücke zwischen den Menschen in Ost- und Westdeutschland.



Fotos: marco-urban.de

Manuela Schwesig und Sigmar Gabriel bei der Preisverleihung 2011

Der Verein *WIR – GEMEINSAM IN ZWICKAU* engagiert sich für das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft. Vor allem Menschen mit Migrationshintergrund sollen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Neben Migrations- und Integrationsprojekten arbeitet der Verein für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Präventiv gegen Rechtsextremismus engagiert sich *WIR – GEMEINSAM IN ZWICKAU* auch mit Info-Veranstaltungen zu Sucht- und Gewaltprävention und sucht mit einer Fülle an interkulturellen Festen, Ausstellungen und Podiumsdiskussionen die Öffentlichkeit.

Das thüringische *BÜNDNIS GEGEN RECHTS IM KYFFHÄUSERKREIS* ist eine Kooperation von Vereinen, Verbänden, Kirchen, Parteien und Bürgerinnen und Bürgern und vielen weiteren Partnern. Das Bündnis wirkt in hervorragender Weise der Herausforderung und Verbreitung rechtsextremer Strukturen entgegen. Seit der Gründung im Sommer 2000 konnte eine Vielzahl von Projekten umgesetzt werden wie die schulbezogene Jugendarbeit, interkulturelle Maßnahmen und Begegnungsprojekte, Demokratiewerkshops und vieles mehr.



SPD-JAHRBUCH 2011–2012 BERICHTE DER LANDESVERBÄNDE UND BEZIRKE



LANDESVERBAND SCHLESWIG-HOLSTEIN

SCHLESWIG-
HOLSTEIN

SPD



Diskussionsplattform ■ demokratiesommer.de

ZUR ARBEIT UND ENTWICKLUNG DER PARTEI

Die Arbeit der SPD Schleswig-Holstein war erfolgreich: Schleswig-Holstein hat wieder eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung! Schleswig-Holstein hat nach den lähmenden schwarz-gelben Regierungsjahren den politischen Wechsel und Torsten Albig in das Amt des Ministerpräsidenten gewählt. Seither arbeitet eine Regierungskoalition aus SPD, Bündnis90/DIE GRÜNEN und dem Südschleswigschen Wählerverband SSW mit großer Energie und Kompetenz erfolgreich an den vereinbarten Politikzielen und an den vielen Baustellen der Landespolitik – begleitet von viel Sympathie der Bürgerinnen und Bürger für das neue Regierungsteam, seinen neuen Stil und seine Entscheidungen. Die neue Landesregierung wird getragen von drei politisch und personell starken Landtagsfraktionen, die den gemeinsamen Erfolg wollen.

Es ist dem Landesvorstand gelungen, die Partei nach dem Mitgliederentscheid über die Spitzenkandidatur vom Februar 2011 wieder zu einen. Wir haben die Niederlage von 2009 gemeinsam und solidarisch aufgearbeitet und waren deshalb in der Lage geschlossen und kraftvoll in den Landtagswahlkampf zu ziehen. Dieser Wahlkampf der SPD war geprägt von Leidenschaft, Optimismus und dem Willen der Partei unser Land wieder zu regieren. Am 6. Mai 2012 konnten wir die beeindruckende Reihe gewonnener Wahlen in Hamburg und Nordrhein-Westfalen fortsetzen. Mit 30,4% haben wir 5% dazu gewonnen. Damit haben wir unser wichtigstes Wahlziel erreicht: die Ablösung von Schwarz-Gelb und eine Regierungsmehrheit in Schleswig-Holstein links von der Mitte.

LANDESPARTEITAGE

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 9. UND 10. APRIL 2011 IN HUSUM

Am 9. und 10. April 2011 fand in der Messe Husum der ordentliche Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein statt. Im Mittelpunkt des Sonntags standen die Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag, Frank-Walter Steinmeier, sowie die Wahl des neuen SPD-Landesvorstands. **DR. RALF STEGNER** wurde als **LANDESVORSITZENDER** wieder gewählt, ebenso seine **STELLVERTRETER BETTINA HAGEDORN** und **ANDREAS BREITNER**. Am Sonntag wurden neben

der Rede des Spitzenkandidaten zur kommenden Landtagswahl, Torsten Albig, auch über 80 Anträge aus unseren Gliederungen beraten. Außerdem wurden weitere Organisationswahlen durchgeführt.

AUSSERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG – AUFSTELLUNG DER LISTE ZUR LANDTAGSWAHL AM 3. UND 4. FEBRUAR 2012 IN LÜBECK

Das wichtigste politische Ereignis in Schleswig-Holstein in 2012 war die Wahl eines neuen Landtages und eines neuen Ministerpräsidenten. Schleswig-Holsteins Sozialdemokraten stellten auf ihrem Landesparteitag am 3. und 4. Februar 2012 die inhaltlichen und personellen Weichen für diese Landtagswahl. Im Mittelpunkt dieses Parteitags standen die Diskussionen und der Beschluss über das neue sozialdemokratische Regierungsprogramm für die Jahre 2012–2017. Mit einer bisher beispiellosen öffentlichen Programm-Diskussion – unserem **DEMOKRATIESOMMER**, einem **BürgerparteiTag** und einem Diskussionsforum im Internet – haben wir mit den Bürgerinnen und Bürgern und vielen Vereinen und Verbänden Ideen und Vorschläge für dieses Programm entwickelt.

Ein weiterer Höhepunkt des Parteitags war die Wahl der Landesliste der SPD, die durch unseren in einem Mitgliederentscheid gewählten Spitzenkandidaten Torsten Albig angeführt wurde. Am Samstagmorgen konnten wir Manuela Schwesig auf dem Parteitag in Lübeck begrüßen. Dieser Parteitag war der Grundstein für einen engagierten und hoch motivierten Wahlkampf der Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein.

AUSSERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 9. JUNI 2012 IN NEUMÜNSTER

Die Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 6. Mai 2012 hat deutlich gemacht: Die Bürgerinnen und Bürger wollten den Wechsel mit Torsten Albig als neuem Ministerpräsidenten an der Spitze. Nach den Sondierungsgesprächen liefen die Koalitionsverhandlungen mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und dem SSW. Der Koalitionsvertrag wurde am 4. Juni paraphiert und über diesen Koalitionsvertrag für eine neue Zukunft des Landes stimmte die SPD Schleswig-Holstein am 9. Juni auf ihrem außerordentlichen Landesparteitag ab. Des Weiteren standen Abstimmungen über weitere Anträge, eine Nachwahl zur Landesschiedskommission und die Wahl unserer Delegierten für den neuen Parteikonvent der Bundes-SPD auf dem Programm.

KAMPAGNEN MIT NEUEN AKTIONSFORMEN

DEMOKRATIESOMMER

Wir haben uns in Schleswig-Holstein als die Partei erwiesen, die Bürgerbeteiligung wirklich groß schreibt. In den Landtagswahlkampf sind wir 2012 mit unserem **DEMOKRATIESOMMER** gestartet und haben mit den Zukunftsgesprächen von Torsten Albig, mit der Programmdebatte auf unserer Homepage und mit dem BürgerparteiTag etwas gewagt, was uns bei den Menschen und in den Medien viel Aufmerksamkeit und Sympathie eingetragen hat – und steigende Umfragewerte. Dass die SPD-geführte neue Landesregierung diesen Weg fortsetzt und schon nach wenigen Monaten mit ihr Dialog und Beteiligung als Markenzeichen verbunden wird, ist eine sehr wichtige Weichenstellung.

Mit dem umfangreichen Projekt Demokratiesommer demonstrierte die SPD Schleswig-Holstein, wie die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Entscheidungen unter einer SPD-geführten Landesregierung in Zukunft funktionieren könnte: In 15 Veranstaltungen und auf der Diskussionsplattform **demokratisommer.de** sammelte der Spitzenkandidat Torsten Albig Ideen, Vorstellungen und Meinungen zur Zukunft des Landes. Ein wichtiges Merkmal des Projekts war die Verzahnung von Online- und Offline-Beteiligung.

Das Problem bei den meisten Online-Beteiligungsformen ist, dass sie schon prinzipiell die Menschen ausschließen, die sich nicht sicher im Umgang mit derartigen Foren fühlen oder die keinen Internetzugang haben. Genauso gibt es allerdings sehr viele Menschen, die ausschließlich online arbeiten möchten, da alles andere zu viel Zeit und Mühe in Anspruch nehmen würde. In diesem Sommer wollten wir ausprobieren, ob man nicht die Vorteile direkter Kommunikation mit den Vorteilen des Internets verbinden kann.

In allen 15 Kreisen Schleswig-Holsteins fanden Veranstaltungen statt, die sehr offen gestaltet waren. Nach einer kurzen Begrüßung waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aufgefordert ihre Themen einzubringen. Nach einer halben Stunde begann auf dieser Basis eine sogenannte Fishbowl-Runde – eine Art Podiumsdiskussion, bei der jeder jederzeit ein- und aussteigen kann. Alle Ideen und Meinungen wurden protokolliert und auf **demokratisommer.de** zusammengestellt.

Am Ende dieser Reihe fand es ein **BürgerparteiTag** statt, zu dem alle eingeladen wurden, die sich an der Diskussion beteiligten. Dort wurden bestimmte Themen noch einmal schwerpunktmäßig diskutiert. Aus den Ergebnissen des Demokratiesommers wurde das Regierungsprogramm entwickelt und im Februar auf dem Landesparteitag beschlossen.

NEUMITGLIEDER-PROJEKT

In den vergangenen Jahren mit vielen Wahlkämpfen hat uns allen die Zeit gefehlt, uns intensiver mit den Problemen und Sorgen zu befassen, die wir vielfach beklagt haben, aber nicht wirklich angegangen sind:

- der Mitgliederrückgang der Volkspartei SPD
- der hohe Altersdurchschnitt unserer Mitglieder (59 Jahre)
- die Probleme der immer kleiner werdenden Ortsvereine
- die sinkende Zahl der Aktiven, die immer mehr Aufgaben, Mandate und Funktionen übernehmen müssen
- die Routine der Parteiarbeit.
- Und es gibt auch eine Entwicklung, die uns weniger bewusst ist: Wir haben in den vergangenen zwei Jahren eine große Zahl neuer Mitglieder gewinnen können. Aber die Erfahrung zeigt, dass viele von ihnen die Partei nach kurzer Zeit wieder verlassen, wenn es uns nicht gelingt, sie entsprechend ihren Erwartungen in die Partei zu integrieren und ihnen attraktive Beteiligungsmöglichkeiten zu bieten.

Deshalb hat der Landesvorstand beschlossen, dass diese Strukturfragen der Partei ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit des im April 2013 zu wählenden neuen Vorstands sein muss. Der Mitgliederbeauftragte des Vorstands hat dazu einige statistische Analysen der Mitgliederentwicklung aufbereitet, die wichtige Ansatzpunkte zeigen. Zudem haben wir im November und Dezember 2012 eine Online-Umfrage unter unseren neuen Mitgliedern durchgeführt, deren Rückmeldungsquote unerwartet hoch war. Diese Umfrage werden wir im März und April 2013 ergänzen durch Gruppendiskussionen mit neuen Mitgliedern in allen vier Regionen des Landes und einen Erfahrungsbericht aus unseren Neumitgliederseminaren. Wir wollen genauere Informationen darüber bekommen, welche Erwartungen, Anforderungen und Wünsche unsere neuen Mitglieder an ihre Partei haben. In einem Neumitglieder-Report werden wir alles zusammen aufbereiten und mit den Schlussfolgerungen des Landesvorstands im Herbst dieses Jahres zur Diskussion stellen.



Foto: SPD SH

Landesparteitag in Neumünster: Die neuen Landtagsabgeordneten

TERMINE 2011

- **ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG** 9. + 10.4.2011 in Husum
- **DEMOKRATIE-SOMMER**
- 15 Veranstaltungen mit Torsten Albig + Internetdiskussionsforum
- **BürgerparteiTag – ABSCHLUSS DES DEMOKRATIE-SOMMERS** 24.9.2011

TERMINE 2012

- **AUßERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG** 3. + 4.2.2012 in Lübeck
- **LANDTAGSWAHL** 6.5.2012
- **AUßERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG** 9.6.2012 in Neumünster

LANDESVORSTAND 2011

LANDESVORSITZENDER
DR. RALF STEGNER

STELLVERTRETER/-INNEN
BETTINA HAGEDORN
ANDREAS BREITNER

SCHATZMEISTER
JÖRG WENGHÖFER

BEISITZER/-INNEN
WOLFGANG BAASCH
STEFAN BOLLN
SERPIL MIDYATLI
BIRTE PAULS
GESA TRALAU
MATHIAS STEIN
KRISTIN ALHEIT

LANDTAGSFRAKTION 2012

TORSTEN ALBIG
WOLFGANG BAASCH
DR. KAI DOLGNER
PETER EICHSTÄDT
KIRSTEN EICKHOFF-WEBER
MARTIN HABERSAAT
BERND HEINEMANN
BIRGIT HERDEJÜRGEN
SIMONE LANGE
SERPIL MIDYATLI
BIRTE PAULS
TOBIAS VON PEIN
REGINA POERSCH
BEATE RAUDIES
SANDRA REDMANN
THOMAS ROTHER
OLAF SCHULZE
DR. RALF STEGNER
DR. GITTA TRAUERNICHT
KAI VOGEL
JÜRGEN WEBER
LARS WINTER



LANDESVERBAND MECKLENBURG-VORPOMMERN

MECKLENBURG-
VORPOMMERN

SPD



Landesparteitag 2012 in Rostock – Norbert Nieszery, Manuela Schwesig, Erwin Sellering, Sigmar Gabriel | Foto: SPD MV

WAHLEN

LANDTAGSWAHL 2011

■ **LANDESLISTE:** Am 14. Mai 2011 wurden auf der Landesvertreterversammlung die Kandidatinnen und Kandidaten der Landesliste der SPD-MV zur Landtagswahl am 4. September nominiert. Spitzenkandidat wurde Erwin Sellering.

■ **WAHLKAMPF:** Auf vielen Veranstaltungen kam der Ministerpräsident und Spitzenkandidat Erwin Sellering mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch. Der Wahlkampf stand unter dem Motto *SPD. GUT, WIE DAS LAND.* Im Rahmen des Landtagswahlkampfes führte Erwin Sellering eine Sommertour mit über 75 Veranstaltungen durch. Nach der gewonnenen Wahl konnte Erwin Sellering die große Koalition mit der CDU fortsetzen. Dabei konnte die SPD fünf Ministerien beanspruchen.



Slogan zur Landtagswahl 2011

ENDERGEBNIS DER LANDTAGSWAHL MV 2011

■ SPD 35,6% ■ CDU 23,0% ■ Die Linke 18,4%
■ FDP 2,8% ■ Grüne 8,7% ■ NPD 6,0% ■ Sonstige 5,5

LANDRATSWAHLEN 2011

Im Zuge der Kreisgebietsreform wurden Wahlen zu den Landräten in den neu geschaffenen Großkreisen Ludwigslust-Parchim, Mecklenburgische Seenplatte, Landkreis Rostock, Vorpommern-Rügen,

Nordwestmecklenburg und Vorpommern-Greifswald nötig. Hierbei konnte die SPD insgesamt die Hälfte der Landräte stellen: **ROLF CHRISTIANSEN** in Ludwigslust-Parchim, **THOMAS-JÖRG LEUCHERT** (verstorben im Februar 2013) im Landkreis Rostock und **BIRGIT HESSE** in Nordwestmecklenburg.

LANDESPARTEITAGE

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG 2011 IN GÖHREN-LEBBIN

Am Freitagabend, dem 11. März, wurde **ERWIN SELLERING** als **LANDESVORSITZENDER** wiedergewählt. Dabei erhielt er mit 89,5% der abgegebenen Stimmen sein bisher bestes Ergebnis und kann sich so gestärkt den Aufgaben stellen. Ebenfalls wiedergewählt wurden als **STELLVERTRETENDE LANDESVORSITZENDE** **ROLF CHRISTIANSEN**, **ULRIKE LEHMANN-WANDSCHNEIDER** und **BODO WIEGAND-HOFFMEISTER**. Komplettiert wurde der geschäftsführende Landesvorstand mit **IRIS HOFFMANN** als **SCHATZMEISTERIN**. Somit wird für die nächsten zwei Jahre das gleiche Team um Erwin Sellering die Geschicke des Landesverbands führen. Manuela Schwesig berichtete von ihren schwierigen Verhandlungen mit der Bundesregierung im Vermittlungsausschuss über die Hartz-IV-Reformen. Am Samstag, dem 12. März 2011, wählte der Landesparteitag die Beisitzer im Vorstand, die Mitglieder der Schieds- und Kontrollkommission, die Bundesparteitagsdelegierten, die VertreterIn im Bundesparteirat und die Delegierten zum Kongress der Europäischen Sozialdemokraten. Ferner stimmten die Delegierten über den ersten Teil des Regierungsprogramms ab, den Bereich **WIRTSCHAFT UND ARBEIT**. Die anderen Bereiche – **BILDUNG, KINDER UND FAMILIE** sowie **ZUKUNFT** vor Ort – folgten am 14. Mai auf der Landesvertreterversammlung in Rostock. Standing Ovationen bekam **STORCH HEINAR** bei seiner Nominierung zum Spitzenkandidat gegen die NPD auf seinem eigenen außergewöhnlichen Landesparteitag.

KOALITIONSPARTEITAG 2011 IN ROSTOCK

Gut einen Monat nach der gewonnenen Landtagswahl trafen sich die Delegierten am 22. Oktober zum Koalitionsparteitag in Rostock. Nachdem Erwin Sellering die einzelnen Eckpunkte des ausgehandelten Vertrags dargelegt hatte, wurde dieser mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung angenommen.

AUSSERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG 2012 IN ROSTOCK

EINE MODERNE ENERGIEPOLITIK FÜR MECKLENBURG-VORPOMMERN – so lautet der Beschluss, der auf dem außerordentlichen Landesparteitag der SPD-MV am 5. Mai in Rostock gefasst wurde. Energieminister Volker Schlotmann betonte in seiner Rede, dass die Energiewende für Mecklenburg-Vorpommern eine große Chance sei. Das Land verfüge über die natürlichen Voraussetzungen zur Erzeugung von Energie aus Windkraft, Biomasse, Sonne und anderen erneuerbaren Energieträgern. Noch in diesem Jahrzehnt soll der gesamte Strombedarf des Landes aus erneuerbaren Energien erzeugt werden. Darüber hinaus soll sauberer Strom exportiert werden. Um dies zu erreichen, ist ein ganzes Bündel an Maßnahmen beschlossen worden. → **Beschluss** ■ www.spd-mv.de

Weiterhin wurden Satzungsänderungen der SPD Mecklenburg-Vorpommern diskutiert. Es wurden 19 organisationspolitische Beschlüsse gefasst. Besonderer Gast war der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel, der eine halbe Stunde zu Delegierten und Gästen sprach. „Die Bilanz der SPD in Mecklenburg-Vorpommern ist vorbildlich, daran sollte man sich ein Beispiel nehmen“, rief er dem Saal zu. In Bezug auf die Energiewende warf er der Bundesregierung vor, das Projekt zu verschleppen. In der anschließenden Diskussionsrunde stand er noch Rede und Antwort und nahm Stellung zu bundespolitischen Themen. Neben den inhaltlichen Schwerpunkten standen bei diesem Parteitag zwei Wahlen auf dem Programm. Für den neu gegründeten Parteikonvent, der erstmals im Juni 2012 in Berlin tagte, wurden **BRIGITTE PLEß** und **BODO WIEGAND-HOFFMEISTER** als Delegierte gewählt. Als Vertreter beim SPE-Kongress wurde **ROBERT BUHSE** das Vertrauen geschenkt.

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

Ende 2012 gab es 9 Arbeitsgemeinschaften auf Landesebene, die Gründung der AG Selbst Aktiv ist für 2013 vorgesehen.

SCHWERPUNKTE DER AGs

JUSOS: Die Jusos-MV haben insgesamt 37 Seminare durchgeführt. u.a. ■ **KARL UND ROSA IN BERLIN – GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG** ■ **SOZIALPOLITIK** ■ **WIRTSCHAFTSPOLITIK** ■ **DEMOKRATIE UND RECHTSEXTREMISMUS** ■ **LÄNDLICHE RÄUME UND GESUNDHEITSPOLITIK**. Zudem wurden die Kampagnen **ENDSTATION RECHTS** und **STORCH HEINAR** weiter unterstützt. Inhaltlich wurde sich besonders in der Bildungspolitik dem Kampf gegen Rechtsextremismus und dem Thema **WAHLALTER AB 16** gewidmet. **AFA:** Schwerpunkt war die Erarbeitung von Papieren zu Arbeitnehmerfragen (Mindestlohn, Tarifgemeinschaften, Leiharbeit). Zudem nahmen Mitglieder an bundesweiten Treffen teil. **AFB:** Die AfB hat sich mit derzeit über 100 Mitgliedern positiv entwickelt. Zudem haben sich in Schwerin und Rostock örtliche AFB-Gruppen gebildet. Es gibt 5 Unterarbeitsgruppen ■ **AG 1 GRUNDFRAGEN UND LEBENSLEGEN LERNEN** ■ **AG 2 ELEMENTARBEREICH / EARLY EDUCATION** ■ **AG 3 SCHULE, INSBESONDERE SEKUNDARBEREICH** ■ **AG 4 QUERSCHNITTAUFGABE BERUFLICHE BILDUNG** ■ **AG 5 HOCHSCHULBILDUNG**. Es wurden eine Reihe gut besuchter Veranstaltungen organisiert. **AG 60PLUS:** Auf den Landesausschusssitzungen und Tagungen waren u.a. die Vorbereitung auf den Landtagswahlkampf, Informationen zum **LANDESGERIATRIEPLAN DEMENZ UND PSYCHISCHE ERKRANKUNGEN-FRÜHERKENNUNG, BEHANDLUNG**, Positionierung zu Asbesttransporten/Schreiben an unseren Ministerpräsidenten sowie die SPD-Rentenpolitik die Themen. Zudem wurde intensiv mit anderen Vereinen und Verbänden zusammengearbeitet. **ASF:** Es wurden Pressemitteilungen herausgegeben, u.a. zum Betreuungsgeld (8. November 2011). Zudem erschienen Artikel im Vorwärts (03/2011 **BROT STATT ROSEN – 100 JAHRE FRAUENTAG**, 06/2011 **ASF-VORSTAND IN VIETGEST GEWÄHLT**, 03/2012 **IST SCHON WIEDER FRAUENTAG?** 04/2012 **FRAUEN BRINGEN FRISCHEN WIND**, 06/2012 **ANKÜNDIGUNG ASF-SOMMERFEST**). Im zweiten Halbjahr 2011 wurde mit der Neugestaltung der ASF-Homepage ■ asf-mv.de begonnen. Zudem brachte sich die ASF

intensiv in den Landtagswahlkampf ein. Es gab eine Reihe gut besuchter Veranstaltungen und Tagungen – z.B. **ALTERSARMUT VON FRAUEN – MUSS DAS SEIN?**, **FRAUENLEBEN IN OST UND WEST**, Frauenbrunch, Kinoveranstaltungen zum EqualPayDay sowie das ASF-Sommerfest. Mit dem Landesfrauenrat MV wurde kontinuierlich zusammengearbeitet. **ASJ:** Schwerpunkt bei der ASJ lag auf dem Thema Justizreform, bei dem sich die ASJ-Mitglieder stark engagierten. In Schwerin, Greifswald und Rostock sind ASJ-Kreisverbände aktiv. **ASG:** Verschiedene Veranstaltungen zum Bereich der Pflegepolitik. **SCHWUSOS:** Schwerpunkt der Schwusos lag auf der innerparteilichen Meinungsbildung mit den Schwerpunkten **ABBAU VON DISKRIMINIERUNGEN AN SCHULEN** und **STÄRKUNG DER RECHTLICHEN STELLUNG VON GLEICHGESCHLECHTLICHEN LEBENSPARTNERSCHAFTEN**. Zudem präsentierte man sich auf den CSDs in Rostock und Schwerin. Es gab eine gute Zusammenarbeit mit den Jusos, der Bundestagsabgeordneten Sonja Steffen sowie den Schwusos Hamburg, Schleswig-Holstein und der Bundes-AG.

PARTEIORGANISATION

ENTWICKLUNG DER GLIEDERUNGEN

Durch die zum 04.09.2011 in Kraft getretene Kreisgebietsreform verringerte sich bis Ende 2012 die Zahl der Kreisverbände von 13 auf 8.



Zusammenschluss der Kreisverbände Nordwestmecklenburg und Wismar | Foto: SPD MV

Gab es 2011 noch 107 Ortsvereine, so waren es im Februar 2013 noch 99. Die Verringerung liegt vor allem in Fusionen begründet. So gibt es bspw. in Neubrandenburg und Wismar nur noch je einen Ortsverein.

MITGLIEDERENTWICKLUNG

Die Mitgliederentwicklung hat sich in den letzten Jahren kaum verändert. Verglichen mit Ende 2010, kann ein Zuwachs vermeldet werden:

31.12.2010 ■ 2.802

31.12.2011 ■ 2.850 + 1,71%

31.12.2012 ■ 2.826 – 0,84%

■ 2010 – 2012 = + 0,85%

Die Zahl der Gastmitglieder ist seit 2010 stark zurückgegangen. Ende 2010 hatte die SPD-MV 20, 2012 waren es nur noch 8. Die leicht positive Mitgliederbilanz der Jahre 2010 – 2012 ist nicht zuletzt durch die Landtagswahl 2011 begründet, in der überdurchschnittlich viele Eintritte ausgemacht werden konnten. Von Ende 2010 bis Ende 2012 gab es 244 Parteieintritte. Mehr als die Hälfte der eingetretenen Mitglieder ist im Juso-Alter. In nahezu allen Kreisverbänden blieben die Mitgliederzahlen konstant. Auffällig sind die Kreisverbände **VORPOMMERN-GREIFSWALD (+7,5%)** sowie **VORPOMMERN-RÜGEN (+1,8%)**, welche als einzige Kreisverbände ihre Mitgliederzahlen steigern konnten. Der Organisationsgrad beträgt 0,20%. Dies bedeutet, dass 0,2% der wahlberechtigten Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns Mitglied der SPD ist. Der Anteil der Frauen an der Gesamtmitgliedschaft ist leicht zurückgegangen – derzeit hat 864, was einem Anteil von 30,57% entspricht. Ende 2010 lag die Quote noch bei 30,62%. Der bundesweite Frauenanteil liegt bei 31,46%. Das Durchschnittsalter der Mitglieder

liegt bei 53 Jahren. Damit ist der Landesverband MV nach Sachsen und Berlin (51 bzw. 52 Jahre) der Landesverband mit der drittjüngsten Mitgliederstruktur. Bundesweit beträgt das Durchschnittsalter 59 Jahre. Mit einem durchschnittlichen Mitgliedsbeitrag von monatlich 13,55 Euro steht der Landesverband MV bundesweit an der Spitze (vor Brandenburg mit 13,26 Euro). Im Bundesschnitt zahlen die Mitglieder 8,66 Euro monatlich, Schlusslicht ist das Saarland mit 5,88 Euro.

GESCHÄFTSSTELLEN UND PERSONAL

Im Landesverband bestehen neben der Landesgeschäftsstelle vier Regionalgeschäftsstellen, die von zwei Regionalgeschäftsführern betreut werden. Dabei werden die Geschäftsstellen Rostock und Schwerin einerseits und die Geschäftsstellen Neubrandenburg und Greifswald andererseits gemeinsam betreut. Insgesamt haben die beiden Regionalgeschäftsführer eine Fläche von über 23.000 km² zu betreuen. In der Landesgeschäftsstelle gibt es 4,5 Stellen, in den Regionalgeschäftsstellen sind 7 MitarbeiterInnen besetzt. In den Jahren 2011 und 2012 wurden gegenüber 2010 fast 20 % Personalkosten eingespart.

INNERPARTEILICHE BILDUNGSARBEIT

Den größten Erfolg hatten wir mit unserem Neumitgliederwochenende Anfang 2012 in Rostock. Darüber hinaus gab es ein Seminar zur Pressearbeit und zum Umgang mit dem Web 2.0. Zudem folgt ein Wochenendseminar zur Mitgliederwerbung im Wahlkampf. VertreterInnen aus MV nahmen an der Kommunalakademie teil. Als innerparteiliche Bildungsarbeit sehen wir zudem die Ausstellung zum Thema 150 Jahre SPD. Die Vorbereitungen hierzu wurden 2012 getroffen.

PUBLIKATIONEN

NORDOSTPOST – regelmäßige Beilage des Landesverbands im *VORWÄRTS*. Die Bundestagsabgeordneten und Landesarbeitsgemeinschaften erhalten turnusgemäß je eine halbe Seite, um zu berichten. Anfang 2013 wurde das Layout der *NORDOSTPOST* umgestaltet. Neu sind das *EDITORIAL DES LANDESVORSITZENDEN*, die *ZAHL DES MONATS* sowie das *ZITAT DES MONATS*. Ergänzt werden die Neuerungen durch eine feste Terminalsäule sowie News aus den Regionen. **HORIZONTE** – Seit 2006 wird das Magazin *horizonte* als Beilage des *VORWÄRTS* an die Mitglieder der SPD MV versandt sowie per Post an einen kleinen Abonentenkreis.

■ **WWW.SPD-MV.DE** – Die Homepage des Landesverbands wird zur Ankündigung von Terminen sowie zum Bereitstellen von Kontaktinformationen genutzt. Zudem wird eine enge Verzahnung zwischen Homepage und dem Web 2.0 hergestellt, indem bspw. auf Facebook veröffentlichte Fotostrecken auf der Homepage verlinkt werden. **FACEBOOK** – wird seit 2012 vermehrt genutzt. Wir konnten die Nutzerzahlen von knapp 300 bis Ende 2012 auf 450 erhöhen. In der Regel wird drei- bis fünfmal pro Woche auf der Facebookseite über aktuelle Geschehnisse, über Inhaltliches und Organisatorisches sowie über bundespolitische Themen informiert. Gerne nutzen wir Facebook auch für das Veröffentlichen von Fotostrecken wie der Sommertour des Landesvorsitzenden oder der Veranstaltung *KLARTEXT MIT PEER STEINBRÜCK* in Rostock.



Plakat GREIFSWALD ZULIEBE!

VERSprochen – GEHALTEN
Postkarte der SPD-MV

Sommerfest im Rahmen von
Erwin Sellerings Sommertour
2011



Foto: SPD MV

WEITERES

■ Im Landtagswahlkampf führte der Landesvorsitzende eine Sommertour durch alle Kreise und kreisfreien Städte durch. In dieser Zeit fanden 79 Veranstaltungen statt, darunter zahlreiche Bürgerforen und Besuche von Markttagen. Auch im Jahr 2012 fand eine Sommertour statt. ■ Die Mitglieder des Ortsvereins Greifswald haben das Projekt *GREIFSWALD ZULIEBE* initiiert. Ziel war und ist es, mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen, um Veränderungen in der Stadt gemeinsam zu erreichen. Eine hohe Bürgerbeteiligung wurde erreicht. ■ **VERSprochen – GEHALTEN**: Wie im Landtagswahlkampf beschlossen, setzte sich die neue Landesregierung dafür ein, die Beiträge für Kita- und Krippenplätze zu senken. Der SPD-Landesverband publizierte zu der Maßnahme eine Postkarte, um die Bürgerinnen und Bürger über den Erfolg und ihre Einsparungen zu informieren. ■ In den Städten Neubrandenburg und Waren wurden Jahresempfänge zum Thema Ehrenamt organisiert. Menschen mit besonderem Engagement für ihre Stadt und Region erhielten ein speziell ausgelobten Preis. Gastredner von Bundes- und Landesebene waren Zugpferde für eine hohe Beteiligung von Nichtmitgliedern. ■ Bildungsminister Mathias Brodkorb bot sich unter dem Motto *SIE KOCHEN DEN KAFFEE, ICH BRINGE DEN KUCHEN MIT* zum Dialog an. ■ Der Kreisverband Rostock veranstaltet jährlich ein über die Stadtgrenzen hinaus bekanntes Sommerfest.

STORCH HEINAR / ENDSTATION RECHTS

STORCHKRAFT STATT NPĐ

STORCH HEINARS SATIRISCHER FELDZUG GEGEN MODERNE NAZIS

Der satirische Front- und Führerstorch Heinar hat Ende 2010 im so genannten *NÜRNBERGER MODEVERBRECHERPROZESS* einen historischen Sieg gegen die in rechtsextremen Kreisen beliebte Modemarke *THOR STEINAR* errungen. *THOR STEINAR* hatte das Satireprojekt wegen Urheberrechtsverletzung und Verunglimpfung verklagt und vor Gericht in Nürnberg grandios verloren. In der Folge wurden das Projekt um die nichtsnutzige *DIVISION STORCH HEINAR* bundesweit als in zweifacher Hinsicht gelungene Initiative gegen rechtsextreme Lebensart bekannt.



oben: *STORCHKRAFT* – v.l. Bumm-Bumm Bernhard, Megaphon Manfred, Posaunen Peter, Frontstorch Heinar, Verstärker Volker & Trommelfeuer Fritz | Foto: Robert Scholz • links: Erwin Sellering gratuliert *STORCH HEINAR* zur Nominierung | Foto: Milko Eilers • rechts: *STORCH HEINAR* beim Straßenwahlkampf in Rostock | Foto: Stefanie Link

Einerseits durch die unverkrampte Einladung an alle Altersgruppen, ohne Moralkeule einfach über Neonazis abzulachen. Andererseits durch die gleichzeitig transportierte seriöse Aufklärung über die rechts-extreme Strategie, bei der Ansprache junger Menschen, auf subtile Mittel wie Bekleidung, Musik und Lifestyle zu setzen. Zuvor hatten, teils gewalttätige Proteste gegen von Neonazis betriebene Bekleidungsgeschäfte eine Gruppe Jusos in der SPD Mecklenburg-Vorpommern auf die Idee gebracht, dem Problem mit Witz und Satire zu begegnen und neue Protestformen auszuprobieren. Die Idee *STORCH HEINAR* mit einer eigenen satirischen Modemarke war geboren. *STORCH HEINAR* und seine Storchentaffel ziehen seither mit wehenden Fahnen durch die Lande und sorgen dafür, dass Neonazis das Lachen im Halse stecken bleibt. Dabei setzt Heinar nicht mehr nur auf die „steilsten Klamotten im ganzen Storchentreich“, die er in seinem virtuellen Kaufmannsladen im Weltnetz vertreibt, sondern mittlerweile auch auf zackige Marschmusik. Auf einem *AUßERGEWÖHNLICHEN PARTEITAG* wurde *STORCH HEINAR* Mitte März 2011 in Mecklenburg-Vorpommern zum Spitzenkandidaten gegen die NPD im Landtagswahlkampf gewählt. Mindestens 100% der Delegierten stimmten spontan für den Führerstorchen. Der nutzte zum Wahlkampfauftakt die Gelegenheit, klare Kante gegen die „rechtsextremen Leichtmatrosen von der NPD“ zu zeigen. Auch Heinars neue Kapelle *STORCHKRAFT* war mit von der Partie und sorg-

te für zackige Melodik. Zu den ersten Gratulanten gehörte Erwin Sellering, Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Mit derlei Rückenwind stellten *HEINAR* und seine *STORCHENTAFFEL* einen landesweiten Bandcontest (korrekt: *KAPELLENWETTSTREIT*) unter dem Titel *STORCHKRAFT STATT NPD* auf die Beine. Unterstützung kam dabei u.a. von Manuela Schwesig, Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider und SPD-Fraktionschef Norbert Nieszery. Über 25 Bands warfen ihren Hut in den Ring. Nach fünf Vorrunden und dem Finale war es da: Das erste *STORCHKRAFT*-Album mit allen Finalisten. In einer Auflage von 10.000 Stück brachte Storch Heinar die Scheibe gratis unter's Volk. Als Verballhornung der mittlerweile verbotenen NPD-Schulhof-CD *FREIHEIT STATT BRD*. Eine flächendeckende Plakatierung, hunderte Unterstützer-Pakete für freiwillige HelferInnen und einen engagierten, satirischen Straßenwahlkampf später folgte die Ernüchterung: Der NPD war es bei der Landtagswahl 2011 gelungen, wieder in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern einzuziehen. Allerdings mit fast 30% Verlusten und verkleinerter Fraktion. Die dramatisch niedrige Wahlbeteiligung – etwas mehr als 50% – hatte der NPD den erneuten Sprung in den Landtag ermöglicht. Grund genug, nicht nachzulassen!

Ein besonderer Höhepunkt und willkommener Balsam für die geschundene Wahlkämpferseele war die Verleihung des *WILHELM-DRÖSCHER-PREISES 2011* auf dem SPD-Bundesparteitag in Berlin an die Jusos in der SPD Mecklenburg-Vorpommern und ihr Projekt *STORCH HEINAR*.

In den Jahren 2011 und 2012 entwickelte sich die mediale Reichweite von *STORCH HEINAR* und dessen Mutterprojekt *ENDSTATION RECHTS*. erneut sehr positiv. Insgesamt rund 66.000 Fans folgten auf Facebook, weitere auf Google+ und twitter. Dies hatte Auswirkungen auf die Besuchszahlen der Webseiten – oder Propagandaplattformen, wie Heinar sagen würde: Nachdem 2011 rund 800.000 Besuche zu verzeichnen waren, knackten *STORCH HEINAR* und *ENDSTATION RECHTS*. 2012 Eine-Million-Besucher-Marke.

Außerhalb von www und Wahlkampf war *HEINAR* 2011 und 2012 auf Achse, um zu informieren und Lust zu machen, für eine fröhliche, selbstbewusste Demokratie einzustehen. So war die Unterstützung zahlreicher Bündnisse gegen *THOR-STEINAR*-Läden Ehrensache für den modebewussten Führerstorchen – in Glinde bspw. in gemeinsamer Aktion mit Torsten Albig, dem heutigen Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, in Chemnitz mit der SPD-Landtagsabgeordneten Hanka Kliese. Als Pate mehrerer Schulen im Projekt *SCHULE OHNE RASSISMUS – SCHULE MIT COURAGE*, als Veranstalter seines eigenen Fußballturniers oder zackiger Redner auf zahlreichen Demonstrationen gegen Rechtsextremismus machte Heinar eine gute Figur.

2012 gewann *STORCH HEINAR* den durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Generali Zukunftsfonds ausgelobten *DEUTSCHEN ENGAGEMENTPREIS*, die deutschlandweit größte Auszeichnung für bürgerschaftliches Engagement.

Kontakt zur Storchentaffel ■ storch.heinar@endstation-rechts.de ■ www.storchheinar.de ■ www.facebook.com/division.storch.heinar

LANDESVORSTAND STAND ENDE 2012

LANDESVORSITZENDER
ERWIN SELLERING

STELLVERTRETER/-INNEN
ROLF CHRISTIANSEN bis 04/2012
DR. ULRIKE LEHMANN-WAND-

SCHNEIDER, PROF. DR. BODO
WIEGAND-HOFFMEISTER

SCHATZMEISTERIN
IRIS HOFFMANN

BEISITZER/-INNEN
RUDOLF BORCHERT, STEFANIE
DRESE, KATHARINA FEIKE, TILO

GUNDLACK, BIRGIT HESSE, DANI-
EL MESLIEN, MANUELA SCHWE-
SIG, DR. MARGRET SEEMANN,
MICHAEL STIEBER, SUSANN WIP-
PERMANN, THOMAS WÜRDISCH

VORSITZENDE
DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN
JUSOS BERND WOLDTMANN

ASF DR. CATHLEEN KIEFERT-
DEMUTH
AG 60PLUS ERIKA DRECOLL
AFB PROF. DR. ROBERT NORTHOFF
ASG GÖTZ-PETER LOHMANN
ASJ VERINA SPECKIN
AGS JOCHEN SCHULTE, MDL
Afa ELKE WATZEMA
SCHWUSOS MARCUS KREFT



LANDESORGANISATION HAMBURG

HAMBURG

SPD



48,4 % – Die SPD ist die Hamburg-Partei! Der neue Erste Bürgermeister Hamburgs Olaf Scholz am Wahlabend. | Foto: M. Schmidt

WAHLJAHR 2011

UNSER HAMBURG: STARK UND SOLIDARISCH

DAS GUTE VORWEG:

DIE SPD IST WIEDER DIE STÄRKSTE POLITISCHE KRAFT IN HAMBURG.

Am 28. November 2010 zerbrach die Koalition aus CDU und Grünen in Hamburg. Noch am gleichen Tag erklärte sich der Landesvorsitzende Olaf Scholz für die Spitzenkandidatur der SPD bereit. Trotz des überraschenden Bruchs der Koalition gingen wir nicht unvorbereitet in den Wahlkampf. Zur Vorbereitung auf den eigentlichen Wahltermin in 2012 hatten wir unseren Bürgerdialog frühzeitig kontinuierlich durchgeführt und ausgeweitet. Die vielen Veranstaltungen in den Stadtteilen, mit den Vereinen, Organisationen und Institutionen waren der richtige Weg. Unsere Veranstaltungsreihe *HAMBURG GEMEINSAM GESTALTEN* war ein Erfolg und hat Impulse für das Regierungsprogramm geliefert.

DIE KERNTHEMEN DES REGIERUNGSPROGRAMMS BEINHALTETEN:

- Eine solide Finanzpolitik nach dem Prinzip *PAY AS YOU GO*. Neue Vorhaben werden nur beschlossen, wenn gleichzeitig festgelegt wird, wie sie finanziert werden. Ziel ist es, bis 2020 im Sinne der Schuldenbremse keine neuen Schulden aufzunehmen.
- Jährlich werden 6.000 neue Wohnungen gebaut, um Wohnungsnot und steigende Mieten einzudämmen. Davon wird es sich mind. um ein Drittel Sozialwohnungen handeln. Dafür werden die Bezirke in die Pflicht genommen und ungenutzte Gewerbeflächen umgewidmet.
- Die Kita-Gebührenerhöhung und das Essensgeld werden zurückgenommen. Die Kitabetreuung soll für fünf Stunden täglich kostenlos werden.
- Stärkung der Hafenwirtschaft und Industrie, Etablierung neuer digitaler und umwelttechnischer Wirtschaftszweige.
- Die Energieversorgung ist eine wichtige Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge. Um Handlungsspielräume in der Energiepolitik zurückzugewinnen, wollen wir strategischen Einfluss auf die Verteilnetze für Gas, Strom und Fernwärme in Hamburg erlangen. Wir erwerben einen strategischen Anteil von wenigstens 25,1 % an den Netzen.
- Der Volksentscheid gilt: Schulfrieden bei gleichzeitiger permanenter Verbesserung der Ausbildung. Kein Jugendlicher soll ohne Abschluss bleiben.

- Bildungschancen dürfen nicht länger vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deshalb schafft die SPD die Studiengebühren ab.
- Wir machen uns für faire Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und einen gesetzlichen Mindestlohn stark.

Im Regierungsprogramm der SPD Hamburg wurde das versprochen, was umgesetzt werden kann. Es dient als Grundlage des politischen Handelns, das nach der Regierungsübernahme Stück für Stück abgearbeitet wird. Das Paradigma lautet: Pragmatismus und Seriosität müssen wieder die Senatspolitik bestimmen. Das Motto des Wahlkampfes *UNSER HAMBURG – STARK UND SOLIDARISCH* wurde im Regierungsprogramm und auf den Plakaten unterlegt durch die Schlagworte *KLARHEIT, VERNUNFT* und *VERANTWORTUNG*. „Statt plötzlichem Kurswechsel braucht unsere Stadt langfristige Klarheit. Statt ideologischer Auseinandersetzungen braucht unsere Stadt pragmatische Vernunft. Statt unseriöser Politik braucht unsere Stadt politische Verantwortung“, so Olaf Scholz. Realistische Politik sei die Voraussetzung dafür, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die politischen Institutionen wieder wachse, so hieß es in der Nominierungsrede zum Spitzenkandidaten von Olaf Scholz. Im Wahlkampf setzte Olaf Scholz auf sein bereits als Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Altona erfolgreich erprobtes Konzept *OLAF SCHOLZ IM GESPRÄCH*. Mit dieser Veranstaltungsreihe tourte unser Spitzenkandidat durch alle Bürgerschaftswahlkreise und erwies sich als wahrer Publikumsmagnet.



Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt und Erster Bürgermeister a.D. Peter Schulz zu Gast bei *OLAF SCHOLZ IM GESPRÄCH* | Foto: spdhamburg

Auch Helmut Schmidt ließ es sich nicht nehmen, die Veranstaltung an seinem Wohnort Langenhorn überraschend zu besuchen, um seine Solidarität mit den wahlkämpfenden Genossinnen und Genossen zu bekunden. Die Wechselstimmung war mehr als spürbar. Die Hamburgerinnen und Hamburger machten deutlich, dass sie genug hatten von den leeren Versprechungen, den unausgegorenen Ideen der schwarz-grünen Regierung und dem fühlbaren politischen Handlungsstillstand in der Stadt. Das zeichnete sich schließlich auch in dem fulminanten Wahlsieg der SPD ab.

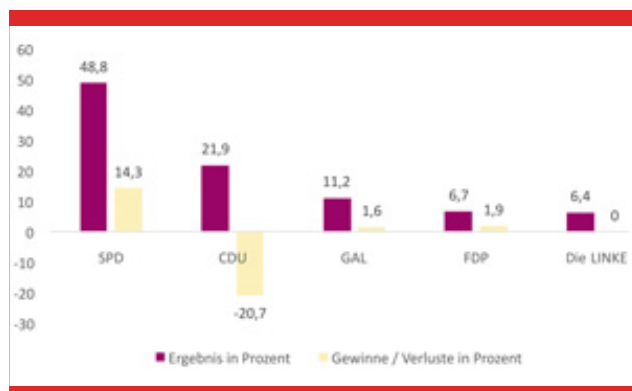
DER WAHLSIEG – DIE SPD IST HAMBURG-PARTEI

Mit 48,4% erhielt die SPD in Hamburg am 20. Februar 2011 die absolute Mehrheit der Stimmen. Damit gingen 62 der 121 Sitze in der Hamburgischen Bürgerschaft an die SPD. Davon entfielen 37 Sitze an Wahlkreis kandidatinnen und -kandidaten sowie 25 Sitze an Kandidatinnen und Kandidaten der Landesliste. Unsere Strategie, sich auf den Spitzenkandidaten Olaf Scholz zu konzentrieren, ist im Wahlkampf aufgegangen. Anhand des neuen Wahlrechts in Hamburg kann das im Ergebnis abgeleitet werden. So entfielen über zwei Drittel der für die SPD abgegebenen Personenstimmen und damit auch über ein Drittel der für die SPD abgegebenen Gesamtstimmen auf der Landesliste an Olaf Scholz. Hoch erfreulich waren die Landeslistenresultate in einigen Hochburgen der SPD, wo wir deutlich über 50% der Stimmen gewinnen konnten (Billstedt-Wilhelmsburg-Finkenwerder: 54,2%; Bramfeld-Farmsen-Berne 54,2%; Fuhlsbüttel-Alsterdorf-Langenhorn: 51,6%).



Wahlkampfabschlussveranstaltung im Hamburg Cruise Center mit Hannelore Kraft. | Foto: spdhamburg

Das Ergebnis war insbesondere vor dem Hintergrund des neuen Wahlrechts in Hamburg interessant. In Hamburg ist es nunmehr möglich, bei Landtags- und Kommunalwahlen die insgesamt fünf Stimmen je Wahl zu panaschieren und kumulieren. Mit umfangreichem Material haben wir über das neue Wahlrecht aufgeklärt und für unsere Kandidatinnen und Kandidaten geworben. Die Auswirkung des Wahlrechts war bei der Stabilität der Landes- und Wahlkreislisten nicht vorherseh-



Ergebnis der Bürgerschaftswahl 20.02.2011
(Landesstimmen – Gesamtstimmen)

bar. Insbesondere in den Wahlkreisen kam es zu überraschenden Ergebnissen. Auch auf der Landesliste gab es Verschiebungen. So zog beispielsweise Isabella Vértes-Schütter, mit Platz 60 auf dem letzten Platz der Landesliste, dank ihres fabelhaften Stimmenergebnisses direkt in die Hamburgische Bürgerschaft ein. Auch in den Bezirken ist die SPD wieder stark. Neben der Bürgerschaftswahl fanden zeitgleich in allen sieben Bezirken Hamburgs die Wahlen zu den Bezirksversammlungen statt. Die Ergebnisse der Bezirke liegen mit dem niedrigsten Ergebnis in Altona (40,2%) und dem höchsten Ergebnis in Harburg (48,0%) auf sehr hohem Niveau. In allen Bezirken konnten Gewinne von über 10% realisiert werden. Sie spiegeln das gute Ergebnis der Hamburger SPD bei der Bürgerschaft wieder. Damit ist die SPD die Hamburg-Partei!

NACH DER WAHL

DER ROTE SENAT – VERSPRECHEN GEHALTEN

Nach dem fulminanten Wahlsieg konnte die SPD in Hamburg schnell mit der Kabinettsbildung beginnen. Auf dem ersten Parteitag am 20. März 2011 befand sich die SPD Hamburg in der komfortablen Situation, sämtliche Senatoren des roten Senats aufzustellen.

SENAT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

**ERSTER BÜRGERMEISTER
DER FREIEN UND HANSESTADT
HAMBURG**
OLAF SCHOLZ
**ZWEITE BÜRGERMEISTERIN,
SENATORIN FÜR WISSENSCHAFT
UND FORSCHUNG**
DR. DOROTHEE STAPELFELDT
**BEHÖRDE FÜR STADTENTWICK-
LUNG UND UMWELT**
JUTTA BLANKAU
KULTURSENATORIN
PROF. BARBARA KISSELER
(PARTEILOS)
**SENATOR FÜR WIRTSCHAFT, VER-
KEHR UND INNOVATION**
FRANK HORCH (PARTEILOS)

**SENATOR FÜR INNERES UND
SPORT**
MICHAEL NEUMANN
**SENATORIN FÜR GESUNDHEITS-
UND VERBRAUCHERSCHUTZ**
CORNELIA PRÜFER-STORCKS
**SENATOR FÜR SCHULE UND
BERUFSBILDUNG**
TIES RABE
**SENATOR FÜR ARBEIT, SOZIALES,
FAMILIE UND INTEGRATION**
DETLEF SCHEELE
**SENATORIN FÜR JUSTIZ UND
GLEICHSTELLUNG**
JANA SCHIEDEK
SENATOR FÜR FINANZEN
DR. PETER TSCHENTSCHER

Mit **CAROLA VEIT** als **PRÄSIDENTIN DER HAMBURGISCHEN BÜRGER-SCHAFT** stellen wir auch das höchste repräsentative Amt in der Freien und Hansestadt Hamburg.

DER NEUE SENAT NAHM SEINE ARBEIT AUF UND KONNTE SCHNELL ERSTE ZIELE REALISIEREN. DAZU GEHÖREN UNTER ANDEREN:

- Verankerung der Schuldenbremse in der Hamburgischen Verfassung. Ziel ist ein Hamburg ohne neue Schulden bis spätestens 2019.
- Wohnungsbau. Zusammen mit den Bezirken (**VERTRAG FÜR HAMBURG**) und der Wohnungswirtschaft (**BÜNDNIS FÜR DAS WOHNEN**) haben wir alle Akteure darauf eingeschworen, jährlich mindestens 6.000 Wohnungen zu bauen. Außerdem soll mit einer Bundesratsinitiative erreicht werden, dass künftig Maklerkosten nicht nur zu Lasten der Mieterinnen und Mieter gehen.
- Kita-Betreuung. Die Gebührenerhöhung des schwarz-grünen Senats wurde zurückgenommen. Das Essensgeld wurde abgeschafft. Die Grundversorgung ist ab 2014 gebührenfrei.
- Rücknahme der Studiengebühren ab dem Wintersemester 2012. Dabei wurden die Einnahmen der Hochschulen voll kompensiert und die Kürzungen beim Studierendenwerk zurückgenommen.
- Einführung eines städtischen Mindestlohns von 8,50 EUR pro Stunde.
- Hafenentwicklungsplan. Damit geben wir dem Hamburger Wirt-

schaftsmotor Nummer Eins eine verlässliche Finanzierungsgrundlage.

- Seniorenmitwirkungsgesetz. Damit gewinnen wir künftig ältere Menschen für eine aktive Teilhabe.
- Erfolgreiche Bundesratsinitiative zur Einführung einer Frauenquote in Aufsichtsräten von DAX-Unternehmen.

Die Menschen honorieren, dass wir sehr konsequent unsere Wahlversprechen umsetzen. In den Umfragewerten lag die SPD Hamburg genau ein Jahr nach der Wahl bei einer Zustimmung von 52%. Die Hamburgerinnen und Hamburger vertrauen auf ihre SPD und ihren Bürgermeister. Diesen Weg wollen wir weiter gehen!



oben: Versprechen gehalten: Studiengebühren in Hamburg sind seit dem Wintersemester 2012 gegessen. • links: Auch nach der Wahl vor Ort in allen Wahlkreisen: Olaf Scholz im Gespräch. • rechts: Justiz- und Gleichstellungssenatorin vor Ort zum Thema *SCHWUL-LESBISCHE GLEICHSTELLUNG – ALLES ERREICHT?* | Fotos: spdhamburg

DIE SPD VOR ORT – DER BÜRGERDIALOG GEHT WEITER

Die Veranstaltungen *HAMBURG GEMEINSAM GESTALTEN* im Vorfeld der Wahl waren wichtige und gute Gelegenheiten, um mit den Hamburgerinnen und Hamburgern ins Gespräch zu kommen. Die Hamburger Idee der gemeinsamen Gestaltung des Regierungsprogramms fand auch auf Bundesebene mit dem Bürgerdialog Anklang.

Das erfolgreiche Veranstaltungskonzept wird von der SPD Hamburg auch nach der Wahl fortgesetzt. Unter dem Titel *OLAF SCHOLZ IM GESPRÄCH* wird der Landesvorsitzende und Bürgermeister Olaf Scholz bis zur nächsten Bürgerschaftswahl jeden der 17 Bürgerschaftswahlkreise zweimal besuchen. Mit *OLAF SCHOLZ IM GESPRÄCH* geben wir den Bürgerinnen und Bürgern in Hamburg auch zwischen den Wahlen die Gelegenheit, mit dem Bürgermeister ins Gespräch zu kommen. Der Erfolg der Veranstaltung ist mit etwa 200 bis 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern messbar. Von der Landesorganisation werden die Veranstaltungen mit dem gleichen logistischen Aufwand betrieben wie im Wahlkampf. Das Konzept wurde mit *SENATORIN/SENATOR VOR ORT* auf den gesamten Hamburger Senat erweitert. So können wir die vielen fachspezifischen Fragen der Bürgerinnen und Bürger, rund um Energiewende, Schul- und Bildungspolitik oder auch Gleichstellung,

um nur einige Themen zu nennen, beantworten. Unser Signal ist klar: Wir stehen auch außerhalb von Wahlkampfzeiten den Bürgerinnen und Bürgern regelmäßig Rede und Antwort. Nur so können wir zu künftig Vertrauen, Wahlen und auch neue Mitglieder gewinnen.

INTERNE ENTWICKLUNG

DIE SPD IST MITGLIEDERPARTEI

Die SPD ist in Hamburg mit großem Abstand mitgliederstärkste Partei. Mit einem Mitgliederbestand von 10.535 Mitgliedern (Stand: 31.12.2012) haben wir mehr Mitglieder als CDU und GRÜNE in Hamburg zusammen.

	2010	2011	2012
SPD Hamburg-Nord	1.820	1.821	1.827
SPD Hamburg-Mitte	1.717	1.793	1.760
SPD Altona	1.470	1.493	1.458
SPD Eimsbüttel	1.655	1.679	1.686
SPD Wandsbek	2.335	2.344	2.299
SPD Bergedorf	704	698	690
SPD Harburg	789	808	799

Gerade im Wahlkampf konnten wir einen Mitgliederzuwachs verzeichnen. Mit 641 Neumitgliedern und Wiedereintritten haben wir den guten Trend für die Partei nutzen können. Allerdings steht auch die SPD in Hamburg vor der Herausforderung, die demographischen Veränderungen zu kompensieren.

INTERNE MOBILISIERUNG – FÜR UNSERE MITGLIEDER

Um neue Mitglieder zu gewinnen und bereits bestehende Mitglieder weiterhin aktiv zu begleiten, veranstaltet die SPD Hamburg eine Reihe von Mitgliederveranstaltungen. Exemplarisch sind hier zu nennen die Neumitgliedertage und -kongresse, die Veranstaltungsreihe *NAHDRA – DER TALK AM SONNTAG* sowie die *JUBILARTREFFEN*.



links: Großer Andrang der vielen neuen Genossinnen und Genossen beim Neumitgliedertag. • rechts: *NahDra – Der Politiktalk am Sonntag*. Hier mit der stellvertretenden Landesvorsitzenden Inka Damerau. | Fotos: spdhamburg

So haben wir für Neumitglieder wiederholt Neumitgliedertage und Neumitgliederkongresse durchgeführt. Hier haben Neumitglieder die Gelegenheit, nicht nur mit dem Landesvorsitzenden und Ersten Bürgermeister Olaf Scholz ins Gespräch zu kommen, sondern auch Fachdiskussionen mit unseren Senatorinnen und Senatoren zu führen. Außerdem stellen sich die Arbeitsgemeinschaften vor und bilden so ein niedrigschwelliges Angebot an unsere Mitglieder, sich zu beteiligen. Die Neumitgliedertage und -kongresse sind gut besucht.

Mit der Veranstaltungsreihe *NAHDRA – DER TALK AM SONNTAG* bieten wir ein zusätzliches Veranstaltungsangebot für unsere Mitglieder. Zielgruppe sind vor allem Berufstätige und zeitlich eingespannte Genos-

sinnen und Genossen. Diese bekommen an einem Sonntagvormittag das Angebot mit einem Senator oder einer Senatorin zu diskutieren. Die Veranstaltungen sind thematisch gebunden. So fanden unter anderen Veranstaltungen zum Thema Wohnungsbau mit der Bausenatorin Jutta Blankau sowie zum Thema Bildungspolitik mit Schulsenator Ties Rabe statt. Für unsere älteren Genossinnen und Genossen bieten wir besondere **JUBILARTREFFEN** an. Zum jährlich stattfindenden Kaffeenachmittag laden wir Genossinnen und Genossen ein, die bereits seit 50, 60, 65, 70, 75, 80 oder sogar über 80 Jahre Mitglieder sind. Die Nachmittage sind beeindruckend für alle Beteiligten, da hier gelebte sozialdemokratische Geschichte vor Ort ist. Es sind Berichte über die Höhen und Tiefen der Sozialdemokratie und über die tiefe Verbundenheit gegenüber unseren Grundwerten Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität.

AUSBLICK 2013

BUNDESTAGSWAHL 2013 – ALLE WAHLKREISE FÜR DIE SPD

Im Dezember 2012 fanden in allen sechs Wahlkreisen die Nominierungen der Wahlkreiskandidaten zur Bundestagswahl 2013 statt. Nachdem die SPD Hamburg bei der Bundestagswahl 2009 nur drei Wahlkreise gewinnen konnte, gilt für die kommende Wahl die Losung des Landesvorsitzenden Olaf Scholz: **ALLE WAHLKREISE FÜR DIE SPD**. Die SPD in Hamburg befindet sich seit der Bürgerschaftswahl in einem kontinuierlichen Umfragehoch. Diese gute Stimmung für die Hamburger SPD werden wir in den Wahlkreisen für den Wahlkampf nutzen.

DIE LANDESLISTE DER HAMBURGER SPD wurde im Januar 2013 beschlossen. Sie wird angeführt von der bundesweit bekannten und profilierten Bundestagsabgeordneten und stellvertretenden Parteivorsitzenden Aydan Özoğuz. Auf der Landesvertreterversammlung im Januar 2013 wurde außerdem Hans-Ulrich Klose für seine Arbeit im Deutschen Bundestag gedankt. Klose tritt nach acht Legislaturperioden im Deutschen Bundestag nicht mehr an. Er war stets direkt gewählter Abgeordneter im Wahlkreis Bergedorf-Harburg.

DIE KANDIDAT/-INNEN IN DEN WAHLKREISEN

Hamburg-Mitte
JOHANNES KAHRS
Hamburg-Altona
DR. MATTHIAS BARTKE
Hamburg-Eimsbüttel
NIELS ANNEN
Hamburg-Nord
CHRISTIAN CARSTENSEN
Hamburg-Wandsbek
AYDAN ÖZOĞUZ
Hamburg-Bergedorf – Harburg
METIN HAKVERDI

AUF DER LANDESLISTE

1 AYDAN ÖZOĞUZ
2 INGO EGLOFF
3 INKA DAMERAU
4 NIELS ANNEN
5 JULIA ODEBRECHT
6 CHRISTIAN CARSTENSEN
7 DR. MELANIE LEONHARD
8 METIN HAKVERDI
9 BRITTA SCHLAGE
10 MICHAEL KLEIBER
11 GABI DOBUSCH
12 WOLFGANG ROSE

VOLKSENTSCHEID UNSER HAMBURG – UNSER NETZ

Die SPD Hamburg steht im Jahr 2013 vor zwei zentralen Herausforderungen: Am 22. September wird nicht nur der neue Bundestag gewählt, am gleichen Tag gilt es auch einen Volksentscheid zu gewinnen. Die Volksinitiative **UNSER HAMBURG – UNSER NETZ** fordert die 100-prozentige Rekommunalisierung der Hamburger Energienetze für Strom, Gas und Fernwärme.

Wir als SPD Hamburg haben uns bereits in unserem Regierungsprogramm dafür ausgesprochen, einen strategischen Anteil von 25,1% an den Energienetzen für Strom, Gas und Fernwärme zu erwerben. Dies ist von Senat und Bürgerschaft durch Abschluss entsprechender Vereinbarungen mit den Energiekonzernen auch erfolgreich umgesetzt worden. Diese Vereinbarung hat Hamburg bereits eine halbe Milliarde Euro gekostet. Der hundertprozentige Rückkauf der Netze bedeutet etwa zwei Milliarden neue Schulden für unsere Stadt, die die Energiewende in Hamburg überhaupt nicht voranbringen.

Im Gegenteil: Die Hamburger Energieversorger sind aufgrund der bestehenden Vereinbarungen mit der Stadt Hamburg verpflichtet, 1,6 Milliarden Euro in alternative Energieprojekte zu investieren. Diese Verpflichtungen würden bei einer vollständigen Rekommunalisierung entfallen, da die Verträge rückabgewickelt werden müssten. Mit unserer bisherigen Vereinbarungen zwischen Stadt und Netzbetreibern sind wir auf einem guten Weg, die Energiewende – ohne weitere Schulden – in Hamburg umzusetzen. Die Meinungsumfragen prognostizieren eine große Zustimmung der Hamburgerinnen und Hamburger für den Volksentscheid. Allerdings ist der Informationsgrad, was genau hinter der Forderung der Initiative steht, gering. Die SPD Hamburg plant derzeit die Kampagne rund um den Volksentscheid. Dazu werden in einem ersten Schritt die Parteigliederungen inhaltlich geschult.

150 JAHRE SPD – Auch in Hamburg wird mit Stolz auf das 150jährige Bestehen der SPD geschaut. Neben zahlreichen kleineren Veranstaltungen sind drei große Events geplant:

■ **HAMBURGER WÜRFEL.** Seit Mitte 2012 arbeitet der Kreisverband Eimsbüttel an der Idee der Hamburger Würfel. Diese roten Würfel werden mit einer Kantenlänge von 2,5 Meter an drei zentralen Orten in Hamburg im August 2013 aufgestellt. Für einen Zeitraum von drei Tagen sollen dann rund um die Uhr Lesungen, Treffen, Diskussionen, Flashmobs usw. stattfinden. Die Idee wird unterstützt durch den Innovationsfonds der Bundes-SPD. „Veränderungen brauchen den Mut neue Wege zu gehen. Mit Eurem Projekt unterstützt Ihr diese positive Entwicklung unserer SPD. Für den weiteren Verlauf des Projektes wünsche ich Euch viel Erfolg!“, so Andrea Nahles.

■ **150 JAHRE SPD HAMBURG.** Ebenfalls im August wird das seit 2012 geplante Hörbuch veröffentlicht. Der Fokus liegt auf der Geschichte der SPD Hamburgs. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erzählen, was sie bewegt. Dabei sind unter anderem Themen wie Demokratie, Stadtentwicklung und Gleichstellung wichtig. Mit dabei sind ehemalige Hamburger SPD-Bürgermeister, wie Hans-Ulrich Klose, die Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit, Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz sowie der gebürtige Hamburger Peer Steinbrück und viele mehr.

■ **GEMEINSAM ZUM FESTAKT NACH BERLIN.** Die SPD Hamburg ist stark vertreten bei dem Festakt am 17. August in Berlin. Unser Ziel lautet: Mit 1000 Hamburger Genossinnen und Genossen nach Berlin. Dafür hat die Hamburger Landesorganisation einen Zug gemietet, mit dem wir gemeinsam zum Festakt fahren.

Hans-Ulrich Klose, Bundestagsabgeordneter und Erster Bürgermeister a.D., tritt nach acht Legislaturperioden im Deutschen Bundestag nicht erneut an. | Foto: spdhamburg



LANDESPARTEITAGE DER SPD HAMBURG 2011–2012

- 15. Januar 2011
Verabschiedung des Regierungsprogramms
- 20. März 2011
Abstimmung über die Vorschlagsliste zur Senatsbildung
- 10. September 2011
Antragsparteitag | Gastredner: Martin Schulz, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament
- 9. Juni 2012
Ordentlicher Landesparteitag mit Vorstandswahlen
- 1. Dezember 2012
Antragsparteitag | Gastredner: Sigmar Gabriel, Vorsitzender der SPD | Verleihung des Elisabeth-Ostermeier-Preises an das Projekt PEUINT der Jusos im Stadtteil Horn



Der SPD-Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel und die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Inka Damerau auf dem Landesparteitag. | Foto: spd-hamburg



Landesparteitag 2011 mit Martin Schulz, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament. | Foto: spd-hamburg

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDS 2010 – 2012 GEWÄHLT AUF DEM ORDENTLICHEN LANDESPARTEITAG AM 25. / 26. JUNI 2010

LANDESVORSITZENDER	WOLFGANG ROSE
OLAF SCHOLZ	BRITTA SCHLAGE
STELLVERTRETENDE	DR. JOACHIM SEELER
LANDESVORSITZENDE	MARKUS SCHREIBER
INKA DAMERAU	SÖREN TOMASEK
DR. ANDREAS DRESSSEL	CAROLA VEIT
FRANK RICHTER	
SCHATZMEISTER	AUS DEN KREISEN
PROF. DR. CHRISTIAN BERNZEN	JOHANNES KAHRS
	MILAN PEIN
BEISITZER/-INNEN	MELANIE SCHLOTZHAUER
ELKE BADDE	KARL SCHWINKE
VERENA BLIX	DR. PETER TSCHENTSCHER
DR. KRISTINA BÖHLKE	TIES RABE
GESINE DRÄGER	
RENAME HOLD	AUS DEN
ELISABETH KIAUSCH	ARBEITSGEMEINSCHAFTEN
STEFAN KRAPPA	GABI DOBUSCH ASF
PETER MAßMANN	NICHOLAS GILDEMEISTER Jusos
INA MORGENROTH	RUDOLF HERBERS AG 60plus
THOMAS RITZENHOFF	RENAME KLEINFELD AfA

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDS 2012 – 2014 GEWÄHLT AUF DEM ORDENTLICHEN LANDESPARTEITAG AM 9. JUNI 2012

LANDESVORSITZENDER	THOMAS RITZENHOFF
OLAF SCHOLZ	WOLFGANG ROSE
STELLVERTRETENDE	MARKUS SCHREIBER
LANDESVORSITZENDE	DR. JOACHIM SEELER
INKA DAMERAU	SÖREN TOMASEK
FRANK RICHTER	CAROLA VEIT
DR. NILS WEILAND	AUS DEN KREISEN
SCHATZMEISTER	JOHANNES KAHRS
PROF. DR. CHRISTIAN BERNZEN	MILAN PEIN
	MELANIE SCHLOTZHAUER
BEISITZER/-INNEN	RONJA SCHMAGER
KSENJA BEKERIS	KARL SCHWINKE
LARS HOLSTER	DR. PETER TSCHENTSCHER
DR. ELKE JAKUBOWSKI	TIES RABE
ELISABETH KIAUSCH	
SÖNKE KLAGES	AUS DEN
DR. MICHAEL KLEIBER	ARBEITSGEMEINSCHAFTEN
PETER MAßMANN	GABI DOBUSCH ASF
INA MORGENROTH	HAUKE WAGNER Jusos
AYDAN ÖZOĞUZ	RUDOLF HERBERS AG 60plus
ANJA QUAST	RENAME KLEINFELD AfA



LANDESORGANISATION BREMEN

BREMEN

SPD



SPD Bremen Wahlkampfauftritt am 28. April 2011
Foto: Focke Strangmann

MITEINANDER FÜR BREMEN UND BREMERHAVEN

Die Jahre 2011 und 2012 waren geprägt durch die Kommunal- und Landtagswahlen im Mai 2011, die Organisationswahlen auf allen Ebenen im ersten Halbjahr 2012 und die Vorbereitung der Bundestagswahl im September 2013. Der Auftakt in das Wahljahr 2011 gestaltete sich schwungvoll. Bereits zum fünften Mal lud die Landesorganisation alle Mitglieder sowie Freundinnen und Freunde der Bremer SPD in die Schwankhalle in der Neustadt zum Jahresauftakt ein. Gut 400 Gäste erlebten eine bunte Mischung aus Kultur, Politik und anregenden Gesprächen. Ehrengast war die stellvertretende SPD-Parteivorsitzende und Ministerin für Soziales und Gesundheit des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig. Eine gewonnene Landtags- und Kommunalwahl später kam die Bremer SPD zu ihrem Jahresauftakt 2012 an gleicher Stelle zusammen, um dieses Mal den SPD-Bundesvorsitzenden Sigmar Gabriel als Gastredner zu begrüßen. In bleibender Erinnerung wird der Landesparteitag vom 28. Februar 2011 bleiben, auf dem der frühere Bremer Bürgermeister Hans Koschnick ein eindrucksvolles und ein dringliches Plädoyer gegen rechts hielt. Er rief dazu auf, gemeinsam mit allen demokratischen Organisationen ein klares Zeichen gegen Faschismus und Nationalismus zu setzen. Die Delegierten verabschiedeten im Anschluss einstimmig den Aufruf des Bündnisses *KEINEN METER* gegen den für den 1. Mai 2011 in Bremen geplanten Aufmarsch der NPD.

Die SPD-geführte Landesregierung, die seit dem 29. Juni 2007 das Land Bremen zusammen mit den Grünen regiert, wurde am 22. Mai 2011 mit großer Mehrheit wiedergewählt. 38,6% der Wähler gaben der SPD ihre Stimme, ein Zuwachs von 1,9% im Vergleich zur Landtagswahl 2007. Damit blieb die SPD, wie in allen Wahlen seit 1946, die stärkste politische Kraft im Land Bremen – mehr als 16 Prozentpunkte vor den Grünen und sogar mehr als 18 Prozentpunkte vor der CDU, die ihr historisch schlechtestes Ergebnis einfuhr. Damit regiert in Bremen wieder eine große Koalition, jedoch in neuem Farbgewand: Rot-Grün. Die Koalitionsvertrag wurden am 28. Juni 2011 unterzeichnet und der Senat zwei Tage später in der Bremischen Bürgerschaft gewählt.

Zum ersten Mal hatten die Wählerinnen und Wähler in Bremen und Bremerhaven die Möglichkeit fünf Stimmen bei der Landtags- und Kommunalwahl zu vergeben. Das sogenannte Kumulieren und Panaschieren, also die Möglichkeit seine fünf Stimmen auf eine einzelne Partei oder einen einzelnen Kandidaten zu vereinen (Kumulieren) oder auf bis zu fünf Parteien oder bis zu fünf Kandidatinnen und Kandidaten zu verteilen (Panaschieren), wurde mehrheitlich von den Wählerinnen und Wählern angenommen.



Altbürgermeister Hans Koschnick: „Wir haben unseren Weg nach dem Krieg in einer sozialdemokratisch geprägten Verfassung wiedergefunden. Heute wagen es schon wieder einige rechte Gruppierungen, wichtige Teile dieser demokratischen Entwicklung in Frage zu stellen. Es gibt etwas, was wir uns von keinem nehmen lassen – alle Bürgerinnen und Bürger sind gleich und wir kämpfen dafür. Es ist und bleibt unsere Aufgabe für Gerechtigkeit und Menschenwürde gemeinsam einzutreten.“ | Foto: Focke Strangmann

Besonders erwähnenswert ist hierbei die Tatsache, dass die Wählerinnen und Wähler bei der SPD mehrheitlich von Ihrer Möglichkeit Gebrauch machten, einzelne Kandidatinnen oder Kandidaten zu



Zugespitzt: Das Großflächen-Schlussmotiv der Kampagne zur Bürgerschaftswahl 2011

wählen. Die Fokussierung auf Gespräche und Dialoge mit den Bürgerinnen und Bürgern und die große Zahl an durchgeführten Hausbesuchen zeigten Wirkung: Genau 52,3 % der Wählerinnen und Wähler entschieden sich dafür, ihre Kreuze einem oder einer Kandidatin zu geben, anstatt die Liste zu wählen. Bürgermeister und Spitzenkandidat Jens Böhrnsen erhielt 143.807 Direktstimmen, ein Anteil von etwa 62 % aller auf die SPD entfallenen Personenstimmen und die mit weitem Abstand meisten Stimmen, die ein einzelner Kandidat auf sich vereinen konnte.

WAHLKAMPFENDSPURT

Die Sozialdemokraten sind und bleiben die bestimmende politische Kraft im Land Bremen und dies seit mehr als 65 Jahren. Alter und neuer Bürgermeister ist Jens Böhrnsen. Der erfolgreiche Wahlkampf war unter das Motto *MITEINANDER* gestellt. Die Möglichkeit, einzelne Kandidatinnen oder Kandidaten direkt zu wählen, mischte die Landesliste der SPD gehörig auf und führte zu positiven Überraschungen. So schaffte es Elombo Bolayela mit 3.149 Personenstimmen in die Bremische Bürgerschaft und wurde so zum ersten afrikanischstämmigen Landtagsabgeordneten in der Geschichte der Bundesrepublik.

Auch in Bremerhaven wurde die SPD bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung mit 33,1 % stärkste Kraft. Die Grünen überholten die CDU als zweitstärkste politische Kraft in der Seestadt, dadurch konnte auch in Bremerhaven eine rot-grüne Koalition gebildet werden. Damit regiert die SPD als stärkste Partei nun in beiden Städten Bremens mit den Grünen als Koalitionspartner.

VORBEREITUNG DER BUNDESTAGSWAHL 2013

Am 6. Dezember 2012 nominierten die Delegierten des Wahlkreises 55 (Bremen II – Bremerhaven) Uwe Beckmeyer (MdB) mit 88 % zum vierten Mal als Direktkandidaten für die Wahl zum Deutschen Bundestag 2013. Einen Tag später, am 7. Dezember 2012, wurde auch Carsten Sieling (MdB) von den Delegierten mit 97 % zum Direktkandidaten im Wahlkreis 54 (Bremen I) nominiert.

NEUAUFTEILUNG DER RESSORTS – STÜHLERÜCKEN IM SENAT

Am 26. November gab Renate Jürgens-Pieper ihren Rücktritt als Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit bekannt. Vorausgegangen war ein Streit über die finanzielle Ausstattung des Bildungshaushaltes in der rot-grünen Koalition. Auch hatte es im Vorfeld Diskussion gegeben, die großen Ressorts Bildung und Wissenschaft auf der einen und Gesundheit auf der anderen Seite zu trennen, was dann auch geschah. Am 13. Dezember 2012 wählte die

Bremische Bürgerschaft die Staatsrätin Prof. Dr. Eva Quante-Brandt zur neuen Senatorin für Bildung und Wissenschaft und den ehemaligen Staatsrat Dr. Hermann Schulte-Sasse (parteilos) zum neuen Senator für Gesundheit. Die Bürgerschaftsabgeordnete Ulrike Hiller wurde neue Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa.

INHALTLICHE SCHWERPUNKTE

Mit Blick auf den Bundesparteitag der SPD im Dezember 2011 setzte die Bremer SPD einen Schwerpunkt in der Diskussion über die zukünftige sozialdemokratische Finanz- und Steuerpolitik. Der Arbeitskreis *WIRTSCHAFT – STEUERN – FINANZEN* erarbeitete einen Entwurf für ein *SOZIALDEMOKRATISCHES STEUERKONZEPT 2020*, das die Grundlage für die Diskussion auf einer finanz- und steuerpolitischen Konferenz der SPD-Landesorganisation am 17. September 2011 bildete.

Die anstehende Neuausschreibung der Konzessionsrechte für die Stromnetze brachte das Thema Rekommunalisierung auf die Tagesordnung der Landespolitik. Die Koalition prüft nun, in welcher Form und in welchem Umfang eine Rekommunalisierung erfolgen kann. Mit einer gesetzlichen „Privatisierungsbremse“ will die SPD erreichen, dass kommunalen Betrieben der öffentlichen Daseinsvorsorge ein Bestandschutz eingeräumt wird. In Zukunft soll kein kommunales Unternehmen mehr ohne Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger verkauft werden können. Ein weiteres Schwerpunktthema war der Mindestlohn. In Ergänzung zum Bremischen Tariftreue- und Vergabegesetz, das die öffentliche Auftragsvergabe regelt, sorgt nun das Landesmindestlohngesetz seit dem 1. September 2012 dafür, dass in allen Bereichen, in denen das Land oder die Stadtgemeinden als Arbeit- oder Auftraggeber handeln oder in denen sie Fördermittel und Zuwendungen vergeben, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht weniger als 8,50 Euro pro Stunde verdienen.

Die im Zuge der Organisationsreform aufkommende Debatte zur Besetzung von Plätzen auf Wahllisten wurde auch in Bremen herzhafte geführt. Beschlossen wurde letztlich eine Reihung der Geschlechter auf allen Wahllisten, egal ob zur Bürgerschafts-, Stadtverordneten- oder Beirätewahl.



Sie wollen nach der nächsten Bundestagswahl die Bremer Interessen in Berlin vertreten. v.l.n.r.: Carsten Sieling – Listenplatz 1, Direktkandidat, Marika Büsing – Listenplatz 4, Falk Wagner – Listenplatz 5, Sarah Ryglewski – Listenplatz 2 und Uwe Beckmeyer – Listenplatz 3, Direktkandidat. | Foto: Focke Strangmann



Am 6. Oktober 2011 besuchte Generalsekretärin Andrea Nahles im Zuge der Diskussionsveranstaltung **PARTEI IN BEWEGUNG!** auch Bremen. Hier zu sehen neben dem SPD Landesvorsitzenden Andreas Bovenschulte. | Foto: Focke Strangmann

NEUES VON DER NORDSEEKÜSTE

Seit dem 3. Januar 2011 hat Bremerhaven einen neuen Oberbürgermeister. Der Jurist und langjährige Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtverordnetenfraktion und bisherige Stadtrat für Soziales, Jugend und Arbeitsmarktpolitik, Melf Grantz, beerbte Jörg Schulz, den es zurück in seinen alten Beruf als Rechtsanwalt zog. Grantz prägte das Motto **EINE STADT FÜR ALLE**, mit dem die SPD Bremerhaven auch erfolgreich den Kommunalwahlkampf bestritt.

GREMIENWAHL – LANDESVORSTAND WIEDERGEWÄHLT

Mit 95% Zustimmung bestätigten die Delegierten auf dem Landesparteitag am 12. Mai 2012 den bisherigen Landesvorsitzenden Andreas Bovenschulte im Amt. Bovenschulte erhielt 5% mehr Ja-Stimmen als zwei Jahre zuvor. Ebenfalls im Amt bestätigt wurden die zwei stellvertretenden Landesvorsitzenden Sarah Ryglewski, MdBB und Elias Tsartilidis, MdBB.



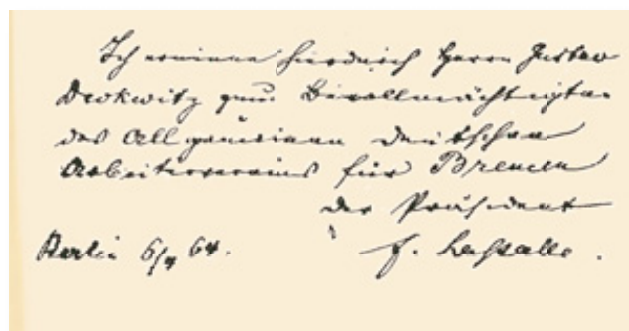
Wiedergewählt und glücklich. Über ein tolles Wahlergebnis freute sich der alte und neue Landesvorsitzende der Bremer SPD Andreas Bovenschulte. In seiner Vorstellung hatte er für mehr solidarischen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft geworben. | Foto: Focke Strangmann

GREMIENWAHL – WECHSEL IN DEN UNTERBEZIRKEN

FRAU AN DER SPITZE – Mit der langjährigen Bürgerschaftsabgeordneten Uta Kummer übernahm eine Frau den Vorsitz im Unterbezirk Bremen-Stadt. Kummer kündigte an, die SPD werde sich in Zukunft intensiv vor Ort einmischen und so noch bemerkbarer werden. Auch an der Spitze des Unterbezirks Bremerhaven vollzog sich ein Wechsel. Der bisherige Unterbezirksvorsitzende Siegfried Breuer zog sich aus dem politischen Leben zurück – sein Nachfolger wurde sein langjähriger Stellvertreter, Senator Martin Günthner.

VORBEREITUNGEN ZU 150 JAHRE SPD – 149 JAHRE SPD IN BREMEN

Die SPD feiert 2013 ihren 150. Geburtstag. Die historischen Wurzeln der Bremer SPD reichen bis in das Jahr 1864 zurück. Am 1. Januar 1864 gründete Gustav Deckwitz in Bremen eine Gruppe des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV). Am 6. April wurde Deckwitz vom Vorsitzenden des ADAV, Ferdinand Lassalle, zum Bevollmächtigten in Bremen ernannt. Dieses Datum gilt seitdem als das eigentliche Gründungsdatum der Bremer SPD und wird deshalb im Mittelpunkt der Jubiläums-Aktivitäten stehen. Die Bremer SPD hat sich vorgenommen, nicht nur an ihre bewegte Geschichte zu erinnern, sondern auch deutlich zu machen, dass unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit nicht an Aktualität verloren haben. Unser Blick zurück ist auch immer ein Blick nach vorne. Unter dem Titel **DER HISTORISCHE ABEND** fanden zwischen März und Dezember 2012 vier Veranstaltungen zur Geschichte der Bremer SPD statt, auch 2013 wird die Veranstaltungsreihe fortgesetzt. Im Spätherbst 2013 wird das Buch **150 JAHRE SPD IN BREMEN** erscheinen. Auch die Veranstaltungsreihe **STARKE FRAUEN** der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) findet im Kontext des Parteijubiläums statt.



Gründungsurkunde der Bremer SPD: „Ich ernenne hierdurch Herrn Gustav Deckwitz zum Bevollmächtigten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins für Bremen. Der Präsident F. Lassalle Berlin, 6/4 64“

VORSTAND DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN GEWÄHLT AUF DEM LANDESPARTEITAG AM 12. MAI 2012 IN BREMEN-NORD.

VORSITZENDER
DR. ANDREAS BOVENSCHULTE

**STELLVERTRETENDE
VORSITZENDE**
SARAH RYGLEWSKI, MdBB
ELIAS TSARTILIDIS, MdBB

SCHATZMEISTERIN
PETRA KRÜMPFER, MdBB

SCHRIFTFÜHRERIN
INSA PETERS-REHWINKEL, MdBB

BEISITZERINNEN UND BEISITZER
CHRISTIAN BÜCKER

MARKUS FABIAN
WOLFGANG GROTHEER
MUSTAFA GÜNGÖR, MdBB
RAINER HAMANN, MdBB
CATHARINA HANKE
BRIGITTE LÜCKERT
SABINE MARKMANN
ROLF PRIGGE
GISELA SCHWELLACH
LENA WEBER
NICOLETTA WITT

GESCHÄFTSFÜHRER
ROLAND PAHL



LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN



Landtagswahlkampf 2012/2013 – Sigmar Gabriel, Stephan Weil und Peer Steinbrück in Braunschweig | Foto: Oliver Zeisberger

KOMMUNALWAHL 2011

Am 11. September 2011 wurden in Niedersachsen rund 2.200 Kreistage, Stadt- und Gemeinderäte gewählt sowie in 114 Kommunen auch direkt über die jeweiligen Hauptverwaltungsbeamten entschieden. Unter dem Leitmotiv *STARKE KOMMUNEN – STARKES LAND!* ging die SPD in Niedersachsen in das Kommunalwahljahr 2011. Bei dieser Kommunalwahl diskutierten wir besonders intensiv mit den Menschen über unsere kommunalen Vorschläge und Konzepte. Trotz starker Verluste (minus 4%) blieb die CDU stärkste Kraft mit 37,0% der Wähler. Für die SPD stimmten 34,9%, 1,7 Prozentpunkte weniger als 2006. Die Grünen legten mit 14,3% (7,8%) deutlich zu, wobei die FDP um 3,3 Prozentpunkte auf 3,4% abrutschte. Die Linke konnte mit einem Plus von 1,5 Prozentpunkten einen leichten Zuwachs auf 2,4% erreichen. Bei den zur Wahl stehenden Hauptverwaltungsbeamten auf Kreisebene konnten **BERNHARD REUTER** im Landkreis Göttingen, **MATTHIAS WUNDERLING-WEILBIER** im Landkreis Helmstedt, **RÜDIGER BUTTE** im Landkreis Hameln-Pyrmont, **ANGELA SCHÜRZEBERG** im Landkreis Holzminden, **DR. JÖRG MIELKE** im Landkreis Osterholz, **PETER BOHLMANN** im Landkreis Verden und **SVEN AMBROSY** im Landkreis Friesland Siege erringen. Darüber hinaus ist der Wahlsieg von **KLAUS DIETER MOHRS** in Wolfsburg hervorzuheben, der mit 63,1% mehr als deutlich gewinnen konnte, nachdem der langjährige Oberbürgermeister der CDU seinen Rückzug zum Jahresende 2011 angekündigt hatte.

DIE URWAHL – ENTSCHEIDEN. FÜR NIEDERSACHSEN.

Der Landesvorstand der Niedersachsen-SPD beriet direkt nach der Kommunalwahl 2011 das Verfahren zur Bestimmung der SPD-Spitzenkandidatur für die Landtagswahl 2013. Zur Wahl stellten sich der damalige Landesvorsitzende der SPD Niedersachsen Olaf Lies und der Oberbürgermeister der Stadt Hannover Stephan Weil. Der Urwahltermin wurde auf den 27. November 2011 datiert. Auf 7 Regionalkonferenzen zwischen dem 1. und 17. November 2011 stellten sich die beiden Kandidaten den Mitgliedern und der Öffentlichkeit vor, die zudem live im Internet übertragen wurden. Am 27. November 2011 konnten die mehr als 60.000 Mitglieder der SPD in Niedersachsen in über 700 Wahllokalen ihre Stimme abgeben. Am darauf folgenden Montag stellte der Wahlausschuss unter

Leitung von Dieter Möhrmann MdL das offizielle Endergebnis der Urwahl des Spitzenkandidaten der SPD zur Landtagswahl am 20. Januar 2013 fest.

Lies	%	Weil	%	Enthaltungen	Wahlbeteiligung
11.872	46,15	13.713	53,31	138	39,69%

Auf Stephan Weil entfiel die Mehrheit der Stimmen. Vor allem aber stellte der konstruktive Wettbewerb und die Geschlossenheit der SPD Niedersachsen auch nach dieser Entscheidung die Weichen für einen gelungenen Wahlkampf.



Übersicht der Wahllokale zur Urwahl des Spitzenkandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten

PARTEITAGE

OFFENER LANDESPARTEITAG AM 28. MAI 2011 IN WOLFSBURG

Mit einem a.o. Landesparteitag am 28. Mai 2011 läutete die SPD-Niedersachsen die heiße Phase des Kommunalwahlkampfes ein. Neben der Beschlussfassung über einen Wahlaufuf auf der Basis des so genannten *NIEDERSACHSENPAPIERS* und der Beratung von Anträgen sollte möglichst viel Raum für Diskussionen und Gespräche bestehen. Dies war das Konzept des *OFFENEN PARTEITAGS*, zu dem neben interessierten Bürgerinnen und Bürgern auch zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen, Verbänden, Organisationen und Firmen eingeladen waren und teilnahmen. **GESPRÄCHSINSELN** zu verschiedenen Themen nahmen breiten Raum auf diesem Parteitag ein, boten Gelegenheit zu Diskussion und Information. Zu folgenden Themen wurden die Gesprächsinseln eingerichtet: ■ **ARBEITSMARKTPOLITIK** (Fachkräftebedarf, faire Löhne, Tariftreue, Leiharbeit, demographischer Wandel, Sonntagsarbeit, öffentlich geförderter Arbeitsmarkt, Innovationsförderung) ■ **SAUBERE, BEZAHLBARE ENERGIE** (Atomausstieg, Atomendlager, Bioenergie, Ausbau der Netze, Erdkabel, Investitionen in den „neuen Arbeitsmarkt“, ländliche Räume) ■ **GUTE SCHULE, KINDERBETREUUNG, INTEGRATION** (Schulstrukturen, Oberschule, flächendeckendes Schulangebot, IGS-Neugründungen, Elternwille, Ganztagschulen, Ausbau Kinderkrippen und -gärten, Inklusion, Familienzentren) ■ **PFLEGE UND GESUNDHEIT VOR ORT** (Pflegekampagne, Bürgerversicherung, Ärztemangel Krankenkassensterben, Potenziale des Gesundheits- und Pflegearbeitsmarkts) ■ **TEILHABE / KULTUR / GENERATIONENDIALOG** (Integration, Mehrgenerationenhäuser, demographischer Wandel, Kulturförderung, Kulturangebote im ländlichen Raum) ■ **STARKES LAND – STARKE SPD** (Gewerbesteuer, Baurecht, industrielle Großbetriebe, Biogasanlagen, Finanzausgleich, Fachkräfte(-bedarf), Mobilität, Verkehrsinfrastruktur). Der Gedankenaustausch an den Gesprächsinseln wurde durch kurze Eingangsstatements der GesprächsleiterInnen und eine Vorstellung der Fachleute eröffnet. Eine Aussprache mit den weiteren Besuchern der Gesprächsinseln schloss sich an. Es fanden je 2 Durchgänge an jeder Gesprächsinsel statt, so dass sich die Besucher im Anschluss an eine viertelstündige Pause einer neuen Themeninsel zuordnen konnten.

AUSSERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 20. JANUAR 2012

Nach der Urwahl-Entscheidung der niedersächsischen SPD über die Spitzenkandidatur zur Landtagswahl wurde genau ein Jahr vor der Landtagswahl 2013 unser Spitzenkandidat Stephan Weil von den Delegierten auf dem außerordentlichen Landesparteitag in Oldenburg mit 95,54 % der abgegebenen Stimmen zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Die Delegierten wählten außerdem den als Vorsitzender zurückgetretenen Olaf Lies zum stellvertretenden Landesvorsitzenden. Er erhielt 87,3 % der abgegebenen Stimmen. In einer dritten Personalie wählten die Delegierten den Bundestagsabgeordneten Lars Klingbeil mit 77,5 % zum Beisitzer im Landesvorstand. Klingbeil trat die Nachfolge von Andreas Rieckhof an, der als Staatsrat nach Hamburg gewechselt war. Vor seiner Wahl zum Landesvorsitzenden hatte Weil die Delegierten auf den Regierungswechsel in Niedersachsen eingestimmt. „Wir haben eine große Chance: Wenn morgen Landtagswahlen wären, hätte Schwarz-Gelb in Niedersachsen keine Mehrheit mehr, würde die Landesregierung mit Pauken und Trompeten abgewählt werden“, sagte Weil. Der SPD-Spitzenkandidat hielt der schwarz-gelben Landesregierung vor „keine übergreifende Idee, kein Projekt, keinen Plan“ zu haben.

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG UND LANDESVERTRETER/-INNEN-VERSAMMLUNG AM 7. JULI 2012 IN HAMELN

Am 7. Juli 2013 stellte die niedersächsische SPD ihre Landesliste zur Landtagswahl auf und wählte Stephan Weil mit 98,95 % auf Platz 1. Auch die weiteren der insgesamt 87 Kandidatinnen und Kandidaten der SPD wurden ohne Gegenkandidaturen gewählt. Auf Platz 2 der Landesliste wurde Andrea Schröder-Ehlers (Lüneburg) gewählt, an



Landesparteitag in Hameln mit Stephan Weil, Torsten Albig und Frau Heiligenstadt. | Foto: SPD in Niedersachsen

der dritte Olaf Lies (Friesland), gefolgt von Petra Emmerich-Kopatsch (4, Seesen), Grant Hendrik Tonne (5, Nienburg/Schaumburg) und Petra Tiemann (6, Stade). Der frisch gewählte Ministerpräsident von Schleswig-Holstein Torsten Albig brachte als Gastredner weitere Wechselstimmung mit nach Niedersachsen. Im Anschluss fand der ordentliche Landesparteitag statt auf dem Stephan Weil als Landesvorsitzender bestätigt wurde.

AUSSERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG

AM 10. NOVEMBER 2012 IN WOLFSBURG

„Die SPD ist bereit für den Regierungswechsel in Niedersachsen.“ Das machte SPD-Spitzenkandidat Stephan Weil auf dem Wolfsburger Parteitag deutlich, bei dem die niedersächsische SPD ihr Regierungsprogramm für die Landtagswahl 2013 beschloss. Niedersachsen SPD startete voller Selbstbewusstsein in den Landtagswahlkampf. Nach Jahren des Stillstands will sie wieder frischen Wind in das Land bringen und die schwarz-gelbe Landesregierung in Hannover ablösen. „Die Landesregierung ist müde, verbraucht, sie hat keinen Plan und wird ihre Vergangenheit nicht los“, sagte SPD-Spitzenkandidat Stephan Weil. In Wolfsburg stellte sich auch das gesamte Kompetenzteam für die Landtagswahl vor. Mit einem paritätisch aus Frauen und Männern besetzten Team präsentierte sich die SPD als Partei der Gleichberechtigung. In seiner begeistert gefeierten Rede warf Weil der schwarz-gelben Landesregierung vor, nicht auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger einzugehen. Zentrale Probleme würden nicht gelöst und nicht einmal angefasst. Es herrsche Stillstand, „Kälte und Unvermögen“ in der Landespolitik. Niedersachsen brauche endlich wieder eine Politik mit positiven Perspektiven, eine neue Politik, die den Menschen Mut und Lust auf die Zukunft mache. Das Regierungsprogramm bildete das inhaltliche Fundament für den Wahlerfolg der SPD am 20. Januar 2013 und für den Politikwechsel in Niedersachsen.



Kandidatinnen und Kandidaten zur Landtagswahl 2013. | Foto: SPD in Niedersachsen

sen. Als Gastredner heizte der designierte SPD-Kanzlerkandidat **PEER STEINBRÜCK** dem Parteitag ein. „Wir brauchen eine Erneuerung mit Rot-Grün – das kann gelingen, das wird gelingen“, rief er den Delegierten zu. Steinbrück warb für eine Renaissance der sozialen Marktwirtschaft und warnte vor einem Auseinanderdriften der Gesellschaft.

LANDESPARTEIRAT

Durch eine Satzungsänderung im Jahre 2008 wurde der Landesparteirat Niedersachsen ins Leben gerufen. Das Gremium besteht aus 100 Mitgliedern, wobei jeder Unterbezirk ein Grundmandat erhält. Aufgabe des Landesparteirates ist es, über wichtige landespolitische Schwerpunkte und Initiativen der niedersächsischen SPD zu beraten. Zudem wird dort über die Arbeit des Landesvorstands informiert. Der Vorstand des Landesparteirates bestand im Berichtszeitraum aus: **EVA SCHLAUGAT** (Peine, Vorsitz) sowie den StellvertreterInnen **ANNETTE FAßE** (Cuxhaven), **WALTER MEINHOLD** (Hannover) und **HANNA NABER** (Oldenburg). In 2011 beteiligte sich der Landesparteirat u.a. an der Erarbeitung des Niedersachsenpapiers zur Kommunalwahl. Eine *INFORMATION UND DISKUSSION MIT GENERALSEKRETÄRIN ANDREA NAHLES* gab es zur geplanten Organisationsreform der Partei. Im Jahr 2012 kam der Landesparteirat dreimal zusammen und beschäftigte sich neben der Landtagswahl intensiv mit den Themen *SCHULDENBREMSE*, *FISKALPAKT* und dem Papier *GUTE ARBEIT – GUTER LOHN – GUTE RENTE*.

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

In Niedersachsen organisieren sich die Arbeitsgemeinschaften entweder auf Bezirks- oder auf Landesebene. Die Arbeitsgemeinschaften, die sich auf Bezirksebene organisieren und dort ihre Vorstände wählen (AGS, AfA, ASF, 60plus), treffen sich auf Landesebene in sogenannten Landesausschüssen. In diese entsenden sie zum Zweck des gegenseitigen Informations- und Meinungsaustauschs VertreterInnen der 4 Bezirksarbeitsgemeinschaften. Einen Landesverband bilden die Arbeitsgemeinschaft der Jusos, der AfB und der ASJ. Alle im Landesverband bestehenden Arbeitsgemeinschaften entsenden ein beratendes Mitglied in den SPD-Landesvorstand.

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN 2011 UND 2012

AFA SPRECHER **MARKUS BRINKMANN MDL**

ASF SPRECHERIN **ANNEGRET IHBE**

AFB VORSITZENDE **ELKE TONNE-JORK**

ASJ VORSITZENDER **ROBERT NICHOLLS**

AGS SPRECHER **PROF. DR. MICHAEL HAMANN**

JUSOS VORSITZENDER **JONATHAN SCHORLING / BENJAMIN KÖSTER**

60PLUS SPRECHERIN **RENATE MÖGLING**

FOREN. 2010 hatte der SPD-Landesvorstand die Einsetzung von Foren beschlossen. Diese sollten sich – von vornherein zeitlich begrenzt bis zum Regierungsprogramm-Parteitag am 10. November 2012 – an der programmatischen Debatte zur Kommunalwahl 2011 und zur Landtagswahl 2013 beteiligen. Die Foren arbeiteten eng mit den entsprechenden Arbeitskreisen der Landtagsfraktion zusammen. Sie führten Veranstaltungen mit Experten durch und lieferten Beiträge zur Formulierung des Regierungsprogramms zur niedersächsischen Landtagswahl. Foren wurden eingerichtet zu den Themen:

- **ARBEIT UND MITBESTIMMUNG**
- **GERECHTE BILDUNGSPOLITIK**
- **DEMOKRATIE UND PARTIZIPATION IM INTERNET**
- **GEGEN RECHTS**
- **HOCHSCHULE, WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG**
- **KULTUR UND MEDIEN**
- **NEUE GESELLSCHAFT**
- **SICHERHEIT, FREIHEIT, DEMOKRATIE**
- **INKLUSIVES NIEDERSACHSEN – GEMEINSAM LERNEN UND ARBEITEN**
- **SPORTPOLITIK**

- **VERBRAUCHERSCHUTZ UND GESUNDES LEBEN**
- **NACHHALTIGKEIT, ENERGIEN UND WIRTSCHAFT**

VERANSTALTUNGEN

KOMMUNKONGRESS III

Am 9. Juni 2012 führte die niedersächsische SPD ihren dritten Kommunkongress in Hannover durch. *STARKE KOMMUNEN – STARKES LAND*, lautete nicht nur das Motto zur Kommunalwahl 2011. Die Regionen und Kommunen wurden in den zurückliegenden Jahren sträflich durch die alte Landesregierung vernachlässigt. Eine Landespolitik, die auch den Bedürfnissen in den Städten, Gemeinden und Landkreisen wieder das notwendige Gehör verschafft, stand daher im Mittelpunkt der Veranstaltung. Über 300 engagierte und kommunal Interessierte diskutierten in 3 Foren:

1. ENERGIE: NETZAUSBAU, TRASSENFÜHRUNG, DEZENTRALE UND KOMMUNALE ENERGIE-ERZEUGUNG. Welchen Beitrag kann Niedersachsen zur Energiewende leisten? Welche Herausforderungen und Probleme gibt es auf kommunaler Ebene beim Umstieg auf erneuerbare Energie? Was ist auf Landesebene nötig, um die lokalen Herausforderungen lösen zu können?

2. BILDUNG IN KOMMUNALER VERANTWORTUNG. In einem Flächenland wie Niedersachsen mit seinen sehr unterschiedlichen regionalen Strukturen müssen passgenaue Lösungen gefunden werden, die den lokalen Erfordernissen gerecht werden. Was ist nötig, um ein leistungsfähiges und sozial gerechtes Bildungssystem vorhalten zu können?

3. GESUNDHEIT UND PFLEGE. Welche Schwierigkeiten und Möglichkeiten gibt es, um landesweit eine gute medizinische und pflegerische Versorgung sicher zu stellen? Im Vordergrund stehen Probleme bei der Wertschätzung von Pflegeberufen, Finanzierung, Qualität, Entlohnung und Fachkräftebedarf.

10 JAHRE SELBST AKTIV – JUBILÄUMSVERANSTALTUNG MIT FRANZ MÜNTEFERING AM 4. JULI 2012 IN HANNOVER

Über 100 Menschen mit und ohne Handicap aus ganz Deutschland kamen zur zentralen Jubiläumsveranstaltung von *SELBST AKTIV*, der Arbeitsgemeinschaft behinderter Menschen in der SPD, nach Hannover. Als prominente Ehrengäste konnte Bundessprecher Karl Finke den ehemaligen SPD-Parteivorsitzenden Franz Müntefering sowie Stephan Weil begrüßen. In seiner Eröffnung betonte Karl Finke, dass sich Menschen mit Behinderung bereits seit Mitte der achtziger Jahre aktiv in die SPD eingebracht hätten. Besonders froh sei er jedoch darüber, dass *SELBST AKTIV* seit dem letzten Bundesparteitag als Arbeitsgemeinschaft der Partei anerkannt sei. „Eines, auf das wir Deutsche stolz sein können, ist unser Sozialstaat“, unterstrich Stephan Weil in seiner Rede. Wenn es allerdings konkret werde, zeige sich schnell, dass zwi-



Der Bundessprecher von *SELBST AKTIV*, Karl Finke, mit Franz Müntefering, der schon an der Gründung der AG beteiligt war. | Foto: Strang

schen Anspruch und Wirklichkeit noch eine riesige Lücke klappte. „Das gilt besonders leider auch für Menschen, die mit zum Teil schweren Handicaps durch ihr Leben gehen.“ Vor allem in den Bereichen Bildung und Arbeitsmarkt gebe es jede Menge Nachholbedarf. Aber „auch der längste Marsch beginnt mit dem ersten Schritt“, zitierte Weil den chinesischen Philosophen Lao-tse und betonte, dass die Vertreter von Selbst Aktiv durchaus bereits stolz auf das Erreichte sein könnten.

Franz Müntefering, der am 13. März 2002 im Willy-Brandt-Haus in Berlin persönlich daran beteiligt gewesen war, das *NETZWERK SELBST AKTIV* aus der Taufe zu heben, hatte es sich nicht nehmen lassen, an der Feier des zehnjährigen Bestehens teilzunehmen. Er bekannte, zunächst skeptisch gewesen zu sein, eine neue Gruppierung ins Leben zu rufen. Aber ihm sei schnell klar geworden, dass hier „kein Club gegründet werden soll, der sich nur mit sich selbst beschäftigt“. Müntefering betonte, die Debatte über die inklusive Gesellschaft umfasse weit mehr als nur Integration. Viel zu tun gebe es beispielsweise auf dem Wohnungssektor, der nur zu 5 % seniorens- oder behindertengerecht sei. Es bedürfe entsprechender Konjunkturprogramme, „damit nicht unnötig viele Menschen unnötig früh auf stationäre Unterbringung angewiesen sind“. Der Auftritt der blinden Musiker der Band *BLIND FOUNDATION* aus Frankfurt, eine Fotoshow über die ersten zehn Jahre von Selbst aktiv, Talkrunden mit Zeitzeugen und Unterstützern sowie Berichten von Vertretern der AG aus allen Teilen der Republik rundeten die gelungene Jubiläumsveranstaltung ab. Und der Schlussapplaus galt Ralph Büsing, schwerstbehinderter Rollstuhlfahrer der *SELBST-AKTIV*-Gruppe Hannover, der als Moderator souverän durch die Veranstaltung führte.

WIRTSCHAFTSKONGRESS

Ein Wirtschaftskongress am 28. September 2012 in Braunschweig bot für über 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmer umfangreiche Möglichkeiten, weitere Impulse in den Dialogprozess zur Erarbeitung des Regierungsprogramms einzubringen. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Industrie, Mittelstand, Handwerk und Wissenschaft wurden auf dem Kongress die Kernthemen der zukünftigen Wirtschaftspolitik diskutiert. In drei zentralen Foren ging es um Arbeit, Energie, Mobilität sowie den Mittelstand und die Wirtschaftsförderung in Europa. Daran beteiligte sich der SPD-Europa-Abgeordnete Bernd Lange. Helga Schwitzer, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, forderte in Braunschweig einen Politikwechsel für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit in Niedersachsen: „Dafür brauchen wir eine innovative und nachhaltige Wirtschaftspolitik, die den Rahmen für eine Neuordnung des Arbeitsmarkts setzt. Bei der Vergabe aller öffentlichen Aufträge müssen Tariflöhne gezahlt werden. Dazu braucht es ein wirksames Tariftreugesetz, das Lohn- und Sozialdumping verhindert.“ Der Wirtschaftskongress war gleichzeitig Startschuss für die Vorstellung der Mitglieder im Team Weil. So stellte Stephan Weil den stellvertretenden Landesvorsitzenden Olaf Lies als zukünftigen Wirtschaftsminister des Landes vor.

KRIPPENGIPFEL AM 17. OKTOBER 2012

Mit Vertreterinnen und Vertretern von kommunalen Spitzen- und, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und Kammern diskutierten Stephan Weil sowie die heutige Kultusministerin Frauke Heiligenstadt drei wichtige Themenkomplexe:

- Wie kann der Ausbau der Krippenplätze sachgerecht realisiert werden?
- Welche Maßnahmen sind aus Expertensicht notwendig zur Verbesserung der Rahmenbedingungen im Hinblick auf Qualitätsaspekte?
- Mit welchen Maßnahmen können wir den Erzieherinnen- und Erziehermangel beheben?

In der Diskussion ging es nicht nur darum, welchen Beitrag seitens der

Landesregierung die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für erforderlich halten, sondern auch, welchen Beitrag sie oder ihre Organisation dazu leisten können. Frauke Heiligenstadt bezeichnete den Krippengipfel als „wichtigen Erfolg“. Es sei absolut notwendig gewesen, die Vertreter der maßgeblichen Institutionen im Bereich der frühkindlichen Bildung an einen Tisch zu bekommen. In der sehr konstruktiven Diskussion sei deutlich geworden, dass die Erfüllung des Rechtsanspruches zwar als wichtig empfunden werde. „Noch wichtiger ist für die Fachleute aber die Verbesserung der Rahmenbedingungen. Hier reden wir unter anderem über Fortbildung, Personalschlüssel und Ausstattung – also über Qualität“, so Heiligenstadt.

LANDTAGSWAHLKAMPF | DER DIALOGPROZESS –

AUF DEM WEG ZUM REGIERUNGSPROGRAMM 2013 BIS 2018

In einem umfassenden und offenen Dialog machte sich die SPD-Niedersachsen auf, ihr Regierungsprogramm für die Jahre 2013 bis 2018 zu entwickeln. Als Grundlage dieses Dialogprozesses dienten insgesamt 18 Dialogpapiere, die nach und nach herausgegeben wurden. Bis zum Sommer wurden diese von Fachleuten der Partei entwickelten Papiere vorgestellt und um Rückmeldungen gebeten. In die Diskussion wurden Vereine, Verbände, Betriebe und Organisationen ebenso einbezogen wie auch die interessierte Öffentlichkeit. Bei diesem Diskussionsprozess ging es nicht darum, bessere Dialogpapiere zu entwickeln, sondern darum, zusätzliche Anregungen und Hinweise für die Formulierung des Regierungsprogramms zu gewinnen. Von der Möglichkeit des Dialoges wurde vielfältig Gebrauch gemacht. Per Brief oder E-Mail gingen Beiträge ein. Auch auf der Homepage des SPD-Landesverbandes konnten Kommentare, Hinweise und Ergänzungen eingebracht werden. Zudem fanden in den Ortsvereinen, Unterbezirken und Wahlkreisen Dialogveranstaltungen statt, deren Ergebnisse ebenfalls in den Programmdialog einfließen. Auf der Basis sämtlicher Dialogpapiere und der dazu eingegangenen Rückmeldungen wurde nach den Sommerferien damit begonnen, einen Entwurf für das Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 20. Januar 2013 zu formulieren. Abschließend wurde dieser Regierungsprogramm-Entwurf auf einem Parteitag am 10. November 2012 beraten und verabschiedet.

ONLINE-AKTIVITÄTEN

Bereits im Sommer 2008 begannen wir nach einer umfänglichen Analyse- und Planungsphase, unsere Kampagnenfähigkeit im Internet auszubauen und zu verbessern. Gerade die mit unserem Content-Management-System (CMS) erstellten Internetauftritte wurden deutlich untereinander vernetzt und voll web-2.0-befähigt. Doch die Entwicklung im Internet ist rasant und hat sich verstärkt auf lokale und regionale Bezüge konzentriert. Erfolgreichen Online-Wahlkampf gab es nicht nur bei Barack Obama in den USA, sondern er funktioniert auch vor Ort, wenn man sich Zeit für konzeptionelle Planungen nimmt. Das Internet ist ein zusätzliches Instrument, in dem Wahlkampf stattfinden kann und in Zeiten sozialer (Online-) Netzwerke auch stattfinden muss. Mit mehreren Plattformen ist die SPD in Niedersachsen im Internet unterwegs. So nutzten während der Kommunalwahl 2011 mehrere KandidatInnen sowie 79 der 87 Kandidatinnen und Kandidaten zur Landtagswahl 2013 unser Angebot und erstellten ihre Internetseiten mit dem CMS der SPD in Niedersachsen. Somit konnten u.a. die zentralen Informationen über das personelle Angebot leicht zusammengebunden werden. Dazu bauten wir seit 2011 das Politikportal www.entdecke-niedersachsen.de auf. Hier fanden sich ab Sommer 2012 alle Informationen zu den 87 Kandidatinnen und Kandidaten und zum *TEAM WEIL*. Darüber hinaus bildete es unsere Kommunikationsplattform im mehrmonatigen Dialogprozess zur Erarbeitung des Regierungsprogramms, an dem sich mehrere hundert Bürgerinnen und Bürger aktiv beteiligten. Neben diesen kampagnenbezogenen Inhalten konnte man immer auch einen Blick in die Welt der SPD in Niedersachsen werfen, denn von

den ca. 750 am CMS beteiligten Internetauftritten werden hier die wesentlichsten Inhalte wie Meldungen, Termine und Web 2.0-Aktivitäten automatisch eingebunden. Zu den zentralen Großveranstaltungen wie Landesparteitagen, Kongressen oder Kundgebungen wurde der so genannte Kampagnenkanal eingerichtet. Hier werden zentrale Inhalte temporär über die beteiligten Auftritte geschaltet. So ist es u.a. gelungen, die Liveübertragung von diesen Veranstaltungen im Internet auf einem qualitativ sehr hohen Niveau zu etablieren und für eine größere Verbreitung zu sorgen.

Die Homepage des SPD-Landesverbandes Niedersachsen ist der Ankerpunkt unserer unterschiedlichen Online-Aktivitäten. Auf der Internetseite des SPD-Landesverbandes sind stets alle grundlegenden Informationen zu den Wahlen zu finden. Während die Web-2.0-Aktivitäten des Landesverbandes Niedersachsen bereits im Herbst 2008 ihren Anfang nahmen, wurden diese für Spitzenkandidat Stephan Weil ab Ende November 2011 konzipiert und nach und nach mit Leben gefüllt. Die Facebook-Fanseite ging ebenso an den Start und wurde ab Oktober 2012 mit einem eigenen Online-Team zum Mittelpunkt aller Web 2.0-Aktivitäten gemacht. Durch eine auf vor allem visuell-kommunikativen Elementen aufbauende Kommunikation gelang es in der heißen Phase, eine wöchentliche Reichweite von mehr als 550.000 Facebook-Nutzerinnen und -Nutzern zu erreichen. Bei etwas mehr als 8.000 Fans im Januar 2013 ist dies ein sehr guter Wert. Ein weiteres erfolgreiches Element bildete die werktägliche Videobotschaft von Stephan Weil, die ebenso Anfang Oktober an den Start ging.

Darüber hinaus war das Online-Team von Stephan Weil auch mit Twitter und Scribd unterwegs. Zum ersten Mal nutzen wir für unsere Kampagne die technischen Möglichkeiten von Augmented Reality (AR), der erweiterten Realität. Etwas wie die „sprechenden Plakate“ gab es bisher im politischen Kontext noch nicht. Mit der so genannten Weil-App konnten die sechs Themenplakate mit Stephan Weil direkt zum Sprechen gebracht werden. Der Nutzer konnte sich hierbei eine kostenfreie App auf sein Smartphone oder Tablet laden. Wenn das Gerät dann vor das Plakat gehalten wurde, begann Stephan Weil auf der Abbildung des Plakats zu sprechen und versorgte die Interessierten mit weiteren Informationen. Das Prinzip des klassischen Plakates wurde demnach kreativ erweitert. Besonders Jungwählerinnen und Jungwähler waren von dieser Art der Wahlwerbung begeistert.

Zur Verbesserung der internen Kommunikation wurde mit dem SPD Niedersachsen Netz ■ spdnds.net erstmals ein landesverbandsspezifisches Intranet im Wahlkampf eingesetzt, welches mit den mittlerweile üblichen Web-2.0-Bausteinen versehen war. Hier hatten alle Kandidierenden sowie sämtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SPD in Niedersachsen Zugriff auf vielfältig hinterlegte Dokumente und Informationen. Ziel war es dabei, eine deutliche Reduzierung des kampagnenbezogenen E-Mail-Aufkommens zu erreichen. Ein wesentlicher Baustein waren auch die unterschiedlichen Kalender, die es ermöglichten, gemeinsame Planung vorzunehmen und diese wesentlich besser zu visualisieren. Ein weiterer Service war der so genannte *POLITRACKER*. Hierbei wurden Informationen zur niedersächsischen Politik nach Themen sortiert archiviert. Jede Nutzerin und jeder Nutzer konnte sich über die vorhandene Suchfunktion relevante Informationen zu einzelnen regionalen Aspekten oder thematischen Schwerpunkten einfach zugänglich machen.

UNSERE WICHTIGSTEN INTERNETADRESSEN:

- www.spd-niedersachsen.de
- www.entdecke-niedersachsen.de
- www.facebook.com/spdnds

REGIONALE WAHLKAMPFUNTERSTÜTZER/-INNEN

In ausgesuchten Wahlkreisen wurden erstmalig regionale Wahlkampfunterstützerinnen und -unterstützer eingesetzt, die koordiniert, vernetzt und unterstützt haben. Sie nahmen die Aufgabe wahr, ■ die Wahlkampfteams und die Kandidat/-innen in ihrer Arbeit organisatorisch zu unterstützen; ■ den Informationsfluss zwischen den Wahlkreisen und dem Landesverband zu optimieren; ■ die dialogorientierte Wahlkampfführung und -aktionen anzuregen und organisatorisch zu unterstützen.

Für ihre Arbeit wurden die *REGIONALOS* durch ein Seminar vorbereitet und in ihrer Tätigkeit durch Vernetzungstreffen, Telefonkonferenzen und die Online-Plattform unterstützt.

KUNDGEBUNGEN IM WAHLKAMPF – In den gut zwei Wochen der heißen Wahlkampfphase ab dem 4. Januar fanden 6 Großveranstaltungen in ganz Niedersachsen mit prominenter Unterstützung durch die SPD-Bundesspitze statt. Von den teilweise überfüllten Hallen ging ein wichtiges Signal für den Wechsel im Land aus. Über 35.000 verfolgten die Veranstaltungen live im Netz. Die Mitglieder der SPD-Spitze engagierten sich darüber hinaus im Januar in über 80 weiteren Veranstaltungen im niedersächsischen Landtagswahlkampf.

ALLE PACKEN AN! – Wahlsiege sind immer Teamleistungen. An unserem Aktionstag *ALLE PACKEN AN* am Samstag vor der Wahl am 21. Januar 2013 unterstützten uns Genossinnen und Genossen aus benachbarten Landesverbänden und vom Parteivorstand. Überall im Land fanden gemeinsame Hausbesuche, Verteilaktionen, Wahlkampfstände, Kneipentouren und vieles mehr statt. Herzlichen Dank dafür an dieser Stelle nach Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

WAHLKRIMI –

VOM WAHLABEND BIS ZUR BILDUNG DER LANDESREGIERUNG

Zu einem beispiellosen Krimi entwickelte sich der Wahlabend am 20. Januar 2013. In einem bislang nicht erlebten Hin und Her lag mal das rot-grüne, mal das schwarz-gelbe Lager in den Zahlen der Wahlberichterstattungen vorn. Doch schließlich siegte die rot-grüne Allianz mit einem Mandat Vorsprung im Niedersächsischen Landtag. Ein besonders erfreuliches Ergebnis dieser Wahl ist die Tatsache, dass die Wahlbeteiligung um 2,3 % gegenüber der vorangegangenen Landtagswahl anstieg. Dennoch kann eine Wahlbeteiligung von knapp 60 % nicht zufrieden stellen.



Wahlabend mit Sieger Stephan Weil und Team in Hannover | Foto: Oliver Zeisberger

Dem neuen Parlament gehören 4 Parteien an: SPD und Grüne, CDU und FDP. Die SPD konnte 2,3 % und die Grünen sogar 5,7 % hinzu gewinnen. Die SPD landete bei 32,6 % und die Grünen bei 13,7 %. Die CDU dagegen musste herbe Verluste in Höhe von 6,5 % hinnehmen,

die zum Teil bei der FDP landeten, und mit 9,9% ein unerwartet gutes Ergebnis verbuchten. Die Linke verpasste mit 3,1% klar den Wiedereinzug in das Landesparlament und die Piraten verfehlten ihr Wahlziel mit lediglich 2,1% deutlich. Die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Grünen verliefen in den folgenden Wochen konstruktiv, harmonisch und vertraulich. Nur so ist es zu erklären, dass die eigentlichen Koalitionsgespräche in nur acht Tagen eine Einigung auf einen inhaltlich starken, aber umfänglich überschaubaren Koalitionsvertrag erbrachten.



Pressekonferenz im Kurt-Schumacher-Haus | Foto: SPD in Niedersachsen

Die SPD musste keine substanziellen Abstriche gegenüber ihrem Regierungsprogramm vornehmen. Die große Einigkeit und Zufriedenheit mit dem Ergebnis der Koalitionsverhandlungen kam auch in der abschließenden Entscheidung beider Parteien über das erreichte Vertragswerk zum Ausdruck. Auf parallelen Parteitag schon vier Wochen nach der Wahl beschlossen SPD und Grüne jeweils einstimmig die erarbeitete Vereinbarung – Basis einer vertrauensvollen Zusammenarbeit für die anstehenden fünf Jahre.

Dass die Koalition auch tatsächlich im Landtag fest zusammen steht, konnte sie wenige Tage später bei der ersten geheimen Abstimmung im Landtag beweisen: **STEPHAN WEIL** wurde am 19. Februar 2013 mit allen 69 Stimmen der Regierungsparteien gegen das geschlossene Nein der 68 Oppositionsvertreter zum Ministerpräsidenten gewählt. Einmütig konnte auch die Ressortverteilung geregelt werden. 5 Ministerien werden sozialdemokratisch geführt: **FINANZEN** von **PETER-JÜRGEN SCHNEIDER**, **KULTUS** von **FRAUKE HEILIGENSTADT**, **WIRTSCHAFT, ARBEIT UND VERKEHR** von **OLAF LIES**, **SOZIALES, FRAUEN, FAMILIE, GESUNDHEIT UND INTEGRATION** von **CORNELIA RUNDT**, **INNERES UND SPORT** von **BORIS PISTORIUS**. An die Grünen gingen die Ministerien

für **JUSTIZ, WISSENSCHAFT UND KULTUR, ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ SOWIE UMWELT, ENERGIE UND KLIMASCHUTZ**.

GEDENKEN – Auch in den Jahren 2011 und 2012 verloren wir durch Tod Genossinnen und Genossen, denen die Partei zu großem Dank verpflichtet ist. Wir gedenken dieser verstorbenen Genossinnen und Genossen aus dem SPD-Landesverband Niedersachsen ehrend.

Unter den Verstorbenen befindet sich auch Peter Struck. Mit ihm verliert der Parlamentarismus in Deutschland einen herausragenden Vertreter, der sich über Jahrzehnte für das Gemeinwohl in unserem Land engagiert hat. Durch seinen gradlinigen und offenen Umgang mit Menschen erwarb er sich Sympathien weit über die Sozialdemokratie hinaus erworben. Die SPD in Niedersachsen verliert mit Peter Struck einen großartigen Repräsentanten ihrer Partei. Vor allem aber verlieren wir einen einzigartigen Menschen.

Allen Verstorbenen sind wir in Dankbarkeit verbunden.

LANDESVORSTAND

AB 07.07.2012

VORSITZENDER
STEPHAN WEIL

STELLVERTRETERINNEN
DANIELA BEHRENS
PETRA EMMERICH-KOPATSCH
OLAF LIES
GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER
JOHANNE MODDER

SCHATZMEISTER
DIETER MÖHRMANN

BEISITZER/-INNEN
SVEN AMBROSY
MARCUS BOSSE
FRAUKE HEILIGENSTADT
HAUKE JAGAU
SONJA KAPP
LARS KLINGBEIL
BENJAMIN KÖSTER
DR. JENS MARTIN

DR. MATTHIAS MIERSCH
DIRK-ULRICH MENDE
DR. CAROLA REIMANN
KATHRIN RÜHL
ASTRID SCHLEGEL
ANDREA SCHRÖDER-EHLERS
UWE SCHWARZ
KRISTINA STUNTEBECK
DETLEF TANKE
ULRICH WATERMANN
GERD WILL

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER
MICHAEL RÜTER
(Mitglied des Vorstands
qua Funktion)

REVISOR/-INNEN
ROLF HOJNATZKI
CHRISTINA JANTZ
UTE JOHANNIS
DIETHARD KARAU



BEZIRK BRAUNSCHWEIG

SPD



Jahresauftakt 2012 in Braunschweig
mit Gastredner Stephan Weil | Foto: Ralf Gorny

DIE POLITISCH-ORGANISATORISCHE TÄTIGKEIT DES BEZIRKSVORSTANDS UND DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

Seit dem Bezirksparteitag am 30. April 2011 liegt eine ereignisreiche und politisch erfolgreiche Zeit hinter uns. Herausragend sind dabei die Kommunalwahlen im September 2011 und die Landtagswahlen im Januar 2013. Bei beiden Wahlen konnten wir erheblich dazugewinnen. In allen Landkreisen im Bezirk stellten wir die Landräte und in Wolfsburg den Oberbürgermeister. Mit dem Wahlsieg bei den Landtagswahlen konnte die angestrebte rot-grüne Koalition gebildet werden.

Wir haben erneut auch neue Formen der innerparteilichen Demokratie ausprobiert. Im November 2011 haben wir erstmals einen Mitgliederentscheid mit dem Ziel durchgeführt, in einer Urwahl den Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten zu bestimmen. Diesem Mitgliederentscheid waren zahlreiche Regionalkonferenzen vorgeschaltet, die auf starkes Interesse stießen.

KOMMUNALWAHLEN

AM 11. SEPTEMBER 2011

Einen großen Erfolg für die SPD gab es bei der Oberbürgermeisterwahl in Wolfsburg: Klaus Mohrs wurde mit 63,1% der Stimmen eindeutig zum neuen Oberbürgermeister gewählt. Und mit fast 60% Zustimmung ist Matthias Wunderling-Weilbier der neue Landrat im Landkreis Helmstedt!

Als Bürgermeister in unserem Bezirk direkt gewählt wurden auch:

ALEXANDER HOPPE in Königslutter
DR. THOMAS GANS in Bad Lauterberg
STEFAN GROTE in Braunlage/St. Andreasberg
und wieder gewählt:
KLAUS BECKER in Osterode
JENS RANGE in Baddeckenstedt

WEITERE INFOS DAZU IM NETZ UNTER:

■ www.spd-bezirk-braunschweig.de/content/315450.php

Nach dem Bezirksparteitag hat der neue Bezirksvorstand gemeinsam mit den Vorsitzenden der Unterbezirke zahlreiche Aktivitäten beraten, beschlossen und durchgeführt:

1. Zur Planung der jährlichen Arbeit und zur grundsätzlichen Diskussion aktueller und künftiger Fragen der Politik führte der Bezirksvorstand gemeinsam mit den Abgeordneten des Landtags und des Bundestages und den Vorsitzenden der Unterbezirke drei Klausurtagungen in Königslutter, Braunschweig und Wöltingerode durch – mit

dabei waren die SPD-Bundesgeschäftsführerin Astrid Klug und als Kamingast Stephan Weil.

2. Mit der Durchführung von jährlichen Neujahrsempfängen mit oftmals über 300 Gästen aus allen gesellschaftlichen Gruppen haben wir ein Veranstaltungsformat aus Politik, Kommunikation und Kultur entwickelt, das sich großer Beliebtheit erfreut. 2012 in Braunschweig war Stephan Weil als Gastredner dabei.

■ www.spd-bezirk-braunschweig.de/aktuell/bezirksnachrichten/2012/353323.php2013

3. Fortsetzung der Bildungsarbeit in der Kommunalakademie und Weiterentwicklung der Bildungsangebote in Zusammenarbeit mit der Politischen Bildungsgemeinschaft Niedersachsen.

4. Wir haben die organisatorische, inhaltliche und personelle Vorbereitung der Ortsvereine und Unterbezirke für die Kommunalwahlen am 11.09.2011 begleitet und durch gezielte Seminare zur Kommunalpolitik ergänzt.

5. Im Jahr 2012 lag der Schwerpunkt unserer Arbeit darin, die organisatorische, inhaltliche und personelle Vorbereitung der Landtagswahl am 20.1.2013 zu treffen. Dazu gehörte zunächst die Bezirksdelegiertenkonferenz in Osterode mit den Gastrednern Frank-Walter Steinmeier und Stephan Weil und der Beschlussfassung über die Reihenfolge der Kandidatinnen und Kandidaten des Bezirks Braunschweig für die Landesliste zur Landtagswahl ■ www.spd-bezirk-braunschweig.de/aktuell/bezirks-nachrichten/2012/361645.php, als auch die Durchführung eines Workshops mit allen Kandidatinnen und Kandidaten und deren Teams. Neben vielen Veranstaltungen in den Wahlkreisen wurde vom Bezirk auch eine **KOMMUNALPOLITISCHE KONFERENZ** ■ www.spd-bezirk-braunschweig.de/aktuell/termine/2012/381915.php mit Sigmar Gabriel und Peter-Jürgen Schneider als Referenten organisiert und die große Endspurtveranstaltung zur Wahl in Braunschweig unterstützt. Insgesamt betrachtet kann rückblickend gesagt werden, dass der Wahlkampf reibungslos und effektiv geführt wurde. Es ist allerdings anzumerken, dass im Rahmen von Maßnahmen zur Personalentwicklung mehr als bisher darauf geachtet wird, dass die Regeln der Quote eingehalten werden.

6. Im Sommer 2012 haben wir damit begonnen, uns auf das Jubiläumsjahr 2013 vorzubereiten, in dem die SPD 150 Jahre alt wird. Hierzu haben alle Unterbezirke und der Bezirk Jubiläumsbeauftragte berufen, die sich mehrmals zum Informations- und Meinungsaustausch trafen.

7. Unsere Vorstandsmitglieder und Delegierten haben an den Klausurtagungen des Landesverbandes, den Sitzungen des Landespartei Rates und an den Landesparteitagen teilgenommen. Hierbei hat es sich manchmal als schwierig erwiesen, dass alle gewählten Delegierten auch an den Parteitagen teilnehmen konnten.

8. Mit der Gründung der neuen Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt im Oktober 2012 wurde auch im Bezirk Braunschweig ein Teil der Parteireform umgesetzt.

■ www.spd-braunschweig.de/aktuell/nachrichten/2012/378513.php

9. Auch die Teilnahme an regionalen und überregionalen Aktionstagen wurde organisiert. So hatten sich im März 2012 zum ersten Jahrestag von Fukushima rund 25.000 Menschen zu einer 80 km langen Lichterkette im Großraum Braunschweig versammelt, um geschlossen ein Zeichen für einen verantwortungsvollen Umgang mit Atom-müll zu setzen. Auch die SPD beteiligte sich in unserer Region aktiv mit zahlreichen Infopunkten an der Veranstaltung.

■ www.spd-bezirk-braunschweig.de/aktuell/bezirksnachrichten/2012/358367.php

SOZIALKONFERENZ 2012

THEMA: ZUKUNFT MUSS SICH LOHNEN!

Die bereits 3. Sozialkonferenz von SPD, DGB und AWO in der Region Braunschweig fand im Juni 2012 statt. AWO, DGB und SPD in der Region Braunschweig wollen dazu beitragen, dass die pädagogische Arbeit in den Kindertagesstätten, die berufliche Bildung und die Qualifikation der „verlorenen Jahrgänge“ wieder ganz oben auf die politische Tagesordnung kommen. In speziellen Workshops wurden die aktuelle Lage erörtert, erfolgreiche Projekte vorgestellt und Zukunftsmodelle diskutiert. Trotz leerer Kassen müssen die Angebote der Kommunen und des Landes in den Kindertagesstätten, Schulen und in der beruflichen Bildung konzeptionell weiterentwickelt und reformiert werden. Wenn der Spruch „Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unseres Landes“ kein Lippenbekenntnis sein soll, dann muss mehr Geld in die Systeme fließen, um pädagogisch bedarfsgerechte sowie nachhaltig wirksame Konzepte realisieren zu können. Hierzu referierte der Studiendekan Prof. Dr. Jürgen Boeckh. Er lehrt seit September 2007 Sozialpolitik an der Fakultät *SOZIALE ARBEIT* der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften.

■ www.spd-bezirk-braunschweig.de/aktuell/termine/2012/363393.php

REGIONALER ENERGIEGIPFEL:

DIE ZUKUNFT DER STROMVERSORGUNG IN UNSERER REGION

Zum regionalen Energiegipfel lud der SPD-Bezirksvorsitzende Hubertus Heil, MdB, die Energieversorger und -produzenten sowie Lokalpolitiker zu einem Expertengespräch nach Wolfsburg ein. Als fachkundige Referenten konnten der Geschäftsführer der Deutschen Energie-Agentur (dena), Stephan Kohler, und der stellvertretende Verbandsdirektor des Zweckverbands Großraum Braunschweig (ZGB) Jens Palandt, gewonnen werden. Die Diskussion um die Energieversorgung in Deutschland läuft spätestens seit den Atomunfällen in Fukushima auf vollen Touren. Der Ausstieg aus der Kernenergie steht erneut auf der Tagesordnung. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eine Energieversorgung ohne Atomkraft, die den Ansprüchen des Umweltschutzes, der Versorgungssicherheit und der Bezahlbarkeit für Verbraucher und Wirtschaft gerecht wird, betonte Heil. Wir brauchen eine Modernisierung des Kraftwerksparks, mehr Energieeffizienz und den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien. Dazu zählt auch der Ausbau der Energienetze. Um diese ehrgeizigen Vorhaben zu realisieren, brauchen wir einen neuen Energiekonsens, der Rechts-, Planungs- und Investitionssicherheit schafft.

■ www.spd-bezirk-braunschweig.de/aktuell/bezirks-nachrichten/2011/328838.php

8. SPD-FRÜHLINGSTREFFEN –

REISE NACH BARCELONA UND AN DIE COSTA BRAVA

Mit gut 350 Teilnehmern, darunter 28 aus dem SPD-Bezirk Braunschweig, fand das 8. Frühlingstreffen an der Costa Brava statt. Und, das kann schon jetzt gesagt werden: Es war eine tolle, erlebnisreiche und fröhliche Fahrt, die den Teilnehmern noch lange in guter Erinnerung bleiben wird. Nach der Flugreise von Hannover nach Barcelona fuhr die 45-köpfige Reisegruppe aus Niedersachsen unter der Leitung von Karl-Heinz Mühe in den Küstenort Santa Susanna, wo sie im Hotel *AQUAMARINA* untergebracht war. Hier traf man viele alte Bekannte aus der ganzen Bundesrepublik, denn viele Reisetilnehmer haben auch schon an den Frühlingstreffen der vergangenen Jahre teilgenommen. Und nach einem guten spanischen Brauch

erhielten alle Damen zur Begrüßung eine rote Rose. Für die 6 Tage am Mittelmeer war ein erlebnisreiches Programm vorbereitet. Hier ein kurzer Überblick über die Höhepunkte der Tagestouren und der Abendveranstaltungen. Wir besuchten Barcelona zweimal. Die Olympiasportstätten, das Gelände der Weltausstellung, die großartigen Markthallen, die Sagrada Família, die Stierkampfarena (*Stierkampf ist jetzt verboten!*), die Gaudihäuser und vieles mehr haben wir gesehen. Der Besuch des Klosters Montserrat mit der Schwarzen Madonna, der Schutzheiligen Kataloniens und dem Chorgesang des weltbekannten Knabenchors *LA ESCOLANIA* waren beeindruckende Erlebnisse. Nicht nur Kunstkenner, sondern alle Reisefreunde fanden den Besuch des Dalí-Museums in Figueres hochinteressant. Auf drei Etagen sind dort die vielfältigen Exponate des Künstlers Salvadore Dalí ausgestellt. Die Rundfahrten führten uns auch nach Lloret de Mar und Tossa de Mar. Natürlich wurde auch kräftig gefeiert. Beim SPD-Frühlingstreffen wie auch beim Abschiedsabend kamen alle auf ihre Kosten. Ein unterhaltsames Folkloreprogramm, schwungvolle Tanzmusik und leckeres Essen mit gutem Wein trugen dazu bei, dass alle in guter Stimmung waren. Beim politischen Frühstück mit dem spanischen Europapolitiker der Sozialisten Enrico Baron Crespo, wurden Themen der Europapolitik, die Euro-Krise und die politische Entwicklung Spaniens nach der Franco-Diktatur diskutiert. In der leb-



haften Diskussion wurden u.a. das Schengen-Abkommen, Arbeitslosigkeit, Ratingagenturen, Steuerflucht und der Einsatz der Solarenergie angesprochen. Nach einer erlebnisreichen Woche war das Urteil der Reisegruppe eindeutig: Wieder einmal hat der SPD Reiseservice eine tolle Reise organisiert und reibungslos durchgeführt.

INNERPARTEILICHE BILDUNG | KOMMUNALAKADEMIE

Unsere Gesellschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten in vielen Bereichen rasant verändert und weiter entwickelt. Dieser Veränderungsprozess wird sich fortsetzen. Die SPD als Volkspartei muss ihn kritisch und konstruktiv begleiten und positiv beeinflussen. So brauchen wir auch in Zukunft gut ausgebildete und qualifizierte Mitglieder und Funktions- und Mandatsträger. Deshalb hatte die innerparteiliche Bildung in der Geschichte der SPD schon immer einen hohen Stellenwert. Eine intensive Bildungsarbeit ist für uns eine Daueraufgabe. Um unseren Funktions- und Mandatsträgern und allen interessierten



Mitgliedern ein umfassendes Bildungsangebot zu machen, hat der SPD-Bezirk Braunschweig vom Jahr 2003 an bis heute wieder ein vielfältiges Angebot an Seminaren unterbreitet.

Unter dem Dach der *KOMMUNALAKADEMIE* wurden im Einzelnen folgende Themen angeboten:

- Grundsätze der Partei/Grundsatzprogramm/Parteigeschichte
- Parteiarbeit vor Ort/Motivation für Ortsvereinsvorsitzende
- Rhetorik und freies Reden
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Schlüsselqualifikationen wie z. B. Teambildung oder Veranstaltungsmanagement
- Konfliktlösungsstrategien, Moderationstraining
- Kommunalpolitik kompakt und speziell
- Handlungsfelder der Kommunalpolitik
- Wahlkampf erfolgreich gestalten
- Aktuelle Themen aus der Landes- und Bundespolitik

Zum vierten Mal wurde bis 2011 die Kommunalakademie angeboten. Insgesamt 16 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nahmen an zwei Wochenendseminaren und 8 Tagesseminaren teil und wurden in allen wichtigen Themen der Kommunalpolitik und in wichtigen Schlüsselqualifikationen fortgebildet. Sie absolvierten so fast 100 Seminarstunden und erhielten am Schluss ein Zertifikat für ihre Teilnahme. Seit der Einführung der Kommunalakademie im Jahre 2004 haben sich somit insgesamt 224 SPD-Mitglieder für ihre kommunalpolitische Arbeit weitergebildet und zusätzlich qualifiziert.

DIE POLITISCHE BILDUNGSGEMEINSCHAFT NIEDERSACHSEN (PBN) IST TRÄGER DER INNERPARTEILICHEN BILDUNG

Seit 2009 besteht die *POLITISCHE BILDUNGSGEMEINSCHAFT NIEDERSACHSEN*. Unter dem Dach dieser Bildungsgemeinschaft werden alle Bildungsangebote für Niedersachsen zusammengefasst und in einem Prospekt angeboten. So werden auch unsere Mitglieder aus dem SPD-Bezirk Braunschweig und die der anderen drei Bezirke über die Angebote im ganzen Land informiert und können auch an Veranstaltungen in Springe oder Aurich teilnehmen.

Von 2011 bis 2012 haben aus dem Bezirk Braunschweig über 100 Personen die Angebote der PBN genutzt. Von den zahlreichen Seminaren haben 7 im Bezirk Braunschweig im *FREIZEIT- UND BILDUNGSZENTRUM FREUNDSCHAFT* bei Groß Denkte stattgefunden.

DIE SEMINARE WURDEN ZU FOLGENDEN THEMEN ABGEHALTEN:

- Kommunalpolitik kompakt und speziell
- bundes- und landespolitische Themen
- Geschichte der SPD
- Schlüsselqualifikationen + Rhetorik + Öffentlichkeitsarbeit / Umgang mit Medien + Konfliktlösung und Teambildung + Vorstands- und Ortsvereinsarbeit

Von der Parteischule wurden in der Kommunalakademie Nord (KAN-Nord) 2011 und 2012 jeweils eine Seminarreihe an drei Wochenenden für Kommunalpolitiker in Spitzenpositionen angeboten. Aus unserem Bezirk haben 6 Personen diese Angebote wahrgenommen. Bei den regelmäßigen Treffen der Bildungsbeauftragten der Bezirke und Landesverbände in Berlin war unser Bezirk stets vertreten. Der Bezirk hat an die Unterbezirke, Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften Referentinnen und Referenten für eigene Bildungsveranstaltungen vermittelt.

FAZIT: Die innerparteiliche Bildung ist ein sehr wichtiges und wirksames Angebot, um unsere Funktions- und Mandatsträger bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Nach den 10 Jahren aktiver Bildungsarbeit in unserem Bezirk können wir mit Freude feststellen, dass sehr viele TeilnehmerInnen der Seminare schon seit einigen Jahren in der SPD und in der Kommunalpolitik wichtige und bedeutende Ämter bekleiden und damit erfolgreich für die SPD und die Bevölkerung arbeiten.

CHRONIK 2011–2012

30.04.2011 Bezirksparteitag mit Peter Bofinger und Bernd Osterloh | BS, Stadthalle
17.05.2011 ASF Frauen in Führungspositionen Vortragssaal | BS, Stadthalle
28.05.2011 a.o. Landesparteitag und Kommunalmesse | BS
01.06.2011 Zukunft der Energieversorgung in der Region | Wolfsburg, Holiday Inn
24.–26.06.2011 Wirtschaftspolitischer Workshop, Salzgitter, Gästehaus
AUGUST 2011 Sommerreise Hubertus Heil | Unterbezirke des Bezirks
30.08.2011 Automobilkonferenz Autovision Wolfsburg
11.09.2011 Kommunalwahl in Niedersachsen
13.09.2011 Kl. Parteitag zum Org.-pol. Programm mit Bundes-Geschäftsführerin Astrid Klug | BS, Schloßstr. 8 | ca. 80 TeilnehmerInnen
12.10.2011 OV-/OA-/UBV-Konfe-

renz zum Mitgliederentscheid über den künftigen Landesvorsitzenden mit Landesgeschäftsführer Michael Rüter | BS, Schloßstr. 8
12.10.2011 Regionalkonferenz zur Vorbereitung des Mitgliederentscheids zur Wahl des Spitzenkandidaten zur LTW 2013 in Niedersachsen | Clausthal-Zellerfeld, TU
12.10.2011 Informationsveranstaltung zur Urwahl | BS
05.11.2011 LV: Zukunftskongress | Hannover
15.11.2011 Regionalkonferenz zur Vorbereitung des Mitgliederentscheids zur Wahl eines Spitzenkandidaten zur LTW 2013 in Niedersachsen | BS, Stadthalle
27.11.2011 Mitgliederentscheid
18.12.2011 Mitgliederhöhung des Unterbezirks BS | Willy-Brandt-Medaille verliehen an G. Glogowski und G. Wiemann. Laudator: Dr. Peter Struck | BS, Volksfreundhaus
18.01.2012 Neujahrsempfang mit Stephan Weil u. Sigmar Gabriel | Braunschweig, Volkswagenhalle Businessfoyer, ca. 350 Teilnehmer

20.01.2012 a.o. Landesparteitag/ Nachwahlen zum Landesvorsitz nach Rücktritt von Olaf Lies | Oldenburg, Weser-Ems-Halle
27.01.2012 Veranstaltung „Politik für ein neues Bündnis zwischen alt und jung“, Franz Müntefering, Gabriele Lösekrug-Möller, Hubertus Heil | Schöningen, Schloß
01.02.2012 Veranstaltung „Organspende – Entscheidung für das Leben“ mit Frank-Walter Steinmeier | BS, Stadthalle
04.02.2012 | BV-Klausurtagung | Braunschweig
11.03.2012 Braunschweiger Menschen-Lichterkette | BS
20.04.2012 | Bezirksdelegierten-Konferenz mit Frank-Walter Steinmeier und Stephan Weil | Osterode, Stadthalle
08.06.2012 3. Sozialkonferenz Wolfenbüttel, Lindenhalle
09.06.2012 LV: Kommunalkongress | Hannover
17.06.2012 UB-Vorsitzenden-Konferenz | Berlin
18.06.2012 Bezirks-Workshop

zum Landtagswahlkampf | BS
07.07.2012 Landesparteitag & Landesdelegiertenkonferenz (LT-Wahl) | Hameln
24.07.–03.08.2012 Sommerreise Stephan Weil, Spitzenkandidat zur Landtagswahl 2013
14.08.2012 100. Geburtstag Georg Eckert | BS
28.09.2012 Wirtschaftskongress SPD-LV | BS, Stadthalle
01.10.2012 Gedenkfeier für Martha Fuchs anlässl. des 120. Geburtstags | BS, Volksfreundsaal
13.10.2012 Gründung Bezirks-Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt | Wolfsburg
09.11.2012 Gemeinsame Vorstandsklausur des Bezirks BS und des Landesverbandes Sachsen-Anhalt | Klosterhotel Wöltingerode, Vienenburg
10.11.2012 a.o. Landesparteitag zum Wahlprogramm Niedersachsen | Wolfsburg
07.12.2012 Kommunalpolitische Konferenz mit Sigmar Gabriel und Peter-Jürgen Schneider | Wolfenbüttel, Lindenhalle

BEZIRKSVORSTAND

VORSITZENDER
 HUBERTUS HEIL
 STELLV. VORSITZENDE
 STEPHAN MANKE
 CAROLA REIMANN
 EVA SCHLAUGAT
 DETLEF TANKE
 SCHATZMEISTER
 MATTHIAS WEHRMEYER

BEISITZER/-INNEN

ACHIM BARCHMANN
 CHRISTOPH BRATMANN
 MARCUS BOSSE
 PETRA EMMERICH-KOPATSCH
 GUNTER GRIMM
 FALK HENSEL
 ANNEGRET IHBE
 LAURA LETTER
 MIRIAM RIEDEL-KIELHORN

ERICH SCHUBERT
 BODO SEIDENTHAL
 NICOLE TIETZ
 KAREN WACHENDORF
 EHRENVORSITZENDER
 GERHARD GLOGOWSKI
 LTD. GESCHÄFTSFÜHRER
 HANS-HENNING SCHRIDDE
 REVISOREN DES BEZIRKS:
 BERND KRÜGER, URSULA

SANDVOß, ACHIM DIETHELM
 SCHIEDSKOMMISSION:
 RAINER DWOROG (VORS.)
 HANNA KOPISCHKE, DR. HELGE WENDENBURG (STELLV. VORS.)
 BURKHARD DRAKE, RUTH NAUMANN, HANS-ULRICH NITSCHKE, ROSEMARIE TINIUS (BEISITZER/-INNEN)



BEZIRK HANNOVER



NEUE MEHRHEITEN, NEUES VERTRAUEN – DIE PARTEI ÖFFNET SICH ZUM DIALOG

BEZIRKSPARTEITAG JUNI 2011

„WIR SIND WIEDER GEFRAGT! MIT UNS KANN MAN RECHNEN!“

STEFAN SCHOSTOK ERNEUT ZUM BEZIRKSVORSITZENDEN GEWÄHLT

Mit einem starken Ergebnis von 95,4% wurde Stefan Schostok, der Fraktionsvorsitzende der SPD im Niedersächsischen Landtag, beim Parteitag des SPD-Bezirks Hannover erneut zum Vorsitzenden gewählt und führte damit den größten der vier niedersächsischen SPD-Bezirke in die anstehenden Kommunalwahlen. „Wir wollen Mehrheiten verteidigen. Wir wollen neues Vertrauen gewinnen. Wir wollen neue Mehrheiten gewinnen. Das sind unsere Ziele zur diesjährigen Kommunalwahl“, so Stefan Schostok.

Auch die nächsten Landtagswahlen nahm er bereits in den Blick: „Unser Ziel ist es, die stärkste Fraktion im Landtag zu werden, damit die SPD wieder die Niedersächsische Landesregierung stellt und einen Politikwechsel umsetzt.“

Vor den mehr als 220 anwesenden Delegierten im Weserbergland-Zentrum in Hameln machte er deutlich, dass diese zentralen Ziele nur mit einer starken und engagierten Partei zu erreichen seien. Es sei wichtig, die Partei an vielen Prozessen zu beteiligen und die vielfältigen Kompetenzen der Mitglieder zu nutzen. Dabei könne die Partei in Niedersachsen bereits auf eine gute Zusammenarbeit mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen bauen, sie müsse sich aber noch mehr der Gesellschaft öffnen und Dialogpartner in vielen Fragen werden. Die Delegierten lud er dazu ein, sich an der Erarbeitung eines **ZUKUNFTSPROGRAMMS FÜR NIEDERSACHSEN** zu beteiligen, dessen Bestandteile u.a. folgende sein werden: Bildung, eine Fachkräfteoffensive, Ausbau der Pflege, Integration und Teilhabe, Energiewende mit Beschäftigung und Forschung, ein neues Mittelstandsprogramm für Handwerk und KMU, Vorschläge für eine regionale Entwicklungspolitik vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der zukünftigen EU-Förderkulisse, regional abgestimmte Vorschläge zur Ausschöpfung regionaler Qualifizierungspotenziale etc.

Drei zentrale Themen werde die SPD in den Mittelpunkt ihres Handelns für die Kommunen, das Gemeinwesen und eine starke gestal-

tende Rolle des Staates stellen: Bildung, Schule, Hochschule, Energiewende, Kommunale Finanzen. Mit entsprechenden Anträgen auch zu Konzepten guter Pflege sollten die Beratungen der SPD Landtagsfraktion flankiert werden.

Bewegt nahmen die Delegierten und Gäste von den Verstorbenen, besonders von dem 97-jährigen Klaus-Peter Bruns Abschied, der sich Zeit seines Lebens in der SPD politisch engagiert hat, davon sechs Jahre als niedersächsischer Landwirtschaftsminister, und bis zum Schluss auf kaum einer Parteiveranstaltung mit einem kernigen Redebeitrag fehlte. Die SPD im Bezirk Hannover ehrt diesen Genossen in besonderem Gedenken.

Auf Vorschlag von Stefan Schostok wurde der langjährige Bezirksvorsitzende Wolfgang Jüttner einstimmig zum Ehrenvorsitzenden des SPD-Bezirks Hannover gewählt.



Wolfgang Jüttner und Stefan Schostok | Foto: Ch. Matterne, SPD Bezirk Hannover

Dieser sagte den Delegierten zu, sich weiter für eine starke Mitgliederpartei und eine engagierte Programmpartei einzusetzen. Neben dem Vorsitzenden Stefan Schostok wurden auch die beiden stellvertretenden Vorsitzenden Elke Tonne-Jork und Ulrich Watermann in ihren Ämtern bestätigt. Stephan Klecha trat als Schatzmeister die

Nachfolge von Wolf Kutzer an, der für dieses Amt, das er lange Jahre innehatte, nicht erneut kandidierte.

Der Bezirksvorstand konstituierte sich nach der Sommerpause und fokussierte sich auf die Kommunalwahl sowie auf die inhaltliche Arbeit zur Antragstellung und -beratung zum Bundesparteitag.

KOMMUNALWAHLEN SEPTEMBER 2011

DIE KOMMUNALE DEMOKRATIE IN HANNOVER UND NIEDERSACHSEN IST GESTÄRKT

Mit dem Leitmotiv *STARKE KOMMUNEN – STARKES LAND!* ging die SPD in Niedersachsen in den Kommunalwahlkampf 2011. Die Frage, wie man in den Gemeinden, Städten und Landkreisen die besten Rahmenbedingungen für ein gutes, sicheres und demokratisches Leben gewährleisten kann, stand im Mittelpunkt der Diskussion. Vor Ort war besonders spürbar, wie durch die schwarz-gelbe Landes- und Bundesregierung den Kommunen immer neue Aufgaben übertragen wurden, ohne für eine entsprechende Finanzausstattung zu sorgen. Mit dem Prinzip *VORFAHRT FÜR KOMMUNEN* kündigte die SPD an, damit Schluss zu machen und das tun, was die Menschen zu Recht von der SPD erwarten: eine hohe Lebensqualität für die Menschen in den Städten und Gemeinden sicherstellen. Zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern in Niedersachsen sollte an einer guten und gerechten Zukunft gearbeitet werden. Im Wahlkampf wurde offen, engagiert und mit Zuversicht für die Konzepte und die Wahlbeteiligung geworben: „Wir wollten die Menschen überzeugen, dass die Zukunft der Kommunen bei der SPD am besten aufgehoben ist.“ Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verstehen sich als Kümmerer vor Ort, denen es um eine Kommunalpolitik geht, die das Gemeinwesen als Ganzes im Auge hat.

Insgesamt wurden rund 2.200 parlamentarische Gremien auf Kreis-, Stadt- und Gemeindeebene gewählt. Entgegen den Prognosen gab es einen leichten Anstieg der Wahlbeteiligung. So gaben insgesamt 52,5% der rund 6,5 Millionen Wahlberechtigten ihre Stimme ab, ein Zuwachs von 0,8 Prozentpunkten.

Trotz starker Verluste (-4%) blieb die CDU stärkste Kraft mit 37,0% der Wähler. Für die SPD stimmten 34,9%, 1,7% Prozentpunkte weniger als 2006. Die Grünen legten mit 14,3% (7,8) deutlich zu, wo hingegen die FDP um 3,3% Punkte auf 3,4% abrutschte. Die Linke konnte mit 1,5 Prozentpunkten einen leichten Zuwachs auf 2,4% erreichen. Besondere Beachtung fanden im Bezirk die Wahlen zum Rat der Landeshauptstadt Hannover und zur Regionsversammlung: In beiden Gremien blieb die SPD stärkste Fraktion, sie verlor allerdings auch hier gegenüber den Kommunalwahlen vor fünf Jahren 3,9% Prozentpunkte und kam auf 37,1%. Die Verluste der SPD wurden von ihrem grünen Partner mehr als kompensiert, die Grünen kamen auf über 20%, so dass sich für Stadt und Region klare rot-grüne Mehrheiten ergaben.

MITGLIEDERENTSCHEID ZUM MINISTERPRÄSIDENTENKANDIDATEN *MITGLIEDER ENTSCHEIDEN PER URWAHL ÜBER SPITZENKANDIDATUR*

Ein Mitgliederentscheid zum Ministerpräsidentenkandidaten – auf diesen Entscheidungsweg hatten sich die niedersächsischen Genossinnen und Genossen am 16. September 2011 verständigt. Über die Beteiligung bei einer solch wichtigen Personalentscheidung sollte es gelingen, die Mitglieder besonders zu mobilisieren. Damit wurde nach der neuen Landessatzung ein vorbildliches demokratisches und wegweisendes Verfahren eingeleitet, das Maßstäbe setzen sollte: Bei sieben Regionalkonferenzen – davon drei im Bezirk Hannover – stellten sich die Bewerber persönlich vor: Stephan Weil, Oberbürgermeister aus Hannover und Olaf Lies, der Landesvorsitzende der SPD aus dem Bezirk Weser-Ems. Diese Konfe-

renzen waren für alle Mitglieder und interessierten Bürgerinnen und Bürger offen. Im Bezirk Hannover gründete sich eine AG *UNTERSTÜTZUNG FÜR STEPHAN WEIL*. Am 27. November 2011 fand die Urwahl statt, dazu wirkten in 600 Wahllokalen über 3.000 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer zusammen. Eine Briefwahl war nicht vorgesehen. Am Ende hatten knapp 40% der niedersächsischen Genossinnen und Genossen entschieden: **STEPHAN WEIL** konnte 53,3% der Stimmen auf sich vereinigen, der Landesvorsitzende **OLAF LIES** 46,1%.



Olaf Lies, Christiane Harthun-Kollbaum, Stephan Weil
Foto: Ch. Matteredne, SPD Bezirk Hannover

Dieses Großprojekt war ein großer Erfolg für die Partei und ein gelungener Auftakt in die Landtagswahl 2013: Kein Spitzenkandidat einer anderen Partei konnte sich auf eine solch starke unmittelbare Legitimation seiner Partei stützen. Allerdings war dies zum Ausklang eines anstrengenden Kommunalwahljahres auch eine besondere Kraftanstrengung für die Mitglieder und die Hauptamtlichen, im Ergebnis aber zweifellos ein Beweis für die Kampagnenfähigkeit der niedersächsischen SPD.

Gezeigt wurde auch, dass bei allem Wettstreit um die Spitzenkandidatur ein fairer und respektvoller Umgang miteinander möglich ist. Bereits auf den Regionalkonferenzen wurde angekündigt, nach dem Mitgliederentscheid die Kräfte zu bündeln und Spitzenkandidatur und Landesvorsitz in einer Person zusammen zu führen. In der Sitzung des Landesvorstands am 28. November 2011 stellte **OLAF LIES** daher sein Amt zur Verfügung, unter dem im Januar 2012 gewählten neuen Landesvorsitzenden Stephan Weil wurde der Landtagswahlkampf gestartet. Weil: „Für uns ist es dabei selbstverständlich, dass die SPD in Niedersachsen auch künftig von Frauen und Männern aus allen Teilen unseres Landes repräsentiert wird – im Landesvorstand wie im Landtagswahlkampf.“

BUNDESPARTEITAG IN BERLIN *DEMOKRATIE ALS LEBENSFORM*

Das Thema dieses Antrags nahm bereits breiten Raum in der inhaltlichen Debatte des Bezirksparteitags im Juni 2011 ein und war Grundlage des Bezirks zur Beratung des Leitanspruchs *MEHR DEMOKRATIE LEBEN* auf dem Bundesparteitag 2011 in Berlin. Die Delegierten des Bezirks nutzten mit verschiedenen Redebeiträgen die Gelegenheit, den Bezirk in seinen Positionen kenntlich zu machen. So wurden ein Positionspapier zur *RENTE MIT 67*, ein Antrag zur *AUSBILDUNGSUMLAGE STATT AUSBILDUNGSBONUS*, zur *STÄRKUNG DER FINANZVERWALTUNG*, zu *AKTIONSPLÄNEN ZUR UN-KONVENTION FÜR DIE RECHTE VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN* zur *BEWAHRUNG DER KOMMUNALEN ENTSORGUNGSVERANTWORTUNG* und zur *NICHTKRIMINALISIERUNG DER SJ-DIE FALKEN* eingebracht und beschlossen. Bei den Wahlen zum Parteivorstand waren **GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER**, MdB und **ALPTEKIN KIRÇI** (Vorsitzender

Stadtverband Hannover) erfolgreich, **WALTER MEINHOLD** wurde als Mitglied der Kontrollkommission bestätigt.

Nach lebhafter Debatte wurde eine Erweiterung der Arbeitsgemeinschaften der SPD verabschiedet, die im Bezirk im Jahr 2012 durch Gründung der AGen **SELBST AKTIV** sowie **SCHWUSOS** umgesetzt wurde. Der Antrag auf ein Reißverschlussverfahren bei Listenaufstellungen wurde knapp mehrheitlich angenommen. Von einigen Delegierten des Bezirks wurde darauf hingewiesen, dass sich dieses starre System im Vergleich zum bisherigen Verfahren im Flächenland Niedersachsen für Frauenkandidaturen negativ auswirken könne. Bei der Aufstellung zur Landesliste für die Landtagswahl 2013 sowie im Ergebnis zur Landtagswahl bestätigten sich diese Hinweise.

PROJEKT STÄRKUNG DER ORGANISATIONSKRAFT NEUE UND EHEMALIGE MITGLIEDER GEWINNEN – ORGANISATIONSKRAFT STÄRKEN

Der Bezirksvorstand verabschiedete Anfang 2012 für die Zeit bis zum 31.12.2013 ein Konzept, das die Organisationskraft der Partei nachhaltig stärken soll. Dabei wurden eine Reihe von Handlungsfeldern umrissen, die geeignet erschienen, neue Mitglieder zu gewinnen, langjährige und ehemalige Mitglieder zu aktivieren und zu guter Letzt auch die Finanzkraft der Partei zu stärken. Die Partei im Bezirk sollte für neue Mitglieder attraktiv werden, aber auch ausgetretene Mitglieder sollten wieder gewonnen werden. Nicht zuletzt sollten Beitragsrückstände vermindert werden, dazu wurden Unterbezirksvorstände und Schatzmeister mit ins Projekt eingebunden.

Nach dem Konzept sollte nicht nur die Zahl von aktiven Mitgliedern im Jusooalter steigen, sondern Juso-Arbeitsgemeinschaften sollten auch wieder flächendeckender vertreten sein. Außerdem sollte die Partei wieder besser in den Betrieben verankert werden, der Frauenanteil in der Mitgliedschaft gesteigert werden und mit Blick auf die anstehenden Wahlkämpfe sollte schließlich die Dialogkraft der Partei gestärkt werden.

Die Umsetzung des Projekts erfolgte dezentral in den Unterbezirken. Jeder Unterbezirksvorstand konnte selbst entscheiden, wo er einen besonderen Handlungsbedarf und Möglichkeiten für eine erfolgreiche Umsetzung sieht. Über die ausgewählten Bausteine wurden Zielvereinbarungen zwischen UB und Bezirk abgeschlossen und Meilensteine vereinbart. Unabhängig von der Auswahl der Schwerpunkte wurde für die Erreichung bestimmter Ziele eine Reihe von finanziellen Anreizen für die Unterbezirke gesetzt, damit betrat der Bezirk Neuland.

Der Aufwand des Projekts erschien gerade im Vorfeld und im Verlauf eines Wahljahres gerechtfertigt und Erfolg versprechend. So konnten 2012 bislang mit fünf Unterbezirken Zielvereinbarungen abgeschlossen werden, für die im Jahr 2013 erstmalig ein finanzieller Zuschuss des Bezirks fällig wird. Im Einzelnen sind Gründungen von Juso-AGen und ASG-Gruppen auf UB-Ebene erfolgt und die Rückgewinnung von ausgetretenen Mitgliedern zu verzeichnen. Nach wie vor Defizite gibt es jedoch bei Eintritt von jungen Menschen und ihrer längerfristigen Bindung an die Parteiarbeit. Anknüpfend an die Mobilisierung, die durch die erfolgreiche Landtagswahl zu Beginn 2013 stattfindet, soll hier ein künftiger Schwerpunkt gesetzt werden. Der Schatzmeister des Bezirks Stephan Klecha und die seit Januar 2012 eingestellte Leitende Geschäftsführerin Erika Huxhold werden bei der Durchführung von einer Steuergruppe unterstützt.

PROJEKTARBEIT DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN IM BEZIRK VERNETZTE UND ZIELGRUPPENORIENTIERTE PROJEKTARBEIT DER AGEN IM BEZIRK

„Miteinander ins Gespräch kommen“, „institutionell unterstützt werden“, „voneinander lernen und zusammenarbeiten“, „Schnittstellen finden“ – der Bezirk startete begleitend zum Landtagswahlkampf 2012 ein Projekt, das den zahlreichen Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen auf Bezirksebene einen Weg zur besseren Einbindung in die inhaltlich-politische Arbeit der Partei aufzeigen und eine Vernetzung mit der jeweiligen Zielgruppen ermöglicht sollte.

DIE ERWARTUNGEN WAREN DURCHAUS HOCH: Eine niedrigschwellige Plattform wurde gewünscht, mehr Austausch, mehr Einbindung und Rückkopplung sowie eine zentrale Koordinierung. Aber es gab auch kritische Töne der aktiven Genossinnen und Genossen in den AGen zur fehlenden innerparteilichen Wahrnehmung und Wertschätzung kamen – Probleme, die bei der zukünftigen gemeinsamen Arbeit ausgeräumt werden sollen. Der Dialogprozess zum Landtagswahlprogramm war der Einstieg: Als erster Strang des Projekts wurden die AGen auf Möglichkeiten der Mitwirkung aufmerksam gemacht, in dem alle medialen Möglichkeiten der Kommentierung und Ergänzung vorgestellt wurden, so z.B. auf der Website www.entdecke-niedersachsen.de unter dem Stichwort **DIALOG**. Schon dabei wurden für verschiedenen AGen gemeinsame politische Forderungen und Schnittstellen in der politischen Arbeit sichtbar.

Ein zweiter Strang des Projekts startete mit einer Werkstattveranstaltung im September 2012, bei der zahlreiche Mitglieder aller AGen im Bezirk Themen bestimmten, an denen übergreifend miteinander gearbeitet werden kann, um anschließend die jeweiligen Zielgruppen gezielt anzusprechen und miteinander zu vernetzen. Die dort entwickelten Projektskizzen werden als Leitprojekte Anfang 2013 beginnen und nachhaltig die AG-Arbeit stärken. „Gemeinsam können wir mehr Multiplikatoren ansprechen, sind sichtbar in der Partei und sprechen auch eine größere Öffentlichkeit an,“ so die übereinstimmende Meinung der Genossinnen und Genossen, die z.T. bereits seit vielen Jahren in den Arbeitsgemeinschaften der Partei unterwegs sind.

INNOVATIONSFONDS MIT NEUEN IDEEN MEHR MENSCHEN FÜR DIE PARTEIARBEIT INTERESSIEREN

Der vom Parteivorstand im Jahr 2012 ausgeschriebene Innovationsfonds traf im Bezirk Hannover auf besonderes Interesse. Zahlreiche Gliederungen befassten sich mit Ideen, die mit dem Projekt des Bezirks **STÄRKUNG DER ORGANISATIONSKRAFT** und den Aktivitäten der Gliederungen im Landtagswahlkampf zusammen gingen. Gewinner aus dem Bezirk Hannover 2012 waren die UB Region Hannover mit dem Projekt **DIE FAMILIENFREUNDLICHSTE PARTEI IN DER REGION HANNOVER** und der UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg mit dem Projekt **MOBILER BETEILIGUNGSPUNKT DER SPD**. Beide Unterbezirke erhielten für ihren Antrag die maximale finanzielle Unterstützung von je 5000,- Euro, die nun für die Umsetzung eingesetzt werden. In der Auswahlrunde 2013 werden insbesondere Projekte gefördert, die Freiwillige – vor allem für den anstehenden Bundestagswahlkampf – ansprechen, aktivieren und binden sowie innovative Projekte mit einer alternativen Ausrichtung. Der Bezirk hat seine Gliederungen ausdrücklich wieder aufgerufen, sich zu bewerben.

PARTEIKONVENT PARTEI IN BEWEGUNG – ZUM PARTEIKONVENT NACH BERLIN

Die SPD hat den umfassendsten Umbau ihrer Organisation seit 20 Jahren beschlossen und einen Parteikonvent mit 200 Delegierten

eingeführt, der an die Stelle des bisherigen Parteirates tritt. Er wird zum wichtigsten Parteigremium zwischen den ordentlichen Bundesparteitag und hat im Gegensatz zum bisherigen Parteirat echte Entscheidungskompetenzen. Erstmals nach dem Beschluss vom Bundesparteitag 2011 *PARTEI IN BEWEGUNG* konnten am 16. Juni 2012 12 Delegierte des Bezirks Hannover zum 1. Parteikonvent nach Berlin fahren. Die Debatte war hochaktuell: Der Fiskalpaktbeschluss der Bundesregierung stand unmittelbar bevor und in Unterbezirken, im Bezirksvorstand und in der Öffentlichkeit gab es vielstimmige Diskussionen. Die SPD war entschlossen dem Fiskalpaktkonzept nur zuzustimmen, wenn wesentliche Kriterien wie eine Finanztransaktionssteuer, ein Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, ein europäischer Investitions- und Aufbaufonds zur Stärkung von Beschäftigung und Binnennachfrage und eine Beteiligung des europäischen Parlaments aufgenommen werden. Diese SPD-Forderungen wurden nach harten Verhandlungen mit einem Pakt für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung zwischen Bundesregierung und den Fraktionen im Bundestag weitgehend durchgesetzt. Der Bezirk vertrat darüber hinaus die Position, dass irreversible Eingriffe in nationale Haushaltsrechte eröffnet werden, und sah sich darin in einer späteren Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bestätigt.

Der zweite Parteikonvent am 24. 11. 2012 hatte als Schwerpunkt das Rentenkonzept, einen Auftrag vom Bundesparteitag 2011, zu dem auch der Bezirk beigetragen hatte. Eine Arbeitsgruppe bereite für den Bezirksvorstand ein 10-Punkte-Papier *GUTE ARBEIT – GUTER LOHN – GUTE RENTE!* vor, das beschlossen und auch vom Landesparteirat angenommen wurde. Beim Parteikonvent wurde nach breiter vorhergehender-Debatte ein Leitantrag *AR1* des PV vorgelegt, in dem nahezu alle Punkte des Bezirks enthalten waren. Einstimmig bei nur vier Enthaltungen beschloss die SPD damit ein insgesamt schlüssiges und zukunftsfestes Rentenkonzept und ist mit ihrem Kampf für die Einführung einer Solidarrente und gegen Altersarmut gut für das Bundestagswahljahr 2013 aufgestellt.

LANDTAGSWAHLKAMPF 2012

ANPACKEN. BESSER MACHEN.

Motiviert startete die SPD im Januar 2012 in den Landtagswahlkampf. Alle Umfragen zeigten einen möglichen Wahlerfolg von rot-grün und für dieses Projekt warb Stephan Weil als Spitzenkandidat. Im Bezirk Hannover traten in einigen Wahlkreisen neue Bewerberinnen und Bewerber für den Landtag an. Viele langjährige Abgeordnete mit großen Verdiensten machten Platz für neue Kandidaten, so der ehemalige Finanzminister Heiner Aller, die frühere Vizepräsidentin Silva Seeler und der Fraktionsvorsitzende Stefan Schostok, der ankündigte, sich für das Amt des Oberbürgermeisters in Hannover im Herbst 2013 zu bewerben. Zwischen den vier niedersächsischen Bezirken wurde verabredet, die Landesliste auf Direktwahlkreise zu begrenzen, demnach waren 87 Genossinnen und Genossen zu nominieren. Entsprechend dem Parteitagebeschluss mussten alternierend Frauen und Männer auf der Landesliste platziert werden (Reißverschluss). Im Ergebnis machte dies in Niedersachsen die Aufstellung von Frauen weniger aussichtsreich als bisher, als man zusätzlich auf jedem 5. Platz eine Frauenkandidatur beschlossen hatte. Aus dem Bezirk traten 14 Frauen und 22 Männer an (36), das entsprach einem Frauenanteil von 38,89 %. Der Spitzenkandidat auf Platz 1 der Landesliste, der bisherige Oberbürgermeister Stephan Weil, trat im Wahlkreis 25, Hannover-Buchholz an.

DIALOG MIT DER GESELLSCHAFT

Weil forderte in Niedersachsen nach Jahren des schwarz-gelben Stillstands den politischen Wechsel und eine neue demokratische Kultur: Entscheidungen müssen im Dialog mit der Gesellschaft ge-

troffen werden – transparent und überzeugend. Dies kennzeichnete den Wahlkampf und beispielhaft die Erstellung des Wahlprogramms: Ganz bewusst wurden keine endgültigen Programme vorgelegt, sondern in Dialogpapieren aus den vorangegangenen Landesforen Überlegungen und Ideen zu einzelnen Themenfeldern der Landespolitik formuliert. In einem breiten, offenen Verfahren wurden diese Ideen und Konzepte mit Mitgliedern, Interessierten, Vereinen, Verbänden und Organisationen diskutiert – transparent und mit vielfältigen Möglichkeiten der Beteiligung. Man konnte schriftlich mitdiskutieren, in ganz Niedersachsen fanden zusätzlich viele Veranstaltungen der Partei im Rahmen des Dialogprozesses statt. In den Wahlkreisen des Bezirks wurden Dialogveranstaltungen in Form von BürgerInnenkonferenzen oder Zukunftskonferenzen mit den Landtagskandidaten angeboten, deren Ergebnisse landesweit veröffentlicht wurden. Anmerkungen konnten natürlich auch im Internet vorgenommen werden. Im Herbst erstellte eine Programmkommission auf der Grundlage dieser Dialogreihe und der eingegangenen Beiträge das Regierungsprogramm der SPD-Niedersachsen für die Jahre 2013 bis 2018, es wurde im Rahmen eines Landesparteitags am 10. November 2012 beschlossen.

TEAM WEIL

Besondere Aufmerksamkeit fand ab Oktober 2012 die Präsentation des paritätisch besetzten Teams Weil, also die Vorstellung derjenigen Frauen und Männer, die der künftige Ministerpräsident für sein späteres Kabinett gewinnen konnte. Aus dem Bezirk Hannover waren Frauke Heiligenstadt für Bildung, Gaby Andretta für Wissen-



Frauke Heiligenstadt und Stephan Weil

Foto: Ch. Matterne, SPD Bezirk Hannover

schaft und Birgit Honé für Europa und Landesentwicklung vorgesehen. Alle Teammitglieder (Olaf Lies, Wirtschaft, Boris Pistorius, Inneres, Peter Jürgen Schneider, Finanzen, Anke Pörksen, Justiz und Detlef Tanke, Umwelt) trafen auf hohes Interesse und breite Unterstützung. Durch zahlreiche Veranstaltungen machten sie sich und das Wahlprogramm der SPD landesweit bekannt.

Auf Menschen zugehen – diese Gelegenheit wurde bereits während der Adventszeit auf vielen Weihnachtsmärkten der Region genutzt. Unterstützt von prominenten Parteimitgliedern wurde z.B. in Hannover mit Peer Steinbrück und Hannelore Kraft, in Hildesheim und Northeim und anderen Orten mit Frank-Walter Steinmeier, Andrea Nahles, Manuela Schwesig, Olaf Scholz und vielen anderen der winterkalte Straßenwahlkampf geübt. Hannelore Kraft nutzte in Hannover die Gelegenheit, das Kurt-Schumacher-Haus zu besuchen und historische Dokumente der Parteineugründung nach 1945 zu würdigen.

Der Einsatz von Stephan Weil war beispielhaft. Eindringlich motivierte er die Partei im Endspurt für den Wahlkampf: „Wir haben die große



Stefan Schostok und Hannelore Kraft | Foto: SPD Niedersachsen

Chance, den notwendigen Politik- und Regierungswechsel in und für Niedersachsen zu schaffen. Alle Umfragen der vergangenen zwölf Monate belegen das. Aber: Erfreuliche Umfrageergebnisse sind das eine. Viel wichtiger wird es sein, die Stimmung auch zu Stimmen für unsere 87 Kandidatinnen und Kandidaten sowie die SPD zu machen. Meine herzliche Bitte an euch alle ist: Nutzt die nächsten Wochen bis zur Wahl am 20. Januar 2013 und werbt überall für unsere Partei und damit einen Politikwechsel in Niedersachsen.“

ALLE PACKEN AN!

Im Januar begann – der Kälte zum Trotz – die heiße Phase. Das TV-Duell mit zahlreichen gut besuchten public viewing-Veranstaltungen, Tür-zu-Tür-Besuche, Straßenwahlkämpfe und eine Großveranstaltung im HCC in Hannover mobilisierte vielen Parteimitglieder und Anhänger. Bis zur letzten Stunde wurde gekämpft. Allen war klar, dass es ein enges Rennen wird und alle anpacken mussten, um die Bürgerinnen und Bürger zu mobilisieren, die Nichtwähler zu erreichen und die Wahlbeteiligung zu unseren Gunsten zu erhöhen. Unter dem Motto **ALLE PACKEN AN!** bereiteten alle Wahlkampfteams bis zur Öffnung der Wahllokale unter anderem Hausbesuche, Innenstadtaktionen und Kneipenverteilkaktionen vor. Sie wurden dabei von vielen angrenzenden Landesverbänden und zahlreichen Bundespolitikern unterstützt. Der Optimismus in den letzten Stunden des Wahlkampfes war groß. Rot-Grün lag in allen Umfragen knapp vorn. Am 20. Januar dann der Wahlabendkrimi: **GESCHAFFT!**

Nach 10 Jahren Schwarz-Gelb hatten wir eine rot-grüne Regierungsmehrheit erkämpft und damit die Grundlage für einen Politikwechsel in Niedersachsen geschaffen. Am Ende haben wir zusammen mit den Grünen einen knappen Vorsprung von einem Sitz Mehrheit im Parlament behauptet.

Unser Stimmenzuwachs von 2,3% war bei einer gestiegenen Wahlbeteiligung ein tolles Ergebnis. Stephan Weil an die Genossinnen und Genossen: „Dieser Erfolg war möglich, weil die niedersächsische SPD mit Haltung und Charakter einen einigen, geschlossenen und hochmotivierten Landtagswahlkampf geführt hat! Euch allen gilt mein herzlicher Dank! Ich fühle mich allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern persönlich tief verbunden.“

BEZIRKSVORSTAND SPD BEZIRK HANNOVER GEWÄHLT AM 18. JUNI 2011

VORSITZENDER
STEFAN SCHOSTOK

STELLVERTRETENDE
VORSITZENDE
ELKE TONNE-JORK
ULRICH WATERMANN

SCHATZMEISTER
DR. STEPHAN KLECHA

WEITERE MITGLIEDER
MARKUS BRINKMANN
DANIEL BRUNKHORST
ULF-BIRGER FRANZ
WALTRAUD FRIEDEMANN
FRAUKE HEILIGENSTADT
UDO HUSMANN
HAUKE JAGAU

SASCHA JOHN
SILKE LESEMAN
SIGRID LEUSCHNER bis 01/2012

CAREN MARKS
SYLVIA MEIER
ANNETTE VON POGRELL
ANDREAS RAKOWSKI
ASTRID SCHLEGEL

MAXIMILIAN SCHMIDT
ANDREA SCHRÖDER EHLERS
UWE SCHWARZ
SABINE TIPPELT
THOMAS WEIß

LTD. GESCHÄFTSFÜHRER /-IN
HANSJÖRG SCHELL
bis 09/2011
ERIKA HUXHOLD
ab 01/2012



BEZIRK NORD-NIEDERSACHSEN

SPD



65. Bezirksparteitag 2012: Die neu gewählten
Bezirksvorstandsmitglieder | Foto: SPD Nord-Niedersachsen

Der Bezirk Nord-Niedersachsen hat sich in den vergangenen zwei Jahren nach der personellen und organisatorischen Neuaufstellung der SPD im Bund, Land und Bezirk darauf konzentriert, die Kontakte zu Gewerkschaften, Wirtschaft, Umwelt- und Sozialverbänden zu verbessern und deren Positionen kennen zu lernen. Mit den Umweltverbänden sind weitere regelmäßige Kontakte vereinbart worden. Mit der IHK Stade finden regelmäßige Gespräche statt. Außerdem hatten wir uns in den letzten zwei Jahren mit den Vorbereitungen zur Kommunalwahl 2011 zu befassen. Der Bezirksvorstand befasste sich intensiv mit den bundes- und landespolitischen Themen.

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

Im Bezirk sind vier Arbeitsgemeinschaften aktiv. Die AsF, die Jusos und die AG 60plus können sich auf einen Organisationsaufbau in Ortsvereinen und Unterbezirken stützen. Daneben arbeitet die AfB auf Bezirks- und Landesebene.

KOMMUNALWAHL 2011

Bei den Kommunalwahlen am 11. September 2011 erreichten wir im Bezirk Nord-Niedersachsen bei der Wahl der Gemeinde- und Stadträte 35,1% (- 1,6 %) und bei den Kreistagswahlen insgesamt 34,9% (- 1,1 %). Die Wahlbeteiligung lag wie 2006 bei 53 %. 1996 lag die Wahlbeteiligung noch bei 65 % (2001: 57 %, 2006: 54 %). Die CDU musste nach 2006 weitere größere Stimmenverluste hinnehmen und hat im Bezirk ihre Vormachtstellung in den Landkreisen und den Gemeinden und Städten verloren. In den Landkreisen Cuxhaven, Osterholz, Verden und Rotenburg für die SPD die Kreistagsmehrheiten an.

Zur Vorbereitung des Kommunalwahlkampfes hat der Bezirk Kommunalworkshops konzipiert und angeregt, deren Moderation unsere stellvertretende Bezirksvorsitzende Gwendolin Jungblut übernommen hatte. Außerdem wurden die Unterbezirke für den Kommunalwahlkampf durch den Bezirksvorstand personell verstärkt worden. Wichtige Dienstleistungen wurden aufgrund der organisatorischen Neuorganisation durch den Landesverband dank der finanziellen Unterstützung durch die Bezirke angeboten, z.B. CMS-Niedersachsen, Printshop u.v.m!

BEZIRKSPARTEITAGE UND

BEZIRKSVERTRETERVERSAMMLUNG

Beim außerordentlichen Bezirksparteitag am 2. Juni 2012 beschlossen in Rotenburg die Delegierten die Listenplatzvorschläge für die SPD-Landesliste zur Landtagswahl am 22. Januar 2013. Die Delegierten folgten einmütig dem Vorschlag des Bezirksvorstands. So steht die Reihenfolge auf der Landesliste für die Nord-Niedersachsen jetzt fest:

- | | |
|---|--|
| 1. PETRA TIEMANN
(Wahlkreis Stade) | (Wahlkreis Walsrode) |
| 2. DANIELA BEHRENS
(Wahlkreis Unterweser) | 7. BERND WÖLBERN
(Wahlkreis Bremervörde) |
| 3. RALF BORNGRÄBER
(Wahlkreis Rotenburg) | 8. DETLEF HOREIS
(Wahlkreis Hadeln) |
| 4. DR. DÖRTE LIEBETRUTH
(Wahlkreis Verden) | 9. CONNY BADEN
(Wahlkreis Soltau) |
| 5. JÜRGEN KUCK DYCK
(Wahlkreis Osterholz) | 10. STEFAN SCHIMKATIS
(Wahlkreis Buxtehude) |
| 6. MICHAEL LEBID
(Wahlkreis Cuxhaven) | 11. UWE SANTJER
(Wahlkreis Cuxhaven) |



Stephan Weil mit den Landtagskandidaten
des Bezirks Nord-Niedersachsen | Foto: SPD Nord-Niedersachsen



Die Bezirksvorsitzende Petra Tiemann, MDL, eröffnet den 64. Bezirksparteitag 2012 in Geversdorf | Foto: SPD Nord-Niedersachsen

Die Delegierten der Bezirksvertreterversammlung wählten am gleichen Tage die Vertreter für die Landesvertreterversammlung.

In Anwesenheit des SPD-Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten zur Landtagswahl hat die SPD im Bezirk Nord-Niedersachsen 8. September 2012 die Bezirksvorsitzende Petra Tiemann (Stade) an der

Spitze des neuen Bezirksvorstands wieder gewählt. Sie erhielt 94,5 % der Stimmen. Petra Tiemann führt seit 2010 den nördlichsten der vier Parteibeirke in Niedersachsen.

Die Delegierten wählten zudem Gwendolin Jungblut (Verden, 82,5 %), den Bundestagsabgeordneten Lars Klingbeil (Heidekreis, 79,4 %), Bernd Wölbern (Rotenburg, 81,4 %) und Claus Johannßen (Cuxhaven, 81,4 %) als stellvertretende Vorsitzende wieder. Finanzverantwortliche bleibt Christina Jantz (Osterholz). Weitere Vorstandsmitglieder sind: Daniela Behrens (Cuxhaven), Angelika Dorsch (Rotenburg), Richard Eckermann (Verden), Dr. Dörte Liebetruß (Verden), Michael Muckle (Cuxhaven), Stefan Schimkatis (Stade), Jendrik Schröder (Osterholz), Annette Schütz (Heidekreis), Franka Strehse (Heidekreis), Gunnar Wegener (Cuxhaven) und Heinz Carlsson (Rotenburg).

Der Bezirksparteitag sprach sich unter anderem einstimmig für eine bezahlbare leistungsfähige, sichere und flächendeckende medizinische Versorgung aus, die für alle bezahlbar ist. Mit einem umfangreichen Maßnahmenkatalog beschreiben die Sozialdemokraten notwendige Maßnahmen, die behinderten Menschen die vollständige Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen sollen. Die SPD im Bezirk Nord-Niedersachsen forderte eine soziale und vorausschauende Rentenpolitik für Jung und Alt.

BEZIRKSVORSTAND

GEWÄHLT AUF DEM 63. BEZIRKSPARTEITAG
AM 11.09.2010 IN RITTERHUDE

EHRENVORSITZENDER

KARL RAVENS

VORSITZENDE

PETRA TIEMANN, MDL,
UB Stade

STELLVERTRETER/-INNEN

GWENDOLIN JUNGBLUT,

UB Verden

CLAUS JOHANNSEN,

UB Cuxhaven

LARS KLINGBEIL,

UB Heidekreis

BERND WÖLBERN,

UB Rotenburg

FINANZVERANTWORTLICHE

CHRISTINA JANTZ,

UB Osterholz

BEISITZER/-NNEN

DANIELA BEHRENS,

UB Cuxhaven

RICHARD ECKERMANN,

UB Verden

SANDRA SABRINA GROß,

UB Cuxhaven

DÖRTE LIEBETRUTH,

UB Verden

TAM OFORI-THOMAS,

UB Rotenburg

ANNIKA PROTZE, UB Stade

JENDRIK SCHRÖDER,

UB Osterholz

GUNNAR WEGENER,

UB Cuxhaven

ANNETTE SCHÜTZ,

UB Heidekreis

FRANKA STREHSE,

UB Heidekreis

BIRGIT WILGORSKI, UB STADE

GESCHÄFTSFÜHRER

HEINO BAUMGARTEN

BEZIRKSVORSTAND

GEWÄHLT AUF DEM 65. BEZIRKSPARTEITAG
AM 11.09.2012 IN GEVERSDORF

EHRENVORSITZENDER

KARL RAVENS

VORSITZENDE

PETRA TIEMANN, MDL, UB Stade

STELLVERTRETER/-INNEN

GWENDOLIN JUNGBLUT,

UB Verden

CLAUS JOHANNSEN,

UB Cuxhaven

LARS KLINGBEIL, MDB,

UB Heidekreis

BERND WÖLBERN,

UB Rotenburg

FINANZVERANTWORTLICHE

CHRISTINA JANTZ,

UB Osterholz

BEISITZER/-NNEN

DANIELA BEHRENS,

UB Cuxhaven

HEINZ CARSSON, UB Rotenburg

ANGELIKA DORSCH,

UB Rotenburg

RICHARD ECKERMANN,

UB Verden

DÖRTE LIEBETRUTH,

UB Verden

MICHAEL MUCKLE,

UB Cuxhaven

STEFAN SCHIMKATIS,

UB Stade

JENDRIK SCHRÖDER,

UB Osterholz

ANNETTE SCHÜTZ,

UB Heidekreis

FRANKA STREHSE,

UB Heidekreis

GUNNAR WEGENER,

UB Cuxhaven

GESCHÄFTSFÜHRER

HEINO BAUMGARTEN

MITGLIEDERZAHLEN

31.12.2011: 6.206

31.12.2012: 6.071

KONFERENZEN UND VERANSTALTUNGEN

12.03.2011 Juso-Bezirkskonferenz in Cluvenhagen

19.08.2011 Veranstaltung KONSEQUENZEN
AUS DER BUNDESWEHRREFORM

04.02.2012 Juso-Bezirkskonferenz in Buxtehude

03.03.2012 ASF-Bezirkskonferenz

18.04.2012 60plus-Bezirkskonferenz in Bremervörde

02.06.2012 64. a.o. Bezirksparteitag und Bezirksvertreter-
versammlung in Rotenburg/W. Landtagswahl 2013

08.09.2012 65. o. Bezirksparteitag in Geversdorf



BEZIRK WESER-EMS

SPD



Blick aus der Bezirksgeschäftsstelle Oldenburg
Foto: SPD Weser-Ems

ALLGEMEINER ORGANISATORISCHER UND POLITISCHER RAHMEN

Im Mittelpunkt der Arbeit des Bezirks Weser-Ems stand im Berichtszeitraum die Vorbereitung und erfolgreiche Durchführung der Kommunalwahl 2011 und der Landtagswahl im Frühjahr 2013.

Der Bezirk Weser-Ems hat ferner weiter intensiv am Erhalt und Festigung der Struktur der SPD in unserer Region gearbeitet. Begleitet von einschneidenden Personalreduzierungen ist nun die Grundversorgung gesichert und muss gehalten sowie ausgebaut werden.



Verabschiedung des Geschäftsführers Heino Janssen in den Ruhestand – v.l.n.r.: Olaf Lies (MdL), Heino Janssen, Olaf Abdinghoff-Feldkemper (BGf), Karin Evers-Meyer (MdB), Sascha Pickel (GF) | Foto: SPD Weser-Ems

Neben einer weiteren Reduzierung der Mitarbeiter durch Altersteilzeit und Ausscheiden aus dem Beschäftigungsverhältnis sind auch die sinkenden Mitgliederbeitragszahlungen und deren Auswirkungen auf die Finanzkraft des Bezirks ständiges Thema. Um die Versorgung in der Fläche des Bezirks aufrecht zu erhalten sind alle Gliederungen bereit, gemeinsame Anstrengungen auf sich zu nehmen. Die Parteigliederungen in Weser-Ems sind diesem Strukturprozess be-

teiligt durch Teilnahme der Unterbezirksvorsitzenden an Bezirksvorstandssitzungen sowie durch die Evaluation der in 2010 getroffenen Finanzentscheidungen zum 31.12.2013.

Neben den internen Strukturpolitischen Diskussionen haben die Gespräche mit den Vertretern der Gewerkschaften aus der Region dazu geführt, dass das Verhältnis zu den Einzelgewerkschaften und dem DGB von dem Willen geprägt ist die Probleme in der Region mit den möglichen Mitteln zu bearbeiten. Neben der intensiven Diskussion um die Ausbeutung von osteuropäischen Arbeitern in der fleischverarbeitenden Industrie über Werkverträge wurde ebenso intensiv über den sich abzeichnenden Arbeitskräftemangel in der Region diskutiert.



Der Bezirksvorstand im Gespräch mit den regionalen Gewerkschaften. | Foto: SPD Weser-Ems

Das Problem der Bereitstellung von hochqualifizierten Ausbildungsplätzen in einer eher ländlich und mittelständisch geprägten Firmenstruktur mit nur wenigen Industrie-Hotspots war Thema bei mehreren Treffen. Die Frage, wie hochqualifizierte und gut ausgebildete Arbeitskräfte in der Region gehalten werden können, ist nach Überzeugung von Gewerkschaften und SPD nicht nur von qualifizierten Arbeitsplätzen abhängig sondern auch von einer entsprechend anspruchsvollen

lokalen Lebensqualität. Dazu gehören neben Infrastruktur wie Schule, Einkaufen und Verkehr auch Kultur und eine intakte Gemeinde.

Der Dioxin-Futtermittelskandal und die allgemeinen Arbeitsbedingungen in der Lebensmittelindustrie vor der Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU waren weitere Themen, die der SPD-Bezirksvorstand Weser-Ems am mit Vertretern der Gewerkschaft NGG und Betriebsräten aus der Nahrungsmittelbetrieben erörterte. Zum Thema *KOMMUNALE ENERGIEVERSORGUNG* diskutierte der Bezirksvorstand mit dem SPD-Bürgermeister aus Vechta, Uwe Bartels, und dem regionalen Europaabgeordneten Matthias Groote welche Handlungsmöglichkeiten und Optionen Städte, Gemeinden und Landkreise in Anbetracht der in den nächsten Jahren anstehenden Neuvergaben von Netzkonzessionen haben. Die Rolle des regionalen Energieversorgers in kommunaler Beteiligung wurde in diesem Zusammenhang auch in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert.

Auch das von der Bundesregierung geplante CCS-Verfahren, in dem klimaschädliches CO₂ aus Industrieemissionen verflüssigt und in den Boden verpresst werden soll, war Thema im Bezirksvorstand. Hier sind besonders in der Region Weser-Ems viele Lagermöglichkeiten als möglicherweise geeignet dargestellt worden. An einigen Stellen wird in Weser-Ems bereits Flüssiggas verpresst.

BEZIRKSPARTEITAG 2011

Zum turnusgemäßen Bezirksparteitag hat die SPD Weser-Ems 120 Delegierte und interessierte Genossinnen und Genossen am Sonnabend, dem 25. Juni 2011 ins Veranstaltungszentrum Com.media in Delmenhorst geladen. Mit dem Motto *STARKE KOMMUNEN, STARKES LAND.* stimmte der Landtagsfraktionsvorsitzende Stefan Schostok die Delegierten und Gäste auf die bevorstehenden Kommunalwahlen im Herbst 2011 ein.



Stefan Schostok auf dem Bezirksparteitag Weser-Ems | Foto: SPD Weser-Ems

Johanne Modder zog (50) in ihrem Rechenschaftsbericht ein positives Resümee ihrer ersten Amtszeit als Vorsitzende. „Wir haben viel getan dafür, dass die SPD in Weser-Ems als glaubwürdiger und verlässlicher Partner von den Menschen wahrgenommen wird“, stellte Johanne Modder fest. „Wir sind aber noch lange nicht am Ziel angekommen, wir geben heute erst den Startschuss zur Kommunalwahl! In den kommenden Wochen müssen wir die Bürgerinnen und Bürger davon überzeugen, dass wir Sozialdemokraten es sind, die die Interessen der Menschen in diesem Lande in den Vordergrund ihres politischen Handelns stellen,“ rief Modder den Delegierten zu.

Massive Kritik äußerte die Bezirksvorsitzende an der Abschaffung der Stichwahl bei Bürgermeisterwahlen. Diese demokratiegefährdende

Regelung werden wir nach einer gewonnenen Wahl als eines der ersten Dinge wieder abschaffen, kündigte die Landtagsabgeordnete aus Bunde an.

Die Delegierten bedachten den Bericht ihrer Vorsitzenden mit langem Beifall und wählten Hanne Modder mit einer überwältigenden Mehrheit von 108 Stimmen (95,7 %) von insgesamt 113 Delegierten erneut zur SPD-Bezirksvorsitzenden in Weser-Ems.



Die frisch wiedergewählte Bezirksvorsitzende Hanne Modder und die Schatzmeisterin Hanna Naber | Foto: SPD Weser-Ems

Bei den nachfolgenden Wahlen zu den stellvertretenden Bezirksvorsitzenden wurden Susanne Mittag aus Delmenhorst, Wiard Siebels, MdL aus Aurich und Gerd Will, MdL aus der Grafschaft Bentheim mit großer Mehrheit gewählt. Auch die bisherige Schatzmeisterin Hanna Naber aus Oldenburg erhielt ein klares Votum für ihr Mandat und ihren Konsolidierungskurs bei den Parteifinancen.

Der Bezirksparteitag bestimmt auch die 13 Beisitzer des neuen Vorstands. Als Vertreter aus den Regionen wurden gewählt: Kristina Stuntebeck aus Vechta, Wolfgang Kirchner und Kathrin Rühl aus dem Landkreis Osnabrück, Jens Martin aus der Stadt Osnabrück, Sigrid Rakow aus dem Ammerland, Axel Brammer aus dem Landkreis Oldenburg, Hans Forster aus dem Landkreis Aurich, Holger Heymann aus dem Landkreis Wittmund, Jens Hoffmann aus der Stadt Emden, Karin Logemann aus dem Landkreis Wesermarsch, Matthias Groote aus dem Landkreis Leer, Manfred Buss aus dem Landkreis Friesland und Christine Will aus Wilhelmshaven.



Der neu gewählte Bezirksvorstand besucht die AWO Weser-Ems
Foto: SPD Weser-Ems

LANDTAGSWAHL 2013

Mit einem Mitgliedervotum zur Ministerpräsidenten-Kandidatur zwischen dem aus Weser-Ems stammenden MdL und SPD-Landes-

vorsitzenden Olaf Lies und dem Hannoveraner Oberbürgermeister Stephan Weil begannen die Vorbereitungen zur Landtagswahl.

In dieser erstmalig durchgeführten basisdemokratischen Entscheidung über einen Spitzenkandidaten zum Amt des Ministerpräsidenten konnten rund 17.000 Mitglieder der SPD Weser-Ems in knapp 150 Wahllokalen in den Ortsvereinen ihr Wahlrecht nutzen.

„Bei dieser Wahl geht es nicht nur darum, einen der beiden Kandidaten mit einem klaren Votum in den Landtagswahlkampf zu schicken. Es geht vor allem darum, den Bürgerinnen und Bürgern in Niedersachsen zu zeigen, dass wir mit ihnen den Regierungswechsel im Wahljahr 2013 wollen! Und dass wir mit 65.000 niedersächsischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit einem engagierten Wahlkampf dafür einstehen!“, stellte die SPD-Bezirksvorsitzende Johanne Modder fest.



Stephan Weil stellt sich im SPD-Bezirksvorstand vor. | Foto: SPD Weser-Ems

Von 10 bis 16 Uhr konnten SPD Mitglieder in ihren Wahllokalen ihre Stimme abgeben. Die abgegebenen Stimmen wurden dann in den drei regionalen Weser-Ems-Zählstellen Meppen, Oldenburg und Aurich ausgezählt und dem Wahlvorstand des SPD-Landesverbandes im Kurt-Schumacher-Haus mitgeteilt. Dieser fasste die Ergebnisse zu einem Landesergebnis zusammen und gab das vorläufige Ergebnis bekannt.

Nach einem fairen Vorstellungsmarathon entschieden die Mitglieder der SPD in Niedersachsen knapp, dass Stephan Weil die Genossinnen und Genossen in den anstehenden Wahlkampf führen soll.

Der wertschätzende und faire Umgang der beiden Bewerber miteinander einte die Partei in Niedersachsen und schwor auf den unbedingten Willen zum Sieg bei der Landtagswahl am 20.1.2013 ein. Dieser Motivationsschub, beflügelt durch positive Umfragewerte und einen offenen Wahlkampf, der auch im Schlussspurt nicht vom massivsten Geld- und Personaleinsatz des politischen Gegners eingeholt werden konnte, war letztendlich die Grundlage für den Erfolg im Januar 2013.

Nach der Nominierungsphase der Kandidatinnen und Kandidaten zur Landtagswahl wurde auf einem Kleinen Bezirksparteitag das Team zur Landtagswahl nominiert. Mit einer guten Mischung aus Kompetenz, Jugend und Erfahrung hat der Bezirk Weser-Ems ein gutes Angebot an die Wählerinnen und Wähler gemacht.

Mit 32,6 % Zweitstimmen gewann die SPD gegenüber der letzten Landtagswahl 2,3 % und rund 130.000 Wählerinnen und Wähler. Die CDU verlor landesweit mit 6,5 % und 170.000 Wählerinnen und Wähler deutlich und verliert mit der FDP die Regierungsmehrheit.



Das Kandidatenteam zur Landtagswahl 2013 | Foto: SPD Weser-Ems

Das Ergebnis für Weser-Ems fiel relativ besser aus: die SPD gewann 3,5 % an Zweitstimmen hinzu, die CDU verlor 5,6 % gegenüber der letzten Landtagswahl. Die SPD Weser-Ems gewann die Wahlkreise Oldenburg Mitte-Süd, Oldenburg Nord-West, Friesland, Wittmund, Wilhelmshaven, Leer-Borkum, Emden-Norden und Aurich direkt gewinnen. Die Wahlkreise Wittmund und Wilhelmshaven konnten zurückerobert werden. Leider wurde Delmenhorst verloren. Die neue Weser-Ems Landtagsgruppe umfasst jetzt 15 Mitglieder (+2) von denen fünf neu in das Landtagsmandat gewählt worden sind.

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN UND NETZWERKE

Die AfA arbeitet regelmäßig auf norddeutscher Ebene mit den umliegenden AfA-Landes- und Bezirksverbänden zusammen und führt regelmäßig Regionalkonferenzen durch. Jährlich kommt es auf Bezirksebene zu einem Treffen der AfA mit dem SPD-Bezirksvorstand, den Weser-Ems Abgeordneten und Gewerkschaftsvertretern.



Harald Helling, AfA-Bezirksvorsitzender (vorn) – mit Matthias Groote, MdEP (li.), Olaf Lies, MdL, Axel Brammer (re.) | Foto: SPD Weser-Ems

Die AfB im Bezirk Weser-Ems hat die Ausrichtung der niedersächsischen Bildungspolitik zur Landtagswahl 2013 inhaltlich maßgeblich beeinflusst. Der ehemalige AfB-Bezirksvorsitzende Peter Befeldt ist zum Bundesvorsitzenden der AfB gewählt worden.

Das Netzwerk *SELBST AKTIV* im Bezirk Weser-Ems ist nach dem Parteitag 2012 zu der Überzeugung gekommen seine gute Arbeit als eine Bezirksarbeitsgemeinschaft fortzuführen. Als Aktivposten reiht sie sich damit neben der AG 60plus ein, die an vielen Stellen der Partei mit ihrem Engagement Weichen stellt. Nach fast zwei Jahrzehnten hat der AG60plus-Bezirksvorsitzende Dieter Sündermann sein Amt zur Verfügung gestellt und ein gut bestelltes Feld an die Nachfolger übergeben.

Bei der innerparteilichen Willensbildung und als Vermittler zu wichtigen gesellschaftlichen Gruppen haben die Arbeitsgemeinschaften

eine wichtige Bedeutung, so dass die Zielgruppenarbeit zu verstärken ist. Doppelstrukturen zwischen Landes- und Bezirksebene sind zu vermeiden und Kräfte zu konzentrieren.

BILDUNGSARBEIT

Der Bezirk Weser-Ems hat im Berichtszeitraum mehrere Seminare im Rahmen seiner personellen Möglichkeiten durchgeführt. Gerade die Seminare zur Mitgliedergewinnung unter sehr guter Begleitung des Parteivorstands waren ein Gewinn für die Aktiven vor Ort. Auch Seminare für neue Ortsvereinsvorsitzende in den nächsten Jahren müssen bei den zu erwartenden weiteren Wechseln bei den Funktionsträgern in den Unterbezirken und Ortsvereinen fortgeführt werden.

Die Beteiligung an der Kommunalakademie der Bundespartei wird stetig genutzt und trägt Früchte in einem immer breiter werdenden Netzwerk der Teilnehmer. Hauptamtliche aus Weser-Ems haben die Parteischulwochen der Bundespartei besucht.

MITGLIEDERWERBUNG

Mitgliedergewinnung ist Querschnittsaufgabe. Es reicht nicht mehr, Gremien dazu zu verpflichten mit gutem Beispiel bei der Mitgliederwerbung voran zu gehen. Es müssen die Mitglieder selbst, aktive wie passive, für eine Mitgliedschaft in der SPD werben. Beste Voraussetzungen dafür sind persönliche Integrität und Ehrlichkeit, lokale Verwurzelung und eine gute Politik der SPD auf allen Ebenen.



Der Ortsverein Eversten (UB Oldenburg-Stadt) erinnert an den 60. Todestag Kurt Schumachers | Foto: SPD OV Eversten

Teure Kampagnen ersetzen nicht die Verpflichtung, als Sozialdemokrat und -demokratin die Menschen zu überzeugen, dass das Engagement in einer Partei von einer solidaritätsbejahenden Grundhaltung geprägt ist.- Das WIR entscheidet!

MITGLIEDER DES BEZIRKSVORSTANDS WESER EMS GEWÄHLT AM 25.06.2011 IN DELMENHORST

VORSITZENDE HANNE MODDER

AXEL BRAMMER
MANFRED BUSS
HANS FORSTER

STIMMBERECHTIGTE MITGLIEDER

WIARD SIEBELS
SUSANNE MITTAG
GERD WILL
HANNA NABER
MATTHIAS GROOTE
WOLFGANG KIRCHNER

HOLGER HEYMANN
JENS HOFFMANN
KARIN LOGEMANN
DR. JENS MARTIN
SIGRID RAKOW
KATHRIN RÜHL
KRISTINA STUNTEBECK
CHRISTINE WILL

BERATENDE MITGLIEDER

RENATE GEUTER,
UB CLP
ANDREA KÖTTER,
KV Emsland
MARIANNE KAISER-FUCHS,
KV Friesland
KRISTIAN KATER,
UB Vechta
HARALD HELLING,
AfA
CHRISTOPH SAHM,
AGS

DANIEL SCHWEER,
Jusos
HERMANN BOCKELMANN,
AG 60 plus
FRAUKE MASCHMEYER-PÜHL,
ASF
KARIN EVERS-MEYER,
Landesgruppe MdB Nds./Bremen
OLAF LIES,
Stv. Landesvorsitzender
OLAF ABDINGHOFF-FELDKEMPER,
Bezirksgeschäftsführer



LANDESVERBAND SACHSEN-ANHALT

SACHSEN-
ANHALT

SPD



KandidatInnen zur Bundestagswahl 2013 | Foto: Chris Henze

LANDTAGSWAHL UND MODERNISIERUNG.

Der Berichtsraum war durch zwei politische Ereignisse besonders geprägt: Die Landtagswahl am 20. März 2011 und den ordentlichen Landesparteitag am 25. und 26. November 2011 in der Hansestadt Salzwedel.

Am 20. März fand die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt statt. Die SPD wurde, trotz zwischenzeitlich besserer Umfragewerte, mit 21,5 % der Zweitstimmen nur drittstärkste Kraft hinter CDU und der Linken. Im Vergleich zur Landtagswahl 2006 gab es einen Zugewinn von gerade 0,1 %. Auch bei den Erststimmen wurden nur 21,6 % erzielt. Im Ergebnis ist es damit nur in einem Wahlkreis gelungen das Direktmandat zu gewinnen. Die Wahlbeteiligung lag bei 51,2 % (2006: 44,4 %) in absoluten Stimmzahlen haben 213.611 Wahlberechtigte die SPD gewählt. Der Wahlkampf war stark auf den Ministerpräsidentenkandidaten Jens Bullerjahn ausgerichtet. Konzeptionell wurde versucht, viele kleinere Veranstaltungen mit Zielgruppenwerbung durchzuführen und mit der *KulTour* auch kulturell interessiertes Publikum anzusprechen. Die Resonanz war sehr unterschiedlich. Der starke Einsatz von Großflächenplakaten, Anzeigenkampagnen, Radio- und TV-Spots und die Konzentration auf den Online-Wahlkampf kennzeichnen einen Wahlkampf moderner Prägung, wie er heute üblich ist. Allerdings entstehen so auch Wahlkampfkosten, die perspektivisch die finanzielle Leistungsfähigkeit eines mitgliederschwachen Landesverbands überfordern.

Vorbildlich ist die Erstellung des Wahlprogramms. Eine derart breite Beteiligung der Basis, Arbeitsgemeinschaften, Fachausschüsse und interessierten Öffentlichkeit im Vorfeld, ist beispielhaft für die gesamte SPD. Die Bestimmung des Spitzenkandidaten in einem Mitgliederkonvent ist ebenfalls ein sehr empfehlenswerter Weg. Auch die bewährten „Roten Busse“ waren wieder landesweit im unermüdlichen Einsatz. Der Landesverband hat den WahlkreiskandidatInnen nicht nur die Materialpakete zur Verfügung gestellt, sondern auch viele Schulungsangebote organisiert. Die Resonanz war leider verhalten.

Die Analyse der Wahl zeigt, dass die strategische Kommunikation der Wahlziele verbesserungsfähig ist. Der von den Medien kommunizierte „Kuschelwahlkampf“ und die Vorfestlegung nicht als Juniorpartner

der Linken in eine Koalition zu gehen, haben in einigen Wählerschichten zu Abwanderungen geführt. Die fehlende Emotionalisierung durch Polarisierung, müssen wir in zukünftigen Wahlkämpfen stärker herbeiführen, so schwierig das in einer großen Koalition auch ist. Besonderes Augenmerk müssen wir darauf verwenden, bei kommenden Wahlen nicht ohne Machtperspektive dazustehen. Das nur unwesentlich vom Zweitstimmenergebnis abweichende Ergebnis bei den Erststimmen zeigt aber auch, dass die Partei gut beraten ist, ihre Kommunikation nicht nur auf eine Person auszurichten. Jede Kandidatin und jeder Kandidat braucht eine regionalisierte Personalisierung.

Letztendlich bedeutete das Wahlergebnis, dass es eine Fortsetzung der Koalition mit der CDU im Land gibt. Bei den Verhandlungen über den Koalitionsvertrag ist es gelungen aus dem guten Wahlprogramm heraus viele unserer Inhalte zu übernehmen. Das Bild des Marienkäfers (Rot mit einigen schwarzen Punkten) ist mehr als zutreffend für den ausgehandelten Koalitionsvertrag. Die SPD stellt in der Landesregierung vier Ministerinnen und Minister: **JENS BULLERJAHN** (stellv. Ministerpräsident, Finanzen), **STEPHAN DORGERLOH** (Kultur), **ANGELA KOLB** (Justiz) und **NORBERT BISCHOFF** (Arbeit und Soziales).

ORGANISATIONS- UND MITGLIEDERENTWICKLUNG

Die Zahl der Ortsvereine liegt derzeit bei 160 und ist damit im Berichtszeitraum um weitere 22 zurückgegangen. Die Ortsvereine haben nach wie vor eine sehr unterschiedliche Organisationskraft. In den städtischen und insbesondere in den großstädtischen Bereichen können wir beruhigt noch von der SPD als Volkspartei sprechen, in einigen ländlichen Räumen ist die Entwicklung schwierig.

Insgesamt sind die Kreisverbände zunehmend in der Verantwortung sozialdemokratische Politik vor Ort sichtbar zu machen. Eine zentrale Aufgabe ist es nun, den Gliederungen ein nutzbares Instrumentarium für die Kommunikation ihrer politischen Arbeit an die Hand zu geben. Hierzu wollen wir gezielt Schulungen anbieten, um schrittweise crossmediale Öffentlichkeitsarbeit leisten zu können. Wir werden ein landeseinheitliches Content-Management-Angebot für alle Internetauftritte erarbeiten müssen, um die Partei im Web 2.0 ankommen lassen zu können. Obgleich das Netz und die sozialen Netzwerke in

Deutschland noch nicht die Bedeutung für Kampagnen haben, wie sie z.B. Barack Obama in den USA genutzt hat, dürfen wir uns dem Trend nicht verschließen. Da wir zunehmend Email-Adressen unserer Mitglieder erhalten, können wir über die erneuerte Mitglieder- und Adressverwaltung (MAVIS) schneller und günstiger Informationen in die Mitgliedschaft verbreiten.

Die Entwicklung der Organisation ist jedoch nicht nur begrenzt durch Mitgliederzahl und inhaltliche Arbeit. Die finanzielle Ausstattung ist genauso zu beachten. Die Gliederungen sind insgesamt unterfinanziert. Wir dürfen weder im Bereich der Beitragsehrlichkeit noch bei den Mandatsträgerabgaben das Bemühen um Einnahmesteigerungen lockern. Die Partei lebt auch von ihren kommunalen Persönlichkeiten. Wir haben zu oft Probleme bei der Findung von kommunalen Kandidatinnen und Kandidaten, egal ob ehrenamtlich oder hauptamtlich. Wir müssen beginnen, im Vorfeld der anstehenden Kommunalwahlen 2014 eine ressourcengesteuerte Personalentwicklung zu betreiben. Auch hier zeigt sich, dass wir mit einer funktionierenden SGK die ersten Schritte bereits einleiten konnten. Ein großes Manko ist die entstandene Streuung der Kommunalwahltermine. Eine landesweite Kommunalkampagne ist sehr viel leichter in der Handhabung. Insofern sind Ansätze zu prüfen, die Termine wieder zusammenzuführen. Da ein einheitlicher Kommunalwahltermin zu einer sehr viel höheren Wahrnehmung durch die Bevölkerung führt, hat der Landesgesetzgeber hier auch die Chance, die Wahlbeteiligung zu steigern.



Die Landesvorsitzende Katrin Budde im Gespräch beim Neumitgliederseminar | Foto: Chris Henze

Nach dem aufreibenden Landtagswahlkampf ist eine merkliche Erschöpfung der Organisation normal. Die im Vorfeld des Bundesparteitags im Dezember dezentral geführten Debatten über das Fortschrittsprogramm und die Parteireform sind insofern überraschend gut angenommen worden. Gleiches gilt für die Antragsberatungen auf den Stadtverbands- und Kreisparteitagen in den vergangenen Wochen. Um es mit Peter Struck zu sagen: „Eine diskutierende Partei ist eine lebendige Partei“.

Die Mitgliederentwicklung blieb im Berichtszeitraum weiterhin rückläufig, sie sank bis zum Ende des Berichtszeitraums auf 3.800. Das Unterschreiten der 4.000er-Marke erklärt sich vornehmlich aus einer Mitgliederdatenbankbereinigung. Der Frauenanteil in der SPD Sachsen-Anhalt liegt seit längerem stabil bei 27%. Beim politischen Nachwuchs zeigt sich eine erfreuliche Tendenz. Die Zahl der SPD-Mitglieder unter 35 Jahren konnte im Berichtszeitraum von 690 Mitgliedern (16%) auf 745 Mitglieder (18%) weiter erhöht werden. Zudem sind momentan 105 junge Menschen als Nicht-SPD-Mitglieder bei den Jusos organisiert. Erfreulich im Hinblick auf die Entwicklung unserer Altersstruktur ist der Blick auf die Eintritte: Etwa 13% der neuen Mitglieder sind im Alter bis 21 Jahre und 68% sind noch im Juso-Alter.

VORBEREITUNG DER BUNDESTAGSWAHL 2013

In der aktuellen Bundestagsfraktion hat die SPD in Sachsen-Anhalt mit **BURKHARD LISCHKA**, **WALTRAUD WOLF** und **SYLVIA SCHMIDT** nur drei Personen. Es ist erfreulich, dass sie durch hohes Engagement die bundespolitischen Themen in die Fläche tragen.

In den neun Bundestagswahlkreisen wurden im Herbst 2012 die Kandidatinnen und Kandidaten benannt. Der a.o. Landesparteitag zur Erstellung der Landesliste am 16. Februar 2013 ergab folgende Reihenfolge: **1. BURKHARD LISCHKA** (Magdeburg/Schönebeck), **2. WALTRAUD WOLFF** (Börde/Jerichower Land), **3. DR. KARAMBA DIABY** (Halle), **4. MARINA KERMER** (Altmark), **5. DR. ANDREAS SCHMIDT** (Mansfelder Land/Saalekreis), **6. PETRA BÖRST-HARDER** (Anhalt-Bitterfeld/Salzlandkreis), **7. ARNE LIETZ** (Dessau/Roßlau/Wittenberg), **8. MARIO HENNIG** (Harz), **9. FLORIAN HÜFNER** (Burgenlandkreis). In allen Wahlkreisen laufen die Planungen auf Hochtouren. Besonderer Schwerpunkt des Wahlkampfes werden die dialogorientierten Wahlkampfinstrumente wie Hausbesuche und Küchentischgespräche sein.

KOMMUNALWAHLEN

Schmerzhaft waren die Niederlagen bei der Oberbürgermeisterwahl in Halle und bei der Landratswahl in Stendal. In Halle scheiterte unser Kandidat Kay Senius mit 17,39% knapp im ersten Wahlgang am Einzug in die Stichwahl. Im Landkreis Stendal verpasste unser Kandidat Lars Schirmer nach einem engagierten Wahlkampf in der Stichwahl den Landratsposten nur um 69 Stimmen. Es gibt aber auch Lichtblicke. In Zerbst, Eisleben und der Verbandsgemeinde Seehausen (Altmark) konnten sich Andreas Dittmann, Jutta Fischer und Robert Reck bei den Bürgermeisterwahlen klar durchsetzen.

LANDESVERBAND

Auf dem Landesparteitag in Salzwedel am 24. und 25. November 2011 wurde der Grundstein für eine Modernisierung der Parteiarbeit gelegt. Mit den Leitstrategien zu Sozialpolitik und Ökologie und Ökonomie wurde mit der Setzung von Arbeitsschwerpunkten begonnen. Der Landesvorstand hat die Themenfelder Verkehr und Städtebau (2012) und Arbeitsmarktpolitik (2013) in den Fokus gesetzt. Als erster Landesbezirk haben wir einen Mitgliederentscheid in einer Sachfrage durchgeführt. Unter der Fragestellung „Bist Du dafür, dass Vollzugspolizisten und -polizistinnen des Landes Sachsen-Anhalt in geschlossenen Einsätzen eine sogenannte rotierende Ziffer gut sichtbar an ihrer Uniform oder ihrem Einsatzanzug tragen?“ beteiligten sich 40,1% der Mitgliedschaft an dem als Briefabstimmung durchgeführten Entscheid. 58% stimmten mit Ja.



Katrin Budde auf dem Juso-Bundeskongress 2012 in Magdeburg zur Kennzeichnungspflicht für Politizistinnen | Foto: SPD Sachsen-Anhalt

Die Etablierung des Neujahrsempfangs und des politischen Aschermittwochs in Köthen ist bestens gelungen. Die sehr guten Besucherzahlen sprechen für sich. Ein besonderer Punkt war die Umsetzung

der verstärkten Nutzung von sozialen Netzwerken auf allen Ebenen. Die von Raphaela Spitaler entwickelte *FACEBOOK-FIBEL* hat sich als sehr geeignetes Instrument erwiesen, um politische Kommunikation in den sozialen Netzwerken zu erleichtern. Nicht von ungefähr hat das Projekt bundesweit Aufmerksamkeit erhalten.

PROJEKTGRUPPEN

Die Arbeit der Projektgruppe *MITGLIEDER* unter Leitung von Wiebke Neumann wurde fortgesetzt. Neben der Mitgliederwerbung hat diese Projektgruppe die Mitgliederbindung, -aktivierung sowie Bildungsarbeit im Blick. Die Beteiligung der Kreisverbände soll grundsätzlich gesteigert werden, weil nur durch die Mitarbeit der Basis die erhofften Erfolge erreicht werden können. Die Arbeit der Projektgruppe *GEGEN RECHTSEXTREMISMUS* mit verschiedenen Akteuren von in- und außerhalb der SPD wurde fortgesetzt. Es finden regelmäßige Sitzungen sowie Fachtagungen statt. Dabei wird ein besonders enger Austausch mit zivilgesellschaftlichen Vereinen und Verbänden gepflegt.

FACHARBEIT

Die Arbeitsgemeinschaften Jusos, ASF, AfA, AG 60plus, ASJ, AfB, ASG und AGS und neuerdings Selbst Aktiv, Migration und Vielfalt und Schwuos sind auf Landesebene organisiert. Darüber hinaus arbeiten Fachausschüsse als direkte Beratungsgremien des Landesvorstands zu spezifischen Politikfeldern: Medien, Demografie, Bauen/Wohnen, Verkehr, Landwirtschaft, Wirtschaft, Kultur, Inneres/Kommunales, Wissenschaft. Daneben gibt es die besonders aktive Historische Kommission sowie als eigenständige Vereine im sozialdemokratischen Umfeld die SGK und das Kulturforum.



Verleihung des Adam-Wolfram-Preises der Historischen Kommission an Ralf Mattern auf dem a.o. Landesparteitag | Foto: Chris Henze

GESCHICHTSARBEIT – PARTEIJUBILÄUM

Auf allen Ebenen der Partei und natürlich in der Historischen Kommission war die Vorbereitung des 150-jährigen Parteijubiläums natürlich Schwerpunkt. Von der großen FES-Ausstellung in Magdeburg und Halle bis zum kleinen Erzähl-Café in den Ortsvereinen wurden eine Vielzahl von Veranstaltungen geplant und im Jubiläumsjahr umgesetzt. Im Berichtszeitraum wurden mit **UDO KRAUSE** und **RALF MATTERN** zwei Mitglieder mit dem **ADAM WOLFRAM-PREIS** für besondere

Leistungen bei der historischen Aufarbeitung der Parteigeschichte auf Vorschlag der *HISTORISCHEN KOMMISSION* geehrt. Die *HISTORISCHE KOMMISSION* unter Leitung von **DR. RÜDIGER FIKENTSCHER** konnte zudem die Fertigstellung des 6. Bandes der *BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE DER SOZIALDEMOKRATIE IN SACHSEN-ANHALT* verkünden.

NEUMITGLIEDERSEMINARE

Im Berichtszeitraum wurden regelmäßige Neumitgliederseminare durchgeführt. Die Teilnehmerzahl dieser halbjährlich stattfindenden Veranstaltungen liegt bei 15–20. Als motivierender Nebeneffekt ergibt sich, dass einige der „Neuen“ bereits Funktionen innehaben und damit dokumentiert wird, dass das Engagement im SPD-Landesverband bereits nach kurzer Zeit zur Übernahme politischer Verantwortung führen kann. Häufig wurde während dieser Veranstaltungsreihe auch das große Interesse der (Neu-)Mitglieder an Personen und Ereignissen aus der Geschichte des Landesverbands deutlich, was seitdem stärker berücksichtigt wird.

PERSONALENTWICKLUNG

Sinkende Mitgliederzahlen und schwindende Einnahmen haben einen großen Einfluss auf die Personalausstattung der Partei. Nach mehrfacher Beratung im Landesvorstand und Diskussionen mit den Kreis- und Stadtvorständen wurde im Jahr 2012 eine Funktional- und Strukturreform durchgeführt. Im Ergebnis gibt es jetzt nur noch zwei Regionalgeschäftsstellen in Halle und Magdeburg, sowie Außenbüros in Dessau und Quedlinburg. Die in den kommenden Monaten durch Verrentung frei werdenden Stellen werden nicht wiederbesetzt. Begleitend wurde eine intensive Aufgabendiskussion geführt. Klare Aufgabenverteilung in kleinen Teams und bessere Kommunikation erhöhen die Arbeitsqualität und Kampagnenfähigkeit. Durch die Konzentration auf die Kernaufgaben wird es möglich sein, den Wegfall der Stellen zu kompensieren und sogar das Dienstleistungsangebot für die Gliederungen zu erweitern. Die Landesgeschäftsführung liegt seit dem 1. Juli 2011 in den Händen von **OLIVER DRABER**.

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDS 2010 – 2012 GEWÄHLT AUF DEM LANDESPARTEITAG IN DER HANSESTADT SALZWEDEL AM 25. UND 26. NOVEMBER 2011

VORSITZENDE	PETRA GRIMM-BENNE
KATRIN BUDDE	KORNELIA KEUNE
	BURKHARD LISCHKA
STELLVERTRETENDE	MARKO MÜHLSTEIN
VORSITZENDE	VICTORIA ORIOLI
RÜDIGER ERBEN	KATJA PÄHLE
HOLGER HÖVELMANN	SILKE SCHINDLER
CORINNA REINECKE	ANDREJ STEPHAN
	ULRICH STOCKMANN
SCHATZMEISTER	WALTRAUD WOLFF
DR. STEFFEN EICHNER	KURT-JÜRGEN ZANDER
BEISITZERINNEN	<i>LTD. LANDESGESCHÄFTSFÜHRER</i>
MARKUS BAUER	OLIVER DRABER



LANDESVERBAND BRANDENBURG

BRANDENBURG

SPD



Foto: SPD BRANDENBURG

DIE DEBATTE IST ERÖFFNET! Mit diesen Worten von Matthias Platzeck startete die SPD BRANDENBURG ihre Leitbilddebatte.

LEITBILD BRANDENBURG 2030

Wir Brandenburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten arbeiten seit mittlerweile 22 Jahren mit vielen anderen daran, unser Land aufzubauen, unser Land voranzubringen, unser Land zu einem Land für alle zu machen. Ein modernes Land mit Perspektiven für alle, ein Land mit guter Bildung und mit guter Arbeit für alle, ein Land, in dem Gemeinsinn mehr gilt als Egoismus, ein weltoffenes Heimatland für alle, die zu uns gehören wollen. Das war, ist und bleibt unsere Vision. Sozialdemokraten finden sich nicht ab mit den Verhältnissen, so wie sie sind ab. Lebenschancen für alle, Gerechtigkeit für alle, ein Land für alle – diese Ziele werden wir niemals ganz und gar erreichen. Das wissen wir. Aber verfolgen müssen wir sie. Parteien müssen wissen, wohin sie langfristig wollen. Genau darum haben wir in den vergangenen zwei Jahren eine große neue Anstrengung unternommen und unseren Zukunftsdialog *BRANDENBURG 2030* auf den Weg gebracht. Wir haben in strukturierter und systematischer Weise über den Tag hinaus gedacht:

- Was sind die großen Chancen und Risiken, die auf Brandenburg zukommen werden?
- Was muss geschehen, damit unser Land auch noch in zwei Jahrzehnten und darüber hinaus ein lebenswertes und ein liebenswertes Land sein kann?
- Was müssen wir gemeinsam tun, um aus Brandenburg ein wetterfestes Land zu machen – ein Land, das den Umbrüchen der nächsten Jahrzehnte standhalten wird? Ein Land, das allen seinen Bürgern auch in stürmischen Zeiten ein sicheres Zuhause ist.
- Welche Werte sind uns und den Menschen hier in Brandenburg wichtig? Wie wollen wir miteinander leben in Brandenburg? Und was müssen wir verändern, damit wir auch so leben können, wie wir uns das wünschen?
- Welche Fehlentwicklungen wir wollen verhindern, die dann eintreten, wenn wir in Brandenburg nicht auf Miteinander setzen, nicht auf Gemeinsinn und auf Zusammenarbeit?

Über alle diese Fragen haben wir intensiv diskutiert, haben wir Ideen überprüft und Ideen neu entwickelt. Unter der Überschrift *BRANDENBURG 2030: PERSPEKTIVEN GEMEINSAM ENTWICKELN* haben wir unsere Zukunftsperspektiven entwickelt, gemeinsam mit vielen Bür-

gerinnen und Bürgern, Experten und Wissenschaftlern, Wirtschaftsleuten, Betriebsräten und Gewerkschaftern, mit Bürgermeistern und Kommunalvertretern, mit Lehrern, Erzieherinnen und vielen ehrenamtlich Engagierten aus Verbänden, Vereinen und Initiativen. In unserem Zukunftspapier *BRANDENBURG 2030* geht es um die langen Linien, um ein Leitbild, einen Orientierungsrahmen.



Etwa 1.000 VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft gaben auf den 4 Fachkonferenzen wichtige Impulse.

Fotos: SPD BRANDENBURG

In unserem Leitbild *BRANDENBURG 2030* steht nun klipp und klar, wie unser Bild von Brandenburg in zwei Jahrzehnten aussieht. **ES HAT VIER KLARE BESTANDTEILE:**

- Erstens: Bildung, Bildung und nochmals Bildung. Wenn Brandenburg ein Land für alle sein und immer stärker werden soll, dann müssen wir Teilhabe und sozialen Aufstieg möglich machen. Darum heißt die entscheidende Herausforderung für unser Land: Bildung. Bildung für alle. Bildung von Anfang an. Bildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Unabhängig davon, ob jemand behindert ist oder nicht. Unabhän-

gig davon, woher er oder sie kommt. Wir wollen, dass kein Kind ohne Schulabschluss bleibt. Wir wollen, dass alle Kinder überall die Möglichkeit haben, das Abitur zu machen. Dazu werden wir kontinuierlich die Übergänge verbessern: von den Kitas in die Schulen, von den Schulen in die Hochschulen, von den Schulen und Hochschulen in die Betriebe.

■ Zweitens: So viel Vorsorge wie nur irgend möglich – damit Brandenburgs Kinder gar nicht erst in Brunnen fallen. Darum stehen wir für eine Politik, die Familien mit Kindern vom Tag der Geburt an unter die Arme greift. Eine Politik, die es Frauen und Männern leicht macht, den Beruf zu verbinden mit Kindern, Familie oder der Pflege von Angehörigen. Dazu brauchen wir viele neue Formen der Kooperation zwischen Kommunen und Land, zwischen staatlichen und privaten Einrichtungen. Dazu brauchen wir „Neues Denken“ nicht zuletzt in den Unternehmen. Dazu müssen wir ehrenamtlich Engagierte und ehrenamtliches Engagement fördern, wo immer es nur geht.

■ Drittens: Brandenburg soll ein Land der guten Arbeit sein – in den berlinfernen Regionen genauso wie im Berliner Umland. Dazu brauchen wir leistungsstarke und innovative Unternehmen. Dazu brauchen wir aber vor allem aber auch eine faire Sozialpartnerschaft zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern, Verbänden, Kammern, starken Gewerkschaften und Betriebsräten.

■ Und viertens: Brandenburg soll auch in Zukunft ein Land des solidarischen Miteinander sein. Nicht nur zwischen den Generationen. Sondern auch zwischen den Regionen. Wir Sozialdemokraten sind die Partei des einen Brandenburg für alle. Unser Brandenburg ist ein Land, das sich nicht auseinanderdividieren lässt. Ein Land, in dem die starken Regionen solidarisch helfen, damit auch in schwächeren Regionen ein lebens- und lebenswertes Leben möglich bleibt. Wir in Brandenburg halten zusammen und wir arbeiten zusammen, weil wir davon alle miteinander viel mehr haben als von engherzigem Egoismus.

Bildung, Vorsorge, Gute Arbeit und ein Brandenburg für alle in allen Regionen! Das sind unsere klaren Antworten auf die Frage: „Was wollt Ihr überhaupt?“ Dafür steht die Brandenburger Sozialdemokratie. Das ist unsere Leitidee für unsere Heimat im Jahr 2030.

Unzweifelhaft begab sich die Brandenburger SPD mit dem Leitbildprozess *BRANDENBURG 2030* auf einen neuen Weg. Die weit über den Rahmen einer parlamentarischen Legislaturperiode hinaus weisenden programmatischen Aussagen zur Zukunft des Landes Brandenburg werden für die SPD die Leitplanken auf dem zukünftigen „Brandenburger Weg“ bilden. Der inhaltliche Rahmen für die Fortsetzung der erfolgreichen Politik der letzten zwanzig Jahre wird damit festgeschrieben. Verbunden mit einem Prozess der konsequent auf Transparenz, Information, Beteiligung und Mitentscheidungsmöglichkeiten für SPD-Mitglieder und Nicht-Mitglieder setzt, war und ist die Zukunftsdebatte über das Leitbild *BRANDENBURG 2030* auch ein Versuch mit noch offenem Ausgang. Damit reagierte die SPD Brandenburg nicht nur auf Symptome der aktuellen Politikverdrossenheit, sondern greift auch auf ihre zivilgesellschaftlichen Traditionen und Wurzeln in der Bürgerbewegung der DDR auf. Die Teilhabe an der Erarbeitung bekommt so einen ähnlich großen Stellenwert, wie das Leitbild *BRANDENBURG 2030* selbst. Bei Erfolg kann dies vielleicht eine Blaupause für den künftigen Dialog zwischen Bürgern und Parteien, aber auch für Diskussionsprozesse innerhalb einer Partei, zumindest für die Brandenburger SPD werden.

SPD BRANDENBURG 2020PLUS

Im Jahr 2010 feierte unser Landesverband den 20. Jahrestag seiner Wiedergründung. Der richtige Zeitpunkt, eine Bestandsaufnahme zur Mitgliederentwicklung vorzunehmen und Schritte einzuleiten, die Zukunftsfähigkeit unserer Partei zu gewährleisten. Aus einer Position der Stärke heraus muss die SPD BRANDENBURG diskutieren, wie die erfolgreiche Politik der letzten Jahre fortgesetzt werden kann. Wir

wollen auch weiterhin auf allen politischen Ebenen Wahlen gewinnen und dieses Land solidarisch und demokratisch gestalten. Die SPD hat in den letzten Jahren Verantwortung für unser Land getragen und dafür gesorgt, dass Brandenburg ein modernes und lebenswertes Land geworden ist. Maßgeblichen Anteil daran hatten insbesondere diejenigen, die in unermüdlicher Arbeit unter schwierigen Bedingungen den Aufbau vorangetrieben haben, und als Funktions-, Amts- und Mandatsträger Verantwortung übernommen und Entscheidungen getroffen haben.



Die TeilnehmerInnen des ersten Durchgangs des Qualitätszirkels auf ihrer Abschlussveranstaltung. | Foto: SPD BRANDENBURG

Heute steht die Partei allerdings vor dem Problem, dass sie über zu wenig und vor allem über zu wenig „nachwachsendes“ Personal verfügt, um ihrem hohen Anspruch gerecht zu werden, als Regierungspartei auch in der Fläche überall und auf allen Ebenen ein adäquates Personalangebot anzubieten. Ein Großteil der Mitglieder und vor allem der Funktionsträgerinnen und der Funktionsträger stammt nach wie vor aus den Anfangsjahren. Das und auch die zu geringen Eintritte neuer Mitglieder in den letzten Jahren lässt sich an der heutigen Mitgliederstruktur deutlich ablesen.

Die SPD BRANDENBURG stellte sich mit dem Projekt: *SPD BRANDENBURG 2020PLUS* folgenden Herausforderung:

1. Es müssen neue, jüngere und mehr weibliche Mitglieder und Unterstützer gewonnen werden.
2. Es müssen auf allen Ebenen die vorhandenen jüngeren und neu hinzugewonnenen Mitglieder in einem Konzept des „Förderns und Forderns“ auf die Übernahme von Verantwortung auf den unterschiedlichsten politischen Ebenen vorbereitet und qualifiziert werden.

DER LANDESVERBAND HAT DESHALB IN ENGER ABSTIMMUNG MIT DEN UNTERBEZIRKEN FOLGENDE BESTANDTEILE DES PROJEKTES BEGONNEN ZU REALISIEREN:

MITGLIEDERWERBEPROJEKTE

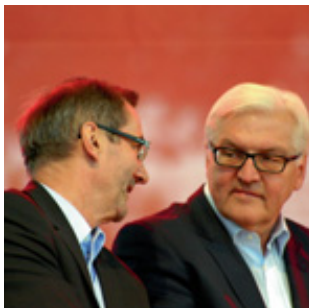
In zunächst vier ausgewählten Unterbezirken (Cottbus, Märkisch-Oderland, Teltow-Fläming und Potsdam-Mittelmark) wurden ab Herbst 2010 Mitgliederwerbeprojekte realisiert. Diese sind nach eigenständig entwickelten Projektideen der Unterbezirke für die Dauer von 12 Monaten umgesetzt worden. Der Unterbezirk Märkisch-Oderland kooperierte mit der ASF BRANDENBURG, das Projekt legte den Schwerpunkt der Mitgliederwerbung auf junge Mädchen und Frauen. Zur finanziellen Unterstützung der Mitgliederwerbeprojekte wurden durch den SPD-Landesverband Projektmittel in Höhe von insgesamt 9.000,00 Euro bereitgestellt. In der Auswertung der einzelnen Mitgliederwerbeprojekte hat der Landesvorstand überwiegend eine ernüchternde Bilanz gezogen. Lediglich im Unterbezirk Cottbus war eine signifikante Steigerung des Mitgliederbestandes festzustellen. In allen anderen Unterbezirken hatten die Mitgliederwerbeprojekte keine spürbaren Wirkungen entfaltet.

Es lässt sich zusammenfassen, dass die Mitgliederwerbung kontinuierlicher Bestandteil der organisationspolitischen Alltagsarbeit sein

muss, die auf allen Ebenen der Partei ernst genommen wird und regelmäßig auf der Tagesordnung steht. Ehren- und Hauptamtliche sollten dabei Hand in Hand arbeiten. Es gibt kein allgemein gültiges Rezept für erfolgreiche Werbearbeit – kein Schema F.

QUALITÄTSZIRKEL

Im Nachgang des Parteitagebeschlusses *SPD BRANDENBURG 2020PLUS* vom 12. Juni 2010 in Velten ist weiterhin der *QUALITÄTSZIRKEL* eingerichtet worden. Neben den 18 Unterbezirken konnten die Landesarbeitsgemeinschaften TeilnehmerInnen vorschlagen. Aus den insgesamt 58 Nominierungen hat der SPD-Landesvorstand 35 TeilnehmerInnen in den ersten Durchgang berufen. Alle Teilnehmer/innen sollen nach dem Willen der entsendenden Unterbezirke in den nächsten Jahren in wichtigen Positionen in Politik und Verwaltung politische Verantwortung übernehmen. Durch Beschluss des Landesvorstands ist ein Durchgang auf zwei Jahre angelegt und umfasst 12 verschiedene Schulungswochenenden, die für alle TeilnehmerInnen verpflichtend sind. Neben den vier Workshop-Wochenenden, die in der Verantwortung



Das Sommerfest der Brandenburger SPD hat sich im Laufe der letzten Jahre zur größten politischen Veranstaltung in Ostdeutschland entwickelt.

Fotos: SPD BRANDENBURG

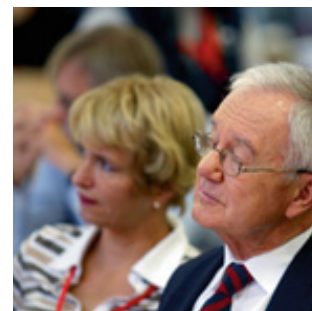
des Landesverbandes lagen, wurden weitere acht Schulungsmodulare in Kooperation mit externen Bildungsträgern durchgeführt. Neben Rhetorik, Projektmanagement, Öffentlichkeitsarbeit und Zeit-/ Selbstmanagement umfasste ein großer Schulungsblock die Vermittlung von kommunalpolitischen Kompetenzen. Die 8 Schulungsmodulare der externen Kooperationspartner konnten von den TeilnehmerInnen in eigener Verantwortung innerhalb von 2 Jahren besucht werden. Die Workshop-Wochenenden fanden für alle 35 TeilnehmerInnen zentral statt.

Darüber hinaus fand eine viertägige Studienfahrt nach Krakau und Warschau statt, in deren Rahmen die TeilnehmerInnen mit wichtigen politischen Akteuren auf Bundesebene, aber auch aus den Wojewodschaften in Kontakt kamen. Besonders eindrücklich war der Besuch der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau. Jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer wurde durch jeweils zwei Mentorinnen bzw. Mentoren (Landesebene und kommunale Ebene) betreut, um den entsprechenden Praxisbezug herzustellen. Dazu wurden zwischen Mentee und Mentorin Zielvereinbarungen über Umfang und Inhalt des Mentoring geschlossen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zogen überwiegend eine durchweg sehr positive Bilanz. Insbesondere durch die kleineren Gruppengrößen (ca. 10–18 Personen) war der Austausch sehr intensiv und die interne Vernetzung – einer der Grundgedanken des Projektes – funktionierte ausgesprochen gut. Abschließend ist



Landesparteitag in Luckenwalde, September 2012 – nach zweijährigem Diskussionsprozess beschließt die SPD BRANDENBURG ihr Leitbild.

Fotos: SPD BRANDENBURG



festzuhalten, dass sich der erste Durchgang des *QUALITÄTSZIRKELS* als Instrument der Personalentwicklung und -qualifizierung sowohl für die TeilnehmerInnen aber auch für die Partei als überaus gewinnbringend erwiesen hat. Der SPD-Landesvorstand hat sich im Februar 2012 zu einer Fortsetzung des Projektes entschlossen und eine entsprechende Ausschreibung für einen zweiten Durchgang an die Unterbezirke und Arbeitsgemeinschaften weitergeleitet. Die entsprechende Auftaktveranstaltung hat im Dezember 2012 stattgefunden.

PARTEIORGANISATION

ORGANISATIONSSTRUKTUR

Im Berichtszeitraum blieb die Zahl der Unterbezirke konstant. Gab es 2010 noch 207 Ortsvereine in den 18 Unterbezirken, so sind es heute noch 202. Die Verringerung liegt vor allem darin begründet, dass kleinere Ortsvereine zusammengeführt wurden. Anlaufpunkt für Bürgerinnen und Bürger sowie Service-Center für die Mitglieder unserer Partei bieten die 17 Geschäftsstellen in den Unterbezirken sowie die Landesgeschäftsstelle im Regine-Hildebrandt-Haus in Potsdam. Damit kann der Landesverband Brandenburg seine hohe regionale Präsenz aufrechterhalten. I.d.R. betreut ein/e Regionalgeschäftsführer/in zwei Unterbezirke. Für die Unterbezirke Potsdam, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming, Dahme-Spreewald, Oberhavel und Uckermark ist eine abweichende Regelung geschaffen worden. Hier werden die Geschäftsstellen jeweils durch Geschäftsführer/in in Teilzeit betreut. Die Landesgeschäftsstelle verfügt über 6 Vollzeitstellen. Das Netzwerk der Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise und Foren, das die SPD unterhält, bietet Mitgliedern, Interessierten und Engagierten neben der klassischen Parteiarbeit Möglichkeiten sich auszutauschen und zu informieren. Durch dieses Netzwerk gelingt es der SPD, das Wissen und die Kompetenzen vieler für unsere Partei nutzbar zu machen.

IM LANDESVERBAND SIND DERZEIT FOLGENDE ARBEITSGEMEINSCHAFTEN AKTIV:

- SPD 60plus ■ JUSOS ■ ASF ■ Afa ■ AfB
- AGS ■ ASJ ■ Selbst aktiv ■ Schwusos

DARÜBER HINAUS EXISTIEREN, ZU UNTERSCHIEDLICHEN THEMENBEREICHEN UND FÜR EINE VIELZAHL VERSCHIEDENER ZIELGRUPPEN, FOLGENDE ARBEITSKREISE UND FOREN:

- Arbeitskreis Jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
- Arbeitskreis Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Polizei

- Arbeitskreis der Christinnen und Christen
- Arbeitskreis Verkehr
- Arbeitskreis Landwirtschaft
- Arbeitskreis Europa
- Kulturforum der Sozialdemokratie
- Wissenschaftsforum

Damit verfügt die SPD BRANDENBURG über ein attraktives und vielfältiges Angebot für Mitglieder und interessierte Bürgerinnen und Bürger.

MITGLIEDERBESTAND

2011: Zum Stichtag 31.12.2011 hatte der SPD-Landesverband Brandenburg 6.261 Mitglieder davon 4.464 (71,30 %) Männer und 1.797 (28,70 %) Frauen. **2012:** Zum Stichtag 31.12.2012 hatte der SPD-Landesverband Brandenburg 6.197 Mitglieder, davon 4.435 (71,57 %) Männer und 1.762 (28,43 %) Frauen.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

INTERNET

Immer mehr Menschen informieren sich über politische Inhalte im Internet- und nutzen die vielfältigen Möglichkeiten, um in den sozialen Netzwerken zu diskutieren. Dadurch verschwimmen auch die Grenzen zwischen klassischer Pressearbeit und politischer Kommunikation im Netz. Zu Beginn des Jahres 2011 wurde der Internetauftritt www.spd-brandenburg.de konsequent weiterentwickelt und auf das Content-Management-Framework TYPO3 umgestellt. Dieses System ermöglicht eine architektonische Vernetzung mit den Internetauftritten der Untergliederungen sowie der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger. Damit wird der Administrationsaufwand vor Ort erheblich erleichtert, ebenso besteht daraus die Möglichkeit Inhalte gemeinsam nutzbar zu machen. Alle Administratorinnen und Administratoren wurden durch den Landesverband individuell auf diesem System geschult. Derzeit gehören dem Internetverbund der Landespartei knapp 200 Internetpräsenzen an. Damit stellt der Landesverband ein kostengünstiges und vielfältiges Unterstützerangebot für seine Untergliederungen sowie für die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger bereit.

VOM LANDESVERBAND WERDEN FOLGENDE INTERNETAUFTRITTE ZENTRAL BETRIEBEN UND REDAKTIONELL BETREUT:

- www.spd-brandenburg.de
- www.matthias-platzeck.de
- www.perspektive-21.de
- www.brandenburg2030.de

Die Präsenz in externen Netzwerken und Diensten, wie Facebook, Google+, Twitter und YouTube wurden ausgebaut. Die Redaktion ist zudem stärker als bisher in der Lage, die Inhalte dieser Plattformen zusammenzuführen und sozialdemokratische Inhalte zu bündeln.

DER ROTE ADLER

Der *ROTE ADLER* ist die Mitgliederzeitung der SPD Brandenburg. Sie erhält jedes Mitglied der märkischen SPD. In ihr berichten wir aus dem Innenleben der Partei oder stellen gelungene Aktionen vor Ort vor. So bunt wie unsere Mitgliedschaft ist auch die Themenbreite des *ROTEN ADLERS*. Das Blatt erscheint als Regionalausgabe der SPD-Mitgliederzeitung *VORWÄRTS*.

PERSPEKTIVE21

Bereits seit 1997 wird vom Landesverband Brandenburg vierteljährlich die Zeitschrift *PERSPEKTIVE21 – BRANDENBURGER HEFTE FÜR WISSENSCHAFT UND POLITIK* herausgegeben. Sie ist kostenfrei beim SPD-Landesverband Brandenburg zu beziehen. Mit mittlerweile 53 Ausgaben hat der Landesverband damit eine eigene Zeitschrift als breites Diskussionsforum zwischen Wissenschaft und Politik geschaffen. In der *PERSPEKTIVE21* werden jenseits von Tagesaktualität wichtige Zukunftsfragen für Brandenburg aber auch die Gesellschaft insgesamt behandelt. Dabei kommen in ihr nicht nur Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu Wort, sondern wir legen Wert auf eine große Bandbreite von Autorinnen und Autoren aus den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft.

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDS GEWÄHLT AUF DEM LANDESPARTEITAG IN LUCKENWALDE AM 22. SEPTEMBER 2012

VORSITZENDER	BEISITZER/-INNEN
MATTHIAS PLATZECK Uckermark	DR. DIETMAR WOIDKE Spree-Neiße
GENERALSEKRETÄR	ANDREA WICKLEIN Potsdam-Mittelmark
KLAUS NESS Dahme-Spreewald	JÖRG VOGELSÄNGER Oder-Spree
STELLVERTRETENDE VORSITZENDE	MIKE SCHUBERT Potsdam
KLARA GEYWITZ Potsdam	INES HÜBNER Oberhavel
DR. MARTINA MÜNCH Cottbus	SIMONA KOß Märkisch-Oderland
SCHATZMEISTER	RAVINDRA GUJJULA Märkisch-Oderland
DR. BURKHARD SCHRÖDER Havelland	PROF. DR. CHRISTINE FÄRBER Potsdam
	STEPHAN LOGE Dahme-Spreewald
	KATRIN LANGE Prignitz



LANDESVERBAND BERLIN

BERLIN

SPD



Vorstellung der Wahlplakate mit Klaus Wowereit. | Foto: Horb

Die Arbeit der Berliner SPD ist in den Jahren 2011 und 2012 geprägt durch die Wahl zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen im September 2011 und der Wahl des Landesvorstands im Juni 2012 mit dem neuen Landesvorsitzenden Jan Stöß. In den Folgemonaten setzt die Berliner SPD stärkere Akzente in der politischen Auseinandersetzung zu den Themen Alterssicherung, öffentliche Daseinsvorsorge und Mieten-/Wohnungspolitik.

Berlin ist heute eine bunte und weltoffene Stadt, die enorm an Attraktivität und wirtschaftlicher Stärke gewonnen hat. Das verbinden die Menschen zu Recht mit der SPD und Klaus Wowereit. Daran setzte die Kampagne zur Abgeordnetenhauswahl an, mit der die SPD die Berlinerinnen und Berliner um politische Unterstützung für die Fortsetzung dieser Erfolgsgeschichte warb. Der zentrale Slogan *BERLIN VERSTEHEN* trifft diesen Kern. Denn letztlich ging es am 18. September 2011 darum, welche Partei und welcher Kandidat zu dieser Stadt passen und den Herausforderungen und Potenzialen unserer Stadt am besten gerecht werden.

Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind Teil dieser Stadt. Sie reden nicht über Berlin, sondern sprechen mit den Berlinerinnen und Berlinern. Das war Grundlage der Kampagne und zeichnete



Vor dem Kurt-Schumacher-Haus: Mitarbeiter und Wahlkampf-Unterstützer mit Klaus Wowereit. | Foto: Horb

Klaus Wowereit als Spitzenkandidaten aus. Dies wurde bei seinen vielen Wahlkampfterminen in allen Teilen der Stadt immer wieder deutlich.

Die Berliner SPD führte einen engagierten Wahlkampf. Sie organisierte an jedem Tag in allen 12 Bezirken mindestens eine öffentliche Aktion, das sind 420 Gelegenheiten, sich in allen Berliner Bezirken zu engagieren. Die SPD setzte im Wahlkampf auch auf Haustürbesuche, um mit den Menschen direkt ins Gespräch zu kommen. In einer Auflage von zuletzt rund einer halben Million Exemplare wurden vier Ausgaben der Zeitung *BERLINER STADTBLATT* verteilt, die jeweils eigene Bezirkeseiten enthalten, die von Redaktionen in den Kreisen erstellt wurden.

Am 16. September 2011 nahmen einige tausend Berlinerinnen und Berliner an der Schlussspurt-Kundgebung mit Klaus Wowereit, Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier und Manuela Schwesig auf dem Potsdamer Platz teil. Die Gruppe Karat trat dort auf. In den letzten 48 Stunden war die SPD ebenfalls mit zahlreichen Ständen – an einigen markanten Plätzen mit Unterstützung der Jusos auch nachts – präsent.

FÜHRENDE POLITISCHE KRAFT IN BERLIN

Das ambitionierte Ziel von 30 plus x Prozent der WählerInnenstimmen, das sich die SPD im Vorfeld des Wahlkampfs gesetzt hat, war bei einem deutlich niedrigeren Bundestrend der SPD, einem von den Grünen vornehmlich gegen die SPD geführten Wahlkampf und dem Erstarken der Piratenpartei zwar nicht zu erreichen. Aber die SPD wurde mit 28,3% zum dritten Mal in Folge mit deutlichem Abstand stärkste Kraft in Berlin vor der CDU (23,3%), den Grünen (17,6%), den Linken (11,7%) und den erstmals ins Parlament einziehenden Piraten (8,9%). Die FDP (1,8%) spielte keine Rolle mehr.

Nach Sondierungsgesprächen sowohl mit der CDU als auch mit den Grünen beschließt der SPD-Landesvorstand auf Vorschlag von Klaus Wowereit und Michael Müller, trotz einer nur knappen rechnerischen Mehrheit Koalitionsverhandlungen mit den Grünen aufzunehmen. „Für den wirtschaftlichen Erfolg und die soziale Gerechtigkeit in unserer Stadt sind gemeinsame Anstrengungen im Bereich der Infrastruktur und der öffentlichen Daseinsvorsorge notwendig und haben für uns besondere Bedeutung“, heißt es im Beschluss. Das Autobahnprojekt des 16. Bauabschnitts der BAB 100 will die SPD zwar nicht grund-

sätzlich aufgeben, aber eine rot-grüne Koalition soll sich aktiv und ernsthaft dafür einsetzen, dass eine Umwidmung der Bundesmittel ermöglicht wird. Dennoch scheitern die Verhandlungen an diesem Punkt. Der SPD-Landesvorstand beschließt Anfang Oktober einstimmig bei einer Enthaltung, die eingeleiteten Koalitionsverhandlungen mit Bündnis 90/Die Grünen zu beenden. Die Berliner SPD nimmt Koalitionsverhandlungen mit der CDU auf. Zum Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011 liegt der Entwurf eines Koalitionsvertrags vor, in dem die sozialdemokratische Handschrift unverkennbar ist. Für den Vertrag stimmen in geheimer Abstimmung 176 Delegierte, 39 sind dagegen, sieben Delegierte enthalten sich. Klaus Wowereit wird am 24. November 2011 vom Berliner Abgeordnetenhaus erneut zum Regierenden Bürgermeister von Berlin gewählt. Für ihn stimmen 84 Abgeordnete, gegen ihn 63, es gibt eine Enthaltung.



Vorstellung Senat SPD – Michael Müller, Dilek Kolat, Klaus Wowereit, Sandra Scheeres und Ulrich Nußbaum. | Foto: Horb

Dem neuen Senat gehören für die SPD neben Klaus Wowereit der bisherige Fraktionsvorsitzende Michael Müller als neuer Senator für Stadtentwicklung und Umwelt und die bisherige stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dilek Kolat als Senatorin für Arbeit, Integration, Frauen an. Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft wird die Berliner SPD-Abgeordnete Sandra Scheeres, Finanzsenator bleibt Ulrich Nußbaum.

UNSERE THEMEN

■ REKOMMUNALISIERUNG DER ÖFFENTLICHEN DASEINSVORSORGE

Unter dem Eindruck der Haushaltsnotlage hatte das Land Berlin seit 1990 zahlreiche Einrichtungen der sozialen Daseinsvorsorge ganz oder teilweise privatisiert. Inzwischen muss man feststellen, dass sich viele damit verbundene Erwartungen nicht erfüllt haben. Am Beispiel der Berliner Wasserbetriebe sieht man, dass die Privatisierung zu höheren Wasserkosten für die Bevölkerung und verschlechterten Angeboten geführt hat. Das ist sicherlich eine Ursache dafür, dass eine privatisierungskritischer Volksentscheid zu den Wasserbetrieben 2011 erfolgreich war. Die Berliner SPD hat in den vergangenen Jahren intensiv über die Aufgabe kommunaler Unternehmen und die öffentliche Verantwortung für die Daseinsvorsorge diskutiert. Die Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge ist ein Kernanliegen der SPD in Berlin. Erste Erfolge konnten bereits erzielt werden: Das Land Berlin hat die Anteile des privaten Anteilseigners RWE an den Wasserbetrieben übernommen, bei der Konzession für die Strom- und Gasnetze wird sich das Land bewerben und mit dem Koalitionspartner CDU wurde der Aufbau eines Berliner Stadtwerks vereinbart.

■ ZUKUNFT DER ALTERSSICHERUNG

Die SPD hat im November 2012 ein neues Rentenkonzept beschlossen. Als Landesverband Berlin haben wir uns dabei mit einer eigenen rentenpolitischen Positionierung im Vorfeld eingebracht. Wir wollen auch zukünftig eine strukturell armutsfeste gesetzliche Rente, die einen wesentlichen Beitrag zur Lebensstandardsicherung leistet. Die Alterssicherung ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die solidarisch fi-

nanziert werden muss. Wenn heute nicht die Weichen anders gestellt werden, droht jedoch vielen Menschen im Alter zukünftig Armut und sozialer Abstieg, selbst wenn sie ihr Erwerbsleben lang in die Rentenversicherung eingezahlt haben. Es gibt im Wesentlichen zwei Ursachen für diese Entwicklung: Zum einen führen Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt dazu, dass viele Menschen geringere Rentenanwartschaften erwerben. Zum anderen wird das Rentenniveau auf 43% im Jahr 2030 abgesenkt. Wer im Niedriglohnbereich arbeitet, Minijobs ohne Sozialversicherungspflicht oder längere Phasen der Arbeitslosigkeit hat, bekommt im Alter oft nur eine gesetzliche Rente auf dem Niveau der Grundsicherung. Wenn wir heute schon das Rentenniveau des Jahres 2030 hätten, müsste jemand mit Durchschnittsverdienst 33 Jahre ununterbrochen Vollzeit arbeiten, um eine Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus zu erreichen. Die private Vorsorge kann die entstehende Versorgungslücke nur in vielen Fällen nicht schließen. Alleine Korrekturen der Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt reichen nicht aus: Die geringen Rentenanwartschaften sind bereits in vielen Renten-Versicherungsbiografien eingeschrieben und selbst ein Mindestlohn von 8,50 Euro führt auch bei Vollzeitbeschäftigung nur zu einer Rente unterhalb der Grundsicherung im Alter. Deshalb müssen auch in der Rentenpolitik Korrekturen erfolgen. Der Landesvorstand beschloss im August 2012 ein rentenpolitisches Thesenpapier, das die Grundlage bildete für die innerparteiliche Diskussion im Landesverband Berlin und mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Gewerkschaften und Sozialverbänden, auf einer Fachtagung mit weit über 200 Anmeldungen beraten wurde. Wenn eine große Zahl an Versicherten trotz jahrzehntelanger Beitragszahlung im Alter nur eine Rente auf Grundsicherungsniveau erhält, würde das die Legitimation unseres Rentensystems massiv in Frage stellen. Im Thesenpapier forderte der Landesvorstand deshalb u.a. die Stabilisierung des Rentenniveaus auf dem heutigen Niveau, die durch einen Verzicht auf weitere kurzfristige Senkungen des Rentenbeitrags verzichtet und den Aufbau einer Demografie-Rücklage finanziert werden soll. Damit wurde ein Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbunds aufgegriffen. Das Thesenpapier des Landesvorstands wurde auf dem Landesparteitag im Oktober 2012 als Leitantrag beschlossen. Viele Forderungen hielten Einzug in die Beschlusslage des Parteikonvents.

■ BEZAHLBARER WOHNRAUM IN EINER WACHSENDEN STADT

Berlin wächst und gewinnt jedes Jahr zusätzliche Einwohner – bis zum Jahr 2030 auf voraussichtlich 3,75 Mio. Das heißt, Berlins Einwohnerzahl wird um die Größenordnung eines zusätzlichen Bezirks wachsen. Diese erfreuliche Entwicklung ist auch eine große politische Herausforderung. Mehr Einwohner benötigen mehr Infrastruktur, mehr ÖPNV, mehr soziale Einrichtungen, mehr Bildungseinrichtungen und vor allem mehr Wohnraum. Jahrelang waren niedrige Mieten ein großer Vorteil Berlins. Berlin ist eine Mieterstadt. Doch in den vergangenen Jahren sind die Mieten auch in Berlin deutlich angestiegen, gerade in der Innenstadt können sich viele Berlinerinnen und Berliner eine Wohnung in ihrem Kiez nicht mehr leisten. Das wird eine der großen politischen Herausforderungen für Berlin in den kommenden Jahren. Dazu sind Veränderungen im Bundesrecht notwendig, wie zum Beispiel eine wirksame gesetzliche Begrenzung der Mietpreissteigerungen. Vor allem aber benötigen wir in Berlin wieder mehr Neubau von bezahlbarem Wohnraum.

VERANSTALTUNGEN UND AKTIONEN

LANDESPARTEITAG AM 13. MAI 2011. Mit dem Landesparteitag im Mai 2011 startete die Berliner SPD in den Abgeordnetenhauswahlkampf. Klaus Wowereit wurde einstimmig als Spitzenkandidat der Berliner SPD nominiert. *STOLZ AUF BERLIN* lautete das Parteitagsmotto. Und Klaus Wowereit machte deutlich, dass dieser Stolz auf eine lebendige und pulsierende Stadt berechtigt ist. Die Erfolge des Senats werden in zahlreichen Bereichen deutlich: in der Wirtschaftspolitik, beim Tourismus, in



Start in den Abgeordnetenhauswahlkampf: Die Kandidatinnen und Kandidaten auf dem Landesparteitag. | Foto: Horb

der Kultur. Die rund 1.000 Delegierten und Gäste unterstützten Klaus Wowereit mit minutenlangem Beifall. Bei einer Gegenstimme wurde von den Delegierten das BERLINprogramm 2011–2016 beschlossen.

LANDESPARTEITAG AM 21. NOVEMBER 2011. In geheimer Abstimmung stimmten die Delegierten dem Koalitionsvertrag mit der CDU zu. Für den Vertrag votierten 176 Delegierte, dagegen 39. Sieben Delegierte enthielten sich. Der Koalitionsvertrag mit der CDU trage deutlich eine sozialdemokratische Handschrift, sagte der damalige SPD-Landesvorsitzende Michael Müller. „Diese 100 Seiten sind mit roter Tinte geschrieben.“ Michael Müller dankte den vielen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern, die zum Erfolg der SPD beigetragen hatten. Zum dritten Mal habe die SPD den Regierungsauftrag erhalten. „Das ist ein tolles Ergebnis.“ Wirtschaft, Arbeit und sozialer Zusammenhalt ziehen sich als roter Faden durch die Koalitionsvereinbarung, betonte Michael Müller. „Es geht um gute Arbeit, um soziale Gerechtigkeit in der Bildungspolitik, darum, dass die Menschen in ihren Quartieren bleiben können.“ Die SPD habe für Bündnisse jenseits der CDU gekämpft, in den Sondierungsgesprächen mit den Grünen aber erkennen müssen, dass eine Einigung nicht zu erreichen sei.



Neugewählter Landesvorstand 2012: Fritz Felgentreu, Barbara Loth, Jan Stöß, Iris Spranger, Philipp Steinberg, Ulrike Sommer. | Foto: Horb

Programmdialog der Berliner SPD: Mitglieder brachten ihre Ideen ein. | Foto: Horb

LANDESPARTEITAG AM 9. JUNI 2012. Zum neuen SPD-LANDESVORSITZENDE wurde auf dem Landesparteitag im Juni 2012 der bisherige Kreisvorsitzende der SPD Friedrichshain-Kreuzberg **JAN STÖß** gewählt. Er setzte sich mit 123 Stimmen gegen den Amtsinhaber **MICHAEL MÜLLER** durch, auf den 101 Stimmen entfielen. Es gab eine Enthaltung. Im

Vorfeld des Landesparteitags hatten beide Kandidaten auf Kreisdelegiertenversammlungen und Mitgliederforen ihre Konzepte vorgestellt. Auch die von Jan Stöß vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten **FRITZ FELGENTREU**, **BARBARA LOTH**, **IRIS SPRANGER** und **PHILIPP STEINBERG** als **STELLVERTRETENDE VORSITZENDE** sowie **ULRIKE SOMMER** als **LANDESKASSIERERIN** wurden gewählt. Jan Stöß rief dazu auf, die Reihen nach diesem Parteitag schnell wieder zu schließen. Er werde das Profil der SPD als Partei der sozialen Gerechtigkeit betonen und setzt auf Themen wie die Sicherung von bezahlbarem Wohnraum und die Rekommunalisierung.

LANDESPARTEITAG AM 27. OKTOBER 2012. Mit großer Mehrheit beschließt die Berliner SPD ihr Konzept zur Alterssicherung. Kernpunkte sind die Sicherung des Rentenniveaus bei mindestens 50% und eine Angleichung der Renten in Ost und West. In ihrem Antrag macht die Berliner SPD den Zusammenhang von guten Löhnen und ausreichender Alterssicherung deutlich. Auf dem Landesparteitag weist der SPD-Bundestagsabgeordnete Ottmar Schreiner in einer engagierten Rede auf die Bedeutung der Sozialpolitik und einer glaubwürdigen Rentenpolitik hin. Auch der Leitantrag **PARTIZIPATION UND DIGITALE TEILHABE IN DER SOZIALEN STADT** – vorgestellt vom stellvertretenden Landesvorsitzenden Philipp Steinberg – wird mit großer Mehrheit bei 5 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen angenommen. In Zeiten zunehmender Digitalisierung des Lebens fordert die Berliner SPD den uneingeschränkten Zugang zu Informationen und gesellschaftlicher Teilhabe für alle.

MITGLIEDERFOREN

Die Berliner SPD setzt weiter auf eine starke Einbeziehung ihrer Mitglieder in die politischen Debatten. Am 27. März 2012 findet im Wedding ein Mitgliederforum zum Thema **GEGEN RECHTE GEWALT** statt, auf der die Bundestagsabgeordnete Eva Högl und der ehemalige Innensenator Ehrhart Körting eine Einschätzung zur Aufarbeitung der NSU-Morde und der Gefahren durch rechtsextreme Gewalttäter geben. Im Mai 2012 finden im Vorfeld des Landesparteitags vier regionale Mitgliederforen der Berliner SPD statt, auf denen die Kandidaten für den SPD-Landesvorsitz Michael Müller und Jan Stöß ihre Vorstellungen zur Weiterentwicklung der Berliner SPD vorstellen und sich den Fragen aus der Mitgliedschaft stellen.

PER DIALOG ZUM WAHLPROGRAMM. Mitglieder und interessierte Bürgerinnen und Bürger werden 2011 erstmals direkt in die Erarbeitung des Wahlprogramms der Berliner SPD für die Abgeordnetenhauswahl am 18. September 2011 einbezogen. Im Februar 2011 startet die Berliner SPD einen Online-Dialog über ihr **BERLINprogramm 2011-2016**. Der vollständige Text des Entwurfs zum Wahlprogramm steht auf der Internetplattform www.berlin-miteinander.de zur Verfügung, die einzelnen Kapitel können dort kommentiert werden. Viele zum Teil detaillierte Anregungen und Kommentare gehen ein, werden ausgewertet und fließen in die überarbeitete Fassung ein, die Mitte Mai 2011 auf dem Landesparteitag der Berliner SPD beschlossen wird.

„JEDE UND JEDER EINZELNE ZÄHLT, JEDER MUSS MITGENOMMEN WERDEN.“ Was Klaus Wowereit als sozialdemokratisches Wahlziel formulierte, um den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken, gilt auch beim Auftakt des SPD-Programmdialogs im Februar 2011: Gut zwei Stunden diskutieren 250 SPD-Mitglieder aus Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg, Pankow und Reinickendorf intensiv über ihre Anforderungen an das Wahlprogramm. In kleineren Tischrunden geht es um Bildung und Verkehrspolitik, um die Sorge vor steigenden Mieten oder die Finanzierung der Kita-Eigenbetriebe. Zwei weitere Dialogveranstaltungen für die Mitglieder der übrigen Kreise folgen noch im selben Monat. Die Ergebnisse werden festgehalten und von der Programmkommission unter Leitung von Hella Dunger-Löper in den



Programmentwurf eingearbeitet.

FRAUENMITGLIEDERWERBEKAMPAGNE

Der Berliner SPD Landesverband und seine 12 SPD Kreise haben es sich zum Ziel gesetzt, den Anteil von Frauen in der politischen Arbeit und in der Mitgliedschaft bis Ende 2013 deutlich zu erhöhen. Das Konzept ist als Prozess angelegt, so dass innerhalb eines Zeitraumes von August 2012 bis März 2013 verschiedene aufeinander aufbauende Aktivitäten möglich sind. Hierfür werden folgende Maßnahmen zur Umsetzung des Ziels vorgeschlagen: Frauen machen anders Politik. Frauen wollen anders angesprochen und eingebunden werden. Deswegen brauchen wir natürlich spezielle Materialien für unsere Frauenkampagne. Materialien, die von den Abteilungen und Kreisen zur Werbung weiblicher Mitglieder eingesetzt werden können. Gemeinsam mit einer Agentur wurden Karten, Button und Lesezeichen entwickelt. Die Karten wurden professionell in Berliner Szenekneipen, Restaurants und Cafés verteilt und waren innerhalb kürzester Zeit vergriffen. Eine signifikante Steigerung der Eintritte von Frauen nach dieser Kartenaktion lässt darauf schließen, dass sie durchaus Anstoß für einige war, sich zukünftig politisch in der SPD zu engagieren.

WORKSHOPS UND COACHING FÜR GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT.

Für die Abteilungen und Kreise werden vom Landesverband aufeinander aufbauende Workshops und individuelle Hilfestellungen angeboten, die die Werbung weiblicher Mitglieder verstärken und Denkanstöße zur Reflektion und Veränderung innerparteilicher Arbeits- und Verhaltensweisen geben sollen. Mit einem Auftaktworkshop und dem Coaching der 14 Pilotabteilungen werden neue Formen der aktiven Beteiligung von Frauen in der Parteiarbeit erprobt. Durchgeführt werden diese Gespräche vor Ort von einer Trainerin und Kommunikationsberaterin und einem Gendertrainer. Das geschlechtergemischte Team ermöglicht in der Reflexion wie im Umgang mit den Abteilungen eine hohe Flexibilität und demonstriert in der Herangehensweise von vornherein eine Geschlechtermischung. Die Mentoringprogramme der Kreise werden begleitet und durch zentrale Workshops und Themenabende unterstützt. Die Workshops sind Schulungsangebote für die Mentees, z.B. *STARK AUFTRETEN UND POLITIK MACHEN* (analog der *LÖWINNEN-SEMINARE*). Ein Workshop findet im Herbst 2012 und ein Workshop im Frühjahr 2013 statt.

MITGLIEDERFORUM FRAUEN. Mit großem Erfolg führen wir seit einiger Zeit unsere Reihe *MITGLIEDERFORUM* durch, in der unsere Mitglieder von SPD-BundespolitikerInnen über aktuelle sozialdemokratische Politik informiert werden und darüber im Kreise Gleichgesinnter diskutieren können. Ein solches Veranstaltungsformat nur für Frauen wird es im März 2013 geben.

EVALUATION. Die Ergebnisse der Bestandsaufnahmen und Maßnahmen werden für den Landesvorstand aufbereitet und in den Parteiliegungen diskutiert. Eine Evaluationsveranstaltung zum Abschluss des Projektzeitraums muss an die Erfahrungen der hier dargestellten Maßnahmen angepasst werden und sollte daher erst zu einem späteren Zeitpunkt konzipiert werden.

KAMPF FÜR DEN ATOMAUSSTIEG. Angesichts des dramatischen Unglücks am Atomreaktor Fukushima in Japan bekräftigt die Berliner SPD am 14. März 2011 ihre Forderung nach einem Atomausstieg auf einer Kundgebung vor dem Bundeskanzleramt. Zahlreiche Berliner SPD-Mitglieder folgen dem Aufruf des Landesverbandes und demonstrieren am 26. März 2011 gemeinsam mit hunderttausend Berlinerinnen und Berlinern gegen die schwarz-gelbe Atompolitik. Rund 25.000 Bürgerinnen und Bürger beteiligen sich am 28. Mai 2011 an den Aktionen für den Atomausstieg. Gut zu erkennen ist die SPD dabei durch einen großen Anti-Atom-Turm der SPD-Abteilung Südstern.



Demonstration für den Atomausstieg im März 2011. | Foto: Horb

Rund 80 Mädchen nehmen jedes Jahr am Girls' Day mit der Berliner SPD teil. | Foto: Fiedler

GIRLS' DAY MIT DER BERLINER SPD. Eine gute Tradition ist die Beteiligung der Berliner SPD am *GIRLS' DAY*. Im April 2011 und 2012 nehmen jeweils rund 80 Mädchen die Gelegenheit wahr, einen Einblick in das Berufsfeld Politik zu bekommen. Als Mentorinnen und Mentoren stellen sich Stadträte, Bürgermeister, Senatoren und Abgeordnete zur Verfügung. Initiiert worden ist die Teilnahme des Landesverbandes am *GIRLS' DAY* durch die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) und durch die Jusos Berlin. Mit der Teilnahme am *GIRLS' DAY* sollen junge Frauen ermutigt werden, sich auf das in den Medien häufig noch männlich geprägte Feld der aktiven Politik zu trauen, sich politisch zu engagieren und eigene Vorstellungen stärker durchzusetzen.

EINSCHULUNGSAKTION. Seit vielen Jahren begrüßt die Berliner SPD Eltern und Schulanfänger am Tag der Einschulung mit einer kleinen Überraschungstüte. Darin enthalten sind Stundenplan, Buntstifte und eine Brotdose sowie eine aktuelle Broschüre, die den Text des Schulgesetzes enthält und Eltern ihre Mitwirkungsrechte erläutert. 2011 und 2012 findet die Einschulungsaktion wieder vor nahezu allen Berliner Grundschulen statt.

KAMPF GEGEN RECHTS. Der Kampf gegen rechts und das Engagement für Demokratie und Toleranz nimmt einen breiten Raum in der Arbeit der Berliner SPD ein. SPD und Berliner Jusos unterstützen 2011 und 2012 das Bündnis gegen die Aufmärsche von Neonazis in Dresden zum Jahrestag der Bombardierung. „Wir werden nicht akzeptieren, dass Neonazis die Geschichte verdrehen und die eigentlichen Opfer des Nationalsozialismus verhöhn“, heißt es 2011 im Aufruf des Landesverbandes an die Mitglieder der Berliner SPD zur Teilnahme. In Berlin beteiligt sich die SPD im Bündnis mit anderen demokratischen Parteien und Organisationen an Demonstrationen und Kundgebungen gegen Aktionen und Aufmärsche von Neonazis. 2011 verüben Neonazis zwei Brandan-

schläge auf die Falkeneinrichtung Anton-Schmaus-Haus in Neukölln, 2012 mehrere Anschläge auf Büros der SPD sowie einzelne engagierte Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. „Wir werden uns nicht einschüchtern lassen, sondern umso motivierter weiter gegen rechts arbeiten“, erklären im Herbst 2012 der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß und der Jusos-Vorsitzende Kevin Kühnert. „Der Angriff auf eines unserer Mitglieder ist auch ein Angriff auf unsere Partei.“

Mit dem seit 1978 verliehenen **JUGENDMEDIENPREIS DAS ROTE TUCH** würdigen die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf und die Berliner SPD alle zwei Jahre Werke, in denen antidemokratische oder neofaschistische Tendenzen in unserer Gesellschaft kritisch dargestellt, demokratisches Handeln der jungen Generation, insbesondere auch gegenüber Minderheiten, gefördert und zur Immunisierung der Jugend gegen antidemokratische Bestrebungen in unserer Republik beigetragen wird. 2011 geht der Preis, der mit 2.500 Euro dotiert ist, an das *dokumentar-theater berlin* für die Inszenierung *VERGESSENE BIOGRAFIEN*.

PARTNERSCHAFT MIT DER PS PARIS. Die Berliner SPD und die Pariser PS setzen die gegenseitigen Besuche im Rahmen ihrer Partnerschaft fort. Um die Stadtentwicklungspolitik und Verkehrsentwicklung in den Metropolen Paris und Berlin geht es auf einer Diskussionsveranstaltung am 19. März 2011 in Paris, bei der eine Gruppe von Berliner SPD-Mitgliedern zu Gast ist. Im Februar 2012 sind Mitglieder der PS zu Gast in Berlin und diskutieren die Krise des Euro.

BERLINER SPD-ABGEORDNETE VOR ORT. Die Berliner SPD-Abgeordneten setzen 2011 ihre Stadtteiltage fort. Dabei besuchen sie soziale Einrichtungen, Sportvereine oder Betriebe in ihrem Wahlkreis, informieren sich über die Sorgen der Anwohner und stehen an Infoständen an zentralen Orten im Wahlkreis für Gespräche zur Verfügung. Vom 28. Februar bis zum 2. März 2011 beteiligen sich zahlreiche Berliner SPD-Abgeordnete an den Praxistagen im Gesundheitswesen und übernehmen eine Schicht in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen.

AKTIONEN DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN UND FOREN. Mit ihren Jahresempfängen bieten Arbeitsgemeinschaften und Foren der Berliner SPD einen hervorragenden Rahmen für anregende Gespräche mit vielen engagierten Berlinerinnen und Berlinern. Die AG 60plus lädt zu Beginn jedes Jahres die in den Seniorenvertretungen und in den Vereinen engagierten Seniorinnen und Senioren ein.

Im Mai 2011 hatte das **FORUM SPORT** die vielen im Sport ehrenamtlich tätigen Helferinnen und Helfer zu einem Sportempfang der Berliner SPD in die O2-World eingeladen. Klaus Wowereit, der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller und die Vorsitzende des Forums Sport der Berliner SPD Karin Seidel-Kalmutzki würdigten die Arbeit in den Berliner Vereinen.

Die **ASF** lud am 17. August 2011 zu einem Empfang im Berliner Zoo-Restaurant. Berlin ist die Stadt der Frauen, so die ASF. Deutlich wurde auf dem Empfang: Moderne Gleichstellungspolitik und Engagement für die Rechte von Frauen sind Markenzeichen der Berliner SPD. Unter dem Motto **WIR SIND BERLIN** veranstaltete die **AG MIGRATION** der SPD Berlin am 31. August 2011 einen Empfang mit Klaus Wowereit in der Berlinischen Galerie.

Das **KULTURFORUM STADT BERLIN DER SOZIALDEMOKRATIE** feiert mit einem Empfang in der Kulturbrauerei am 18. Juni 2011 sein zehnjähriges Bestehen. Mit dabei sind zahlreiche Künstlerinnen und Künstler aus allen Bereichen sowie – wie bei der Gründung – Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit und Wolfgang Thierse.

Mit einem eigenen Wagen beteiligen sich die Schwusos 2011 und 2012 am **CHRISTOPHER STREET DAY**. Dabei geht es auch darum, den Kampf gegen Ausgrenzung und Diskriminierung fortzusetzen. Rund 700.000 Berlinerinnen und Berliner sowie Gäste der Stadt kommen jedes Jahr zum CSD-Umzug. Unter dem Motto **FAIRPLAY FÜR VIELFALT** steht 2011 die Akzeptanz im Sport im Mittelpunkt. Im Jahr 2012 treten die Schwusos in Anlehnung an das Thema des CSD unter dem Motto **UNWISSENHEIT IST HEILBAR. WISSEN SCHAFFT AKZEPTANZ.** auf.

KOMMUNIKATION. Mit der im Wahljahr 2011 erstmals erschienenen Bezirkszeitung **BERLINER STADTBLATT** hat die Berliner SPD ein erfolgreiches Zeitungsprojekt gestartet, das auch 2012 mit drei Ausgaben fortgesetzt wird. Das Berliner Stadtblatt wird mit acht Seiten im Berliner Format in einer Auflage von rund 400.000 Exemplaren teils kommerziell, teils ehrenamtlich verteilt. Zwei Seiten stehen für regionale Beiträge zur Verfügung, die von Bezirksredaktionen erstellt werden. Mit der **BERLINER STIMME** hat der Landesverband zudem eine 14-täglich erscheinende Abonnementszeitung, die neben der aktuellen Berichterstattung einen Schwerpunkt auf innerparteiliche Debattenbeiträge legt.

LANDESVORSTAND DER BERLINER SPD GEWÄHLT AM 9. JUNI 2012

LANDESVORSITZENDER
DR. JAN STÖß

STELLVERTRETER/-INNEN
DR. FRITZ FELGENTREU
BARBARA LOTH
IRIS SPRANGER
DR. PHILIPP STEINBERG

LANDESKASSIERERIN
ULRIKE SOMMER

BEISITZER/-INNEN:
MONIKA BUTTGEREIT
LUCYNA JACHYMIAK-KROLIKOWSKA
BIRGIT MONTEIRO

KLAUS MINDRUP
ULRIKE NEUMANN
MARK RACKLES

JAN-CHRISTOPHER RÄMER
BARBARA SCHEFFER

KREISVORSITZENDE
(01) BORIS VELTER
Mitte

(02) JULIA SCHIMETA
Friedrichshain-Kreuzberg
(03) ALEXANDER GÖTZ
Pankow

(04) CHRISTIAN GAEBLER
Charlottenburg-Wilmersdorf
(05) RAED SALEH
Spandau

(06) DR. MICHAEL ARNDT
Steglitz-Zehlendorf
(07) DILEK KOLAT
Tempelhof-Schöneberg
(08) DR. FRITZ FELGENTREU
Neukölln
EROL ÖZKARACA
Vertreter des Kreises im LV
(09) OLIVER IGEL
Treptow-Köpenick
(10) STEFAN KOMOß
Marzahn-Hellersdorf
(11) OLE KREINS
Lichtenberg
(12) JÖRG STROEDTER
Reinickendorf (kooptiert)

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN
ROLF WIEGAND
Vertreter der AfA

ANGELIKA SYRING
Vertreterin der AGS
DR. EVA HÖGL
Vorsitzende der ASF
WERNER KLEIST
Vorsitzender der AG 60 plus
AZIZ BOZKURT
Vorsitzender der AG Migration
KEVIN KÜHNERT
Vorsitzender der Jusos
ANDRÉ ROSTALSKI
Vorsitzender der Schwusos

REGIERENDER BÜRGERMEISTER
VON BERLIN
KLAUS WOWEREIT

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERIN
KIRSTIN FUSSAN
(seit Sept. 2012)



LANDESVERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN

NRW
SPD



Dialog auf Augenhöhe. Hannelore Kraft
im Landtagswahlkampf 2012. | Foto: David Sievers

Seit dem letzten Berichtszeitraum ist viel geschehen. Nach den Landtagswahlen im Jahr 2010 führten wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen eine rot-grüne Minderheitsregierung – seit den Neuwahlen im Mai 2012 setzen wir unsere erfolgreiche Regierungsarbeit in einer stabilen Mehrheit mit Bündnis 90/Die Grünen fort.

LANDESPARTEITAGE, KONFERENZEN UND KONVENTE

GELSENKIRCHENER KONFERENZ 2011

18./19.03.2011 – HOTEL MARITIM GELSENKIRCHEN

An den Gelsenkirchener Gesprächen nehmen neben den nordrhein-westfälischen SPD-Abgeordneten aus Europa, Bund und Land traditionell auch die Mitglieder des SPD-Landesvorstands und Vertreter der kommunalen Ebene teil. Ziel ist dabei die gegenseitige Information, Abstimmung und Koordinierung der politischen Arbeit.

Am 18./19.03.2011 jährte sich die Konferenz zum siebten Mal. Die 200 KonferenzteilnehmerInnen beschäftigten sich dabei unter anderem mit aktuellen Fragen der Verkehrspolitik, vor allem mit dem Schienen- und Straßenverkehr in Nordrhein-Westfalen, sowie mit langfristigen Auswirkungen und volkswirtschaftlichen Effekten einer nachhaltigen Bildungspolitik. Die Vorsitzende der NRWSPD, Hannelore Kraft, beleuchtete noch einmal die zentrale Bedeutung der Bildungspolitik für die Zukunftsfähigkeit des Landes Nordrhein-Westfalen und verwies in diesem Zusammenhang unter anderem auf die im Landtag beschlossene Abschaffung der Studiengebühren zum Wintersemester 2011.

GELSENKIRCHENER KONFERENZ 2012

02./03.03.2012 – HOTEL MARITIM GELSENKIRCHEN

Die Gelsenkirchener Gespräche im Folgejahr fanden unter der Überschrift *DIE SOZIALE SPALTUNG IN DEUTSCHLAND BEKÄMPFEN – GRUNDLAGEN FÜR AUFSTIEG UND SOZIALE GERECHTIGKEIT SCHAFFEN* statt. Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, erörterte in einem Impulsreferat die Entwicklungen und neuen Trends bei der regionalen Armutsentwicklung in Deutschland. In vier Arbeitsgruppen diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer anschließend über Maßnahmen zur Verhinderung von prekärer Arbeit, die Frage, wie eine intakte Infrastruktur zu

Armutsbekämpfung und gesellschaftlicher Teilhabe beitragen kann, die Rolle von Familie und Bildung im Zusammenhang mit Armutsbekämpfung und das Thema *HANDLUNGSFÄHIGE KOMMUNEN – VORAUSSETZUNG FÜR GELINGENDE PRÄVENTION*.

ZUKUNFTSKONVENT 2011

21.05.2011 – LVR INDUSTRIEMUSEUM OBERHAUSEN

Der Zukunftskonvent 2011 stand unter der Überschrift *VERANTWORTUNG FÜR NRW – HEUTE DIE ZUKUNFT GESTALTEN* und fand etwa ein Jahr nach der Übernahme der Regierungsverantwortung in NRW statt. Wir hatten uns auf den Weg gemacht, den im Wahlkampf angekündigten Politikwechsel Schritt für Schritt umzusetzen. Die SPD-geführte Landesregierung hatte die Studiengebühren zum Wintersemester 2011 abgeschafft. Die ersten Gemeinschaftsschulen gingen zum nächsten Schuljahr an den Start und das dritte Kindergartenjahr wurde beitragsfrei. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Zukunftskonvents diskutierten mit prominenten Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft darüber, welche weiteren Schritte zu gehen sind, um bessere Chancen für noch mehr Kinder und Jugendliche zu schaffen. Es ging um Investitionen in Vorbeugung, um die Verhinderung sozialer Folgekosten und darum, unsere Wirtschaft dauerhaft zu stärken. Die Quintessenz lautete: Eine vorbeugende Politik macht sich bezahlt. Sie sichert Nordrhein-Westfalen eine gute Zukunft.



Der Zukunftskonvent in Oberhausen 2011. | Foto: NRWSPD



Hannelore Kraft beim Landesparteitag 2011 in Mülheim an der Ruhr. | Foto: NRWSPD

AUSSERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG 24. SEPTEMBER 2011 – RWE-HALLE MÜLHEIM

Unter dem Motto *VERANTWORTUNG FÜR NRW. HEUTE DIE ZUKUNFT GESTALTEN* fand am 24. September 2011 der außerordentliche Parteitag in Mülheim an der Ruhr statt. In der Heimatstadt unserer Landesvorsitzenden Hannelore Kraft standen – ein Jahr nach dem Start der rot-grünen Landesregierung – Bilanzen und Perspektiven sozialdemokratischer Politik in Nordrhein-Westfalen im Mittelpunkt der Debatten. Die vier Leitanträge **L1: WIDER DIE NATIONALSTAATLICHEN TENDENZEN – INTEGRATION IN EUROPA VORANTREIBEN**, **L2: BESTE CHANCEN FÜR KINDER UND FAMILIE – ECKPUNKTE EINER SOZIALDEMOKRATISCHEN KINDER- UND FAMILIENPOLITIK FÜR NRW**, **L3: FORTSCHRITT UND LEBENSQUALITÄT DURCH VERANTWORTUNGSVOLLE WIRTSCHAFTS-, INDUSTRIE-, ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK SCHAFFEN** sowie **L4: NORDRHEIN-WESTFALEN MUSS BEI DER VERKEHRSPOLITIK DES BUNDES SEINER BEDEUTUNG ENTSPRECHEND ANGEMESSEN BERÜCKSICHTIGT WERDEN** bildeten hierfür den Rahmen. Darüber hinaus debattierte der Parteitag intensiv über die anstehende Parteireform, die beim kommenden Bundesparteitag beschlossen werden sollte. Die Ergebnisse dieser Diskussion wurden im Initiativantrag **II: PARTEI IN BEWEGUNG – BASIS STATT BASTA** festgehalten.

AUSSERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG 31. MÄRZ 2012 – CCD CONGRESS CENTER DÜSSELDORF

Im Mittelpunkt des außerordentlichen Landesparteitags Ende März 2012 standen die Nominierung von Hannelore Kraft zur Spitzenkandidatin für die Landtagswahl am 13. Mai 2012 sowie die Beratungen und der Beschluss des Landeswahlprogramms *NRW AUF GUTEM WEG – REGIERUNGSPROGRAMM 2012 – 2017*. Das Programm mit den Schwerpunktthemen Bildung, Kinder und Kommunen wurde von den Delegierten einstimmig angenommen.

LANDESDELEGIERTENKONFERENZ 31. MÄRZ 2012 – CCD CONGRESS CENTER DÜSSELDORF

Auch die Landesdelegiertenkonferenz stand im Zeichen des kommenden Wahlkampfes. Die Delegierten wählten Hannelore Kraft mit 99,3 % der Stimmen zur Spitzenkandidatin und fassten den Beschluss zur Aufstellung der Landesreserveliste für die Landtagswahl.

AUSSERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG 15. JUNI 2012 – STADTHALLE HAGEN

Nach der gewonnenen Landtagswahl im Mai 2012 wurde rund einen Monat später beim außerordentlichen Landesparteitag in Hagen der Koalitionsvertrag *VERANTWORTUNG FÜR EIN STARKES NRW – MITEINANDER DIE ZUKUNFT GESTALTEN* zwischen NRWSPD und Bündnis 90/ Die Grünen für die Legislaturperiode 2012 – 2017 einstimmig beschlossen. Inhaltlich setzt der Koalitionsvertrag den in den zwei Jahren der Minderheitsregierung eingeschlagenen Weg der wirtschaft-

lichen und ökologischen, sozialen und demokratischen Entwicklung unseres Landes fort. Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen weiter gut regiert wird. Dabei folgen wir den Grundsätzen einer Politik, die auf Vorbeugung, Inklusion und Integration sowie auf Nachhaltigkeit setzt. Bei uns steht nicht der Markt, sondern der Mensch im Mittelpunkt. Deshalb bleibt es bei unserem Ansatz der vorsorgenden Politik mit dem Ziel: Wir lassen kein Kind zurück. Wir investieren in Kinder und Bildung, in die wirtschaftliche und ökologische Erneuerung, in handlungsfähige Kommunen, in Familien und in die Inklusion.

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG 29. SEPTEMBER 2012 – MESSE UND CONGRESS CENTRUM HALLE MÜNSTERLAND

Im Zentrum des ordentlichen Parteitags in Münster stand die Wahl des neuen Landesvorstands. Mit 99,08 % wurde **HANNELORE KRAFT** erneut zur **LANDESVORSITZENDEN** der NRWSPD gewählt. Als Nachfolger von **MICHAEL GROSCHEK** wählten die Delegierten **ANDRÉ STINKA** mit 91,09 % ins Amt des **GENERALSEKRETÄRS** der NRWSPD. Inhaltlich stand der Leitantrag *NRW 2030 – ALLIANZ FÜR INFRASTRUKTUR SCHAFFEN* im Mittelpunkt der Debatten. Der Antrag machte dabei noch einmal den erweiterten Begriff von Infrastruktur deutlich: „Eine gute Infrastruktur ist die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg und schafft die Rahmenbedingungen zum Erhalt von Arbeitsplätzen und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, auch für gering Qualifizierte. Sie sichert die Ziele von nachhaltigem Wachstum und Klimaschutz. Mit dem wirtschaftlichen Erfolg wird die Einnahmeseite des Staates gestärkt und damit werden Voraussetzungen geschaffen öffentliche Investitionen zum Wohl aller Bürgerinnen und Bürger in allen Lebenslagen zu tätigen ohne weitere Schulden aufnehmen zu müssen. Das Thema Infrastruktur umfasst deshalb die Anlagen, Ausrüstungen und Betriebsmittel, die zur Energie- und Wasserversorgung, zur Abfall- und Abwasserentsorgung, zur Verkehrsbedienung und Telekommunikation dienen. Zur Infrastruktur zählen auch die öffentlichen Gebäude und Einrichtungen der staatlichen Verwaltung, des Bildungs- und Erziehungswesens sowie der Forschung und des Gesundheitswesens. Auch hier gilt Vorsorge ist besser als eine späte teure Reparatur. Für die NRWSPD ist Infrastruktur die Summe der materiellen, institutionellen und personellen Grundlagen unserer Wirtschaft.“

ARBEIT DER MINDERHEITSREGIERUNG

Die rot-grüne Minderheitsregierung hat zwei Jahre sehr gute Arbeit geleistet. Sie setzte die im Koalitionsvertrag von 2010 festgelegten Punkte konsequent um – trotz fehlender Mehrheit im Landtag. In nur zwanzig Monaten wurden zentrale Vorhaben in Gesetzestexte gegossen und mit unterschiedlichen Mehrheiten im Parlament verabschiedet. Die SPD-geführte Landesregierung handelte nach dem Grundsatz *VERSPROCHEN – GEHALTEN*. So wurden die von der schwarz-gelben Landesregierung eingeführten Studiengebühren wieder abgeschafft, ein historischer Schulfrieden erreicht und das letzte Kita-Jahr beitragsfrei gestellt. Wir haben gesagt, wir wollen kein Kind zurück lassen. Nicht nur, weil es sozialpolitisch sinnvoll ist. Nein, auch weil wir es uns wirtschaftlich nicht leisten können, auf nur ein Talent, auf nur eine einzige Begabung zu verzichten. Der Schlüssel für gerechte Chancen ist und bleibt Bildung. Wir haben begonnen, unser Bildungssystem leistungsfähiger und vor allem gerechter zu gestalten. Unser Ziel war und ist die *BESTE BILDUNG FÜR ALLE*, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Als erstes Flächenland in der Bundesrepublik verabschiedete Nordrhein-Westfalen ein Integrationsgesetz. Es wurde ein neues Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) beschlossen, welches die Mitbestimmungsrechte für die rund 600.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen deutlich verbessert hat. NRW setzte und setzt auf Beteiligung und Dialog und ist wieder

Mitbestimmungsland Nummer 1. Mit dem *AKTIONSPLAN KOMMUNALFINANZEN* und dem *STÄRKUNGSPAKT STADTFINANZEN* wurden insbesondere die notleidenden Städte und Gemeinden in NRW spürbar entlastet, damit unsere Kommunen handlungsfähig bleiben. Im Gegenzug müssen die Städte und Gemeinden einen klaren Sparkurs einschlagen und ihre überschuldeten Haushalte sanieren.

Die SPD-geführte Landesregierung hat die Neuverschuldung im Landeshaushalt gegenüber den Planungen der schwarz-gelben Vorgängerregierung deutlich zurückgeführt. Die Finanzpolitik der Landesregierung orientiert sich an einem Dreiklang aus Sparen, Einnahmeverbesserungen und Investitionen. Es war und bleibt erklärtes Ziel, die Neuverschuldung des Landes bis 2020 in deutlichen Schritten auf Null zurückzuführen und die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse einzuhalten. Mitte März 2012 fiel die Entscheidung, den Landtag aufzulösen und Neuwahlen einzuleiten. Wir waren bis zuletzt in konstruktiven Gesprächen mit FDP und Linkspartei über den Haushalt 2012. Doch FDP und Linkspartei haben gezoxt und letztlich den Haushalt bereits in der zweiten Lesung abgelehnt. Damit fehlte die parlamentarische Grundlage für eine weitere Umsetzung des 2010 eingeleiteten Politikwechsels für unser Land. Aus diesem Grund haben wir dann die Auflösung des Landtags beantragt.

LANDTAGSWAHL 2012

Am 14.03.2012, dem Tag an dem sich der NRW-Landtag einstimmig auflöste, lagen die SPD und Hannelore Kraft bei einer von Infratest dimap für den ARD-Brennpunkt durchgeführten Blitzumfrage deutlich vor der CDU unter ihrem Spitzenkandidaten Norbert Röttgen. Die SPD kam demnach auf 38%, die CDU auf 34%. Auch bei der Frage nach einer Direktwahl lag Hannelore Kraft mit 57% klar vor Norbert Röttgen (26%).

Und wir gingen selbstbewusst und voller Zuversicht in die Auseinandersetzung mit unseren politischen Mitbewerbern. Die SPD in Nordrhein-Westfalen war inhaltlich und personell gut aufgestellt. Und – wie schon gesagt: Die Bilanz der SPD-geführten Minderheitsregierung konnte sich sehen lassen!

Wir hatten 2010 gemeinsam mit den Grünen die Verantwortung übernommen und versprochen, einen echten Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen einzuleiten. Dieses Versprechen haben wir eingehalten.

Wir waren überzeugt: Die Mehrheit der Menschen in NRW stand hinter Hannelore Kraft und diesem Politikwechsel, der das Land sozialer und zukunftsfähiger gemacht hat; einem Politikwechsel, der auch eine neue politische Kultur möglich gemacht hat – geprägt vom Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern, den Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden ebenso wie mit den Kirchen und religiösen Gemeinschaften. NRW war auf einem guten Weg. Darum konnten wir selbstbewusst um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger für unsere Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und unsere vorsorgende Politik werben, getragen vom dem Leitgedanken: *KEIN KIND ZURÜCKLASSEN*.

In 20 Monaten hatte die Minderheitsregierung vieles erreicht. Die *REGIERUNGSKOALITION DER EINLADUNG* war ihrer Verantwortung für das Land gerecht geworden und hatte mutig die wichtigen Herausforderungen in Nordrhein-Westfalen angepackt. NRW brauchte nun klare Verhältnisse, damit der begonnene gute Weg fortgesetzt werden konnte. Mit unserer Bilanz und unseren Perspektiven stellten wir uns dem Votum der Wählerinnen und Wähler und haben um einen klaren Auftrag für Hannelore Kraft und die *NRWSPD* zur Fortsetzung der rot-grünen Koalition geworben.



Das Siegermotiv beim Plakatwettbewerb im Landtagswahlkampf 2012: *CURRYWURST IST SPD.*

Es folgte ein engagierter und mit Leidenschaft und Geschlossenheit geführter Turbo-Wahlkampf, in dem wir um jede Stimme gekämpft haben. Unsere Kampagne war fröhlich, positiv und selbstbewusst – die Genossinnen und Genossen hochmotiviert. Thematisch stellten wir vor allem unsere positive Bilanz und die politischen Erfolge aus der Phase der Minderheitsregierung in den Vordergrund. Bei unseren Veranstaltungen setzten wir auf kleine Bühnen und den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern auf Augenhöhe, anstelle eines „Frontalunterrichts“ über die Köpfe der Menschen von großen Bühnen herab.

Die lokalen Kandidatinnen und Kandidaten arbeiteten in ihren Wahlkreisen mindestens einen kompletten Tag in Betrieben, Einrichtungen oder anderen Organisationen mit. Die klare Botschaft lautete: Ohne die Verbindung in die „echte Welt“ kann man keine vernünftige Politik für die Bürgerinnen und Bürger machen! Im Rahmen der Wahlkampftour unserer Spitzenkandidatin Hannelore Kraft fanden öffentliche Abendveranstaltungen vor Ort statt, in denen die beteiligten Kandidatinnen und Kandidaten von ihren Eindrücken und Erfahrungen aus den jeweiligen Betrieben und Einrichtungen berichteten.

Unser Wahlkampf war – trotz der kurzen Dauer von nur 60 Tagen – sehr beteiligungsorientiert angelegt. Ein gutes Beispiel hierfür ist unser Online-Plakatwettbewerb, bei dem wir im Internet zur Gestaltung eines eigenen Wahlplakats aufgerufen haben. Dieser Wettbewerb war in dieser offenen Form etwas grundständig Neues und hat – nicht zuletzt aufgrund des populären Gewinnermotives – bundesweit für Aufsehen gesorgt. Aus den mehr als 300 Einsendungen

auch von zahlreichen Nichtmitgliedern wurden von einer hochkarätig besetzten Jury fünf Motive ausgewählt. Das Gewinner-Plakat wurde schließlich in einer offenen Abstimmung bei Facebook ermittelt, an der sich viele tausend User beteiligten. Aus dem Online-Voting ging das *CURRYWURST-PLAKAT* als eindeutiger Gewinner hervor, das anschließend gedruckt und vor Ort geklebt wurde. Der Plakatwettbewerb hat unserer Wahlkampagne – bei aller Ernsthaftigkeit und der inhaltlichen Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern – eine gewisse Leichtigkeit gegeben.

Die großen Anstrengungen im Wahlkampf und die intensive Schlussmobilisierung haben sich schließlich gelohnt: Am 13. Mai 2012 erzielten wir bei den Zweitstimmen 39,1%, das waren 4,6% mehr als bei der Wahl 2010; und wir holten von 128 möglichen Direktmandaten 99 – 38 mehr als bei der letzten Landtagswahl! Reihenweise sind vermeintliche CDU-Hochburgen von unseren Kandidatinnen und Kandidaten erobert worden. Die SPD ist damit wieder die klare Nummer Eins in NRW. Das Ergebnis war insbesondere für diejenigen Unterbezirke und Wahlkreise erfreulich, die in den vergangenen Jahren keine/n Landtagsabgeordnete/n stellen

konnten. Wir sind jetzt vor Ort exzellent aufgestellt. Und auch da, wo es für ein Mandat nicht ganz gereicht hat, haben wir starke Ergebnisse erzielt.

Aus dem guten Wahlergebnis ergab sich aber auch eine große Verantwortung, die bis heute anhält. Dieser Verantwortung wollten und werden wir gerecht werden. Der Koalitionsvertrag zwischen NRWSPD und Bündnis 90/ Die Grünen, den wir am 18. Juni 2012 unterzeichneten, ist hierfür eine tragfähige und belastbare Arbeitsgrundlage. Wir werden unser Land Nordrhein-Westfalen in den kommenden Jahren weiter voranbringen. Es bleibt bei unserem Ansatz der vorsorgenden Politik. Wir werden der Linie treu bleiben, die wir schon in den zwei Jahren der Minderheitsregierung konsequent verfolgt haben, und auch weiterhin auf den Dreiklang von Sparen, Zukunftsinvestitionen in Kinder, Bildung und Kommunen sowie Einnahmeverbesserungen setzen. Die Überschrift des Koalitionsvertrags 2012–2017 lautet *VERANTWORTUNG FÜR EIN STARKES NRW – MITEINANDER DIE ZUKUNFT GESTALTEN*. Und dieser Verantwortung, einer Haushaltspolitik mit Augenmaß für unser Land und seine Menschen, werden wir uns auch weiterhin stellen.

**MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDS 2011
GEWÄHLT AUF DEM ORDENTLICHEN LANDESPARTEITAG
AM 26. FEBRUAR 2010 IN DORTMUND**

LANDESVORSITZENDE
HANNELORE KRAFT

**STELLVERTRETENDE
LANDESVORSITZENDE**
BRITTA ALTENKAMP
MARC HERTER
JOCHEN OTT
UTE SCHÄFER

SCHATZMEISTER
NORBERT RÖMER

GENERALSEKRETÄR
MICHAEL GROSCHEK

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER
BERND NEUENDORF

BEISITZER/-INNEN
BIRGIT ALKENINGS, FRANK BARANOWSKI, CLAUDIA BOGEDAN, MARTIN BORINTRÄGER, BERNHARD DALDRUP, CHRISTOPH DOLLE, FRANZ-JOSEF DRABIG, RENATE DREWKE, GABRIELE FRECHEN, DR. MICHAEL HEIDINGER, OLIVER KACZMAREK, THORSTEN KLUTE, HANS-WILLI KÖRFGES, DR. DIETMAR KÖSTER, THORSTEN KONZELMANN, ELISABETH KOSCHORRECK, NADJA LÜDERS, MICHELLE MÜNTEFERING, DR. ULI PAETZEL, ERNST-WILHELM RAHE, DR. KARSTEN RUDOLPH, AXEL SCHÄFER, KARL SCHULTHEIS, SVENJA SCHULZE, PETER SCHUSTER, MONIKA SIMSHÄUSER, BIRGIT SIPPEL, APOSTOLOS TSALASTRAS, ELISABETH VELDTHUES, GISELA WALSKEN

REGIONALVORSITZENDE
Westliches Westfalen
NORBERT RÖMER
Niederrhein
BRITTA ALTENKAMP
Mittelrhein
DIETMAR NIETAN
Ostwestfalen-Lippe
UTE SCHÄFER

**ARBEITSGEMEINSCHAFTEN
UND IHRE VORSITZENDEN**
ARMIN JAHL AfA
MARLIES STOTZ AfB
VEITH LEMMEN Jusos
GERDA KIENINGER ASF
DR. MATTHIAS ALBRECHT ASG
ANDRÉ BRÜMMER AGS
ROY HARDIN ASJ
GERHARD KOMPE AG 60plus
DIRK JEHL Schwusos

**MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDS 2012
GEWÄHLT AUF DEM ORDENTLICHEN LANDESPARTEITAG
AM 29. SEPTEMBER 2012 IN MÜNSTER**

LANDESVORSITZENDE
HANNELORE KRAFT

**STELLVERTRETENDE
LANDESVORSITZENDE**
BRITTA ALTENKAMP
MARC HERTER
THORSTEN KLUTE
JOCHEN OTT

SCHATZMEISTER
NORBERT RÖMER

GENERALSEKRETÄR
ANDRÉ STINKA

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER
BERND NEUENDORF

BEISITZER/-INNEN
FRANK BARANOWSKI, CLAUDIA BOGEDAN, BERNHARD DALDRUP, CHRISTOPH DOLLE, FRANZ-JOSEF DRABIG, KERSTIN GRIESE, TINE HÖRDUM, OLIVER KACZMAREK, PETRA KAMMEREVERT, HANS-WILLI KÖRFGES, DR. DIETMAR KÖSTER, ELISABETH KOSCHORRECK, VEITH LEMMEN, ANGELA LÜCK, NADJA LÜDERS, MICHELLE MÜNTEFERING, ERNST-WILHELM RAHE, ANDREAS RIMKUS, AXEL SCHÄFER, KARL SCHULTHEIS, SVENJA SCHULZE, SABINE SEIBEL, MONIKA SIMSHÄUSER, BIRGIT SIPPEL, DIERK TIMM, APOSTOLOS TSALASTRAS, NICOLE VON DEN DRIESCH, GISELA WALSKEN, BEATE WILDING, IBRAHIM YETIM

REGIONALVORSITZENDE
Westliches Westfalen
NORBERT RÖMER
Niederrhein
BRITTA ALTENKAMP
Mittelrhein
DIETMAR NIETAN
Ostwestfalen-Lippe
ERNST-WILHELM RAHE

**ARBEITSGEMEINSCHAFTEN
UND IHRE VORSITZENDEN**
ARMIN JAHL AfA
MARLIES STOTZ AfB
VEITH LEMMEN Jusos
ULLA MEURER ASF
DR. MATTHIAS ALBRECHT ASG
ANDRÉ BRÜMMER AGS
ROY HARDIN ASJ
GERHARD KOMPE AG 60plus
DIRK JEHL Schwusos



LANDESVERBAND HESSEN

HESSEN
SPD



SPD Landesparteitag Hessen am 8. Oktober 2011 in Kassel.
Foto: Franz Möller

POLITISCHE ENTWICKLUNG UND ARBEITSSCHWERPUNKTE DES LANDESVERBANDS

Nachdem sich die hessische SPD in den vorausgegangenen Jahren konsolidieren konnte und sich in der Meinungsforschung ein klarer Trend zu Rot-Grün eingestellt hat, standen die Jahre 2011 und 2012 für die Festigung und den Ausbau dieser Basis mit dem Ziel, bei der Landtagswahl 2013 den Wechsel in Hessen zu erreichen. Der Schwerpunkt der Arbeit lag darin, im Rahmen des Programmprozesses die Wünsche der hessischen Bürgerinnen und Bürger aufzugreifen und die programmatischen und organisatorischen Grundlagen für den Landtagswahlkampf zu schaffen. Hierbei stand die Öffnung der Partei und der Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern im Mittelpunkt der Arbeit.

HESSENGIPFEL 2011: WIEDER MEHR DEMOKRATIE WAGEN!

Im Rahmen ihrer Jahresauftrittsklausur beschäftigten sich die hessischen SPD-Spitzen und die Gastreferenten Johano Strasser (PEN) und Christoph Bautz (Campact) mit einem vom Landesvorstand vorgelegten Papier *WIEDER MEHR DEMOKRATIE WAGEN*. Mit 13 Vorschlägen für mehr direkte Demokratie, neue Beteiligungsformen und eine neue politische Kultur wurde eine Debatte belebt, die in den Folgejahren in vielen Gliederungen der SPD und mit anderen Verbänden und Experten geführt wurde. Gast des Hessengipfels war die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, die über erste Erfahrungen mit der neu gebildeten Minderheitsregierung berichtete.

KOMMUNALWAHLEN AM 27.03.2011

Mit dem Landesparteitag unter dem Titel *HESSENGERECHT* startete die hessische SPD am 27.11.2010 in Gießen in den Kommunalwahlkampf. Bereits im Frühjahr 2010 hatte der Landesvorstand ein umfangreiches Eckpunktepapier mit kommunalpolitischen Leitlinien verabschiedet, das Eingang in die Diskussion der Kommunalwahlprogramme vieler Unterbezirke und Ortsvereine fand. Mit der kommunalpolitischen Plattform wurde auf dem Parteitag eine zugeschnittene Fassung dieser Leitlinien für die Bereiche Integration, Bildung, Familie und neue Energien diskutiert und beschlossen. Der Landesverband unterstützte die Gliederungen in den Vorbereitungen zum Kom-

munalwahlkampf in vielfältiger Weise, u.a. durch die Bereitstellung einer einheitlichen Werbelinie, eines webbasierten Druckportals für Wahlkampfmaterialien in professionellem Design, Workshops und Materialien für den Internetwahlkampf, die Bereitstellung von Musterredebausteinen, durch ein Webtool für die Spende von Großflächenplakaten und durch den kurzfristigen Druck von Plakaten zur Energiewende. Von vielen Gliederungen genutzt wurde auch das Angebot, den Film *DIE 4. REVOLUTION* von Hermann Scheer in Kombination mit Diskussionsveranstaltungen zur Energiepolitik zu zeigen.

Die hessischen Kommunalwahlen am 27. März 2011 standen, wie die zeitgleich stattfindenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, im Schatten der Reaktorkatastrophe von Fukushima und der politischen Debatte um die Weiternutzung der Atomkraft. Bündnis 90/Die Grünen konnten von der medialen Dominanz ihres zentralen Gründungsthemas profitieren und mit 18,3% mehr als doppelt so viele Stimmen erzielen wie bei der Kommunalwahl 2006. Alle anderen Parteien verloren gegenüber 2006 Stimmenanteile, am stärksten die CDU (33,7%, minus 4,8 Prozentpunkte). Die SPD erzielte landesweit 31,5% der Stimmen. Das SPD-Landesergebnis bei den Kommunalwahlen am 27. März 2011 liegt zwar unter dem Ergebnis von 2006 (minus 3,2%) zeigt aber, dass die hessische SPD sich – schneller als erwartet – gegenüber dem schlechten Wahlergebnis der Landtagswahl 2009 (23,7%) stabilisiert hat und über ein gutes Fundament für den Landtagswahlkampf 2013 verfügt.

LANDESPARTEITAG IN KASSEL

Am 8. Oktober 2011 fand der ordentliche Landesparteitag in Kassel statt, der sich unter anderem mit der Wahl eines neuen Landesvorstands und der Nominierung des Spitzenkandidaten für die Landtagswahl beschäftigte. Als *VORSITZENDER* wurde **THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL** bestätigt. Er wurde nach seinem Erfolg bei der Einigung und Konsolidierung der hessischen SPD vom Parteitag beauftragt, die Partei nun auch als Spitzenkandidat in den Landtagswahlkampf 2013 zu führen. An seiner Seite wurden **MANFRED SCHAUB**, **GERNOT GRUMBACH** und **GISELA STANG** als *STELLVERTRETENDE VORSITZENDE* und der Bundestagsabgeordnete **MICHAEL ROTH** als *GENERALSEKRETÄR* bestätigt.

HESSENGIPFEL 2012

Bei der traditionellen Jahresauftaktklausur Anfang 2012 standen die Themen Sozialpolitik, Politik für Metropolen und die EU-Krise im Mittelpunkt. Die SPD hat dazu das Papier *EINE NEUE SOZIALPOLITIK FÜR HESSEN* erstellt. Der Hamburger Oberbürgermeister und stellvertretende SPD-Parteivorsitzende Olaf Scholz stellte das Thema *BEZAHLBARER WOHNRAUM* als eines der zentralen Elemente einer verantwortungsvollen Metropolenpolitik heraus. In der von Michael Roth, dem europapolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, geleiteten Diskussion *WEGE AUS DER KRISE* warnten der EU-Kommissar Günter Oettinger wie auch der hessische Europaabgeordnete Udo Bullmann vor den Auswirkungen der Schuldenbremse bei einer sich abschwächenden Konjunktur.

UNSER PROGRAMMPROZESS 2012-2013

„HESSEN ERNEuern.“

Unter dem Motto *HESSEN ERNEuern.* leitete die hessische SPD einen in Hessen neuartigen Programmprozess ein, der die Grundlage eines bürgernahen Regierungsprogramms für die Landtagswahl auf den Weg bildete. Gemeinsam mit Mitgliedern, Verbänden und Vertretern aus Wirtschaft, Politik und gesellschaftlichem Leben sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern führte die SPD den Dialog über die inhaltlichen Grundlagen sozialdemokratischen Regierungshandelns. Anhand von Thesen zu den wichtigsten Themenschwerpunkten, die von elf Expertengruppen zu allen Feldern der Landespolitik vorbereitet wurden, hatten alle hessischen Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, ihre Ideen, Kritik und Anregungen in den Programmprozess einfließen zu lassen. Online wurde die Diskussion über ein Jahr lang begleitet und

permanent aktualisiert. Auf der Website www.hessen-erneuern.de hatten Interessierte die Möglichkeit, selber Thesen zu entwickeln oder schon laufende Diskussionen durch ihre Beiträge zu erweitern. „Offline“ trafen sich Hunderte Bürgerinnen und Bürger bei vier *MITMACH-TAGEN*, die über ganz Hessen verteilt stattgefunden haben. Idee dieser Regionalkonferenzen war, vielen Menschen aus ganz Hessen die Möglichkeit zu eröffnen, direkt vor Ort mit hessischen Spitzenpolitikern über die jeweiligen Themen und Thesen zu diskutieren und gemeinsam am Programm mitzuarbeiten. Zudem wurden mehr als 200 Verbände, MultiplikatorInnen und ExpertInnen um schriftliche Stellungnahme zum ersten Programmtext gebeten. Als Ergebnis entstand die Vorlage eines bürgernahen, transparenten und vielseitigen Regierungsprogramms, das die Wünsche, Ideen und Anregungen von über 1.200 hessischen Bürgerinnen und Bürger beinhaltete. Abschließend wurde das Regierungsprogramm am 9. März 2013 den Delegierten auf dem außerordentlichen Landesparteitag in Hanau zur Wahl gestellt, das die Grundlage für die inhaltliche Orientierung im Landtagswahlkampf stellen soll.

STIMMUNGSWECHSEL

In Hessen ist seit 2011 ein permanenter Wunsch nach einem Wechsel von schwarz-gelb zu rot-grün zu erkennen. In den regelmäßig stattfindenden Umfragen zur Stimmungslage in Hessen erreicht rot-grün 2011 und 2012 eine stabile Mehrheit. Für großes Aufsehen sorgte der Erfolg von Peter Feldmann bei der Bürgermeisterwahl in Frankfurt. Nachdem Petra Roth (CDU) ankündigte nicht mehr zu kandidieren, konnte sich der vorher wenig bekannte SPD-Sozialpolitiker gegen den hessischen Innenminister Boris Rhein, bis dahin wichtigste Nachwuchshoffnung der hessischen CDU, überraschend durchsetzen.

TERMINE UND VERANSTALTUNGEN 2011–2012

12.01.2011 Kaminabend Kultur
14./15.01.2011 HESSENGIPFEL in Friedewald
23.01.2011 Auftakt zum Kommunalwahlkampf des Bezirk Hessen-Süd mit Sigmar Gabriel
28.01.2011 Fachforum Gesundheit u. Pflege in den Kommunen
21.02.2011 Forum Kirche und Politik, Einstieg *LEBEN IM LÄNDLICHEN RAUM*
25.02.2011 Gemeinsame Landes- und Fraktionsvorstandssitzung Hessen und Niedersachsen
03.03.2011 Forum Neue Energie
27.03.2011 Kommunalwahl
09.05.2011 Forum Kirche und Politik. *BILDUNG, INFRASTRUKTUR, ZUSAMMENLEBEN* – Exkursion nach Laubach-Freienseen
06.06.2011 Forum Wirtschaft und Finanzmarkt: *BÖRSEN-FUSION: CRASH FÜR DEN FINANZPLATZ FRANKFURT?*
14.06.2011 Öffentliche Landesvorstandssitzung auf dem Hessentag in Oberursel
12.05.2011 Forum *NEUE ENERGIE FÜR HESSEN*
02.08.2011 1. Verleihung der Holger-Börner-Medaille für Verdienste um die hessische Sozialdemokratie an Dr. Herbert Günther, Heidemarie Wiczorek-Zeul und Hans Krollmann
09.08.2011 Landesaktionstag *DIE KLEINEN GROß RAUSBRINGEN* zum Schulbeginn mit rund 100 Aktionen und Veranstaltungen der Ortsvereine u. Unterbezirke
18.08.2011 FORUM *NEUE ENERGIE* für Hessen
10.–12.08.2011 Sommertour TSG
17.8.2011 Mitarbeiterkonvent in Fulda
21.08.2011 Landeskongress JUSOS Hessen
10.09.2011 III. Landessportforum: *RÜCKBLICK FRAUEN-WM: STROHFUEHR ODER KICK-OFF FÜR DEN FRAUENSport?* in Gießen
16.09.2011 Forum Wirtschaft und Finanzmarkt *RATING IN DER KRISE – BRAUCHEN WIR EINE EUROPÄISCHE ANTWORT?* in Frankfurt
26.09.2011 Gemeinsame Präsidiumssitzung SPD Rheinland Pfalz und Hessen
08.10.2011 Ordentlicher Landesparteitag in Kassel
01.11.2011 Konstituierende Landesvorstandssitzung
03.11.2011 Wirtschaftsgespräch *ZUKUNFTSFÄHIGE MOBILITÄT FÜR HESSEN*

08.11.2011 Forum *NEUE ENERGIE FÜR HESSEN*
26.11.2011 IV. Landessportforum: Fachkonferenz Sport und Kommunalpolitik
14.01.2012 HESSENGIPFEL in Friedewald
10.02.2012 Konstituierung der AG Soziales in Gießen
16.02.2012 Politik am Mittag mit Peter Feldmann
15.02.2012 Mitarbeiterkonvent der hessischen SPD-Gliederungen in Gießen
16.02.2012 Politik am Mittag *FRANKFURT – WIRTSCHAFTSMOTOR FÜR HESSEN*
21.03.2012 Auftaktveranstaltung Hessen-Café Familie mit dem Thema *FAMILIE HEUTE*
20.04.2012 Politik am Mittag *KREATIVWIRTSCHAFT – WIRTSCHAFTSMOTOR FÜR DIE METROPOLREGION FRANKFURT*
28./29.4.2012 Konferenz *JEDER MENSCH IST EIN KÜNSTLER* des Forums Kunst und Kultur in Frankfurt
07.05.2012 Forum *NEUE ENERGIE FÜR HESSEN*
05.06.2012 SPD auf dem Hessentag in Wetzlar
22.06.2012 Hessen-Café Familie mit dem Thema *FAMILIE UND ARBEITSWELT*

16.08.2012 Politik am Mittag *GESUNDHEITSWIRTSCHAFT*
18.08.2012 Öffentliche Regional-konferenzen zum Landtagswahlprogramm *HESSEN ERNEuern* in Rossdorf und Friedberg
14.08.2012 Landesaktionstag *DIE KLEINEN GROß RAUSBRINGEN* zum Schulbeginn mit rund 100 Aktionen und Veranstaltungen der Ortsvereine u. Unterbezirke
25.08.2012 50-Jahrfeier des SPD-Hauses Frankfurt a. M.
01.09.2012 Öffentliche Regional-konferenzen zum Landtagswahlprogramm *HESSEN ERNEuern* in Bad Hersfeld und Marburg
04.09.2012 Verleihung des Georg-August-Zinn-Preises an Jürgen Habermas in Wiesbaden
28.09.2012 Hessen-Café Familie: Thema *FAMILIE UND PFLEGE*
11.10.2012 Mitarbeiterkonvent der hessischen SPD in Fulda
11.10.2012 Forum *NEUE ENERGIE FÜR HESSEN*
13.10.2012 Landesparteirat mit Peer Steinbrück in Frankfurt a. M.
27.11.2012 Forum Wirtschaft und Finanzmarkt *EINE ZUKUNFT FÜR DEN EURO – IN EINEM SOLIDARISCHEN EUROPA!*
10.12.2012 Forum *NEUE ENERGIE FÜR HESSEN*



Kommunalwahlkampf 2011.



Hessengipfel 2011: Hannelore Kraft im Gespräch mit Gernot Grumbach, Gisela Stang und Thorsten Schäfer-Gümbel.



Hessengipfel Anfang 2013: Thorsten Schäfer-Gümbel begrüßt den Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel



Hessengipfel Anfang 2013.



Verleihung des Georg-August-Zinn-Preises an Jürgen Habermas am 4. September 2012 in Wiesbaden

Fotos: Petra Tursky-Hartmann

LANDESVORSTAND HESSEN 2011–2012

GEWÄHLT AM 08.10.2011 AUF DEM ORDENTLICHEN LANDESPARTEITAG IN KASSEL:

VORSITZENDER
THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL

SCHATZMEISTERIN
HILDEGARD PFAFF

**BEISITZERINNEN
UND BEISITZER**
BURKHARD ALBERS
DR. UDO BULLMANN
CORRADO DI BENEDETTO
PETRA FUHRMANN
KERSTIN GEIS
TIMON GREMMELS

MELANIE HAUBRICH
HIDIR KARADEMIR
CHRISTINE LAMBRECHT
LOTHAR QUANZ
SUSANNE SIMMLER
MUHAMED TALIC
TORSTEN WARNECKE
DR. KERSTIN WEINBACH

**STELLVERTRETENDE
VORSITZENDE**
GERNOT GRUMBACH
MANFRED SCHAUB
GISELA STANG

GENERALSEKRETÄR
MICHAEL ROTH



BEZIRK HESSEN-NORD

SPD



Volle Kraft für die Kommunen: Manfred Schaub und Timon Gremmels danken Hannelore Kraft für die Unterstützung im hessischen Kommunalwahlkampf. | Foto: Dietmar Bürger

Zahlreiche Themen dominierten die allgemeine politische Diskussion im Berichtszeitraum. Herauszuheben sind die andauernde Wirtschafts- und Finanzkrise mit extremen Ausschlägen in einigen Euro-Ländern und natürlich die Katastrophe in Fukushima und die damit in Zusammenhang stehende Auswirkung auf die Diskussion zur Energiewende.

Ferner prägten die Kommunalwahl im Frühjahr 2011 sowie personelle Vorbereitungen der Bundestags- und der Landtagswahlen 2012, bei Letzteren insbesondere die intensive Arbeit am Wahlprogramm, die Arbeit des SPD-Bezirks Hessen-Nord im Berichtszeitraum. Die starke kommunale Verankerung der nordhessischen SPD und die dezentrale hauptamtliche Struktur haben es uns ermöglicht, Politik gut zu organisieren und wichtige Projekte weiter voranzutreiben.

KOMMUNALWAHL 2011

Nach dem Jahreswechsel starteten die nordhessischen Sozialdemokraten die heiße Phase des Wahlkampfes für die im März anstehenden Kommunalwahlen in Hessen. In zahlreichen Veranstaltungen mit SPD-Bundesprominenz in den Städten und Gemeinden des Bezirks bewies die SPD eindrucksvoll ihre Verankerung und ihre Stärke in der Region. Überall vor Ort wurde Bilanz gezogen und die erfolgreiche Arbeit der Sozialdemokraten in den kommunalen Parlamenten herausgestellt. Die Endphase des Wahlkampfes wurde weitgehend von der Atomkatastrophe in Fukushima überschattet, was sich vor allem für die Grünen positiv ausgewirkt hat.

Obwohl teilweise leichte Verluste der SPD zu verzeichnen waren, hat die SPD ihre Position mit 4% Vorsprung vor der CDU in der Region deutlich behauptet. Das Ergebnis des Bezirks lag 6% über dem Landesdurchschnitt. In sechs von sieben Landkreisen stellt die SPD die stärkste Fraktion. In einigen Kommunen konnte die SPD sogar gegen den Trend hinzugewinnen. Besonders erfreulich waren die Resultate im Kreis Marburg-Biedenkopf und der Stadt Marburg, wo die Sozialdemokraten dazu gewannen sowie die Ergebnisse der zeitgleich stattfindenden Oberbürgermeisterwahlen in Kassel und Marburg und der Bürgermeisterwahl in der VW-Stadt Baunatal. **BERTRAM HILGEN** wurde in der documenta-Stadt Kassel mit 51,3%, **EGON VAUPEL**

in der Universitätsstadt Marburg mit 59,3% im Amt bestätigt. Bei der Bürgermeisterwahl in Baunatal erhielt unser SPD-Bezirksvorsitzender **MANFRED SCHAUB** mit 74,3% bei zwei Gegenkandidaten einen eindeutigen Vertrauensbeweis.

ENERGIEWENDE UND DEZENTRALE ENERGIEPOLITIK

Früher als viele andere hat die nordhessische SPD Weichen für eine neue Energiepolitik gestellt. Die Solarregion Nordhessen hat eine sehr hohe Technologiedichte. Einen besonderen Schwerpunkt im Bereich Energiepolitik legte der Bezirk im Berichtszeitraum weiterhin auf den Einsatz regenerativer erneuerbarer Energie und insbesondere auf Solarenergie. Unter dem Stichwort **SOLARREGION NORD-HESSEN** hatte die nordhessische SPD die in der Region auf engstem Raum gebotene einzigartige Verbindung von wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und kommunalen Initiativen für die Nutzung von Solarenergie gebündelt und neue Projekte angestoßen. Im Laufe der Jahre wurde im Zuge der Diskussion um die Regionalentwicklung auch der Windkraft immer mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Das seit vielen Jahren beharrlich verfolgte Projekt macht deutlich, dass Arbeit und Umwelt im Gleichklang vorangehen können. Diese Arbeit wurde kontinuierlich fortgeführt und ausgebaut. Nicht zuletzt deshalb, war



Kein Erdgasfracking in Nordhessen: Sozialdemokratische Kommunalpolitiker aus der gesamten nordhessischen Region demonstrieren vor dem Regierungspräsidium in Kassel. | Foto: Anette Milas

die nordhessische SPD in der Debatte um die nach der bedauerlichen Katastrophe von Fukushima erneut eingeläuteten Energiewende den schwarz-gelben Regierungen im Bund und in Hessen weit voraus.

Auch wegen der politischen Präferenz für dezentrale, erneuerbare Energie hat sich die nordhessische SPD frühzeitig mit der Frage der zumeist im Jahr 2011 auslaufenden Stromnetzverträge befasst. Angesichts des großen Interesses der Stromversorger war klar, dass die Netzverantwortung nicht ohne Wert ist. Nordhessische Sozialdemokraten wollen sie als politisches Instrument, mit dem Weichenstellungen für die Zukunft der Energieversorgung in Richtung Dezentralisierung vorgenommen werden können, nutzen. Ziel war ein gemeinsames Vorgehen der Kommunen zu erreichen und an einer Schraube der Energiepolitik, der Durchleitung durch die Netze zu drehen. Ein analoges konzertiertes Vorgehen der Kommunal Verantwortlichen wird derzeit mit dem Ziel des Rückkaufs von Anteilen am Energiekonzern e.on-Mitte angestrebt. Daneben erhielt das Thema *FRACKING* in der energiepolitischen Diskussion an Brisanz. Stark engagierte sich die Nordhessische SPD gegen Bestrebungen mit dieser Fördertechnik in Nordhessen unkonventionelles Erdgas zu fördern.

ARBEITNEHMERPOLITIK

Das traditionell gute Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften in Nordhessen hat sich seit der Gründung des Gewerkschaftsrates im Jahr 2008 und dank einer aktiven Afa stetig weiter verbessert. Insbesondere zu den Themen Mindestlohn und Rente gab es vielfältige Kooperation und gegenseitige Unterstützung. Auch die von der IG-Metall ins Leben gerufene *AKTION RESPEKT*, die seitens des SPD-Bezirks



Der SPD-Bezirk Hessen-Nord unterstützt die von der IG Metall initiierte Aktion „Respekt! Kein Platz für Rassismus. Bezirksvorsitzender Manfred Schaub brachte gemeinsam mit Ullrich Meßmer MdB, dem Vorsitzenden des DGB Region Nordhessen Michael Rudolph und Wolfgang Decker MdL (v. l.) das Schild der Initiative am SPD-Haus in Kassel an. | Foto: Elfi Heusinger von Waldegge

aufgegriffen wurde, belegt das gute Miteinander. Die frühzeitige gegenseitige Information und Beratung über anstehende – besonders die Arbeitnehmerschaft betreffende – Probleme hat sich bewährt und die vertrauensvolle Zusammenarbeit gefestigt. Nicht nur bei der zentralen Maikundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer 2011 sondern auch bei zahlreichen Aufrufen der Gewerkschaften zu Warnstreiks und Demonstrationen waren die nordhessischen Sozialdemokraten und natürlich auch die Afa deutlich sichtbar vertreten.

WAHLSIEGVOBEREITUNG IN BUND UND LAND

BUND: Insbesondere das Jahr 2012 stand ganz im Zeichen der inhaltlichen und personellen Vorbereitung der im Jahr 2013 bevorstehenden Bundestags- und Landtagswahlen. Mit fünf Bundestagsabgeordneten bei sechs Wahlkreisen und 12 Landtagsabgeordneten



Deutlich sichtbar: Nordhessische Sozialdemokraten beteiligten sich während der Warnstreiks der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes an den Protestaktionen in Kassel. | Foto: Peter Carquelle

bei 15 Wahlkreisen ist unsere Ausgangssituation im Vergleich zu den politischen Mitbewerbern recht gut. Damit dies so bleibt, wurde frühzeitig begonnen neben den personellen auch wichtige inhaltliche Weichenstellungen vorzunehmen. In der bundespolitischen Diskussion der nordhessischen SPD wurden seit Jahren konsequent verfolgte Themen kontinuierlich fortgeführt. Die Forderung nach der Bürgerversicherung für alle, einem existenzsichernden Mindestlohn, einer auskömmlichen Rente am Ende eines langen Erwerbslebens statt Altersarmut wurden weiter konkretisiert und ausgestaltet. Gleiches gilt für den Grundsatz, die Verursacher der Krise endlich an den Kosten zu ihrer Bewältigung zu beteiligen und für die Position, dass auch Vermögende und Spitzenverdiener einen angemessenen Beitrag für unser Gemeinwesen zu leisten haben. Wir gehen derzeit davon aus, dass die Ergebnisse unserer Debatten und Beratungen sich im Wahlprogramm zur Bundestagswahl wiederfinden.

LAND: Ebenso zielgerichtet wurde die Arbeit am Wahlprogramm zu Landtagswahl verfolgt. Selbstverständlich wurden in diesem Zusammenhang alle für die Landespolitik relevanten Themen bearbeitet. Dennoch sollen einige Bereiche hier besonders genannt werden. Neben der an derer Stelle schon genannten Energiepolitik wurde ein besonderes Augenmerk auf die finanzielle Situation der Kommunen gelegt. Kommunen und Kreise benötigen eigene finanzielle Spielräume, um ihr politisches Handeln vor Ort umsetzen zu können. Deshalb wendet sich die nordhessische SPD seit Jahren mit aller Kraft gegen Landesprogramme, die in der Vergangenheit durch den Griff in den kommunalen Finanzausgleich auf den Weg gebracht wurden. Ein wesentliches Ziel ist es, eine Gemeindefinanzreform auf den Weg zu bringen, die den Kreisen, Städten und Gemeinden die nötige Handlungsfähigkeit garantiert, um Innovationen vor Ort aufzugreifen und vorantreiben zu können.

In Fortführung der seit vielen Jahren angestoßenen Regionalpolitik lag ein besonderer Schwerpunkt der Programmarbeit auf der *POLITIK FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM*. Aus der Region heraus haben die nordhessischen Sozialdemokraten einen dynamischen Lebens- und Wirtschaftsraum gestaltet und in vielen Politikfeldern zukunftsfähige Fundamente geschaffen, die angesichts der demografischen Entwicklung weiter ausgebaut werden müssen. Die SPD ist in Nordhessen Garant für gute Arbeit, Mobilität, wohnortnahe Bildung und die Erhaltung der Daseinsfürsorge. bestehende Konzepte wurden weiter entwickelt, damit Nordhessen auch in Zukunft eine Chance hat und seinen Bewohnern als lebenswerter Lebensraum erhalten bleibt. Sie umfassen den Ausbau eines wissensbasierten Arbeitsmarktes, die konsequente Verfolgung einer nachhaltigen Energiepolitik, die interkommunalen Zusammenarbeit, eine wohnortnahe qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung, ein weiterer stetiger Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, die Sicherung und Schaffung von

Arbeitsplätzen, den Erhalt der Sparkassen in regionaler Verantwortung und den Erhalt des Landeswohlfahrtsverbandes als Garanten gleicher Standards in der Behindertenpolitik.

Die Programmarbeit zum Thema Bildung wurde seitens der nordhessischen SPD stetig begleitet. Breiten Raum nahm dabei zunächst das Thema Inklusion und die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein. Insbesondere das Konzept für eine neue einphasige Lehrerbildung, die mit einer deutlich stärkeren Praxisorientierung Fachwissenschaft und Fachdidaktik in ein Verhältnis rücken will, wurde im Bezirk Hessen-Nord entwickelt.

ORGANISATIONSREFORM UND GRÜNDUNG DER NEUEN ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

Intensiv haben sich die nordhessischen Sozialdemokraten mit der vom Parteivorstand initiierten Organisationsreform beschäftigt. Auf allen Ebenen erörterten die Genossinnen und Genossen, oftmals kritisch, die angestrebten Neuerungen von der Urwahl über die Schaffung des Parteikonvents bis zur veränderten Beitragstabelle. Bei aller Skepsis wurde die Reform schlussendlich breit mitgetragen. So wurde auch die Gründung der drei neuen Arbeitsgemeinschaften zügig umgesetzt. Anfang September 2012 hatten sich im Bezirk Hessen-Nord die Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen, die AG **SELBST AKTIV** und die AG **MIGRATION UND VIELFALT** konstituiert.

EHRENAMTSPREIS

Der seit einigen Jahren ausgelobte Ehrenamtspreis ist zu einem festen Bestandteil der Arbeit geworden. Mit dem Preis will der Bezirk besonders herausragendes freiwilliges Engagement würdigen. Hinter dieser Aktivität steht der Grundgedanke, dass soziales Handeln und solidarische Mitverantwortung im alltäglich gelebten Engagement nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, sondern sie entsprechen auch den Idealen der SPD von Gerechtigkeit und Solidarität. Ohne Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, würde unsere Gesellschaft nicht funktionieren. Eine Jury wählt unter einer Vielzahl

von Vorschlägen die Preisträger aus. Die Preisverleihung findet sowohl bei ehrenamtlichen Institutionen, Vereinen und Verbänden wie auch in Presse und Öffentlichkeit eine außerordentlich positive Resonanz.



Die SPD Hessen-Nord würdigt herausragendes ehrenamtliches Engagement: Bezirksvorsitzender Manfred Schaub, Schatzmeister Dr. Edgar Franke, Stellvertretende Vorsitzende Martina Werner und die Preisträger des Ehrenamtspreises 2012 (v. r.). | Foto: Anette Milas

INNERPARTEILICHE BILDUNGSARBEIT

Das seit 2004 aufgelegte und stetig ausgebauten Bildungsprogramm hat sich in den Gliederungen als fester Bestandteil der politischen Arbeit etabliert. Positive Rückmeldungen bestätigen, dass das Bildungsangebot des Bezirks die Arbeit vor Ort sehr gut unterstützt. Der Themenkatalog umfasst die Schwerpunkte Wahlkampfmanagement, Neumitglieder, Finanzen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungsmanagement, Fit in der Satzung, Geschichte der SPD und Kommunalpolitik.

MITGLIEDERENTWICKLUNG

2011 ■ 21.268

2012 ■ 20.673

KOMMUNALWAHLERGEBNISSE 2006 – 2011

	BET.	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	REP	WG EN	LINKE/PDS	
■ Stadt Kassel	G 11	42,3	24,2	36,3	24,9	2,5		1,8	6,7
	G 06	37,0	29,1	39,8	15,4	5,5	0,0	2,8	6,8
■ Landkreis Kassel	K 11	52,4	26,2	48,0	14,5	2,3		3,2	2,9
	K 06	50,2	31,1	51,5	8,1	4,6	0,0	0,0	4,4
■ Werra-Meißner	K 11	54,3	31,0	44,1	11,8	3,9		5,9	3,4
	K 06	54,4	31,9	49,3	4,8	5,5	0,0	6,2	2,4
■ Schwalm-Eder-Kreis	K 11	55,9	27,6	44,1	12,9	4,8		7,2	3,0
	K 06	55,4	30,5	47,3	5,7	5,9	0,0	7,6	3,0
■ KreisWaldeck-Frankenberg	K 11	51,1	30,6	34,5	14,3	6,0	1,4	10,0	2,3
	K 06	50,7	35,1	36,0	6,0	7,3	2,3	11,6	1,7
■ Kreis Marburg	K 11	50,0	33,5	36,2	16,4	2,6	1,6	3,7	4,3
■ Biedenkopf	K 06	47,3	39,6	36,1	8,9	4,0	2,5	4,0	4,9
■ Stadt Marburg	G 11	50,7	23,0	37,3	22,6	2,5			7,4
	G 06	43,9	32,0	33,0	17,6	4,9	0,0	3,2	8,8
■ Landkreis Fulda	K 11	50,9	53,0	19,1	14,4	3,7	1,7	6,2	1,9
	K 06	47,6	57,8	20,3	5,3	4,0	2,2	0,0	8,6
■ Stadt Fulda	G 11	41,2	51,0	18,4	17,8	3,4	1,8	4,6	3,0
	G 06	36,2	58,6	20,2	8,4	4,9	2,0	3,3	2,6
■ Kreis Hersfeld-Rotenburg	K 11	52,0	34,1	42,9	10,2	3,6		5,8	2,5
	K 06	54,2	37,2	48,1	2,9	3,0	0,0	4,5	1,9
■ Nordhessen	K 11	50,9	33,5	37,5	15,2	3,5	0,7	5,2	6,7
	K 06	49,1	37,4	40,4	7,3	4,9	1,0	4,6	3,4
■ Hessen	K 11	47,6	33,7	31,5	18,3	3,9	0,7	7,2	2,7
	K 06	45,8	38,5	34,7	9,2	5,8	1,5	8,6	1,3

BEZIRKSVORSTAND HESSEN NORD

VORSITZENDER
MANFRED SCHAUB

GESCHÄFTSFÜHRER
WILFRIED BÖTTNER

STELLVERTRETER/-INNEN
NORBERT SCHÜREN
bis 03.09.2011
DR. THOMAS SPIES
ab 03.09.2011
MARTINA WERNER

BEISITZER/-INNEN
RABANI ALEKUZEI bis 03.09.2011
DR. RUTH BEUSING, DR. EDGAR
FRANKE bis 03.09.2011, ULRIKE
GOTTSCHALCK, TIMON GREM-
MELS bis 03.09.2011, BERTRAM
HILGEN, ESTHER KALVERAM, DR.
REINHARD KUBAT, ELKE KÜN-
HOLZ, ANDREA JÄGER bis 03.09.
2011 NICOLE LEIDENFROST, STE-
FAN REUß, MICHAEL. ROTH, IRIS
RUHWEDEL, ENRICO SCHÄFER,

SCHATZMEISTER
HEINRICH HAUPT
bis 03.09.2011
DR. EDGAR FRANKE
ab 03.09.2011

ELSBETH SCHWALM, DESIRÉE
SCHWETZ bis 03.09.2011,
THOMAS SPIES bis 03.09.2011,
MONIKA SVOBODA bis 03.09.
2011, MONIKA VAUPEL, SABI-
NE WASCHKE, HELMUT WETT-
LAUFER

VORSITZENDER DER AFA
OLAF SCHÜSSLER

VORSITZENDE DER ASF
MONIKA VAUPEL

VORSITZENDER AG60 PLUS
DIETER MAYER
bis 14.05.2011
SIEGFRIED RICHTER

VORSITZENDER DER JUSOS
PASCAL BARTHEL

VORSITZENDER DER ASG
THOMAS SPIES bis 28.02.2011
HEIKO WEIERSHÄUSER

VORSITZENDER DER AGS
ROLF PAHL

VORSITZENDER DER ASJ
VOLKER BERGMANN bis
29.10.2012,
CHRISTOPH WELTECKE

VORSITZENDE/R DER AFB
KATHARINA HORN bis 27.10.2011
LOTHAR VAN EIKELS

TERMINE UND VERANSTALTUNGEN

22.01.2011 Workshop Pressear-
beit
02.02.2011 Franz Müntefering
in Stadallendorf
08.02.2011 Manuela Schwesig
in Bad Hersfeld
13.02.2011 GUDENBERGER
GESPRÄCHE mit Gerd Andres,
Staatssekretär a.D.
14.02.2011 Lesung mit Peter
Struck aus seinem Buch *SO
LÄUFT DAS ...* in Marburg
17.02.2011 GESUNDHEITSVER-
SORGUNG IM LÄNDLICHEN
RAUM UND KOMMUNALE FINAN-
ZEN mit Thomas Oppermann in
Oberweser
18.02.2011 Thomas Oppermann
in Kassel
26.02.2011 Kommunalkonferenz
mit Hannelore Kraft in Baunatal
28.02.2011 ASG-Bezirkskonfe-
renz in Kassel
01.03.2011 Betriebsbesichti-
gungen mit Sigmar Gabriel
in Eschwege
03.03.2011 Ralf Stegner in
Burghaun
03.03.2011 ERNEUERBARE
ENERGIEN mit Dietmar Schütz,
Präsident des Bundesverbands
für Erneuerbare Energien, in
Alheim
08.03.2011 Harry Kurt Voigtsber-

ger, Wirtschaftsminister NRW,
in Heringen
09.03.2011 Politischer Ascher-
mittwoch mit Martin Schulz
in Baunatal
11.03.2011 Frank-Walter
Steinmeier in Marburg
11.03.2011 STARKER WIRT-
SCHAFTS- UND BILDUNGSSTAND-
ORT NORDHESSEN. Verteilaktion
mit Matthias Machnig in Kassel
12.03.2011 EUROPAPOLITIK VOR
ORT ERLEBEN mit Martin Schulz
in Großalmerode
13.03.2011 Ulla Schmidt
in Melsungen
06.05.2011 AUSGEKOCHT,
Lesung mit Pitt von Bebenburg
(FR) in Kassel
14.05.2011 SPD 60 plus
Bezirkskonferenz in Kaufungen
19.05.2011 Workshop KOMMU-
NALPOLITIK FÜR EINSTEIGER
28.05.2011 Workshop
NEUMITGLIEDER
20.08.2011 Workshop
ORTSVEREINSMANAGEMENT
03.09.2011 SPD-Bezirks-
parteitag in Baunatal
26.10.2011 Veranstaltung
zur Parteireform mit Sigmar
Gabriel in Borken
27.10.2011 AfB-Bezirks-
konferenz in Kassel

29.10.2011 ASF-Bezirksfrauen-
konferenz in Baunatal
04.11.2011 Workshop
STADTTEILARBEIT
26.11.2011 AfA-Bezirks-
konferenz in Eichenzell
09.12.2011 Verleihung des
Ehrenamtspreises in Baunatal
21.01.2012 Hannelore Kraft
im Werra-Meißner-Kreis
26.01.2012 Workshop EINSTIEG
IN DEN DOPPIK-HAUSHALT
18.02.2012 Workshop BASIS
GUTER KOMMUNIKATION
31.03.2012 Juso-Bezirks-
konferenz in Rotenburg
31.03.2012 SPD 60 plus
Bezirkskonferenz in Kaufungen
18.04.2012 Workshop GRUND-
LAGEN DER KOMMUNALPOLITIK
25.04.2012 Workshop
KOMMUNALE SOZIALPOLITIK
03.05.2012 Workshop
PARTEIUBILÄUM 2013
05.05.2012 Workshop
MITGLIEDERWERBUNG
12.05.2012 SPD-Bezirks-
parteitag in Borken
16.06.2012 Workshop
SCHREIBWERKSTATT
20.06.2012 Seminar für
Führungskräfte SELBST-
UND ZEITMANAGEMENT
20.06.2012 WER DIE MUSIK BE-
STELT, MUSS DIE AUCH BEZAH-
LEN!? ASJ-Veranstaltung zum

Konnexitätsprinzip in Kassel
09.07.2012 GEGENWARTSKUNST
ALS GESELLSCHAFTSKRITIK mit
Wolfgang Thierse anlässlich der
dOCUMENTA gemeinsam mit
dem Kulturforum in Kassel
31.08.2012 Gründungskonferenz
der Arbeitsgemeinschaft LESBEN
UND SCHWULE IN DER SPD
04.09.2012 Gründungskonfe-
renz der Arbeitsgemeinschaft
SELBST AKTIV
05.09.2012 Gründungskonferenz
der Arbeitsgemeinschaft MIGRA-
TION UND VIELFALT
05.09.2012 Workshop FRAUEN
IN DER KOMMUNALPOLITIK
08.09.2012 Workshop ABWEHR
DES RECHTSEXTREMISMUS
29.09.2012 Seminar DOPPIK in
Burghaun
01.11.2012 Veranstaltung DEMO-
GRAFISCHER WANDEL in Kassel
10.11.2012 Neumitglieder-
frühstück in Kassel
15.11.2012 Veranstaltung
BÜRGERBETEILIGUNG der ASJ
Hessen-Nord in Marburg
17.11.2012 Workshop
AUFGABEN DES KASSIERERS
29.11.2012 Workshop
SATZUNGSFRAGEN
07.12.2012 Verleihung des Ehren-
amtspreises in Baunatal
08.12.2012 REDEN ABER RICHTIG
Seminar für Führungskräfte



BEZIRK HESSEN-SÜD

SPD



Feier zum 50. Geburtstag der Parteizentrale
in Frankfurt am 25. August 2012 | Foto: SPD Hessen-Süd

Im Mittelpunkt der Arbeit des Bezirks Hessen-Süd in den Jahren 2011 und 2012 standen Konzepte für mehr Verteilungsgerechtigkeit im Steuersystem, für eine gerechte und solidarische Alterssicherung sowie eine funktionierende Finanzmarktregulierung. Weitere Arbeitsschwerpunkte waren die Debatten zur Parteireform, die Kommunalwahlen 2011 sowie die Integrations- und Wohnungspolitik.

BESCHLÜSSE UND BEZIRKSPARTEITAGE

BEZIRKSPARTEITAG 2011

PARTEIREFORM UND STEUERGERECHTIGKEIT

Kernthemen des Bezirksparteitags am 2./3. September 2011 in Langen waren Anträge für ein gerechteres Steuersystem und zur SPD-Parteireform. Sparpolitik und Wirtschaftskrise haben tiefe Löcher in die öffentlichen Kassen gerissen, die Schere zwischen Arm und Reich klappte weiter auf, Gehälter und Vermögen entwickeln sich auseinander, so der Leitantrag. Auch die Hoffnung, dass sich durch die Steuerensenkungen der letzten Jahre mehr Wachstum und Beschäftigung erzeugen lasse, habe sich nicht erfüllt. Man wolle mehr Verteilungsgerechtigkeit, betonte der Bezirksvorsitzende Gernot Grumbach mit Blick auf das Steuerkonzept des Bezirks, das unter anderem die Wiederaufnahme der Vermögenssteuer, die Erhöhung der Erbschaftsteuer sowie die Rückführung der Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge in die Einkommensbesteuerung vorsieht. Außerdem wurden

Konzepte für eine Finanztransaktionssteuer diskutiert und beschlossen. Referenten waren Joachim Poß, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Leiter der Arbeitsgruppe Steuerpolitik beim Parteivorstand, sowie Dr. Udo Bullmann, Mitglied des EU-Parlaments und Sprecher für Wirtschaft und Währung.

MEHR ZEIT UND RAUM FÜR DEBATTEN forderte ein weiterer Beschluss nach der Debatte um die Parteireform. Der Vorschlag, Urwahlen für Bürgermeister, Landräte oder andere Posten durch Nichtmitglieder nach dem amerikanischen Modell einzuführen, wurde mehrheitlich abgelehnt, da man die Entwertung von Mitgliedschaften und mögliche Manipulationen befürchte. Nichtmitglieder können sich nichtsdestotrotz nach wie vor bei Bürgerparteitagen, Foren und Arbeitsgruppen politisch einbringen. Weitere Forderungen waren die Einführung von virtuellen Ortsvereinen und Betriebsgruppen mit gleichen Beteiligungsrechten wie die klassischen Ortsvereine sowie die Erneuerung der Parteigremien.

GERNOT GRUMBACH (MdL) wurde als *BEZIRKSVORSITZENDER*, **MICHAEL SIEBEL** (MdL) und **CHRISTINE LAMBRECHT** (MdB) als *STELLVERTRETER/-INNEN* wiedergewählt. **PATRICK KOCH** löste als neuer *SCHATZMEISTER* **MANFRED GÖRIG** ab.

BEZIRKSPARTEITAG 2012

GERECHTIGKEIT BEI DER RENTE, DEMOKRATIE FÜR EUROPA

Der Bezirksparteitag am 22. September 2012 in Langenselbold lieferte ebenfalls wichtige Anstöße für eine gerechtere Politik. Mehr Verteilungsgerechtigkeit, eine armutsfreie Rente sowie das Eintreten für ein soziales und demokratisches Europa waren die Schwerpunkte. Eine echte Finanzmarktregulierung mit einem Trennbankensystem, ein Schuldentilgungspakt sowie die Stärkung des europäischen Sozialstaats seien erforderlich, um Europas Stärken zu nutzen und die Krise zu überwinden, so der Antrag. Auch bei der Frage nach einer gerechten Altersversorgung waren sich die rund 250 Delegierten aus den 18 Unterbezirken einig: Eine Absenkung der Rente komme nicht in Frage. Der aktuelle Stand des Rentenniveaus von 51 % solle festgeschrieben werden. Die Rente müsse in Zukunft paritätisch finanziert werden. Weiter auf der Tagesordnung stand die Durchsetzung des Nachtflug-



Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd am 02. und 03.09.2011 in Langen, Neue Stadthalle | Foto: Rolf Wilkes



Bezirksparteitag 2012 unter dem Motto **EUROPA STÄRKEN**

verbots am Frankfurter Flughafen zwischen 23 und 5 Uhr. Nur ein Flughafen, der nachhaltig mit der Unterstützung der Anwohner betrieben werde, könne langfristig Arbeitsplätze sichern, so der Antrag.



Frankfurts SPD-Oberbürgermeister Feldmann

Im Jahr 2012 begann unter dem Motto **HESSEN ERNEuern** der Programmprozess zur Landtagswahl 2013, an dem sich der Bezirk mit Beiträgen und Veranstaltungen beteiligte.



Auftaktveranstaltung zum Kommunalwahlkampf 2011 am 23.01.11, Stadthalle Hofheim/Ts. | Foto: Rolf Wilkes



3 Fotos: SPD Hessen-Süd

HESSEN ERNEuern MITMACHTAGE

KOMMUNALWAHLEN

KOMMUNAL IST NICHT EGAL. Im Januar 2011 wurde in der überfüllten Stadthalle Hofheim die heiße Phase des Kommunalwahlkampfes eingeläutet. Gemeinsam mit dem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel warb der Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel für das gemeinsame Ziel: Die SPD solle wieder klar stärkste Kraft in den Kommunen werden. Er sprach sich gegen die beschlossenen Kürzungen der „kommunalfeindlichen“ schwarz-gelben Landesregierung aus. Die SPD wolle im Kommunalkampf deutlich machen, dass sie für ein anderes Gesellschaftsmodell stehe.

BEWERTUNG DER ERGEBNISSE. Mit rund 31,5% erzielte die SPD bei den Kommunalwahlen 2011 landesweit ein solides Ergebnis. Im Bezirk Südhessen wurde sie in fünf Landkreisen, Gießen, Groß-Gerau, Darmstadt-Dieburg, Main-Kinzig-Kreis und der Odenwaldkreis, stärkste Kraft. „Es gibt mehr Rot-Grün als vorher“, bilanzierte Gernot Grumbach, Bezirksvorsitzender. Das Gesamtergebnis stimme nach den Niederlagen bei der letzten Landtags- und Bundestagswahl optimistisch. Deutliche Verluste gab es in Frankfurt und Darmstadt zugunsten der Grünen, was nicht nur mit der Atom-Katastrophe in Japan und der daraus folgenden „Abstimmung über die Zukunft der Atomkraft“ erklärt werden konnte. Die Grünen verfügen dort über ein erhebliches Stammwählerpotenzial. Für die SPD gelte es, neben Stammwählern auch andere Milieus zu erreichen. Sehr erfreuliche Ergebnisse gab es bei vielen Direktwahlen. Die Landräte Burkhard Albers im Rheingau-Taunus-Kreis und Erich Pipa im Main-Kinzig-Kreis hatten sich im zweiten Wahlgang deutlich durchgesetzt. Ein Jahr später löste SPD-Kandidat **PETER FELDMANN** Petra Roth von der CDU ab und wurde neuer Oberbürgermeister in Frankfurt.

WEITERE SCHWERPUNKTE UND ALLGEMEINE ARBEIT

BEZAHLBARER WOHNRAUM. Aufgrund des Wohnraummangels, steigender Nebenkosten, der Ghettoisierung und Problemen beim Mieterschutz rückt die Wohnraumproblematik – insbesondere in einer Großstadt wie Frankfurt – weiter in den Mittelpunkt. Zum Thema **BEZAHLBARER WOHNRAUM FÜR ALLE** fand im Februar 2011 eine Fachtagung statt. Um den Bedarf zu decken, müssten bis zum Jahr 2030 jährlich 16.000 neue Wohnungen fertiggestellt werden, so die Forderung an die Landesregierung. Geförderter Wohnungsbau sei gerade in kostspieligen Städten die Grundlage für nachhaltige Stadtentwicklung.



Fachtagung **BEZAHLBARER WOHNRAUM** | Foto: SPD Hessen-Süd

Die Kampagne des Bezirks über den von der schwarz-gelben Landesregierung geplanten Verkauf der Nassauischen Heimstätte stieß auf große Resonanz. Auch bei der Oberbürgermeister-Wahl in Frankfurt

wurde deutlich, dass ein Großteil der Bevölkerung den Verkauf ablehnt. Die Nachricht, wonach der Verkauf der Landesanteile der NH schließlich gescheitert ist, ließ alle Mieterinnen und Mieter aufatmen. Somit haben sich die Bürgerproteste und die Unterschriftenaktion des DGB, der SPD und des Hessischen Mieterbundes in jedem Fall gelohnt.

SOLIDARISCHE ALTERSSICHERUNG. Elemente eines solidarischen Rentenkonzepts wurden auf dem Kongress *NEUE ZEITEN DENKEN* im November 2012 diskutiert. Gernot Grumbach forderte, dass die Kosten für die Alterung unserer Gesellschaft nicht wegreformiert, aber gerechter verteilt werden könnten. Unter den anwesenden Referenten waren Ingo Nürnberger, Leiter der Abteilung Sozialpolitik beim DGB-Bundesvorstand und Sozialwissenschaftler Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster, die unter anderem auf die Notwendigkeit einer Erwerbstätigenversicherung und einer gerechten Verteilung von Vermögen machten. Armin Schild, IG Metall-Bezirksleiter und Mitglied des SPD-Parteivorstands, referierte über *FLEXIBLE UND KLUGE ÜBERGÄNGE BEIM RENTENEINTRITT*. Auf dem SPD-Parteikonvent im November 2012 wurde schließlich ein SPD-Rentenkonzept beschlossen. Dazu gehört neben der Solidarrente über 850 Euro für langjährige Einzahler auch die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren.

INTEGRATIONSKONFERENZ. Am Ende der Integration müsse eine klare Kultur der Mitbestimmung stehen, so eine Forderung der Fachtagung *INTEGRATIONSARBEIT IM KOMMUNALEN BEREICH* im Juni 2012. Thorsten Schäfer-Gümbel, Uta Zapf und Ernst-Ewald Roth diskutierten über die Notwendigkeit eines neuen Integrationsbegriffs in unserer Gesellschaft. Der Vorsitzende des Landesausländerbeirats, Corrado Di Benedetto, wies auf die Bedeutung der Kommunen hin. In ihnen stecke die Power und die Macht zu gestalten. Sie seien der Dreh- und Angelpunkt der Integrationspolitik. Praxisberichte aus Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen rundeten den Tag ab.

ATOMKRAFT? NEIN DANKE – DEMO IN BIBLIS. Am Ostermontag im April 2011 fanden anlässlich des 25. Jahrestages des Atomunglücks in Tschernobyl bundesweit Demonstrationen gegen Atomkraft statt. Im Rahmen dieses Aktionstages gab es auch einen *STERNMARSCH GEGEN ATOM* mit anschließender Kundgebung in Biblis, an dem zahlreiche Sozialdemokraten beteiligt waren.

EHRENAMTSPREIS. Der Bezirk Hessen-Süd hatte mit großer Resonanz im Jahr 2010 erstmals einen Ehrenamtspreis ausgeschrieben, der 2012/2013 erneut vergeben wird. Mit dem Preis wird die gesellschaftliche Bedeutung und politische Wertschätzung unterstrichen, die die SPD dem Ehrenamt beimisst. Im Januar 2011 waren über 100 Gäste gekommen, um die Verleihung des 1. Ehrenamtspreises mit der stellvertretenden Parteivorsitzenden Manuela Schwesig zu erleben. Gernot Grumbach überreichte den Preis in der Kategorie *EINZELPERSON* an Zamira Benjelloun aus dem *INTERNATIONALEN VEREIN FÜR*

KINDER UND IHRE FAMILIEN (IVKF) in Frankfurt. Der Gruppenpreis ging an die *UKRAINEHILFE BREITSCHIED*, die seit 1992 Hilfstransporte in die Ukraine und seit 2003 auch nach Rumänien fährt.

GESCHICHTSWETTBEWERB. Zur Vorbereitung des Jubiläums *150 JAHRE SPD* im Jahr 2013 hatte der Bezirk alle Ortsvereine und Unterbezirke aufgerufen, ihre Geschichte in Projekten, Ausstellungen, Vorträgen oder Veranstaltungen im Rahmen eines Wettbewerbs *DU BIST GESCHICHTE – GESCHICHTSWERKSTATT* zu präsentieren. Ziel des Wettbewerbes ist zu zeigen, wie vielfältig sozialdemokratische Grundwerte umgesetzt wurden. Die eingegangenen Beiträge werden 2013 ausgewertet und präsentiert.

JUBILÄUM: 50 JAHRE FRANKFURTER PARTEIHAUS. Am 25. August 2012 feierte der Bezirk Hessen-Süd den 50. Geburtstag seiner Parteizentrale in Frankfurt. Thorsten Schäfer-Gümbel, Gernot Grumbach sowie Oberbürgermeister Peter Feldmann hatten zusammen mit rund 400 Besucherinnen und Besuchern das Jubiläum mit einem bunten Programm gefeiert. Das Haus mit den großen Glasfronten und dem Sitzungstrakt auf V-Stützen, wie es die Besucher von heute kennen, entstand aus einem Ideenwettbewerb des Bezirksvorstands von 1958. Eine Ausstellung zeigte die bewegende Geschichte der letzten Jahrzehnte.



Frankfurter Parteizentrale – Historische Aufnahme | SPD Hessen-Süd

GRÜNDUNG NEUER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

Im August 2012 fand die erste Gründung einer neuen Arbeitsgemeinschaft statt. Der Arbeitskreis Lesben und Schwule (Schwusos) wurde SPD-Arbeitsgemeinschaft. Im Herbst wurde die neue Arbeitsgemeinschaft *NETZWERK SELBST AKTIV* gegründet. Sie bildet sich aus Mitgliedern mit Behinderung und Mitgliedern, die für Menschen mit Behinderung und deren Verbände, Organisationen und Initiativen engagiert sind. Der langjährige Bezirksarbeitskreis *MIGRATION* wurde dann ebenfalls SPD-Arbeitsgemeinschaft. Zur Gründungskonferenz kam die stellvertretende SPD-Parteivorsitzende und Integrationsbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion Aydan Özoğuz. Ziele der SPD seien die doppelte Staatsbürgerschaft, das kommunale Wahlrecht für nicht EU-Bürger sowie eine bessere berufliche Integration von jungen Menschen.

BEZIRKSVORSTAND HESSEN NORD GEWÄHLT AUF DEM BEZIRKSPARTEITAG 2011

VORSITZENDER	RAOUL GIEBHAIN
GERNOT GRUMBACH , MdL	LISA GNADL , MdL
STELLVERTRETER	HEIKE HABERMANN , MdL
CHRISTINE LAMBRECHT , MdB	HEIKE HOFMANN , MdL
MICHAEL SIEBEL , MdL	ANDRÉ KAVAI
SCHATZMEISTER	MATTHIAS KÖRNER
PATRICK KOCH	DR. SASCHA RAABE , MdB
BEISITZER/-INNEN	GEROLD REICHENBACH , MdB
ANSGAR DITTMAR	DAGMAR SCHMIDT
NANCY FAESER , MdL	UMUT SÖNMEZ
PETRA FUHRMANN , MdL	TURGUT YÜKSEL
KERSTIN GEIS	UTA ZAPF , MdB



Gernot Grumbach und Manuela Schwesig gratulieren Zamira Benjelloun bei der Verleihung des Ehrenamtspreises | Foto: SPD Hessen-Süd



LANDESVERBAND THÜRINGEN

SPD



Spaß und Politik – die Jusos Thüringen beim jährlichen Auftaktwandern 2011 | Foto: SPD Thüringen

STARK FÜR THÜRINGEN –

DIE SPD SETZT IM FREISTAAT LANDESPOLITISCHE AKZENTE UND BAUT IHRE KOMMUNALE BASIS AUS

Im Jahr 2009 war die SPD in Thüringen in die Landesregierung eingetreten, um Thüringen besser, gerechter und weltoffener zu gestalten. In der Landesregierung ist es weiterhin die SPD, die als kleinerer Koalitionspartner die Akzente setzt. Im Jahr 2012 kam der Landeshaushalt dabei erstmals seit Jahren ohne neue Schulden aus und das ohne wichtige Zukunftsfelder der Landespolitik zu vernachlässigen. So gehört Thüringen inzwischen zu den Vorreitern in der Bildungspolitik. Kaum ein anderes Land investiert so viel in die frühkindliche Bildung und den Ausbau der Kindergärten. Wir schreiben die individuelle Förderung in der Schule groß und haben den Weg zum längeren gemeinsamen Lernen geöffnet und Anfang 2011 die Thüringer Gemeinschaftsschule eingeführt.

Ein weiteres Schwerpunktfeld war das Thema *GUTE ARBEIT*. Im Land wurden bereits erste Sperrlinien gegen Lohndumping und ausufernde Leiharbeit installiert. So gibt es bestimmte Fördergelder des Landes nur noch, wenn der Anteil von Leiharbeitern an der Gesamtbelegschaft eine bestimmte Grenze nicht überschreitet. Im Bundesrat brachte Thüringen

einen eigenen Mindestlohnvorstoß auf den Weg, der inzwischen durch den Vorstoß der Länder mit neuer rot-grüner Mehrheit ersetzt wurde.

Die Thüringer Hochschulen erhalten mehr Geld und haben durch uns eine Finanzgarantie bekommen, so dass sie sich sicher entwickeln können. Ein weiteres Schwerpunktthema unserer Arbeit war die Energiewende, sowohl beim Protest gegen die Atomkraft, als auch in der Landesregierung beim Einsatz für den Ausbau Erneuerbarer Energien. Der Kampf gegen Rechtsextremismus stand erneut im Mittelpunkt unserer Politik. Die Notwendigkeit des Ausbaus unseres Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit wurde durch die schrecklichen Taten brutaler Rechtsextremisten leider bestätigt. Die zahlreichen Pannen und Verfehlungen der Sicherheitsbehörden führten zu einer intensiven Debatte über die Zukunft der Sicherheitsbehörden in Thüringen und den Bestand des Landesamtes für Verfassungsschutz. Die SPD-Landtagsfraktion war es schließlich die sich massiv für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses einsetzte, dem die SPD-Landtagsabgeordnete **DOROTHEA MARX** vorsitzt. Im April und Mai 2012 fanden die Wahlen zu hauptamtlichen Bürgermeistern, Landräten und Oberbürgermeistern in Thüringen statt. Zwar musste die SPD die Rathäuser



Die Delegierten des SPD-Landesparteitags gegen Atomkraft auf der Antiatomdemo in Suhl. | Foto: SPD Thüringen

in Eisenach und Gera nach einer Amtszeit und die Landratsämter im Saale-Orla-Kreis und in Saalfeld-Rudolstadt nach zwei Amtszeiten wieder räumen, konnte im Gegenzug aber bisher schwarze Hochburgen gewinnen. Im Kyffhäuserkreis und im Landkreis Schmalkalden-Meiningen konnten langjährige CDU-Amts inhaber von **ANTJE HOCHWIND** (Kyffhäuserkreis) und **PETER HEIMRICH** (Schmalkalden-Meiningen) abgelöst werden. Außerdem konnten die Rathäuser in drei weiteren Kreisstädten (Mühlhausen – **DR. JOHANNES BRUNS**, Meiningen – **FABIAN GIESDER**, Schleiz – **JUERGEN K. KLIMPKE**) gewonnen werden, womit die SPD nun die meisten Bürgermeister in Kreisstädten und kreisfreien Städten stellt. Die überzeugendsten Ergebnisse lieferten schon im ersten Wahlgang die Oberbürgermeister von Erfurt, **ANDREAS BAUSEWEIN** (59,2 %) und Gotha, **KNUT KREUCH** (76,5 %) ab (alle Wahlsiege in der Übersicht).



Wahlsieger im Doppelpack – Peter Heimrich und Fabian Giesder mit ihren UnterstützerInnen | Foto: SPD Thüringen

■ Nicht von einem Wahlsieg gekrönt, aber besonders innovativ bei der Kandidatenauswahl zeigte sich die SPD im Landkreis Gotha. Hier konnten alle Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Kandidatenvorschläge für die Nominierung einreichen. Die Kandidaten stellten sich dann in verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen vor, bevor die Mitglieder des Kreisverbandes über ihren Kandidaten abstimmten.

■ Parteiintern waren die Jahre 2011 und 2012 von zahlreichen neuen Aktivitäten geprägt. Im Juni 2011 verabschiedete der SPD-Landesvorstand ein Frauenförderkonzept, dass die Beteiligungsmöglichkeiten von Frauen steigern soll. Seit 2011 finden als Teil des Konzeptes ein jährliches Frauennetzwerktreffen und ein eigenes Seminarprogramm für alle weiblichen Mitglieder statt. Ebenfalls neu sind die Mitgliederbeauftragten der Kreisverbände und großer Ortsvereine, die seit Frühjahr 2011 aktiv sind. Neben eigenständigen Schulungen findet ein jährliches Koordinierungstreffen aller Mitgliederbeauftragten statt.

■ Neu ist auch die Mitarbeiterkonferenz der SPD Thüringen, zu der sich seit 2011 neben den Mitarbeitern der Partei, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Abgeordneten und kommunalen Fraktionen treffen.

■ Im Berichtszeitraum haben sich mit den Schwusos, dem Arbeitskreis Christen in der SPD und dem Forum Europa drei neue Themengruppen gegründet, die Teilhabemöglichkeiten aller Mitglieder erhöhen. Ebenfalls neu formiert hat sich das Dialognetzwerk **SPORTLAND THÜRINGEN**, das sportpolitisch aktive Mitglieder und Sportfunktionäre aus dem Freistaat zusammenbringt.

■ Die aktivste Arbeitsgemeinschaft der SPD Thüringen, die Jusos nahmen im Herbst 2011 einen Wechsel an der Verbandsspitze vor. Auf die scheidende Landesvorsitzende Diana Lehmann, folgte der Jenaer Student Markus Giebe.

■ Im März 2012 wählte der Landesparteitag einen neuen Vorstand. Christoph Matschie wurde als Landesvorsitzender ebenso bestätigt, wie die Stellvertreter Andreas Bausewein, Iris Gleicke und Heike Taubert. Als neuer Parteivize wurde Wirtschaftsminister Matthias Machnig gewählt.

■ Als herausragende Veranstaltung wirkte der 120. Jahrestag des Erfurter Programms im Kaisersaal im Oktober 2011 lange nach. Sigmar Gabriel begeisterte den vollen Kaisersaal mit Wortwitz und historischen Anekdoten. Weitere fest verankerte Ereignisse des Parteilebens

waren der jährliche Politische Aschermittwoch in Arnstadt, das jährliche Auftaktwandern der Jusos, die Verleihung des nach dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wilhelm Bock benannten und vom Gothaer Oberbürgermeister Knut Kreuch gestifteten **EHRENPREISES ROTER BOCK** an Boris Tadic und die Breitscheid-Ehrung in Weimar am 24. August jeden Jahres.

■ Auf der Sommerklausur des Landesvorstands wurde ein umfangreiches und ambitioniertes Arbeitsprogramm des Landesvorstands beschlossen, welches die Schwerpunkte für die Arbeit der kommenden zwei Jahre definierte.

DIE PROJEKTE DES ARBEITSPROGRAMMS 2012–2014

■ **DAS PROJEKT THÜRINGEN 2020** (Federführung: Christoph Matschie) wird sich mit dem Programmprozess der SPD mit Blick auf die Landtagswahlen 2014 beschäftigen. Dabei soll ein besonderer Schwerpunkt auf die Einbindung aller Mitglieder und von Sympathisanten in Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften und Initiativen gerichtet werden.

■ **IM PROJEKT REGIERUNGS- UND POLITIKWECHSEL 2013** (Federführung: Iris Gleicke) werden wir die Bundestagswahlen 2013 vorbereiten. Eine Wahlkampf-TASKFORCE unter Leitung unserer MdB wird bis zum Frühjahr 2013 eine programmatische und organisatorische Plattform vorbereiten, in der die zentralen Themen der Bundestagswahl mit Relevanz für den Freistaat diskutiert und präsentiert werden und ein Konzept für die Wahlkampforganisation erarbeitet wird, das flächendeckend zum Einsatz kommt.

■ **DAS PROJEKT KOMMUNALPOLITISCHES FORUM** (Federführung: Andreas Bausewein) wird gemeinsam mit der SGK unsere Kommunal- und Landespolitik stärker miteinander vernetzen, zentrale kommunalpolitische und landespolitische Fragen mit kommunalpolitischer Relevanz und deren Bedeutung für die lokale Ebene diskutieren sowie Vorschläge für landespolitische Themen und gemeinsame Initiativen und Anträge in unseren Kommunalparlamenten in Thüringen entwickeln.

■ **DAS PROJEKT Q 2018** (Federführung: René Lindenberg) wird sich der Identifikation und Qualifizierung von Nachwuchskräften mit Blick auf die Kommunalwahl 2018 widmen. Wir wollen Mitglieder damit systematisch auf kommunale Verantwortung vorbereitet und werden dazu eng mit der SPD-Parteischule und anderen Bildungsträgern kooperieren.

■ **IM PROJEKT DIALOG-NETZWERK** (Federführung: René Lindenberg) wollen wir die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Sozial-, Umwelt-, Verbraucherverbänden und parteinahen Vorfeldorganisationen verbessern und intensivieren. Ziel sind u. a. mehr gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen mit befreundeten Organisationen.

■ **DAS PROJEKT INNERPARTEILICHE BILDUNG** (Federführung: Heike Taubert) soll die Neuaufstellung der Foren und Arbeitsgemeinschaften voranbringen. Ziele sind ein intensiverer Beitrag zur innerparteilichen Meinungsbildung und ein eigenes Jahresprogramm.

■ **IM PROJEKT ORGANISATION, PARTEIKULTUR, KAMPAGNENFÄHIGKEIT** (Federführung: Albrecht Schröter) wird ein Konzept zur Weiterentwicklung der Strukturen innerhalb der SPD erarbeitet werden, das die Professionalisierung der Arbeit, eine stärkere Kampagnenfähigkeit, die bessere Kommunikation mit NGOs und die stärkere Erschließung wichtiger Zielgruppen zum Ziel hat.

■ **DAS PROJEKT JUGENDPOLITIK** (Federführung: Markus Giebe) wird gemeinsam mit befreundeten Jugendverbänden ein jugendpolitisches Programm erarbeiten mit dem wir Jugendliche für Demokratie, Wahlen und neue Mehrheiten begeistern wollen.

■ Schließlich soll im **PROJEKT FINANZEN STÄRKEN** (Federführung: Conny Kraffzick) ein Spendenkonzept für die SPD Thüringen, Hilfestellungen für die Gliederungen zur Verbreiterung der Einnahmebasis und eine Kampagne **MEHR BEITRAG, MEHR SPD** erarbeitet werden.

LANDESVORSTAND DER SPD THÜRINGEN

GEWÄHLT AUF LANDESPARTEITAG IN ERFURT AM 17.03.2012

LANDESVORSITZENDER
CHRISTOPH MATSCHIE, MDL
STELLVERTRETER/-INNEN
ANDREAS BAUSEWEIN
IRIS GLEICKE, MDB
MATTHIAS MACHNIG
HEIKE TAUBERT, MDL
SCHATZMEISTER
CORNELIA KRAFFZICK
BEISITZER/-INNEN
ROLF BAUMANN, MDL
DAGMAR BECKER
JUDITH CSUTORKA
RONNY FRITZLAR
ROBERT GEHEEB
ENRICO GROPP

CORNELIA KLISCH
SUSANNE KÖHLER
DIANA LEHMANN
BETTINA LÖBL
ELEONORE MÜHLBAUER, MDL
DR. WERNER PIDDE, MDL
BARBARA RINKE
FRANK ROßNER
DR. HARTMUT SCHUBERT
DR. ALBRECHT SCHRÖTER
SVEN STEINBRÜCK
DR. NORBERT VORNEHM
LANDESGESCHÄFTSFÜHRER
RENÉ LINDENBERG
VORSITZENDER LANDESPARTEIRAT
WILHELM SCHREIER

LANDESVORSITZENDE DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

FRANK ROßNER (komm.) AfB
FRANK WEBER AfA
THOMAS NOTZKE ASJ
JENS KUTSCHER AGS
CORNELIA KLISCH ASF
DAVID ECKARDT ASG
MARKUS GIEBE Jusos
ANDREAS KOCH ASC
WOLF-DIETRICH WAACK AG 60 plus
FRANK DOMKOWSKI AG Schwusos
DANIEL STEINER Forum Europa

MITGLIEDERENTWICKLUNG

2011 ■ 4.324 2012 ■ 4.302

ERGEBNISSE KOMMUNALWAHLEN 2012

1. WAHLGANG

Die SPD konnte im 1. Wahlgang insgesamt 24 Wahlen gewinnen.

■ ERFURT:

Andreas Bausewein 59,2%

■ UNSTRUT-HAINICH-KREIS:

Harald Zanker 51,0%

■ WEIMARER LAND:

Hans-Helmut Münchberg (gem. Kandidat von SPD u. CDU) 77,8%

■ MÜHLHAUSEN: Johannes

Bruns 53,3%

■ GOTHA: Knut Kreuch 76,5%

■ BAD FRANKENHAUSEN:

Matthias Strejc 73,3%

■ EBELEBEN: Uwe Vogt 76,7%

■ EISENBERG: Ingo Lippert 72,3%

■ FRIEDRICHRODA:

Thomas Klöppel 97,3%

■ GREIZ: Gerd Grüner 57,2%

■ GREUßEN:

René Hartnauer 56,9%

■ GÜNTHERSLEBEN-WECHMAR:

Frank Ritter 53,8%

■ HERMSDORF:

Gerd Pillau 75,5%

■ HIRSCHBERG:

Rüdiger Wohl 79,7%

■ LANGEWIESEN:

Horst Brandt 93,4%

■ LAUSCHA:

Norbert Zitzmann 71,3%

■ PÖßNECK:

Michael Modde 94,6%

■ PROBSTZELLA:

Marko Wolfram 95,9%

■ ROSITZ: Steffen Stange 99,9%

■ RUHLA:

Hans-Joachim Ziegler 51,8%

■ SCHMALKALDEN:

Thomas Kaminski 87,8%

■ SCHWEINA:

Jürgen Holland-Nell 61,8%

■ TABARZ:

Matthias Klemm 63,3%

■ UNTERBREIZBACH:

Roland Ernst 84,9%

ERFOLGREICHE STICHWAHLEN

In den Stichwahlen am 6. Mai konnte die SPD weitere 8 Wahlen gewinnen. Darunter viermal

auf Kreisebene. Im Vergleich war die CDU lediglich in 5 von 22 Stichwahlen, in denen sie vertreten war, erfolgreich. Die Linkspartei gewann 7 Stichwahlen.

■ JENA: Albrecht Schröter 72,9%

■ WEIMAR: Stefan Wolf 56,2%

■ KYFFHÄUSERKREIS:

Antje Hochwind 52,7%

■ SCHMALKALDEN-MEININGEN:

Peter Heimrich 60,0%

■ ALTENBURG:

Michael Wolf 61,7%

■ BLANKENHAIN:

Hans Klaus-Dieter Kellner 60,9%

■ MEININGEN:

Fabian Giesder 53,4%

■ SCHLEIZ:

Juergen K. Klimpke 51,0%



LANDESVERBAND SACHSEN

SPD



Eine der vielen Aktionen zum Jubiläum 100 JAHRE FRAUENTAG im Jahr 2011 | Foto: ASF Sachsen

2011

8. JANUAR WORKSHOP DES LANDESVERBANDS

Das Jahr 2011 stand ganz im Zeichen des Schwerpunktthemas *SOLIDARISCHES MITEINANDER*. Gleich zu Beginn des Jahres fand der erste Workshop der dazu eingerichteten Projektgruppe *STARKE KINDER* statt. Die Diskussion dort drehte sich rund um die Frage *WIE WOLLEN WIR DAS SOLIDARISCHE ZUSAMMENLEBEN FÖRDERN, FAMILIEN UNTERSTÜTZEN UND KINDER STARK MACHEN?*



Workshop *STARKE KINDER* | Foto: SPD Sachsen

14. / 15. JANUAR JAHRESAUFTAKTKLAUSUR DES LANDESVORSTANDS

Der Landesvorstand legte anschließend auf seiner Jahresauftaktklausur am 14./15. Januar in Waldheim die Schwerpunkte für das diesjährige Arbeitsprogramm unter dem Motto *SOLIDARISCHES MITEINANDER* fest. Es wurde zudem der Arbeitskreis *GUTES LEBEN IM ALTER* gegründet.

20 JAHRE ASF SACHSEN. In die Kulturbastion Torgau hatte die ASF Sachsen zu ihrer Geburtstagsfeier eingeladen. Als Gäste konnten u.a. Christine Bergmann, ehemalige Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, und Barbara Hackenschmidt, stellvertretende ASF-Bundesvorsitzende, begrüßt werden.

ASG LANDESKONFERENZ. Nach der Diskussionsveranstaltung zum Thema *WENN ARBEIT PSYCHISCH KRANK MACHT – FOLGEN VON STRESS UND UNSICHEREN JOBS AUF DIE GESUNDHEIT*. im Berufsförderungswerk Dresden wählten die Mitglieder der ASG Sachsen den Vorstand. **FRAU DR. MARLIES VOLKMER** wurde als *VORSITZENDE* im Amt bestätigt.

3. HAUPTAMTLICHENKONFERENZ (HAMKON). Anfang März trafen sich alle Hauptamtlichen der SPD Sachsen, d.h. die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bürgerbüros, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Kreistags- und Stadtratsfraktionen sowie alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesverbandes zur 3. Hauptamtlichenkonferenz. Als Gastbeitrag berichtete Journalistin Petra Strunz (dpa) aus dem Redaktionsalltag und gab wertvolle Hinweise zur Verbesserung der Pressearbeit.

AGS LANDESKONFERENZ. Im Bildungszentrum der Handwerkskammer Dresden diskutierten die Mitglieder der AGS Sachsen unter dem Motto *WIR DENKEN SELBSTSTÄNDIG!* zahlreiche Anträge und wählten einen neuen Vorstand. **HEIKO BÄR** wurde dabei als *VORSITZENDER* der AGS Sachsen wiedergewählt.



AGS Landeskonferenz | Foto: SPD Sachsen

100 JAHRE FRAUENTAG. Anlässlich des 100jährigen Jubiläums gab es sachsenweit zahlreiche Aktionen. Viele Genossinnen und Genossen verteilten zu diesem Anlass historische Postkarten.

LANDESKONFERENZ AG 60PLUS. Die Arbeitsgemeinschaft 60plus der sächsischen SPD hat am 7. Mai 2011 auf ihrer Landeskonzferenz einen neuen Vorstand gewählt. Die Delegierten der Konferenz, die unter dem Motto *POLITISCHES ENGAGEMENT IM ALTER* stand, wählten den langjährigen Vorsitzenden Klaus Franke erneut zum Vorsitzenden.

LANDESKONFERENZ ASJ. Mitte Mai 2011 verabschiedete die ASJ Sachsen in Leipzig auf ihrer Landeskonzferenz in Leipzig einige Anträge, unter anderem auch zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen. Zudem wählten die Mitglieder den Vorstand. **PROF. DR. UWE BERLIT** wurde dabei als *VORSITZENDER* bestätigt.

ZUKUNFTSWERKSTATT FAMILIE. Auf Initiative der Chemnitzer SPD und der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Chemnitz und Umgebung e. V. fand die *ZUKUNFTSWERKSTATT FAMILIE* statt. Es trafen sich Betroffene, Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Wohlfahrtspflege und Politik. Auf der Tagung wurde über das Konzept einer künftigen Kindergrundsicherung, die Zukunft der sächsischen Wohlfahrtspflege und ein Umdenken in der Bildungspolitik gesprochen.

EUSONET. Der Einladung zur ersten Tagung von EUSONET, dem Netzwerk der sozialdemokratischen JuristInnen in Europa, waren zahlreiche hochkarätige Gäste gefolgt. Die über 40 TeilnehmerInnen vertieften



V.l.n.r.: Harald Baumann-Hasske, Präsident von EUSONET, Alex Scerbarras Trigona, ehemaliger Außenminister von Malta, Gisela Becker, Vorstandsmitglied der ASJ, Martin Dulig, SPD Landes- und Fraktionsvorsitzender Sachsen, Manuel Medina Ortega, eh. Vizepräsident des Europäischen Parlaments). | Foto: SPD Sachsen

ihren Gedankenaustausch vor allem in Fragen der Flüchtlingspolitik. Die Tagung war eine gute Gelegenheit, um Kontakte zu festigen und Bande für eine gemeinsame Arbeit gerade in der Flüchtlingsproblematik zu knüpfen. Flankiert wurde das Treffen u.a. von einer öffentlichen Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung an der TU Dresden.

ANTI-ATOM NETZWERK. Bundesweit hat es am Samstag, dem 28. Mai, in 21 Städten Kundgebungen gegen die Kernkraft gegeben, darunter auch in Dresden. An der Anti-Atom-Demo beteiligten sich über 3.500 Menschen. Zum Protest aufgerufen hatte ein überparteiliches Bündnis aus Umweltschutzinitiativen, Gewerkschaften, Verbänden und Parteien, darunter auch die SPD Sachsen. Auf der Tour durch die Innenstadt forderten die Demonstranten lautstark den schnellen Ausstieg aus der Atomenergie. Wie schnell sich eine radioaktive Wolke in alle Himmelsrichtungen ausbreiten kann, zeigten die ca. 500 Luftballons, die als Abschluss des Demonstrationszuges in den Himmel starteten.

2. TAG DES ORTSVEREINS. *ALLES MUSS KLEIN BEGINNEN ...* – der Titel von Gerhard Schönes Konzert lässt sich gut auf den Tag des Ortsvereins ummünzen. Alles muss klein beginnen, damit Großes daraus wachsen kann. Und der zweite Tag des Ortsvereins der sächsischen SPD im Sonnenlandpark in Lichtenau war eine deutliche Nummer größer als sein

kleiner Bruder im vorigen Jahr: Auf Einladung der SPD kamen gut 700 Gäste in den Freizeitpark, so dass weit über 1.500 Parkbesucher die SPD von ihrer ausgelassenen Seite kennenlernen konnten. Die Politik spielte zwar eine untergeordnete Rolle – ein Thema rückte dennoch aufs Vielfältigste ins Blickfeld. Das Motto *KINDER STÄRKEN* fand sich nicht nur in Gesprächsrunden wieder, sondern spielte in der Praxis beim Kidscamp genauso eine Rolle wie beim Markt der Möglichkeiten, u.a. mit Spielzeug, Foto- und Luftballonaktionen. Und auch die Musik trug ihren Teil bei: Kinder (wie Erwachsene) durften sich bei Gerhard Schönes umgebenen Konzert ihre Lieblingslieder wünschen. Bleibt als Fazit: Ausgelassene Stimmung allerorts! Und das ist ein guter Anknüpfungspunkt für den nächsten Tag des Ortsvereins, der noch weiter wachsen soll.

JUSO LANDESDELEGIERTENKONFERENZ. Am 10. September 2011 haben die sächsischen Jusos in Pirna einen neuen Vorstand gewählt. Landesvorsitzender bleibt der aus Leipzig stammende Tino Bucksch. Seine beiden Stellvertreter Juliane Pfeil und Tommy Jehmlich wurden ebenso im Amt bestätigt. Stark diskutiert wurde die Innenpolitik des Freistaates Sachsen und der damit verbundene Skandal über das ungerechtfertigte Sammeln von Handynutzerdaten am 13. Februar. Die Jusos sprachen sich klar gegen die *KRIMINALISIERUNG ANTIFASCHISTISCHEN ENGAGEMENTS* und die staatliche Repression von Gruppen, die sich gewaltfrei den Neonazis gegenüberstellen. Ein weiterer Punkt war in diesem Zusammenhang der *DEMONTAGEVERSUCH GEGEN DEN SÄCHSISCHEN DATENSCHUTZBEAUFTRAGTEN* und das neue Polizeigesetz.

4. HAUPTAMTLICHENKONFERENZ (HAMKON). Mitte September trafen sich zum zweiten Mal in diesem Jahr alle Hauptamtlichen der SPD Sachsen. Gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden Martin Dulig und dem Generalsekretär Dirk Panter werteten sie die bis dahin erfolgten Aktionen und Veranstaltungen aus und sprachen vor allem über die Durchführung des bevorstehenden Landesparteitags. Inhaltlich informierte Eva Brackelmann, Vorsitzende der ASF Sachsen, über eine verbesserte Ansprache weiblicher Sympathisanten und Mitglieder. Ziel sei es, eine Erhöhung des Frauenanteils im Landesverband herbeizuführen.

LANDESKONFERENZ ASF SACHSEN. Neben der Diskussion aktueller Themen, wie z.B. die derzeitige Lage der sächsischen Frauenförderung oder die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit innerhalb der SPD, wählte die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen in Sachsen (ASF) am Samstag, dem 24. September 2011, im Frauenbildungszentrum Dresden einen neuen Vorstand. Die Leipzigerin **EVA BRACKELMANN** wurde dabei zur neuen Landesvorsitzenden der ASF Sachsen gewählt. Im Vorfeld der Landeskonzferenz fand die *FACHTAGUNG ENTGELTGLEICHHEIT* statt. Als Referentinnen bereicherten Irene Schneider-Böttcher, Präsidentin des Statistischen Landesamts Sachsen, und Prof. Dr. Heide Pfarr, wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung, die Diskussionen um das spannende Thema.



Anti-Atom-Demo | Foto: SPD Sachsen



- Landesparteitag 2011
o. li.: Neumitglieder
o. re.: Martin Dulig spricht
zu den Delegierten
- Landeskonzferenz der Afa
Sachsen 2012

Fotos: SPD Sachsen

8. OKTOBER 2011: AUSSERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG. Die Delegierten haben in Bautzen unter dem Motto *SOLIDARISCHES ZUSAMMENLEBEN FÖRDERN, FAMILIEN UNTERSTÜTZEN UND KINDER STÄRKEN* den Leitantrag *STARKE KINDER IN EINER SOLIDARISCHEN GESELLSCHAFT* mit großer Mehrheit verabschiedet. Andrea Nahles begrüßte nicht nur alle Delegierten, sondern vor allem auch unsere Neumitglieder.

31. OKTOBER 2011: POLITISCHER REFORMATIONSTAG. Unter dem Titel *DER ISLAM GEHÖRT ZU DEUTSCHLAND. UND WAS NOCH?* hatte der SPD Landesverband Sachsen zum traditionellen Politischen Reformationstag in das Zeitgeschichtliche Forum eingeladen. Doch wie steht es um dieses Miteinander in Deutschland? Wo stehen sich unterschiedliche Ansprüche gegenüber? Was bedeutet es, als Muslimin in Deutschland zu leben? Diesen und anderen Fragen gingen wir gemeinsam mit Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrates der Muslime in Deutschland, und zahlreichen weiteren Gästen nach.

KONSTITUIERUNG DES AK ENERGIE. Auf der Grundlage des außerordentlichen Landesparteitags in Bautzen wurde der Arbeitskreis Energie des SPD-Landesverbandes ins Leben gerufen. Arbeitsgrundlage bilden die weitergeleiteten Anträge der vorhergehenden Landesparteitage. Ausgegebenes Ziel des Arbeitskreises war es, das Thema Energie grundlegend zu diskutieren und einen umfassenden Leitantrag für einen eigenen Arbeitsparteitag zu entwerfen.

2012

13./14. JANUAR 2012: JAHRESAUFTAKTKLAUSUR DES LANDESVORSTANDS. Der Landesvorstand hat auf seiner Jahresauftaktklausur das Arbeitsprogramm 2012 unter dem Schwerpunktthema *WIRTSCHAFT, ARBEIT UND ENERGIE* diskutiert und beschlossen. Zudem erhielt der Landesvorsitzende Martin Dulig den Auftrag, die Gespräche mit den demokratischen Parteien im Sächsischen Landtag über eine Verankerung der Schuldenbremse in der sächsischen Verfassung zu führen.

5. HAUPTAMTLICHENKONFERENZ (HAMKON). Zum Einstieg in das Jahr trafen sich die knapp 70 Hauptamtlichen aus dem Landesverband, den Landtags- und Kreistags- und Stadtratsfraktionen sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abgeordnetenbüros. Gemeinsam tauschten sie sich über Jahresplanung 2012 und den damit verbunden Terminen und Veranstaltungen aus.

LANDESKONFERENZ DER AFB SACHSEN. Am 4. Februar 2012 wählten die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) in der SPD Sachsen auf ihrer ordentlichen Landeskonzferenz ihren Vorstand. Als Landesvorsitzende wurde die Dresdner Landtagsabgeordnete Dr. Eva-Maria Stange einstimmig im Amt bestätigt. Im Mittelpunkt der Landeskonzferenz stand eine umfangreiche Antragsberatung, in der sich die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft unter anderem zu einer inklusiven Bildung in Sachsen bekannten. Die Landeskonzferenz sprach sich ebenfalls für eine Stärkung der kommunalen Bildungsverantwortung sowie den Ausbau der Eigenverantwortung von Schulen aus und unterstützt die rechtliche Aufwertung von Bibliotheken im Freistaat.

13./18. FEBRUAR 2012: ANTI-NAZI-DEMOS. Zum 67. Mal jährte sich 2012 die Zerstörung Dresdens. Die SPD hatte bundesweit unter dem Motto *DRESDEN BRAUCHT UNSERE COURAGE: GEGEN RECHTSEXTREMISMUS UND GEWALT!* aufgerufen, die friedlichen Proteste gegen Neonazis am 13. und 18. Februar in Dresden zu unterstützen und sich an den vielfältigen Aktionen zu beteiligen. Es ist gelungen, unter unserem Aufruf den SPD-Parteivorsitzenden, die Generalsekretärin, den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, unsere stellvertretenden Parteivorsitzenden, unsere Ministerpräsidentin, unsere Ministerpräsidenten und stellvertretenden Ministerpräsidenten sowie die Oberbürgermeisterin von Zwickau, den Oberbürgermeister von Jena und weitere SPD-Prominente aus den Bundesländern als Unterzeichnerinnen und Unterzeichner zu vereinen.

GEDENKEN AN KARL-HEINZ KUNCKEL. DIE SÄCHSISCHE SOZIALDEMOKRATIE TRAUERT UM DR. KARL-HEINZ KUNCKEL. „Mit Karl-Heinz Kunckel verlieren wir einen Politiker und Sozialdemokraten der ersten Stunde, der sein Wirken in den Dienst des Aufbaus der Demokratie und des Wiederaufbaus der SPD in Sachsen gestellt hat. Er war uns allen ein Vorbild an Integrität und Pflichterfüllung. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren“, so Martin Dulig, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag und Landesvorsitzender der SPD Sachsen. Karl-Heinz Kunckels politischer Werdegang war von leidenschaftlichem Engagement für die Demokratie geprägt: Nach Eintritt in die SDP 1989 war er zunächst drei Jahre stellvertretender Landesvorsitzender bis er 1993 den SPD-Vorsitz übernahm. Nach kurzem Wirken in der ersten frei gewählten Volkskammer zog Karl-Heinz Kunckel im Oktober 1990 in den Sächsischen Landtag ein und wurde zum Vorsitzenden der SPD-Fraktion gewählt. Zweimal – 1994 und 1999 – war er Spitzenkandidat der sächsischen SPD bei den Landtagswahlen. Nach der Niederlage 1999 trat er sowohl vom Partei- als auch vom Fraktionsvorsitz zurück. Karl-Heinz Kunckel genoss über Parteigrenzen hinweg große Anerkennung: Im Jahr 2000 wurde er sowohl mit der Sächsischen Verfassungsmedaille als auch mit dem Sächsischen Verdienstorden ausgezeichnet. Dr. Karl-Heinz Kunckel ist am 9. März 2012 nach langer schwerer Krankheit gestorben. Er hat seine letzten beiden Lebensjahre am neuen Wohnort seiner Familie in Herolstatt bei Tübingen verbracht.

LANDESKONFERENZ DER AFA SACHSEN. Die Landeskonzferenz der sächsischen Afa stand unter dem Motto *Starke Wirtschaft – Faire Arbeit*. Eine Vielzahl entsprechender Anträge wurde eingebracht, welche von teils intensiven Diskussionen geprägt waren. Die Delegierten verständigten sich unter anderem zu einer einstimmigen Resolution gegen die sächsische Schuldenbremse. Der Arbeitnehmerflügel in der SPD positioniert sich somit eindeutig und auch gegen teils anders lautende Meinungen innerhalb der SPD. **SEBASTIAN WILL** wurde auf der Landeskonzferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (Afa) im Leipziger BMW-Werk als *LANDESVORSITZENDER* im Amt bestätigt. Die 71 anwesenden Delegierten der Afa-Landeskonzferenz wählten darüber hinaus **STEFAN BRANGS**, MdL und **MARKUS SCHLIMBACH**, stellvertretender DGB-Landesvorsitzender, zu stellvertretenden Vorsitzenden.



- Diskussion beim Politischen Reformationstag 2011
- Tag der Sachsen 2012
- Sachsengipfel 2012

Fotos: SPD Sachsen

UB-PARTEITAGE. Im April, Mai und Juni 2012 wurden auf den jeweiligen Parteitagen in allen Unterbezirken des Landesverbands Sachsen die Parteigremien neu besetzt.

ORTSVEREINSVORSITZENDENKONFERENZ. Am 4. Mai 2012 waren alle Ortsvereinsvorsitzenden der SPD Sachsen eingeladen, um gemeinsam mit der Landesspitze über die Verfassungsdebatte und die Schuldenbremse als auch über den Planungstand für den nächsten Landessparteitag zu diskutieren. Desweiteren gab es natürlich auch Gelegenheit, sich über Aktuelles aus den Ortsvereinen und Unterbezirken auszutauschen.

JUNI 2012 – WORKSHOP UND REGIONALFOREN ZUM LEITANTRAG. In einem ersten Schritt wurde der erste Entwurf des Leitantrages *STARKE WIRTSCHAFT UND FAIRE ARBEIT* mit verschiedenen Organisationen und Institutionen diskutiert. In einem weiteren Schritt tauschten sich die Parteimitglieder wie auch Interessierte auf dem Workshop über den Entwurf aus. Hier wurde mit allen Mitgliedern der Leitantrag zu Ende geschrieben. Auf den folgenden Regionalforen wurden die Grundideen des Leitantrages vorgestellt und weiterdiskutiert.

TAG DES ORTSVEREINS 2012. Grimmig drein guckten am letzten Tag im Juni nur die Dinosaurier. Der dritte Tag des Ortsvereins lockte über 600 fröhliche Menschen auf Einladung der sächsischen SPD in den Saurierpark nach Kleinwelka. Viele weitere Parkbesucher gesellten sich dazu und erlebten ein abwechslungsreiches Programm rund um die weithin sichtbare SPD-Bühne. Nicht nur lautstark sondern auch äußerst mitreißend und daher ein besonderer Magnet waren die *ROCKYS*, die musikalischen Brüder um Olaf Schubert. Sowohl die Liedtexte als auch die durch und durch tief sinnigen, politischen Botschaften sorgten für jede Menge Heiterkeit und eine ausgelassene Stimmung. Ernsthafter, aber nicht weniger locker, ging es da in den Gesprächsrunden und Workshops zu. Viele Gäste nutzten die Gelegenheit, sich zu einem Thema näher zu informieren. Die ein oder andere in den Runden angefangene Diskussion setzte sich dann auch auf dem Markt der Möglichkeiten fort. Der *MARKTPLATZ* wurde zeitweise die Bühne harter Kämpfe um Medaillenplätze bei der Wahlkampfolympiade.

SACHSENGIPFEL. Ein Highlight des Jahres war der 1. *SACHSENGIPFEL*. Eingeladen waren alle FunktionsträgerInnen in der SPD Sachsen. Rund 60 Genossinnen und Genossen folgten der Einladung nach Leipzig. Gemeinsam tauschten sie sich über den aktuellen Stand zu

den Verhandlungen zur Schuldenbremse, über die Wahlkampfvorbereitungen der Oberbürgermeisterwahlen in Leipzig und Chemnitz sowie wie über erste Strategiegedanken zur Bundes- und Landtagswahl aus. Diese besondere Runde der sächsischen VerantwortungsträgerInnen soll ab sofort jährlich stattfinden.

LANDESDELEGIERTENKONFERENZ JUSOS. Auf der Landesdelegiertenkonferenz der sächsischen Jungsozialistinnen und Jungsozialisten am 28. Juli 2012 in Borna wurden Teile des Landesvorstands neu besetzt. **TINO BUCKSCH** trat nach 3 Jahren als *VORSITZENDER* von seinem Amt zurück. Auf ihn folgt der 26-jährige **TOMMY JEHMLICH**. **CAROLINE HÜHN** und **KATHARINA SCHENK** übernehmen die Funktionen der *STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN*. Auf der Landesdelegiertenkonferenz, die unter dem Titel *WIR SIND KONSERVATIV – SEIT ÜBER 100 JAHREN FÜR LINKE POLITIK* stand, wurden neben dem Personal auch neue inhaltliche Schwerpunkte verabschiedet. So wurden anonymisierte Bewerbungsverfahren im öffentlichen Dienst ebenso gefordert wie Veränderungen beim Urheberrecht, gerade für die Verwendung im Internet. Desweiteren setzten sich die Jusos für die verstärkte Forderung von Steuerhinterziehern und für eine bessere Unterbringung von AsylbewerberInnen ein.

GRÜNDUNGSVOLLVERSAMMLUNG DER AG LESBEN UND SCHWULE IN DER SPD SACHSEN (SCHWUSOS). Die SPD Sachsen *HAT SICH GETRAUT* und die Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD Sachsen (*SCHWUSOS*) gegründet. Der Leipziger Georg Teichert wurde am 1. September 2012 in Dresden bei der Gründungsvollversammlung zum ersten Landesvorsitzenden gewählt.

100 JAHRE PARTEITAG. JUBILÄUMSVERANSTALTUNG IN CHEMNITZ. Vom 15.–21. September 1912 wurde in Chemnitz der Reichsparteitag der deutschen Sozialdemokratie abgehalten. Am Mittwoch, dem 12. September 2012, hatten die Friedrich-Ebert-Stiftung und die SPD Chemnitz deshalb zur gleichnamigen Jubiläumsveranstaltung *100 JAHRE PARTEITAG DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE* eingeladen. Weit über hundert Gäste fanden den Weg in den Festsaal des Chemnitzer *DASTietz*. In Vorbereitung dieses Jubiläums hatte eine Arbeitsgruppe bereits seit Sommer des vorigen Jahres hunderte Seiten Parteitagsprotokolle studiert und in Bild- und Verlagsarchiven recherchiert. Daraus entstand ein knapp 10-minütiger Film über die Geschehnisse rund um den Parteitag von 1912. Einige historische Dokumente wurden zu einer kleinen Ausstellung zusammengefasst.



TAG DER SACHSEN 2012 IN FREIBERG. Auch auf dem Tag der Sachsen, vom 7.–9. September 2012 in Freiberg, waren wir mit dabei. Am Stand der SPD auf der Parteienmeile durften wir zahlreiche Besucherinnen und Besucher begrüßen. Und da auf der dortigen Parteienmeile auch die NPD ihren Stand haben durfte, gab es für deren Material einen besonderen Service: mit einer eigens aufgestellten braunen Mülltonne. Und auch beim Festumzug zeigten wir als „Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert“ wieder das lebendigste Bild von allen.

22./23. SEPTEMBER 2012: ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG IN DRESDEN. Unter dem Motto *STARKE WIRTSCHAFT. FAIRE ARBEIT. IN SACHSEN* trafen sich Sachsens SozialdemokratInnen Ende September 2012 in Dresden (*OstraPARK* im Messegelände) zu ihrem ordentlichen Landesparteitag. „Wir sind keine Zehn-Prozent-Partei! Lasst euch das nicht einreden. Wir wollen wieder regieren!“ Nicht erst mit diesen Worten hatte **MARTIN DULIG** die Genossinnen und Genossen hinter sich gebracht. 81,5% lautete dementsprechend auch das gute Wahlergebnis für den *VORSITZENDEN DER SÄCHSISCHEN SPD*, das ihm die Delegierten bei der Wahl auf dem Landesparteitag bescherten. Doch trotz der Freude über das gute Ergebnis weiß auch Martin Dulig, dass die kom-

menden zwei Jahre wahrlich kein Zuckerschlecken werden: „Wir werden kämpfen müssen. Die nächsten zwei Jahre, das werden zwei Jahre voller Wahlkampf, Wahlkampf, Wahlkampf.“ Eine besondere Stellung genießt dabei sicherlich der Landtagswahlkampf 2014, für den er schon einmal eine Kampfansage an die regierende CDU machte: „Wo ist die Staatsregierung, die aktiv Politik macht? Ich sehe nur eine Regierung, die herrscht und verwaltet. Wir werden von dieser CDU wieder Politik einfordern!“ Auch zu der Frage nach Koalitionsoptionen fand der Vorsitzende passende Worte: „Eine Koalitionsdebatte schadet uns nur. So geht das auch nicht, die Menschen da draußen müssen doch erst einmal wissen, wofür wir stehen und was sie von uns erwarten können“. In eine ähnliche Kerbe schlug der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel, bei dessen Auftritt der Saal so gut gefüllt war, dass sich sogar einige Gäste mit Stehplätzen begnügen mussten: „Die SPD darf nur noch das versprechen, was sie auch halten kann“. Doch da ging es schon nicht mehr um die Landtagswahlen in Sachsen, sondern um das große Ganze, um die nächste Bundestagswahl. Und um das Rentenkonzept des Parteivorstands, das Gabriel in seiner Rede gegen die Kritik an der Absenkung des Rentenniveaus auf 43 % zu verteidigen suchte: „Wir werden am Ende des Arbeitslebens nicht mehr das ausgleichen können, was davor im Erwerbsleben schiefe gegangen ist.“ Deshalb sei es vielmehr die Aufgabe der Sozialdemokratie dafür zu sorgen, dass die Erwerbsarmut bekämpft wird. Denn nur das bekämpfe wirksam Altersarmut. Damit wollten sich die sächsischen GenossInnen jedoch nicht begnügen und verabschiedeten im Lauf ihres Parteitags noch eine Resolution zur Herstellung der Rentengerechtigkeit zwischen Ost und West – ohne Gegenstimmen. Dass die Verabschiedung der Resolution richtig war, zeigt sich auch daran, dass die gestellte Forderung nach der Angleichung der Renten von Ost und West schließlich auch Einzug in die Endfassung des SPD-Rentenkonzepts erhielt, das der Bundesparteivorstand wenige Tage nach dem sächsischen Parteitag verabschiedete. Selbstverständlich erlebte der Parteitag neben Reden und Grußworten auch noch eine Vielzahl weiterer lebhaft geführter Debatten. Insgesamt wurden an den zwei Tagen über 70 Anträge diskutiert und verabschiedet. Hervorstachen dabei vor allem die vier Leitanträge zum Schwerpunktthema *STARKE WIRTSCHAFT. FAIRE ARBEIT. IN SACHSEN.*, die in ihrer endgültigen Fassung auf unserer Homepage zu finden sind. ■ www.spd-sachsen.de

Neben der inhaltlichen Debatte und der Wahl des Vorsitzenden fand auch die Wahl des kompletten Vorstands des Landesverbands statt. Dabei wurden Dr. Eva-Maria Stange und Petra Köpping als stellvertretende Vorsitzende, ebenso wie der Generalsekretär Dirk Panter und Schatzmeister Sven Schulze, von den Delegierten im Amt bestätigt. Dass es auch den Gästen und den Mitgliedern, die nicht als Delegierte vor Ort waren, nicht langweilig wurde, dafür sorgte ein buntes Rahmenprogramm: Neumitglieder waren eingeladen, unter Führung des Landtagsabgeordneten Holger Mann, die Partei näher kennen zu lernen. Und für Interessierte am Thema Integration und Migration gab es ein erstes Treffen mit Daniela Kolbe (MdB), Sabine Friedel (MdB) und Landesgeschäftsführer Sebastian Vogel.

VERLEIHUNG 3. ANNA-ZAMMERT-PREIS. Zum dritten Mal hat die sächsische SPD den Anna-Zammert-Preis verliehen und damit Projekte und Ideen der SPD-Basisgliederungen prämiert. Die Jury vergab den 1. Platz (400 Euro) an den Ortsverein Bischofswerda und Umgebung für das Projekt *STADTREGION BISCHOFSWERDA*. In Zusammenarbeit mit der Bevölkerung und im Austausch mit der Wissenschaft werden dort Positionen für die Stadtregion Bischofswerda erarbeitet, in der Öffentlichkeit diskutiert und vorangetrieben. Der 2. Platz (300 Euro) ging an den Ortsverein Görlitz, der mit seinem Projekt *GÖRLITZ IM ROTEN MEER 2013* im Jahr der 150-Jahre-Festlichkeiten der SPD über 1500 Menschen in roten T-Shirts am *EUROPAMARATHON* beteiligen will. Das Projekt ist inklusiv, überregional und bringt viele Akteure zusammen. Den 3. Platz (200 Euro) erhielt der Ortsverein Reichenbach und Umgebung mit dem



- Aktion auf dem Tag der Sachsen 2012
- Tag des Ortsvereins 2012 – mit den Rockys
- Landesparteitag 2012

Fotos: SPD Sachsen

Projekt *ALTERNATIVER STADTPLAN – REICHENBACHS ERINNERUNGSRORTE DER SOZIALDEMOKRATIE*. Der Ortsverein beschäftigt sich mit der Vergegenwärtigung sozialdemokratischer Geschichte. Mit dieser Arbeit wird u.a. an die 150-jährige Tradition der SPD erinnert. Die Delegierten des Landesparteitags stimmten zudem über einen Publikumspreis (400 Euro) ab, der an den Ortsverein Leipzig-Altwest mit dem Projekt *SOMMER-FAHRRADTOUR DES ORTSVEREINS* ging. Der Ortsverein erhielt den Preis, weil er Menschen und Kultur der Region mit Besuchen und Gesprächen verbindet. Dabei bewegt er sich selbst auf die Akteure zu und nimmt interessierte Nichtmitglieder mit.

POLITISCHER REFORMATIONSTAG. Auf unserem traditionellen *POLITISCHEN REFORMATIONSTAG* diskutierten wir in diesem Jahr gemeinsam mit dem langjährigen DFB-Präsidenten Dr. Theo Zwanziger zu Fragen nach Gemeinsamkeiten aber auch Konfliktlinien zwischen Sport und Politik. Die Veranstaltung stand somit ganz unter dem Motto *WIE SPORTLICH IST POLITIK? UND WIE POLITISCH IST DER SPORT?* und lockte zahlreiche Gäste in das ehemalige Leipziger Zentralstadion.

ARBEITSKREIS ENERGIE. Am 24. November 2012 trafen sich in Dresden ExpertInnen, Mitglieder und interessierte BürgerInnen zum parteioffenen Energie-Workshop der SPD Sachsen. Ziel des Workshops war es, den Entwurf des kommenden Leitantrages für den Energieparteitag im Januar 2013 vorzustellen und zu diskutieren. Die Veranstaltung war mit 50 TeilnehmerInnen sehr gut besucht und war ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zum fertigen Leitantrag *NEUE ENERGIE FÜR SACHSEN*.

LANDESVORSTAND 2012

LANDESVORSITZENDER
MARTIN DULIG
STELLVERTRETERINNEN
DR. EVA MARIA STANGE
PETRA KÖPPING
SCHATZMEISTER
SVEN SCHULZE
GENERALSEKRETÄR
DIRK PANTER

BEISITZER/-INNEN
STEFAN BRANGS
SABINE FRIEDEL

WOLFGANG GUNKEL
URSULA FRITZSCHE
HENNING HOMANN
GERHILD KREUTZIGER
HOLGER MANN
DR. SIMONE RAATZ
DIANA RICHTER
SUSANN RÜTHRICH
JULIANE PFEIL
MARKUS SCHLIMBACH
HARTMUT TANNENBERGER
WOLFGANG TIEFENSEE
ANDREAS WEIGEL
RALF WÄTZIG
UTE ZIEGELMEIER



LANDESVERBAND SAAR

SPD



Gute Stimmung mit Brass-Band in Saarbrücken – Landtagswahl 2012 | Foto: SPD Saar

AKTIV VOR ORT –

SPD SAAR UNGLAUBLICH VIELFÄLTIG.

Das Jahr 2011 stand im Zeichen der inhaltlichen Diskussion vor Ort und zahlreichen Aktionen rund um die sozialdemokratischen Themen.

So begann das neue Jahr mit der Teilnahme an den *ANTI-ATOM-SPAZIERGÄNGEN* in der Landeshauptstadt Saarbrücken. Das naheliegende französische Atomkraftwerk Cattenom, landläufig auch Pannenreaktor genannt, erhitzt regelmäßig die Gemüter in der Grenzregion. Die SPD Saar fordert seit Jahren zusammen mit Umweltorganisationen die Abschaltung des Pannenmeilers direkt hinter der Landesgrenze. Ein Höhepunkt war in diesem Zusammenhang die Demonstrationen mit hunderten Teilnehmern gegen die Atomenergie in Cattenom und Schengen. Der Betriebs- und Personalräteempfang ist mittlerweile zur



Betriebs- und Personalräteempfang 2011 – ua. mit Ottmar Schreiner, Hakan Gündüz, Heiko Maas und Hans-P. Kurtz | Foto: SPD Saar

Tradition geworden, auch dieses Mal war er wieder sehr gut besucht und bildete den ständigen und offenen Dialog mit den Gewerkschaften vor Ort in seiner guten Stimmung und freundschaftlichem Umgang ab. Neben Heiko Maas sprachen der DGB-Landesvorsitzende, Eugen Roth, und das sozialdemokratische Urgestein sowie der damalige AfA-Bundesvorsitzende, Ottmar Schreiner, zu den zahlreichen Gästen. Nicht nur politisch, sondern auch kulturell spielte die Chaos-Regierung der Jamaikakoaalition eine Rolle. Der Kabarettist *JAQUES*

BISTRO trat bei Veranstaltungen vieler Ortsvereine auf und nahm die Murks-Koalition unter dem Motto *BANANENREPUBLIK SAARLAND* aufs Korn. Über 50 Veranstaltungen fanden so im Laufe des Jahres statt.

SPD SAAR –

KOMMUNALPARTEI UND SCHLAGKRÄFTIG VOR ORT.

Eine Welle von Direktwahlen beschäftigte den Landesverband Saar im Jahr 2011, gleich 12 Bürgermeisterdirektwahlen standen auf dem Programm. Alleine sieben an einem Oktobersonntag. Insgesamt wurden sechs Direktwahlen gewonnen, davon zwei Oberbürgermeisterwahlen. Charlotte Britz (57,5 %) und Alfons Lauer (66,1 %) verteidigten beide sensationell ihre Rathäuser. In der Gemeinde Eppelborn konnte nach mehr als 37 Jahren CDU-Führung mit **BIRGIT MÜLLER-CLOSSET** die erste sozialdemokratische Bürgermeisterin ins Rathaus einziehen.



Auf der Maikundgebung 2011 – mit Charlotte Britz, Heiko Maas und Ulrich Commercon | Foto: SPD Saar

ERSTER SOZIALDEMOKRATISCHER BÜRGERMEISTER NACH 40 JAHREN

Im Jahr 2012 gelang es der SPD in der Gemeinde Freisen nach über 40 Jahren CDU-Vorherrschaft einen sozialdemokratischen Bürgermeister auf den Stuhl des Rathauses zu bringen. In einem engagierten Wahlkampf mit und für die Bürger war es möglich **KARL-JOSEF SCHEER** in einer langjährigen CDU-Hochburg durchzusetzen.

SPD SAAR VERTEIDIGT MIT CHARLOTTE BRITZ RATHAUSSEL IN DER LANDESHAUPTSTADT

Mit einem überragenden Ergebnis setzte sich die amtierende Oberbürgermeisterin **CHARLOTTE BRITZ** gegen 4 Gegenkandidaten im ersten Wahlgang durch. 57,5% der abgegebenen Stimmen konnte Charlotte Britz für sich gewinnen. Ein tolles Ergebnis für gute Arbeit in der Vergangenheit und zukunftsfähige Ideen. Der Wahlkampf war getragen durch eine hochmotivierte Basis vor Ort und vielen Hausbesuchen.



Heiko Mass spricht auf dem 27. ordentlichen Landesparteitag 2011
Foto: SPD Saar

27. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG 2011

Am 20. und 21. Mai fand der ordentliche Landesparteitag der SPD Saar unter dem Motto *NEUE ENERGIE FÜR UNSER LAND* statt. **HEIKO MAAS** erzielte ein herausragendes Ergebnis von 94,5% und ist damit erneut zum *LANDESVORSITZENDEN* gewählt worden. Als *STELLVERTRETER/-INNEN* wählten die Delegierten des Landesparteitags **CHARLOTTE BRITZ** (94%), **ALFONS LAUER** (90%), **EUGEN ROTH** (94%) und **CORNELIA HOFFMANN-BETHSCHEIDER** (92,5%). *GENERALSEKRETÄR* **REINHOLD JOST** wurde mit 93% in seinem Amt bestätigt. Inhaltlich befassten sich die Genossinnen und Genossen mit dem *MASTERPLAN ENERGIE*, fairen Kommunal финанzen und mehr direkter Bürgerdemokratie. Der Masterplan Energie sieht den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie, den beschleunigten Ausbau der regenerativen Energien und die Sicherung des Kraftwerksstandorts Saarland vor.



Elke Ferner und Heiko Maas auf Wahlkampftour – Landtagswahl 2012 | Foto: SPD Saar

FLUCH DER KARIBIK – UND DAS IM SÜD-WESTEN DEUTSCHLANDS.

Landespolitisch kämpfte die SPD Saar gegen das unsägliche Jamaikabündnis. Wahre Versorgungsorgien und innere Zerstrittenheiten der FDP, aber auch unter den Koalitionspartnern führten dazu, dass im Saarland keine ordentliche Politik mehr betrieben wurde. Stillstand war an der Tagesordnung. Diese Koalition war mehr mit sich selbst beschäftigt und konnte somit die Probleme des Landes nicht lösen.

Nach dem Abgang von Peter Müller, Vater dieses Bündnisses, löste Annegret Kramp-Karrenbauer als dessen Nachfolgerin die Koalition an Hl. Drei-Könige 2012 auf. Die Zerfallserscheinungen der FDP Saar setzten sich weiter fort und mündeten im für die FDP desaströsen Ergebnis von 1,2% bei der Landtagswahl im März 2012.

2012: DER NEUANFANG – KOALITION AUF AUGENHÖHE

In dem sogenannten Turbowahlkampf von 60 Tagen hat die SPD Saar erneut bewiesen, dass sie mit ihren zahlreichen Ortsvereinen eine schlagfertige Organisationsstruktur besitzt. Die Kampagnenfähigkeit und Begeisterung war ungebrochen, obwohl die letzte Landtagswahl nur knapp drei Jahre zurücklag und damals schon viel Arbeit und Energie von den Genossinnen und Genossen vor Ort abgewann.

DIALOG AUF AUGENHÖHE – ZEIT FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Auch in diesem Wahlkampf setzte die SPD auf den direkten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Den Bürger dort abholen wo er ist, war auch bei dieser *MAAS-TOUR* das Motto. So reiste die Veranstaltungsreihe mit über 25 Terminen durch das Saarland. Tausende Saarländerinnen und Saarländer kamen zu den schon bekannten Dialogveranstaltungen, um ihre Fragen rund um das Wahlprogramm zu stellen. Viele kamen auch, um den Menschen hinter dem Politiker Heiko Maas kennenzulernen.



Foto: SPD Saar

DIE WAHL 2012

Am Wahlsonntag wurde durch den Wähler bestätigt, wofür SPD und CDU im Wahlkampf angetreten waren: Eine Große Koalition um die Zukunft unseres Landes zu sichern. Das oberste Ziel, als stärkste Kraft aus diesem Rennen zu gehen, wurde jedoch nicht erreicht. Doch im Vergleich zu 2009 konnte die SPD einen Zuwachs von 6% auf 30,6% verzeichnen. Auf dieses Ergebnis können die Genossinnen und Genossen im ganzen Land stolz sein. Der Abstand zwischen SPD und CDU im Landtag wurde durch diesen Erfolg auf nur ein Mandat reduziert. Der SPD-Fraktion gehören nun 18 Abgeordnete an. Die nachfolgenden Koalitionsverhandlungen mit der CDU erfolgten auf Augenhöhe und boten Heiko Maas als Verhandlungsführer genügend Spielräume, um sozialdemokratische Themen in den Mittelpunkt des Koalitionsvertrages zu rücken. So wird zum Beispiel der *MINDESTLOHN* im Rahmen einer Bundesratsinitiative von der CDU mitgetragen. Darüber hinaus konnte



Wahlkampf 2012 – selbst zu Wasser | Foto: SPD Saar



Reinhold Jost spricht auf dem Aschermittwochstreffen SPD Saar
Foto: SPD Saar



Sigmar Gabriel mit Ottmar Schreiner im Saarland | Foto: SPD Saar

bereits im Saarland ein eigenes neues *SAARLÄNDISCHES TARIFTREUEGESETZ* durchgesetzt werden, welches einen echten saarländischen Mindestlohn für die öffentliche Auftragsvergabe vorschreibt. Auch ein Arbeitsmarktprogramm für Langzeitarbeitslose wurde mit der CDU vereinbart. So werden insgesamt 15 Millionen Euro für den öffentlichen Beschäftigungssektor bereitgestellt, um auch denen Menschen eine Perspektive zu bieten, die es meist schon schwer genug im Leben haben.

SPD REGIERT MIT ERFOLG –

SAARLANDTREND BESTÄTIGT UNSERE ARBEIT.

Der neueste Saarland-Trend zeigte, dass die SPD innerhalb der Großen Koalition an Stimmen dazugewinnt. Mit 5,4 Prozentpunkten mehr als bei der letzten Landtagswahl konnte die SPD Saar bei der Sonntagsfrage den Abstand zur CDU verringern und würde bei 36% landen. Alle

SPD-Minister haben beim Regierungsscheck des Saarländischen Rundfunks gute bis sehr gute Noten erhalten. 62% der saarländischen BürgerInnen sind zufrieden mit der Arbeit der Regierung. Ein wichtiger Impuls für uns als Regierungspartei, den eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen und für ein starkes, solidarisches Saarland zu kämpfen.

ZWEI NEUE ARBEITSGEMEINSCHAFTEN.

Dem Landesverband gehören mittlerweile zwei neue Arbeitsgemeinschaften an: AG *SELBST AKTIV* und die *SCHWUSOS* haben sich im Laufe des Jahres 2011 und 2012 neu aus den Arbeitskreisen konstituiert. Die *ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR INTEGRATION UND MIGRATION* soll ebenfalls in den nächsten Wochen gegründet werden.

Weitere Infos gibt es auf ■ www.spd-saar.de



HEIKO MAAS IM DIALOG – 25 Veranstaltungen in weniger als 60 Tagen
Foto: SPD Saar



Landtagswahlkampf 2012 – Start der 71-h-Aktion im E-Werk in Saarbrücken | Foto: SPD Saar

LANDESVORSTAND 2011 – 2013

VORSITZENDER
HEIKO MAAS

GENERALSEKRETÄR
REINHOLD JOST

BEISITZER/-INNEN
BETTINA ALTESLEBEN
RUDI ALTMEIER
WILFRIED BUSEMANN
NICOLE CAYROL
MICHAEL CLIVOT
TANJA FELL
DENISE KLEIN

GISELA KOLB
DR. VOLKER OSTHEIMER
CHRISTIAN PETRY
MARLENE REIBER
THOMAS STEINMETZ
RUDOLF STRUMM
SEBASTIAN THUL
MARGRIET ZIEDER-RIPLINGER

STELLVERTRETER/-INNEN
CHARLOTTE BRITZ
EUGEN ROTH
DR. ALFONS LAUER
CONNY HOFFMANN-BETHSCHEIDER

SCHATZMEISTER
JÜRGEN BARKE bis Mai 2012
GEORG RASE ab Mai 2012



LANDESVERBAND RHEINLAND-PFALZ

RHEINLAND-
PFALZ

SPD



Der Abschied. Kurt Beck hält seine letzte große Rede als Vorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz, übergibt die Partei aber gut bestellt an Roger Lewentz. | Foto: Reiner Voss – view / SPD Rheinland-Pfalz

LANDTAGSWAHL 2011

Am 27. März 2011 endete für die rheinland-pfälzische SPD ein kämpferischer und emotionaler Wahlkampf. Noch am selben Abend wurde deutlich: Kurt Beck wird zum fünften Mal an der Spitze der Landesregierung stehen. In den letzten Wochen und Monaten der heißen Wahlkampfphase hatten die Genossinnen und Genossen alles auf ihren Spitzenkandidaten und auf seine erfolgreiche Regierungspolitik gesetzt: gute Bildung von Anfang an, gebührenfreie Kindergärten, Ausbau der Ganztagschulen, hervorragende Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten. Diese Strategie zahlte sich aus gegen eine Opposition, die ausschließlich auf Skandalisierung setzte.



Unterzeichnung des Koalitionsvertrags. Ein starkes rot-grünes Bündnis für Rheinland-Pfalz: Kurt Beck mit Eveline Lemke und dem Fraktionsvorsitzenden der Grünen im rheinland-pfälzischen Landtag, Daniel Köbler. | Foto: SPD Rheinland-Pfalz

ROT-GRÜNE KOALITION

Mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellten die Wählerinnen und Wähler der SPD am Wahlabend einen neuen Partner zur Seite. Der klare Wählerauftrag an die rheinland-pfälzische Regierung lautete: Den sozial-ökologischen Wandel für Rheinland-Pfalz gestalten. Dass Rote und Grüne nicht nur inhaltlich, sondern auch menschlich gut zusam-

menpassen, zeigte sich schnell in den Koalitionsverhandlungen. In guter Atmosphäre und durch konstruktive Diskussionen handelten die neuen Partner einen Koalitionsvertrag aus, der sich auch heute noch als solide Grundlage für effektives Regierungshandeln.

KOALITIONSVERTRAG UNTERZEICHNET

Sechseinhalb Wochen nach der Landtagswahl, am 11. Mai 2011, waren die rot-grüne Koalition unter Dach und Fach und der Koalitionsvertrag unterzeichnet. Die Grundsätze eines ökologischen, sozialen und wirtschaftlich florierendem Rheinland-Pfalz sind Grundlage des mehr als 100-Seiten starken Werkes. Die sozialdemokratische Handschrift bleibt dabei klar erkennbar: Die SPD ist und bleibt die Partei der sozialen Gerechtigkeit.

Dieser gelungene Start in eine erfolgreiche Regierungskoalition hat gezeigt: Rot-Grün in Rheinland-Pfalz ist ein Projekt, das weit über die nächste Landtagswahl 2016 hinausreicht und gleichzeitig Vorbild für die nächste rot-grüne Bundesregierung ist.



Sitzung des Landesparteirats in der Mainzer Schaubühne | Foto: Reiner Voss – view / SPD Rheinland-Pfalz



Blick in die Halle. Fast 600 Delegierte und noch einmal ebenso viele Gäste waren zu Kurt Becks Abschied gekommen. | Foto: Reiner Voss – view /SPD Rheinland-Pfalz

2012: ABSCHIED KURT BECK

„Solange wir dieses Gefühl der Zusammengehörigkeit haben, so lange der Begriff Genossin oder Genosse zu sein nicht irgendeine Floskel wird, so lange wird diese Sozialdemokratie etwas Besonderes bleiben. Und sie wird auch gebraucht werden, um Gerechtigkeit nicht zu einem bloßen Schlagwort werden zu lassen, sondern sie zu einem prägenden Teil der Politik zu machen – gestern, heute und morgen!“

Mit einer eindrucksvollen Rede verabschiedete sich der langjährige Landesvorsitzende der rheinland-pfälzischen SPD, Kurt Beck, auf dem ordentlichen Landesparteitag am 10. November 2012 in Mainz aus seinem Amt. Seit 1994 führte er den Vorsitz, gab das Amt aber nach fast 20 Jahren aus gesundheitlichen Gründen in die Hände des ehemaligen Generalsekretärs, Parteiratsvorsitzenden und jetzigen Infrastrukturministers, Roger Lewentz.

GELUNGENER WECHSEL AN DER REGIERUNGSSPITZE

Gleichzeitig wurde Sozialministerin **MALU DREYER** von den Delegierten als Kandidatin für das Amt der **MINISTERPRÄSIDENTIN** nominiert und am 16. Januar 2013 vom rheinland-pfälzischen Landtag mit allen Stimmen der rot-grünen Regierungskoalition gewählt. Die SPD in Rheinland-Pfalz gestaltete somit einen gelungenen Wechsel, der sowohl bei der Presse als auch innerhalb der Partei durchweg positiv aufgenommen wurde. Kurt Beck ist damit das Kunststück gelungen, seine jeweilige Nachfolge in bestem Einvernehmen zu lösen. Im Zuge der Neustrukturierung an der Spitze der rheinland-pfälzischen SPD übernahm SPD-Generalsekretär **ALEXANDER SCHWEITZER** das Amt



Generationswechsel eingeläutet. Der neue Landesvorsitzende Roger Lewentz und die designierte Ministerpräsidentin Malu Dreyer. | Foto: Reiner Voss – view /SPD Rheinland-Pfalz

des **SOZIALMINISTERS** und folgte damit Malu Dreyer. Neuer **GENERALSEKRETÄR UND GESCHÄFTSFÜHRER** der SPD ist seit Januar 2013 der Landtagsabgeordnete **JENS GUTH**.



Landesparteitag 2012: Generalsekretär Alexander Schweitzer und sein Nachfolger Jens Guth. | Fotos: Reiner Voss – view /SPD Rheinland-Pfalz



Vom Landesparteitag am 10. November 2012 als Kandidatin für das Amt der Ministerpräsidentin nominiert: Malu Dreyer. | Foto: Reiner Voss – view /SPD Rheinland-Pfalz

PARTEIARBEIT

EIGENE MITGLIEDERBROSCHÜRE

Die SPD ist eine moderne Mitgliederpartei. Die noch druckfrische Werbebroschüre zur Gewinnung neuer Mitglieder ist auf dem Landesparteitag in Mainz vorgestellt und anschließend flächendeckend verteilt worden. Malu Dreyer und Roger Lewentz, das neue Führungsduo in der rheinland-pfälzischen SPD, ruft darin unisono auf: **MITMACHEN!**

MENTORINGPROGRAMM

Als Teil der Mitgliederakademie richtet sich das Mentoringprogramm insbesondere an junge Mitglieder, die kommunalpolitisch in Erscheinung treten möchten. Mit dem Ziel vor allem mehr *JUNGE GENOSSINEN IN DIE KOMMUNALPOLITISCHEN GREMIEN* zu bekommen, richtete Alexander Schweitzer zu Beginn des Jahres 2012 einen Brief an alle Kreisvorsitzenden, um gemeinsam nach neuen Talenten zu suchen. So fanden sich 40 junge Menschen, die seit dem 1. September 2012 kommunalpolitische Basics von professionellen Trainern vermittelt bekommen. Unterstützt werden sie dabei von ihren Mentorinnen und Mentoren, die jeweils aus demselben Kreisverband stammen.

ORGANISATIONSKONFERENZEN

Vom Landesvorstand beschlossen wurde bereits Anfang 2012 die Durchführung so genannter Organisationskonferenzen in jedem der 27 Kreisverbände/Unterbezirke. Transparenz und Informationsaustausch sind die wesentlichen Ziele dieser Gespräche, zu denen neben dem Generalsekretär auch jeweils der Schatzmeister mit anreist. Inhaltlich geht es darum, den eingeladenen Ortsvereinsvorsitzenden und Kassierern über die aktuellen Mitgliedszahlen und Beitragsentwicklung in ihrem Kreisverband/Unterbezirk zu informieren. Der zweite Teil der Organisationskonferenzen befasst sich mit bevorste-

henden Terminen und aktuellen politischen Entwicklungen auf der jeweiligen kommunalen Ebene. Bis Ende 2012 wurden elf Organisationskonferenzen durchgeführt. Weitere sind in Planung.

ORTSVEREINSVORSITZENDENKONFERENZ – BASISKONVENT

Mitte 2011 wurde eine landesweite Ortsvereinsvorsitzendenkonferenz mit Workshops zu verschiedenen Themen eingeführt. Dabei geht es um Aktivierung und Werbung von Mitgliedern, Best-Practice-Beispiele und vieles mehr. 2012 wurde die Ortsvereinsvorsitzendenkonferenz dann zu einem mitgliederoffenen Basiskonvent ausgeweitet, der die Gelegenheit für zahlreiche Gespräche bot. Ergänzt wurde das Programm ebenfalls durch die bewährten Workshops aus dem Vorjahr.

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

In Rheinland-Pfalz sind auf Landesebene folgend Arbeitsgemeinschaften aktiv: ■ AG 60 plus ■ Afa ■ Afa SiP ■ AfB ■ AGS ■ ASG ■ ASF ■ ASJ ■ Jusos ■ Schwusos aktiv.

Die Gründung der ■ AG MIGRATION UND VIELFALT findet im Juni 2013 statt, ebenfalls wird in diesem Jahr noch die ■ AG SELBST AKTIV gegründet.

LANDESVORSTAND

GEWÄHLT AUF DEM LANDESPARTEITAG AM 10. NOVEMBER 2012

LANDESVORSITZENDER
ROGER LEWENTZ, MdL

LANDESSCHATZMEISTER
GÜNTHER RAMSAUER, MdL

STELLVERTRETER/-INNEN
DORIS AHNEN, MdL
HENDRIK HERING, MdL
THERESIA RIEDMAIER

GENERALSEKRETÄR
JENS GUTH (ab Jan. 2013)
ALEXANDER SCHWEITZER,
jetzt Staatsminister

BEISITZER/-INNEN

KATHRIN ANKLAM-TRAPP, MdL
DORIS BARNETT, MdL
SABINE BÄTZING-LICHTEN-
THÄLER, MdB
JÜRGEN CONRAD
HAYAT ERTEN
ALEXANDER FUHR, MdL
ANNA GROS
MICHAEL HARTMANN, MdB

CLEMENS HOCH, MdL
MICHAEL KISSEL
DAVID LANGNER
JAQUELINE RAUSCHKOLB
BEATE REICH
SABINE RÖHL (im Dezember
2012 verstorben)
ASTRID SCHMITT, MdL
DR. KLAUS WEICHEL
FREDI WINTER, MdL



LANDESVERBAND BADEN-WÜRTTEMBERG



SPD 2013 – Gemeinsam unterwegs
für soziale Gerechtigkeit. | Foto: SPD-BW

DER POLITIKWECHSEL BEGINNT – BADEN-WÜRTTEMBERG IM AUFBRUCH

Schwungvoll und von dem Willen geprägt, die CDU im *LÄNDLE* nach 58 Jahren endlich aus dem Amt zu treiben, war der Jahresbeginn 2011. Auf dem Landesparteitag zum Regierungsprogramm am 22. Januar 2011 gab Nils Schmid als Spitzenkandidat in einer umjubelten Rede ein deutliches Ausrufezeichen. Wir konnten gewinnen, und wir wollten gewinnen. Einmütig verabschiedete der Landesparteitag das Regierungsprogramm zur Landtagswahl 2011, welches durch die Gliederungen der Partei unter Begleitung von über 100 Bürgerdialog-Veranstaltungen vorbereitet worden war. Der Dialog mit den Menschen im Land zeigte deutlich den anderen Politikstil, den wir als Alternative zur CDU zur Wahl stellten.

Unser Spitzenkandidat und sein Team waren im Dauereinsatz im Land unterwegs und es gelang uns, auch medial, deutlich zu machen, dass wir gemeinsam mit den Grünen in Baden-Württemberg den Politikwechsel schaffen können. Diese klare Perspektive: *ROT-GRÜN* wird *SCHWARZ-GELB* ablösen, brachte einen großen Mobilisierungseffekt in den Wahlkampf. Die CDU zeigte sich in ihrer ganzen Selbstherrlichkeit. Ob beim Untersuchungsausschuss zum völlig verfehlten Polizeieinsatz im Stuttgarter Schlossgarten am 30. September 2010, bei dem am Landtag vorbei getätigten Kauf der *ENBW* oder auch

beim starren Festhalten an der Atomkraft – überall zeigte sich, dass *SCHWARZ-GELB* abgewirtschaftet hatte und das Land als ihr Eigentum betrachtete. Dies den Menschen zu verdeutlichen und klar zu machen, dass mit unserer Politik des Zuhörens und des gesellschaftlichen Aufbruchs, dass mit Nils Schmid und Rot-Grün, eine Alternative bereit steht, war das Ziel unserer Wahlkampagne.

Einen deutlichen Schub in der politischen Stimmungslage brachte das hilflose Agieren der CDU nach dem furchtbaren Reaktorunfall in Fukushima. Unsere Haltung zur Atomkraft war immer eindeutig. Gemeinsam mit vielen Verbänden gelang es am 12. März 2011 eine Menschenkette mit über 35.000 Teilnehmenden zwischen Stuttgart und Neckarwestheim zu organisieren, die den Willen der Menschen, nach einem Ende der Atomkraft in Deutschland überdeutlich werden ließ.

Ein Problem vieler Wahlkämpfe ist, dass zum Ende hin die Kraft fehlt und viele Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer nur noch auf den Wahlabend warten. Im März 2011 gelang es uns, die Mobilisierung innerhalb der SPD und unserer Wählerschaft hoch zu halten, ja sogar noch zu steigern. Gemeinsame Wahlkampfauftritte von Nils Schmid und Winfried Kretschmann, ein Wahlkonvent mit Uwe Hück, der als Betriebsrat nochmals die Bedeutung eines Politikwechsels für die arbeitenden Menschen in Baden-Württemberg erklären konnte, viele dezentrale Aktionen im Internet und in den Wahlkreisen sowie Unterstützerkampagnen und -anzeigen in den Medien sollten die entscheidenden Punkte für den echten Wechsel bringen.

DER WECHSEL GELINGT – HISTORISCHE ZÄSUR AM 27. MÄRZ 2011

Am Abend des Wahltags, am 27. März 2011, war es dann soweit. In allen Umfragen hatte sich ein Kopf an Kopf-Rennen zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün abgezeichnet, jeder Prozentpunkt konnte entscheidend sein. Deshalb war die Freude übergroß als nach den ersten Hochrechnungen klar wurde, dass es nach 58 Jahren endlich gelungen war, die CDU von der Macht in Baden-Württemberg abzulösen. Die Freude über diesen historischen Wechsel, den wir zu einem echten Politikwechsel ausbauen wollten, wurde kaum dadurch getrübt, dass wir mit 23,1% der Stimmen unser Ergebnis von 2006 nicht verbessern konnten und



Die sozialdemokratischen Ministerinnen und Minister im
grün-roten Landeskabinett. | Foto: SPD-BW

die Grünen mit 24,2% der Stimmen als zweitstärkste Kraft im Lande an uns vorbei gezogen waren. Fakt ist, dass wir durch eine große Mobilisierungswelle über 155.000 Wähler mehr als 2006 für die SPD gewinnen konnten und die Wahlbeteiligung im Land um fast 13% stieg. Dies belegt, eine hohe Wählermobilisierung ist gut für die SPD.

Bereits am Tag nach der Wahl beschlossen SPD und Bündnis 90/Die Grünen in Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer gemeinsamen Landesregierung, der ersten seit 1953 ohne Beteiligung der CDU, einzutreten. Für beide Landesparteien war dies Neuland. Arbeitsgruppen wurden gebildet und zwei achtköpfige Verhandlungskommissionen benannt. Um den neuen Stil, mit dem wir Politik gestalten wollen bereits bei den Verhandlungen deutlich zu machen, traf man sich nicht in den Hinterzimmern des Landtags sondern an einem öffentlichen Ort, dem Haus der Architekten, mitten in Stuttgart. Am Ende stand ein 84-seitiger Koalitionsvertrag, der klare Akzente für eine soziale und ökologische Modernisierung Baden-Württembergs setzt und demokratische Teilhabe der Menschen im Land stärkt.

Wie auf dem Landesparteitag im Januar 2011 beschlossen, führte der SPD-Landesverband eine Mitgliederbefragung zum verabschiedeten Koalitionsvertrag durch, welche das Votum des Landesparteitags am 7. Mai 2011 vorbereiten sollte. Auf vier Regionalkonferenzen zwischen dem 11. und 14. April 2011 wurden die Mitglieder über den Stand der Verhandlungen informiert und konnten ihre Meinungen und Positionen einbringen. Auch für eine kritische Auswertung des Wahlkampfes war auf diesen Konferenzen Raum. Zwischen dem 25. April und dem 3. Mai 2011 beteiligten sich 48% der etwa 38.000 SPD-Mitglieder an der Befragung. 92% der Abstimmenden votierten dabei für die Annahme des Koalitionsvertrags, ein breites Basisvotum und ein großer Vertrauensbeweis für die Verhandlungsgruppe und die zukünftigen SPD-Minister in der Landesregierung. Am 7. Mai 2011 folgte ein außerordentlicher Landesparteitag in Sindelfingen diesem Votum und nahm den Koalitionsvertrag einstimmig an. Am 9. Mai 2011 wurde der Koalitionsvertrag dann von Bündnis 90/Die Grünen und SPD im ehemaligen baden-württembergischen Landtag unterzeichnet. Dieser geschichtsträchtige Ort sollte ebenfalls den Aufbruch in eine neue Zeit im Land verdeutlichen.



Dr. Nils Schmid und Winfried Kretschmann berichten zu den Koalitionsverhandlungen. | Foto: SPD BW

SEIT DEM 12. MAI 2011 STELLT DIE SPD IN BADEN-WÜRTTEMBERG 7 MINISTERINNEN UND MINISTRE IM LANDESKABINETT:

- Minister für Finanzen und Wirtschaft und stellvertretender Ministerpräsident = **DR. NILS SCHMID**
- Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten, zugleich Bevollmächtigter beim Bund = **PETER FRIEDRICH**
- Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren = **KATRIN ALTPETER**
- Innenminister = **REINHOLD GALL**
- Justizminister = **RAINER STICKELBERGER**

- Ministerin für Kultus, Jugend und Sport = **GABRIELE WARMINSKI-LEITHEUßER** bis Januar 2013
- Ministerin für Integration = **BILKAY ÖNEY**

PARTEIREFORM –

MEHR DEMOKRATIE WAGEN, AUCH BEI UNS

In den Sommermonaten 2011 befasste sich auch der Landesverband Baden-Württemberg wie alle Gliederungen der SPD intensiv mit der vom Parteivorstand ins Leben gerufenen Parteireform. Die positiven Erfahrungen aus zwei gelungenen Mitgliederbefragungen sowie aus den Veranstaltungen der Dialogtour im Landtagswahlkampf 2010/2011 wollten wir dabei nutzen. Eine Projektgruppe auf Landesebene wurde gebildet und in fast allen Kreisverbänden und Arbeitsgemeinschaften fanden Workshops und thematische Veranstaltungen statt. Mehr Menschen zur Mitarbeit in der SPD zu bewegen, bessere Verbindungen zu Verbänden und gesellschaftlichen Gruppen schaffen und unsere Mitglieder stärker an den Entscheidungen beteiligen, das waren die Ziele der Diskussion. Ergebnis dieser Debatte war ein umfangreicher Antrag des Landesverbands zum Bundesparteitag sowie Ideen für eine bessere Arbeit innerhalb der Landespartei, die sich im Arbeitsprogramm des Landesvorstands wiederfinden.



Bürgerdialog EIN JAHR GRÜN-ROT am 9.5.2012 in Stuttgart. | Foto: SPD BW

LANDESPARTEITAG GIBT KURS FÜR VERNETZUNG VOR

PARTEI – ABGEORDNETE – REGIERUNG

Der Landesparteitag am 14. und 15. Oktober 2011 stand im Zeichen der Neuwahl des Landesvorstands und der Verabschiedung des ersten Arbeitsprogramms als Regierungspartei. **NILS SCHMID** wurde mit einem tollen Ergebnis von 89% als LANDESVORSITZENDER im Amt bestätigt. Mit **KATJA MAST** wurde erstmals eine Frau als **GENERALSEKRETÄRIN** der baden-württembergischen SPD gewählt. Zur besseren Vernetzung von Landespartei, Regierung, Landtagsfraktion sowie Bundestags- und Europaabgeordneten wurde die Bildung von Fachbeiräten beim Landesvorstand beschlossen, welche sich thematisch an den Arbeitskreisen der Landtagsfraktion orientieren und unsere politischen Initiativen sowohl in die Landespartei hineintragen, als auch zu einer besseren Vernetzung und Abstimmung mit den gesellschaftlichen Gruppen im Land beitragen sollen. Als zentrales Thema für das Jahr 2012 wurde eine Kampagne **GUTE WIRTSCHAFT – SOZIALES BADEN-WÜRTTEMBERG** beschlossen. Außerdem bildete der Landesparteitag den Start für die Kampagne des SPD-Landesverbands zur Volksabstimmung über das Ausstiegsgesetz zu **STUTTGART 21** unter dem Motto: **STIMM AB! SCHAFF KLARHEIT!**

VOLKSABSTIMMUNG ÜBER S 21 – UNSERE IDEE ZEIGT WIRKUNG

Die SPD hatte im Herbst 2010 eine Volksabstimmung über **STUTTGART 21** als einzigen Weg zur Überwindung der gesellschaftlichen Spaltung durch dieses Projekt ins Spiel gebracht. Von fast allen Seiten waren wir dafür verlacht oder als entscheidungsschwach kritisiert



Kampagne zur Volksabstimmung Stuttgart 21 *STIMM AB! SCHAFF KLARHEIT!* | Foto: SPD BW

worden. Im Koalitionsvertrag war die Volksabstimmung noch im Jahr 2011 festgehalten worden. Die Bürger Baden-Württembergs sollten demokratisch über das Projekt entscheiden. Am 27. November 2011 fand nach intensivem Argumentationsaustausch der Befürworter und Gegner von *STUTTGART 21*, auch innerhalb der SPD, die Volksabstimmung über das sogenannte *AUSSTIEGSGESETZ* statt. Die Beteiligung an der Abstimmung lag mit 49% auf einem unerwartet hohen Niveau. 59% der Abstimmenden sprachen sich für die Fortsetzung des Projekts *STUTTGART 21* aus, ein eindeutiges Votum, welches die erhoffte Klarheit schuf und für die von uns stets als Ziel genannte Befriedung der Gesellschaft sorgte. Wir hatten den Weg zur Lösung dieses gesellschaftlichen Konflikts aufgezeigt, ihn gegen viele Widerstände durchgesetzt und waren deshalb stolz auf das klare und deutliche Ergebnis.

KOMMUNIKATIONSOFFENSIVE 2012 – *GUTES TUN UND DARÜBER SPRECHEN*

Das Jahr 2012 begann mit dem traditionellen Spitzentreffen der Landespartei am 14. und 15. Januar 2012 in Bad Boll. Im Vordergrund standen dabei die Umsetzung der Jahreskampagne *GUTE WIRTSCHAFT – SOZIALES BADEN-WÜRTTEMBERG* sowie die Verbesserung unserer Kommunikation innerhalb der Partei, aber auch nach außen. Die ersten Erfahrungen mit der neuen Rolle als Regierungspartei im Land flossen in die Konzepte ein. Im Ergebnis der Beratungen beschloss der Landesvorstand, zu wichtigen politischen Themen Argumentationskarten in die Partei zu geben sowie mit einer neuen Form des Newsletters Mitglieder und Funktionäre zu informieren. Unter Nutzung der CD-Richtlinie der Bundespartei wurde ein eigenständiges Corporate Design der Landes-SPD verabredet, welches auch in der Symbolik unseren Willen zur Gestaltung in Baden-Württemberg unterstreichen soll. Die erste Umsetzung des neuen Kommunikationskonzepts fand in der Jahreskampagne statt.



Landtagswahlkampf 2011, Großplakat zum Thema Integration.

EIN JAHR GRÜN-ROT IM LÄNDLE – *BÜRGERDIALOG UND BÜRGERKONVENT*

Am 9. Mai 2012, genau ein Jahr nach Unterzeichnung des Koalitionsvertrags, führte die SPD gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen einen Bürgerkonvent in Stuttgart, am Ort der Koalitionsverhandlungen, durch. Alle Ministerinnen und Minister der Landesregierung standen Rede und Antwort. Im Vorfeld konnten die Bürgerinnen und Bürger über Internetforen und im direkten Kontakt mit den Kreisverbänden von SPD und Grünen Probleme schildern, Fragen stellen und sich zur Teilnahme am Bürgerkonvent bewerben. Die jeweils 43 Kreisverbände beider Parteien wählten dann je eine Person für die Veranstaltung aus. Aber auch alle anderen gestellten Fragen wurden beantwortet. Der Konvent wurde live ins Netz übertragen, die Fragen und Antworten zu allen Themen online durch beide Parteien ins Netz gestellt. Ein Jahr nach dem Politikwechsel wollten wir wissen, was gut und was schlecht gelaufen ist und was wir besser machen können. Die professionell moderierte Diskussion fand nach Themenblöcken geordnet statt, wobei die Bürgerinnen und Bürger entscheiden konnten, welche Blöcke ihnen wichtiger waren als andere. Damit wurden alle Fragen nach ihrer Rangfolge behandelt, und es zeigte sich, dass *GUTE ARBEIT UND WIRTSCHAFTLICHE STÄRKE* sowie *SOZIALE GERECHTIGKEIT IM LAND* deutlich wichtiger waren als beispielsweise *STUTTGART 21*.

Und wie es sich für einen Geburtstag gehört, auch wenn es der einjährige ist, gab es am Ende noch eine schöne grün-rote Torte.

60 JAHRE SPD BADEN-WÜRTTEMBERG – FESTAKT AM 23 JUNI 2012

Einen Höhepunkt des Jahres 2012 bildete der zentrale Festakt der Landes-SPD zu 60 Jahren Sozialdemokratische Partei in Baden-Württemberg am 23. Juni 2012 in Villingen-Schwenningen. Die Doppelstadt, ein Teil badisch, der andere württembergisch, war dabei ebenfalls symbolhaft gewählt. Gernot Erler, Vorsitzender der Historischen



Für 80 Jahre Mitgliedschaft geehrt – der 97-jährige Genosse Herbert Schiela aus Freiburg. | Foto: SPD BW

Kommission beim SPD-Landesverband hielt den Festvortrag und spannende und unterhaltsame Zeitzeugengespräche und Talkrunden folgten. Besonders beeindruckend waren dabei die Erzählungen des 97-jährigen Genossen Herbert Schiela aus Freiburg, der vom Landesvorsitzenden Nils Schmid anschließend für 80 Jahre Mitgliedschaft in der SPD geehrt wurde. Das war lebendiger Geschichtsunterricht, der allen Anwesenden vor Augen führte, welche große Geschichte und Tradition die SPD hat und dass es sich heute wie gestern lohnt, für unsere Werte und Ideale zu kämpfen.

KAMPAGNE *GUTE WIRTSCHAFT – SOZIALES BADEN-WÜRTTEMBERG*

Vom 14. Juni bis 29. September 2012 rollte dann die gut vorbereitete Jahreskampagne *GUTE WIRTSCHAFT – SOZIALES BADEN-WÜRTTEMBERG* durchs Land. In dezentralen Praxistagen im Juni, zwei Aktionswochen im Juli und September, in insgesamt über 50 Veranstaltungen



Jahreskampagne 2012 *GUTE WIRTSCHAFT – SOZIALES BADEN-WÜRTTEMBERG* | Foto: SPD BW

und Terminen im ganzen Land stellten die Funktions- und Mandatsträger der SPD ihre Kompetenz beim Thema Wirtschaft auch ganz praktisch unter Beweis. Ziel der Kampagne war es, zu verdeutlichen, dass die SPD in Baden-Württemberg für die Verbindung von Wirtschaft und sozialer Gerechtigkeit steht. Wir gehen dahin, wo die Menschen mit ihren Problemen sind und wir richten unsere Politik auf die Lösung dieser Probleme aus. Wir sprechen mit den verschiedenen Akteuren über *GUTE WIRTSCHAFT*. Wir hören zu und entwickeln unsere Konzepte gemeinsam mit Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbänden. Darüber hinaus sollte die Kampagne als Test für uns selbst dienen. Wie schlägt sich die neue Regierungsverantwortung in unserer medialen Wahrnehmung nieder? Schaffen wir es, eine so breite Kampagne mit vielen verschiedenen Akteuren wirklich an die Basis zu bringen? Das Ergebnis hat uns in unserem Optimismus recht gegeben. In 35 von 43 Kreisverbänden konnten wir die Kampagne verankern und Aktionen auf die Beine bringen. Die lokalen Medien berichteten ausführlich, das zentrale Kampagnenmaterial fand gute Verwendung. Allerdings durften wir als Ergebnis auch mitnehmen, dass nach 58 Jahren CDU-Regierung es gerade der Wirtschaft noch schwerfällt, mit der SPD als zentralem politischen Gestalter zusammen zu arbeiten. Aber da wir vorhaben, die Geschicke des Landes Baden-Württemberg noch lange aus der Regierung zu führen, werden wir das noch ändern.

Ein weiteres Ergebnis der Kampagne war der Leitantrag zum Thema *GUTE WIRTSCHAFT*, den die Landespartei unter Federführung des

TERMINE UND VERANSTALTUNGEN 2011–2012

21.01.2011 AG 60plus Neujahrsempfang, Stuttgart

22.01.2011 Landesparteitag zum Regierungsprogramm, Stuttgart

15.02.2011 Bundesweite Betriebsrätekonferenz, Veranstaltung in Kooperation mit dem Parteivorstand und Rheinland-Pfalz, mit Sigmar Gabriel und Kurt Beck, Mannheim

18.02.2011 Integrationspolitische Veranstaltung mit SPD *VE BIZ* und Sigmar Gabriel, Stuttgart

09.03.2011 Politischer Aschermittwoch, Ludwigsburg

12.03.2011 Menschenkette Anti-Atom zwischen Stuttgart und Neckarwestheim

13.03.2011 Wahlkampfkonvent, Böblingen

23.03.2011 Wahlkampf-Abschlusskundgebung mit Sigmar Gabriel, Karlsruhe

27.03.2011 Landtagswahl in Baden-Württemberg

09.04.2011 Landesvorstand und Kreisvorsitzendenkonferenz, Stuttgart

11.04.2011 Regionalkonferenz, Karlsruhe

12.04.2011 Regionalkonferenz, Ludwigsburg

13.04.2011 Regionalkonferenz, Weingarten

14.04.2011 Regionalkonferenz, Bad Krozingen

15.04.2011 Christen in der SPD, Diskussion zum Thema: *SPD NACH DER WAHL: VORWÄRTS WO HIN?*, Stuttgart

03.05.2011 Mitgliederbefragung zum Koalitionsvertrag

07.05.2011 Landesparteitag, Sindelfingen

09.05.2011 Unterzeichnung des Koalitionsvertrags, Stuttgart

10.05.2011 ASF-Veranstaltung mit Bascha Mika, Stuttgart

22.05.2011 SGK-Landesdelegiertenkonferenz, Reutlingen

02./03.07.2011 Juso-Landesdelegiertenkonferenz, Osterburken

09.07.2011 AG 60plus Landesdelegiertenkonferenz, Freiburg

10.07.2011 ASF-Treffen Baden-Württemberg, Bayern und Hessen in Ulm

15.07.2011 Alle AGen, Veranstaltung zur Organisationsreform, Stuttgart

16.09.2011 Empfang für Betriebs- und Personalräte, Stuttgart

16./17.09.2011 Klausurtagung Polizeibeirat, Stuttgart

24.09.2011 ASJ-Bundesausschuss, Karlsruhe

11.10.2011 Christen in der SPD, Gespräch zum Erntedank mit Minister Peter Friedrich

14./15.10.2011 Ordentlicher Landesparteitag, Offenburg

22.10.2011 ASF-Landesdelegiertenkonferenz, Lorch

08.11.2011 Jusos, *20 JAHRE KONTRA*, Stuttgart

19.11.2011 AfA-Landesdelegiertenkonferenz, Böblingen

22.11.2011 Veranstaltung zur Parteireform mit Andrea Nahles, Freiburg

25.11.2011 Veranstaltung zur Parteireform mit Sigmar Gabriel, Leinfelden-Echterdingen

26.11.2011 Kreisvorsitzendenkonferenz, Stuttgart

27.11.2011 Volksabstimmung zum Ausstiegsgesetz zu *STUTTGART 21*

14./15.01.2012 Spitzentreffen und Landesvorstandsklausur, Bad Boll

20.01.2012 ASJ Veranstaltung *SICHERUNGSVERWAHRUNG*, Freiburg

21.01.2012 Jusos und juniorSGK, Veranstaltung: *WAS BRINGT GRÜN-ROT FÜR DIE KOMMUNEN?*, Böblingen

22.02.2012 Politischer Aschermittwoch, Ludwigsburg

16.-18.03.2012 ASF Klausurtagung, Schwäbisch Hall

28.03.2012 AG 60plus Frühjahrsempfang mit Gesine Schwan, Stuttgart

24./25.04.2012 SGK-Messe *ZUKUNFT KOMMUNE*, Stuttgart

28.04.2012 Gründungskonferenz

der AfB, Bruchsal

28./29.04.2012 ASJ Klausurtagung, Insel Reichenau

05./06.05.2012 Juso Landesdelegiertenkonferenz, Heidenheim

09.05.2012 Zentrale Veranstaltung zu *1 JAHR GRÜN-ROT*, Stuttgart

15.05.2012 Fachbeirat Verkehr, Stuttgart

15.05.2012 Fachbeirat Umwelt, Stuttgart

23.06.2012 Jubiläumsveranstaltung *60 JAHRE SPD* in Baden und Württemberg, Villingen-Schwenningen

MAI BIS SEPTEMBER Kampagne *GUTE WIRTSCHAFT – SOZIALES BADEN-WÜRTTEMBERG*

28.–30.06.2012 SGK-Seminar für MandatsträgerInnen, Oberderdingen

04.07.2012 AfA Veranstaltung *STUTTGART-ZUKUNFT-ARBEIT* mit OB-Kandidatin Bettina Wilhelm, Stuttgart

22.09.2012 ASJ-Landesdelegiertenkonferenz

29.09.2012 Ordentlicher Landesparteitag, Wiesloch

20./21.10.2012 *WIR-KONGRESS* der Jusos, Karlsruhe

29.10.2012 AGS Landeskongferenz

10.11.2012 Kreisvorsitzendenkonferenz, Mannheim

17.11.2012 ASG-Landeskonferenz, Stuttgart

Fachbeirats Wirtschaft erarbeitete und der dann vom Landespartei-tag am 29. September 2012 mit breiter Mehrheit beschlossen wurde.

LANDESPARTEITAG

MIT AUSBLICK AUF DAS WAHLJAHR 2013

Der eintägige Landesparteitag im September 2012 hatte das Thema *GUTE WIRTSCHAFT – SOZIALES BADEN-WÜRTTEMBERG* zwar als zentralen Schwerpunkt, widmete sich aber noch weiteren politischen Weichenstellungen. Nach intensiver und teilweise emotionaler Debatte beschloss der Parteitag eine Statutenänderung zur Einführung des sogenannten *REIßVERSCHLUSSES*, also der geschlechterparitätischen Besetzung, auch bei der Aufstellung der SPD-Listen zur Kommunalwahl in Baden-Württemberg. Dieser Beschluss manifestierte auch die Herausforderung, möglichst gleichviele Frauen und Männer für eine Kandidatur auf den Listen der SPD zu gewinnen. Diesem Anspruch stellen wir uns. Außerdem verabschiedete der Landesverband ein Papier zur sozialdemokratischen Rentenpolitik, welches auch in die Beratungen zum Parteikonvent einfließt. Eine weitere landespolitische Debatte fand

bei der Beratung des Antrags zum *ALKOHOLKONSUMVERBOT AUF ÖFFENTLICHEN PLÄTZEN* statt. Auch diese – in den Gliederungen der SPD teilweise sehr intensiv geführte Diskussion – hatte ein deutliches Ergebnis. Mit großer Mehrheit sprach sich der Landesparteitag dafür aus, auch weiterhin keine Alkoholkonsumverbote zu ermöglichen. Dieses Parteitagsvotum wurde dann im Frühjahr 2013 durch ein Mitgliederbegehren, welches nicht die erforderliche Mehrheit fand, gestützt. Darüber hinaus leitete der Landesparteitag ein Jahr vor der Bundestagswahl auch den Vorwahlkampf in Baden-Württemberg ein. Nach über einem Jahr grün-roter Landesregierung konnten wir deutlich machen, dass es Rot-Grün auch endlich wieder im Bund braucht für eine Politik des Gehörtwerdens und der ökonomischen und sozialen Gerechtigkeit.

Bei der Kreisvorsitzendenkonferenz am 10. November 2012 mit Andrea Nahles und Stephan Schweitzer wurde bereits lebhaft über die Kampagnen und Politikplanung für 2013 diskutiert. Das Wahljahr kann kommen, die SPD in Baden-Württemberg ist bereit. Gemeinsam schaffen wir den echten Wechsel auch im Bund.

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDS

GEWÄHLT AM 14./15. OKTOBER 2011 IN OFFENBURG

LANDESVORSITZENDER
DR. NILS SCHMID

STELLVERTRETER/-INNEN
LENI BREYMAIER
DR. LARS CASTELLUCCI
ELVIRA DROBINSKI-WEIß
HILDE MATTHEIS

GENERALSEKRETÄR/-IN
PETER FRIEDRICH bis April 2011
KATJA MAST ab 14.10.2011

BEISITZER/-INNEN BIS 14.10.2011:
DR. HENDRIK BEDNARZ, LOTHAR
BINDING, PETAR DRAKUL, DANIE-
LA HARSCH, HELEN HEBERER, JO-
HANNES JUNG, JOSIP JURATOVIC,
MACIT KARA AHMETOGLU, STELLA
KIRGIANE-EFREMIDIS, UDO LUTZ,
DR. RUDOLF LUZ, HERMANN-
JOSEF PELGRIM, GABI ROLLAND,
ANNETTE SAWADE, RITA SCHWAR-
ZELÜHR-SUTTER, ANDREAS STOCH,
CLAUDIA SÜNDER, GABRIELE

WARMINSKI-LEITHEUßER, SABINE
WÖLFLE, JANA ZIRRA

BEISITZER/-INNEN AB 14.10.2011
DR. HENDRIK BEDNARZ, LOTHAR
BINDING, PETAR DRAKUL, ROMAN
GÖTZMANN, GERT HAGER, DR.
DANIELA HARSCH, JOHANNES
JUNG, JOSIP JURATOVIC, MACIT
KARA AHMETOGLU, STELLA KIRGI-
ANE-EFREMIDIS, UDO LUTZ, DR.
RUDOLF LUZ, DEJAN PERC, GABI

ROLLAND, ANNETTE SAWADE, DR.
CLAUDIA SCHÖNING-KALENDER,
RITA SCHWARZELÜHR-SUTTER,
ANDREAS STOCH, GABRIELE
WARMINSKI-LEITHEUßER, SA-
BINE WÖLFLE
SCHATZMEISTER
KARL-ULRICH TEMPL
LANDESGESCHÄFTSFÜHRER
MARTEN JENNERJAHN



LANDESVERBAND BAYERN

BAYERN

SPD



Christian Ude, der Spitzenkandidat der BayernSPD
für die Landtagswahl 2013 | Foto: SPD / S. M. Prager

ARBEITEN AM ERFOLG 2013

Der organisatorische wie inhaltliche Erneuerungsprozess der BayernSPD hat 2011 und 2012 erste Früchte getragen. Nicht nur tief in die Partei hinein war spürbar, dass in der BayernSPD ein neuer, frischer Wind weht. Auch die Außenwirkung der bayerischen SPD verbesserte sich massiv: Der BayernSPD wird die realistische Chance eingeräumt, den Freistaat ab 2013 regieren zu können. Daran hat die Kandidatur Christian Udes als Spitzenkandidat bei der bayerischen Landtagswahl maßgeblichen Anteil. Seit Mitte August 2011 bekannt wurde, dass der Münchner Oberbürgermeister zu einer Kandidatur bereit ist, steht die BayernSPD im Fokus der Öffentlichkeit. Das *CRESCENDO*, das Christian Ude angekündigt hatte, war schon in den Jahren 2011 und 2012 zu hören.

ALLGEMEINE POLITISCHE ENTWICKLUNG UND ARBEITSSCHWERPUNKTE

Politische Schwerpunkte haben wir mit eigenen thematischen Parteitagen sichtbar gemacht, wo die Grundlagen für unser Regierungsprogramm 2013 gelegt wurden. Auf dem kleinen Parteitag in Treuchtlingen 2011 haben wir ein politisches Signal für die Gleichstellung der Frauen in Bayern gesetzt. Eine zentrale Forderung war und ist dabei die Durchsetzung des Prinzips *GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT*. In einem weiteren Schwerpunkt haben wir die medizinische Versorgung vor allem im ländlichen Raum zum Thema gemacht. Auf dem kleinen Parteitag in Bamberg 2012 haben wir deutlich gemacht, wie wir neue Impulse für Bayerns Wirtschaft setzen wollen. Vom Umbau der Landesbank über die Breitbandversorgung bis zur Bekämpfung des drohenden Fachkräftemangels wurde ein Maßnahmenkatalog für die Wirtschaftspolitik einer SPD-geführten Staatsregierung vorgelegt. Darüber hinaus wurden die Grundzüge einer sozialdemokratischen Haushalts- und Finanzpolitik beschlossen, die die Mittel für notwendige Investitionen bereitstellt und Spielräume für den Schuldenabbau nutzt. Auf dem außerordentlichen Parteitag in Amberg 2012 haben wir unser Infrastrukturkonzept für Bayern beschlossen. Wir haben uns klar als Infrastrukturpartei positioniert und uns zu Verkehrsinvestitionen, integrierter Mobilität und Bürgerbeteiligung bei Großprojekten bekannt.

Auf Basis dieser Beschlüsse ging schließlich eine Kommission unter Leitung von Generalsekretärin Natascha Kohnen an die Ausarbeitung

des Regierungsprogramms 2013. Ein erster Entwurf wurde dem Landesvorstand im Januar 2013 vorgelegt, nach redaktioneller Überarbeitung wurde er Mitgliedern und der breiten Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt. Zur Bewertung einzelner Kernaussagen kam damals auch ein umfangreiches Voting-Angebot im Internet zum Einsatz. Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt war der Kampf für mehr Kinderbetreuung und gegen das von der CSU geforderte Betreuungsgeld. Die BayernSPD sammelte knapp 11.000 Unterschriften für ihre Petition *JA ZU MEHR BETREUUNG – NEIN ZUM BETREUUNGSGELD* und bekam Unterstützung aus weiten und unterschiedlichen Teilen der bayerischen Gesellschaft, wodurch wir bundesweit prominent als treibende Kraft gegen das Betreuungsgeld wahrgenommen wurden.

2011 haben wir unsere Kampagnenfähigkeit im Kampf um den Atomausstieg im Bündnis Kettenreaktion bewiesen. Dass der Atomausstieg heute auch in Bayern nicht mehr in Frage steht, ist ein Verdienst der BayernSPD. Gemeinsam mit den Grünen und den Freien Wählern setzten wir uns für einen sanften Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen an. Hier stellten wir uns gemeinsam mit den Grünen und den Freien Wählern gegen die Betonpolitik der CSU, was wir mit mehreren öffentlichkeitswirksamen Aktionen vor Ort unter Beweis stellen konnten. Erfolge konnte die bayerische SPD bei vielen Kommunalwahlen vorweisen: Ehemalige CSU-Hochburgen wählten SPD-Bürgermeister, in Schweinfurt oder Regen stellte die SPD nach Jahrzehnten wieder Landräte. Hervorzuheben ist hier insbesondere, dass viele junge Nachwuchstalente den Sprung ins Mandat geschafft haben: Der Titel *JÜNGSTER BÜRGERMEISTER DEUTSCHLANDS* wurde dreimal hintereinander an einen Bürgermeister der BayernSPD weitergereicht. Ende 2012 stellte die bayerische SPD in zehn von 25 kreisfreien Städten den Oberbürgermeister.

GUT AUFGESTELLT FÜR DAS WAHLJAHR:

ERNEUERUNGSPROZESS ERFOLGREICH ABGESCHLOSSEN

Der 2009 begonnene organisatorische Erneuerungsprozess wurde weitergeführt und erfolgreich abgeschlossen. Die in den Jahren 2010 und 2011 durchgeführte Finanzreform verbesserte die Beitragsehrlichkeit deutlich und die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger – auch auf kommunaler Ebene – tragen mehr zur Finanzierung der Partei bei.

TERMINE UND VERANSTALTUNGEN 2011–2012

09.3.2011 Politischer Aschermittwoch mit Frank-Walter Steinmeier
02./03.07.2011 62. Landesparteitag in Germering mit Landesvorstandswahlen
24.09.2011 Konferenz der bayerischen Unterbezirks- und Kreisvorsitzenden mit Andrea Nahles und Sigmar Gabriel
22.10.2011 Kleiner Parteitag in Treuchtlingen *STARKE FRAUEN FÜR EIN STARKES BAYERN*
22.02.2012 Politischer Aschermittwoch mit Sigmar Gabriel

24.03.2012 Kleiner Parteitag in Bamberg – *STARKE WIRTSCHAFT. GUTE ARBEIT. SOLIDE FINANZEN.*
18.4.2012 Vorwärtsfest Bayern in München
12./13.05.2012 Klausur des Landesvorstands in Kochel am See
08.07.2012 Festakt *120 JAHRE BAYERNSPD* in Regensburg
14.07.2012 63. a.o. Landesparteitag in Amberg – *INFRASTRUKTUR IN BAYERN*
21.10.2012 64. Landesparteitag in Nürnberg



Landesvorsitzender Florian Pronold, Spitzenkandidat Christian Ude, Generalsekretärin Natascha Kohnen und Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Markus Rinderspacher. | Foto: SPD/S. M. Prager

Organisatorische Veränderungen – insbesondere durch die Stärkung der hauptamtlichen Personalführung und eine Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit des Landesverbands – hatten die optimale Vorbereitung auf die bevorstehenden Wahlkämpfe zum Ziel. Dazu wurde auch die Landesgeschäftsstelle selbst zu einer schlagkräftigen Kampa im Wahljahr. Auch im Netz ist die BayernSPD optimal auf die kommenden Wahlkämpfe vorbereitet. Mit dem Web-o-Mat werden heute bereits 300 Internetseiten betrieben, die über eine gemeinsame Datenbank auf Inhalte, Termine und Daten zugreifen und ein modernes Newsletter-System nutzen. Mit der Gründung mehrerer Arbeitsgemeinschaften stellte die BayernSPD sicher, dass die Themen Migration, Inklusion und sexuelle Gleichstellung eine organisatorische Fundierung innerhalb der Partei erhalten. Im Jahr 2012 wurden die *ARBEITSGEMEINSCHAFT MIGRATION UND VIELFALT* und die Arbeitsgemeinschaft von Behinderten Menschen in der BayernSPD *SELBST AKTIV* gegründet, die *SCHWUSOS* haben sich als Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der BayernSPD gegründet.

GENAU UDE:

DIE KAMPAGNE NIMMT FAHRT AUF

Ein erfolgreicher Wahlkampf braucht ein prägnantes Programm, eine starke Organisation – und den richtigen Kandidaten. Mit Christian Ude hat der Landesvorstand 2011 den beliebtesten Politiker Bayerns als Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten vorgeschlagen. Und unsere Kampagne hat sofort Fahrt aufgenommen: Bis Ende 2012 hat Christian Ude bei über 100 öffentlichen Veranstaltungen zehn-



Nominierungsparteitag am 21.10.2012 in Nürnberg | Foto: BayernSPD

tausende Besucherinnen und Besucher erreicht. Und seine Auftritte haben weiterhin riesigen Zulauf. Vorläufiger Höhepunkt des Vorwahlkampfes war die Nominierung von Christian Ude zum Spitzenkandidaten auf dem außerordentlichen Landesparteitag im Oktober 2012 in der Nürnberger Messe. In der überfüllten Halle skizzierte Christian Ude seine Vision von Bayern als *LAND IM GLEICHGEWICHT* – und wurde mit 99,7% zum Spitzenkandidaten gewählt. Eine Erfolgsgeschichte ganz besonderer Art war der Politische Aschermittwoch der BayernSPD. 2012 haben wir mit unserer Veranstaltung erstmals seit langem den Traditionsort Wolferstätter Keller verlassen und sind in ein eigens errichtetes Zelt auf dem Vilshofener Volksfestplatz umgezogen. Mit 3.500 Besuchern waren wir bereits damals auf Schlagdistanz zur CSU.

LANDESVORSTAND

GEWÄHLT AM 2./3.7.2011 AUF DEM 62. LANDESPARTEITAG IN GERMERING

VORSITZENDER
FLORIAN PRONOLD

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER
HOLGER REISE

THOMAS HERKER
 MARIETTA EDER
 ISMAEL ERTUG
 ILONA DECKWERTH
 BÄRBEL KOFLER
 CLAUDIA TAUSEND
 MARIANNE SCHIEDER
 ANETTE KRAMME
 ARIF TASDELEN
 SIMONE BURGER
 JONAS MERZBACHER
 FLORIAN RITTER

MARION WINTER
 PHILIPP DEES
 SABINE DITTMAR
 KERSTIN WESTPHAL

GENERALSEKRETÄRIN
NATASCHA KOHNEN

BEISITZER/-INNEN
 DR. ULRICH MALY
 MICHAEL ADAM
 FRANZ SCHINDLER
 JOACHIM WOLBERGS
 KLAUS BARTHEL
 CHRISTA NAAß
 LINUS FÖRSTER
 CHRISTIAN FLISEK

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN
 URSULA WESER AfA
 PETER DROZYNSKI AGS
 URSULA KIRMEIER ASF
 ANGELIKA GRAF 60plus
 MARION SEGNIETZER Jusos

STELLVERTRETER/-INNEN
 DR. THOMAS BEYER
 ANNETTE KARL
 EWALD SCHURER
SCHATZMEISTER
 THOMAS GÖGER



SPD-JAHRBUCH 2011 – 2012
ARBEITSKREIS DER BETRIEBSRÄTE IN DER SPD

ARBEITSKREIS DER BETRIEBSRÄTE IN DER SPD

Da kein Gesamtbetriebsrat besteht, arbeitet der *ARBEITSKREIS DER BETRIEBSRÄTE IN DER SPD* auf der Grundlage der zwischen den Arbeitgebern (Parteivorstand, Landesverbände und Bezirke) und den Betriebsräten abgeschlossenen Betriebsvereinbarungen. Mitglieder des Vorstands des Arbeitskreises nehmen auf Bundesebene an den Sitzungen der leitenden Bezirks- und LandesgeschäftsführerInnen, der EDV-Begleitgruppe und dem Beirat der Parteischule teil.

Gemeinsame Problemlagen und gemeinsame Interessen der bei der SPD in den Bezirken und beim Parteivorstand hauptamtlich Beschäftigten erfordern regelmäßigen Informationsaustausch und Zusammenarbeit der Betriebsräte auf der Bundesebene. Mindestens einmal jährlich findet ein Treffen von VertreterInnen ihrer Betriebsräte (die Betriebsrätekonferenz) statt, um den direkten kollegialen Informations- und Erfahrungsaustausch zu ermöglichen. Mehrmals jährlich trifft sich der Vorstand des Arbeitskreises der Betriebsräte. Seit 2008 wird in jedem Jahr in Zusammenarbeit mit verdi ein bisher immer gut besuchtes Betriebsräteseminar für die Mitglieder der SPD-Betriebsräte angeboten, das die Möglichkeiten zu intensiver inhaltlicher Arbeit bietet.

Mit Fragen rund um die von den hauptamtlich bei der SPD Beschäftigten zu nutzenden EDV-Programme beschäftigte sich der Arbeitskreis bei Sitzungen und Gesprächen mit VertreterInnen des Parteivorstands sowie Sachverständigen. Auf Grund der o.g. Vereinbarung wurde vom Arbeitskreis der Betriebsräte ein Vorschlag für eine neue Rahmenbetriebsvereinbarung zur EDV erarbeitet, da die bestehende Betriebsvereinbarung den Anforderungen neuer technischer Voraussetzungen nicht mehr gewachsen war. Die Musterbetriebsvereinbarung wurde von den VertreterInnen der Beschäftigten fachlich begleitet und intensiv (u.a. beim Betriebsräteseminar 2010) erörtert. Sie wurde der Arbeitgeberseite mit der Aufforderung, die Verhandlungen aufzunehmen, übergeben. Bisher leider ohne Erfolg.

Ein Großteil der Fragen zur EDV bezog sich weiterhin auf die elektronische Mitgliederadressverwaltung MAVIS-II, die nicht nur von zentraler Bedeutung für die Mitgliederpartei SPD und damit für die Kolleginnen und Kollegen, sondern leider auch eine Dauerbaustelle ist. Nicht nur fehlende Schulungen in diesem Bereich tragen dazu bei, dass weder für die Kolleginnen und Kollegen noch für die Ehrenamtlichen immer befriedigende Arbeitsergebnisse möglich sind.

Das Bild auf Seite 191 zeigt Teilnehmerinnen und Teilnehmer des SPD-Betriebsräteseminars 2012 in Walsrode | Foto: SPD

Nach wie vor steht der Datenschutz im Blick der Arbeit der Betriebsräte und des Arbeitskreises. Dazu gehören sowohl der Schutz der Mitglieder- als auch der Beschäftigten Daten.

Bei der innerbetrieblichen Weiterbildung für Hauptamtliche machte sich der Arbeitskreis für mehr regionale Angebote stark, um mehr Beschäftigten die Möglichkeit zur Teilnahme zu geben.

Erschreckend ist der Langzeitkrankenstand der Kolleginnen und Kollegen. Aus diesem Grunde haben sich die SPD-Betriebsräte mit dem Thema *SCHUTZ DER GESUNDHEIT AM ARBEITSPLATZ* im Betriebsräteseminar 2012 intensiv beschäftigt. Das Thema wird auch in Zukunft auf der Agenda der Betriebsratsarbeit bleiben. Die SPD-Betriebsräte setzen sich darüber hinaus für gesundheitsfördernde Maßnahmen vom Beginn der hauptamtlichen Tätigkeit bis zur Rente ein.

Zunehmende Aufmerksamkeit forderte die betriebliche Altersversorgung der bei der SPD Beschäftigten. Die Veränderung gesetzlicher und ökonomischer Rahmenbedingungen führen dazu, dass bisherige Regelungen auf den Prüfstand gestellt werden müssen, um unseren Kollegen und Kolleginnen zu ermöglichen, für das Alter Vorsorge zu treffen. Das Vermögen der Versicherten gegen Interessen der BesitzerInnen der Versicherungen zu sichern geriet zur politischen Aufgabe der Betriebsratsmitglieder, als versucht wurde durch Gesetzesveränderungen, ganz die Aktionärs- über die Versicherteninteressen zu stellen.

Weder die allgemeinen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen noch die spezielle Situation der SPD haben zu einer Verbesserung der Finanzlage der Partei beigetragen. Die durch die Organisationsreform neu geschaffenen Strukturen erfordern mehr Zeit für innerparteiliche Arbeit. Besorgnis erregend ist die sinkende Zahl der hauptamtlich beschäftigten Kolleginnen und Kollegen bei der SPD, bei gleichen Anforderungen ihrer Aufgaben. Diese Situation stellt die Betriebsräte vor große Herausforderungen, die Antworten erwarten. Es gibt noch viel zu tun!

Wir bedanken uns für die solidarische, konstruktive und engagierte Zusammenarbeit im Vorstand des Arbeitskreises der Betriebsräte in der SPD, mit den Mitgliedern aller SPD-Betriebsräte sowie den Kolleginnen und Kollegen im Willy-Brandt-Haus.

ELFI HEUSINGER VON WALDEGGE
VORSITZENDE DES AK

ERICH HOLZWARTH
STELLV. VORSITZENDER DES AK

VORSTAND DES ARBEITSKREISES DER BETRIEBSRÄTE IN DER SPD

VORSITZENDER	BEISITZERINNEN UND BEISITZER
ELFI HEUSINGER V. WALDEGGE (BEZ Hessen-Nord)	USCHI BREHM (LV NRW)
STELLVERTRETER	SABINE FISCH (LV Mecklenburg-Vorpommern)
ERICH HOLZWARTH (LV Baden Württemberg)	ENRICO BLOCH (Parteivorstand)
	JÜRGEN STAHL (ver.di, beratend)



SPD-JAHRBUCH 2011 – 2012
BERICHT DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION



VORWORT



Frank-Walter Steinmeier | Foto: photothek.net/Thomas Köhler

SOZIALDEMOKRATIE ALS GESTALTUNGSKRAFT

Die Schadensbilanz der zweiten Regierung Merkel offenbart ein beispielloses politisches Debakel.

Ob Bildung, Arbeit, Wirtschaft, Energie, Infrastruktur, Haushalts- und Finanz-, Innen- und Rechtspolitik, Europa und internationale Beziehungen – wohin man auch blickt, Schwarz-Gelb hat sich in den vier Jahren der 17. Wahlperiode als die schlechteste und faulste Regierung seit Gründung der Bundesrepublik erwiesen. Immer wieder Chaos, Streit und Entscheidungsunfähigkeit. Oft als Ersatz nur Schaufensterpolitik auf unzähligen folgenlosen „Gipfeltreffen“. Vorhaben, die in Talkshows vollmundig angekündigt wurden, aber nie als Gesetzentwurf das Parlament erreicht haben. Außerdem eklatante Täuschungen und Betrugsmanöver wie bei den finanziellen Risiken der Eurorettung oder den haltlosen Milliardenversprechen kurz vor der Bundestagswahl.

Im Ergebnis: Die schleichende Preisgabe gerade erst gewonnener deutscher Wettbewerbsfähigkeit und internationaler Vertrauenswürdigkeit.

Was muss die Opposition in dieser Lage leisten? Sie muss mehr tun als Kritik üben. Sie muss die alternative Gestaltungsmacht sein. Die SPD-Bundestagsfraktion hat in den vergangenen Jahren in guter Abstimmung mit den SPD-regierten Ländern die Sicherung der Job-Center, weitere Branchenmindestlöhne, den Kampf gegen Steuerhinterziehung und die finanzielle Entlastung der Kommunen durchsetzen können.

Wir haben bei der Eurorettung die Soforthilfe gefordert und dann im Bundestag mitgetragen. Wir haben dabei die Beteiligungsrechte des Parlaments gestärkt. Wir haben Konzepte für ein europäisches Wachstumsprogramm vorgelegt und den Einstieg in eine europäische Finanztransaktionssteuer erkämpft.

Merkels Politik ohne Morgen haben wir unser Projekt Zukunft – Deutschland 2020 entgegen gestellt. Für ein gerechtes Land, in dem Arbeit gut bezahlt wird, in dem jedes Kind die gleichen Chancen hat und in dem Frauen genauso aufsteigen können wie Männer. Ein Land, das weniger Schulden macht und mehr in Bildung investiert. Ein Land, das die Energiewende meistert. Das bleibt unser Kompass.

Dr. Frank-Walter Steinmeier, MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

DEUTSCHLAND 2020 – DIE SPALTUNG VERHINDERN. DIE MITTE STÄRKEN.

DAS PROJEKT ZUKUNFT.

Klientelpolitik, Lobbyismus, Vetternwirtschaft und eine Politik der sozialen Spaltung: Schwarz-Gelb ist zum Zukunftsrisiko für Deutschland geworden.

Vor diesem Hintergrund und auf Initiative von Frank-Walter Steinmeier hat die SPD-Bundestagsfraktion im Januar 2011 auf ihrer Klausursitzung in Magdeburg das *PROJEKT ZUKUNFT – DEUTSCHLAND 2020* gestartet. Rund zwei Jahre lang hat die Fraktion in acht Projektgruppen konsequent an handfesten, realisierbaren Problemlösungen und praktischen Weichenstellungen für die kommenden Jahre gearbeitet. Mit Blick auf die Arbeit von morgen, auf die notwendige Infrastruktur, auf gute Bildung, auf Gleichstellung, Integration und das Miteinander der Generationen im demografischen Wandel haben wir gefragt: Wo stehen wir heute? Was kommt auf uns zu? Was können wir tun, damit Deutschland 2020 ein lebenswertes, gerechtes und wirtschaftlich modernes Land mit einer selbstbewussten Demokratie ist?

Die Ergebnisse des *PROJEKT ZUKUNFT* haben wir im September 2012 veröffentlicht und im Rahmen eines zweitägigen *ZUKUNFTSKONGRESSES* im Deutschen Bundestag mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern diskutiert. Rund 1.000 Gäste beteiligten sich an den zahlreichen Workshops und Diskussionsrunden im Rahmen der Konferenz.



Großes Interesse beim Zukunftskongress der SPD-Bundestagsfraktion im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages. | Foto: Bildschön

DEUTSCHLAND 2020. SO WOLLEN WIR MORGEN LEBEN.
BAUSTEINE EINES MODERNISIERUNGSPROGRAMMS



Ergebnisbericht
des *PROJEKTS ZUKUNFT*

■ www.spdfraktion.de/sites/default/files/spd_d20_web.pdf

DER ZUKUNFTSDIALOG

Wir wollten von Beginn an die breite Vernetzung in die Gesellschaft und den intensiven, offenen Dialog – mit Bürgerinnen und Bürgern, mit gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen, mit Unternehmen und Gewerkschaften, mit Wissenschaft und Kultur.

■ Die Projektgruppen haben sich in zahlreichen Workshops und öffentlichen Fachkonferenzen mit Expertinnen und Experten sowie der interessierten Öffentlichkeit über Zukunftsfragen ausgetauscht, ihre Überlegungen zur Diskussion gestellt und gemeinsam Lösungen erarbeitet.

■ Die sozialdemokratischen Abgeordneten sind in ihren Heimatregionen in ganz Deutschland mit Akteuren vor Ort zu den Themen der Zukunftsprojekte in Kontakt getreten und haben dutzende öffentliche Diskussionsveranstaltungen mit Bürgerinnen und Bürgern durchgeführt.

■ Wir haben den breit angelegten *ZUKUNFTSDIALOG* zum Anlass genommen, im Mai 2012 erstmals ein *PLANSPIEL ZUKUNFTSDIALOG* für Jugendliche und junge Erwachsene im Deutschen Bundestag durchzuführen. Drei Tage lang übernahmen rund 140 Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende aus ganz Deutschland die Rolle von Abgeordneten und entwickelten eigene Vorschläge zu zentralen Zukunftsthemen. Das Planspiel werden wir auch künftig in regelmäßigen Abständen anbieten. Ein zweites Planspiel wurde im April 2013 durchgeführt.

■ Außerdem haben wir neue Wege erprobt, um mehr Menschen über das Internet das direkte Mitreden und Mitmachen zu ermöglichen. Auf unserer neuen Beteiligungsplattform *ZUKUNFTSDIALOG ONLINE* haben wir interessierte Bürgerinnen und Bürger, gesellschaftliche Gruppen, Organisationen und Fachleute eingeladen, Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge zu Positionspapieren der Projektgruppen zu unterbreiten bzw. Antworten und Vorschläge zu konkreten Fragen einzubringen. Über 2.000 Interessierte haben sich an unserem Online-Dialog beteiligt.

■ Aufgrund des großen Interesses an den Projektergebnissen veranstaltete die SPD-Bundestagsfraktion in den darauf folgenden Monaten in Zusammenarbeit mit SPD-Landtagsfraktionen elf *ZUKUNFTSFOREN* zu unterschiedlichen Schwerpunktthemen in elf Bundesländern. Rund 50 Abgeordnete aus Bund und Ländern, mehrere Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten, Landesministerinnen und -minister sowie zahlreiche Expertinnen und Experten diskutierten im Rahmen der Veranstaltungsreihe deutschlandweit mit über 1.500 Gästen über zentrale Zukunftsfragen.

FRAKTION KONTROVERS

Auf Einladung von Frank-Walter Steinmeier haben wir weitere scharf diskutierte Streitthemen aufgenommen und mit profilierten Gästen debattiert:

- Mit US-Botschafter Philip D. Murphy, Welt-Herausgeber Thomas Schmid und Blogger Sascha Lobo den Streitfall *WIKILEAKS* mit der Veröffentlichung geheimer US-Dokumente (März 2011).
- Mit Autor David Graeber und Publizist Richard David Precht den Streitfall Schulden und die Frage, ob die Demokratie am Gängelband des Kapitals trottet (Mai 2012).
- Mit Anne-Marie Slaughter, ehemalige Planungschefin von Hillary Clinton im US-Außenministerium, und Daimler-Diversity-Managerin Ursula Schwarzenbart die Frage, ob Frauen für Kinder noch immer auf eine Top-Karriere verzichten müssen. (März 2013)



Frank-Walter Steinmeier diskutiert im Mai 2012 im Berliner Admiralspalast mit David Graeber und Richard David Precht über das Thema *SCHULDEN*. | Foto: Bildschön



WIRTSCHAFT UND ARBEIT
**EINE AKTIVE POLITIK FÜR DEN WIRTSCHAFTSSTANDORT
 DEUTSCHLAND.**
FÜR VOLLBESCHÄFTIGUNG UND GUTE ARBEIT.

WIRTSCHAFTLICHES WACHSTUM UND SOZIALE GERECHTIGKEIT sind zwei Seiten derselben Medaille. Einerseits ist der soziale Frieden in Deutschland ein wesentlicher Faktor des wirtschaftlichen Erfolgs. Andererseits wäre unser soziales System ohne die Leistungskraft der Unternehmen und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht zu stemmen.

Die *STARKE INDUSTRIELLE BASIS UND DIE WELTWEIT EINZIGARTIGE MITTELSTÄNDISCHE STRUKTUR* haben Deutschland im Vergleich zu anderen Volkswirtschaft gut durch die Krise gebracht. Allerdings sind manche Erfolge, wie die gute Lage am Arbeitsmarkt, eine Leistung der Tarifpartner, der Unternehmen und nicht zuletzt der rot-grünen Reformpolitik. Anstatt nun Zukunftsvorsorge zu betreiben, ruht sich die schwarz-gelbe Bundesregierung auf den Erfolgen der Vergangenheit aus. Dabei sind die Herausforderungen, vor denen wir stehen, groß: Demografischer Wandel, Klimawandel und globale Ressourcenknappheit, die Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa, aber auch die Unterfinanzierung von wirtschaftsnaher Infrastruktur in den Bereichen Verkehr und Kommunikation gehören zu den zentralen Entwicklungen, die zeitgemäße Antworten verlangen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat die gefährliche *TATENLOSIGKEIT DER SCHWARZ-GELBEN KOALITION* immer wieder thematisiert und eigene Konzepte vorgelegt. Nach rund der Hälfte der Legislaturperiode, im Juli 2011, hat die Fraktion die Regierung zum Stand der Umsetzung

des Koalitionsvertrags im Bereich Wirtschaft und Technologie gefragt. Das Ergebnis war erwartungsgemäß ernüchternd. Die Elektromobilität kommt nicht vom Fleck, die steuerliche Forschungsförderung ist nicht umgesetzt worden, der Bürokratieabbau ist erlahmt und bei der Wirtschaftsförderung wurde gekürzt. Die Liste ließe sich fortführen.

MIT INDUSTRIELLER ERNEUERUNG ZUKUNFT SICHERN – IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

Mit einem Antrag zur Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung hat die SPD-Bundestagsfraktion bereits im Oktober 2011 darauf hingewiesen, dass sich die konjunkturelle Lage in Deutschland wendet. Die Bundesregierung hatte sich zuvor zwei Jahre lang abwartend und ausweichend zur eskalierenden Staatsfinanzierungskrise in Europa verhalten. Entscheidungsbedarf wurde teilweise geleugnet und wichtige Weichenstellungen wurden hinausgezögert. Der Forderung der Fraktion, eine gezielte Investitionsstrategie zur nachhaltigen Stabilisierung der Konjunktur vorzulegen, ist die Bundesregierung nicht nachgekommen.

Um die Investitionstätigkeit von Unternehmen zu fördern und den industriell geprägten Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken, hat die SPD-Bundestagsfraktion im Frühjahr 2012 ein umfassendes *INDUSTRIEPOLITISCHES KONZEPT* vorgelegt. Dieses war unter anderem Ergebnis eines langfristigen „Branchendialogs“, bei dem intensive Gespräche mit Unternehmensvertretern verschiedener Industriebranchen geführt worden sind. Im Ergebnis steht ein Papier, das Industriepolitik als Querschnittsaufgabe zur Schaffung industriefreundlicher Rahmenbedingungen begreift. Diese lauten: Sicherung der Fachkräftebasis, Bereitstellung einer leistungsfähigen Infrastruktur, Innovationsförderung sowie eine verlässliche und bezahlbare Energie- und Rohstoffversorgung. Diese Herausforderungen betreffen die deutsche Wirtschaft insgesamt.

Im Vergleich zu größeren Betrieben haben *MITTELSTAND UND HANDWERK* besondere Chancen, aber auch spezifische Herausforderungen zu bewältigen. Sie stehen mit den Großunternehmen in einer harten Konkurrenz um *FACHKRÄFTE*, haben einen eingeschränkteren finanziellen Spielraum und sind vom bürokratischen Aufwand vergleichsweise höher betroffen. Auf der anderen Seite sind kleine und mittlere Unternehmen sehr flexibel, innovativ und zeichnen sich häufig durch eine starke regionale Verbundenheit aus. Die SPD-Bundestagsfraktion hat verschiedene Initiativen für eine bessere Mittelstandspolitik auf den Weg gebracht und diese – unterstützt durch einen Dialogprozess mit Unternehmen, Verbänden und Gewerkschaften im Jahr 2012 – in einem *MITTELSTANDSKONZEPT* gebündelt.

ENERGIE – SAUBER, SICHER UND BEZAHLBAR

Im Industrieland Deutschland kommt einem zukunftsfähigen Energiekonzept eine Schlüsselrolle zu. Doch die schwarz-gelbe Regierung fuhr im Zick-Zack-Kurs. Erst die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke in 2009, dann Rücknahme des Beschlusses und Abschaltung von acht Atomkraftwerken in 2011. Das erzeugte *PLANUNGS- UND INVESTITIONSUNSICHERHEIT* bei den Unternehmen. Die Bundesregierung hat es bis heute nicht vermocht, mit der Rücknahme der Laufzeitverlängerung die Energiewende zu steuern und zu koordinieren. Die Grundpfeiler unserer Energieversorgung – Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit – geraten ins Wanken. Sie sind aber die Voraussetzung für die breite industrielle Basis Deutschlands – von der Grundstoffindustrie bis zu Hightech-Unternehmen. Damit verspielte die Bundesregierung eine der größten industriepolitischen Chancen Deutschlands – den Aufbau einer wettbewerbs- und zukunftsfähigen Energieinfrastruktur und die Modernisierung unserer Volkswirtschaft. Mit dem Know-how ihrer Fachkräfte und Ingenieure können Unternehmen als Ausrüster und Systemdienstleister profitie-

ren. Ein solches Transformationsprojekt braucht allerdings angemessene politische Rahmenbedingungen und Weichenstellungen. Aus der Antwort der Bundesregierung auf unsere Große Anfrage nach den Kosten der Energiewende geht hervor, dass derzeit jedoch noch nicht einmal die Datengrundlage für ein solches Konzept vorhanden ist.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat ihr **ENERGIEPROGRAMM FÜR EINE NACHHALTIGE, BEZAHLBARE UND SICHERE ENERGIEVERSORGUNG** und die Leitlinien für eine sozialdemokratische Infrastrukturpolitik im Energiesektor weiterentwickelt und in Positionspapieren und Initiativen dargelegt. Wesentliche Elemente einer zukunftsweisenden Energiepolitik sind die politische Koordinierung der Energiewende und ein **MASTERPLAN ENERGIEWENDE**. Wir wollen die Kompetenzen im Energiebereich bündeln und in die Abstimmungsprozesse zwischen Bund, Ländern und Kommunen unter Einbindung von Wirtschaft und Zivilgesellschaft einbringen. Darüber hinaus muss der Bund die Energiewende stärker als bisher mit den europäischen Nachbarn abstimmen und seine Rolle auf europäischer Ebene wahrnehmen.

Der **MASTERPLAN ENERGIEWENDE** ist das Resultat einer umfassenden Konsultation mit den Akteuren der Energiewende. Er umfasst alle wichtigen Aspekte der Erzeugung und Nutzung Erneuerbarer Energien, des Netzausbaus und der Speichertechnik, der Vorhaltung konventioneller Erzeugungskapazitäten und des Energieeffizienzpotenzials. Die Vermarktung von Strom aus Erneuerbaren Energien ist zu optimieren und damit den Anstieg der Stromkosten aufzufangen. Der Masterplan soll jährlich im Rahmen eines Monitoring-Prozesses überprüft und ggf. nachjustiert werden.

Neben den Energiekosten bestimmen die **ROHSTOFFPREISE** zunehmend die internationale Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie. Die SPD-Bundestagsfraktion hat in einem **POSITIONSPAPIER ZUR SICHERUNG EINER NACHHALTIGEN ROHSTOFFVERSORGUNG** Maßnahmen zur Steigerung der Rohstoff- und Materialeffizienz dargelegt, u.a. die Einführung von Energie- und Rohstoffmanagementsystemen in Unternehmen des produzierenden Gewerbes sowie der Ausbau des Recycling- und Pfandsystems von Rohstoffen und Materialien. Ziel ist es, Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln.

Für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland ist eine moderne **KOMMUNIKATIONSINFRASTRUKTUR** von entscheidender Bedeutung. Mit unseren Anträgen zum Gesetz zur Änderung telekommunikationsrechtlicher Regelungen und zur flächendeckenden Breitbandgrundversorgung haben wir die Anforderungen an eine wettbewerbsfähige digitale Infrastruktur beschrieben.

Seit 2012 hat die SPD-Bundestagsfraktion auf ihrem jährlichen **WIRTSCHAFTSEMPFANG** zahlreiche Gäste und Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik begrüßt. Auf dem **EUROPÄISCHEN INDUSTRIEFORUM** im Oktober 2012 tauschten sich 150 hochrangige Entscheiderinnen und Entscheider aus Europa über eine zukunftsfähige Industriepolitik aus.

TOURISMUSPOLITIK

Ziel der sozialdemokratischen Tourismuspolitik ist es den Tourismus unter ökonomischen, ökologischen und sozialen Gesichtspunkten zu fördern und auszubauen. Vor allem die Rahmenbedingungen für den Tourismus in den ländlichen Räumen müssen gezielt verbessert werden. Die SPD-Bundestagsfraktion hat in dieser Legislaturperiode die Themen Barrierefreiheit, Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen im Hotel- und Gaststättengewerbe, Menschenrechte im Tourismus, Schaffung der EU-weiten Freizügigkeit des Reiseleitergewerbes, Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Urlaub auf dem Lande, Wassertourismus und Kinder- und Jugendtourismus aufgegriffen. Auch die Themen **ENERGIEPOLITIK** und **BEHERBER-**

GUNGSBETRIEBE, SCHAUSTELLER und **IMMATERIELLES KULTURERBE** und **GASTWIRTE GEGEN RECHTS** wurden durch parlamentarische Initiativen begleitet.

EINE NEUE ORDNUNG FÜR ARBEIT

Gute Arbeit muss den Menschen eine Perspektive geben, gute Arbeit darf nicht krank machen, muss Entwicklungsmöglichkeiten bieten, sie muss Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglichen, Wissen aufzufrischen, Versäumtes nachzuholen und Neues zu lernen. Gute Arbeit heißt auch gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Gute Arbeit muss anständig bezahlt werden, Anerkennung geben und Teilhabe ermöglichen. Dies ist die Leitlinie der SPD-Fraktion für unsere parlamentarischen Initiativen zur Arbeitsmarktpolitik und zum Arbeitsrecht.

FACHKRÄFTE SICHERN – CHANCEN ERÖFFNEN UND AUFSTIEG ERMÖGLICHEN

Angesichts des wachsenden Bedarfs an Fachkräften, vor allem mit mittlerer Qualifikation, und gleichzeitig verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit hat die SPD-Bundestagsfraktion ein politikfeldübergreifendes **FACHKRÄFTESICHERUNGSKONZEPT** erarbeitet und Vorschläge aufgezeigt, wie die Fachkräftebasis gesichert und Chancen für Aufstieg eröffnet werden. Es geht darum, Jugendlichen Schul- und Berufsabschlüsse zu ermöglichen, die berufliche Weiterbildung zu stärken und die Erwerbsbeteiligung von Älteren, Frauen, Alleinerziehenden, Migranten und Langzeitarbeitslosen zu erhöhen. Dazu bedarf es bei betrieblichen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen auch eines wirkamen Initiativ- und Mitbestimmungsrechts des Betriebsrates.

FÜR GESUNDES ARBEITEN

Die SPD-Bundestagsfraktion möchte Beschäftigte besser als bisher vor gesundheitlichen Gefahren am Arbeitsplatz schützen: Zum einen, indem die bestehenden Gesetze nicht mehr umgangen werden können, und zum anderen durch strengere Sanktionierung von mangelndem Gesundheitsschutz. Als erster Schritt ist der Erlass einer Anti-Stress-Verordnung nötig, um die bestehenden gesetzlichen Vorschriften zu konkretisieren und den Handelnden in den Betrieben das nötige Handwerkszeug zur Verfügung zu stellen. Zweitens muss das Betriebliche Eingliederungsmanagement (§ 84 SGB IX) intensiver genutzt werden. Um dies zu forcieren, fordern wir eine um sechs Wochen längere Lohnfortzahlung, wenn bei der Beantragung von Krankengeld nicht nachgewiesen werden kann, dass vorher das Betriebliche Eingliederungsmanagement genutzt wurde. Zudem wollen wir den Betriebsratsgremien ein echtes Mitbestimmungsrecht einräumen bei der Umgestaltung von Arbeitsplätzen, um Verschleiß vorzubeugen und auf Bedürfnisse von Älteren Rücksicht zu nehmen.

FÜR EINE INKLUSIVE ARBEITSWELT

Menschen mit Behinderungen haben das Recht, ihren Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen. Dieses Recht wollen wir garantieren, so dass jede/r dem Können, der Leistungsfähigkeit und den Wünschen entsprechend arbeiten kann. Unser Ziel ist die Erhöhung der Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen und ihre Inklusion in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Wir fordern die Erhöhung der Ausgleichsabgabe, um mit den Einnahmen konsequent die Inklusion von Menschen mit Behinderungen ins Erwerbsleben voranzutreiben. Wir wollen insbesondere die Beschäftigung in Integrationsprojekten und Integrationsunternehmen fördern. Mit unseren Maßnahmen sollen die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention auch im Bereich des Arbeitsmarktes besser umgesetzt werden. Dazu gehört, dass in Arbeitsagenturen und Jobcentern gut ausgebildetes Personal zur Verfügung steht. Integrationsfachdienste müssen in hoher Qualität und Verlässlichkeit erhalten bleiben, da sie über gute Kontakte zu den Arbeitgebern verfügen. Dort, wo Menschen mit Behinderungen be-

reits in Betrieben erwerbstätig sind, muss ihre Vertretung noch besser werden. Deshalb wollen wir die Schwerbehindertenvertretung zu einer Behindertenvertretung weiter entwickeln.

FÜR EINE FAIRE ENTLOHNUNG UNABHÄNGIG VOM GESCHLECHT – ENTGELTGLEICHHEIT!

Die SPD-Fraktion hat ein *ENTGELTGLEICHHEITSGESETZ* vorgelegt, um die strukturellen Defizite des geltenden Rechts zu beseitigen. Es muss ein Rahmen für die Prüfung und Beseitigung von Entgeltdiskriminierung geschaffen werden.

FÜR GESTALTBARE TEILZEITARBEIT

Wir wollen Teilzeitbeschäftigten mehr Rechte geben. Sie sollen ihre Wünsche nach Stundenreduzierung oder Stundenerhöhung leichter durchsetzen können. Wichtigstes Ziel ist die Einführung einer befristeten Teilzeit. Menschen sollen ihre Arbeitszeit für einen fixen Zeitraum reduzieren können und danach automatisch Anspruch auf ihre alte Stundenzahl haben. Zweitens soll ein Arbeitgeber künftig den Teilzeitwunsch eines Mitarbeiters nur bei dringenden betrieblichen Gründen ablehnen können. Drittens wollen wir eine vorläufige Vollstreckbarkeit erstinstanzlicher Urteile zur Arbeitszeitänderung einführen. Das soll verhindern, dass Arbeitgeber die Umsetzung der Urteile durch Berufung so lange verzögern, bis sie für den Arbeitnehmer obsolet sind.

FÜR EINE FUNKTIONIERENDE MODERNE MITBESTIMMUNG – IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

Die Modernisierung der Mitbestimmung hinkt hinter der schnellen Entwicklung in der Arbeitswelt her. Die ausufernde Leiharbeit, die Zunahme von Werkverträgen und die hohe Anzahl befristeter Arbeitsverträge unterminieren die Grundlagen der Mitbestimmung. Die SPD fordert mehr Mitsprache- und Informationsrechte vor allem in drei Bereichen: beim Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen, bei Fragen der Gesundheit und Weiterbildung und bei Teilzeit-Beschäftigung. Außerdem haben wir die Bundesregierung aufgefordert, wirkungsvolle Sanktionen zur Stärkung von europäischen Betriebsräten umzusetzen.

FÜR EINEN FAIREN MINDESTLOHN

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Entwurf eines Gesetzes über die Festsetzung des Mindestlohnes in den Bundestag eingebracht. Wir fordern einen flächendeckenden Mindestlohn, dessen genaue Höhe von einer Mindestlohnkommission bestimmt werden soll, der aber bei mindestens 8,50 Euro pro Stunde liegen muss, um Vollzeitbeschäftigten ein existenzsicherndes Einkommen zu gewährleisten. Nach erstmaliger Festsetzung des Mindestlohns soll dieser jährlich zum 31. August angepasst werden. Das *ARBEITNEHMERENTSENDEGESETZ* erstrecken wir auf alle Branchen. Damit wird die Tarifautonomie gestärkt, und höhere tarifliche Branchenmindestlöhne können allgemeinverbindlich werden.

GEGEN DEN MISSBRAUCH VON WERKVERTRÄGEN

Der neue Trend auf dem Arbeitsmarkt ist der Einsatz von Fremdpersonal außerhalb der Leiharbeit. Die öffentliche Diskussion läuft unter „Missbrauch von Werkverträgen“. Die SPD-Bundestagsfraktion will diesen verbreiteten Missbrauch stoppen und empfindlicher sanktionieren. Wir fordern

- gesetzliche Kriterien für die Abgrenzung zur Leiharbeit klarer zu definieren, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Rechte durch eine Vermutungsregelung einfacher durchsetzen können. Außerdem soll eine Beweislastumkehr gesetzlich verankert werden.
- Betriebsräten in den Einsatzunternehmen mehr Mitspracherechte einzuräumen, wenn es um die Entscheidung für oder gegen Werkverträge geht.
- die Finanzkontrolle Schwarzarbeit so auszustatten, dass sie sich besser um die Aufdeckung von verdeckter Scheinwerkverträgen kümmern und gegen die Verantwortlichen strafrechtliche Verfahren einleiten kann.

FÜR DEN SCHUTZ VON HINWEISGEBERINNEN UND HINWEISGEBERN – WHISTLEBLOWING

Wir alle profitieren von mutigen ArbeitnehmerInnen, die Skandale um Gammelfleisch oder Missstände in Pflegeheimen aufdecken. Die Whistleblower selbst sind oft bedroht von fristlosen Kündigungen. Arbeitsgerichte gewichten das Geheimhaltungsinteresse des Arbeitgebers oft höher als das Offenbarungsinteresse der Öffentlichkeit. Unser Gesetzentwurf klärt, wer wem was sagen darf und stellt klar, wer ein Hinweisgeber ist. Dieser darf sich an interne Stellen im Unternehmen oder sofort an Behörden, Polizei oder Staatsanwaltschaft wenden. Bei Gefahr für Leben, Gesundheit oder Umwelt darf er direkt die Öffentlichkeit informieren. Zudem wird ein umfassender Schutz vor arbeitsrechtlichen Konsequenzen garantiert. Wir sehen ein Benachteiligungsverbot und eine partielle Beweislastumkehr vor. Ergänzend gibt es einen Schadensersatzanspruch für den Hinweisgeber, wenn es dennoch zu Benachteiligungen kommt, sowie einen Passus, der Benachteiligung mit einem Bußgeld von bis zu 50.000 Euro ahndet. Gleichzeitig ist es uns wichtig, die Verantwortung der Hinweisgebenden als mündige Bürger zu unterstreichen. Daher darf ein Hinweisgeber regelmäßig nur an Behörden, nicht aber direkt an die Medien berichten. Der Arbeitgeber hat Schadensersatzanspruch, wenn der Hinweisgeber vorsätzlich oder leichtfertig handelt.

ARBEIT STATT ARBEITSLOSIGKEIT FINANZIEREN – ÖFFENTLICH GEFÖRDERTE BESCHÄFTIGUNG

Wir wollen Langzeitarbeitslose über sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in den allgemeinen Arbeitsmarkt integrieren. Statt Arbeitslosigkeit wird Arbeit finanziert. Statt zeitlich befristeter Projekte wird ein sozialer Arbeitsmarkt eingerichtet, dessen Finanzierung auf Dauer angelegt ist und auf zwei Pfeilern ruht: dem Eingliederungstitel und dem Passiv-Aktiv-Transfer (Einsatz von passiven Mitteln wie ALG II oder Kosten der Unterkunft).

GEGEN DIE KÜRZUNGEN IN DER ARBEITSMARKTPOLITIK DURCH SCHWARZ-GELB

In einer umfassenden Stellungnahme haben wir die so genannte *INSTRUMENTENREFORM* der Bundesregierung auf ihre desaströse Wirkung hin analysiert und unsere eigenen Forderungen gegenüber gestellt. Der Antrag *ARBEITSMARKTPOLITIK AN DEN HERAUSFORDERUNGEN DER ZEIT ORIENTIEREN – WEICHEN FÜR GUTE ARBEIT, VOLLBESCHÄFTIGUNG UND FACHKRÄFTESICHERUNG* stellt unsere Ziele umfassend zusammen. Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen haben wir uns klar positioniert: Keine Kürzungen, sondern Erhöhung der Mittel für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit um 1,6 Mrd. Euro auf insgesamt 5,5 Mrd. Euro; Auflegen eines Programms 2. *CHANCE AUF BERUFAUSBILDUNG* bzw. *QUALIFIZIERUNG FÜR BERUFLICHEN AUFSTIEG*; Auflegen eines Programms *MIGRAPLUS* für Migrantinnen und Migranten; Bereitstellung von Mitteln für die modellhafte Erprobung der Arbeitsversicherung.

2. CHANCE FÜR JUNGE ERWACHSENE

1,5 Millionen junge Menschen zwischen 25 und 35 Jahren sind ohne Berufsabschluss. Sie sind in der Gefahr, sich ihr Leben lang mit prekären Jobs durchzuschlagen und in die Altersarmut zu laufen. Dem wollen wir mit einem Sofortprogramm entgegensteuern und jungen Erwachsenen eine 2. Chance auf Berufsausbildung geben. Dazu fordern wir unter anderem eine Berufsausbildungsgarantie, Vorrang für *VERMITTLUNG IN AUSBILDUNG* vor *VERMITTLUNG IN ARBEIT*, den leichten Zugang zu arbeitsmarktpolitischen Instrumenten wie etwa berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen bis 35 Jahre, finanzielle Anreize, um auch jene zu motivieren, die schon (unausgebildet) arbeiten und sich durch Ausbildung finanziell schlechter stellen sowie mehr Teilzeitausbildungsangebote.

NEUE CHANCEN FÜR MENSCHEN

MIT MIGRATIONSHINTERGRUND AM ARBEITSMARKT

Die SPD will MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt mehr Chancen geben. Wir haben die Bundesregierung zur Vorlage eines Gesetzes aufgefordert, das Diskriminierung beseitigt und die **ANERKENNUNG AUSLÄNDISCHER BERUFSABSCHLÜSSE** erleichtert. Auch das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium und das Fallmanagement müssen an den Bedürfnissen von Menschen mit Migrationshintergrund ausgerichtet und z.B. die berufliche Deutschförderung gestärkt werden. Weitere Forderungen betreffen anonymisierte Bewerbungsverfahren als Standard sowie ein Programm *PERSPEKTIVE MIGRAPLUS* mit dem innovative Ansätze für den Spracherwerb und bessere Qualifizierungs- und Fördermaßnahmen entwickelt werden. Integrationskurse sollen finanziell besser ausgestattet werden, die Chancen und Rechte von Geduldeten müssen auf dem Arbeitsmarkt deutlich besser werden.

FÜR EINE BESSERE FÖRDERUNG VON ALLEINERZIEHENDEN IN DER GRUNDSICHERUNG

Alleinerziehende sind wesentlich öfter auf Grundsicherung (Hartz IV) angewiesen als Familien mit beiden Elternteilen. Ende 2011 waren knapp 60 % aller Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren, die ALG II beziehen, Haushalte von Alleinerziehenden. Das ist für die Kinder besonders dramatisch, weil ihre Chancen auf optimale Bildungsteilhabe sinken und ihr Armutsrisiko steigt. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert bessere Chancen für diese Gruppe, wie etwa einen Schulabschluss oder eine Berufsausbildung auch in Teilzeit abschließen zu können. Zudem sollen Alleinerziehende in dem Verhältnis von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik profitieren, wie es ihrem Anteil an allen Arbeitslosen entspricht. Sie sollen einen Anspruch auf Qualifizierung und Weiterbildung bereits während der ersten drei Lebensjahre des Kindes bekommen – auch wenn sie in Elternzeit sind. Zudem müssen strukturelle Ungerechtigkeiten wegfallen: Zieht ein neuer Partner ein, wird er sofort Teil der Bedarfsgemeinschaft – mit Einstandsverpflichtung, bei kinderlosen Paaren passiert das erst nach einem Jahr. Diese unnötige Ungleichbehandlung wollen wir abschaffen.

BILDUNG UND TEILHABE FÜR ALLE KINDER, JUGENDLICHE UND JUNGE ERWACHSENE IN DEUTSCHLAND SICHERSTELLEN – DAS BILDUNGS- UND TEILHABEPAKET REFORMIEREN

Das Bildungs- und Teilhabepaket schreckt mit seinen bestehenden bürokratischen Hürden Anspruchsberechtigte ab. Dass viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene ihren grundgesetzlich garantier-

ten Anspruch auf Bildung und Teilhabe nicht wahrnehmen können, widerspricht den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts (Az. 1 BvL 1/09). Deshalb fordert die SPD nicht nur eine Überarbeitung des Bildungs- und Teilhabepakets, sondern auch einen zügigen Infrastrukturausbau, um Bildungsgerechtigkeit für alle zu erreichen.

DIE SCHUTZFUNKTION DER ARBEITSLOSENVERSICHERUNG STÄRKEN – RAHMENFRIST VERLÄNGERN – REGELUNGEN FÜR KURZ BEFRISTET BESCHÄFTIGTE WEITERENTWICKELN

Die SPD-Bundestagsfraktion will die Rahmenfrist, in der die Anwartschaftszeit (12 Monate) für den Bezug von Arbeitslosengeld I erfüllt sein muss, von zwei auf drei Jahre verlängern. Denn: Die Arbeitslosenversicherung greift heute immer seltener, weil aufgrund kurzer und befristeter Verträge viele Beschäftigte innerhalb von zwei Jahren nicht mehr auf 12 Arbeitsmonate kommen. Monatlich fallen ungefähr 61.000 Menschen aus der Beschäftigung unmittelbar in den ALG-II-Bezug, obwohl sie Beiträge in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben. Hier kann eine Verlängerung der Rahmenfrist Abhilfe schaffen. Zweitens will die SPD, dass früher Anspruch auf ALG I entsteht. Wer innerhalb der Rahmenfrist mindestens sechs Monate beschäftigt war, soll Anspruch auf mindestens drei Monate ALG I haben.

KÜNFTIGE WIRTSCHAFTSKRISEN ERFOLGREICH MEISTERN – KURZARBEITERGELD UNTER ERLEICHTERTEN BEDINGUNGEN WIEDER EINFÜHREN

Ein wichtiger Puffer gegen Arbeitslosigkeit in einer Wirtschaftskrise ist das konjunkturelle Kurzarbeitergeld (KuG). Damit wurde bereits in der vergangenen Krise erfolgreich Arbeitslosigkeit vermieden. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer konnten ihre Arbeit behalten, Arbeitgeber nach der Krise unmittelbar wieder durchstarten, ohne Personal suchen zu müssen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb eine Gesetzesänderung vorgeschlagen, damit im Krisenfall die Kurzarbeit schnell und unbürokratisch per Verordnung eingesetzt werden kann, ohne dass noch langwierige Gesetzesänderungen nötig sind. Dabei wollen wir unter anderen die normale Dauer des Bezugs von sechs auf zwölf Monate erhöhen; bei außergewöhnlichen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt auf bis zu 36 Monate.

IM DIALOG FÜR GUTE ARBEIT

Zweimal jährlich finden in Berlin Betriebs- und Personalrätekonferenzen statt. Themen der letzten Veranstaltungen waren eine *HUMANE ARBEITSWELT*, *SICHERE ARBEITSPLÄTZE*, *FLÄCHENTARIFE* und *ENTGELT-GLEICHHEIT* sowie *GESUNDHEITSSCHUTZ*.

ENQUETE-KOMMISSION WACHSTUM, WOHLSTAND, LEBENSQUALITÄT

FÜR EIN NEUES WACHSTUMSMODELL.

Die auf Initiative von SPD und Grünen vom Deutschen Bundestag eingesetzte *ENQUETE-KOMMISSION WACHSTUM, WOHLSTAND, LEBENSQUALITÄT – WEGE ZU NACHHALTIGEM WIRTSCHAFTEN UND GESELLSCHAFTLICHEM FORTSCHRITT IN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT* hat am 6. Juni 2013 ihren Schlussbericht (Drs. 17/13300) vorgelegt. Die Schere zwischen Arm und Reich wächst, die Natur leidet, der Klimawandel schreitet voran und der Kampf um Ressourcen nimmt zu. Die Krisen unserer Zeit haben in der Bevölkerung Zweifel an den Maßstäben und Grundlagen unseres Wirtschaftens geweckt.

EIN NEUES WOHLSTANDSVERSTÄNDNIS

Der Abschlussbericht beschreibt Wege zu einem tragfähigen Wohlstandsmodell, das soziale, ökologische und wirtschaftliche Ziele gleichberechtigt miteinander in Einklang bringt. Wir wollen einen gesellschaftlichen Fortschritt, der Lebensqualität und Wohlstand in den Mittelpunkt rückt und Nachhaltigkeit in der Gesellschaft stärkt. Dazu braucht es eine sozial-ökologische Wende. Wir streben ein neues Wohlstandsverständnis an, das Lebensqualität nicht allein am Bruttoinlandsprodukt bemisst. Mit einem neuen Indikatorenmodell sollen Wohlstand und Lebensqualität bes-

ser abgebildet werden. Ökonomie, Soziales und Ökologie sind im neuen Modell gleichrangige Zielgrößen.

MEHR LEBENSQUALITÄT

Für Sozialdemokraten ist klar: Wachstum führt nicht automatisch zu mehr Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit. Wir wollen vielmehr einen Wachstumspfad, der für alle ein Mehr an Wohlstand und Lebensqualität bringt, der die Lebensgrundlagen der kommenden Generationen nicht zerstört, der nicht den kurzfristigen Gewinn im Blick hat, sondern die Nachhaltigkeit stärkt und dadurch der Wirtschaft auf Dauer Wettbewerbsvorteile einbringt. Wir wollen gute Arbeits- und Beschäftigungsbedin-

gungen auch für die 7 Millionen, die jetzt unter prekären Arbeitsbedingungen leiden. Wir wollen Lebensarbeitszeitmodelle, die den Menschen mehr individuelle Entscheidungsmöglichkeiten eröffnen. Die Kernfragen nach Wachstumszwängen und Wachstumstreibern und danach, wie unser Wirtschafts- und Sozialstaatsmodell auf geringe Wachstumsraten reagieren kann, wurden durch die Mehrheit von Schwarz-Gelb in der Kommission blockiert. Diese müssen im Parlament in geeigneter Form diskutiert werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die erzielten Ergebnisse und Vorschläge der Enquete-Kommission in konkrete Gesetzgebung umgesetzt werden.



**FORSCHUNG UND INNOVATION
EIN MODERNES LAND
BRAUCHT STARKE FORSCHUNG**

Die Regierungszeit von CDU/CSU und FDP ist in der Wissenschafts- und Forschungspolitik geprägt durch Stillstand und Ideenmangel. Die Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel – insbesondere im Rahmen des gemeinsam mit den SPD-geführten Bundesländern vereinbarten Hochschulpaktes – ersetzt nicht die konzeptionelle Weiterentwicklung der Forschungsförderung in unserem Land. Insbesondere wäre es dringend an der Zeit, sich Gedanken über die **WEITERENTWICKLUNG DER AUßERUNIVERSITÄREN FORSCHUNG** in Deutschland und ihr Verhältnis zu den Hochschulen zu machen.

Der Bundesregierung von Kanzlerin Merkel ist es in vier Jahren nicht gelungen, einen Gesetzentwurf zur Einführung einer **STEUERLICHEN FORSCHUNGSFÖRDERUNG** auf den Weg zu bringen. Dabei hatten CDU/CSU und FDP vollmundig die Einführung einer solchen Förderung angekündigt. Auch blieb der Durchbruch bei der Forschungsförderung zur Elektromobilität aus. Die Einnahmesituation beim **ENERGIE- UND KLIMAFONDS**, aus dem unter anderem diese Forschung finanziert werden soll, hat sich weiter verschlechtert. Daher fordern wir, dass diese Fördermaßnahmen wieder über den regulären Haushalt finanziert werden.

Das **WISSENSCHAFTSJAHR 2012 ZUKUNFTSPROJEKT ERDE** machte die Bundesregierung selbst zur Farce, als sie für das Folgejahr 2013 im Haushalt des Forschungsministeriums die Projektförderung zu **KLIMA, ENERGIE UND UMWELT** kürzte. Das im Oktober 2012 verabschiedete **WISSENSCHAFTSFREIHEITSGESETZ** ging zwar in die richtige Richtung, wir haben jedoch gefordert, dass gerade die der Bundesregierung unterstellte Ressortforschung auch von den im Gesetz für die außeruniversitäre Forschung vorgesehenen Freiheiten profitieren sollte. Dies lehnten die Regierungsfractionen jedoch ab. Andere Projekte wie das Programm **ZWANZIG20 – PARTNERSCHAFT FÜR INNOVATION**, mit dem die Forschung und die Wissenschaftskooperation in den neuen Bundesländern gefördert werden soll, sind durch das zuständige Ministerium im Haushalt nicht hinreichend ausgestattet und werden damit die angestrebten Erfolge nicht erreichen.

Wir haben mit zahlreichen Anträgen zu spezifischen Fragen der Forschungs- und Innovationsförderung unsere Ziele klar gemacht. Die Energiewende soll Deutschland in die Lage versetzen, eine nachhaltige, ressourcenunabhängige und klimaschonende Energieversorgung aufzubauen. Dieser Anspruch verlangt nach neuen innovativen Technologien und Fachkräften. Wir haben die Bundesregierung aufgefordert, die **FORSCHUNG FÜR DIE ENERGIEWENDE** zu verstärken. Akteure und Forschungsmittel sind so zu konzentrieren, dass die bisher viel zu zögerlichen Anstrengungen zugunsten einer ganzheitlichen Energiewende umgehend verstärkt und beschleunigt werden. Nur so können Wissenschaft, Politik und Wirtschaft gemeinsam in Richtung einer nachhaltigen Energieversorgung voranschreiten.

Die marktrelevanten und innovativen Ergebnisse von Wissenschafts- und Forschungsanstrengungen sind für unsere Wirtschaft von großem Interesse. Doch der Übergang aus den Versuchslaboren in die Produktionsstätten ist durch bestehende Fördermaßnahmen nicht gesichert. Wir wollen mit einem **DEUTSCHEN INNOVATIONSFONDS** diese gravierende Förderlücke im deutschen Innovationssystem schließen. Es muss möglich werden, das große Potenzial von wissenschaftlichen Innovationen in wirtschaftlich verwertbare Produkte und Dienstleistungen zu transferieren. Die Schließung dieser Innovationslücke sichert Arbeitsplätze und schafft neue Marktchancen für deutsche Unternehmen. Die Regierung Merkel sieht jedoch auch hier keinen Modernisierungsbedarf.

Fachhochschulen sind ein tragendes Element in der Hochschullandschaft unseres Landes. Mit ihrer anwendungsorientierten Ausbildung tragen sie maßgeblich zur Sicherung des Fachkräftebedarfes bei, wobei sie dabei zugleich die Brücke zwischen Wissenschaft und Wirtschaft schlagen. Mit unserem Antrag **STARKE FACHHOCHSCHULEN FÜR INNOVATIONEN IN GESELLSCHAFT UND WIRTSCHAFT** haben wir die Bundesregierung aufgefordert, Fachhochschulen unter anderem bei der Förderung von Forschungsprojekten und der Frage der Promotionskooperationen deutlich stärker zu unterstützen. So soll die Innovationskraft von anwendungsorientierter Wissenschaft für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt unseres Landes besser genutzt werden.

Zu Zeiten der rot-grünen Regierungskoalition haben wir in der Förderung der Bildungsforschung neue Akzente setzen können. Allerdings war die Einführung des Kooperationsverbotes unter der Großen Koalition ein Fehler. Nicht zuletzt unter Verweis auf das Kooperationsverbot in der Bildung – welches wir als SPD dringend abschaffen wollen – hat die Regierung Merkel keine Stärkung dieses wichtigen Forschungszweigs vorgenommen. Zu lange ist in Deutschland immer wieder über „gute“ bzw. „schlechte“ Bildungsstrukturen und -angebote diskutiert worden, ohne dass die Bildungsinhalte selbst Gegenstand intensiver wissenschaftlicher Begleitung geworden wären. Die gelungene Vermittlung von Wissen mit den Mitteln der Bildungswissenschaft hängt dabei aber viel mehr auch von wissenschaftlichen Erkenntnissen über Bildungsinhalte und die Techniken der Vermittlung ab. Wir haben gefordert, die **BILDUNGSFORSCHUNG** weiter voranzutreiben, um auch den veränderten Bildungsansprüchen und -bedürfnissen gerecht werden zu können.



**HAUSHALT UND FINANZEN
FÜR MEHR GERECHTIGKEIT DURCH GESTALTENDE
HAUSHALTS-, STEUER- UND FINANZPOLITIK**

Fraktion, Partei und Ländervertreter der SPD (beraten von externen ExpertInnen) haben in 2010/2011 ein umfassendes und realistisches **SOZIALDEMOKRATISCHES STEUER- UND FINANZIERUNGSKONZEPT** erarbeitet, das, umgesetzt in einen Leitantrag auf dem Bundesparteitag Dezember 2011, verabschiedet worden ist und das Eingang gefunden hat in das **REGIERUNGSPROGRAMM 2013–2017** der SPD. Ziel dieses Konzepts ist, auf Dauer für eine auskömmliche Finanzierung der wichtigen und unverzichtbaren öffentlichen Aufgaben zu sorgen, der stark ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland entgegen zu wirken und die richtigen ökonomischen und ökologischen Anreize zu setzen.

Am 25. September 2012 hat Peer Steinbrück in seinem wegweisenden Papier **VERTRAUEN ZURÜCKGEWINNEN: EIN NEUER ANLAUF ZUR BÄNDIGUNG DER FINANZMÄRKTE** aufgezeigt, was „zur Regulierung der Finanzmärkte und Begründung einer neuen Bankenkultur“ nötig ist.

So konnte die berechtigte Kritik an Schäuble und der schwarz-gelben Finanz-, Steuer- und Haushaltspolitik immer verbunden werden mit alternativen Politikmaßnahmen und Konzepten für eine sozialdemokratisch gestaltete Zukunft.

**BUNDESHAUSHALT: KEINE RISIKOVORSORGE –
SCHWERE HYPOTHEKEN FÜR DIE ZUKUNFT**

Die geringere Neuverschuldung des Bundes (gegenüber 2009/2010) seit 2011 wird von Schäuble und der schwarz-gelben Koalition als Ergebnis der Haushaltspolitik gefeiert. Dabei hat Schäuble während seiner gesamten Amtszeit kein ökonomisch und sozial ausgewogenes Konsolidierungskonzept vorgelegt. Gekürzt wurde bei geringverdie-

nenden Arbeitnehmern und Familien, bei Arbeitslosen und Transferempfängern. In die Sozialkassen wurde immer wieder zugunsten der Bundeskasse eingegriffen. Die wirtschaftlich sehr Leistungsfähigen dagegen wurden von CDU/CSU und FDP geschont. Der Rückgang der Neuverschuldung seit 2011 ergab sich vor allem aus der günstigen Wirtschafts- und Beschäftigungslage der letzten Jahre und der Niedrigzinsphase. **TROTZ ALLEDDEM HABEN MERKEL UND SCHÄUBLE IMMER NOCH IN DEN VERGANGENEN VIER JAHREN MEHR ALS 100 MRD. EURO NEUE SCHULDEN GEMACHT.** Unsinnige Ausgaben wie das Betreuungsgeld oder unsinnige Subventionen wie die sog. „Hotelierssteuer“ kosten Milliarden Euro. Von den Schulden des Investitions- und Tilgungsfonds, der große Teile der Konjunkturprogramme aus 2009/2010 zusammenfasst, wurde kein Cent getilgt. CDU/CSU und FDP haben damit bei der Konsolidierung versagt. Sie sind die Koalition der Klientelpolitik auf Pump.

Schäuble hat außerdem den Bundeshaushalt nicht darauf eingestellt, dass auch auf Deutschland neue Konjunkturrisiken zulaufen, dass die Zinsen wieder steigen werden – mit Milliardenlasten für den Bundeshaushalt. Vorsorge dafür, dass der Fall eintritt, dass von Deutschland gegebene Garantien zur Eurozonensanierung fällig werden, wurde nicht getroffen. Wichtige Zukunftsaufgaben wie Bildung, Klimaschutz/Energiewende und Infrastruktur blieben über vier Jahre unterfinanziert.

Sowohl zur Beratung des Bundeshaushalts 2012 wie zu der des Bundeshaushalts 2013 hat die SPD-Bundestagsfraktion unter Rückgriff auf das SPD-Steuer- und Finanzierungskonzept in umfassender Weise Anträge gestellt, die vernünftige Konsolidierungsmaßnahmen mit der notwendigen Zukunftsfinanzierung und Vorsorge verbinden.

SPD-BUNDESTAGSFRAKTION – VERLÄSSLICHER PARTNER DER KOMMUNEN

Die SPD-Bundestagsfraktion hat der schwarz-gelben Regierungskoalition und Finanzminister Schäuble die vollständige Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die bisher die Kommunen zu tragen hatten, durch den Bund abgerungen. Sie ist außerdem bei der Umsetzung von Basel III mit Nachdruck für die Interessen der kommunalen Ebene eingetreten.

2011 ist die Gemeindefinanzreform der schwarz-gelben Regierung endgültig gescheitert. Alle Bestrebungen von Schäuble, der FDP und anderen, die Gewerbesteuer erst auszuhöhlen und sie dann zu streichen und durch untaugliche Alternativen (Einführung eines kommunalen Hebesatzrechtes bei der Einkommensteuer) zu ersetzen, waren damit im Sande verlaufen. Auch hier war die klare und stetige Ablehnung durch die SPD-Bundestagsfraktion im Verein mit den sozialdemokratisch geführten Ländern, der Bundes-SGK und anderen kommunalen Spitzenverbänden sehr hilfreich.

Die SPD-Bundestagsfraktion tritt auch weiter für die nachhaltige Verbesserung der Kommunalfinanzen ein. Sie hat sich von Anfang an dafür eingesetzt, dass dies ein zentraler Punkt im *SPD-REGIERUNGSPROGRAMM 2013–2017* wird.

SCHWARZ-GELB HAT DAS STEUERSYSTEM UNGERECHTER GEMACHT – WIR WOLLEN UMSTEUERN

Die abenteuerlichen Steuersenkungsversprechen von CDU, CSU und FDP aus dem Bundestagswahlkampf 2009 mussten sich in Luft auflösen; sie waren von Anfang an als Täuschung der Wählerinnen und Wähler angelegt. Geblieben ist der Versuch von Schwarz-Gelb, im *GESETZ ZUM ABBAU DER KALTEN PROGRESSION* den Einkommensteuertarif ein wenig vor allem zugunsten höherer Einkommen abzusenken. Selbst dieser, gemessen an den ursprünglichen Entlastungsplänen relativ kleine Entlastungsschritt hätte die öffentlichen Haushalte

bereits Milliarden Euro gekostet, denn Schwarz-Gelb war nicht zu angemessenen Gegenfinanzierungsmaßnahmen bereit, sondern hätte dieses Gesetz vollständig auf Pump finanziert. Deshalb haben die SPD-Bundestagsfraktion wie auch die A-Länder im Bundesrat diese Tarifabsenkung abgelehnt.

Die Vorstellungen der SPD im Rahmen ihres Steuer- und Finanzierungskonzepts für mehr Gerechtigkeit im Steuersystem – Wiedereinführung einer ökonomisch vertretbaren Vermögenssteuer; Rücknahme von Begünstigungen reicher Erben; Anhebung des Spitzensatzes bei der Einkommensteuer auf 49% bei paralleler Anhebung der Abgeltungsteuer – wurden von CDU, CSU und FDP im Bundestag stets bekämpft. Durch diese Haltung und die steuerlichen Klientelgeschenke wie die „Hotelierssteuer“ hat Schwarz-Gelb auch bei den Steuern die Schieflage zwischen Normal- und Geringverdienern auf der einen und Spitzeneinkommen und sehr Vermögenden auf der anderen Seite vergrößert.

Bis zuletzt, d.h. bis das Bundesverfassungsgericht sie im Juni 2013 zur Gleichstellung aufgefordert hat, hat die Regierungskoalition aus CDU, CSU und FDP immer wieder im Bundestag jede Initiative der SPD oder auch von Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt, eingetragene Lebenspartnerschaften beim Ehegattensplitting gleichzustellen. Das zeigt, dass Schwarz-Gelb auch in der Steuerpolitik nicht nur ungerecht, sondern auch rückwärtsgewandt ist. Zu den ersten Aufgaben in der neuen Legislaturperiode des Bundestages wird gehören, die Gleichstellung im Ehegattensplitting auch in bereits bestandskräftig abgeschlossenen Steuerfällen anzuwenden.

STEUERHINTERZIEHUNG UND INAKZEPTABLE STEUERGESTALTUNG: KEINE SCHONUNG MEHR!

Steuerhinterziehung und inakzeptable Steuergestaltung vor allem von international tätigen Konzernen sind schwere Angriffe auf die staatliche Handlungsfähigkeit und auf die Steuergerechtigkeit. Im Einsatz dagegen lag ein Schwerpunkt der finanzpolitischen Aktivitäten der SPD-Bundestagsfraktion im Berichtszeitraum. Schwarz-Gelb hat Steuerbetrüger und Steuerverweigerer jahrelang und systematisch geschont. Erst zu Ende der Legislaturperiode, nachdem SPD-Bundestagsfraktion und SPD-geführte Länder das völlig misslungene, von Schäuble von Anfang an falsch verhandelte **DEUTSCH-SCHWEIZERISCHE STEUERABKOMMEN GESTOPPT** hatten, hat Bundesfinanzminister Schäuble auf internationaler bzw. europäischer Ebene Initiative gezeigt und sich für wirksamere Maßnahmen gegen grenzüberschreitende Steuerhinterziehung und Steuervermeidung eingesetzt. Schließlich hatte sich durch **ZAHLREICHE SKANDALE UND OFFSHORE LEAKS** der öffentliche Wind gedreht.

Bereits zu Beginn der ablaufenden Legislaturperiode hat Schwarz-Gelb **GEWINNVERLAGERUNGEN INS AUSLAND WIEDER ERMÖGLICHT**, die die Große Koalition vorher gestrichen hatte. Das Steuerabkommen mit der Schweiz hätte die Schweiz auf Dauer zu einem sicheren Hafen für Steuerhinterzieher gemacht. Bis heute wird aus den Reihen von CDU/CSU und FDP gegen den **ANKAUF VON STEUER-CDS** polemisiert, obwohl auch unionsregierte Länder von ihm profitieren.

Stets hat die schwarz-gelbe Bundestagsmehrheit Anträge der SPD abgelehnt, in denen Wege und Instrumente einer wirksameren Bekämpfung von Steuerkriminalität und inakzeptabler Steuergestaltung aufgezeigt und gefordert wurden (zuletzt Bundestagsdrucksache 17/12819 vom 19. März 2013 – **AGGRESSIVE STEUERPLANUNG UND STEUERVERMEIDUNG INTERNATIONALER KONZERNE BEKÄMPFEN** – und Bundestagsdrucksache 17/13716 vom 4. Juni 2013 – **GLOBALE STEUERGESTALTUNG VERHINDERN – REGULIERUNGSSCHLUPFLÖCHER STOPFEN**). Insbesondere zu den nötigen Änderungen nationaler Gesetze, für die man nicht die Zustimmung der europäischen Partner braucht, war Schäuble nie bereit.

In verschiedenen Verfahren des Vermittlungsausschusses (z.B. zum Jahressteuergesetz 2013) ist es den Vertretern der SPD-Bundestagsfraktion zusammen mit den A-Ländern immerhin gelungen, von der Bundesregierung ins Auge gefasste Steuerschlupflöcher und Steuerumgebungsmöglichkeiten zu schließen bzw. gar nicht erst zuzulassen.

SCHWARZ-GELBE BANKEN- UND FINANZMARKTPOLITIK BLEIBT UNZUREICHEND

Deutschland war in den vergangenen Jahren kein Vorreiter in der Banken- und Finanzmarktregulierung. Schwarz-Gelb war bis zum Schluss zahm und nachgiebig gegenüber den Banken bzw. der Finanzbranche. Das Ergebnis: eine viel zu niedrige Bankenabgabe, ein Trennbankenmodell „light“ und ein Hochfrequenzhandelsgesetz, das zu wenig bewirkt.

Eines der zentralen Probleme der Finanz- und Staatsschuldenkrise in Europa hat die Regierung aus CDU/CSU und FDP nicht gelöst: Immer noch muss der Steuerzahler fürchten, auch weiterhin für Banken in der Krise zu zahlen. Um dieses Risiko zu minimieren, brauchen wir als Ergänzung zu einer schlagkräftigen **EUROPÄISCHEN BANKENAUFICHT** für die großen grenzüberschreitend tätigen Banken ein europäisches Abwicklungsregime einschließlich einer europäischen Abwicklungsbehörde und eines europäischen Bankenfonds. Im Krisenfall sind vorrangig Eigentümer und langfristige Fremdkapitalgeber an den Verlusten zu beteiligen.

Die Bundeskanzlerin hingegen hat die Möglichkeit eröffnet, unter erleichterten Bedingungen den ESM und damit die europäischen Steuerzahler zur direkten Bankenrekapitalisierung in Anspruch zu nehmen.

In zahlreichen Anträgen und Debattenbeiträgen zur Eurostabilisierung und Finanzmarktregulierung hat die SPD-Bundestagsfraktion ihre Alternativen präsentiert. Mit den Drucksachen 17/11878 und 17/12687 wurden zentrale Forderungen des Steinbrück-Papiers vom 25. September 2012 in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Mit großem Nachdruck setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion für die **EINFÜHRUNG EINER FINANZTRANSAKTIONSSTEUER** ein. Die Verhandlungen 2012 über die innerstaatliche Zustimmung zum Fiskalpakt durch Bundestag und Bundesrat haben wir dazu genutzt, Schwarz-Gelb zu einer Aufgabe ihrer umfassenden Blockadehaltung gegen die Finanztransaktionssteuer zu zwingen. Die Bundesregierung muss ihre Zusage gegenüber dem deutschen Parlament einhalten, die Finanztransaktionssteuer im Rahmen der **VERSTÄRKTEN ZUSAMMENARBEIT** in Europa durchzusetzen.

Im Antrag 17/10093 **REGULIERUNGSLÜCKEN AUF DEN WARENDEKONOMISCHEN MÄRKTEN SCHLIESSEN – FINANZSPEKULATION MIT ROHSTOFFEN UND NAHRUNGSMITTELN UNTERBINDEN** hat die SPD-Bundestagsfraktion ein für immer mehr Menschen weltweit immer existenzieller werdendes Thema aufgegriffen.



**SOZIALPOLITIK
DIE SOZIALE SPALTUNG BEKÄMPFEN.
FÜR GERECHTE TEILHABE.**

Sozialdemokratische Sozialpolitik ist Gesellschaftspolitik: Ihr Ziel ist es, Teilhabe an der Gesellschaft und individuelle Entfaltung zu erreichen. Wir wollen uns daher nicht darauf beschränken, Korrekturen an den Verteilungsergebnissen des Marktes vorzunehmen, indem Defizite durch Transferzahlungen zu korrigieren versucht werden. Eine **EMANZIPATORISCHE SOZIALPOLITIK** muss präventiv wirken und in die Strukturen der Gesellschaft eingreifen.

Den Sozialversicherungen kommt dabei in unserem Gesellschaftsverständnis eine besondere Bedeutung zu: Durch Beiträge werden Anwartschaften erworben. Dies macht deutlich, dass die Absicherung gegen die zentralen Risiken des Lebens eben keine Fürsorge ist, sondern ein Rechtsanspruch. Sozialversicherungen sind kollektiv organisierte Sicherheit. Bestrebungen, Leistungen der Sozialversicherungen einerseits bedingungslos zu gewähren, und andererseits nur eine Minimalabsicherung anzustreben, die durch private Vorsorge zu ergänzen ist, treten wir daher klar entgegen.

Im Mittelpunkt der sozialpolitischen Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion stand daher die Auseinandersetzung mit den schwarz-gelben Überlegungen im Bereich der **ALTERSSICHERUNG**. Anstatt die gesetzliche Rentenversicherung in ihrer Sicherungsfunktion zu stärken, indem Lücken in der Versicherungsbiografie durch Langzeitarbeitslosigkeit und Niedriglohnbeschäftigung geschlossen werden, hat die verantwortliche Bundessozialministerin Ursula von der Leyen zwei Referentenentwürfe für eine so genannte Zuschussrente vorgelegt, die aber selbst innerhalb der CDU/CSU-FDP-Koalition nicht durchsetzbar waren. Denn entgegen der öffentlichen Behauptung, für langjährig Versicherte eine Rente oberhalb des Niveaus der Grundsicherung im Alter zu erreichen, bestand der Kern dieser Überlegungen darin, Anreize für betriebliche und private Vorsorge zu schaffen: Nur diejenigen, die zusätzlich vorgesorgt haben, hätten davon profitiert. Die falschen Verteilungswirkungen, die unzulässige Vermengung von Prinzipien der Versicherung und der Fürsorge, die nicht akzeptablen Anspruchsvoraussetzungen (s.o.) und eine nicht angemessene Finanzierung durch die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler zeigen, Schwarz-Gelb hat sich von den Prinzipien der Lohn- und Beitragsbezogenheit in der Rente verabschiedet. Und auch bei einem anderen längst überfälligen Vorhaben, der besseren Absicherung von Selbstständigen, hat von der Leyen nicht die sozial- und arbeitsmarktpolitisch sinnvollste Lösung, nämlich die Einbeziehung in die Rentenversicherung, sondern eine Vorsorgepflicht vorgeschlagen: eine freiwillige Versicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung oder eine private Minimalabsicherung, die aufgrund der Einheitsbeiträge für Selbstständige mit niedrigem Einkommen trotzdem eine Überforderung darstellen könnte. Auch dieser Vorschlag konnte allerdings angesichts der Zersplittertheit der Koalition nicht umgesetzt werden.

Schwarz-Gelb hat die dank der guten Konjunktur hohen Beitragseinnahmen nicht dazu verwendet, die Rücklagen für die Rentenversicherung zu erhöhen, sondern wollte mit ihrer Absenkung des Beitragssatzes von 19,6% auf 18,9% zum 1. Januar 2013 den Versicherten in diesem Jahr ein kleines Wahlgeschenk geben, wohlwissend, dass dann zum Ende des Jahrzehnts ein schneller und kräftiger Beitragssatzanstieg notwendig sein wird. Die SPD-Bundestagsfraktion hat stattdessen mit dem **ENTWURF EINES GESETZES ÜBER DIE SCHAFFUNG EINES DEMOGRAFIE-FONDS IN DER GESETZLICHEN RENTENVERSICHERUNG ZUR STABILISIERUNG DER BEITRAGSSATZENTWICKLUNG** (Drs. 17/10775) versucht, eine nachhaltige Beitragssatzentwicklung durchzusetzen.

Eine wichtige Rolle in der Alterssicherungspolitik nimmt zudem immer noch die Frage der Rentenüberleitung bzw. die **SCHAFFUNG EINHEITLICHER RECHENGRÖßEN IN WEST UND OST** ein. Basierend auf einer Großen Anfrage im Jahr 2011 hat die SPD-Bundestagsfraktion den Antrag **EINSETZUNG EINER BUND-LÄNDER-ARBEITSGRUPPE ZUR VORBEREITUNG EINES RENTENÜBERLEITUNGSABSCHLUSSGESETZES UND ZUR EINRICHTUNG EINES HÄRTEFALLFONDS** (Drs. 17/6486) eingebracht, um offene Fragen der Rentenüberleitung abschließend zu klären und soziale Härten steuerfinanziert zu korrigieren. Als erster Schritt zur Vereinheitlichung der aktuellen Rentenwerte sollten zuerst die Beitragszeiten, die durch Steuermittel aufgebracht worden sind (z. B. Kindererziehungszeiten und Zeiten des Wehr- und Zivildienstes),

einheitlich mit dem westdeutschen Wert bewertet werden (Antrag *SOFORTIGE OST-WEST-ANGLEICHUNG VON PAUSCHAL BEWERTETEN VERSICHERUNGSZEITEN BEIM ERWERB VON ENTGELTPUNKTEN FÜR DIE RENTENVERSICHERUNG VORNEHMEN* Drs. 17/6487). Mit dem Antrag *STUFENPLAN ZUR ANGLEICHUNG DES RENTENSYSTEMS IN OST UND WEST JETZT AUF DEN WEG BRINGEN* (Drs. 17/13963) ist die Bundesregierung aufgefordert worden, einen Gesetzentwurf zu erarbeiten, der die vollständige Angleichung des aktuellen Rentenwerts (Ost) an den aktuellen Rentenwert in Stufen bis zum 1. Januar 2020 zum Ziel hat.

Die Sozialversicherungen werden flankiert durch *STEUERFINANZIERT LEISTUNGEN ZUR EXISTENZSICHERUNG*, die als „unterste Auffanglinie“ des Sozialstaats ein Mindestmaß an soziokultureller Teilhabe zu sichern haben. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Bemessung der Regelsätze im SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und im SGB XII (Sozialhilfe) war es zweifelsfrei, dass auch die Leistungen des *ASYLBEWERBERLEISTUNGSGESETZES* – die seit dessen Inkraft-Treten im Jahr 1993 nicht erhöht wurden – verfassungswidrig sind; in einer erneuten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes im Sommer 2012 hat sich diese Einschätzung des SPD-Bundestagsfraktion bestätigt. In dem Antrag *MENSCHENWÜRDIGE LEBENSBEDINGUNGEN FÜR ASYLBEWERBERINNEN SOWIE GEDULDETE SICHERSTELLEN – ASYLBEWERBERLEISTUNGSGESETZ REFORMIEREN* (Drs. 11674) werden daraus die Konsequenzen gezogen: Auch bei Beibehaltung des Asylbewerberleistungsgesetzes als eigenständiges Leistungsgesetz sind die Leistungshöhen an die verfassungsrechtlich gebotenen Vorgaben der Sicherung der soziokulturellen Teilhabe anzupassen. Zudem ist die entmündigende Versorgung mit Sachleistungen und die Unterbringung in Sammelunterkünften als Regelfall zu beenden. Die so genannte Residenzpflicht für Asylbewerberinnen und -bewerber und Geduldete soll aufgehoben und zwecks gerechter Kostenverteilung zwischen den Ländern wie auch den Kommunen auf eine Wohnsitzauflage beschränkt werden. Die Möglichkeiten des Zugangs zum Arbeitsmarkt sollen dahingehend stärker vereinheitlicht werden, dass die Erlaubnis zur Ausübung einer Beschäftigung zur Regel wird. Auch hier hat sich die Bundesregierung verweigert: Trotz der Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts ist kein Gesetzentwurf vorgelegt worden.

Die AG *VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT* der SPD-Bundestagsfraktion hat – ausgehend von dem 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundestagsfraktion – in dem Antrag *DIE NOTWENDIGEN POLITISCHEN KONSEQUENZEN AUS DER ARMUTS- UND REICHTUMSBERICHTERSTATTUNG ZIEHEN* (Drs. 17/13102) einerseits die methodischen Anforderungen an die zukünftige Berichterstattung formuliert und andererseits eine zusammenfassende Darstellung der wichtigsten sozial-, arbeitsmarkt-, steuer-, bildungs- und familienpolitischen Instrumente und Ziele vorgenommen, um Armut zu bekämpfen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

POLITIK FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich intensiv mit der Bedeutung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) für die Verfasstheit unserer Gesellschaft auseinandergesetzt und die Umsetzung der UN-BRK in den Mittelpunkt ihrer Arbeiten gerückt. Uns geht es darum, dass Menschen mit Behinderungen selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft sind, in allen Lebensbereichen. Inklusion von Anfang an, statt Exklusion und anschließend komplizierter Integration.

FÜR EINE KONSEQUENTE UMSETZUNG DER UN-BRK

Als erste politische Kraft im Bundestag hat die SPD-Bundestagsfraktion am 24. Mai 2011 ein Positionspapier *DIE UMSETZUNG DER UN-BEHINDERTENRECHTSKONVENTION – HERAUSFORDERUNG UND CHANCE FÜR EINE INKLUSIVE GESELLSCHAFT* beschlossen und eine umfassende Positionierung zur UN-Behindertenrechtskonvention vor-

gelegt. Auf Grundlage dieses Positionspapiers entstand der Generalantrag *UN-KONVENTION JETZT UMSETZEN – CHANCEN FÜR EINE INKLUSIVE GESELLSCHAFT NUTZEN* (Drs. 17/7942). Darin fordern wir, dass die deutschen Gesetze auf ihre Vereinbarkeit mit der UN-BRK überprüft werden und formulieren einen Katalog mit Maßnahmen der Gleichstellung und sozialer, kultureller und politischer Teilhabe, Assistenz und Mobilität, beruflicher und medizinischer Rehabilitation, konsequenter Umsetzung inklusiver Bildung sowie umfassender Barrierefreiheit.

Ferner setzen wir uns für das Konzept des *DISABILITY MAINSTREAMING* ein: Gesetze, die Menschen mit Behinderung betreffen, dürfen nicht ohne deren Beteiligung entstehen. Geprüft werden soll, welche Leistungen zur sozialen Teilhabe ganz oder teilweise einkommensunabhängig ausgestaltet werden können.

AUS DIESEM GENERALANTRAG SIND WEITERE ANTRÄGE ZU EINZELNEN SCHWERPUNKTTHEMEN ENTSTANDEN:

- für inklusive Bildung (Antrag *DAS MENSCHENRECHT AUF INKLUSIVE BILDUNG IN DEUTSCHLAND ENDLICH VERWIRKLICHEN*, Drs. 17/10117)
- für eine inklusive Arbeitswelt (Antrag *AUSGLEICHABGABE ERHÖHEN UND MENSCHEN MIT BEHINDERUNG FAIREN ZUGANG ZUM ARBEITSMARKT GEWÄHREN*, Drs. 17/9931)
- für barrierefreie Mobilität und barrierefreies Wohnen (Antrag *BARRIEREFREIE MOBILITÄT UND BARRIEREFREIES WOHNEN – VORAUSSETZUNGEN FÜR TEILHABE UND GLEICHBERECHTIGUNG*, Drs. 17/6295)
- für Inklusion und Barrierefreiheit im Kulturbereich (*KULTUR FÜR ALLE – FÜR EINEN GLEICHBERECHTIGTEN ZUGANG VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNG ZU KULTUR, INFORMATION UND KOMMUNIKATION*, Drs. 17/8485)
- für einen barrierefreien Tourismus (*BARRIEREFREIER TOURISMUS FÜR ALLE*, Drs. 17/5913) und barrierefreien Zugang zu Großveranstaltungen und Reisen (Antrag *BARRIEREFREIER ZUGANG ZU GROßVERANSTALTUNGEN UND REISEN*, Drs. 17/13550)
- für inklusive Entwicklungszusammenarbeit (Antrag *BEHINDERUNG UND ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT – BEHINDERTENRECHTSKONVENTION UMSETZEN UND ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT INKLUSIV GESTALTEN*, Drs. 17/8926)

Unser Antrag für Inklusion und Barrierefreiheit im Kulturbereich war zudem der erste Antrag, den eine Fraktion auch in leichter Sprache in den Bundestag eingebracht hat.

FÜR UMFASSENDE POLITISCHE TEILHABE VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Wir sind der Meinung, dass der Ausschluss vom *WAHLRECHT* von Menschen mit Behinderungen aufgrund einer Betreuung in allen Angelegenheiten und aufgrund der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus auf Anordnung nach dem Strafgesetzbuch bei Bundestagswahlen und Europawahlen einer dringenden politischen Neubewertung bedarf. Das aktive und passive Wahlrecht steht grundsätzlich jeder Bürgerin und jedem Bürger zu (Artikel 38 des Grundgesetzes). Nach dem Bundeswahlgesetz (BWahlG) und dem Europawahlgesetz (EuWG) sind allerdings all jene Menschen pauschal vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen, für die zur Besorgung aller ihrer Angelegenheiten ein Betreuer oder eine Betreuerin bestellt ist. Ebenfalls ausgeschlossen sind Menschen, die eine Straftat im Zustand der Schuldunfähigkeit begangen haben und aufgrund dessen in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht sind. Im Antrag *VERBESSERUNG DES WAHLRECHTS VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN UND ANALPHABETEN* (Drs. 17/12380) fordern wir, das zu ändern.

GUTE LEISTUNGEN MÜSSEN BEI ALLEN MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN ANKOMMEN

INTEGRATIONSFACHDIENSTE leisten wertvolle Arbeit für Menschen mit Behinderungen. Damit diese Leistungen auch bei den Menschen

ankommen können, haben wir im Jahr 2011 einen Antrag gestellt *AUSSCHREIBUNGSPFLICHT FÜR LEISTUNGEN DER INTEGRATIONSFACHDIENSTE STOPPEN – SICHERSTELLUNG VON QUALITÄT, TRANSPARENZ UND EFFIZIENZ* (Drs. 17/4847). *DARIN FORDERN WIR:*

- den Stopp der Ausschreibungspflicht für Leistungen der Integrationsfachdienste, welche durch vielfältige Hilfestellungen die Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben fördern und als Ansprechpartner für Arbeitgeber fungieren,
- einen generellen Ausschluss von Ausschreibungen im sozialen Bereich, falls dies angesichts der Besonderheit des Einzelfalles fachlich nicht vertretbar ist und
- dass dem Deutschen Bundestag regelmäßig ein Bericht über die Praxis der Vergabe im sozial- und arbeitsmarktpolitischen Bereich vorgelegt werden muss.

Eine Gruppe von Menschen, die in unserer Gesellschaft fast gar nicht wahrgenommen wird, sind **TAUBBLINDE MENSCHEN**. In unserem Antrag *TAUBBLINDHEIT ALS BEHINDERUNG EIGENER ART ANERKENNEN – MERKZEICHEN TAUBBLINDHEIT (TBL) EINFÜHREN* (Drs. 17/11676) fordern wir:

- Taubblindheit als Behinderung eigener Art anerkennen und das Merkzeichen Taubblindheit einführen,
- Paragraph 3 der Schwerbehindertenausweisverordnung deshalb um das eigenständige Merkzeichen „TBl“ (taubblind) zu ergänzen,
- dass die Förderung der Verständigung von taubblinden Menschen permanent und nicht nur anlassbezogen leistungsrechtlich abgesichert sein soll.
- Weitere Forderungen betreffen die Ausbildung von Taubblindenassistenten und Änderungen der Hilfsmittel-Richtlinie. Die Bundesregierung wird aufgefordert, entsprechende Initiativen zu ergreifen.



GESUNDHEIT
GEGEN ZWEIKLASSEN-MEDIZIN.
FÜR DIE BÜRGERVERSICHERUNG.

BÜRGERVERSICHERUNG

Der ehemalige Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler hatte bei Amtsantritt 2009 ein robustes Gesundheitssystem angekündigt, das besser und dabei definitiv nicht teurer werden sollte. Beitragserhöhungen erteilte er eine klare Absage. Es kam jedoch anders. Statt der angekündigten Gesundheitsversorgung, die laut schwarz-gelbem Koalitionsvertrag „von den Menschen her gedacht werden sollte“, folgte eine Gesundheitspolitik der Wohltaten für die Private Krankenversicherung, Teile der Ärzteschaft, Pharmakonzerne, Apotheker und andere Vertreter des eigenen Klientels. Abkassiert wurde für diese Geschenke im voraus: 2011 erhöhte die Bundesregierung den Beitragssatz für die gesetzliche Krankenversicherung um 0,6% auf 15,5%. Seitdem zahlen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner 8,2%, die Arbeitgeber 7,3%, wobei der Arbeitgeberanteil „eingefroren“ wurde. Das bedeutet: Alle künftigen Kostensteigerungen tragen die Versicherten über einkommensunabhängige Zusatzbeiträge alleine. Damit hat Schwarz-Gelb den Sozialvertrag der Gesundheitsversorgung aufgekündigt und seine Klientelgruppen zulasten der Solidargemeinschaft bedient.

Wir haben diesen Solidaritätsbruch der Bundesregierung scharf kritisiert und im Frühjahr 2011 unser Konzept der Bürgerversicherung weiterentwickelt und mit einem konkreten Finanzierungskonzept verbunden. Unser Ziel ist es, dass alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von Einkommen, Lebenslage oder Erwerbsstatus medizinisch gut versorgt sind und am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Dazu werden wir die Solidarität zwischen den hohen und den niedrigen Einkommen

stärken. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen die Lasten wieder paritätisch tragen, Kopfpauschalen werden abgeschafft.

PFLEGE

Das schwarz-gelbe Pflege-Neuaufrichtungs-Gesetz ist allenfalls ein „Pflegeremchen“. Kein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff, keine nachhaltige Finanzierung, keine bessere Entlohnung der Pflegekräfte, aber die Versicherungswirtschaft wurde mit einem Geschenk, der staatlich geförderten privaten Pflegezusatzversicherung, bedacht.

Während die Bundesregierung zwei Jahre untätig verstreichen ließ, haben wir uns in einem intensiven Diskussionsprozeß den vielfältigen Problemen im Pflegebereich gestellt und in unserem Antrag *FÜR EINE UMFASSENDE PFLEGEREFORM – PFLEGE ALS GESAMTGESELLSCHAFTLICHE AUFGABE STÄRKEN* (Drs. 17/ 9977) konkrete Lösungsvorschläge skizziert. Wir werden die unsinnige Trennung bei der Finanzierung zwischen privater und sozialer Pflegeversicherung aufheben und die Grundprinzipien des SPD-Bürgerversicherungsmodells auf die Pflegeversicherung übertragen. Damit wird auch auf der Finanzierungsseite ein gerechtes System geschaffen, das alle entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit einbezieht und die Lasten fair verteilt. Innerhalb der Bürgerversicherung wird ein gemeinsamer Ausgleichsmechanismus eingeführt, an dem alle gesetzlichen und privaten Pflegekassen teilnehmen. Darüber hinaus sprechen wir uns für eine Anhebung des Pflegeversicherungsbeitrags um etwa 0,5% aus. Dieses Geld wird dringend benötigt, um z. B. „gute Arbeit“ in der Pflege zu schaffen, den neuen Pflegebegriff umzusetzen, pflegende Angehörige besser zu unterstützen, kommunale Pflegeinfrastruktur zu stärken und die Pflegeberatung auszubauen.

MEHR SCHUTZ FÜR PATIENTINNEN UND PATIENTEN

Im Bereich der Medizinprodukte wurde deutlich, dass die Sicherheit der Patientinnen und Patienten die bestehenden gesetzlichen Regelungen nicht gewährleistet ist. So wurden z. B. fehlerhafte Brustimplantate oder Metallhüftgelenke eingesetzt und die Betroffenen damit großen Risiken und Belastungen ausgesetzt. Auch hier ließ die Bundesregierung die Patientinnen und Patienten im Regen stehen und drückte sich vor klaren gesetzlichen Rahmenbedingungen für diesen Bereich. Wir haben in unserem Antrag *MEHR SICHERHEIT BEI MEDIZINPRODUKTEN* (Drs.17/9932) aufgezeigt, wie die Sicherheit der Patientinnen und Patienten gewährleistet werden kann. Erforderlich sind unter anderem einheitliche amtliche Zulassungsverfahren, bessere Kontrollen, eine Pflicht zum Abschluss einer Haftpflichtversicherung für die Hersteller und eine Meldepflicht beim Auftreten von Problemen. Ein Beispiel, das aufzeigt, wie wichtig es ist, **PATIENTINNEN UND PATIENTEN UMFASSEND ZU SCHÜTZEN UND IHRE RECHTE ZU STÄRKEN**. Die Bundesregierung sah hier kaum Handlungsbedarf. Mehr als zweieinhalb Jahre gingen ins Land bis endlich im Mai 2012 ein Entwurf für ein Patientenrechtegesetz vom Bundeskabinett beschlossen wurde. Entgegen der Ankündigungen vonseiten der Koalition fehlen wesentliche Regelungen zum Schutz von Patientinnen und Patienten wie die Einrichtung eines Entschädigungsfonds, Regelungen zur Sicherstellung einer ausreichenden ärztlichen Haftpflichtversicherung und zur besseren Aufklärung der Patienten bei individuellen Gesundheitsleistungen. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte bereits im März 2010 einen Antrag *FÜR EIN MODERNES PATIENTENRECHTEGESETZ* eingebracht und die bestehenden Forderungen um weitere Punkte mit der Vorlage des Antrags *PATIENTENRECHTE WIRKSAM VERBESSERN* (Drs. 17/11008) ergänzt. Wesentlicher Bestandteil dieses Antrags ist die Auflegung eines Härtefallfonds, damit Patienten z. B. nach einem Behandlungsschaden auch entschädigt werden können, wenn der sichere Nachweis der Schadensursache oder des Verschuldens fehlt oder sie aus sozialen Gründen finanzielle Hilfe

benötigen. Zu einem späteren Zeitpunkt soll dieser Fonds alle betroffenen Patienten unterstützen, egal in welcher Einrichtung oder von welchem Gesundheitsberuf sie behandelt wurden. Die **BESSERE AUFLÄRUNG UND ABSICHERUNG DER PATIENTINNEN UND PATIENTEN BEI INDIVIDUELLEN GESUNDHEITSLEISTUNGEN HABEN WIR IN EINEM EIGENEN ANTRAG – INDIVIDUELLE GESUNDHEITSLEISTUNGEN EINDÄMMEN** (Drs. 17/9061) – thematisiert.

PRÄVENTION UND GESUNDHEITSFÖRDERUNG

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Prävention und Gesundheitsförderung seit langem ein zentrales gesundheitspolitisches Anliegen. Bereits im Jahr 2005 hatte das von Ulla Schmidt geführte Gesundheitsministerium dazu einen Gesetzentwurf vorgelegt, der jedoch am Widerstand der unionsgeführten Bundesländer gescheitert ist. Auch in der Großen Koalition verweigerten sich CDU und CSU dem gesetzlichen Handlungsbedarf. In der laufenden Legislaturperiode legte Schwarz-Gelb nach dreieinhalb Jahren Wartezeit in Sachen Prävention einen Präventionsgesetzentwurf vor, der nichts weiter ist als heiße Luft. Das ist mehr als fahrlässig, denn immer mehr Menschen leiden unter weitgehend vermeidbaren Krankheiten wie Diabetes oder Rückenschmerzen. Die Krankenkassen wenden erhebliche Mittel für die Versorgung chronisch kranker Menschen auf, obwohl viele chronische Krankheiten durch Prävention positiv beeinflussbar sind.

Wir haben mit unserem Antrag **POTENZIALE DER PRÄVENTION ERKENNEN UND NUTZEN – PRÄVENTION UND GESUNDHEITSFÖRDERUNG ÜBER DIE GESAMTE LEBENSSPANNE STÄRKEN** (Drs. 17/5384) erneut Vorschläge für einen eigenständigen Ausbau von Prävention und Gesundheitsförderung neben Behandlung, Rehabilitation und Pflege vorgelegt. Prävention und Gesundheitsförderung muss außerdem als Aufgabe verbindlich für alle Sozialversicherungszweige gesetzlich geregelt werden. Alle gesetzlichen Sozialversicherungsträger müssen ihre Präventionsleistungen an einheitlichen Zielen und Qualitätskriterien ausrichten und mit Beteiligung der Länder und Kommunen verbindlich untereinander abstimmen. Um möglichst viele Menschen zu erreichen, muss Prävention und Gesundheitsförderung zielgruppenorientiert im direkten Lebensumfeld der Menschen, d.h. in Kindergärten und Schulen, in Sportvereinen, in den Betrieben, in Senioreneinrichtungen verankert werden. Kompetenzen sind zu bündeln. Gesundheit zu fördern, Krankheiten zu verhindern, Pflegebedürftigkeit und Frühverrentung zu vermeiden und Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten, ist nicht nur für jeden Einzelnen als Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe wichtig. Das ist auch vorausschauende und nachhaltige Gesundheitspolitik.

KINDERGESUNDHEIT FÖRDERN

Auch die Kindergesundheit war für CDU/CSU und FDP kein gesundheitspolitisches Thema. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich dagegen in dieser Legislaturperiode mit verschiedenen parlamentarischen Initiativen für Verbesserungen bei der medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen eingesetzt und zuletzt in dem Antrag **KINDER- UND JUGENDGESUNDHEIT: UNGLEICHHEITEN BESEITIGEN – VERSORGUNGLÜCKEN SCHLIEßEN** (Drs. 17/9059) die Herausforderungen und Antworten einer modernen Kindergesundheitspolitik ausführlich beschrieben. Besonders wichtig ist uns, dass Kindergesundheit endlich als nationale Aufgabe begriffen und ein umfassendes Versorgungskonzept vorgelegt wird. Wir wollen Kinderärztinnen und -ärzte als Erstversorger stärken und sie besser in die hausarztzentrierte Versorgung einbinden. Die strukturierten Behandlungsprogramme müssen an das veränderte Krankheitspektrum angepasst und ausgeweitet werden. Die bestehenden Regelungen zur Hospiz- und Palliativversorgung von Kindern und Jugendlichen müssen konsequenter umgesetzt werden. Und wir

halten verpflichtende pädiatrische Fortbildungen in der Versorgung für sehr sinnvoll. Auch für die Kindergesundheit müssen nationale Gesundheitsziele formuliert werden. Im Rahmen einer nationalen Präventionsstrategie wollen wir sämtliche Akteure zusammenbringen, um eine Gesundheitsförderung über die gesamte Lebensspanne vom Kindes- und Jugendalter an zu erreichen.

KONZEPT ZUR KRANKENHAUSREFORM

Patientinnen und Patienten in Krankenhäusern brauchen gute Pflege. Pflegekräfte brauchen Arbeitsbedingungen, die ihnen gute Pflege ermöglichen. Für eine gute medizinische Versorgung der Patientinnen und Patienten und für gute Arbeit in der Medizin ist die Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft der Krankenhäuser eine entscheidende Voraussetzung. Es ist bedauerlich, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung wesentliche Reformschritte, die mit dem Krankenhausfinanzierungsreformgesetz 2009 maßgeblich von der SPD-Bundestagsfraktion in der Großen Koalition auf den Weg gebracht worden sind, wieder ausgesetzt und den laufenden Reformprozess unterbrochen hat. Der von der schwarz-gelben Bundesregierung im vergangenen Jahr verspätet eingeführte Kostenorientierungswert wirkt im Jahr 2013 nicht und der anteilige Tarifaussgleich für 2012 war ein Tropfen auf den heißen Stein. Mit immer neuen kurzfristigen finanzielle Hilfenmaßnahmen – so notwendig sie für einzelne Häuser sein mögen – verschiebt sie die Lösung der Probleme.

Eine am Wohl der Patientinnen und Patienten orientierte wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser hängt von verschiedenen Faktoren ab. Dazu gehört die ständige Weiterentwicklung des DRG-Fallpauschalensystems und die Frage der Investitionskostenfinanzierung ebenso, wie die konsequente Verbesserung der Qualitätsmessung und Qualitätssicherung. Zukünftig soll sich nicht die Menge, sondern die Qualität der Leistung für Krankenhäuser wirtschaftlich lohnen. Um hier voranzukommen, bedarf es eines Gesamtkonzeptes, wie es die SPD-Bundestagsfraktion mit ihrem **KONZEPT ZUR KRANKENHAUSREFORM UND ZUR VERBESSERUNG DER ARBEITSBEDINGUNGEN IN DER PFLEGE** ■ www.spdfraktion.de/sites/default/files/web_06_2013_krankenhausreform.pdf in den wesentlichen Schwerpunkten beschrieben hat.

SICHERSTELLUNG EINER GUTEN FLÄCHENDECKENDEN MEDIZINISCHEN VERSORGUNG

Es ist keine Neuigkeit, dass die medizinische Versorgung in Deutschland ungleich verteilt ist. Einer Überversorgung in den Ballungsräumen steht eine Unterversorgung in strukturschwachen Regionen gegenüber. Diese Schere geht immer weiter auseinander, weil CDU/CSU und FDP seit Jahren wirksame Gegenmaßnahmen verhindern, um ihr Klientel zu schonen. So wurde z.B. die in der Großen Koalition beschlossene bundesweite Angleichung der Ärzteonorare von der jetzigen Bundesregierung rückgängig gemacht, um regionale Interessen insbesondere der bayerischen Ärzteschaft zu bedienen. Auch dies ist wieder ein Beleg dafür, dass für Schwarz-Gelb nicht die medizinische Versorgung der Menschen im Mittelpunkt des politischen Handelns steht.

Die Arbeitsgruppe Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion hat ein umfangreiches Positionspapier für ein Versorgungsgesetz **ENTSCHEIDEND IST DIE PATIENTENPERSPEKTIVE** erstellt, das unsere Vorschläge für eine gute flächendeckende medizinische Versorgung zusammengefasst. Hierzu gehören unter anderem Regelungen zum Abbau von Überversorgung, eine einheitliche Vergütung für die ambulante Versorgung von gesetzlich und privat Krankenversicherten, eine bessere Vernetzung von stationärer und ambulanter Versorgung, eine Stärkung der Hausärzte, aber auch Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Ärztinnen und Ärzte.



UMWELT, LANDWIRTSCHAFT, VERBRAUCHERSCHUTZ
**FÜR DEN NACHHALTIGEN UMBAU
DER INDUSTRIEGESELLSCHAFT.**

KLIMASCHUTZ

Deutschlands soll wieder Vorreiter im Klimaschutz werden. Dazu muss u.a. der **CO₂-EMISSIONSHANDEL** wiederbelebt werden. Dazu haben wir die Regierung in einer Vielzahl an Anfragen und Anträgen gestellt. Unsere Richtung ist klar: Ein mit allen Akteuren abgestimmter Entwicklungspfad soll die Energieversorgung kostengünstig und effizient in die CO₂-freie Ära führen.

KREISLAUFWIRTSCHAFT GESTÄRKT – ROSINENPICKEREI VERHINDERT

Endliche natürliche Ressourcen und stetig steigende Rohstoffpreise erfordern die Weiterentwicklung der Abfallwirtschaft zu einer echten Kreislaufwirtschaft. Auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion ist im neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz geregelt, dass die Sammlung von Haushaltsabfällen auch weiter unter die Zuständigkeit der Kommunen fällt. FDP und private Entsorger wollten eine Ausweitung der gewerblichen Sammlung. Produktverantwortung ist ebenso unerlässlich: Wir sind für die Rücknahme von Elektrokleingeräten und Energiesparlampen eingetreten, um eine umweltverträgliche Entsorgung zu sichern.

FRACKING-MORATORIUM

Die Bundesregierung hat es in drei Jahren nicht geschafft, einen Regelungsrahmen zum Thema Erdgas-Fracking vorzulegen. Wir haben dazu Vorschläge einschließlich eines Moratoriums vorgelegt.

ELBE-KONZEPT

In einem Gesamtkonzept zum Flusssystem der Elbe haben wir Schifffahrt bei ökologischer Aufwertung des gesamten Flussgebietes gefordert. Nur so ist langfristig ein gesellschaftlicher Konsens im Umgang mit der Elbe garantiert.

WILDTIERHANDEL EINSCHRÄNKEN

Wir haben vorgeschlagen, den Import von Wildfängen aus Entwicklungs- oder Schwellenländern für die private Tierhaltung einzuschränken – vor allem bei stark bedrohten Arten und gefährlichen Tieren. Die Haltung von nachweislich gezüchteten Wildtieren soll davon unberührt bleiben.

ASSE II RÄUMEN

Auf unsere Initiative hin ist ein parteiübergreifendes Gesetz zur Verkürzung von Genehmigungsverfahren entstanden, um die radioaktiven Abfälle aus dem einsturzgefährdeten Bergwerk bergen zu können.

ENDLAGERSUCHE BEGINNT

ENDLAGERSUCHE OHNE VORFESTLEGUNG AUF GORLEBEN bei breiter Beteiligung der Öffentlichkeit und vorheriger Festlegung von Endlagerkriterien – die Weichen für eine ergebnisoffene Endlagersuche sind gestellt.

EUROPÄISCHE UND NATIONALE AGRARPOLITIK NACHHALTIG GESTALTEN

Ab 2014 wird die europäische Agrarpolitik neu ausgerichtet. Wir haben in mehreren Initiativen unsere Vorschläge skizziert. Um die Entwicklung der ländlichen Räume im demografischen Wandel voranzubringen, benötigen wir eine integrierte Förderpolitik. Agrarpolitik muss enger mit Regional-, Kohäsions- und Sozialpolitik verzahnt werden, um vorhandene Finanzmittel optimal einzusetzen. Das haben wir in dem Antrag **GUTES LEBEN, GUTE INNOVATIONEN, GUTE ARBEIT – POLITIK FÜR LÄNDLICHE RÄUME EFFEKTIV UND EFFIZIENT GESTALTEN** dargelegt.

Die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe muss konsequent auf Klimaschutz und tiergerechte Tierhaltung abzielen. Bei der Novelle des Tierschutzgesetzes haben wir gute Änderungsvorschläge eingebracht.

Einsatz von Antibiotika muss drastisch gesenkt werden. In die Novelle des Arzneimittelrechtes sind unsere Forderungen nach besserer Transparenz und Rückverfolgbarkeit sowie ein verbindliches Monitoring eingeflossen. Bei der Novelle des Baugesetzbuches haben wir frühzeitig **KLARE REGELUNGEN FÜR INTENSIVTIERHALTUNG** gefordert. In Zukunft haben Kommunen mehr Gestaltungsoptionen bei Ansiedlung großer Intensivtierhaltungsanlagen. Wir wollen die ökologisch bewirtschafteten Flächen in Deutschland ausweiten und sprechen uns für eine verlässliche Finanzierung von Extensivierungs-, Umstellungs- und Beibehaltungsprämien aus.

VERBRAUCHERPOLITIK

Im Strategiepapier **FÜR GUTE VERBRAUCHERPOLITIK SORGEN – LEITLINIEN FÜR EINE SOZIALDEMOKRATISCHE VERBRAUCHERPOLITIK** haben wir Maßstäbe in der verbraucherpolitischen Debatte gesetzt. Wirksame Verbraucherpolitik muss von einem realistischen Verbraucherbild ausgehen. Hinweise auf den „mündigen Verbraucher“ und immer mehr Verbraucherinformationen werden dem Alltag nicht gerecht. Kein Verbraucher kann und weiß alles. Gesunder Menschenverstand muss ausreichen, um sicher und bewusst einzukaufen. Dazu ist ein intelligenter Mix an staatlichen Leitplanken, verständlichen Verbraucherinformationen, guten Beratungsangeboten und funktionierenden Institutionen erforderlich.

Auf unserem Kongress **VERBRAUCHER STÄRKEN – MARKTWÄCHTER EINFÜHREN** haben wir im November 2012 Konzepte zur Stärkung der Verbraucherververtretung erörtert. Wir wollen die Verbraucherzentralen in den Bereichen **FINANZMARKT, ENERGIE, GESUNDHEIT, DIGITALE WELT** und **LEBENSMITTEL** zu einem Frühwarnsystem ausbauen.

Viel hilft nicht immer viel: Mit einem **VERBRAUCHER-CHECK** wollen wir verbraucherpolitische Maßnahmen daraufhin überprüfen, ob sie wirken. Dazu gehört eine Nährwertkennzeichnung durch Ampelfarben, ein Kontrollbarometer an Restauranttüren, verständliche Produktinformationsblätter für Finanzprodukte, eine ehrliche Lebensmittelkennzeichnung, die Offenlegung von Umwelt- und Sozialbedingungen durch Unternehmen und ein Auskunftsrecht gegenüber Behörden.



BILDUNG
**GEGEN PRIVATISIERUNG VON BILDUNG.
FÜR CHANCENGLEICHHEIT.**

Die Bundesregierung hat eine „Bildungsrepublik“ versprochen – und ihr Wort nicht gehalten! Denn noch immer hängt bei uns der Bildungserfolg so stark wie in keinem anderen vergleichbaren Land von der sozialen Herkunft ab. Wer im „falschen“ Elternhaus zur Welt kommt, bezahlt das mit schlechteren Chancen – ein Leben lang. Das ist ein Skandal! Die Bundesregierung ist jede Initiative schuldig geblieben, um hier endlich Abhilfe zu schaffen.

Im Gegenteil: Sie verschärft noch die soziale Spaltung. Ein Beispiel hierfür ist ihr Nationales Stipendienprogramm. Für diese Förderung von wenigen hat sich die ehemalige Ministerin Schavan leidenschaftlich eingesetzt. Für die vielen, die vom BAföG profitieren, hatte sie nur eine kleine Alibierhöhung übrig. Der dringend notwendige weitere **AUSBAU DER GANZTAGSSCHULEN BLIEB AUF DER STRECKE!**

Für uns ist Bildung ein Grundrecht. Unser Ziel ist, dass jeder Mensch entsprechend seiner Fähigkeiten gefördert wird und seine Talente entwickeln kann. Dazu wollen wir ein leistungsfähiges, gerechtes und inklusives Bildungssystem schaffen, das alle mitnimmt und (immer wieder) Chancen eröffnet.

BILDUNG STÄRKEN DURCH BESSERE ZUSAMMENARBEIT UND FINANZIERUNG

Gute Bildung braucht gute Kitas, Schulen, Berufsschulen wie Hochschulen. Um das zu erreichen, brauchen wir mehr Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden. Wir wollen deshalb das **KOOPERATIONSVERBOT IM GRUNDGESETZ FÜR ALLE BILDUNGSBEREICHE ABSCHAFFEN** und bis 2015 über alle Sektoren mindestens 7 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Bildung aufwenden.

Dazu haben wir einen Verfassungsvorschlag für einen neuen Bildungskoooperationsartikel 104c vorgelegt. Außerdem haben wir in einem **NATIONALEN PAKT FÜR BILDUNG UND ENTSCULDUNG** einen realistischen Weg aufgezeigt, wie jährlich rund 20 Mrd. Euro zusätzlich in Bildung investiert werden können, je 10 Mrd. Euro vom Bund und von den Ländern. Bildung ist der Hauptgrund, weshalb die SPD für mehr Verteilungsgerechtigkeit und höhere Einnahmen durch Steuern eintritt. CDU/CSU und FDP hingegen lehnen alles ab. Aber ohne Aufhebung des Kooperationsverbots und ohne einen finanziellen Kraftakt kommen wir in der Bildungspolitik nicht voran! Dann wird der Bildungserfolg eines Kindes weiter vom Einkommen und Status seiner Eltern abhängig bleiben.

AUFSTIEG DURCH BILDUNG – GUTE GANZTAGSSCHULEN MACHEN'S MÖGLICH!

Ganztagschulen sind ein entscheidender Schlüssel für Chancengleichheit. Denn hier können alle Kinder und Jugendlichen individuell gefördert werden. Deshalb wollen wir, dass jede Schülerin und jeder Schüler – in Berlin genauso wie im Bayerischen Wald – eine Ganztagschule besuchen kann, wenn sie den Wunsch haben. Dazu wollen wir ein zweites Ganztagschulprogramm auflegen. Bis 2020 soll ein flächendeckendes Angebot guter Ganztagschulen geschaffen werden. Acht Milliarden Euro Bundesmittel wollen wir hierfür in den ersten vier Jahren bereit stellen – vier Milliarden sollen in den Ausbau fließen, vier Milliarden wollen wir in bessere Qualität investieren.

BERUFAUSBILDUNG MODERNISIEREN

Eine gute Berufsausbildung ist der Schlüssel für ein eigenständiges Leben und Teilhabe. Doch viel zu viele junge Menschen haben Probleme beim Einstieg ins Berufsleben. Jährlich erhalten 80.000 keinen Ausbildungsplatz, 260.000 befinden sich nach der Schule erstmal in Warteschleifen, statt eine Ausbildung zu bekommen. Damit muss Schluss sein. Deshalb fordern wir Reformen in der betrieblichen Berufsausbildung.

■ Ausbildungsgarantie statt Warteschleifen

Wir wollen das Übergangssystem radikal umbauen. Der Schwerpunkt soll auf die Vermittlung in Ausbildung und betriebliche Einstiegsqualifizierung gelegt werden. Eine Ausbildungsgarantie soll allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz sichern. Die Verantwortung für die Fördermaßnahmen und die Ausbildungsvermittlung sollen in einem Ministerium gebündelt werden.

■ Mehr Ausbildungsbetriebe

Trotz des drohenden Fachkräftemangels ist der Anteil der ausbildenden Betriebe weiter gesunken: Nur noch jeder fünfte Betrieb bildet aus. Diese Entwicklung ist beunruhigend! Wir wollen den Ausbildungspakt neu ausrichten und die Ausbildungsbetriebs-

quote auf 30 % erhöhen. Ein wichtiger Schritt ist die Einführung von Branchen- und Qualifizierungsfonds gemeinsam mit den Tarifpartnern.

■ Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung

Wir wollen den Zugang von beruflich Qualifizierten zum Hochschulstudium weiter verbessern und ihnen eine Aufstiegsförderung bieten. Aber auch in umgekehrter Richtung sollen die Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit von Bildungswegen verbessert werden. Dazu wollen wir duale Ausbildungsgänge stärken, die eine berufliche und eine akademische Ausbildung verknüpfen – etwa in Kooperation von Unternehmen mit akademischen Einrichtungen.

AN MODERNEN HOCHSCHULEN DAS RECHT AUF BILDUNG FÜR ALLE VERWIRKLICHEN

Die hochschulpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung sind unzureichend oder zeigen eine fatale Akzentverschiebung hin zur Elitenförderung. Wir wollen hingegen das Recht auf Bildung für alle verwirklichen. Dazu gehört, Hochschulen für alle Studienwilligen offen zu halten, die Aufnahme eines Studiums nicht am knappen Geldbeutel der Eltern scheitern zu lassen und gute Studienbedingungen für alle Studierenden sicherzustellen.

Ein gutes Studium für alle Studierenden zu ermöglichen – das ist unser wichtigstes Ziel. Die gestiegenen Studierendenzahlen sind ein Erfolg. Wir wollen durch eine Ausweitung des Hochschulpakts die zunehmende Studiennachfrage anerkennen und Hochschulen dabei helfen, ihr Studienangebot deutlich auszubauen. Es geht auch darum, mehr und bedarfsdeckend Master-Studienplätze zu schaffen. Parallel wollen wir die Qualität der Lehre verbessern und den Pakt **GUTE LEHRE** weiterentwickeln.

Zu einem guten Studium gehört auch eine gute soziale Infrastruktur an Hochschulen. Wir wollen das Angebot an günstigem studentischen Wohnraum, Beratungsmöglichkeiten und Mensen bedarfsgerecht ausbauen. In Zukunft müssen außerdem die Probleme von Studierenden mit Kindern besser berücksichtigt und Kinderbetreuungsangebote an Hochschulen erweitert werden.

GEBÜHRENFREIHEIT UND STARKES BAFÖG FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT

Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deshalb setzen wir auf Gebührenfreiheit von der Kita bis zu Hochschule.

Das wichtigste Instrument für mehr soziale Chancengleichheit in der Hochschulbildung ist das Bafög, das wir bedarfsgerecht weiterentwickeln und für Schüler stärken wollen. Das Deutschlandstipendium leistet keinen Beitrag zur sozialen Chancengleichheit. Deshalb wollen wir es auslaufen lassen.

TEILHABE DURCH (WEITER-)BILDUNG EIN LEBEN LANG

Der Anspruch auf gesellschaftliche Teilhabe hat keine Altersgrenze. Bildung ist immer ein hervorragender Weg, um individuelle Lebensperspektiven, eigenverantwortliche Lebensführung und gesellschaftliche Vorteile miteinander zu verbinden. Deshalb wollen wir im Rahmen einer neuen Arbeitsversicherung einen **RECHTSANSPRUCH AUF WEITERBILDUNG** einführen, der den Bürgerinnen und Bürgern eine flächendeckende gute Beratung, abgesicherte Freistellungsphasen und eine angemessene Förderung garantiert. Darüber hinaus wollen wir die Tarifpartner unterstützen, tarifliche Weiterbildungsvereinbarungen zu treffen und mit Weiterbildungsfonds abzusichern.



**FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND
GEGEN DISKRIMINIERUNG.
FÜR GLEICHSTELLUNG.**

Keine verbindliche Geschlechterquote, keine Initiative zur Forcierung des Kitaausbaus, kein Aktionsplan gegen Kinder- und Familienarmut – Familienministerin Schröder fehlte es an Ideen für eine moderne Gesellschaftspolitik, an Engagement und an Durchsetzungskraft. Die Leidtragenden sind Familien und Frauen.

Die Zeit ist reif für verbindliche gleichstellungspolitische Regelung: für eine Geschlechterquote in wirtschaftlichen Entscheidungsgremien, für ein Gesetz zur Durchsetzung von Entgeltgleichheit. Dafür gibt es eine wachsende gesellschaftliche Unterstützung. Das zeigen Initiativen wie pro quote oder die Berliner Erklärung. Auch die EU hat das Thema aufgegriffen und eine verbindliche Quotenregelung vorgelegt. Doch die Bundesregierung ficht das nicht an. Sie hat sogar dem Kompromissgesetzentwurf, den der Bundesrat beschlossen und der auch die Zustimmung von CDU-regierten Ländern bekommen hatte, ihre Zustimmung verweigert. Die Regierung Merkel verspielt so bessere Chancen für Frauen.

Gerade vor dem Hintergrund knapper finanzieller Mittel brauchen Kinder und ihre Eltern jetzt eine starke Anwältin für ihre Interessen. Nötig gewesen wäre ein Einsatz der Ministerin für bessere Bildung und Betreuung, für mehr Partnerschaftlichkeit beim Elterngeld, für gezielte Vermeidung von Kinder- und Familienarmut, für eine Vereinbarkeit von Familie und Pflege, die nicht einseitig zulasten der pflegenden Familienangehörigen geht. Vor allem beim Kitaausbau hätte Schröder die Zügel in die Hand nehmen müssen. Der weitere quantitative und vor allem qualitative Ausbau von Kitas und Kindertagespflege kann nur gelingen, wenn Bund, Länder und Kommunen gemeinsam an einem Strang ziehen und den Ausbau als nationale Aufgabe begreifen. Doch die Bundesregierung bleibt auch hier jede Initiative schuldig. Schröder verweigert sich bis heute einem Krippengipfel und ist ein großspurig angekündigtes Qualitätsgesetz schuldig geblieben. Mehr Mittel für den Kitaausbau mussten die Länder gegen den Widerstand der Bundesregierung in den Fiskalpaktverhandlungen durchsetzen.

**GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN:
DIE ZEIT IST REIF FÜR QUOTEN UND GESETZE!**

Die Vereinbarung zur Chancengleichheit von Frauen im Erwerbsleben, auf die sich die Bundesregierung vor mehr als zehn Jahren mit der Wirtschaft im guten Glauben eingelassen hat, ist gescheitert. Immer noch sitzen auf den Chefesseln fast nur Männer, immer noch bekommen Männer das ganze Gehalt, Frauen nur Dreiviertel davon, immer noch ist ausgerechnet die prekäre Beschäftigung eine Frauendomäne. Wir wollen tatsächliche Gleichstellung nicht auf den Sanktnimmerleinstag verschieben. Deshalb haben wir eine ganze Palette von gesetzlichen Maßnahmen entwickelt, mit denen wir den Stillstand endlich überwinden wollen:

■ **FRAUEN VERDIENEN DAS GLEICHE.** Damit das Realität wird, haben wir ein Entgeltgleichheitsgesetz in den Bundestag eingebracht. Es ist gescheitert am Widerstand der Koalition.

■ **FRAUEN SOLLEN OBEN ANKOMMEN.** Dafür haben wir Gesetz vorgelegt, das einen Anteil von mindestens 40% für Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen vorschreibt. Auch das scheiterte am Widerstand der Koalition.

■ **FRAUEN BRAUCHEN GUTE ARBEIT.** Deshalb setzen wir auf einen gesetzlichen Mindestlohn. Damit Teilzeitarbeit nicht zum Karrierekiller wird, wollen wir sie aufwerten und mit dem Recht auf Rückkehr in Vollzeitätigkeit ausstatten. Schließlich wollen wir Verbesserungen bei den Minijobs erreichen.

**FRÜHKINDLICHE BILDUNG UND BETREUUNG:
KITA-AUSBAU VORANTREIBEN, QUALITÄT VERBESSERN**

Der **RECHTSANSPRUCH AUF EINEN PLATZ IN KITA ODER KINDERTAGESPFLEGE** ist am 1. August 2013 in Kraft getreten. Aufgrund des großen Engagements von Länder und Kommunen, die beim Ausbau Enormes geleistet haben, bekommen die allermeisten Eltern einen Platz für ihr Kind. Doch das ist kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen.

Der Ausbau muss weitergehen. Denn die Nachfrage der Eltern nach frühkindlicher Bildung und Betreuung steigt weiter. Außerdem wollen wir den bestehenden Rechtsanspruch zu einem Anspruch auf einen Ganztagsanspruch erweitern. Darüber hinaus müssen wir die Qualität von Kitas und Kindertagespflege weiterentwickeln. Und last but not least geht es uns darum, schrittweise für Gebührenfreiheit zu sorgen.

Mit dem **BETREUUNGSGELD** hat die Bundesregierung die Weichen völlig falsch gestellt. Das Betreuungsgeld verhindert bessere Bildung, mehr Integration und Gleichstellung. Es kostet mittelfristig Milliarden – Gelder, die für den überfälligen Ausbau der frühkindlichen Bildung verloren sind. Wir wollen das Betreuungsgeld deshalb wieder abschaffen und die Mittel vollständig für den Kitaausbau zur Verfügung stellen.

PARTNERSCHAFTLICHKEIT BEIM ELTERNGELD STÄRKEN

Das Elterngeld ist bei dieser Bundesregierung in keinen guten Händen. Erst wird die Weiterentwicklung auf Eis gelegt, dann erfolgen Kürzungen und gänzliche Streichung ausgerechnet bei den Langzeitarbeitslosen. Das ist fatal, hat sich das Elterngeld doch bewährt. Es schafft für junge Familien im Jahr nach der Geburt einen wichtigen Schonraum und signalisiert den Müttern, bald wieder in den Beruf zurückkehren zu können. Außerdem hat es vor allem junge Väter zum Umdenken gebracht. Mehr als 25% von ihnen nehmen mittlerweile die Partnermonate in Anspruch. Das stärkt die partnerschaftliche Arbeitsteilung von Frauen und Männern und verhilft den Kindern zu ihren Vätern. Deshalb halten wir am Elterngeld fest und wollen es weiterentwickeln. Dazu gehört, die unsozialen Kürzungen zurückzunehmen und das Erfolgsmodell Partnermonate weiter zu modernisieren.

KINDER- UND FAMILIENARMUT ÜBERWINDEN

Wir wollen Kinder- und Familienarmut mit einem Maßnahmenmix wirkungsvoll bekämpfen. Dazu zählen der weitere Ausbau von Kitas und Ganztagschulen und ein **NEUES KINDERGELD**, das für mehr Gerechtigkeit in der Familienförderung sorgt. Schließlich wollen wir eine familienfreundliche Arbeitswelt schaffen, einen intakten Arbeitsmarkt herstellen und vor allem einen gesetzlichen Mindestlohn einführen. Alleinerziehende wollen wir besonders unterstützen, weil sie von Armut überproportional betroffen sind. Die Bekämpfung von Kinderarmut spielt bei dieser Bundesregierung keine große Rolle. Die Weiterentwicklung des Kinderzuschlags ist auf Eis gelegt, der gesetzliche Mindestlohn hat keine Aussicht auf Verwirklichung.

KINDER STARK MACHEN

Das Bewusstsein für die Rechte von Kindern und Jugendlichen ist glücklicherweise gestiegen. Das verdanken wir vor allem der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention 1992 und dem 2000 festgeschriebenen Recht auf gewaltfreie Erziehung im Bürgerlichen Gesetzbuch.

Dennoch bleibt noch viel zu tun. Das zeigen die bekannt gewordenen Missbrauchsfälle. Die Einrichtung eines Runden Tisches war daher ein wichtiger Schritt. Allerdings sind wir über die unzureichende Umsetzung der Empfehlungen des Runden Tisches enttäuscht. Wir setzen uns für ein ressortübergreifendes Konzept ein. Damit soll die Umsetzung beschleunigt, Beratungsangebote ausgebaut werden.

Um die Rechte von Kindern noch weiter zu stärken, wollen wir die **KINDERRECHTE EXPLIZIT INS GRUNDGESETZ** aufnehmen. Dazu haben wir einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht.

EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK VERWIRKLICHEN

Die Anforderungen an die jüngere Generationen steigen. Hier ist die Politik gefordert. Sie muss für die Jugendliche die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, damit sie ihr Leben gestalten können. Bis auf eine PR-trächtige Veranstaltung hat die für Jugendpolitik zuständige Ministerin Schröder nichts zustande gebracht. Beim Kinder- und Jugendplan des Bundes hat sie sogar den Rotstift angesetzt. Die SPD-Fraktion hat mit dem Antrag **MIT EINER EIGENSTÄNDIGEN JUGENDPOLITIK FREIRÄUME SCHAFFEN, CHANCEN ERÖFFNEN, RÜCKHALT GEBEN!** eine Gesamtstrategie für die Jugendpolitik vorgelegt. Wir wollen eine eigenständige und ressortübergreifende Jugendpolitik, die aus einem Guss ist. Dazu gehört u.a. ein Jugendpolitik-TÜV, der alle Maßnahmen der Bundesregierung auf ihre Auswirkungen für Jugendliche überprüft.



VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG
**BEZAHLBARES WOHNEN, LEBENSWERTE STÄDTE
UND EINE STARKE INFRASTRUKTUR.**

Lebenswerte und sozial ausgeglichene Städte sind wichtig für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Bezahlbare und qualitativ gute Wohnungen sind ein grundlegendes Bedürfnis, sind Lebens- und Rückzugsraum und somit ein Bestandteil der Daseinsvorsorge. Nach Jahren überwiegend relativ ausgeglichener Wohnungsmärkte werden in vielen Städten Wohnungen wieder knapp und infolgedessen teurer. Diese Entwicklung spiegelt sich insbesondere in den Großstädten und verstärkt in Universitätsstädten wider. Der zuständige Bundesbauminister Peter Ramsauer verschleif die Entwicklung, kürzte stattdessen die Städtebauförderung zusammen und stimmte einem unsozialen Mietrecht zu. Gleichzeitig verteilte er ungedeckte Schecks und versprach die Wiedereinführung der Eigenheimzulage sowie der degressiven Abschreibungsmöglichkeit bei Neubau von Wohnungen – ohne Gegenfinanzierung im Bundeshaushalt.

DEUTSCHLAND BRAUCHT EINE AKTIVE INFRASTRUKTURPOLITIK. Denn gut ausgebaute Verkehrswege sind nicht nur die Voraussetzung für die persönliche Mobilität der Bürgerinnen und Bürger, sondern sie bilden auch eine wesentliche Grundlage der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands als Industrie- und Exportnation. In die Verkehrsinfrastruktur wurde durch Bundesverkehrsminister Ramsauer zu wenig und mit oftmals falschen Prioritäten investiert. Die Folge sind Kapazitätsengpässe und Staus, zu wenig Schutz vor Verkehrslärm, Verfehlung der Klimaschutzziele und ein zunehmender Verfall der Infrastruktur durch fehlende Unterhaltung.

NACHHALTIGE MOBILITÄT ERMÖGLICHEN

Ziel einer sozialdemokratischen Verkehrspolitik ist es, die gesellschaftlich und wirtschaftlich notwendige **MOBILITÄT UMWELTFREUNDLICH, BEZAHLBAR UND SICHER ZU GESTALTEN.** Das werden wir nur erreichen, wenn wir die einzelnen Verkehrsträger vernünftig kombinieren und insbesondere mehr Güterverkehr von der Straße auf die umweltfreundlichen Verkehrsträger Schiene und Wasserstraßen verlagern.

Stattdessen ließ Bundesverkehrsminister Ramsauer bundesweit in einem Feldversuch die Einführung von Lang-LKWs testen. Die SPD-Bundestagsfraktion und die Bundesländer, in denen auch die SPD regiert, sprachen sich für den sofortigen Stopp und gegen die Zulassung der so genannten Gialiner aus. Die Mehrheit der Bundesländer

AUFBAU OST

DIE SOZIALE EINHEIT VOLLENDEN.

Auch im 24. Jahr der deutschen Einheit ist die innere Einheit unseres Landes nicht erreicht. Der Prozess der Angleichung der Lebensverhältnisse stagniert. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat in den zurückliegenden Jahren für die Bewältigung ostdeutscher Belange weder Antriebskraft noch Durchsetzungsvermögen gezeigt. Sie verweigert sich bspw. nach

wie vor der nationalen Aufgabe, klar zu sagen, wie es mit der Ost-Förderung bzw. den Ost-Renten weitergehen soll. Wir dagegen haben darauf Antworten gefunden und sowohl konkrete Forderungen zur künftigen Ost-Förderung erhoben als auch einen Fahrplan zur Vereinheitlichung der Rentensysteme erstellt. Unser Motto: Vereint zur inneren Einheit Deutschlands.

folgte der sozialdemokratischen Linie und lehnte den Feldversuch ab. Gialiner gefährden die Verkehrssicherheit und treiben die Verlagerung von noch mehr Güterverkehr auf die Straße voran.

ÖFFENTLICHER PERSONENNAHVERKEHR ist für uns eine Aufgabe der Daseinsvorsorge. Es geht uns darum, eine umweltfreundliche, für alle zugängliche Mobilität in allen Regionen Deutschland zu sichern. Voraussetzung dafür ist ein Rechtsrahmen, der die Handlungsmöglichkeiten der kommunalen Aufgabenträger absichert. Mit der Novelle des Personenbeförderungsgesetzes ist es der SPD-Bundestagsfraktion zusammen mit den SPD-geführten Ländern in Verhandlungen mit der schwarz-gelben Regierungskoalition gelungen, die Gestaltungsmöglichkeiten der kommunalen Aufgabenträger für einen qualitativ hochwertigen ÖPNV abzusichern. Die jahrelange Rechtsunsicherheit wurde damit beendet. Wir haben dafür gesorgt, dass Kommunen Verkehrsleistungen im ÖPNV an eigene Unternehmen direkt vergeben können. Zudem haben wir erreicht, dass der öffentliche Personennahverkehr bis 2022 barrierefrei sein wird.

Der Liberalisierung des **FERNBUSLINIENVERKEHRS** haben wir als Kompromiss im Rahmen der Novelle zugestimmt. Wir sehen darin Chancen für ein zusätzliches kostengünstiges Verkehrsangebot. Gleichzeitig haben wir vor der Gefahr von Billigkonkurrenz und Lohndumping gewarnt. Wir werden die Entwicklung des weitgehend neuen Fernlinienbusmarktes aufmerksam beobachten und wenn nötig nachsteuern. Wir wollen das Bundesamt für Güterverkehr ausreichend ausstatten, um eine effektive Kontrolle der Fahrzeuge und Arbeitsbedingungen, insbesondere der Lenk- und Ruhezeiten im Interesse der Beschäftigten, aber auch im Interesse der Sicherheit der Fahrgäste zu gewährleisten. Wir haben durchgesetzt, dass Fernlinienbusse nach kurzer Übergangszeit barrierefrei sein müssen.

Zur umweltgerechten Ausgestaltung unserer Infrastruktur gehört die **BEKÄMPFUNG DES VERKEHRLÄRMS.** Millionen Bürgerinnen und Bürger sind täglich Verkehrslärm ausgesetzt und leiden unter den lärmbedingten gesundheitlichen Folgen. Jedes Jahr vernichtet Verkehrslärm volkswirtschaftliche Werte im zweistelligen Milliardenbereich und die Prognosen gehen von weiter rasant steigenden Verkehren aus, die zusätzlichen Lärm generieren werden. Besonders aber die Beeinträchtigung der Lebensqualität durch Lärm führt bei der Bevölkerung zu einer schwindende Akzeptanz von Verkehr. Lärmschutz muss zum Wettbewerbsfaktor werden, auf der Schiene, auf der Straße, im Güter- und Personenverkehr. Im Dialog mit Fachexperten aus Wissenschaft, Verbänden und Bürgerinitiativen haben wir deshalb ein umfassen-

des Konzept für die Bekämpfung des Verkehrslärms im Landverkehr erarbeitet und in den Deutschen Bundestag eingebracht. Die von der Deutschen Bahn AG angekündigte Selbstverpflichtung, den Lärm des Schienenverkehrs bis 2020 zu halbieren, reicht uns nicht aus. Wir können und werden den Lärm halbieren – aber in der Hälfte der Zeit. In 4 statt in der von der Bundesregierung vorgesehenen 8 Jahren halten wir die Erreichung dieses Ziel für realistisch. Danach muss es Durchfahrverbote für laute Züge geben. Allein durch den Austausch von Bremsen in Güterwagen kann der Lärm um 10 Dezibel reduziert werden.

Wir haben eine neue **NETZSTRATEGIE FÜR DIE SCHIENE** entwickelt. Ziel ist es, mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen. Dazu müssen Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit wieder zum Markenzeichen der Bahn werden. Das Schienennetz muss so ertüchtigt und ausgebaut werden, dass im Personenverkehr ein Deutschland-Takt aus bundesweit funktionierenden und aufeinander abgestimmten Anschlüssen unter Einbeziehung des Güterverkehrs möglich ist. Die Kapazität für den Schienengüterverkehr soll bis zum Jahr 2030 verdoppelt werden. Der Bund muss zudem seiner Verantwortung für das Schienennetz nachkommen. Die Bewirtschaftung der Schieneninfrastruktur durch die DB AG soll sich nicht nur an betriebswirtschaftlichen, sondern auch an volkswirtschaftlichen Zielen orientieren. Deshalb sollen Ziele wie die Vergrößerung des Marktanteils des Schienenverkehrs in der Satzung der DB AG festgeschrieben und die Boni der Bahn-Vorstände an deren Erreichung geknüpft werden. Mittelverwendung und Netzzustand sollen strikter Kontrolle und größtmöglicher Transparenz unterworfen sein. Es muss sichergestellt werden, dass die DB AG einen größeren Teil zur Finanzierung beiträgt, indem sie sämtliche Gewinne aus der Infrastruktur wie in das Netz und die Bahnhöfe reinvestiert.

Auf dem Weg zur **KLIMASCHONENDEN MOBILITÄT DER ZUKUNFT** wird in den kommenden Jahren die ambitionierte Reduzierung des CO₂-Ausstoßes durch die weitere Verbesserung der Effizienz von Verbrennungsmotoren und des Einsatzes biogener Kraftstoffe eine besondere Rolle spielen. Gleichzeitig stellt der massive Ausbau der Elektrifizierung des Antriebs bei Automobilen die große Chance dar, die Mobilität auch in der Zukunft zu sichern. Die Gestaltung des Strukturwandels, der mittelfristige Übergang von verbrennungsmotorischen zu elektrischen Antrieben ist eine große wirtschafts- und forschungspolitische Aufgabe. Elektromobilität kann zu einem zukünftigen Jobmotor werden. Wir wollen die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen schaffen.

INFRASTRUKTURKONSENS: FÜR EINE GRUNDLEGENDE REFORM DER PLANUNG UND FINANZIERUNG DER VERKEHRSINFRASTRUKTUR

Deutschland braucht ein funktionierendes Verkehrs- und Mobilitätssystem. Gleichzeitig muss der Verkehr leiser und umweltschonender werden. Der Verkehr der Zukunft und damit verbundene neue Mobilitätskonzepte werden maßgeblich von der Verkehrsinfrastruktur bestimmt. Daher haben wir sie ins Zentrum unserer Politik gerückt und hierzu im Deutschland-2020-Projekt **INFRASTRUKTURKONSENS** im Dialog mit Verbänden, Wissenschaftlern und den Ländern ein umfassendes Reformkonzept erarbeitet

■ www.spdfraktion.net/node/11192

Ein Kernpunkt ist die Reform der Bundesverkehrswegeplanung, die wir zu einer verkehrsträgerübergreifenden **BUNDESVERKEHRSNETZPLANUNG** umbauen wollen. Statt einer isolierten Betrachtung einzelner Projekte soll künftig das verlässliche Funktionieren des Verkehrsnetzes als Ganzes in den Mittelpunkt stehen.

Wir wollen zudem den **SUBSTANZVERFALL** unserer Verkehrswege **STOPPEN**. Um Klarheit über den Unterhaltungsbedarf zu bekommen, soll die Bundesregierung künftig alle zwei Jahre einen Verkehrsinfrastrukturbe-

richt vorlegen, der Schwachstellen aufdeckt und den Finanzbedarf für die Erhaltung der Verkehrswege offen legt. Damit hierfür ausreichend Geld zur Verfügung steht, muss bei der Verteilung der Finanzmittel der Grundsatz gelten: Erhalt geht vor Aus- und Neubau.

Beim Neu- und Ausbau setzen wir eine klare Priorität bei der Beseitigung von Engpässen und dem Ausbau hoch belasteter Hauptachsen und Knotenpunkte. Hierfür wollen wir ein **NATIONALES VERKEHRS- WEGEPROGRAMM**, in das 80% der Neu- und Ausbaumittel fließen. Die Finanzierung muss außerhalb der Länderquote erfolgen und im Bundeshaushalt auf fünf Jahre fixiert werden. Die Erschließung der Fläche wird nicht vernachlässigt. Hierfür stehen weiterhin 20% der Investitionsmittel zur Verfügung.

Während die bisherige Bundesregierung es bei leeren Finanzierungsversprechungen belassen hat, haben wir zusammen mit Experten eine **ZUKUNFTSSTRATEGIE ZUR FINANZIERUNG DER VERKEHRSINFRASTRUKTUR** vorgelegt. Wir wollen, finanziert durch das Steuer- und Abgabekonzept die Investitionsmittel im Verkehrshaushalt um 20% auf jährlich 12 Mrd. Euro erhöhen und damit pro Jahr 2 Mrd. Euro mehr als bisher für die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung stellen. Außerdem wollen wir die Lkw-Maut auf alle Straßen ausweiten und auch die Mehreinnahmen daraus ohne Abstriche in Erhalt und Ausbau der Verkehrswege investieren. Von einer Ausweitung der Lkw-Maut auf die Bundesstraßen erwarten wir jährliche Zusatzeinnahmen von rd. 2 Mrd. Euro; weitere knapp 800 Mio. Euro von einer Ausweitung auf die übrigen Straßen. Wir sprechen uns klar gegen die von der CSU propagierte Pkw-Maut aus. Sie würde gerade diejenigen Menschen zusätzlich belasten, die aus beruflichen oder familiären Gründen auf ihr Fahrzeug angewiesen sind.

Als SPD-Bundestagsfraktion haben wir begrüßt, dass auf Druck der SPD-geführten Bundesländer im Rahmen des **FLUTHILFGESETZES** die Fortführung der Entflechtungsmittel für die ehemalige Gemeindeverkehrsfinanzierung (GVFG) in bisheriger Höhe bis Ende 2019 gesichert worden ist. Diese Regelung, die endlich Planungssicherheit für Investitionen in Kommunalstraßen und ÖPNV-Infrastruktur bringt, war längst überfällig. Nun sind die Länder gefordert, die für Verkehr zweckgebundene Verwendung durch landesgesetzliche Regelungen sicherzustellen – wie z.B. in den sozialdemokratisch geführten Ländern Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Schleswig-Holstein schon geschehen.

Alle Beteiligten brauchen in der neuen Legislaturperiode auch zügig Planungssicherheit für die Zeit nach 2019, wenn das GVFG-Bundesprogramm ausläuft. Mit einer Neuaufstellung der Gemeindeverkehrsfinanzierung wollen wir zugleich eine grundlegende Reform der Förder- und Finanzierungssysteme für Regional- und Nahverkehr verbinden. Wir wollen die bisher auf verschiedene Töpfe verteilte Finanzierung stärker bündeln und transparenter gestalten sowie die Instrumente fortentwickeln.

VERKEHRSWEGE BÜRGERNAH UND TRANSPARENT PLANEN

Neue Infrastrukturvorhaben dürfen nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg durchgesetzt werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssen bei Verkehrswegeprojekten deshalb künftig frühzeitig und umfassend beteiligt werden. **MEHR BÜRGERBETEILIGUNG** steht nicht im Widerspruch zu kurzen Planungs- und Bauzeiten, im Gegenteil: Nur eine breite Akzeptanz von Bauvorhaben sichert deren rasche Umsetzung.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat ein umfassendes Konzept erarbeitet, wie Bürgerbeteiligung künftig aussehen soll. So muss die Öffentlichkeit bereits in die Erarbeitung der Bundesverkehrsnetzplanung einbezogen werden. Denn diese entscheidet darüber, welche

Verkehrswege in Deutschland gebaut werden. Vor Ort müssen die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig bei der Auswahl der Trasse und der Dimensionierung des Projekts mitwirken können. Dazu wollen wir der Planfeststellung ein verpflichtendes Vorverfahren mit öffentlichem Erörterungstermin voranstellen. Alle Genehmigungsbehörden und öffentliche Planungsträger sollen einen **BÜRGERANWALT** einsetzen, der die Bürgerinnen und Bürger berät und auf die Einhaltung der Beteiligungsrechte achtet. Bürgerbeteiligung darf nicht in das Belieben der Behörden gestellt werden. Anders als die schwarz-gelbe Bundesregierung wollen wir deshalb **VERBINDLICHE QUALITÄTSSTANDARDS** für die Bürgerbeteiligung festlegen. So sollen z.B. alle Anhörungs- und Erörterungstermine öffentlich sein. Und Behörden sollen verpflichtet werden, Alternativvorschläge zu prüfen.

MIETERRECHTE STÄRKEN, KLIMAGERECHTEN NEUBAU ANKURBELN, KOMMUNEN UNTERSTÜTZEN

In Ballungszentren steigen die Mieten. Bezahlbare Wohnungen werden knapp. Familien, Alleinerziehende und ältere Menschen finden in den Innenstädten keine Wohnungen mehr, die sie sich leisten können. Eine zusätzliche Belastung sind steigende Strom- und Heizkosten. Zugleich baut sich in Deutschland ein immer größerer Investitionsstau auf, der viele Kommunen dem Verfall aussetzt. Die Regierung Merkel war blind für die Zukunft. Sie verschärfte die Lage durch ein ungerechtes Mietrecht und durch die Streichung von Investitionen.

Immer mehr Gering- und Normalverdienende können sich bezahlbare Wohnungen nur noch am Stadtrand oder in Stadtquartieren mit geringer Wohnqualität leisten. Hinzu kommt, dass nicht genügend altersgerechter und barrierefreier Wohnraum vorhanden ist.

Städte und Gemeinden sind durch wirtschaftlichen Strukturwandel, demografischen Wandel, Klimawandel und die Fragen der Integration herausgefordert. Die Maxime sozialdemokratischer Politik war immer, die Kommunen bei der Bewältigung dieser Herausforderungen aktiv zu unterstützen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat das Gegenteil getan. Sie hat:

- den Heizkostenzuschuss zum Wohngeld gestrichen,
- die Programme des energetischen Bauens und Sanierens unzureichend und unsicher ausgestattet,
- das Mietrecht zulasten der Mieterinnen und Mieter verschärft und
- die Städtebauförderung, besonders das Programm **SOZIALE STADT** zusammengestrichen,
- die Mittel für das Programm **ALTERSGERECHT UMBAUEN** gestrichen,
- erst im Zuge der Fluthilfe die überfällige Fortführung der Bundesmittel für die soziale Wohnraumförderung von 2015 bis Ende 2019 der Länder zugebilligt

Die SPD-Bundestagsfraktion hat ein **AKTIONSPROGRAMM FÜR EINE SOLIDARISCHE STADT UND BEZAHLBARES WOHNEN** erarbeitet. Wir wollen den Anstieg der Mietpreise begrenzen und Investitionen in den Wohnungsbau, die energetische Sanierung und den familien- und altersgerechten Umbau von Häusern und Wohnungen voranbringen. Dazu schlägt die SPD-Bundestagsfraktion ein Bündnis mit den Ländern, Kommunen, den Mieter- und Sozialverbänden, der Bau- und Wohnungswirtschaft und den Gewerkschaften vor.

Wir setzen auf den Dreiklang einer wirksamen Begrenzung drastischer Mietsteigerungen, gezielter Förderung des Neubaus und dem Schutz sowie der barrierefreien und energiesparsamen Anpassung der vorhandenen Wohnungsbestände. Unser Ziel ist die Schaffung von zukunftsgerechtem und zugleich bezahlbarem Wohnraum in intakten und lebendigen Nachbarschaften.

STÄDTEBAUFÖRDERUNG

STÄRKEN UND FORTENTWICKELN

Das gesamte Wohnumfeld ist entscheidend dafür, ob Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Im unmittelbaren Lebensumfeld entscheidet sich, ob Kinder Bildungschancen haben, ob Integration und das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft gelingt. Hier entscheidet sich, ob Menschen gesund und in Sicherheit leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. **STADT- UND QUARTIERSENTWICKLUNG** ist deshalb eine entscheidende Zukunftsaufgabe, aus der sich die schwarz-gelbe Bundesregierung jedoch seit vier Jahren zurückzieht.

Auch 2013 standen für die **STÄDTEBAUFÖRDERUNG** nur 455 Millionen Euro Bundesmittel im Haushalt, das waren 20% weniger als 2009. Besonders hart treffen die Kürzungen nach wie vor das Programm Soziale Stadt. Die Bundesregierung hat das Vertrauen in die Verlässlichkeit der Förderung bei Ländern, Kommunen, zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren verspielt. Dieses Vertrauen ist aber Voraussetzung für die positive ökonomische Wirkung der Städtebauförderung und den Erfolg von – erst längerfristig wirksamen – Quartiers- und Stadtentwicklungsstrategien. Zusammen mit dem **BÜNDNIS FÜR DIE SOZIALE STADT** hat die SPD gegen die Kürzungen protestiert und ein Konzept für die Stärkung der Städtebauförderung mit dem **LEITPROGRAMM SOZIALE STADT** entwickelt.

Die SPD hält an einer programmatischen Profilierung der Städtebauförderung mit Blick auf die zentralen Ziele soziale Stadtentwicklung, Stadtumbau und Stärkung der Innenentwicklung sowie energetische Quartierssanierung fest. Gerade mit Blick auf eine präventive Wirkung ist das **PROGRAMM SOZIALE STADT** von besonderer Bedeutung, um Konflikte im Stadtraum möglichst erst gar nicht entstehen zu lassen, die Chancen aller Bewohnerinnen und Bewohner zu verbessern und damit ihre Potenziale zu nutzen. Die Programme wollen wir im Dialog mit Ländern und Kommunen sowie den an der Stadtentwicklung beteiligten Akteuren programmatisch weiterentwickeln, ihre Bündelung mit anderen Förderprogrammen voranbringen und die Voraussetzungen für die Umsetzung vor Ort vereinfachen. Programmübergreifend wollen wir die Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern, Eigentümerinnen und Eigentümern, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteuren vor Ort in allen Programmen der Städtebauförderung verankern und sie intensivieren.

ENERGETISCHES BAUEN UND SANIEREN IM QUARTIER

Wir haben ein **ZUKUNFTSKONZEPT FÜR DIE ENERGETISCHE GEBÄUDESANIERUNG** im Quartier entwickelt und wollen die Förderprogramme verlässlich mit 2 Milliarden Euro Bundesmitteln finanzieren. Statt einseitig auf Dämmung zu setzen, wollen wir die Förderung technologieoffener gestalten und durch Beratung der Nutzerinnen und Nutzer ergänzen. Statt der teuren Optimierung von Einzelgebäuden auf höchstes Effizienzniveau brauchen wir mehr kleinteilige Maßnahmen, wie etwa den Austausch von Heizkesseln oder Fenstern. In Verbindung mit quartiersbezogenen Energieversorgungskonzepten (z.B. dezentrale Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien oder energieeffiziente Kraft-Wärme-Kopplung). Nur mit diesem Quartiersansatz in Verknüpfung mit der Städtebauförderung können wir den steigenden Wohnnebenkosten und Mieten entgegenwirken und gleichzeitig die Klimaschutzziele erreichen.



INNEN UND RECHT
FÜR EINE GERECHTE
UND MODERNE GESELLSCHAFT

RECHTSPOLITIK ALS MOTOR DES GESELLSCHAFTLICHEN FORTSCHRITTS

Roter Faden sozialdemokratischer Rechtspolitik ist die Schaffung und Gestaltung der Rahmenbedingungen für eine gerechte und moderne Gesellschaft, die in Freiheit und Sicherheit leben kann. Für uns steht der Schutz der Schwächeren im Vordergrund. Wichtig ist ein fairer Ausgleich aller betroffenen Interessen.

MEHR FRAUEN IN FÜHRUNGSETAGEN

In der deutschen Wirtschaft gibt es fast keine Frauen in den Vorständen und viel zu wenige weibliche Aufsichtsräte. Die Erfahrung lehrt: Selbstverpflichtungen der Wirtschaft helfen nicht. Mit dem Entwurf zur Förderung der Chancengleichheit (17/8878) wollten wir daher bis 2015 stufenweise eine gesetzliche Mindestquote von 40 % für Männer und Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten einführen. Zudem haben wir gemeinsam mit den Grünen den Hamburger Entwurf zur stufenweisen Einführung einer Quote von 40 % bis 2024 in Aufsichtsräten unterstützt, der im Bundesrat mit Zustimmung CDU-geführter Bundesländer eine Mehrheit fand.

KINDERRECHTE – ELTERNRECHTE

Das Verhältnis von Kindergrundrechten und Elternrecht im Grundgesetz bestimmt sich einseitig vom Elternrecht her. Kinder sind jedoch selbst Träger subjektiver Rechte, Wesen mit eigener Menschenwürde und einem eigenen Recht auf Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Deshalb haben wir einen Gesetzentwurf (17/13223) zur Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz vorgelegt.

In Familien existieren die unterschiedlichsten Lebensmodelle. Wir stellen uns den aktuellen Herausforderungen. Dazu zählt auch die **ELTERLICHE SORGE FÜR NICTHELICHE KINDER**. Das Bundesverfassungsgericht hatte den Gesetzgeber zur Änderung der bestehenden Regelung und Verbesserung der Rechtsstellung nichtehelicher Väter aufgefordert. Da es zum Wohle eines Kindes das Beste ist, wenn Mutter und Vater die Sorge gemeinsam wahrnehmen, haben wir mit einem Antrag vorgeschlagen (17/8601), es nicht verheirateten Eltern so einfach wie möglich zu machen, bereits bei der Geburt ihres Kindes eine gemeinsame Sorge zu erklären. Neben den bereits bestehenden Möglichkeiten sollten sie schon bei der Registrierung ihres Kindes eine solche Erklärung beim Standesamt abgeben können. Unterlassen sie dies, unterstützt sie das Jugendamt, eine einvernehmliche Regelung zu finden. Das stärkt die Eigenverantwortlichkeit der Eltern, dient dem Kindeswohl und vermeidet gerichtliche Auseinandersetzungen.

GLEICHSTELLUNG VON GLEICHGESCHLECHTLICHEN LEBENSPARTNERSCHAFTEN

Um die noch immer bestehenden Diskriminierungen endlich zu beenden, haben wir mit unserem Antrag (17/8155) und Gesetzentwurf (17/12677) die Öffnung der Ehe auch für homosexuelle Paare gefordert.

ERHALT DES SOZIALEN MIETRECHTS

Mit Anträgen (17/9559; 17/12486) haben wir uns für den Schutz der Mieterinnen und Mieter vor immer höheren, unbezahlbaren Mieten eingesetzt. Mieten sollten nur alle vier Jahre um maximal 15 % erhöht werden dürfen. Bei der Wiedervermietung von Wohnraum sollte die vorherige Miete um höchstens 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen dürfen. Sämtliche Modernisierungsmaßnahmen sollten anstatt zu elf nur noch zu 9 % auf die Miete umgelegt werden können. Maklerkosten sollten nach dem Prinzip „wer bestellt, der bezahlt“ vom

Auftraggeber, also in der Regel vom Vermieter getragen und nicht einfach auf Mieter abgewälzt werden.

VERBRAUCHERSCHUTZ BEI DISPO-ZINSEN

Die Zinssätze für vereinbarte oder geduldete Kontoüberziehungen sind in Deutschland unverhältnismäßig hoch. Mit einem Antrag (17/10988) haben wir eine gesetzliche Obergrenze in Höhe von 8 % über dem Basiszinssatz für verbraucherrechtliche Dispositionszinsen gefordert.

URHEBERRECHT IN DER DIGITALEN WELT

Das Urheberrecht muss weiter an die Erfordernisse der digitalen Gesellschaft angepasst werden. Wir setzen uns dafür ein, zeitgemäße Rahmenbedingungen für die Verwertung und Vergütung von geistigem Eigentum in der digitalen Welt zu schaffen. Wir wollen die Situation von wissenschaftlichen Urhebern durch Einführung eines Zweitverwertungsrechts für überwiegend mit öffentlichen Mitteln geförderte Forschungsergebnisse verbessern und die Nutzung „verwaister“ und vergriffener Werke durch gesetzliche Erleichterung des Rechteerwerbs möglich machen. Wir haben eine Initiative zur Entfristung der Schrankenregelung zur Intranetnutzung an Schulen und Hochschulen vorgelegt (17/10087). Gleichzeitig soll das Urheberrecht den Kulturschaffenden auch in der digitalen Welt ein angemessenes Einkommen aus der Verwertung geistigen Eigentums ermöglichen. Daher wollen wir die Stellung von Urhebern und ausübenden Künstlern im Urhebervertragsrecht stärken. Unser Positionspapier **FÜR EIN FAIRES UND ZUKUNFTSFÄHIGES URHEBERRECHT** markiert die Leitlinien unserer Reformvorstellungen.

ERLEICHTERUNGEN IM GENOSSENSCHAFTSRECHT

2012 war das Internationale Jahr der Genossenschaften. In Deutschland jedoch ist die Genossenschaft „überbürokratisiert“ und bei der Existenzgründungsförderung schlechter gestellt als andere Rechtsformen. Die Regierung blieb tatenlos. Mit unserem Antrag (17/99776neu) haben wir deshalb Entlastungen für Kleinstgenossenschaften gefordert. Genossenschaftsrechtliche Existenzgründung und Mitgliederkredite an Genossenschaften sollten erleichtert werden.

STRAFSCHÄRFUNG BEI HASSKRIMINALITÄT

Spätestens seit der Zwickauer Terrorzelle ist klar: In Deutschland hat sich neonazistischer Terrorismus breit gemacht. Opfer rechtsextremer Gewalttaten sind häufig Ausländer und Ausländerinnen, Obdachlose und Homosexuelle. Die von den Rechten ausgehenden Angriffe sind in der Regel brutaler und rücksichtsloser als Gewalttaten mit anderem Hintergrund. Diese Form der Kriminalität, auch Hasskriminalität genannt, stört den sozialen Frieden. Mit unserem Gesetzentwurf (17/8131) wollten wir die Rechtsprechung dazu anhalten, hassgeleitete, insbesondere rassistische, fremdenfeindliche oder sonstige menschenverachtende Motive stärker strafscharfend zu berücksichtigen als bisher.

ÖFFENTLICHKEIT BEI RICHTSPROZESSEN

Bei politisch oder gesellschaftlich bedeutsamen Gerichtsverfahren besteht sowohl auf Seiten der Medien als auch bei einer Vielzahl von Privatpersonen das Interesse, den Prozess im Gerichtssaal zu verfolgen. Im so genannten NSU-Verfahren vor dem Oberlandesgericht München war das mediale Interesse so groß, dass die Zahl der Anmeldungen die räumlichen Kapazitäten des Gerichts um ein Vielfaches überstieg. Mit Antrag (17/13891) haben wir daher gefordert, eine Videoübertragung in einen anderen Raum oder Gerichtssaal zu ermöglichen.

NACHTRÄGLICHE UNTERBRINGUNG GEFÄHRLICHER GEWALT- UND SEXUALSTRAFTÄTÄR

Seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Sicherungsverwahrung aus Mai 2011 haben sowohl wir (Antrag 17/8760) als

auch die Länder immer wieder auf die Notwendigkeit einer möglichen nachträglichen Therapieunterbringung gefährlicher Gewalt- und Sexualstraftäter hingewiesen. Die Expertenanhörung des Rechtsausschusses hat unsere Forderung eindrücklich bestätigt. Unverständlicherweise hat sich die Bundesjustizministerin dagegen gesträubt, so dass jetzt ein Täter, dessen hochgradige Gefährlichkeit sich erst im Strafvollzug zeigt, nach Ende der Haftstrafe entlassen werden muss.

LÄNGERE VERJÄHRUNGSFRISTEN BEI SEXUELLEN MISSBRAUCHSTATEN

Seit Bekanntwerden der zahlreichen Missbrauchsfälle in kirchlichen, öffentlichen und privaten Einrichtungen wissen wir, dass insbesondere kindliche und minderjährige Opfer lange Zeit brauchen, um sich den Geschehnissen zu stellen. Wenn sich die Opfer dann endlich entschließen, Anzeige zu erstatten, müssen sie häufig erfahren, dass die Tat verjährt ist. Im Regierungsentwurf fehlte hierzu eine strafrechtliche Änderung. Erst im Nachgang hob die Koalition die Ruhensfrist um drei Jahre an. Mit unserem Gesetzentwurf (17/3646) hingegen wäre Opfern geholfen worden: die strafrechtliche Verjährung von sexuellen Missbrauchstaten hätte erst mit Vollendung des 30. Lebensjahres des Opfers begonnen. In Kombination mit der von uns geforderten verlängerten Verjährungsfrist von 20 Jahren hätten diese Straftaten bis zur Vollendung des 50. Lebensjahrs des Opfers verfolgt werden können.

GENITALVERSTÜMMELUNG ZUM VERBRECHEN HOCHSTUFEN

Angesichts der physischen und psychischen Folgen für die betroffenen Mädchen und Frauen haben wir mit unserem Gesetzentwurf (17/12374) vorgeschlagen, das Delikt von einem Vergehen zum Verbrechen hochzustufen.

BEKÄMPFUNG DER ABGEORDNETENBESTECHUNG

Nach geltendem Recht ist nur der Stimmenkauf bzw. -verkauf bei Wahlen und Abstimmungen gemäß § 108e StGB strafbar. Die Vorschrift reicht jedoch nicht aus, alle strafwürdigen Verhaltensweisen von Abgeordneten zu erfassen. Die Notwendigkeit einer weitergehenden gesetzlichen Regelung zur Bekämpfung der Abgeordnetenbestechung ergibt sich zudem aus internationalen Vorgaben. Ohne eine strafrechtliche Regelung kann das im Jahre 2003 von Deutschland unterzeichnete UN-Übereinkommen gegen Korruption nicht ratifiziert werden. Da dies dem Ansehen Deutschlands in der Welt schadet, haben sich die Vorstandsvorsitzenden von 26 der 30 deutschen Dax-Unternehmen an die Bundesregierung gewandt und eine Verschärfung des Strafrechts gefordert. Schwarz-Gelb blieb jedoch untätig. Wir dagegen haben einen Gesetzentwurf vorgelegt (17/8613).

EHRlichkeit UND REDlichkeit IN DER WIRTSCHAFT – BEGRENZUNG VON MANAGERGEHÄLTERN

Wirtschaftskriminalität ist ein Phänomen mit weitreichenden gesellschaftlichen Folgen, verursacht jedes Jahr massiven volkswirtschaftlichen Schaden und beschädigt das Vertrauen und Gerechtigkeitsempfinden der Menschen. Bei der Verfolgung und Ahndung darf nicht der Eindruck entstehen, dass der Staat nach dem Motto „Die Kleinen hängt man – die Großen lässt man laufen“ handelt. Mit konkreten Vorschlägen in einem Antrag (17/13087) haben wir die effektive Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität gefordert. Vertrauen und Gerechtigkeitsempfinden leiden auch, wenn Managergehälter und Abfindungen im Falle des Ausscheidens von Vorstandsmitgliedern teilweise so hoch sind, dass ein sinnvoller Zusammenhang zwischen Leistung und Einkommen nicht mehr erkennbar ist. Dem wollten wir mit unseren Vorschlägen im Antrag *EXORBITANTE MANAGERGEHÄLTER BEGRENZEN* (17/13472) entgegenwirken.

INNENPOLITIK MIT AUGENMASS: FREIHEIT UND SICHERHEIT

Im Bereich der Inneren Sicherheit herrschte auf Seiten der Regierung

Merkel Hilflosigkeit. Von Anfang an war Minister Friedrich eine Notlösung. Nur widerstrebend hat Friedrich das Amt von seinem Vorgänger übernommen. Er ist ein Innenminister wider Willen und ohne Antrieb. Eine verantwortungsvolle Politik der inneren Sicherheit handelt, wo es nötig ist und innerhalb des Rahmens der Gesetze, um die Menschen vor Terror und Kriminalität zu schützen. Sie weist gleichzeitig eine hohe Sensibilität auf, wo es darum geht, die Freiheitsrechte der Menschen vor übermäßigen staatlichen Eingriffen zu bewahren. Das ist das sozialdemokratische Verständnis einer Sicherheitspolitik mit Augenmaß.

KAMPF GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Für uns war die Prävention und Bekämpfung des Rechtsextremismus ein Schwerpunkt der vergangenen Jahre. Im Bereich der Prävention haben wir Anträge gestellt, die den Kenntnisstand zum Ausmaß rechtsextremer Bedrohungen verbessern (17/11366) und das Ziel unterstützen sollten, rechtsextremem Gedankengut durch politische Bildung entgegenzuwirken (17/7943) und die Deutschland im Kampf gegen Rassismus deutlich besser aufstellen sollten (17/9975). Wir haben uns auch weiterhin dafür eingesetzt, dass die Wirksamkeit von Projekten und Initiativen gegen Rechtsextremismus nicht durch – derzeit vielfach – zu kurze Förderzeiträume beeinträchtigt wird.

NPD-VERBOT

Nachdem sich der Bundesrat bereits auf die Einleitung eines NPD-Verbotsverfahrens festgelegt hatte, stimmte der Bundestag am 25. April 2013 über unseren Antrag (17/13227) ab, die NPD als verfassungsfeindliche Partei durch das Bundesverfassungsgericht verbieten zu lassen. Die schwarz-gelbe Mehrheit folgte aber der Bundesregierung, die nach monatelangem Schlingerkurs den Bundesrat alleine kämpfen lassen will.

REFORM DES VERFASSUNGSSCHUTZES

Das Vertrauen der Bevölkerung in Verfassungsschutz, Polizei und Staatsanwaltschaften ist nach Bekanntwerden der Mordserie der NSU erschüttert. Besonders verunsichert sind Menschen, deren Wurzeln in anderen Ländern liegen. Dieses verspielte Vertrauen gilt es zurückzugewinnen. Hinsichtlich des Handlungsbedarfs bei den Sicherheitsbehörden werden wir zum Abschluss des *UNTERSUCHUNGS-AUSCHUSSES TERRORGRUPPE NATIONALSOZIALISTISCHER UNTERGRUND* voraussichtlich Anfang September 2013 auch unsere Konsequenzen aus dem Ausschuss darlegen. Bereits im August 2012 haben wir in einem Eckpunktepapier notwendige Verbesserungen benannt. Der Verfassungsschutz muss effizienter, vernetzter, leistungsfähiger, aber auch kulturell diverser, offener und sensibler werden. Die Sicherheitsbehörden haben nicht mit den Rechtsextremisten gemeinsame Sache gemacht. Aber sie waren auch nicht dafür aufgestellt, die schrecklichen Mordtaten der NSU zu verhindern oder frühzeitig aufzuklären. Deswegen brauchen wir eine echte Reform der Sicherheitsarchitektur. Die Antwort können aber nicht nur neue Kompetenzen für die Behörden sein, sondern wir brauchen auch einen Mentalitätswechsel.

FÜR EINE ZUKUNFTSFÄHIGE BUNDESPOLIZEI

Das Ziel der Bundespolizeireform 2008 war, die operative Basis deutlich zu stärken. Doch die Evaluierung der Reform zeigt eine ernüchternde Bilanz: Die Schere zwischen Planstellen und tatsächlich verfügbarem Personal klappt so weit auf wie nie. Nötig ist ein schlüssiges Aufgabenkonzept, für das die Bundespolizei angemessen ausgestattet sein muss. Ein Konzept für die Zukunft der Bundespolizei muss in fachlicher, personeller und haushälterischer Hinsicht tragfähig sein. Insbesondere im mittleren Dienst brauchen die Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei Perspektiven und leistungsangemessene Beförderungschancen. Wir haben mit einem Änderungsantrag zum Haushaltsentwurf 2013 im Haushaltsausschuss beantragt, ein neues Programm zur Verbesserung der Planstellenstruktur im Polizeivollzugsdienst mit 1.000 neuen

Planstellen aufzulegen, um den Beförderungsstau bei den Polizeiobermeisterinnen und -meistern aufzulösen. Aber auch bei der IT-Infrastruktur muss die Bundespolizei dringend modernisiert werden.

TRANSPARENZ ALS GRUNDEINSTELLUNG: FÜR EIN MODERNES INFORMATIONSFREIHEITSRECHT

Ein moderner Staat hat keine unnötigen Geheimnisse vor seinem Auftraggeber, dem Volk. Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass das Handeln von Regierung und Verwaltung transparent ist. Deswegen haben wir einen Gesetzentwurf (17/13467) für ein neues Informationsfreiheits- und Transparenzgesetz (ITFG) vorgelegt. Mit dem ITFG haben wir die Ergebnisse der 2012 erfolgten Evaluation des von uns 2005 eingeführten Informationsfreiheitsgesetzes aufgegriffen. Ähnlich wie das Hamburger Transparenzgesetz sollte es eine Pflicht zur proaktiven Veröffentlichung wesentlicher Informationen der Verwaltung geben. Ausnahmetatbestände sollten auf das tatsächlich notwendige Maß reduziert und die gebotene Abwägung zugunsten eines überwiegenden öffentlichen Interesses am Informationszugang betont werden.

MODERNE INTEGRATIONSPOLITIK: FÜR MEHR CHANCENGLEICHHEIT

Deutschland ist ein Einwanderungsland und profitiert von einer bunten Gesellschaft voller Potenziale und Talente. Vielfalt ist eine Zukunftsressource. Das jährlich vom Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration veröffentlichte Integrationsbarometer zeigt, dass sich in unserer Gesellschaft ein pragmatisch-positives Integrationsklima verfestigt. Die Offenheit in unserer Gesellschaft gilt es zu fördern. Eine moderne Integrationspolitik muss als wichtige Querschnittsaufgabe fast aller politischen Ressorts sowie der Gesamtgesellschaft anerkannt und fortentwickelt werden. Für die Sozialdemokratie ist klar: Wir wollen ein plurales Land, in der die Zukunft nicht von der Herkunft abhängt.

INTEGRATION GEHT UNS ALLE AN: FÜR GLEICHBERECHTIGTE TEILHABE

Wir haben weitere Initiativen zur Anerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft eingebracht (17/773 und 17/7654), einen erneuten Gesetzentwurf zum Bleiberecht für langjährig Geduldete vorgelegt (17/7933) und Erleichterungen beim Familiennachzug gefordert (17/8921). Erneut haben wir uns für die Erleichterung der Einwanderung Hochqualifizierter eingesetzt und Vorschläge für die Ausgestaltung der Arbeitsmigration gemacht (17/9029). Wir haben uns für die weitere Verbesserung der von uns 2005 eingeführten Integrationskurse engagiert. Dabei sind uns die Arbeitsbedingungen von Lehrkräften in Integrationskursen ein besonderes Anliegen: Die Honorare müssen erhöht, Scheinselbstständigkeit muss vermieden und die Quote festangestellter Lehrkräfte soll erhöht werden (17/10647).

PROJEKT ZUKUNFT: INTEGRATION

Im Januar 2011 haben wir ein umfassendes Integrationskonzept vorgelegt, das Vorschläge für verschiedene Politikfelder macht. Diesen Weg haben wir im Rahmen unseres Arbeitsprogramms Deutschland 2020 mit der Projektgruppe Integration fortgesetzt. Deren Ergebnisse haben wir auf dem Zukunftskongress im Herbst 2012 vorgestellt und anschließend unsere Forderungen in einem Antrag zusammengefasst (17/13483).

FÜR EINE HUMANITÄRE FLÜCHTLINGSPOLITIK

Wir setzen uns in Deutschland und der EU für eine humanitäre und menschenrechtskonforme Flüchtlingspolitik ein. Deshalb haben wir einen interfraktionellen Antrag unter dem Titel *MENSCHENWÜRDIGE IST NICHT VERHANDELBAR – BEDINGUNGEN IN GRIECHISCHEN FLÜCHTLINGSLAGERN SOFORT VERBESSERN* mit initiiert (17/7979). Ebenso haben wir einen Antrag gegen die so genannte Residenzpflicht eingebracht (17/5912). Im Gegensatz zu Schwarz-Gelb haben wir zudem

die Verpflichtungen aus der Kinderrechtskonvention ernst und die Rücknahme des Vorbehalts zur Konvention zum Anlass genommen, einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der Situation Minderjähriger im Aufenthalts- und Asylverfahrensrecht einzubringen (17/9187).

FÜR EINEN DATENSCHUTZ AUF HOHEM NIVEAU – IN DEUTSCHLAND UND DER EU

Auch im Datenschutz versagen Koalition und Bundesregierung. Das haben sie beim Beschäftigtendatenschutz gezeigt: Das untaugliche Gesetz der Regierung – eigentlich ein *BESCHÄFTIGTENÜBERWACHUNGSGESETZ* – ist im Januar 2013 wegen heftiger öffentlicher Proteste gescheitert. Wir halten ein eigenständiges Gesetz zum Beschäftigtendatenschutz für notwendig, damit sich Datenschutzskandale wie in der jüngeren Vergangenheit bei namhaften Unternehmen nicht wiederholen. Wir haben unsere Vorstellungen dazu in einem Antrag (17/7176) zusammengefasst. Wir unterstützen den Vorschlag für eine Datenschutz-Grund-Verordnung und sehen hierin eine Chance, um in der EU ein besseres Datenschutzniveau zu erreichen. Die bisherigen national geltenden Maßstäbe dürfen dabei nicht verwässert werden. Während wir Vorschläge gemacht haben, die EU-weit einen effektiven Schutz der Bürger gewährleisten (17/11144), beteiligt sich Innenminister Friedrich daran, im EU-Rat den ursprünglich ambitionierten Vorschlag der Kommission zu verwässern.

WAHLRECHT OHNE MANIPULATIONSMÖGLICHKEIT

Nachdem die schwarz-gelbe Koalition die vom Bundesverfassungsgericht gesetzte Frist für die Neuregelung des Bundestagswahlrechts hatte verstreichen lassen, setzte sie im Herbst 2011 im Alleingang eine Gesetzesänderung durch, mit der Überhangmandate und die dadurch verzerrte Sitzverteilung erhalten werden sollten. Wir haben dieses Vorhaben vor dem Bundesverfassungsgericht zu Fall gebracht. Ende 2012 konnte dann mit uns eine fraktionsübergreifende Einigung erzielt werden, mit der das Stimmen-Splitting nicht mehr belohnt wird.

MEHR TEILHABE AM WAHLRECHT

Mit dem Antrag *VERBESSERUNG DES WAHLRECHTS VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN UND ANALPHABETEN* (17/12380) haben wir Klarheit im Wahlrecht für Menschen mit Behinderungen und Analphabeten eingefordert.

DIREKTE DEMOKRATIE

Seit langer Zeit verfolgen wir das Ziel, Elemente direkter Demokratie auch auf Bundesebene einzuführen, was bisher stets an der CDU/CSU-Fraktion gescheitert ist. Nach gründlicher Vorarbeit haben wir 2013 den Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes um Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid und Referendum (17/13873) und den Entwurf eines Gesetzes über Abstimmungen des Bundesvolkes (17/13874) eingebracht.

BUNDESPRÄSIDENTENVERSORGUNG

Mit dem vorzeitigen Ausscheiden zweier Bundespräsidenten ist die seit 1959 geltende Versorgungsregelung fragwürdig geworden: Eine Versorgung in voller Höhe der Amtsbezüge, die unabhängig von der Länge der Amtszeit erworben und nicht erst ab einer Altersgrenze gewährt wird, ist parteiübergreifend auf öffentliches Unverständnis, ja Empörung gestoßen. Deshalb haben wir einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem die Versorgung nach der Dauer der Amtszeit gestaffelt werden sollte (17/11593). Ohne selbst etwas vorzuschlagen, lehnten die anderen Fraktionen dies ab.

DURCHSCHAUABARE INTERESSENVERTRETUNG

In mehreren Anträgen haben wir uns für eine bessere Durchschaubarkeit möglicher Einflussnahmen auf Parlament und Regierung

eingesetzt. Dazu gehört die **VERBINDLICHE ERFASSUNG VON INTERESSENVERTRETERN BEIM BUNDESTAG** (17/6442), eine bessere Kontrolle des Einsatzes externer Personen in der Bundesverwaltung (17/5230), **BEI NEBENEINKÜNFEN DER ABGEORDNETEN EINE VERÖFFENTLICHUNGSPFLICHT AUF EURO UND CENT** und nicht nur in Stufen (17/11331) sowie berufliche Beschränkungen für ehemalige Bundesminister und Parlamentarische Staatssekretäre in Anlehnung an EU-Recht (17/11318).

KULTUR- UND MEDIENPOLITIK

Kunst, Kultur und freie Medien sind essenziell für eine offene Gesellschaft. Wir wollen eine vielfältige, freie, kritische und lebendige Kunst-, Kultur- und Medienlandschaft. Das Internet ist für uns nicht nur Infrastruktur, sondern verändert unsere Gesellschaft. Kultur und Medien ermöglichen es, teilzuhaben, mitzuwirken, sich zu informieren und mitzugestalten. Die öffentliche Verantwortung für Kultur, Medien und die Infrastruktur der digitalen Gesellschaft besteht darin, dass alle diese Möglichkeiten nutzen können. Netzpolitik ist für uns Gesellschaftspolitik. Es reicht nicht aus, bewährte Offline-Mechanismen eins zu eins in die Online-Welt zu übertragen. Wir müssen auf drängende Fragen neue Antworten finden.

ÖFFENTLICHE KULTURFÖRDERUNG UND IHRE WEITERENTWICKLUNG / STAATSZIEL KULTUR

Am Beispiel der Musikförderung haben wir einen Ansatz für gestaltende und konzeptbasierte Kulturpolitik erarbeitet. Wir haben mit einem entsprechenden Gesetzentwurf (17/10644) die Verankerung von Kultur als Staatsziel im Grundgesetz vorgeschlagen, wodurch der Kultur in allen Belangen mehr Gewicht hätte verliehen werden können.

PROJEKT ZUKUNFT: KREATIVPAKT

Teil der **DEUTSCHLAND-2020-INITIATIVE** von Frank-Walter Steinmeier war die Wiederbelebung des Kreativpaktes von 2009. Wir haben zusammen mit Künstlern und Kreativen Vorschläge für eine gezielte Förderung der Potenziale der Kultur- und Kreativwirtschaft u.a. bei folgenden Themen erarbeitet und in Initiativen gegossen (17/12382, 17/11832):

- das Urheberrecht in der digitalen Welt zugunsten eines gerechten Interessenausgleichs weiterentwickeln,
- die soziale Lage und Arbeitsbedingungen der Kultur-, Medien- und Kreativschaffenden verbessern und die Künstlersozialkasse stabil ausgestalten,
- die Instrumente der Kultur- und Wirtschaftsförderung für die Kreativwirtschaft öffnen, um die Effekte an der Schnittstelle zwischen Kunst, Kultur und Kommerz zu fördern,
- die künstlerischen und kreativen Kompetenzen und Talente eines jeden einzelnen unterstützen und fördern, um in der Kultur- und Kreativwirtschaft erfolgreich zu sein,
- die Potenziale eines freien und leistungsfähigen Internets als Grundlage von Kreativität und neuen Geschäftsmodellen entwickeln und befördern.

TEILHABE UND GLEICHSTELLUNG

Mit Anträgen haben wir uns für die kulturelle und mediale Teilhabe auch von Menschen mit Behinderungen (17/8485) sowie für die Gleichstellung von Frauen und Männern auch im Kunst-, Kultur- und Medienbereich (17/13478) eingesetzt.

SICHERUNG DES FILMERBES

Zur Stärkung Films haben wir mit einem Antrag (17/10098) die Sicherung des Filmerbes als unersetzbarer Bestandteil unseres Kulturerbes, die Digitalisierung der Kinos und die Novellierung des Filmförderungsgesetzes (FFG) gefordert.

SICHERUNG DER FREIHEIT, UNABHÄNGIGKEIT UND VIELFALT DER MEDIEN

Unabhängige, freie und vielfältige Medien sind unverzichtbar für die freie Willensbildung jedes Einzelnen, aber auch für eine demokratische, offene und pluralistische Gesellschaftsordnung. Auf die aktuellen Herausforderungen für Medien und Journalismus haben wir mit verschiedenen Anträgen (17/12679; 17/8923; 17/12484) und zuletzt mit dem umfassenden Antrag **FREIHEIT UND UNABHÄNGIGKEIT DER MEDIEN SICHERN – VIELFALT DER MEDIENLANDSCHAFT ERHALTEN UND QUALITÄT IM JOURNALISMUS STÄRKEN** (17/10787) reagiert und konkrete Lösungsvorschläge vorgelegt für:

- rechtliche Rahmenbedingungen, die Unabhängigkeit, Freiheit und Vielfalt der Medien sichern: Erhalt Presse-Grosso, Aufbau Mediendatenbank, Novelle Pressefusionsrecht.
- Stärkung der Pressefreiheit und des Schutzes von Journalistinnen und Journalisten im Strafprozessrecht.
- eine konkrete bundesgesetzliche Regelung zur Auskunftspflicht von Bundesbehörden gegenüber der Presse in Reaktion auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts.

ENQUETE-KOMMISSION INTERNET

DIE DIGITALE GESELLSCHAFT DENKEN UND GESTALTEN. Wir haben die Agenda und die Ergebnisse der Enquete-Kommission **INTERNET UND DIGITALE GESELLSCHAFT** maßgeblich mitbestimmt. Denn für uns ist Netzpolitik Gesellschaftspolitik. Als Ergebnis der Enquete-Kommission (17/12550) liegen jetzt eine umfassende Bestandsaufnahme zu den Herausforderungen der digitalen Gesellschaft und konkrete Handlungsempfehlungen vor, die

dadamit ihr Ziel erreicht hat: das Thema Netzpolitik im Parlament zu verankern. Diese haben wir bereits teilweise durch konkrete Anträge zu Breitbandausbau, Netzneutralität, Rechtssicherheit für W-LAN-Netze, Open-Source-Politik, Open Access und zum **FREIWILLIGEN SOZIALES JAHR DIGITAL** in den jeweils zuständigen Facharbeitsgruppen der Fraktion aufgegriffen (17/5367; 17/5902; 17/11145; 17/12300; 17/12846; 17/13086).



SPORTPOLITIK
SPORT
BRAUCHT POLITIK

SPORT INS GRUNDGESETZ

In 15 von 16 Länderverfassungen ist Sport ein Staatsziel, im Grundgesetz fehlt die vergleichbare Wertschätzung. Zur Verankerung des Sports als Staatsziel im Grundgesetz haben wir mit einem Gesetzentwurf (17/10644) vorgeschlagen, Artikel 20 a um den Satz zu ergänzen: „Der Staat schützt und fördert die Kultur und den Sport“. Schwarz-Gelb hat dies abgelehnt.

EHRENAMT STÄRKEN

Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements hat in der SPD gute Tradition. Mit **HILFEN FÜR HELFER**, der Reform des Gemeinnützigkeitsrechts, hat die SPD einen Meilenstein gesetzt. Wir haben dem Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes zugestimmt, da die Reform überfällig war und z. B. mit der Erhöhung der Übungsleiterpauschale ein wichtiges sportpolitisches Anliegen verabschiedet wurde, halten

aber weitergehende Verbesserungen der strukturellen Rahmenbedingungen für erforderlich.

KONSEQUENT GEGEN DOPING

Doping zerstört die Werte des Sports, täuscht die Mitstreitenden im Wettkampf, täuscht die Öffentlichkeit und gefährdet die Gesundheit der Sportlerinnen und Sportler. Deshalb haben wir mit dem Anti-Doping-Gesetz (ADG) ein eigenständiges Gesetz für einen konsequenten und glaubwürdigen Kampf gegen Doping vorgeschlagen (17/13468). Ein wichtiger Eckpfeiler im Anti-Doping-Kampf ist die Nationale Anti-Doping Agentur (NADA). Ihre finanzielle Situation ist jedoch seit Jahren unzulänglich. Mit unserem Antrag (17/11320) wollten die Unabhängigkeit der NADA sicherstellen und zugleich eine dauerhaft solide finanzielle Ausstattung zur konsequenten Dopingbekämpfung ermöglichen. Schwarz-Gelb lehnte dies ab.

SPORTFÖRDERUNG

Spitzensportförderung muss für alle transparent und nachvollziehbar sein. In Zielvereinbarungen wird zwischen dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) und den einzelnen Spitzenverbänden unter Begleitung des Bundesinnenministeriums vereinbart, wie die Förderung im Detail läuft. Die Inhalte dieser Zielvereinbarungen sind aber nicht öffentlich bekannt. Wir fordern ihre Offenlegung und haben das in Fragen und einem Antrag im Sportausschuss sowie mithilfe einer Kleinen Anfrage (17/13291, 17/13458) mehrfach deutlich gemacht.

INTEGRATION UND INKLUSION IM SPORT

Sowohl im Breiten- als auch im Leistungssport setzen wir uns für die Integration und die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen

mit und ohne Behinderung ein. Mit der Veranstaltung *INKLUSION IM SPORT* und dem Wettbewerb der SPD-Bundestagsfraktion *SPORT IN DEUTSCHLAND – AKTIV FÜR INTEGRATION UND DEMOKRATIE* haben wir zum Zukunftsdialog eingeladen und mit dem Frühjahrsempfang 2012 das Jahr des Sports gewürdigt.



EUROPA
FÜR EIN
STARKES EUROPA.

Die SPD hat sich immer als die Europapartei verstanden. Wir wollen ein starkes Europa, das im Interesse der Menschen handelt und kein Spielball der Märkte ist. Dies lässt sich nur geeint und im festen Zusammenschluss der Europäischen Union erreichen. Die Finanzmarktkrise und in ihrer Folge die Schuldenkrise im Euroraum haben wie kaum eine andere politische Frage die Bedeutung und die Gefährdung der europäischen Einheit zu Bewusstsein gebracht. Die SPD-Bundestagsfraktion räumt deshalb europapolitischen Fragestellungen eine hohe Priorität ein. Hierzu gehört ein sehr enger Informationsaustausch mit den SPD-Europaabgeordneten. Vorhaben auf europäischer Ebene werden frühzeitig aufgegriffen und Kompetenzen der Arbeitsgruppen der Fraktion gebündelt, um komplizierte Probleme zu lösen. Die europäische Einheit ist keine Selbstverständlichkeit und kein Selbstläufer. Sie muss gerade in unserer Zeit neu begründet und neu gefestigt werden.

FINANZKRISE UND SOLIDARITÄT

SCHULDENABBAU. STRUKTUREREFORMEN. WACHSTUMSPERSPEKTIVE.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa ist nicht überwunden: Die Rezession hat sich verstärkt, die Arbeitslosigkeit – insbesondere unter jungen Menschen – ist massiv angestiegen, der Schuldenstand in den am härtesten betroffenen Ländern hat sich erhöht. Das erste Rettungspaket für Griechenland im Mai 2010 hatte einen Umfang von 110 Mrd. Euro. Nach vier Jahren Krisenpolitik der Regierung Merkel haften die europäischen Steuerzahler für eine Summe von 1.200 Mrd. Euro an Hilfskrediten. Hinzu kommen noch die beträchtlichen Risiken aus den Staatsanleihekäufen der EZB. Das Haftungsrisiko ist insbesondere für Deutschland immer weiter angestiegen.

Die seitige Antwort auf die Krise sind hierfür verantwortlich. Die Bundesregierung hat den Teufelskreis aus Finanzmarkt-, Wirtschafts- und Refinanzierungskrise auf eine Staatsschuldenkrise reduziert. Den Ländern in wirtschaftlichen Schwierigkeiten wurden derart harte Einschnitte zu Lasten von Sozialausgaben, Bildungsausgaben und Investitionen in Wachstum und Beschäftigung in ihren Haushalten auferlegt, dass eine wirtschaftliche Erholung unmöglich wurde. Mit dem Beharren auf dieser einseitigen Sparpolitik verhindert die Bundesregierung eine wirtschaftliche Trendwende und eine nachhaltige Konsolidierung der Haushalte der besonders betroffenen Mitgliedsländer, denn diese kann nur mit wirtschaftlichem Wachstum und Strukturformen gelingen.

Im Ergebnis hat die Bundesregierung ihr Ziel, deutsche Interessen zu wahren und die Eurozone zu stabilisieren, in dramatischer Weise verfehlt. Die Regierung Merkel ist europapolitisch gescheitert.

Arbeitsplätze werden ohne wirtschaftliches Wachstum weder gesichert noch geschaffen. Diese Politik

ist nicht nur schädlich für Europa, sondern auch für Deutschland als exportstarker Nation. Der Großteil der deutschen Ausfuhren von 60 % geht in die EU. Deutschland und seinen Bürgerinnen und Bürgern geht es auch immer nur so gut, wie es seinen Nachbarn gut geht. Diesen Grundsatz hat die Kanzlerin Merkel sträflich ignoriert und das Land in Europa isoliert.

Im März 2012 hat Frank-Walter Steinmeier die Initiative **GEMEINSAM STÄRKER. WACHSTUMSPROGRAMM FÜR DIE INDUSTRIELLE ERNEUERUNG EUROPAS** präsentiert. ■ www.spdfraktion.de/sites/default/files/01595400.pdf

Dieser Steinmeier-Plan für eine alternative Anti-Krisen-Politik in Europa fordert die **SCHAFFUNG EINES INVESTITIONS- UND AUFBAUFONDS**, der insbesondere **INVESTITIONEN IN DIE INDUSTRIELLE ERNEUERUNG** ermöglicht. An der Finanzierung soll der Finanzsektor durch die rasche Einführung einer **FINANZTRANSAKTIONSSTEUER** beteiligt werden. Mit

dieser Leitlinie hat die SPD in den Verhandlungen über die Ratifizierung von Fiskalpakt und Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) im Juni 2012 höhere Investitionen und den Start einer Initiative zur Einführung der Finanztransaktionssteuer im Wege der verstärkten Zusammenarbeit gleichgesinnter europäischer Staaten durchgesetzt. Die Regierung ist ihren Verpflichtungen aus diesen Beschlüssen von Bundesregierung und Bundestag nicht nachgekommen.

In unserem **ENTSCHLIEBUNGSANTRAG ZUM EUROPÄISCHEN RAT AM 27./28. JUNI 2013** haben wir deshalb die Bundesregierung erneut aufgefordert, einen Wandel in der Europapolitik einzuleiten und sich für eine stabilitäts- und wachstumsorientierte Wirtschafts- und Fiskalunion einzusetzen.

Fiskalpolitische Regeln müssen den Mitgliedstaaten ausreichend Spielraum lassen für Strukturformen und nachhaltige Investitionen zur Ankurbelung von wirtschaftlichem ...

... Wachstum, der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Förderung von Beschäftigung.

Zugleich muss dem Problem der Jugendarbeitslosigkeit in Europa höchste politische Priorität einge-

räumt und in den Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen mit dem Europäischen Parlament auf dessen Forderungen nach Ausstattung und Bedingungen eingegangen werden. Die Mittel zur **BEKÄMPFUNG DER JUGENDAR-**

BEITSLSIGKEIT sollen auf 21 Mrd. Euro ausgeweitet werden. In diesem Zusammenhang haben wir vorgeschlagen, dass alle noch verfügbaren Mittel aus den europäischen Fonds für Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu bündeln sind. Ebenso sollen die bis 2015 ungenutzten Mittel nicht in die nationalen Haushalte zurückfließen, sondern in Programme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit überführt werden.

Mit der im Juli 2011 verfassten Kleinen Anfrage (17/6549), **MITTEILUNG DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION ZUM NEUEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN DER EUROPÄISCHEN UNION AB 2014**, und dem darauf folgenden Antrag (17/7808) im November 2011, **FÜR EINEN PROGRESSIVEN EUROPÄISCHEN HAUSHALT – DER MEHRJÄHRIGE FINANZRAHMEN DER EU 2014–2020**, hat sich die SPD-Bundestagsfraktion frühzeitig der Thematik angenommen. Um die zentralen Themen bearbeiten zu können, sind Schwerpunkte insbesondere im Hinblick auf die großen Ausgabenblöcke Struktur- und Kohäsionspolitik und Gemeinsame Agrarpolitik sowie vor dem Hintergrund der Umsetzung der EU-2020-Strategie zu setzen. So sind die öffentlichen Finanzen in der EU von der Finanz- und Wirtschaftskrise stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Daher stehen die Mitgliedstaaten unter einem erheblichen Konsolidierungsdruck. Die Verhandlungen über den neuen mittelfristigen Finanzrahmen (MFR), der ab 2014 gelten soll, werden hiervon wesentlich geprägt sein. Darüber hinaus sind die stetig gewachsenen Ungleichgewichte innerhalb der EU auszugleichen.

Mit dem im März 2012 eingebrachten Antrag (17/9154) **NATIONALES REFORMPROGRAMM 2012 MUSS SOZIALE ZIELE DER STRATEGIE EUROPA 2020 BERÜCKSICHTIGEN**, forderten wir die Bundesregierung auf, dass das Nationale Reformprogramm künftig an den sozialen Zielen der Strategie **EUROPA 2020** auszurichten ist. Denn anstatt die Gelegenheit zu nutzen und die sozialen Sicherungssysteme nachhaltig zu festigen, konzentriert sich die Regierung allein auf die Reduzierung der Neuverschuldung. Die EU hat im Jahr 2010 die Strategie **EUROPA 2020** beschlossen. Darin haben sich die Mitgliedstaaten ebenso wie die Europäische Union und das Europäische Parlament verpflichtet, bis zum Jahr 2020 „intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ in der EU zu generieren. Um dieses übergeordnete Ziel zu erreichen, hat die Europäische Union fünf Kernziele festgelegt, an denen die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten gemeinsam und koordiniert arbeiten. Zum Zwecke der Koordinierung dieser nationalen Maßnahmen legen die Mitgliedstaaten im April jeden Jahres auf der Grundlage des Jahreswachstumsberichtes der EU und der vom Europäischen Rat auf seiner Frühjahrstagung festgelegten Prioritäten nationale Reformprogramme vor. In ihrem Nationalen Reformprogramm muss die Bundesregierung darlegen, mit welchen Maßnahmen sie beabsichtigt, die Ziele der Strategie **EUROPA 2020** zu fördern, sodass sie bis spätestens zum Jahr 2020 erreicht werden.

In diesen Kontext gehört die Kleine Anfrage (17/11424), **NATIONALER SOZIALBERICHT DEUTSCHLANDS AN DIE EUROPÄISCHE UNION**, die wir im November 2012 eingebracht haben. Von der Bundesregierung wollten wir unter anderem wissen, weshalb der Ausschuss für Sozialschutz des Rates der EU im Juni 2011 entschieden hat, die Berichterstattung über die sozialen Ziele der Strategie **EUROPA 2020** aus den Nationalen Reformprogrammen der EU-Mitgliedstaaten herauszunehmen. Denn die Sorge ist berechtigt, dass die sozialen Ziele der Strategie **EUROPA 2020** weniger politische Beachtung finden, beispielsweise in den länderspezifischen Empfehlungen, wenn sie nicht länger in der Gesamtberichterstattung der Nationalen Reformprogramme vorkommen.

Mit Sorge beobachtete die SPD-Fraktion deshalb die politische Entwicklung in Ungarn. Das seit April 2010 mit einer Zweidrittelmehrheit regierende Parteienbündnis aus Fidesz und KDNP unternimmt einen grundlegenden Umbau der staatlichen Strukturen mit dem Ziel, einer Regierungspartei langfristig politische Macht zu sichern. In kürzester Zeit hat das Parteienbündnis über 350 Gesetze sowie eine Verfassung verabschiedet. Da wir der Auffassung sind, dass Teile dieser Regelungen im Konflikt mit den europäischen Verträgen sowie mit den europäischen Grundwerten und -rechten stehen, hat die SPD-Fraktion in den beiden letzten Jahren immer wieder die besondere Situation in Ungarn thematisiert. Im März 2012 kam es zur Einbringung eines gemeinsamen Antrags (17/9032) mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema **EHRLICHER DIALOG ÜBER EUROPÄISCHE GRUNDWERTE UND GRUNDRECHTE IN UNGARN**.

Mit der im April 2013 verfassten Kleinen Anfrage (17/13161) an die Bundesregierung zum Thema **AUFBAU DES EUROPÄISCHEN FONDS FÜR DEMOKRATIE** (EFD) unterstützen wir die neu geschaffene Möglichkeit der EU, Demokratiebewegungen zu unterstützen. Ziel des EFD ist die Förderung von Demokratie in der europäischen Nachbarschaft und auch darüber hinaus. So soll die Schaffung tief verwurzelter und tragfähiger Demokratie in Ländern befördert werden, die sich vor einem Übergang, während eines Übergangs oder nach einem Übergang zu einem demokratischen System befinden. Der große Mehrwert des EFD liegt darin, dass Träger und Akteure von Demokratiebewegungen, für die eine Förderung über die EU-Institutionen bislang nicht oder schwer zugänglich ist, ohne hohe bürokratische Hürden in einem zügigen Verfahren Unterstützung erhalten können.

In insgesamt vier Anträgen hat die SPD-Fraktion die Erweiterungsperspektive thematisiert. Im Mai 2012 haben wir uns mit unserem Antrag (17/9744) **FÜR EINE EHRLICHE UND FAIRE EUROPÄISCHE PERSPEKTIVE DER STAATEN DES WESTLICHEN BALKANS** für eine Erweiterung der Europäischen Union ausgesprochen. Dazu gehört insbesondere eine vonseiten der EU weiterhin ernst gemeinte europäische Perspektive der Westbalkanstaaten und eine glaubwürdige Unterstützung dieser Staaten auf ihrem Weg in die EU. Gerade die EU-Beitrittsperspektive hat in den Ländern des westlichen Balkans eine positive Dynamik in Gang gesetzt, die nicht gebremst werden darf, sondern weiter verstärkt werden muss. Ohne die EU-Beitrittsperspektive wären viele Reformprozesse in Schlüsselbereichen wie Rechtsstaatlichkeit und Justiz oder auch Prozesse der Aussöhnung zwischen den ehemals verfeindeten ex-jugoslawischen Ländern nur schwer vorangekommen. Gleichzeitig muss festgestellt werden, dass die Länder des westlichen Balkans auf ihrem Weg der Annäherung an die EU und deren Werten unterschiedlich weit fortgeschritten sind.

Der EU-Beitritt Kroatiens zum 1. Juli 2013 wird sich auf die gesamte Region positiv auswirken. In diesen Zusammenhang ist unser Antrag (17/12182) **EU-BEITRITT DER REPUBLIK KROATIEN ZUM ERFOLG FÜHREN** vom Januar 2013 zu sehen. Die bisherigen Erweiterungsrounds haben gezeigt, dass die Zivilgesellschaften frühzeitiger und intensiver an den Verhandlungen zu beteiligen sind. Zusammen mit Bündnis 90/Die Grünen forderten wir deshalb im März 2013 in einem ge-

meinsamen Antrag (17/12821), die **ZIVILGESELLSCHAFT STÄRKER AN EU-BEITRITTSPROZESSEN (ZU) BETEILIGEN**.

Im Unterschied zur Bundesregierung fordert die SPD-Fraktion, dass für Kroatien mit dem EU-Beitritt die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit zur Anwendung kommt, denn aus Kroatien sind keine größeren Migrationsströme zu erwarten. In diesem Kontext haben wir im Mai 2013 einen entsprechenden Entschließungsantrag (17/13520), **ENTWURF EINES GESETZES ZUR ANPASSUNG VON RECHTSVORSCHRIFTEN DES BUNDES INFOLGE DES BEITRITTS DER REPUBLIK KROATIEN ZUR EUROPÄISCHEN UNION, ZUR ABGABE EINER REGIERUNGSERKLÄRUNG** eingebracht. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Kroatien bereits zu Beginn seiner EU-Mitgliedschaft die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gewährt wird.

Die deutsch-polnische Freundschaft ist für die SPD-Bundestagsfraktion von zentraler Bedeutung. Wir haben deshalb in einer Kleinen Anfrage (17/10189) nach dem **STAND DER UMSETZUNG VON VORHABEN DER DEUTSCH-POLNISCHEN ZUSAMMENARBEIT UND IHRER FÖRDERUNG DURCH DIE BUNDESREGIERUNG** gefragt. Hierbei ist das Augenmerk vor allem auf die Einbeziehung neuer Akteure in den deutsch-polnischen Dialog und ihrer Förderungsmöglichkeit gerichtet.

Im März 2013 haben wir einen fraktionsübergreifenden Antrag (17/12816) für einen **ENTWURF EINES GESETZES ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT VON BUNDESREGIERUNG UND DEUTSCHEM BUNDESTAG IN ANGELEGENHEITEN DER EUROPÄISCHEN UNION (EUZBBG)** eingebracht. Dieses Gesetz wurde notwendig, da das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil im Juni 2012 die Unterrichts- und Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages in Angelegenheiten der Europäischen Union konkretisiert hatte.



INTERNATIONALE POLITIK
**DIE GLOBALISIERUNG
GERECHT GESTALTEN**

AUSSENPOLITIK

In enger Abstimmung mit dem Parteivorstand hat die SPD-Bundestagsfraktion in ihren parlamentarischen Initiativen deutlich gemacht, dass Deutschland wieder zu einem verlässlichen Partner werden muss, der seiner internationalen Verantwortung gerecht wird. **AUßENPOLITIK FÜR DAS 21. JAHRHUNDERT** muss multidimensional sein und als Querschnittsaufgabe immer auch Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik, der Umwelt- und Klimaschutzpolitik, der Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft und Forschung, der Wirtschaftspolitik und vieler anderer gesellschaftlicher und politischer Felder beinhalten.

Kernelement deutscher Außenpolitik muss deshalb eine auf zivilen Elementen basierende **FRIEDENSPOLITIK** sein. Diesem Anspruch werden wir nur mit langfristigen Strategien und Konzepten gerecht. Dazu müssen klare Prioritäten benannt werden und Schwerpunkte neu gesetzt werden. Die politische Leitung des Auswärtigen Amts ist diesem Anspruch in der letzten vier Jahren nicht gerecht geworden. Das Ansehen Deutschlands in der Welt hat darunter gelitten.

Wir wollen die **INSTRUMENTE DER ZIVILEN KRISENPRÄVENTION UND FRIEDENSFÖRDERUNG** systematisch stärken. Ressortübergreifende Strukturen sollen aufgewertet, das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), der Zivile Friedensdienst (ZFD), die Fähigkeiten zur politischen Konfliktvermittlung, der deutsche Beitrag zu internationalen Polizeieinsätzen und die Deutsche Stiftung Friedensforschung ausgebaut sowie die strategische Vernetzung und Abstimmung dieser Instrumente untereinander verbessert werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat gemeinsam mit dem Parteivorstand mehrere internationale **AFGHANISTANKONFERENZEN** durchgeführt. Dies unterstreicht die Ernsthaftigkeit, mit der Fraktion und Partei sich dieses Themas angenommen haben. Es ist uns gelungen, die Mittel für den zivilen Wiederaufbau fast zu verdoppeln. Im Januar 2011 war es wiederum die SPD, die dafür gesorgt hat, dass der Beginn des Abzugs der ersten Bundeswehrsoldaten im Laufe des Jahres 2011 im Mandat festgeschrieben und eine konkrete Abzugsperspektive bis 2014 fest verankert wurde. Afghanistan soll ab 2015 die Verantwortung für seine Sicherheit selbst übernehmen. Damit ist klar, dass die Übergabe an die afghanischen Institutionen ein unumkehrbarer Prozess ist. Wir werden Afghanistan nicht im Stich lassen und auch über 2014 hinaus unterstützen. Die SPD sieht Deutschland weiterhin in der Verantwortung für eine demokratische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung des Landes, in dem die Menschenrechte geachtet werden. Kampfeinsätze der Bundeswehr in Afghanistan werden nach 2014 jedoch der Vergangenheit angehören. Das weitere Engagement muss auf einer kohärenten, ressortübergreifenden und ganzheitlichen Strategie für Friedensförderung und Konflikttransformation basieren.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat den andauernden historischen **UMBRUCH IN DER REGION NORDAFRIKA UND NAHER OSTEN** von Beginn an intensiv begleitet. Bereits im März 2011 haben wir einen Marshall-Plan für den Mittelmeerraum gefordert und kritisiert, dass die bestehenden Kooperationsabkommen mit den Mittelmeerstaaten in zu langwierige und bürokratische Prozesse eingebettet sind. Zudem wurden die Forcierung der Reform staatlicher Strukturen in den Staaten der Region und deren Förderung durch die EU und die Bundesregierung angemahnt. Das betrifft Verfassungsrevisionen, Reformen des Wahlrechts, des Polizei- und Justizwesens und die Durchführung von Wahlen. In einer Fraktionskonferenz, im Gesprächskreis Nahost und in Hintergrundgesprächen sind in den vergangenen zwei Jahren im Dialog mit zahlreichen Politikern der Region Unterstützungsmöglichkeiten für Reformen erörtert und gewährt worden.

Im Frühjahr 2013 hat die SPD-Bundestagsfraktion die Initiative zur **AUFNAHME VON FLÜCHTLINGEN AUS SYRIEN** angestoßen. Die von der Bundesregierung beschlossene Aufnahme von 5.000 Bürgerkriegsflüchtlings kann nur ein erster Schritt sein. Die SPD unterstützt alle internationalen Bemühungen, den blutigen Konflikt in Syrien, der bis Mitte 2013 bereits fast 100.000 Tote gefordert hat, politisch zu lösen. Waffenlieferungen an eine der Bürgerkriegsparteien werden von uns nicht als Beitrag zur Konflikteeskalation betrachtet und daher abgelehnt.

Wir haben einen umfassenden **EUROPÄISCHEN ABRÜSTUNGSVERTRAG** gefordert, der den Rahmen schaffen soll, um taktische Atomwaffen aus Deutschland abzuziehen. Nuklearwaffen haben in Europa nichts mehr verloren. Die Bundesregierung, allen voran Außenminister Westerwelle, haben auf diesem Gebiet außer vollmundigen Ankündigungen nichts erreicht.

Die **RÜSTUNGSEXPORTGENEHMIGUNGEN** in so genannte Drittstaaten sind unter der Schwarz-Gelben Bundesregierung deutlich gestiegen. Unter den Empfängern befinden sich Staaten mit problematischer Menschenrechtslage und einem konfliktgeladenen Sicherheitsumfeld. So wurden 2012 Ausfuhren in die Krisenregion der arabischen Halbinsel im Wert von 1,42 Milliarden Euro genehmigt – das Doppelte von 2011.

Mit der sogenannten Merkel-Doktrin ist diese Bundesregierung dazu übergegangen, Rüstungsexporte mehr und mehr zu einem „normalen“ Instrument ihrer Außenpolitik zu machen. Jedoch weigert sie sich, ihre Entscheidungen öffentlich zu begründen und um-

gibt sich mit dem Mantel der Geheimhaltung und praktiziert damit eine Politik der Intransparenz. Die seit 2000 bestehenden *POLITISCHEN GRUNDSÄTZE FÜR DEN EXPORT VON KRIEGSWAFFEN UND SONSTIGEN RÜSTUNGSGÜTERN* wurden von Schwarz-Gelb systematisch umgangen. Dieser Trend muss gestoppt werden. Wir wollen eine Revision dieser Politik. Dazu braucht es rechtsverbindliche Regelungen, restriktivere Anwendungen und mehr Transparenz. Der Bundestag muss bereits im Vorfeld über anstehende Rüstungsexportentscheidungen informiert werden. Durch eine Begründungspflicht der Regierung gegenüber dem Parlament sollen insbesondere umstrittene Rüstungsexportentscheidungen dem politischen Diskurs unterworfen werden.

Der Einsatz so genannter **KAMPFDROHNEN** (bewaffneter Drohnen) ist in den letzten Jahren international deutlich ausgeweitet worden. CDU-Verteidigungsminister de Maizière hat erklärt, dass die Bundesregierung unabhängig vom Scheitern des Euro-Hawk-Projekts bewaffnete Kampfdrohnen beschaffen wolle. Diese Entscheidung lehnt die SPD ab.

Die SPD hält eine grundsätzliche Diskussion über die Gefährdungen und Kosten, die durch Kampfdrohnen entstanden sind und entstehen, für dringend notwendig. „Gezieltes Töten“ durch Kampfdrohnen in Ländern, mit denen kein Krieg erklärt worden ist, verstößt gegen die UN-Charta und untergräbt die internationale Rechtsordnung. Extralegale Tötungen mit bewaffneten Drohnen stellen einen Verstoß gegen das Völkerrecht dar. Es besteht die akute Gefahr der Proliferation von Kampfdrohnen, das heißt die Gefahr eines neuen gefährlichen Rüstungswettlaufs. Mehr als 80 Staaten besitzen bereits Aufklärungsdrohnen.

Es besteht ein Trend zu einer Automatisierung und Verselbstständigung derartiger Systeme. Die SPD will sich deshalb für eine **VÖLKERRECHTLICHE ÄCHTUNG AUTOMATISierter WAFFENSYSTEME** einsetzen. Wenn die weltweite Aufrüstung von Kampfdrohnen erst im vollen Gange ist, ist es dafür zu spät. Es ist eine breite öffentliche Debatte notwendig, um zu verhindern, dass falsche, gefährliche Weichenstellungen getroffen werden.

Auch in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) hat sich die SPD klar positioniert: AKBP kann nicht einseitig als Instrument verstanden werden, das den Einfluss Deutschlands in der Welt sichert und darauf abzielt, was Deutschland direkt nützt. Diesen Paradigmenwechsel im Konzept der Bundesregierung lehnen wir ab. Für uns bleibt neben Kultur- und Bildungsinitiativen auch der Sport unverzichtbares Instrument einer erfolgreichen AKBP.

SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK

In Deutschland markiert die **AUSSETZUNG DER WEHRPFLICHT** und die überstürzte Strukturreform der Bundeswehr einen tiefen Einschnitt. Die angebliche Jahrhundertreform, noch begonnen unter dem damaligen Verteidigungsminister zu Guttenberg, wurde stümperhaft vorbereitet und überstürzt auf den Weg gebracht. Sein Nachfolger, Verteidigungsminister de Maizière, hat in der Bundeswehr keinen Stein auf dem anderen gelassen.

Mit einem neuen freiwilligen Wehrdienst versucht die Bundesregierung, weiter breite Schichten der Bevölkerung anzusprechen. Doch die angestrebten Zahlen werden nicht erreicht: Zwei Jahre nach Einführung des freiwilligen Wehrdienstes in Deutschland ist die Zahl der Freiwilligen auf ein Rekordtief gestürzt. Nur noch 615 freiwillig Wehrdienstleistende haben im zweiten Quartal 2013 ihren Dienst angetreten, das sind 60% weniger als 2012. Es fehlt an attraktiven Anreizen für junge Menschen. Wir fordern einen konsequenten Ausbau aller Freiwilligendienste mit entsprechenden Angeboten.

Wir haben in mehreren Treffen mit Gewerkschaften und dem Bundeswehrverband und mit einer großen Anfrage zur Bundeswehrreform die laufende Neuausrichtung der Bundeswehr kritisiert. In vielen Bereichen verfügt die Bundeswehr nur noch über eine Grundbefähigung. Falsche Strukturentscheidungen haben falsche Standortentscheidungen nach sich gezogen. Die Reduzierung des Zivilpersonals von 75.000 auf 55.000 Beschäftigte entspricht in keiner Weise dem tatsächlichen Bedarf.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat im Herbst 2011 und im Frühjahr 2013 Konferenzen zu sozialdemokratischen **ERWARTUNGEN UND PERSPEKTIVEN AN DIE EUROPÄISCHE AUßEN- UND SICHERHEITSPOLITIK** durchgeführt, auf der unsere Vorstellungen von den Aufgaben, Strukturen und dem Auftrag einer neuen Bundeswehr formuliert wurden. Auf Initiative der SPD-Fraktion hat der Verteidigungsausschuss eine Studie in Auftrag gegeben, die mögliche Auswirkungen der verlängerten Stehzeiten für Art und Anzahl von posttraumatischen Belastungsstörungen (PBS) und Verhaltensänderungen von Soldaten im Einsatzgebiet untersucht. Dadurch konnten wir Verbesserungen für die Versorgung von im Einsatz verwehrten Soldaten erreichen. Zudem haben wir in einem neuen Anlauf die Situation für die Radarstrahlensopfer von Bundeswehr und NVA verbessert.

UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS EURO-HAWK

Der am 26. Juni 2013 eingesetzte Untersuchungsausschuss hatte den Auftrag, binnen weniger Wochen die Pannen und Versäumnisse des Bundesverteidigungsministeriums und seines Ministers Thomas de Maizière beim Umgang mit dem Euro-Hawk-Projekt aufzuklären. Seit 2008 wurden systematisch Warnungen der nachgeordneten Bereiche ignoriert, die Aufklärungsdrohne würde keine Zulassung für den Luftraum erhalten. Damit war eine reguläre Fluggenehmigung nicht möglich und die Drohne muss am Boden bleiben, nachdem dem Steuerzahler Kosten von 846 Mio. Euro entstanden sind. Untersucht wurde auch die fehlerhafte Informationspolitik des Verteidigungsministers gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit. Hier wurden nicht nur Steuergelder in dreistelliger Millionenhöhe in den Sand gesetzt, sondern auch durch Trickereien der zuständige Haushalts- und Verteidigungsausschuss umgangen.

WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG

Sozialdemokratische Entwicklungspolitik hat das Ziel, **HUNGER UND EXTREME ARMUT IN DER WELT** zu beseitigen. Dieses Ziel beinhaltet verstärktes entwicklungspolitisches Engagement in den am wenigsten entwickelten Ländern und neue Formen der Zusammenarbeit mit den Schwellenländern. Zur Finanzierung halten wir fest am Ziel, 0,7% des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen (ODA-Quote) und haben in den Haushaltsberatungen einen jährlichen Aufwuchs des Entwicklungsetats um eine Milliarde Euro beantragt. Im Regierungsprogramm der SPD ist dieser Weg beschlossen. Gestützt werden soll die Finanzierung zu Teilen auf das Aufkommen aus der von uns seit langem auch im Rahmen der Kampagne **STEUER GEGEN ARMUT** geforderten Finanztransaktionssteuer.

Deutschland wird sein Versprechen, das 0,7-ODA-Ziel bis 2015 zu erreichen, nicht einhalten. Die Verantwortung für den **WORTBRUCH BEI DER ODA-QUOTE** haben allein Bundeskanzlerin Merkel und Entwicklungsminister Niebel zu tragen. Dirk Niebel hat am Ende seiner gesamten Amtszeit von vier Jahren gerade einmal die Hälfte des Mittelaufwuchses von 2009 erreicht, des letzten Jahres sozialdemokratischer Entwicklungsverantwortung.

Die Millenniumsziele MDG sind nur teilweise erreicht worden und die mangelnde Gestaltung der Globalisierung birgt für die Ärmsten

zahlreiche Lebensrisiken. International haben nun zwei parallele Prozesse begonnen: der Post-MDG-Prozess und die Formulierung der auf der Rio+20-Konferenz angeschobenen Nachhaltigkeitsziele SDG mit ökonomischer, sozialer und ökologischer Ausrichtung hin zu einem inklusiven Wachstum. Wir setzen uns mit unserer Bundestagsinitiative dafür ein, dass die Bundesregierung sich aktiv in die Weiterentwicklung und Zusammenführung der MDG und SDG bei den laufenden Konsultationsprozessen der Vereinten Nationen einbringt, um gemeinsam mit der EU einen Zielkatalog für eine nachhaltige Entwicklungsagenda zu vereinbaren.

Sozialdemokratische Entwicklungspolitik wurde in Regierungsverantwortung bis 2009 als globale Strukturpolitik gestaltet. FDP-Minister Niebel hat diesen Pfad verlassen und verstärkt auf bilaterale Maßnahmen und Wirtschaftsförderung gesetzt. Mit dieser Fokussierung auf nationale Projekte und mit dem Verfehlen des 0,7%-ODA-Ziels hat er Deutschlands guten internationalen Ruf in der Entwicklungspolitik verspielt.

Eine Schlüsselrolle, um Hunger und extreme Armut bis zum Jahr 2030 endgültig zu überwinden, wird die **ENTWICKLUNG DER LÄNDLICHEN RÄUME IN DEN ÄRMSTEN LÄNDERN** spielen, denn ca. 75 % der Armen dieser Länder leben auf dem Lande. Mit unserer Initiative im Deutschen Bundestag haben wir gefordert, die ländliche Entwicklung mit einer umfassenden Strategie voranzutreiben, die die Lebens- und Arbeitsbedingungen strukturell verbessert und so dazu beiträgt, trotz ansteigender Weltbevölkerung Ernährung zu sichern, Einkommen in und außerhalb der Landwirtschaft zu schaffen und Ressourcen zu schützen. Der Förderschwerpunkt **LÄNDLICHE ENTWICKLUNG UND ERNÄHRUNGSSICHERUNG** muss finanziell gestärkt und auf die am wenigsten entwickelten Länder konzentriert werden. Voraussetzung für eine starke Landwirtschaft in den Entwicklungsländern sind **FAIRE WELTHANDELSBEDINGUNGEN**, die lokale Märkte vor Dumpingimporten schützen. Ein gerechter Zugang zu Land, Wasser, erneuerbaren Energien muss sichergestellt und landgrabbing verhindert werden. Spekulationen mit Nahrungsmitteln wollen wir mit gezielten Maßnahmen bekämpfen. Eine kohärente Strategie muss Klima- und Umwelaspekte berücksichtigen und sowohl die technische als auch die soziale Infrastruktur stärken, dass heißt sowohl Verkehrs- und Telekommunikationsverbindungen verbessern, als auch Gesundheits-, Bildungs- und soziale Sicherungssysteme ausbauen.

ERNEUERBARE ENERGIEN sind insbesondere in den weitflächigen ländlichen Regionen Afrikas zweckmäßig und gut einsetzbar und dienen dem Klimaschutz. Die klimarelevanten Aufwendungen im Entwicklungshaushalt entsprechen jedoch nicht mehr den Anforderungen. Der internationale Klimaschutz nimmt in der Entwicklungszusammenarbeit einen immer bedeutenderen Platz ein. Regenerative Energien und die nachhaltige Nutzung von Ressourcen müssen gefördert werden. Doch der Anbau von Pflanzen zur Produktion von Biokraftstoffen darf nicht auf Kosten der Nahrungssicherung geschehen. Durch Erneuerbare Energie darf kein Konflikt mit den Zielen sicherer Ernährung, dem Erhalt der Biodiversität und der Tropenwälder sowie des Lebensraums der indigenen Völker entstehen.

Der Kampf um Gleichberechtigung ist noch lange nicht ausgefochten. Die Realität ist erschreckend und bitter – denn Armut, Krankheit und Ausgrenzung haben ein weibliches Gesicht. Mit unseren Initiativen haben wir die **GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE VON FRAUEN** eingefordert: in Bildung und Wissenschaft, in Berufstätigkeit, in Eigentumsrechten, in Familienplanung und natürlich in der politischen Gestaltung ihres Landes und ihrer Gesellschaft. Wir verurteilen jede Gewalt gegen Frauen: in der Familie, in der Gesellschaft, im Krieg und durch Genitalverstümmelung.

Handel und wirtschaftliches Wachstum nehmen eine Schlüsselrolle bei der Armutsbekämpfung ein. In vielen Entwicklungs- und Schwellenländern arbeiten Menschen unter unzumutbaren und unwürdigen Bedingungen. Betroffen hiervon sind viele Frauen und immer noch Kinder. **WIR LEHNEN UNMENSCHLICHE PRODUKTIONSWEISEN AB**, die klar gegen die elementaren Kernarbeitsnormen und die Decent Work Agenda der Internationalen Arbeitsorganisation ILO sowie gegen die internationalen Umweltstandards verstoßen. Bei allen Handels- und Exportvereinbarungen der EU mit Entwicklungsregionen und im Regelwerk der Welthandelsorganisation WTO müssen diese international vereinbarten Mindeststandards eingehalten werden. Das haben wir auch in der 17. Wahlperiode mit Bundestagsinitiativen eingefordert.

In vielen Entwicklungsländern sind **ROHSTOFFE** weiterhin mehr Fluch als Segen. Korruption und Intransparenz prägen das Geschäft zwischen international agierenden Unternehmen und teils undemokratischen Regierungen. Die Rohstoffstrategie der Bundesregierung ist hier bei Transparenzregelungen unzureichend. Deshalb unterstützt die SPD klare verbindliche Offenlegungsregeln vor allem für Rohstoff- und Finanzhandel analog des US-amerikanischen Dodd-Frank-Acts.

KRISENPRÄVENTION und die Zusammenarbeit mit fragilen oder Post-Konflikt-Staaten gehört zu vorausschauender Entwicklungszusammenarbeit. Insbesondere nach dem militärischen Abzug aus Afghanistan wollen wir entwicklungspolitisch Verantwortung wahrnehmen und die Menschen dort wie auch die vor Ort tätigen Nichtregierungsorganisationen nicht im Stich lassen.

Gesundheit ist ein hohes Gut. Deshalb ist der **ZUGANG ZU GESUNDHEITSVERSORUNG** und der Aufbau sozialer Sicherungssysteme eine wichtige entwicklungspolitische Aufgabe, die wir in Initiativen eingefordert haben. Der gemeinsame globale Kampf gegen die drei tödlichen Krankheiten AIDS, Malaria und Tuberkulose ist notwendiger denn je. Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Kürzungen und Umschichtungsmanöver bei internationalen Verpflichtungen hier sowohl für den Globalen Fonds GFATM als auch für Mütter- und Kindergesundheit in der aktiven Ausschussarbeit sowie im Plenum regelmäßig abgelehnt und kritisiert. Sie hat im Antrag zu Gesundheit in Entwicklungsländern neue Initiativen gegen Tuberkulose und Impfungen gegen Malaria gefordert. Dies wird ebenfalls in der Arbeit des Unterausschusses Gesundheit in Entwicklungsländern thematisiert.

EINE WELT – EINE ZUKUNFT – SOZIALDEMOKRATISCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK

Mit unserem Strategiepapier **EINE WELT – EINE ZUKUNFT** setzen wir die Leitplanken für eine zukünftige sozialdemokratische Entwicklungspolitik im Sinne von globaler Strukturpolitik. **AUSGEHEND VON EINEM UMFASSENDEN MENSCHENRECHTSBEGRIFF FORMULIEREN WIR DAS ZIEL, BIS ZUM JAHR 2030 HUNGER UND EXTREME ARMUT ENDGÜLTIG ZU BESEITIGEN**. Dafür wollen wir uns stärker auf die am wenigsten entwickelten Länder konzentrieren. Wir haben 21 zentrale Anforderungen für die moderne Entwicklungszusammenarbeit des 21. Jahrhunderts ausgemacht: Von Bildung, dem Aufbau von Gesundheitssystemen und Infrastruktur, verstärkten Investitionen in die ländliche Entwicklung, Frauenförderung, Erneuerbaren Energien, Aufbau von gerechten Steuersystemen bis zur guten Regierungsführung. Wir wollen soziale Sicherungssysteme in Entwicklungsländern etablieren, für faire Welthandels- und weltweit gute Arbeitsbedingungen unter Einhaltung von verbindlichen sozialen und ökologischen Mindeststandards eintreten und die entwicklungspolitische Friedensarbeit stärken. Bei der Weiterentwicklung der Millenniumsentwicklungsziele und der Zusammenarbeit mit den Nachhaltigkeitszielen werden wir unser Augenmerk besonders auf den Umwelt- und Klimabereich und die Frage von nachhaltigem, inklusivem Wachstum richten.

FRÜHJAHRSEMPFANG 2012:

SPORT IN DEUTSCHLAND –
AKTIV FÜR INTEGRATION UND DEMOKRATIE



Frühjahrsempfang der SPD-Bundestagsfraktion am 20. März 2012 zum Thema Sport. In der ersten Reihe: Thomas Oppermann, MdB, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Mike Hanke, Fußballer, Gerald Asamoah, Fußballer, Sigmar Gabriel, MdB, Parteivorsitzender der SPD, Wolfgang Niersbach, DFB-Präsident, Dr. Reinhard Rauball, DFL-Präsident, Frank-Walter Steinmeier, MdB, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, Sven Voss, ZDF-Moderator (ganz rechts im Bild). | Foto: Bildschön

VERANSTALTUNG

EUROPÄISCHES INDUSTRIEFORUM

Auf Einladung von Frank-Walter Steinmeier kamen im Oktober 2012 rund 150 hochrangige Entscheiderinnen und Entscheider von Unternehmen, Gewerkschaften und Politik aus Deutschland und Europa nach Berlin, um sich über eine zukunftsfähige Industriepolitik in Europa auszutauschen.

WTO-Generaldirektor Pascal Lamy, Louis Gallois, Dieter Zetsche von Daimler, Michael Süß von Siemens, Thomas Enders von EADS, Gérard Mestrallet vom größten französischen Energieversorger GDF Suez, Berthold Huber, Frank Bsirske und viele andere diskutieren mit dem französischen Wirtschafts- und Finanzminister Pierre Moscovici, Peer Steinbrück und mit SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier, wie Europa mit neuer Stärke aus der Krise kommt und sein Modell nachhaltigen Wohlstands global behaupten kann.



Von links nach rechts: Louis Gallois, ehemaliger Chief Executive Officer (CEO) des Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS, Pierre Moscovici, französischer Wirtschafts- und Finanzminister, Frank-Walter Steinmeier, MdB, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, Peer Steinbrück, MdB, Bundesminister a.D. | Foto: Bildschön

VERANSTALTUNG

PLANSPIEL ZUKUNFTSDIALOG 2012

Im Mai 2012 führte die SPD-Bundestagsfraktion erstmals ein PLAN-SPIEL ZUKUNFTSDIALOG für Jugendliche und junge Erwachsene im Deutschen Bundestag durch. Drei Tage lang übernahmen rund 140 Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende aus ganz Deutschland die Rolle von Abgeordneten und entwickelten eigene Vorschläge zu zentralen Zukunftsthemen. Das Planspiel wird auch künftig in regelmäßigen Abständen angeboten.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des PLANSPIELS ZUKUNFTSDIALOG 2012 mit SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier und der Parlamentarischen Geschäftsführerin Petra Ernstberger. | Foto: Bildschön

VERANSTALTUNG

»EIN JAHR NACH ENTDECKUNG DES NSU-TERRORS«

Im November 2012 – und damit ein Jahr nach Entdeckung der rechtsextremen Terrorzelle NSU – hat die SPD-Bundestagsfraktion gemeinsam mit ExpertInnen und der interessierten Öffentlichkeit eine Bestandsaufnahme vorgenommen: Welche Konsequenzen sind nach den Nazi-Morden gezogen worden? Wie muss die Zusammenarbeit von Polizei und Nachrichtendiensten verbessert werden? Was ist zu tun, um Rechtsextremismus wirksam zu bekämpfen?



Sebastian Edathy, MdB, Vorsitzender des 2. Untersuchungsausschusses (Terrorgruppe NSU), Christine Lambrecht, MdB, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann, MdB, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Eva Högl, MdB, Obfrau der SPD-Bundestagsfraktion im 2. Untersuchungsausschuss (Terrorgruppe NSU), Holger Stark, Journalist, Michael Hartmann, MdB, innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. | Foto: Bildschön

AKTION

ZUM EQUAL PAY DAY 2012



Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion demonstrieren beim Equal Pay Day am 23.03.2012 am Brandenburger Tor für gleichen Lohn für Frauen und Männer. | Foto: SPD-Bundestagsfraktion

VERANSTALTUNG

ZUKUNFTSDIALOG



Burkhard Lischka, MdB, bei einer Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion. | Foto: Patryk Witt

VERANSTALTUNG

BETRIEBS- UND PERSONALRÄTEKONFERENZ



Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Anette Kramme bei der Betriebs- und Personalrätekonferenz der Fraktion im Juni 2012. | Foto: Andreas Amann

THEMA

ORGANSPENDE



Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion präsentieren ihre Organspendeausweise. | Foto: Marco Urban

WAHL

DES BUNDESPRÄSIDENTEN



Am Vorabend (17.03.2012) der Wahl des Bundespräsidenten spricht Joachim Gauck in der Sitzung der SPD-Fraktion in der Bundversammlung. Links Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin NRW, rechts Frank-Walter Steinmeier und Thomas Oppermann. | Foto: Bildschön

Beginn	Sitzungen	Dienstag, 19.03.2012	offen: Raum
09:00	AG "Umwelt"		PLH E.700
09:15	AG "Inneres"		PLH 2.300
09:30	AG "Verkehr, Bau u. Stadtentwicklung"		JKH 1.302
09:30	AG "Familie"		JKH 8.554
09:30	AG "Haushalt"		PLH 2.501
09:30	AG "Bildung und Forschung"		PLH E.300
09:30	AG "Arbeit und Soziales"		PLH E.400
09:30	AG "Wirtschaft"		PRIT 2. S. 015
10:00	AG "EU"		PLH 2.600
10:00	AG "Finanzen"		PLH 5.501
10:00	AG "Gesundheit"		PLH 4.200
10:30	AG "Wirtschafts.Arzt"		PLH 1.501
13:00	AG "Petitionen"		DPG
13:30	AG "Menschenrechte"		PLH 2.501

Foto: Patryk Witt

GREMIEN DER FRAKTION
DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION
STAND: 17. WP | 01.01.2011 – 31.12.2011

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

FRAKTIONSVORSITZENDER

Frank-Walter Steinmeier

STELLVERTRETENDE

FRAKTIONSVORSITZENDE

Gernot Erler
 Elke Ferner
 Hubertus Heil
 Ulrich Kelber
 Joachim Poß
 Florian Pronold
 Olaf Scholz (bis 10.03.2011)
 Christine Lambrecht (ab 12.04.2011)
 Axel Schäfer
 Dagmar Ziegler

MITGLIEDER

ERWEITERTER FRAKTIONSVORSTAND (25)

Arndt-Brauer, Ingrid
 Arnold, Rainer
 Barnett, Doris
 Bartol, Sören
 Bätzing-Lichtenthäler, Sabine
 Bas, Bärbel (ab 25.10.2011)
 Bollmann, Gerd Friedrich
 Brandner, Klaus
 Dörmann, Martin
 Drobinski-Weiß, Elvira (ab 25.10.2011)
 Edathy, Sebastian
 Hagedorn, Bettina
 Humme, Christel
 Kofler, Bärbel

Kramme, Anette
 Kressl, Nicolette (bis 25.10.2011)
 Lambrecht, Christine (bis 12.04.2011)
 (vom 12.04.2011–25.10.2011 vakant)
 Lischka, Burkhard (ab 25.10.2011)
 Lösekrug-Möller, Gabriele
 Marks, Caren
 Merkel, Petra
 Raabe, Sascha
 Reimann, Carola
 Rossmann, Ernst Dieter
 Schaaf, Anton (bis 25.10.2011)
 Scheelen, Bernd
 Schulz, Swen
 Wolff, Waltraud

PARLAMENTARISCHE

GESCHÄFTSFÜHRERINNEN

Thomas Oppermann (1. PGF)
 Petra Ernstberger
 Iris Gleicke
 Christian Lange

AUSSCHUSSVORSITZENDE

Sportausschuss:
 Dagmar Freitag
 Haushaltsausschuss:
 Petra Merkel
 Verteidigungsausschuss:
 Susanne Kastner
 Ausschuss für Gesundheit:
 Carola Reimann
 Ausschuss für Bildung und Forschung:
 Ulla Burchardt

STELLVERTRETENDE

AUSSCHUSSVORSITZENDE

Auswärtiger Ausschuss:
 Hans-Ulrich Klose
 Innenausschuss:
 Frank Hofmann
 Ausschuss für Wirtschaft und Technologie:
 Martin Dörmann
 Ausschuss für Familie, Senioren,
 Frauen u. Jugend: Christel Humme
 Ausschuss für Kultur und Medien:
 Angelika Krüger-Leißner

ARBEITSGRUPPENSPRECHER/-INNEN

Nr. ARBEITSGRUPPE

- 1 Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung
- 2 Petitionen
- 3 Außenpolitik
- 4 Inneres
- 5 Sport
- 6 Recht
- 7 Finanzen
- 8 Haushalt
- 9 Wirtschaft und Technologie
- 10 Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- 11 Arbeit und Soziales
- 12 Verteidigung/Sicherheitsfragen
- 13 Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- 14 Gesundheit
- 15 Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- 16 Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- 17 Menschenrechte und humanitäre Hilfe
- 18 Bildung und Forschung
- 19 Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- 20 Tourismus
- 21 Angelegenheiten der Europäischen Union
- 22 Kultur und Medien

SPRECHERIN/SPRECHER

Michael Hartmann (bis 25.10.2011), Sonja Steffen (ab 21.11.2011)
 Klaus Hagemann
 Rolf Mützenich
 Dieter Wiefelspütz (bis 18.10.2011), Michael Hartmann (ab 18.10.2011)
 Martin Gerster
 Christine Lambrecht (bis 10.05.2011), Burkhard Lischka (ab 24.05.2011)
 Nicolette Kressl
 Carsten Schneider
 Garrelt Duin
 Wilhelm Priesmeier
 Anette Kramme
 Rainer Arnold
 Caren Marks
 Karl W. Lauterbach
 Uwe Beckmeyer (bis 18.10.2011), Sören Bartol (ab 18.10.2011)
 Matthias Miersch
 Christoph Strässer
 Ernst Dieter Rossmann
 Sascha Raabe
 Hans-Joachim Hacker
 Michael Roth
 Siegmund Ehrmann

DIE SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETEN

STAND: 17. WP | 01.01.2011 – 31.12.2011

A – Z

A

Arndt-Brauer, Ingrid
Arnold, Rainer

B

Bätzing-Lichtenthäler, Sabine
Barchmann, Heinz-Joachim
Barnett, Doris
Bartels, Dr. Hans-Peter
Barthel (Starnberg), Klaus
Bartol, Sören
Bas, Bärbel
Becker, Dirk
Beckmeyer, Uwe
Binding (Heidelberg), Lothar
Bollmann, Gerd Friedrich
Brandner, Klaus
Brase, Willi
Brinkmann (Hildesheim), Bernhard
Bülow, Marco
Bulmahn, Edelgard
Burchardt, Ulla
Burkert, Martin

C

Crone, Petra

D

Danckert, Dr. Peter
Dörmann, Martin
Drobinski-Weiß, Elvira
Duin, Garrelt

E

Edathy, Sebastian
Egloff, Ingo (ab 11.03.2011)
Ehrmann, Siegmund
Erler, Dr. h.c. Gernot
Ernstberger, Petra
Evers-Meyer, Karin

F

Ferner, Elke
Fograscher, Gabriele
Franke, Dr. Edgar
Freitag, Dagmar
Friedrich, Peter (bis 20.05.2011)

G

Gabriel, Sigmar
Gerdes, Michael
Gerster, Martin
Gleicke, Iris
Gloser, Günter
Gottschalck, Ulrike
Graf (Rosenheim), Angelika
Griese, Kerstin
Groschek, Michael
Groß, Michael
Gunkel, Wolfgang

H

Hacker, Hans-Joachim
Hagedorn, Bettina
Hagemann, Klaus
Hartmann, Michael
Heil (Peine), Hubertus
Hempelman, Rolf
Hendricks, Dr. Barbara
Herzog, Gustav
Hiller-Ohm, Gabriele
Hinz (Essen), Petra
Högl, Dr. Eva
Hofmann (Volkach), Frank
Humme, Christel

J

Juratovic, Josip

K

Kaczmarek, Oliver
Kahrs, Johannes
Kastner, Dr. h.c. Susanne
Kelber, Ulrich
Klingbeil, Lars
Klose, Hans-Ulrich
Körper, Fritz Rudolf
Kofler, Dr. Bärbel
Kolbe (Leipzig), Daniela
Kramme, Anette
Kressl, Nicolette
Krüger-Leißner, Angelika
Kumpf, Ute

L

Lambrecht, Christine
Lange (Backnang), Christian
Lauterbach, Prof. Dr. Dr. Karl
Lemme, Steffen-Claudio
Lischka, Burkhard
Lösekrug-Möller, Gabriele
Lühmann, Kirsten

M

Marks, Caren
Mast, Katja
Mattheis, Hilde
Merkel, Petra
Meßmer, Ullrich
Miersch, Dr. Matthias
Müntefering, Franz
Mützenich, Dr. Rolf

N

Nahles, Andrea
Nietan, Dietmar
Nink, Manfred

Ö

Özoğuz, Aydan

O

Oppermann, Thomas
Ortel, Holger

P

Paula, Heinz
Pflug, Johannes
Poß, Joachim
Priesmeier, Dr. med. vet. Wilhelm
Pronold, Florian

R

Raabe, Dr. Sascha
Rawert, Mechthild
Rebmann, Stefan (ab 23.05.2011)
Reichenbach, Gerold
Reimann, Dr. Carola
Rix, Sönke
Röspel, René
Rossmann, Dr. Ernst Dieter
Roth (Esslingen), Karin
Roth (Heringen), Michael
Rupprecht, Marlene

S

Schaaf, Anton
Schäfer, Axel
Scheelen, Bernd
Schieder (Schwandorf), Marianne
Schieder (Weiden), Werner
Schmidt (Eisleben), Silvia
Schmidt (Aachen), Ulla
Schneider (Erfurt), Carsten
Scholz, Olaf (bis 11.03.2011)
Schreiner, Ottmar
Schulz (Spandau), Swen
Schurer, Ewald
Schwabe, Frank
Schwanholz, Dr. Martin
Schwanitz, Rolf
Schwartz, Stefan
Schwarzlühr-Sutter, Rita
Sieling, Dr. Carsten
Steffen, Sonja
Steinbrück, Peer
Steinmeier, Dr. Frank-Walter
Strässer, Christoph

T

Tack, Kerstin
Thierse, Dr. h.c. Wolfgang
Thönnies, Franz
Tiefensee, Wolfgang

V

Veit, Rüdiger
Vogt, Ute
Volkmer, Dr. Marlies

W

Wicklein, Andrea
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Wiefelspütz, Dr. Dieter
Wolff (Wolmirstedt), Waltraud

Z

Zapf, Uta
Ziegler, Dagmar
Zöllmer, Manfred
Zypries, Brigitte

GREMIEN DER FRAKTION
DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION
STAND: 17. WP | 01.01.2012 – 31.12.2012

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

FRAKTIONSvorsitzender

Frank-Walter Steinmeier

Stellvertreter

FRAKTIONSvorsitzende

Gernot Erler

Elke Ferner

Hubertus Heil

Ulrich Kelber

Joachim Poß

Florian Pronold

Christine Lambrecht

Axel Schäfer

Dagmar Ziegler

MITGLIEDER

ERWEITERTER FRAKTIONSvorstand (25)

Arndt-Brauer, Ingrid

Arnold, Rainer

Barnett, Doris

Bartol, Sören

Bätzing-Lichtenthäler, Sabine

Bas, Bärbel

Bollmann, Gerd Friedrich

Brandner, Klaus

Dörmann, Martin

Drobinski-Weiß, Elvira

Edathy, Sebastian

Hagedorn, Bettina

Humme, Christel

Kofler, Bärbel

Kramme, Anette

Lischka, Burkhard

Lösekrug-Möller, Gabriele

Marks, Caren

Merkel, Petra

Raabe, Sascha

Reimann, Carola

Rossmann, Ernst Dieter

Scheelen, Bernd

Schulz, Swen

Wolff, Waltraud

PARLAMENTARISCHE

GESCHÄFTSFÜHRERINNEN

Thomas Oppermann (1. PGF)

Petra Ernstberger

Iris Gleicke

Christian Lange

AUSSCHUSSvorsitzende

Sportausschuss:

Dagmar Freitag

Haushaltsausschuss:

Petra Merkel

Verteidigungsausschuss:

Susanne Kastner

Ausschuss für Gesundheit:

Carola Reimann

Ausschuss für Bildung und Forschung:

Ulla Burchardt

Stellvertreter

AUSSCHUSSvorsitzende

Auswärtiger Ausschuss:

Hans-Ulrich Klose

Innenausschuss:

Frank Hofmann

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie:

Martin Dörmann

Ausschuss für Familie, Senioren,

Frauen u. Jugend: Christel Humme

Ausschuss für Kultur und Medien:

Angelika Krüger-Leißner

ARBEITSGRUPPENSprecher/-innen

Nr. ARBEITSGRUPPE

1 Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

2 Petitionen

3 Außenpolitik

4 Inneres

5 Sport

6 Recht

7 Finanzen

8 Haushalt

9 Wirtschaft und Technologie

10 Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

11 Arbeit und Soziales

12 Verteidigung/Sicherheitsfragen

13 Familie, Senioren, Frauen und Jugend

14 Gesundheit

15 Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

16 Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

17 Menschenrechte und humanitäre Hilfe

18 Bildung und Forschung

19 Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

20 Tourismus

21 Angelegenheiten der Europäischen Union

22 Kultur und Medien

SPRECHERIN/SPRECHER

Sonja Steffen

Klaus Hagemann

Rolf Mützenich

Michael Hartmann

Martin Gerster

Burkhard Lischka

Nicolette Kressl (bis 31.05.2012), Lothar Binding (ab 12.06.2012)

Carsten Schneider

Garrelt Duin (bis 21.06.2012), Wolfgang Tiefensee (ab 29.06.2012)

Wilhelm Priesmeier

Anette Kramme

Rainer Arnold

Caren Marks

Karl W. Lauterbach

Sören Bartol

Matthias Miersch

Christoph Strässer

Ernst Dieter Rossmann

Sascha Raabe

Hans-Joachim Hacker

Michael Roth

Siegfried Ehrmann

DIE SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETEN

STAND: 17. WP | 01.01.2012 – 31.12.2012

A – Z

A

Arndt-Brauer, Ingrid
Arnold, Rainer

B

Bätzing-Lichtenthäler, Sabine
Barchmann, Heinz-Joachim
Barnett, Doris
Bartels, Dr. Hans-Peter
Barthel (Starnberg), Klaus
Bartol, Sören
Bas, Bärbel
Becker, Dirk
Beckmeyer, Uwe
Binding (Heidelberg), Lothar
Bollmann, Gerd Friedrich
Brandner, Klaus
Brase, Willi
Brinkmann (Hildesheim), Bernhard
Bülow, Marco
Bulmahn, Edelgard
Burchardt, Ulla
Burkert, Martin

C

Crone, Petra

D

Danckert, Dr. Peter
Dörmann, Martin
Drobinski-Weiß, Elvira
Duin, Garrelt (bis 21.06.2012)

E

Edathy, Sebastian
Egloff, Ingo
Ehrmann, Siegmund
Erler, Dr. h.c. Gernot
Ernstberger, Petra
Evers-Meyer, Karin

F

Ferner, Elke
Fograscher, Gabriele
Franke, Dr. Edgar
Freitag, Dagmar

G

Gabriel, Sigmar
Gerdes, Michael
Gerster, Martin
Gleicke, Iris
Gloser, Günter
Gottschalck, Ulrike
Graf (Rosenheim), Angelika
Griese, Kerstin
Groneberg, Gabriele (ab 26.06.2012)
Groschek, Michael (bis 21.06.2012)
Groß, Michael
Gunkel, Wolfgang

H

Hacker, Hans-Joachim
Hagedorn, Bettina
Hagemann, Klaus
Hartmann, Michael
Heil (Peine), Hubertus
Hellmich, Wolfgang (ab 22.06.2012)
Hempelmann, Rolf
Hendricks, Dr. Barbara
Herzog, Gustav
Hiller-Ohm, Gabriele
Hinz (Essen), Petra
Högl, Dr. Eva
Hofmann (Volkach), Frank
Humme, Christel

J

Juratovic, Josip

K

Kaczmarek, Oliver
Kahrs, Johannes
Kastner, Dr. h.c. Susanne
Kelber, Ulrich
Klingbeil, Lars
Klose, Hans-Ulrich
Körper, Fritz Rudolf
Kofler, Dr. Bärbel
Kolbe (Leipzig), Daniela
Kramme, Anette
Kressl, Nicolette (bis 31.05.2012)
Krüger-Leißner, Angelika
Kumpf, Ute

L

Lambrecht, Christine
Lange (Backnang), Christian
Lauterbach, Prof. Dr. Dr. Karl
Lemme, Steffen-Claudio
Lischka, Burkhard
Lösekrug-Möller, Gabriele
Lühmann, Kirsten

M

Marks, Caren
Mast, Katja
Mattheis, Hilde
Merkel, Petra
Meßmer, Ullrich
Miersch, Dr. Matthias
Müntefering, Franz
Mützenich, Dr. Rolf

N

Nahles, Andrea
Nietan, Dietmar
Nink, Manfred

Ö

Özoğuz, Aydan

O

Oppermann, Thomas
Ortel, Holger

P

Paula, Heinz
Pflug, Johannes
Poß, Joachim
Priesmeier, Dr. med. vet. Wilhelm
Pronold, Florian

R

Raabe, Dr. Sascha
Rawert, Mechthild
Rebmann, Stefan
Reichenbach, Gerold
Reimann, Dr. Carola
Rix, Sönke
Röspel, René
Rossmann, Dr. Ernst Dieter
Roth (Esslingen), Karin
Roth (Heringen), Michael
Rupprecht, Marlene

S

Sawade, Annette (ab 01.06.2012)
Schaaf, Anton
Schäfer, Axel
Scheelen, Bernd
Schieder (Schwandorf), Marianne
Schieder (Weiden), Werner
Schmidt (Eisleben), Silvia
Schmidt (Aachen), Ulla
Schneider (Erfurt), Carsten
Schreiner, Ottmar
Schulz (Spandau), Swen
Schurer, Ewald
Schwabe, Frank
Schwanholz, Dr. Martin
Schwanitz, Rolf
Schwartz, Stefan
Schwarzlühr-Sutter, Rita
Sieling, Dr. Carsten
Steffen, Sonja
Steinbrück, Peer
Steinmeier, Dr. Frank-Walter
Strässer, Christoph

T

Tack, Kerstin
Thierse, Dr. h.c. Wolfgang
Thönnies, Franz
Tiefensee, Wolfgang

V

Veit, Rüdiger
Vogt, Ute
Volkmer, Dr. Marlies

W

Wicklein, Andrea
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Wiefelspütz, Dr. Dieter
Wolff (Wolmirstedt), Waltraud

Z

Zapf, Uta
Ziegler, Dagmar
Zöllmer, Manfred
Zypries, Brigitte

VERANSTALTUNGEN

DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION 2011

FRAKTION-VOR-ORT-VERANSTALTUNGEN – 242 VERANSTALTUNGEN
ZU BUNDESPOLITISCHEN THEMEN IN DEN REGIONEN

1. ARBEITSKONFERENZ DEMOGRAFISCHER WANDEL

24.01.

1. LEITMARKTVERANSTALTUNG BREITBAND

09.02.

1. WERKSTATTGESPRÄCH ARBEIT

UNTERNEHMERTUM UND MIGRATION

21.02.

100 JAHRE INTERNATIONALER FRAUENTAG

16.03.

FRAKTION KONTROVERS BRAUCHT POLITIK GEHEIMNISSE?

17.03.

AKTIONEN ZUM EQUAL PAY DAY

25.03.

2. LEITMARKTVERANSTALTUNG MARITIME WIRTSCHAFT

07.04.

FRÜHJAHRSEMPFANG

11.04.

TSCHERNOBYL MAHNT – 25 JAHRE NACH DER KATASTROPHE

13.04.

2. WERKSTATTGESPRÄCH ARBEIT KREATIVWIRTSCHAFT

09.05.

3. WERKSTATTGESPRÄCH ARBEIT

VON DER ARBEITSLOSEN- ZUR BESCHÄFTIGUNGSVERSICHERUNG

23.05.

JUGENDPRESSETAGE

25.-27.05.

LADIES DAY

27.05.

2. ARBEITSKONFERENZ –

METROPOLN IM DEMOGRAFISCHEN WANDEL

06.06.

3. ARBEITSKONFERENZ – STÄDTE IM DEMOGRAFISCHEN WANDEL

27.06.

FACHGESPRÄCH VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT –

REFORMVORSCHLÄGE STEUER-/ABGABENPOLITIK

27.06.

1. BETRIEBS- UND PERSONALRÄTEKONFERENZ

29.06.

FACHGESPRÄCH NEUORDNUNG DER WASSERSTRASSEN

30.06.

HOFFEST

05.07.

4. ARBEITSKONFERENZ – KAHLSCHLAG STOPPEN

06.07.

TAG DER EIN- UND AUSBLICKE

04.09.

SOZIALDEMOKRATISCHE AUßEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

IM 21. JAHRHUNDERT

21.09.

WACHSTUMSDISKURS – WACHSENDE LEBENSQUALITÄT

21.09.

FACKONFERENZ REFORM DER PFLEGEVERSICHERUNG

29.09.

IG METALL GEWERKSCHAFTSTAG

13.10.

SOZIALE STADT – 40 JAHRE STÄDTEBAUFÖRDERUNG

24.10.

2. BETRIEBS- UND PERSONALRÄTEKONFERENZ

26.10.

WERKSTATTGESPRÄCH INFRASTRUKTURKONSENS

31.10.

SYMPOSIUM ENDLAGERUNG

07.11.

GLEICHSTELLUNG – VON DER ZUVERDIENERIN ZUR VERDIENERIN

07.11.

3. LEITMARKTVERANSTALTUNG RAUMFAHRT – QUO VADIS?

09.11.

KONFERENZ DER BEIRÄTE DER WERKSTÄTTEN

FÜR BEHINDERTE MENSCHEN

23.11.

EUROPÄISCHES JAHR DER FREIWILLIGENTÄTIGKEIT

28.11.

MITTELSTANDSPOLITISCHES FRÜHSTÜCK

01.12.

DEMOKRATIEKONGRESS

12.12.

VERANSTALTUNGEN

DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION 2012

FRAKTION-VOR-ORT-VERANSTALTUNGEN – 261 VERANSTALTUNGEN
ZU BUNDESPOLITISCHEN THEMEN IN DEN REGIONEN

DIALOG GLEICHSTELLUNG MIT KOMMUNALEN FRAUENBEAUFTRAGTEN

23.01.

FISHBOWL ERSTER GLEICHSTELLUNGSBERICHT

24.01.

1. WERKSTATTGESPRÄCH BUNDESVERKEHRSWEGEPLANUNG

06.02.

1. JAHRESTAG ARABISCHER FRÜHLING

08.02.

1. ANHÖRUNG MITEINANDER DER GENERATIONEN

IM DEMOGRAFISCHEN WANDEL – WOHNLÖSUNGEN

27.02.

WIRTSCHAFTSEMPFANG

29.02.

2. ANHÖRUNG

MITEINANDER DER GENERATIONEN

IM DEMOGRAFISCHEN WANDEL – KINDER UND FAMILIEN

07.03.

INTERNATIONALER FRAUENTAG

08.03.

EMPFANG ANLÄSSLICH BUNDESVERSAMMLUNG

17.03.

VERKEHRSSICHERHEITSARBEIT

21.03.

AKTIONEN ZUM EQUAL PAY DAY

23.03.

KONFERENZ DEMOGRAFISCHER WANDEL

26.03.

FRÜHJAHRSEMPFANG

26.03.

1. INFRASTRUKTURKONSENS

NACHHALTIGE DASEINSVORSORGE

23.04.

FACHFORUM GUTE ARBEIT

24.04.

RIO +20 – NACHHALTIGKEIT EIN GESICHT GEBEN

25.04.

1. FORTSCHRITTSDISKURS WELCHEN FORTSCHRITT WOLLEN WIR?

25.04.

3. ANHÖRUNG MITEINANDER DER GENERATIONEN

IM DEMOGRAFISCHEN WANDEL – DIENST AM MENSCHEN

07.05.

2. INFRASTRUKTURKONSENS

FLÄCHENDECKENDE VERSORGUNG MIT SCHNELLEM INTERNET

10.05.

GESCHLECHTERGERECHTES STEUERSYSTEM

10.05.

3. INFRASTRUKTURKONSENS MEHR VERKEHR AUF DIE SCHIENE

21.05.

INFOVERANSTALTUNG MIT WAHLKREISMITARBEITER/-INNEN

23./24.05.

QUOTE FÜR FRAUEN IN AUFSICHTSRÄTEN UND VORSTÄNDEN

24.05.

FRAKTION KONTROVERS SCHULDEN, GERECHTIGKEIT, DEMOKRATIE

31.05.

4. ANHÖRUNG MITEINANDER DER GENERATIONEN

IM DEMOGRAFISCHEN WANDEL – LEBENSQUALITÄT

11.06.

1. BETRIEBS- UND PERSONALRÄTEKONFERENZ

13.06.

MITTELSTANDSPOLITISCHES FRÜHSTÜCK

14.06.

NETZPOLITISCHER KONGRESS:

LEBEN UND ARBEITEN IN DER DIGITALEN GESELLSCHAFT

15.06.

LADIES DAY

15.06.

4. INFRASTRUKTURKONSENS ENERGIEINFRASTRUKTUR

25.06.

HOFFEST

26.06.

TAG DER EIN- UND AUSBLICKE

09.09.

BETRIEBSRÄTEKONFERENZ BAHN

10.09.

ZUKUNFTSKONGRESS

14./15.09.

PARLAMENTARISCHER ABEND ANLÄSSL. VER.DI-BUNDESKONGRESS

20.09.

NEUE WEGE FÜR EINE GUTE PFLEGE?

25.09.

INKLUSION IM SPORT

15.10.

2. FORTSCHRITTSDISKURS NACHHALTIGE LEBENSWELTEN

15.10.

EUROPÄISCHES INDUSTRIEFORUM

20.10.

KOMMUNEN UND REGIONEN IM DEMOGRAFISCHEN WANDEL

22.10.

EIN JAHR NACH DER ENTDECKUNG DES NSU-TERRORS

01.11.

DER 4. ARMUTS- UND REICHTUMSBERICHT

08.11.

MINIJOBFALLE

19.11.

KONFERENZ DER BEIRÄTE DER WERKSTÄTTEN

FÜR BEHINDERTE MENSCHEN

21.11.

5. INFRASTRUKTURKONSENS BUNDESVERKEHRSWEGE

26.11.

50 JAHRE ELYSÉE-VERTRAG

28.11.

2. BETRIEBS- UND PERSONALRÄTEKONFERENZ

28.11.

3. FORTSCHRITTSDISKURS NACHHALTIGKEIT, WIE MISST MAN DAS?

28.11.

AUßERORDENTLICHER BUNDESPARTEITAG

09.12.

DEMOKRATIEKONGRESS

10.12.

GEMEINSAMER KULTUREMPFANG MIT DEM SPD-PARTEIVORSTAND

10.12.

EIN JAHR ABSCHLUSSBERICHT SEXUELLER KINDESMISSBRAUCH

11.12.

WAS UNS ZUSAMMENHÄLT – EIN BLICK AUF DIE WERTEUNION EUROPA

12.12.

WERKSTATTGESPRÄCH ZUKUNFT DER INDUSTRIELLEN ARBEIT

22.11.

INTEGRATIONSPOLITIK – WAS IST DEUTSCH IM 21. JAHRHUNDERT?

25.11.

WERKSTATTGESPRÄCH PREKÄRE ARBEIT

29.11.

BETRIEBS- UND PERSONALRÄTEKONFERENZ

01.12.

EIN JAHR SCHWARZ-GELBE ENTWICKLUNGSPOLITIK

15.12.

EUROPA: WIR PACKENS AN.

16.12.

VERÖFFENTLICHUNGEN

DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION 2011

BROSCHÜREN

Die SPD-Fraktion im Überblick

Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb

Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag

Gleichberechtigt miteinander leben

Fraktion kompakt

Aktive Wirtschaftspolitik

ZEITUNG

Gute Arbeit – ArbeitnehmerInnenzeitung

6 Ausgaben 01–06/2011

INFORMATIONSDIENST

Fraktion Intern – Informationsdienst der SPD-Bundestagsfraktion

9 Ausgaben 01–09/2011

FALTBLÄTTER

REIHE *UNSER PROJEKT HEIßT ZUKUNFT*

- Neuer Konsens für eine moderne Infrastruktur
- Miteinander der Generationen
- 40 Jahre BAföG
- Unser Projekt heißt Zukunft
- Integration heißt Zusammenhalt und Fortschritt

REIHE *UNSERE HANDSCHRIFT*

- Organspende – Entscheidung für das Leben
- Missbrauch der Leiharbeit bekämpfen
- Flagge zeigen für die maritime Wirtschaft
- Gleichstellung im Beruf durchsetzen
- Unsere Gesundheit braucht Solidarität

REIHE *SCHWARZ-GELB*

- Tschernobyl mahnt, Japan bestätigt
- Ende der Solidarität im Gesundheitssystem
- Soziale Brennpunkte ins Abseits gestellt

VERÖFFENTLICHUNGEN

DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION 2012

BROSCHÜREN

REIHE *UNSER PROJEKT HEIßT ZUKUNFT*

- Das Menschenrecht auf Inklusive Bildung endlich verwirklichen
- Deutschland 2020: So wollen wir morgen leben
- Reboot Arbeit, update Urheberrecht, bildet soziale Netzwerke!
- Menschen mit Behinderungen haben die gleichen Rechte! (in leichter Sprache)
- Arbeit sichern, Wege öffnen
- Für gute Verbraucherpolitik sorgen
- Sozialdemokratische Industriepolitik

FALTBLÄTTER

REIHE *UNSER PROJEKT HEIßT ZUKUNFT*

- Die „Augen-zu-und-durch-Methode“ in Gorleben
- Verbraucher auf dem Finanzmarkt stärken
- Ein neuer Anlauf zur Bändigung der Finanzmärkte
- Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe stärken
- Planspiel Zukunftsdialog 2013
- Das Urheberrecht in der digitalen Welt
- Fracking nur unter strengen Auflagen zulassen
- Gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit Behinderung
- Wie wollen Sie leben?

REIHE *SCHWARZ-GELB*

- Ein Jahr nach Fukushima

DOKUMENTE

- 1/11 Afrika als Partner
- 2/11 Wege aus der Kinderarmut
- 3/11 Tschernobyl, Fukushima und die Folgen

POSITIONEN

- 1/11 Deutschland 2020: Vollbeschäftigung, Fortschritt, Lebensqualität im neuen Jahrzehnt
- 2/11 Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention – Herausforderung und Chance für eine inklusive Gesellschaft



ZEITUNG

- Gute Arbeit – ArbeitnehmerInnenzeitung
- 7 Ausgaben 01–07/2012

INFORMATIONSDIENST

- Fraktion Intern – Informationsdienst der SPD-Bundestagsfraktion
- 8 Ausgaben 01 – 08/2012

DOKUMENTE

- 1/12 Grundlagen der sozialdemokratischen Lateinamerikapolitik
- 2/12 Parlamentarische Positionen zu Europa
- 4/12 Klimawandel, Ernährungssicherheit und Biodiversität
- 5/12 Das Menschenrecht auf Inklusive Bildung in Deutschland endlich verwirklichen
- 6/12 Nachfragemacht im Einzelhandel
- 7/12 Verkehrssicherheitsarbeit in der Praxis

POSITIONEN

- 1/12 Den UN-Vertrag über die Rechte von behinderten Menschen umsetzen. – Was ist wichtig in einer Gesellschaft für alle Menschen?
- 2/12 Sozialdemokratische Industriepolitik
- 3/12 Gutes Leben, Gute Innovationen, Gute Arbeit
- 4/12 Fachkräfte sichern und Aufstieg ermöglichen



SPD

Fotos: clipdealer.de

SPD-JAHRBUCH 2011 – 2012

DIE SPD-ABGEORDNETEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT



SPD-ABGEORDNETE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT



Der neue Vorstand. V.l.n.r.: Constanze Krehl, Norbert Glante, Jens Geier, Udo Bullmann, Jutta Steinruck | Foto: EP

WAHLEN –

IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT UND IN DER SPD-DELEGATION

Traditionell wählt das Europäische Parlament zur Hälfte seiner Legislaturperiode seine wichtigsten politischen Funktionsträger neu.

So wurde am 17. Januar 2012 mit **MARTIN SCHULZ** nach 15 Jahren wieder ein deutscher Sozialdemokrat zum **PRÄSIDENTEN DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS** gewählt. Er wird dieses Amt bis zum Ende der Legislaturperiode im Juni 2014 innehaben. Zuvor war Martin sieben-einhalb Jahre Vorsitzender der S&D-Fraktion. Zu seinem Nachfolger als **S&D-FRAKTIONSVORSITZENDER** wurde der österreichische Sozialdemokrat **HANNES SWOBODA** gewählt.

Der seit 2004 amtierende Vorsitzende der SPD-Europaabgeordneten **BERNHARD RAPKAY** kandidierte erfolgreich für den S&D-Fraktionsvorstand und ist nunmehr als **STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDER** verantwortlich für Kommunikation und die Interinstitutionellen Beziehungen.

Anfang Februar 2012 bestimmte die **SPD-DELEGATION** turnusgemäß ihren Vorstand. Zu ihrem neuen **VORSITZENDEN** wählte sie den hessischen Europaabgeordneten **UDO BULLMANN**. Er war zuvor Koordinator der Fraktion im Ausschuss für Wirtschaft und Währung sowie stellvertretender Vorsitzender der SPD-Delegation. Zu seinen **STELLVERTRETER/-INNEN** wurden die Abgeordneten **CONSTANZE KREHL**, **JENS GEIER** und **NORBERT GLANTE** gewählt. **JUTTA STEINRUCK** wählte die Delegation erneut zu ihrer **SCHATZMEISTERIN**.

Einen Wechsel gab es auch im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit. Neuer Vorsitzender ist jetzt der SPD-Europaabgeordnete **MATTHIAS GROOTE**. Er tritt die Nachfolge von **JO LEINEN** an, der in der ersten Hälfte der Legislaturperiode den Vorsitz innehatte.

DIE EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE –

STÄRKUNG DER EUROPÄISCHEN ÖFFENTLICHKEIT DURCH GRENZÜBERSCHREITENDE WILLENSBILDUNG

Mit dem Vertrag von Lissabon wurde eine neue Form der demokratischen Partizipation eingeführt – die Europäische Bürgerinitiative.

Sie verleiht den Menschen in Europa seit dem 1. April 2012 das Recht, die Europäische Kommission zum gesetzgeberischen Handeln aufzufordern. Die Bürgerinitiative leistet einen wichtigen Beitrag, um zu einer Europäisierung der politischen Debatten in den Mitgliedstaaten zu gelangen. Damit sie erfolgreich in Gang gesetzt werden kann, bedarf es zunächst der Bildung eines Bürgerausschusses mit einem offiziellen Vertreter und dessen Stellvertreter als Kontaktpersonen für das weitere Verfahren. Der Bürgerausschuss muss wiederum aus mindestens sieben Unionsbürgern bestehen, die ihren Wohnsitz in mindestens sieben verschiedenen Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben. So wird gewährleistet, dass die organisatorische Leitung einer Initiative nicht nur Menschen aus einem einzigen Mitgliedstaat obliegt. Während der Ausarbeitung der Durchführungsverordnung zur Europäischen Bürgerinitiative wurde intensiv darüber diskutiert, welche Rolle den Abgeordneten, den Parteien und anderen Organisationen im Verfahren zukommen soll. Am Ende einigte man sich darauf, ihre Einflussmöglichkeiten zu begrenzen, um zu verhindern, dass insbesondere Lobbyverbände das Instrument singulär für ihre Zwecke einsetzen. Nichtregierungsorganisationen und Parteien können eine Initiative deshalb zwar unterstützen, sie jedoch nicht leiten. Mitglieder des Europäischen Parlaments hingegen können dem Bürgerausschuss angehören, sie werden aber nicht als erforderlicher Vertreter im Sinne der Bürgerinitiative gewertet. Die Beteiligung von Menschen aus mehreren Mitgliedstaaten – die Wahrung der europäischen Dimension – spielt auch bei der anschließenden Sammlung der Unterschriften eine große Rolle. Insgesamt müssen mindestens eine Million Unterschriften zusammenkommen, damit die Bürgerinitiative erfolgreich ist. Dann findet eine Anhörung im Europäischen Parlament statt, an der die Initiatoren und die Kommission teilnehmen. Anschließend prüft die Kommission die Initiative und verabschiedet eine entsprechende Mitteilung. Zwar ist sie rechtlich nicht dazu verpflichtet, tatsächlich ein Gesetzgebungsvorhaben zum Thema auf den Weg zu bringen, jedoch kann durch die erfolgreiche Initiative erheblicher öffentlicher und politischer Druck entstehen, der die Kommission letztendlich zum Handeln zwingt. Die Bürgerinitiative ist durch die konkrete Ausgestaltung des Unterschriftenquorums sowie die länderübergreifende Definition der Mitglieder im Bürgerausschuss darauf angelegt, transeuropäische Anliegen zum Thema zu haben. Zudem werden die Organisatoren und Unterstützer einer Initiative sich transnational organisieren müssen, um erfolgreich sein zu können. Derar-

tige Verbindungen sind geeignet, sich langfristig zu verfestigen und zu institutionalisieren, was ebenfalls zur Herausbildung einer europäischen Identität beiträgt. Wenn sich Millionen von Bürgern aus mindestens sieben Mitgliedstaaten für ein politisches Anliegen einsetzen, ist auch von einer positiveren medialen Berichterstattung auszugehen. Binnen weniger Monate nach dem Inkrafttreten der Bürgerinitiative wurden bei der Europäischen Kommission bereits zahlreiche Vorschläge für Gesetzgebungsvorhaben angemeldet. Eine davon, die Initiative *FRATERNITÉ 2020 – MOBILITY. PROGRESS. EUROPE.*, fordert eine Ausweitung des Erasmus-Programms, also jenes Instruments, das bisher entscheidend zur Integration der europäischen Völker beigetragen hat. Die Europäische Bürgerinitiative alleine ist mit Sicherheit nicht ausreichend, einen europäischen Demos herauszubilden, doch ist sie ein nicht zu unterschätzender Beitrag zur Stärkung der europäischen Öffentlichkeit durch die Schaffung einer neuen Möglichkeit zur grenzüberschreitenden politischen Willensbildung.

VERANSTALTUNGEN

- Gastgeber der Sprecherkonferenz Migration und Integration (31.03.–01.04.2011) der SPD-Fraktion(en) des Abgeordnetenhauses, der Bürgerschaften und Landtage sowie der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament in Brüssel
- Delegationsreise nach Bratislava, u.a. zur aktuellen politischen Situation in der Slowakei, EU-wirtschaftliche Fragen, Finanztransaktionssteuer (14.04.–16.04.2011)
- Infostand der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament auf dem Bundesparteitag in Berlin (04.–06.12.2011)
- Veranstaltung zur zukünftigen EU-Kohäsionspolitik für die SPD-Fachpolitiker aus den Bundesländern (23.–24.04.2012)

VERÖFFENTLICHUNGEN VON BROSCHÜREN

- **DIE NEUE EUROPÄISCHE VERBRAUCHERSCHUTZRICHTLINE** – Infolyer 2011
- **EUROPA STEHT AUF DEM SPIEL** – Infolyer zur aktuellen Finanzkrise 2011
- **EUROPAS VIELFALT ERKUNDEN** – JUGEND- UND BILDUNGSPROGRAMME DER EU – Broschüre 2011
- **HORIZONT 2020 – EUROPÄISCHE FORSCHUNGSPOLITIK** – Infolyer 2011
- **INTEGRIERTE UND NACHHALTIGE INDUSTRIEPOLITIK** – Broschüre 2011
- **WIR 23 FÜR EIN STARKES, GERECHTES, SOZIALES EUROPA** – Infolyer und Broschüre, aktualisierte Neuauflage 2012



EINHEITLICHER EUROPÄISCHER ZAHLUNGSRAUM (SEPA) AB 2014

Spätestens zum 1. Februar 2014 werden nationale Überweisungen und Lastschriften im europäischen Zahlungsraum (SEPA – Single European Payments Area) harmonisiert. Kostspielige und langwierige Auslandsüberweisungen innerhalb der EU gehören dann der Vergangenheit an. Das neue EU-System SEPA leistet einen wichtigen Beitrag zur Förderung der europäischen Mobilität, indem es bestehende Schranken beim bargeldlosen grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr in der EU abbaut. Das Projekt trägt somit wirkungsvoll zur Integration Europas bei, indem es die Vollendung des EU-Binnenmarkts vorantreibt – ein Kernziel des europäischen Integrationsprozesses.

Der harmonisierte Zahlungsverkehrsbinnenmarkt wird mit der sogenannten SEPA-Verordnung möglich. Sie ist Ende März 2012 in Kraft getreten. Während dieser Rechtsakt die konkrete Umsetzung des Projekts regelt, bildet die bereits 2007 beschlossene SEPA-Richtlinie den dafür nötigen Rechtsrahmen. Auf Grundlage dieser beiden Gesetze wird es zukünftig bei Überweisungen, Lastschriften oder Kartenzahlungen keine Unterschiede mehr zwischen Zahlungen in Euro im Inland oder in anderen europäischen Staaten geben. Inländische Überweisungen und Lastschriften werden ab Februar 2014 durch europäische SEPA-Überweisungen und SEPA-Lastschriften ersetzt. Mit dieser Umstellung werden grenzüberschreitende Transaktionen wie Kartenzahlungen und Lastschriften keine zusätzlichen Kosten mehr verursachen. Fortan wird ein einziges Konto in einem EU-Mitgliedsstaat bei einer beliebigen Bank ausreichen, um alle europaweiten Bankgeschäfte abzuwickeln. Das gilt sowohl für Privatleute als auch für Unternehmen. Die Verordnung legt zudem fest, dass bereits seit 2012 eine SEPA-Überweisung innerhalb eines Tages dem Empfänger gutgeschrieben werden muss.

Aus sozialdemokratischer Sicht ist dieses Projekt ein großer Erfolg, dem allerdings zähe Verhandlungen zwischen Parlament, Kommission und Ministerrat vorangingen. So enthielt der ursprüngliche SEPA-Kommissionsentwurf große Schwächen hinsichtlich des Verbraucherschutzes. Für uns stand fest, dass ein harmonisierter Zahlungsverkehrsbinnenmarkt nur dann erstrebenswert ist, wenn der Verbraucherschutz höchste Priorität genießt. Die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament hatte deshalb eine Reihe von Änderungsanträgen in die Beratungen eingebracht. Die Anträge umfassten unter anderem eine kundenfreundliche SEPA-Umstellung, eine einfachere Handhabung der neuen europaweiten Kontonummer und Bankleitzahl sowie eine Vereinfachung des Widerspruchsrechts bei Fehlbuchungen.

In den Verhandlungen haben wir erfolgreich durchgesetzt, dass die Altmandate bei Lastschriften (Einzugsermächtigungen) gültig bleiben, einschließlich des bedingungslosen Widerrufsrechts. Das bedeutet nicht nur mehr Schutz und Sicherheit für Verbraucherinnen und Verbraucher, sondern auch für Vereine, Organisationen und die Finanzindustrie. Zudem sind auf Druck unserer Fraktion Banken ausdrücklich verpflichtet worden, ihre Kunden umfassend über das neue System zu informieren. Auch konnten Verbesserungen bei der Handhabung der neuen Kontonummer erreicht werden. Die bereits bei Auslandsüberweisungen zum Einsatz kommende 22-stellige IBAN wird die bekannte Kontonummer und Bankleitzahl ab dem 1. Februar 2014 ablösen. Diese Nummer besteht aus einem Ländercode (für Deutschland DE), einer zweistelligen Prüfziffer und daran anschließend werden die bekannte Bankleitzahl und die alte Kontonummer angefügt. Das heißt, neues Element in der Zifferabfolge ist lediglich die zweistellige Prüfnummer. Die internationale Bankleitzahl BIC (Bank Identifier Code) muss nach dem 1. Februar 2014 für Inlandszahlungen und nach dem 1. Februar 2016 für grenzüberschreitende

Transaktionen in EU-Mitgliedstaaten NICHT mehr angegeben werden. In wenigen Ausnahmefällen dürfen Mitgliedstaaten bis 2016 noch auf die nationalen Systeme zurückgreifen.

Der einheitlichen europäischen Zahlungslandschaft werden sich neben den 27 EU-Mitgliedstaaten noch weitere Länder und Gebiete anschließen: Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz, Monaco, Mayotte, Saint-Pierre sowie Miquelon. Allerdings müssen die Banken der SEPA-Länder, die nicht Mitglied der EU sind, das neue System erst ab November 2016 umsetzen. Daraus ergibt sich zukünftig ein über die EU hinausgehender harmonisierter Zahlungsverkehrsmarkt, der für Bürgerinnen und Bürger der EU viele Vorteile bringt.

FINANZTRANSAKTIONSSTEUER –

WICHTIGES ELEMENT ZUR WIRTSCHAFTLICHEN STABILITÄT IN EUROPA

Die Einführung der Finanztransaktionssteuer ist eine seit langem maßgeblich von den Europäischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erhobene Forderung. Ihre Einführung wäre ein wichtiger Baustein zur Schaffung neuer Regeln für faire Finanzmärkte. Zum einen könnten auf diesem Wege volkswirtschaftlich schädliche Spekulationen eingedämmt werden und zum anderen würde endlich auch der Finanzsektor maßgeblich an den Kosten der Krise beteiligt. Darüber hinaus könnten die erwarteten Milliardenereinnahmen aus dieser Steuer dazu dienen, die Haushalte zu konsolidieren und die in weiten Teilen Europas dringend notwendigen Investitionen für mehr Wachstum zu tätigen.

Das Europäische Parlament hatte sich bereits im März auf Initiative der Sozialdemokraten für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ausgesprochen. Als dann im September die Europäische Kommission ihre langjährige Blockade aufgab, endlich die Idee aufgriff

und einen entsprechenden Vorschlag unterbreitete, war ein wichtiger Etappensieg errungen. Der Kommissionsvorschlag sieht u.a. vor, Aktien und Anleihen ab 2014 mit 0,1 Prozent zu besteuern. Für Termingeschäfte würden demnach 0,01 Prozent fällig. Laut der Europäischen Kommission ließen sich hiermit bis zu 57 Milliarden Euro pro Jahr einnehmen. Sie könnten teilweise dem EU-Haushalt zufließen und so die Beiträge der einzelnen Mitgliedstaaten reduzieren. Ausgenommen vom Anwendungsbereich der Finanztransaktionssteuer sind Hypotheken, Kredite, Versicherungsverträge und andere „normale“ Finanztätigkeiten von Privatpersonen oder Unternehmen. Finanzspekulantinnen hingegen, die zum Teil weltweit mit Milliarden-Eurobeträgen hantieren, sollen an den Krisenkosten nun auch wirklich beteiligt werden.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament sind davon überzeugt, dass eine Finanztransaktionssteuer mit dazu beiträgt, wieder eine gesunde Balance zwischen Finanzwirtschaft und Realwirtschaft herzustellen.

Für den Fall, dass es im Rat keinen einstimmigen Beschluss über die Einführung einer Finanztransaktionssteuer geben sollte (Vorbehalte vor allem bei UK), sprechen sich die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im EP dafür aus, die Steuer dann im Wege des *VERFAHRENS DER VERSTÄRKTEN ZUSAMMENARBEIT* einzuführen. Danach könnten die befürwortenden Mitgliedstaaten eine entsprechende Steuer auch ohne die übrigen Mitglieder einführen. Die Steuer würde dann zunächst zwar nur in diesen Staaten gelten und kann auch nur eingeführt werden, wenn mindestens neun Mitgliedstaaten teilnehmen. Der erste Schritt wäre aber getan und könnte Signalwirkung entfalten. Eine spätere Teilnahme ist den derzeit noch blockierenden Staaten jederzeit möglich.



SPD



Foto: Bundes-SGK / F. Strangmann

SPD-JAHRBUCH 2011 – 2012

*SOZIALDEMOKRATISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOMMUNALPOLITIK
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND E.V. (BUNDES-SGK)*

SOZIALDEMOKRATISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOMMUNALPOLITIK IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND E.V. (BUNDES-SGK)



SPD: DIE KOMMUNALPARTEI

Als der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel bei der Delegiertenversammlung der Bundes-SGK im November 2010 in Bremen über die Kernpunkte und Perspektiven einer sozialdemokratischen Politik für die kommenden Jahre sprach, lag die letzte Bundestagswahl ein gutes Jahr zurück.

Zuvor hatte die SPD auf ihrem Dresdner Parteitag zu neuer Geschlossenheit und einem neuen Kurs gefunden. In Bremen machte der Parteivorsitzende deutlich, dass den Kommunen und der Kommunalpolitik dabei eine Schlüsselrolle zukommt und die SPD dies inhaltlich wie organisatorisch künftig noch stärker zur Geltung bringen wird. Er knüpfte damit an sozialdemokratische Erfolge in der großen Koalition an, wie etwa dem kommunalen Investitionsprogramm als Bestandteil des Konjunkturpaketes II. Und seitdem fand dieser Kurs seinen Niederschlag in einer Reihe weiterer Entscheidungen, bei denen die SPD auch aus ihrer Oppositionsrolle im Bundestag heraus die Politik im Interesse der Kommunen prägte. Wichtig waren dabei stets das enge Zusammenspiel von Partei, Bundestagsfraktion, den sozialdemokratischen Regierungen in den Ländern, der Bundes-SGK und unseren Vertreterinnen und Vertretern in den kommunalen Spitzenverbänden.

ENGE KOOPERATION:

PARTEIVORSTAND, BUNDESTAGSFRAKTION UND BUNDES-SGK

Mit dem KOMMUNALBEIRAT hat die SPD auf Initiative des Parteivorstands dafür ein Gremium eingerichtet, in dem die SPD-Spitze mit ehren- und hauptamtlichen SPD-Kommunalpolitikerinnen und -kommunalpolitikern aus den Führungsgremien der Kommunalen Spitzenverbände und der Bundes-SGK politische Initiativen und ihre Auswirkungen auf die Kommunen erörtert und Verabredungen über Positionierungen der SPD im Hinblick auf die Kommunen trifft.

Auf dem ordentlichen Bundesparteitag im Dezember 2011 wurde der KOMMUNALBEIRAT im Zuge der Organisationsreform auch im Organisationsstatut der SPD verankert.



Stephan Weil, Vorsitzender der Bundes-SGK bis Februar 2013, der neue Vorsitzende der Bundes-SGK (ab Februar 2013) Norbert Bude, Oberbürgermeister der Stadt Mönchengladbach, Vorsitzender des Städtetages NRW, und Dr. Alexander Götz, Geschäftsführer der Bundes-SGK seit Oktober 2011. | Foto: Bundes-SGK/D. Bleicker

Der KOMMUNALBEIRAT tagte in 2011 und 2012 insgesamt dreimal. Sigmar Gabriel, der den Vorsitz des Kommunalbeirates übernommen hat, betonte in den Sitzungen, dass die SPD mit der Einrichtung des KOMMUNALBEIRATS und der regelmäßigen Beratung zwischen den Spitzen der sozialdemokratischen Bundes- und Kommunalpolitik eine enge Abstimmung der Ebenen gewährleiste. Er lege Wert darauf, dass es sich dabei nicht um eine bloße Kommunikationsroutine handle. Ziel sei es, den von ihm so benannten „Kommunal-TÜV“ mit Leben zu erfüllen, da alle wichtigen Vorhaben der Sozialdemokratie nur mit Hilfe leistungsfähiger Kommunen umgesetzt werden könnten. Deshalb dürften künftig keine Beschlüsse von Partei und Fraktion erfolgen, ohne dass zuvor ihre Auswirkungen auf die kommunale Ebene abgeschätzt und die Voraussetzungen erörtert worden seien.



Sigmar Gabriel, Vorsitzender der SPD, beim SPD-Abend im Rahmen der Hauptversammlung des Deutschen Städtetags im Mai 2011 in Stuttgart. | Foto: DEMO/F. Kraufmann

Mit der weiteren Stärkung der Kommunalpolitik in der SPD wurde die traditionell enge und intensive Zusammenarbeit zwischen der Bundes-SGK und dem SPD-Parteivorstand weiter verbessert. Überall dort, wo es inhaltliche Bezüge gibt, werden Vertreterinnen und Vertreter der Bundes-SGK in die Arbeit des SPD-Parteivorstands einbezogen.

Die Bundes-SGK wirkte in verschiedenen Gremien des SPD-Parteivorstands mit. Dazu zählen z.B. der Gesprächskreis „Verkehr“ und der Gesprächskreis *STADTENTWICKLUNG UND WOHNEN* unter der Leitung des stellv. Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Florian Pronold, MdB, sowie die AG „Humanitäre Flüchtlingspolitik“ unter Leitung von Ralf Stegner oder auch die Europapolitische Kommission unter dem gemeinsamen Vorsitz des stellv. Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Axel Schäfer, MdB, und des Vorsitzenden der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament, Udo Bullmann, MdEP.



Dr. Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. | Foto: Bundes-SGK/F. Strangmann

Unter Leitung des Bundestagsabgeordneten Bernd Scheelen, der auch Mitglied des Vorstands der Bundes-SGK ist, werden darüber hinaus in der Arbeitsgruppe *KOMMUNALPOLITIK* der SPD-Bundestagsfraktion alle Themen mit kommunalem Bezug, die im Bundestag beraten werden, auf ihre Auswirkungen auf die Städte, Gemeinden und Kreise abgeklöpft, Anregungen aufgegriffen und in Initiativen zur Änderung von Gesetzesvorhaben oder für Anträge im Bundestag umgesetzt. Auch



Dr. Alexander Götz, Kirsten Lüthmann MdB, Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion im Unterausschuss „Kommunales“ des Deutschen Bundestages, Bernd Scheelen, MdB, Sprecher der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, Vorsitzender des Unterausschusses *KOMMUNALES* des Deutschen Bundestages, auf dem SPD-Bundesparteitag 2011 in Berlin. | Foto: Bundes-SGK/P. Hamon



Detlef Raphael, Geschäftsführer der Bundes-SGK von 1998 bis September 2011, bei seiner Verabschiedung im Willy-Brandt-Haus, Joachim Poß, MdB, stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, Bernd Scheelen, MdB, Manuela Schwesig, Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales des Landes Mecklenburg-Vorpommern, stellv. Vorsitzende der SPD, und Stephan Weil (v.l.n.r.) | Foto: Bundes-SGK/D. Blecker

mit dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Frank-Walter Steinmeier, und seinen stellvertretenden Vorsitzenden besteht ein regelmäßiger Austausch. So wirken Frank-Walter Steinmeier, Joachim Poß und Florian Pronold direkt im *KOMMUNALBEIRAT* der SPD mit.

Diese enge Kooperation auf der sozialdemokratischen Ebene wird ergänzt durch vielfältige Kontakte und eine enge Zusammenarbeit mit den für die Kommunalpolitik wichtigen gesellschaftlichen Organisationen und Verbänden, insbesondere natürlich zu den drei kommunalen Spitzenverbänden. Deren führende Vertreter Christian Ude, Präsident des Deutschen Städtetages, Roland Schäfer, Erster Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, und Bernhard Reuter, Vizepräsident des Deutschen Landkreistages, wirken auch im Vorstand der Bundes-SGK mit, ebenso wie Dr. Ulrich Maly, Vertreter des Präsidenten und Sprecher der SPD-Gruppen im Deutschen Städtetag.

Mehr denn je können wir also heute sagen, dass sich die SPD als die Kommunalpartei in Deutschland profiliert hat, die wie keine andere die Belange von Städten, Gemeinden und Kreisen im Blick hat. Nicht umsonst werden inzwischen 22 der größten 30 Städte von sozialdemokratischen Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern regiert.



Christian Ude, Oberbürgermeister der Stadt München, Präsident des Deutschen Städtetags. | Foto: Bundes-SGK/D. Bleicker



Bernhard Reuter, Landrat des Landkreises Göttingen, Vizepräsident des Deutschen Landkreistages, bei der Fachkonferenz *ENTWICKLUNGSSCHANCEN LÄNDLICHER RÄUME* im Juni 2012 in Göttingen. Foto: Bundes-SGK/T. Rosenthal



Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Vertreter des Präsidenten und Sprecher der SPD-Gruppen im Deutschen Städtetag. Foto: DEMO/F. Kraufmann

ERFOLG BEI DER STABILISIERUNG DER KOMMUNALFINANZEN

Einen Meilenstein der gemeinsamen Politik für die Kommunen markiert die Einigung im Vermittlungsausschuss zum SGB II Anfang

2011. Hier wurde auf Betreiben der SPD vereinbart, dass der Bund schrittweise und ab 2014 vollständig die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit übernimmt, um die Kommunen von Sozialausgaben zu entlasten. Die erste Stufe dieses Beschlusses – eine 45-prozentige Übernahme – wurde schon 2012 realisiert und führte zu einer spürbaren Verbesserung der kommunalen Finanzlage. Die Bundes-SGK und vor allem ihr langjähriger Geschäftsführer Detlef Raphael haben an diesem Erfolg maßgeblich mitgewirkt. In der Folge war es dann freilich noch einmal notwendig, die schwarz-gelbe Bundesregierung an die getroffenen Vereinbarungen zu erinnern und ihren zwischenzeitlichen Versuch zu stoppen, die verabredete Entlastung nicht vollständig zu leisten. Dies gelang schließlich im Sommer 2012, als im Zuge der Verhandlungen um die innerstaatliche Umsetzung des Europäischen Fiskalpaktes eine Spitzabrechnung für die Kostenentlastung durch den Bund festgeschrieben wurde. Erneut konnte die Bundes-SGK in diesem Prozess mit dazu beitragen, dass es im Ergebnis zu einer sinnvollen und fairen Lösung gekommen ist.

Die Kommunalfinanzen blieben das beherrschende Thema in den Jahren 2011 und 2012. Zwar erzielten die deutschen Kommunen dank einer raschen Erholung der Konjunktur und guter Steuereinnahmen insgesamt im Jahr 2012 einen Überschuss. Doch darf das nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein Großteil der Städte, Gemeinden und Kreise unverändert unter dramatischen Finanzproblemen leiden. So erhöhte sich auch im Jahr 2012 der Kassenkreditbestand kräftig auf über 47 Mrd. Euro. Zugleich nehmen die Unterschiede zwischen strukturschwachen Kommunen und solchen mit guter Haushaltslage stetig zu. Deshalb haben sich die Bundes-SGK und ihr Vorsitzender Stephan Weil mit Nachdruck dafür eingesetzt, dass der Kampf gegen die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen weitergeht, um den sozialen und wirtschaftlichen Abstieg ganzer Regionen und Landstriche zu verhindern. Besonders erfreulich, und ein weiterer Beleg für den hohen Stellenwert der kommunalen Belange in der SPD, sind daher die Ergebnisse des Berliner Parteitags im Dezember 2011 mit dem dort beschlossenen Steuer- und Abgabekonzept der SPD, das die staatliche Einnahmehasis stärkt, sowie vor allem der *INVESTITIONS- UND ENTSCULDUNGSPAKT FÜR DIE KOMMUNEN IN DEUTSCHLAND*, den der erste Parteikonvent im Juni 2012 beschlossen hat. Er wurde nach Beratungen im Kommunalbeirat auf Bitte des Parteivorstands von der Bundes-SGK erarbeitet und fordert für die kommenden Jahre eine strukturelle Entlastung der Kommunen von über 12 Mrd. Euro jährlich.

Im Mittelpunkt steht dabei eine weitere Übernahme von Sozialausgaben durch den Bund in mindestens jener Höhe, wie sie im ersten Schritt aus der Entlastung durch die Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit resultiert – vorzugsweise im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung. Im Zuge der innerstaatlichen Verhandlungen zur Umsetzung des europäischen Fiskalpaktes konnte die SPD im Sommer 2012 bereits erreichen, dass diese Forderung für die nächste Legislaturperiode zwischen Bund und Länder verabredet worden ist. In der nächsten Zeit wird es darum gehen, diese wichtigen Forderungen in einem Wahlprogramm der SPD und im Handeln einer von der SPD geführten Bundesregierung zu verankern.

INNERSTAATLICHE UMSETZUNG DES EUROPÄISCHEN FISKALPAKTES

Im Juni 2012 einigten sich die Länder und die Bundesregierung auf die Bedingungen zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalpaktes. Vorausgegangen war dem die Ankündigung, dass damit die Regelungen der deutschen Schuldenbremse auf das Jahr 2014 vorgezogen und anders als nach den nationalen Bestimmungen die Verbindlichkeiten der kommunalen Haushalte und der Sozialversicherungen dem gesamtstaatlichen Defizit zugerechnet werden.

Die Bundes-SGK und ihr Vorsitzender Stephan Weil haben hierbei nachdrücklich die Haltung der A-Länder unterstützt, wonach der Bund bei einer Zustimmung zum europäischen Vertragswerk etwaige Lasten, die den Ländern daraus, wie auch aus Sanktionen bei einer Verletzung der Defizitgrenzen entstehen könnten, bis 2019 vollständig übernehmen muss. Zugleich wurde auf die zusätzlichen Lasten hingewiesen, die sich daraus für die kommunalen Haushalte ergeben. Dies führte im Zuge der Verhandlungen zu dem Ergebnis, dass der Bund entsprechende Zusagen an die Länder tätigte und mit der bereits erwähnten Spitzabrechnung bei der Grundsicherung im Alter wie auch mit einer Nachbesserung seiner Beteiligung an den Kosten des Krippenausbaus einen ersten Beitrag leistet.

Schließlich wurde vereinbart, dass aufgrund der im Rahmen des Fiskalpakts gegebenen Verantwortung der Länder für ihre Kommunen und der daraus resultierenden größeren Herausforderungen der Bund und die Länder in der kommenden Legislaturperiode unter Einbeziehung der föderalen Finanzbeziehungen ein neues Bundesleistungsgesetz erarbeiten und in Kraft setzen, das die rechtlichen Vorschriften zur Eingliederungshilfe in der bisherigen Form ablöst. Insofern markiert diese auf Druck der A-Länder zustande gekommene Verabredung einen ersten Einstieg in jene Maßnahmen, die die SPD mit dem Investitions- und Entschuldungspakt gefordert hat.

tiefgreifenden demografischen Wandel. Künftig wird es mehr Ältere und weniger Junge geben. Gleichzeitig wird unsere Gesellschaft immer vielfältiger. Migration und Integration sind Schlüsselthemen unserer gesellschaftlichen Entwicklung. Auf diese Herausforderungen müssen wir mit einer bestmöglichen Förderung von Kindern und Jugendlichen reagieren. Es geht um Bildung und Integration von Anfang an. Der ab August 2013 geltende Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige hat dabei zentrale Bedeutung. Als Bundes-SGK haben wir dieses Ziel immer unterstützt, jedoch auch darauf hingewiesen, dass seine Umsetzung die Kommunen vor immense Herausforderungen stellt, die die Städte und Gemeinden alleine nicht tragen können. Umso wichtiger ist es, die erfreuliche Zunahme der Betreuungsnachfrage als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen zu begreifen und dauerhaft solidarisch auszufinanzieren.

Ein weiteres Zukunftsthema ist die Energiewende und die wichtige Rolle, die Kommunen in einer veränderten dezentralisierten Energieversorgungslandschaft spielen müssen. Die Bundes-SGK hat hier in den vergangenen Jahren einen Schwerpunkt in ihrer Arbeit gesetzt und einen umfassenden Antrag für die Delegiertenversammlung der Bundes-SGK vorbereitet, der Ende 2012 durch den Vorstand der Bundes-SGK beschlossen wurde.



Peer Steinbrück, MdB, Kanzlerkandidat der SPD, in der Sitzung des Vorstands der Bundes-SGK am 30. November 2012 in Berlin. | Foto: Bundes-SGK/P. Hamon

ZUKUNFTSTHEMEN FÜR

DIE STÄDTE, GEMEINDEN UND KREISE

Wichtige Zukunftsthemen, mit denen sich die Bundes-SGK in den zurückliegenden Jahren befasst hat, werden uns auch künftig begleiten und verlangen unser fortgesetztes Engagement. Wir erleben einen



Malu Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz in der Sitzung des Vorstands der Bundes-SGK am 23.09.2011 in Berlin. | Foto: Bundes-SGK/D. Bleicker

Im Juni 2011 veranstaltete die Bundes-SGK in Berlin-Adlershof die zweitägige Fachkonferenz *ZUKUNFT STADT* auf der in acht Fachforen wichtige Aspekte der Stadtentwicklungspolitik diskutiert wurden. Frank Baranowski, Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen und stellv. Vorsitzender der Bundes-SGK, benannte in seiner einführenden Rede die Fragestellungen der Konferenz: Welche Lösungen können wir für die Herausforderungen auf den Wohnungsmärkten geben? Wie sehen die Lösungen für den Stadtverkehr des 21. Jahrhunderts aus? Welche Chancen sind mit der Rekommunalisierung von Leistungen, insbesondere auch in der Energiewirtschaft, verbunden? Wie gestalten wir unsere Städte, Gemeinden und Kreise als Wirtschaftsstandorte, wie entwickeln wir konkrete Orte des Forschens, des Entwickelns und des Arbeitens in der Stadt? Was können wir besser tun, um den sozialen Zusammenhalt in unseren Städten und Gemeinden zu sichern und zu verbessern? Welchen Beitrag können wir zum Klimaschutz und der Energiewende leisten? Welche Formen der Bürgermitwirkung braucht unser demokratisches Gemeinwesen? Und gelingt es uns, die Ansprüche an eine integrierte Stadtentwicklungsplanung in neuen Strukturen umzusetzen?

Zugleich widmete sich die Bundes-SGK der Entwicklung ländlicher Räume. Mit dem Forum *LÄNDLICHER RAUM* und dessen Lenkungs-kreis hat die Bundes-SGK frühzeitig auf die besonderen Herausforderungen reagiert, die sich hier aufgrund der demografischen Entwicklung und einer wachsenden Heterogenität zwischen den Regionen ergeben. Mit einer gut besuchten und inhaltlich sehr ertragreichen Fachkonferenz im Juni 2012 in Göttingen haben wir Akzente gesetzt.

Wir stehen in engem Kontakt mit der sozialdemokratischen Bundes- und Landespolitik, um dafür zu werben, den notwendigen Strukturwandel in sozialer Verantwortung zu gestalten und auch entlegenen Gebieten Entwicklungsperspektiven zu eröffnen.

Schließlich wurde in den Fachgremien der Bundes-SGK ein eigenes Konzept zur öffentlich geförderten Beschäftigung entwickelt und beraten. Es ist das erste „Produkt“ einer Experten-Gruppe der Bundes-SGK, mit der wir einen Beitrag zur Überwindung einer sich weiter verfestigenden Langzeitarbeitslosigkeit leisten wollen. Die Erfolge der sozialdemokratischen Arbeitsmarktreformen des letzten Jahrzehnts müssen wir auch dadurch verteidigen, dass wir das System des SGB II im Interesse der betroffenen Menschen weiterentwickeln. Die Rolle der Bundes-SGK als Impulsgeber hat hierbei einige Tradition, die wir auch in den kommenden Jahren fortsetzen wollen.

KOMMUNEN UND EUROPA

Der immer größeren Bedeutung der europäischen Ebene folgend, hat sich auch ein intensiver Kontakt mit den Sozialdemokraten im Europäischen Parlament und mit weiteren Akteuren der Europapolitik etabliert, im Zuge dessen wir wichtige Gesetzgebungsverfahren der Europäischen Union begleiten. Das gilt zum Beispiel für das Verfahren zur Neufassung der europäischen Bankenregulierung, besser bekannt unter dem Kürzel Basel III. Unsere Fachgremien und die Geschäftsstelle haben sich damit intensiv befasst und die Interessen der Kommunen zur Sprache gebracht, um eine unverhältnismäßige Belastung des Kommunalkreditgeschäfts zu vermeiden und die höchste Bonität der kommunalen Gebietskörperschaften zu verteidigen. Dabei handelt es sich um Fragen, die uns auch in den nächsten Jahren begleiten werden. Die Auswirkungen der Finanz- und Staatsschuldenkrise dürfen nicht dazu führen, dass am Ende auch die Kommunen unter Fehlentwicklungen leiden müssen, die auf ein unkontrolliertes und verantwortungsloses Spekulationsverhalten auf den Finanzmärkten zurückgehen.

Aus kommunaler Sicht ist die Zukunft der EU-Kohäsionspolitik nach 2013 derzeit eines der zentralen europapolitischen Themen. In einem Positionspapier vom Mai 2011 forderte die Bundes-SGK eine angemessene finanzielle Ausstattung des Kohäsionsfonds und der zwei Strukturfonds und eine noch intensivere Nutzung der Potenziale und stärkere Einbeziehung der Kommunen bei der Planung und Durchführung der Fördermaßnahmen. Die von der EU-Kommission im Oktober 2011 vorgelegten Verordnungsvorschläge für die Strukturfondsförderung ab 2014 haben viele kommunale Anliegen und Forderungen berücksichtigt. Insbesondere ist zu begrüßen, dass die Förderfähigkeit aller Regionen in Europa fortgesetzt werden soll. Auch die geforderte Übergangsförderung strukturschwacher Regionen, die ab 2014 nicht mehr unter das Ziel „Konvergenz“ fallen, ist im Vorschlag der Kommission vorgesehen. Einer der Kritikpunkte bleibt die Begrenzung der förderfähigen Maßnahmen durch die thematische Konzentration auf die Ziele der *EUROPA 2020* Strategie. Die abschließenden Verhandlungen zwischen Rat und dem Europäischen Parlament zur konkreten Ausgestaltung der EU-Kohäsionspolitik nach 2013 werden sich voraussichtlich bis in die Jahresmitte 2013 hineinziehen. Von grundlegender Bedeutung für die Ausstattung der EU-Kohäsionspolitik wird das Ergebnis der Verhandlungen der EU-Mitgliedstaaten zum mehrjährigen Finanzrahmen für die Jahre 2014 bis 2020 sein.

Ein weiteres zentrales Themenfeld, in dem Europa sich auf Kommunalpolitik auswirkt, ist das der öffentlichen Daseinsvorsorge. Hier hat insbesondere der von der EU-Kommission im Dezember 2011 vorgelegte Entwurf für eine eigenständige Richtlinie über die Vergabe von (Dienstleistungs-)Konzessionen für Aufsehen in der kommunalen

Familie gesorgt. Die Bundes-SGK hat sich in ihrem Beschluss vom 11. Mai 2012 nachdrücklich gegen eine EU-Dienstleistungskonzessionsrichtlinie ausgesprochen und das Europäische Parlament und die Bundesregierung aufgefordert, eine Dienstleistungskonzessionsrichtlinie grundsätzlich abzulehnen – ebenso wie die kommunalen Spitzenverbände, der Bundesrat und die Bundestagsfraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen. Sorge bereitet der Bundes-SGK eine solche Richtlinie, weil dadurch die Handlungsspielräume und Organisationshoheit der Kommunen unverhältnismäßig stark eingeschränkt werden dürften – insbesondere bei der interkommunalen Zusammenarbeit. Im Bereich der Wasserwirtschaft könnte zudem ein sachlich wie ordnungspolitisch problematischer Liberalisierungsdruck entstehen. Die Bundes-SGK wird sich deshalb auch im weiteren Verfahren dafür einsetzen, dass wichtige Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht durch die Anwendungen des europäischen Vergaberechts mit entsprechenden Ausschreibungsverpflichtungen unter Druck geraten.



Roland Schäfer, Bürgermeister der Stadt Bergkamen, Erster Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Vizepräsident der USKRE/Euro-SGK. | Foto: Bundes-SGK / F. Strangmann

Auch die Zusammenarbeit mit den kommunalpolitischen Organisationen und Abteilungen der europäischen Schwesterparteien im Rahmen der Union der Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas (Euro-SGK/USKRE) sowie die Kooperation der Euro-SGK mit der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) und der europäischen sozialdemokratischen Stiftung FEPS konnten in den Jahren 2011 und 2012 intensiviert werden. Die Euro-SGK ist und bleibt eine wertvolle europäische Plattform für den Erfahrungsaustausch und Informationsaustausch unter sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitikerinnen und -politikern und sollte weiter ausgebaut werden. Dies wurde auch nochmals deutlich bei der letzten Konferenz der Euro-SGK zum Thema *FINANZAUSSTATTUNG DER KOMMUNEN UND REGIONEN IN EUROPA NACHHALTIG SICHERN* im November 2012 im Willy-Brandt-Haus in Berlin, an der sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitikerinnen und -politiker aus 13 europäischen Ländern teilnahmen.

INFORMATIONEN ZU DEN AKTIVITÄTEN DER EURO-SGK SOWIE ALLE RESOLUTIONEN UND PAPIERE FINDEN SICH AUF DER INTERNETSEITE:

■ www.uskre.eu

Die in 2011 und 2012 in Prag, Mannheim und Warschau von der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Unterstützung der Bundes-SGK durchgeführten Veranstaltungen ermöglichten einen Erfahrungsaustausch mit Kommunalpolitikerinnen und -politikern aus Tschechien, Polen, Österreich, der Schweiz und Luxemburg zu den Themen *INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT* bzw. *LOKALE DEMOKRATIE*.

STARKE SOZIALDEMOKRATEN

IN UNSEREN STÄDTEN, GEMEINDEN UND KREISEN

Viele tausende Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten engagieren sich Tag für Tag in der Kommunalpolitik. Sie stellen sich täglich den Fragen und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger, helfen, wo Not besteht, gestalten Zukunft in den Städten, Gemeinden und Kreisen und engagieren sich darüber hinaus in vielen Vereinen und Organisationen und auch in der SGK. Diese starke Gemeinschaft muss noch größer werden, weshalb wir an alle sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker appellieren: Nutzt das vielfältige Angebot zum Erfahrungsaustausch, zur Beratung und Weiterqualifizierung auf Landes- und Bundesebene. Macht mit in der SGK! – Diesem Appell hat sich die Partei auf dem ersten Konvent der SPD im Juni 2012 mit dem vom SPD-Parteivorstand eingebrachten Beschluss *STARKE KOMMUNALPOLITIK NUR MIT DER SGK* angeschlossen. Er fordert alle sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und -politiker auf, der SGK beizutreten. Damit unterstreicht die SPD ihre enge Verbindung zur SGK.

Die wichtige Rolle und starke Basis der sozialdemokratischen Kommunalpolitik dokumentierte sich in den vergangenen beiden Jahren auch durch eine Reihe von Wahlerfolgen. Inzwischen werden von den 20 größten deutschen Städten 16 von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geführt, nur noch drei von der CDU und eine von den Grünen. Aber auch in den Kreisen und in vielen kleineren Städten und Gemeinden konnte die SPD 2011 und 2012 beeindruckende Erfolge feiern. Und hinzukommt, dass namhafte Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus unseren Reihen entscheidend dazu beitragen konnten, dass die SPD bei den zurückliegenden Landtagswahlen erfolgreich war. Mit Torsten Albig in Schleswig-Holstein und Stephan Weil in Niedersachsen sind nun zwei vormals erfolgreiche Oberbürgermeister in die Staatskanzleien ihrer Länder eingezogen. Auch darauf sind wir stolz und wünschen ihnen eine glückliche Hand in ihren neuen Funktionen.

QUALIFIZIERUNG UND INFORMATION:

ANGEBOTE DER BUNDES-SGK

Ein Beitritt zur SGK lohnt sich! Kommunalpolitik ist in den letzten Jahrzehnten komplexer und zeitaufwändiger geworden. Darauf müssen sich die zumeist ehrenamtlich tätigen Kommunalpolitikerinnen und -politiker einstellen. Deshalb bietet die SGK für diese Zielgruppe auf Bundes- und Landesebene vielfältige Angebote in den Bereichen Information, Beratung, Qualifizierung sowie Nachwuchsförderung.

Die *SOZIALDEMOKRATISCHE KOMMUNAL-AKADEMIE*, das gemeinsame Erfolgsprojekt des SPD-Parteivorstands und der Bundes-SGK

zur Nachwuchsförderung, geht 2013 ins 13. Jahr und erfreut sich weiterhin größter Nachfrage und Beliebtheit. In zwei Kursen wird in der Kommunal-Akademie jährlich 120 jungen sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und -politikern aus dem gesamten Bundesgebiet an vier Wochenenden ein hochqualitatives Programm mit einem innovativen Mix aus kommunalem Fachwissen, Methodenkompetenz und politischer Orientierung geboten. Seit Anfang 2001 wurden so bereits über 1.200 junge kommunale Mandatsträger und Mandatsträgerinnen qualifiziert.

In den Jahren 2011 und 2012 hat die Bundes-SGK ihre stark nachgefragten *SEMINARE* zur strategischen Öffentlichkeitsarbeit und die Seminarreihen *KOMMUNAL- UND DIREKTWAHLEN GEWINNEN* sowie *MEIN WEG ZUR BÜRGERMEISTERIN – FRAUEN INS RATHAUS* fortgesetzt. Im November 2011 fand erstmalig ein Seminar speziell für die Zielgruppe von Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern von Rats- und Kreistagsfraktionen statt. Die Resonanz zeigte, dass ein großes Bedürfnis nach einem Erfahrungsaustausch mit Kolleginnen und Kollegen besteht. Die Seminare der Bundes-SGK ergänzen die vielfältigen Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote der Landes-SGKs, die zum Teil auch in Zusammenarbeit mit anderen Bildungsträgern durchgeführt werden.

Die *FACHKONFERENZEN* der Bundes-SGK bieten die Möglichkeit für den Erfahrungsaustausch und den Diskurs über zentrale kommunalpolitische Fragestellungen. In den Jahren 2011 und 2012 hat die Bundes-SGK die Fachkonferenzen *ZUKUNFT STADT* in Berlin und *ENTWICKLUNGSSCHANCEN LÄNDLICHER RÄUME* in Göttingen durchgeführt.



Klaus Tovar, Leiter der Parteischule der SPD (links) und Dr. Alexander Götz (Mitte) mit den Berliner TeilnehmerInnen der Sozialdemokratischen *KOMMUNAL-AKADEMIE* des Kurses 37 im Jahr 2011 in Springe. Foto: Parteischule der SPD



Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin und stellv. Vorsitzender der SPD, bei der Fachkonferenz *ZUKUNFT STADT* im Juni 2011 in Berlin-Adlershof. | Foto: Bundes-SGK / D. Bleicker



Seminar der Bundes-SGK *GESCHÄFTSFÜHRUNG VON RATS- UND KREISTAGSFRAKTIONEN* im November 2011 in Springe. | Foto: Bundes-SGK / P. Hamon

In Ergänzung zu den landesspezifischen Informationsangeboten der Landes-SGKs berichtet die Bundes-SGK regelmäßig in ihren *INFORMATIONSBRIEFEN* über politische Entwicklungen und Prozesse sowie über Gesetzesvorhaben des Bundes, die für die Kommunen von zentraler Bedeutung sind. Informationen, Tipps und Hinweise zu kommunalrelevanten Vorgängen auf der Bundesebene, zu Projekten und Veranstaltungen der Bundes-SGK sowie alle Diskussions- und Positionspapiere finden sich auch auf der Mitte 2011 neu gestalteten Website unter www.bundes-sgk.de. Darüber hinaus berichtet die Bundes-SGK zeitnah über die Ergebnisse von Kommunalwahlen sowie von Direktwahlen zum Amt des Oberbürgermeisters und des Landrats.

Über die Aktivitäten und Projekte der Bundes-SGK und der Landes-SGKs, über aktuelle kommunalrelevante Themen sowie über praxisnahe Beispiele für moderne sozialdemokratische Kommunalpolitik wird regelmäßig in der monatlichen Fachzeitschrift *DEMOKRATISCHE GEMEINDE (DEMO)* berichtet.



PERSONALIA

Auch in den zurückliegenden Jahren sind viele Genossinnen und Genossen von uns gegangen. Ihnen wird die SGK ein ehrendes Gedenken bewahren. Besonders berührt haben uns der Tod des Dortmunder Altbürgermeisters Günter Samtlebe, einem der Gründungsväter der Bundes-SGK und ihr langjähriger Vorsitzender, von Norbert Burger, dem langjährigen Oberbürgermeister von Köln und stellvertretenden Vorsitzenden der Bundes-SGK, sowie der Landrätin des Landkreises Bad Dürkheim, Sabine Röhl, die im Dezember 2012 nach schwerer Krankheit viel zu früh verstorben ist. Sie nahm bis zuletzt das Amt der stellvertretenden Vorsitzenden der Bundes-SGK wahr.

Dank gebührt Detlef Raphael, der vom Deutschen Städtetag als Beigeordneter gewählt wurde und im Oktober 2011 nach 13 Jahren als Geschäftsführer der Bundes-SGK den Stab an Dr. Alexander Götz



Sabine Röhl († 7. Dezember 2012), Landrätin des Landkreises Bad Dürkheim, war seit 2001 stellv. Vorsitzende der Bundes-SGK und Vorsitzende des Forums *LÄNDLICHER RAUM* der Bundes-SGK. | Foto: Bundes-SGK/L. Richter

übergeben hat. Ein Wechsel an der Spitze der Bundes-SGK steht im Februar 2013 an, wenn Stephan Weil nach einer erfolgreichen Landtagswahl im Januar 2013 an die Spitze der Niedersächsischen Landesregierung wechselt. Als seinen Nachfolger im Amt als Vorsitzender der Bundes-SGK hat der Vorstand für die Wahl auf der Delegiertenversammlung am 15./16. Februar 2013 in Würzburg den Oberbürgermeister von Mönchengladbach und Vorsitzenden des Städtetages NRW, Norbert Bude, nominiert.



Stephan Weil. | Foto: Bundes-SGK/D. Bleicker

ENGAGIERT FÜR STARKE KOMMUNEN UND DEN MACHTWECHSEL IM BUND

Auf der Delegiertenversammlung am 15./16. Februar 2013 wollen wir ein kraftvolles Signal aussenden, dass wir sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker uns für den Zusammenhalt in einer lebenswerten Gesellschaft einsetzen. Wir werden die Wahlkämpfer auf Bundesebene und in den anstehenden Wahlkämpfen in den Ländern unterstützen. Zugleich werden wir eine Reihe von Forderungen und Konzepten formulieren, die die Zukunftsfähigkeit der Kommunen und unseres Landes sichern. Wir wollen damit deutlich machen, dass die SPD die Kommunalpartei ist und bleibt. Die Anliegen der Kommunen sind bei der SGK und der SPD in besten Händen.

TERMINE

27.01.2011 – Sitzung der Kommission *FINANZEN UND WIRTSCHAFT* der Bundes-SGK in Berlin

FEBRUAR 2011 – Start des *KURSES I-2011* der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie

03.02.2011 – Sitzung der GeschäftsführerInnen der Landes-SGKs u. der Bundes-SGK in Mainz

04.02.2011 – Sitzung der Kommission *SOZIALES, FAMILIE, SENIOREN, GESUNDHEIT* der Bundes-SGK in Berlin

18./19.02.2011 – Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands und Klausursitzung des Vorstands der Bundes-SGK in Hannover

20.02.2011 – Wahlen zur Bürgerschaft und den Bezirksversammlungen in Hamburg (Berichterstattung durch die Bundes-SGK)

03.03.2011 – Sitzung des Lenkungskreises des *FORUMS LÄNDLICHER RAUM* in Eschwege

11./12.03.2011 – Seminar der Bundes-SGK *STRATEGISCHE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT IN DER KOMMUNALPOLITIK* in Springe

27.03.2011 – Kommunal- und Direktwahlen in Hessen (Berichterstattung durch die Bundes-SGK)

07./08.04.2011 – Sitzung des Arbeitskreises *GROßE STÄDTE* in Mönchengladbach

03.05.2011 – *KOMMUNALER ABEND* der DEMO, der SPD-Stadtratsfraktion Stuttgart und der Bundes-SGK im Rahmen der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Stuttgart mit Sigmar Gabriel

12.05.2011 – Sitzung der Kommission *LOKALE DEMOKRATIE / EHRENAMTLICHE KOMMUNALPOLITIK* der Bundes-SGK in Berlin

13.05.2011 – Sitzung des Geschäftsf. Vorstands und des Vorstands der Bundes-SGK in Berlin

22.05.2011 – Wahlen zur Bürgerschaft und Stadtbürgerschaft in Bremen und zur Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven (Berichterstattung durch die Bundes-SGK)

24.06.2011 – Sitzung des Vorstands der Union der Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas (USKRE / Euro-SGK) in Brüssel

24./25.06.2011 – Seminar der Bundes-SGK *KOMMUNAL- UND DIREKTWAHLEN GEWINNEN* in Springe

01./02.07.2011 – Fachkonferenz der Bundes-SGK *ZUKUNFT STADT* in Berlin

SEPTEMBER 2011 – Start des Kurses II-2011 der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie

04.09.2011 – Kommunal- und Direktwahlen in Mecklenburg-Vorpommern (Berichterstattung durch die Bundes-SGK)

08./09.09.2011 – Sitzung des Arbeitskreises *GROßE STÄDTE* in Freiburg

11.09.2011 – Kommunal- und Direktwahlen in Niedersachsen (Berichterstattung durch die Bundes-SGK)

15.09.2011 – Sitzung der Kommission *SOZIALES, FAMILIE, SENIOREN, GESUNDHEIT* der Bundes-SGK in Berlin

16./17.09.2011 – Seminar der Bundes-SGK *MEIN WEG ZUR BÜRGERMEISTERIN – FRAUEN INS RATHAUS* in Springe

18.09.2011 – Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen in Berlin (Berichterstattung durch die Bundes-SGK)

22.09.2011 – Sitzung der Kommission *EUROPA UND INTERNATIONALES* der Bundes-SGK in Berlin

23.09.2011 – Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands und des Vorstands der Bundes-SGK in Berlin

Sitzung des Lenkungskreises des Forums *LÄNDLICHER RAUM* in Berlin

20.10.2011 – Sitzung der GeschäftsführerInnen der Landes-SGKs und der Bundes-SGK in Berlin

21./22.10.2011 – 2. Deutsch-Tschechische Kommunalpolitische Fachkonferenz *INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT* der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Unterstützung der Bundes-SGK in Prag

04./05.11.2011 – Seminar *KOMMUNALPOLITIK ERFOLGREICH GESTALTEN – LOKALE DEMOKRATIE* der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Unterstützung der Bundes-SGK in Warschau

10.11.2011 – Sitzung der Kommission *LOKALE DEMOKRATIE / EHRENAMTLICHE KOMMUNALPOLITIK* der Bundes-SGK in Berlin

11./12.11.2011 – Seminar der Bundes-SGK *GESCHÄFTSFÜHRUNG VON RATS- UND KREISTAGSFRAKTIONEN* in Springe

25.11.2011 – Workshop *FAIRES WACHSTUM – DIE LOKALE UND REGIONALE DIMENSION* (in Zusammenarbeit mit der FEPS) und Sitzung des Vorstands der Union der Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas (USKRE / Euro-SGK) in Brüssel

01.12.2011 – Sitzung des Lenkungskreises des Forums *LÄNDLICHER RAUM* in Berlin

Sitzung des Forums *LÄNDLICHER RAUM* in Berlin

02.12.2011 – Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands und des Vorstands der Bundes-SGK in Berlin

12.12.2011 – Fachgespräch der Bundes-SGK zum Thema Basel III und zu den Rahmenbedingungen kommunaler Refinanzierung in Berlin

13.01.2012 – Sitzung der Arbeitsgruppe *ARBEITSMARKTPOLITIK* der Bundes-SGK in Berlin

21.02.2012 – Sitzung der Kommission *FINANZEN* der Bundes-SGK in Berlin

24.02.2012 – Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands und des Vorstands der Bundes-SGK in Berlin

MÄRZ 2012 – Start des *KURSES I-2012* der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie

01./02.03.2012 – Sitzung des Arbeitskreises *GROßE STÄDTE* in Leipzig

02./03.03.2012 – Seminar der Bundes-SGK *MEIN WEG ZUR BÜRGERMEISTERIN – FRAUEN INS RATHAUS* in Springe

09.03.2012 – Sitzung des Vorstands der Union der Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas (USKRE / Euro-SGK) in Brüssel

29.03.2012 – Sitzung der GeschäftsführerInnen der Landes-SGKs und der Bundes-SGK in Berlin

23.04.2012 – Sitzung der Kommission *EUROPA UND INTERNATIONALES* der Bundes-SGK in Berlin

04./05.05.2012 – Fachkonferenz *KOMMUNEN ÜBERWINDEN GRENZEN – INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA* der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Unterstützung der Bundes-SGK in Mannheim

10.05.2012 – Sitzung der Kommission *LOKALE DEMOKRATIE / EHRENAMTLICHE KOMMUNALPOLITIK* der Bundes-SGK in Berlin

11.05.2012 – Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands und des Vorstands der Bundes-SGK in Berlin

Fachgespräch zur kommunalen Rolle in der Energiewende bei der Bundes-SGK in Berlin

21.05.2012 – Sitzung der Arbeitsgruppe *ARBEITSMARKTPOLITIK* der Bundes-SGK in Berlin

01./02.06.2012 – Fachkonferenz der Bundes-SGK *ENTWICKLUNGSSCHANCEN LÄNDLICHER RÄUME* in Göttingen

08.06.2012 – Sitzung der Kommission *SOZIALES, FAMILIE, SENIOREN, GESUNDHEIT* der Bundes-SGK in Berlin

08./09.06.2012 – Seminar der Bundes-SGK *GESCHÄFTSFÜHRUNG VON RATS- UND KREIS-TAGSFRAKTIONEN* in Springe

11.06.2012 – Fachgespräch *ZUGSPROBLEME AUS EU-BEITRITTLÄNDERN IN SÜDOSTEUROPA* der Bundes-SGK in Berlin

02.07.2012 – Sitzung der Kommission *FINANZEN* der Bundes-SGK in Berlin

SEPTEMBER 2012 – Start des Kurses II-2012 der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie

06./07.09.2012 – Sitzung des Arbeitskreises *GROßE STÄDTE* in Kassel

07.09.2012 – Sitzung des Lenkungskreises des Forums *LÄNDLICHER RAUM* in Göttingen

07./08.09.2012 – Seminar der Bundes-SGK *STRATEGISCHE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT IN DER KOMMUNALPOLITIK* in Springe

13.09.2012 – Sitzung der Kommission *LOKALE DEMOKRATIE / EHRENTAMTLICHE KOMMUNALPOLITIK* der Bundes-SGK in Berlin

14.09.2012 – Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands und des Vorstands der Bundes-SGK in Berlin

17.09.2012 – Fachgespräch *ZUGSPROBLEME AUS EU-BEITRITTLÄNDERN IN SÜDOSTEUROPA* der Bundes-SGK in Berlin

17.10.2012 – Sitzung der Kommission *FINANZEN* der Bundes-SGK in Berlin

18.10.2012 – Sitzung der Kommission *STADTENTWICKLUNG, WIRTSCHAFT UND DASEINSVORSORGE* der Bundes-SGK in Berlin

02.11.2012 – Sitzung der Arbeitsgruppe *ARBEITSMARKTPOLITIK* der Bundes-SGK in Nürnberg

08.11.2012 – Sitzung der GeschäftsführerInnen der Landes-SGKs u. der Bundes-SGK in Berlin

09.11.2012 – Konferenz *FINANZAUSSTATTUNG DER KOMMUNEN UND REGIONEN IN EUROPA NACHHALTIG SICHERN* und Sitzung des Vorstands der Union der Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker

Europas (USKRE / Euro-SGK) in Berlin

23.11.2012 – Sitzung der Kommission *SOZIALES, FAMILIE, SENIOREN, GESUNDHEIT* der Bundes-SGK in Berlin

30.11.2012 – Sitzung des Geschäftsf. Vorstands und des Vorstands der Bundes-SGK in Berlin

PERSONALIA

EHRENVORSITZENDE

GÜNTHER SAMTLEBE

(† 7. Juli 2011)

DR. H.C. HERBERT SCHMALSTIEG

EHRENMITGLIEDER

DR. H.C. HANS KOSCHNICK

DR. H.C. KLAUS WEDEMEIER

VORSITZENDER

NORBERT BUDE

(ab 15.02.2013)

STEPHAN WEIL

(bis 15.02.2013)

STELLV. VORSITZENDE

FRANK BARANOWSKI

MICHAEL EBLING

(ab 15.02.2013)

JÜRGEN KANEHL

SABINE RÖHL

(† 7.11.2012)

ASTRID SALLE-ELTNER

(ab 15.02.2013)

ANNETTE SAWADE

DAGMAR SZABADOS

(bis 15.02.2013)

SCHATZMEISTER

DR. JÜRGEN BARTHEL

SCHRIFTFÜHRER

KURT KINDEL

GESCHÄFTSFÜHRER

DR. ALEXANDER GÖTZ

(ab 1.10.2011)

DETLEF RAPHAEL

(bis 30.09.2011)

GESCHÄFTSSTELLE

DER BUNDES-SGK

Stresemannstr. 30

10963 Berlin

Tel. 030/259 93 960

Fax 030/259 93 970

■ info@bundes-sgk.de

■ www.bundes-sgk.de

JAHRBUCH 2011–2012

VERSTORBENE

SOZIALDEMOKRATINNEN

UND SOZIALDEMOKRATEN

HANS APEL
25.02.1932–06.09.2011

Minister der Finanzen von 1974 bis 1978, Minister der Verteidigung von 1978 bis 1982, Mitglied des Deutschen Bundestages von 1965 bis 1990, Parlamentarischer Staatssekretär für Europafragen im Auswärtigen Amt von 1972 bis 1974, Mitglied des Europäischen Parlaments von 1965 bis 1969, Mitglied des Parteivorstands von 1970 bis 1988, Mitglied des Präsidiums der SPD von 1984 bis 1986.

HEINZ-WERNER ARENS
30.08.1939–02.02.2011

Mitglied des Landtages von Schleswig-Holstein von 1979 bis 2005, Parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion von 1988 bis 1996, Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages von 1996 bis 2005.

WILLI ARENS
02.06.1937–05.01.2011

Letzter Vorsitzender der Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) von 1990 bis 1998, hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär seit 1964, Mitglied des Niedersächsischen Landtags von 1970 bis 1986.

HELMUTH BECKER
03.09.1929–20.05.2011

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1969 bis 1994, Parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion von 1976

bis 1990, Vizepräsident des Deutschen Bundestages von 1990 bis 1994, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Post- und Fernmeldewesen von 1980 bis 1982, Mitglied des Parteivorstands der SPD von 1982 bis 1986.

KLAUS BODIN
12.10.1919–04.07.2012

Senator für Arbeit, Gesundheit und Soziales von 1967 bis 1971, Bezirksbürgermeister von Berlin Spandau von 1965 bis 1967, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin von 1958 bis 1965 und von 1972 bis 1979.

HANS BONKAS
27.08.1921–07.11.2012

im Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold-Bund aktiver Demokraten e.V. seit 1990 aktiv, u.a. 1996 bis 2010 Bundesvorsitzender, dann Ehrenvorsitzender, Eintritt in das „Jungbanner“, der Jugendorganisation des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ 1932, Widerstand gegen das Naziregime und gegen die Zwangsvereinigung der KPD und SPD zur SED in der Sowjetischen Besatzungszone, 1949 verhaftet und wegen angeblicher Spionage vom sowjetischen Militärtribunal zum Tode verurteilt und zu 25 Jahren Zuchthaus begnadigt, Entlassung aus der Haft und Ausreise in die Bundesrepublik 1956.

KLAUS-PETER BRUNS
28.11.1913–12.05.2011

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Niedersachsen von 1970 bis 1976, Mitglied des Niedersächsischen Landtages von 1963 bis 1990, über 50 Jahre seit 1946 in der Kommunalpolitik als Gemeinderat, Bürgermeister, Kreistagsabgeordneter und Landrat aktiv.

NORBERT BURGER
24.11.1932–16.05.2012

Oberbürgermeister der Stadt Köln von 1980 bis 1999, Präsident des Deutschen Städtetages von 1993 bis 1995, Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen von 1985 bis 2000, Mitglied des Stadtrates in Köln von 1975 bis 1999, Verwaltungsbeamter der Stadt Köln u.a. als Sozialdezernent von 1963 bis 1973, stellv. Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung von 1973 bis 1974, Abteilungsleiter im Entwicklungshilfeministerium von 1974 bis 1983.

MICHAEL BÜRSCH
03.06.1942–09.12.2012

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1997 bis 2009, Staatssekretär im Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein und Leiter der Schleswig-Holsteinischen Landesvertretung beim Bund von 1988 bis 1993.

WOLFGANG BÜSCH
24.09.1929–17.04.2012

Innensenator von Berlin 1967, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin von 1958 bis 1971.

WALTRAUD CHRISTIANS
06.01.1932–17.04.2011

Erste Frau als Bürgermeisterin der Stadt Bonn von 1984 bis 1994, Mitglied des Rates der Stadt Bonn von 1979 bis 1994.

KARL DELORME
23.01.1920–12.03.2011

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1983 bis 1987, Bürgermeister und Dezernent für Soziales der Stadt Mainz von 1957 bis 1983. Seit 2012 verleiht die Mainzer SPD alle zwei Jahre den Karl-Delorme-Preis für soziales Engagement.

KARL JOSEF DENZER
23.03.1925–16.02.2011

Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen von 1970 bis 1990, Vorsitzender der Landtagsfraktion von 1980 bis 1985, Landtagspräsident von 1985 bis 1990.

HEINZ EIKELBECK
17.02.1926–01.06.2011

Oberbürgermeister der Stadt Bochum von 1975 bis 1994, Mitglied des Stadtrates von 1964 bis 1994, Vorsitzender der Stadtratsfraktion von 1971 bis 1975.

HELGA ELSTNER
19.03.1924–31.10.2012

Gesundheitssenatorin der Freien und Hansestadt Hamburg von 1976 bis 1984 und erste Frau im Amt der Zweiten Bürgermeisterin von 1978 bis 1987, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft von 1978 bis 1991, Präsidentin der Hamburger Bürgerschaft von 1987 bis 1991.

RUDOLF FALTERMEIER
12.02.1926–04.02.2012

Mitglied des Bayerischen Landtages von 1962 bis 1966, Landrat des Landkreises Kelheim von 1967 bis 1978.

PAUL GERHARD FLÄMIG
19.12.1919–18.09.2011

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1963 bis 1980, Mitglied des Europäischen Parlaments von 1969 bis 1979, Mitglied des Europarates von 1965 bis 1981, Vizepräsident der Europäischen Sozialistischen Bewegung in Paris von 1972 bis 1987.

HELMUT GEYS

23.09.1927–14.04.2012

Mitglied des Bayerischen Landtages von 1974 bis 1986, seit 1958 Richter am Sozialgericht München.

GERHARD E. GRÜNDLER

21.03.1930–24.03.2012

Chefredakteur des Vorwärts von 1971 bis 1976, Redakteur der Welt von 1958 bis 1963 und beim Stern von 1963 bis 1971, anschließend Stern-Reporter und Korrespondent für den WDR-Hörfunk, Direktor des NDR-Landesfunkhauses in Hamburg von 1981 bis 1992.

GÜNTHER GRUNWALD

30.10.1924–06.11.2011

Geschäftsführer der Friedrich-Ebert-Stiftung von 1956 bis 1986 und Vorstandsmitglied bis 2004.

DIETER HAAK

18.03.1938–10.05.2012

Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen von 1980 bis 1983, anschließend bis 1985 Landesjustizminister, Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen von 1970 bis 1995, Fraktionsvorsitzender von 1975 bis 1980, Parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion von 1973 bis 1975, Mitglied des Parteivorstands der SPD von 1979 bis 1986.

KARL HAEHSER

31.03.1928–11.10.2012

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1965 bis 1987, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium der Finanzen von 1974 bis 1982, Mitglied des Landtages Rheinland Pfalz von 1955 bis 1965, stv. Verwaltungsratsvorsitzender der Deutschen Welle von 1986 bis 1995.

URSULA HAUßMANN

17.05.1953–19.05.2012

Mitglied des Landtages Baden-Württemberg von 1997 bis 2011, Stadträtin in Aalen von 1994 bis 1997, Kreisvorsitzende der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik e.V.

MONIKA HENDRICKS

03.03.1947–04.06.2012

Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Aachener Münchener Versicherungen AG von 1984 bis 2010 und Konzernbetriebsratsvorsitzende der Generali Deutschland Holding AG von 1990 bis 2010, zugleich stv. Vorsitzende des Aufsichtsrates in beiden Unternehmen.

HANNIS-PETER HERZ

21.06.1927–01.09.2012

Staatssekretär und Leiter der Staatskanzlei Berlin von 1973 bis 1977, Sprecher des Senates von Berlin von 1966 bis 1973, Bezirksstadtrat 1977 bis 1985 im Bezirk Neukölln, Redakteur beim RIAS von 1950 bis 1966, Programmchef von RIAS 1985.

ULRICH HARTMANN

08.04.1938–24.05.2011

Mitglied der Hamburger Bürgerschaft von 1970 bis 1986, Fraktionsvorsitzender von 1973 bis 1982, Fraktionsgeschäftsführer der SPD in der Hamburger Bürgerschaft von 1968 bis 1970.

KARL HISSERICH

30.11.1926–21.10.2011

Mitglied des Hessischen Landtages von 1970 bis 1991, Erster Beigeordneter des Landkreises Alsfeld von 1964 bis 1972.

HEINRICH JUNKER

15.04.1923–30.12.2012

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1961 bis 1980, Vorsitzender des SPD-Bezirks Ostwestfalen-Lippe von 1965 bis 1988, Mitglied des Parteivorstands der SPD von 1966 bis 1984.

HELMUT KATER

30.08.1927–07.09.2012

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1969 bis 1976, hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär von 1952 bis 1965, Arbeitsdirektor und Vorstandsmitglied bei den Berg- und Hüttenwerken in Wetzlar und in Sulzbach-Rosenberg von 1965 bis 1977.

KARL-HEINZ KUNCKEL

30.06.1944–09.03.2012

Mitglied der DDR-Volkskammer von März bis Oktober 1990, Mitglied des Landtages Sachsen von 1990 bis 2004, Vorsitzender der Landtagsfraktion von 1990 bis 1999, Vorsitzender der SPD Sachsen von 1993 bis 1999, Mitglied des Parteivorstands von 1995 bis 1999.

WERNER LABSCH

15.04.1937–23.10.2012

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1994 bis 2002, Bürgermeister der Stadt Cottbus von 1990 bis 1994.

ROLAND LANG

12.01.1938–06.01.2012

Mitglied des Landtages Rheinland-Pfalz von 1987 bis 2001, Ortsbürgermeister von Steinwenden von 1992 bis 2004.

BRIGITTE LANGE

06.11.1939–14.03.2012

Mitglied des deutschen Bundestages von 1990 bis 2002, Kreistagsabgeordnete Marburg-Biedenkopf von 1977 bis 1999.

ELLEN LAUTERBACH

07.07.1923–19.05.2011

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1969 bis 1972.

GEORG LEBER

07.10.1920–21.08.2012

Bundesminister für Verkehr von 1966 bis 1972 und Bundesminister für Post- und Fernmeldewesen von 1969 bis 1972, Bundesminister für Verteidigung von 1972 bis 1978, Mitglied des Deutschen Bundestages 1957 bis 1983, Bundestagsvizepräsident von 1979 bis 1983, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft IG Bau-Steine-Erden von 1957 bis 1966. Mitglied des Parteivorstands der SPD von 1961 bis 1986, Mitglied des Präsidiums der SPD von 1968 bis 1972.

BERNHARD LIEB

06.09.1926–05.11.2011

Oberbürgermeister von Braunschweig von 1964 bis 1972, Mitglied des Stadtrates Braun-

schweig von 1959 bis 1972, Mitglied des Landtages Niedersachsen von 1970 bis 1974, Verbandsdirektor des Großraumverbandes Braunschweig von 1974 bis 1978, geschäftsführender Vorsitzender des DGB-Kreisverbandes Braunschweig-Wolfenbüttel von 1960 bis 1968.

MONICA LOCHNER-FISCHER

27.06.1952–03.08.2012

Mitglied des Bayerischen Landtages von 1991 bis 2008, Landesvorsitzende der ASF Bayern von 1994 bis 2006, Mitglied des Präsidiums der SPD Bayern von 1995 bis 2007.

EGON LUTZ

16.01.1934–04.09.2011

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1972 bis 1990, Jugend- und Bildungssekretär der IG Druck und Papier von 1957 bis 1960, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands und Redakteur der Gewerkschaftszeitung druck und papier, 1965 Redakteur der Nürnberger Nachrichten.

ADOLF MÜLLER-EMMERT

01.03.1922–02.07.2011

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1961 bis 1987, auf seine Initiative hin trat 1961 erstmals die parlamentarische Fußballmannschaft „FC Bundestag“ für ein Benefizspiel gegen Prominente aus Politik, Presse und Fernsehen an.

KURT NEUBAUER

30.09.1922–09.12.2012

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1952 bis 1963, Senator für Jugend und Sport von 1963 bis 1967, Innensenator von 1967 bis 1977, Stellvertreter des Regierenden Bürgermeisters von Berlin von 1967 bis 1975.

HORST PETER

16.02.1937–23.09.2012

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1980 bis 1994, langjähriger Sprecher der Partei-Linken des Frankfurter Kreises, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen von 1988 bis

1993, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Kassel von 1968 bis 1981.

HANS PLEITGEN

13.12.1925–27.08.2012

Leiter des Bezirkes Frankfurt der Gewerkschaft IG Metall von 1968 bis 1989, seit 1950 hauptamtlich in der Bezirksleitung der IG Metall Frankfurt tätig. Stadtverordneter der SPD in Frankfurt von 1968 bis 1977.

ERHARD PUMM

10.09.1945–04.08.2011

Vorsitzender des DGB Hamburg von 1988 bis 2009, Mitglied der Bürgerschaft Hamburg von 1991 bis 2008, Geschäftsführer der Gewerkschaft der Polizei von 1980 bis 1988.

KLAUS RICHTER

24.10.1923–12.01.2011

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1965 bis 1976, Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates seit von 1966 bis 1977, Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates von 1974 bis 1977, Leiter der Verbindungsstelle des Bundesvorstands des DGB von 1977 bis 1988.

SABINE RÖHL

16.12.1957–07.12.2012

Stv. Vorsitzende der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (SGK) von 2003 bis 2012, Dezernentin und Beigeordnete des Landkreises Bad Dürkheim von 1987 bis 2001 und anschließend Landrätin bis 2012.

LOTHAR RUSCHMEIER

05.11.1945–19.08.2012

Oberstadtdirektor der Stadt Köln von 1990 bis 1998, zuvor Dezernent für Soziales, Schule, Wohnungsbau, Jugend und Sport.

GÜNTER SAMTLEBE

25.02.1926–07.07.2011

Oberbürgermeister der Stadt Dortmund von 1973 bis 1999, Präsident des Deutschen Städtetages von 1983 bis 1985, Mitglied des Rates der Stadt Dortmund von 1956 bis 1973, Landesvorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft

für Kommunalpolitik (SGK) Nordrhein-Westfalen von 1972 bis 1982 und Vorsitzender der Bundes-SGK von 1978 bis 1989.

RUDOLF SCHIELER

22.05.1928–28.11.2012

Justizminister des Landes Baden-Württemberg von 1966 bis 1972, Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg von 1960 bis 1980, Mitglied des Europäischen Parlamentes von 1979 bis 1984.

KLAUS THEO SCHRÖDER

05.02.1948–12.02.2012

Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit von 2001 bis 2009, Staatssekretär im Thüringischen Ministerium für Soziales und Gesundheit von 1994 bis 1999, Staatssekretär der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen des Landes Berlin von 1999 bis 2000.

KLAUS SCHÜTZ

17.09.1926–29.11.2012

Regierender Bürgermeister von Berlin von 1967 bis 1977, Senator für Bundesangelegenheiten und für das Post- und Fernmeldewesen von 1961 bis 1966, Mitglied des Deutschen Bundestages von 1957 bis 1962, Botschafter in Israel von 1977 bis 1981, anschließend bis 1987 Intendant der Deutschen Welle, Direktor der Landesanstalt für Rundfunk in Nordrhein-Westfalen von 1987 bis 1993.

DIETRICH STOBBE

25.03.1938–19.02.2011

Regierender Bürgermeister von Berlin von 1977 bis 1981, Senator für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Berlin beim Bund von 1973 bis 1977, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin von 1967 bis 1981, Mitglied des Deutschen Bundestages von 1983 bis 1990, Landesvorsitzender der SPD von 1979 bis 1981, 1977 bis 1982 Mitglied des Parteivorstands.

HEINZ STRIEK

27.07.1918–29.10.2011

Senator für Finanzen des Landes Berlin von 1967 bis 1975 und Bür-

germeister von April bis Oktober 1967, Mitglied des Abgeordnetenhauses von 1954 bis 1985 mit Unterbrechungen, Staatssekretär für Finanzen von 1962 bis 1967, Schatzmeister und Vizepräsident von Hertha BSC.

PETER STRUCK

24.01.1943–19.12.2012

Bundesminister für Verteidigung von 2002 bis 2005, Mitglied des Deutschen Bundestages von 1980 bis 2009, Vorsitzender der Bundestagsfraktion von 1998 bis 2002, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion von 1990 bis 1998, Mitglied des Parteivorstands der SPD von 2005 bis 2007. Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2010 bis 2012.

JOACHIM TAPPE

05.03.1942–25.06.2012

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1990 bis 2002. Mitglied des Bezirksvorstands der SPD Hessen-Nord von 1991 bis 2001.

WERNER THÖNNESSEN

21.10.1928–15.06.2011

Stellv. Vorsitzender des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB) von 1972 bis 1989, Gründer und Leiter der Pressestelle der IG-Metall von 1962 bis 1972.

PETER ULRICH

13.07.1928–30.07.2011

Senator für Inneres von 1977 bis 1981, Senator für Bau- und Wohnungswesen vom Januar bis Juni 1981, Staatssekretär beim Senator für Inneres und Staatssekretär für Bau- und Wohnungswesen von 1976 bis 1977, Landesvorsitzender der Berliner SPD von 1981 bis 1985, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin von 1981 bis 1985, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus von 1983 bis 1985.

SIEGFRIED VERGIN

17.03.1933–05.11.2012

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1990 bis 1998, Vorsitzender des GEW-Landesverbandes Baden-Württemberg von 1976 bis 1991, Vizepräsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft von 1990 bis 1998.

KURT VITTINGHOFF

09.01.1928–15.08.2011

Mitglied des Europäischen Parlaments von 1984 bis 1994, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Bad Kreuznach von 1964 bis 1991, rheinland-pfälzischer Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen von 1979 bis 1990.

JOSEF VOSEN

23.07.1943–21.08.2012

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1979 bis 1998, Bürgermeister der Stadt Düren von 1984 bis 1999.

ERIKA WAGNER

13.08.1933–26.07.2011

Mitglied des Hessischen Landtages von 1978 bis 1995, stv. Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion von 1987 bis 1991, Landtagsvizepräsidentin von 1991 bis 1995, Mitglied des Parteivorstands von 1979 bis 1983.

HORST WAGNER

21.04.1931–21.05.2011

Senator für Arbeit, Verkehr und Betriebe in Berlin von 1989 bis 1991, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin von 1981 bis 1991, stv. Fraktionsvorsitzender von 1983 bis 1989, Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Berlin von 1980 bis 1989, Leiter des Bezirkes Berlin/Brandenburg der IG Metall von 1990 bis 1995.

GUDRUN WEYEL

19.05.1927–16.05.2011

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1980 bis 1994, Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion von 1987 bis 1994. Mitglied des Landesvorstands der SPD Rheinland-Pfalz von 1978 bis 1992.

KARL FRED ZANDER

23.01.1935–06.11.2012

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1969 bis 1990, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Forschung von 1972 bis 1974, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit von 1974 bis 1982.



SPD-JAHRBUCH 2011 – 2012
BESCHLÜSSE UND ERKLÄRUNGEN 2011 – 2012

KAPITEL ZUM DOWNLOAD UNTER
WWW.SPD.DE/PARTEI/BESCHLUESSE >> BESCHLÜSSE DER PARTEISPITZE

A

Abdinghoff-Feldkemper, Olaf ... S. 29, 146, 149,
 Adam, Michael ... S. 196
 Adolphy, Hans-Gerd ... S. 86
 Ahnen, Doris ... S. 11, 100, 102f, 189
 Akyün, Hatice ... S. 109
 Albers, Burkhard ... S. 168, 174
 Albertz, Heinrich ... S. 113
 Albig, Torsten ... S. 116ff, 121, 131, 247
 Albrecht, Matthias ... S. 165
 Alekuzei, Rabani ... S. 172
 Alff, Daniel ... S. 88
 Alheit, Kristin ... S. 117
 Ali, Ben ... S. 49
 Alkaya, Sercan ... S. 103
 Alkenings, Birgit ... S. 165
 Aller, Heiner ... S. 142
 Allespach, Martin ... S. 91
 Allmendinger, Jutta ... S. 100f.
 Allroggen-Bedel, Agnes ... S. 67, 70
 Alo, Wenceslao Mansogo ... S. 49
 Altenkamp, Britta ... S. 165
 Altesleben, Bettina ... S. 186
 Altmeier, Rudi ... S. 186
 Altpeter, Katrin ... S. 101, 191
 Amann, Andreas ... S. 228
 Ambrosy, Sven ... S. 130, 135
 Anastassaki, Dimitrios ... S. 42
 Anbuhl, Matthias ... S. 77, 100, 103
 Andretta, Gaby ... S. 142
 Anklam-Trapp, Kathrin ... S. 189
 Annen, Niels ... S. 11, 29, 32, 104, 114, 125,
 Apel, Hans ... S. 251
 Appel, Clemens ... S. 92
 Appel, Reinhard ... S. 114
 Arens, Heinz-Werner ... S. 251
 Arens, Willi ... S. 251
 Arndt-Brauer, Ingrid ... S. 229ff.
 Arndt, Michael ... S. 161
 Arnold, Rainer ... S. 229ff.
 Asamoah, Gerald ... S. 227
 Auerbach, Sabine-Almut ... S. 73
 Auernheimer, Richard ... S. 111
 Augst, Kristina ... S. 29
 Ayrault, Jean-Marc ... S. 48
 Aytulun, Fatos ... S. 70

B

Baasch, Wolfgang ... S. 117
 Baaske, Günther ... S. 101

Bach, Thomas ... S. 105
 Bachmann, Ralf ... S. 98
 Bäcker, Gerhard ... S. 111
 Badde, Elke ... S. 126
 Baden, Conny ... S. 144
 Baer, Detlef ... S. 73
 Baethge, Martin ... S. 103
 Bahners, Patrick ... S. 109
 Bahr, Egon ... S. 44, 113
 Bake-Völsch, Kerstin ... S. 29
 Bär, Heiko ... S. 179
 Baranowski, Frank ... S. 165, 245, 250
 Barchmann, Achim ... S. 138
 Barchmann, Heinz-Joachim ... S. 230ff.
 Barenboim, Daniel ... S. 40, 44
 Barke, Jürgen ... S. 186
 Barnett, Doris ... S. 91, 189, 229ff.
 Bartels, Hans-Peter ... S. 91, 230ff.
 Bartels, Uwe ... S. 147
 Barthel, Jürgen ... S. 250
 Barthel, Klaus ... S. 71, 73f, 196
 Barthel, Pascal ... S. 172
 Bartke, Matthias ... S. 125
 Bartol, Sören ... S. 229ff.
 Bas, Bärbel ... S. 229ff.
 Bätzing-Lichtenthäler, Sabine ... S. 95, 105, 107, 189, 229ff.
 Bauer, Adolf ... S. 75
 Bauer, Atze ... S. 79
 Bauer, Fritz ... S. 111
 Bauer, Markus ... S. 152
 Bauer, Susanne ... S. 32
 Baumann-Hasske, Harald ... S. 80f, 180
 Baumann, Rolf ... S. 178
 Baumgarten, Heino ... S. 145
 Bausewein, Andreas ... S. 177f.
 Bautz, Christoph ... S. 166
 Beck, Kurt ... S. 66, 111, 187f, 193,
 Beck, Rita ... S. 101
 Becker, Dagmar ... S. 178
 Becker, Dirk ... S. 230ff.
 Becker, Gisela ... S. 81, 180
 Becker, Helmut ... S. 251
 Becker, Klaus ... S. 136
 Beckmann, Klaus J. ... S. 95
 Beckmeyer, Uwe ... S. 128, 229ff.
 Bednarz, Hendrik ... S. 194
 Befeldt, Peter ... S. 78, 103, 148
 Behrens, Daniela ... S. 135, 144f.
 Behrens, Petra Verena ... S. 70
 Behrmann, Katrin ... S. 70
 Bekeris, Ksenija ... S. 126
 Bello, Walden ... S. 45
 Ben Jaffa, Mustapha ... S. 49
 Benedetto, Corrado Di ... S. 168, 175
 Benjelloun, Zamira ... S. 175

Bentele, Verena ... S. 105
 Berg, Ute ... S. 11, 32
 Bergmann, Christine ... S. 110, 179
 Bergmann, Gertrud ... S. 29
 Bergmann, Volker ... S. 172
 Beringer, Marie-Jeanne ... S. 79
 Berlit, Uwe ... S. 180
 Bernhard, Bumm-Bumm ... S. 121
 Bernzen, Christian ... S. 126
 Berringer, Christian ... S. 111
 Bertram, Hans ... S. 101
 Bettermann, Erik ... S. 92
 Beucher, Friedrich-Julius ... S. 105
 Beusing, Ruth ... S. 172
 Beyer, Thomas ... S. 196
 Bicher, Norbert ... S. 92
 Biermann, Holger ... S. 59
 Binding, Lothar ... S. 74f, 194, 230ff.
 Bischoff, Norbert ... S. 111, 150
 Bissinger, Manfred ... S. 98
 Blankau, Jutta ... S. 123, 125
 Blask, Inge ... S. 70
 Bleibtreu, Moritz ... S. 42
 Bleicker, Dirk ... S. 97, 242ff.
 Blix, Verena ... S. 126
 Bloch, Enrico ... S. 29, 198
 Blumenthal, Mirjam ... S. 101
 Bock, Wilhelm ... S. 177
 Bockelmann, Hermann ... S. 149
 Bodin, Klaus ... S. 251
 Boeckh, Jürgen ... S. 137
 Boeckmann, Monika ... S. 79
 Bogedan, Claudia ... S. 91, 100, 165
 Böger, Klaus ... S. 105
 Bögner, Hans-Georg ... S. 97
 Böhlke, Kristina ... S. 126
 Bohlmann, Peter ... S. 130
 Böhning, Björn ... S. 11, 91f.
 Böhrnsen, Jens ... S. 128
 Bolayela, Elombo ... S. 128
 Bollmann, Gerd Friedrich ... S. 229ff.
 Bolln, Stefan ... S. 117
 Böning, Jan ... S. 32, 84
 Bönisch, Yvonne ... S. 105
 Bonkas, Hans ... S. 251
 Borchert, Rudolf ... S. 121
 Borngräber, Ralf ... S. 144
 Borntäger, Martin ... S. 165
 Börst-Harder, Petra ... S. 151
 Bosse, Marcus ... S. 135, 138
 Böttner, Jana ... S. 113
 Böttner, Wilfried ... S. 172
 Bovenschulte, Andreas ... S. 129
 Bozkurt, Aziz ... S. 161
 Brackelmann, Eva ... S. 70, 180
 Brahmst, Jan ... S. 32

Brammer, Axel ... S. 147ff.
 Brand, Ruth ... S. 73ff.
 Brandner, Klaus ... S. 229ff.
 Brandt, Horst ... S. 178
 Brandt, Peter ... S. 98
 Brandt, Willy ... S. 23, 25, 43, 50, 95f.
 Brangs, Stefan ... S. 181, 183
 Brase, Willi ... S. 101f, 230ff.
 Bratmann, Christoph ... S. 138
 Brechtken, Rainer ... S. 105
 Brefort, Susanne ... S. 79
 Brehm, Ursula ... S. 29, 198
 Breit, Ernst ... S. 110
 Breitner, Andreas ... S. 116f.
 Bretschneider, Sylvia ... S. 121
 Breuer, Christiane ... S. 79
 Breuer, Siegfried ... S. 129
 Breymaier, Leni ... S. 194
 Brinkmann, Bernhard ... S. 230ff.
 Brinkmann, Markus ... S. 143
 Britz, Charlotte ... S. 184ff.
 Brodkorb, Mathias ... S. 120
 Brosda, Carsten ... S. 92
 Brück, Tilman ... S. 100
 Brümmer, André ... S. 165
 Brunkhorst, Daniel ... S. 143
 Brunn, Anke ... S. 110
 Bruns, Johannes ... S. 177f.
 Bruns, Klaus-Peter ... S. 139
 Brusi, Ilse ... S. 110
 Bsirske, Frank ... S. 71
 Bücker, Christian ... S. 129
 Bücken, Teresa ... S. 69
 Bucksch, Tino ... S. 180, 182
 Budde, Katrin ... S. 11, 108, 151f.
 Bude, Norbert ... S. 242, 248, 250
 Buhse, Robert ... S. 119
 Bullerjahn, Jens ... S. 11, 108, 150
 Bullmann, Udo ... S. 48, 167f, 173, 238, 243
 Bulmahn, Edelgard ... S. 11, 32, 77, 93, 99, 102, 230ff.
 Bülow, Marco ... S. 230ff.
 Burchardt, Ulla ... S. 11, 102, 229ff.
 Bürger, Dietmar ... S. 169
 Burger, Norbert ... S. 110, 251
 Burger, Simone ... S. 84, 196
 Burkert, Martin ... S. 230ff.
 Bürsch, Michael ... S. 251
 Büsch, Wolfgang ... S. 251
 Buschkowsky, Heinz ... S. 113
 Busemann, Wilfried ... S. 73, 186
 Büsing, Marika ... S. 128
 Büsing, Ralph ... S. 133
 Buss, Manfred ... S. 147, 149
 Butte, Rüdiger ... S. 130

Buttermilch, Hans ... *S. 71*
 Buttgereit, Monika ... *S. 161*
 Butzmann, Dominik ... *S. 40*

C

Carquelle, Peter ... *S. 170*
 Carsson, Heinz ... *S. 145*
 Carstensen, Christian ... *S. 125*
 Castellucci, Lars ... *S. 194*
 Cayrol, Nicole ... *S. 186*
 Cevikkollu, Fatih ... *S. 46*
 Choinovski, Daniel ... *S. 85, 103*
 Choukhlov, Ilia ... *S. 32, 108 f.*
 Christians, Waltraud ... *S. 251*
 Christiansen, Rolf ... *S. 118, 121*
 Clinton, Hillary ... *S. 202*
 Clivot, Michael ... *S. 84, 186*
 Coenen-Marx, Cornelia ... *S. 107*
 Cohen, Larry ... *S. 71*
 Commercon, Ullrich ... *S. 184*
 Conrad, Jürgen ... *S. 189*
 Corsa, Mike ... *S. 101*
 Crespo, Enrico Baron ... *S. 137*
 Crone, Petra ... *S. 230, 232*
 Csutorka, Judith ... *S. 178*

D

Dabrock, Peter ... *S. 107*
 Dahmen, Udo ... *S. 98*
 Daldrup, Bernhard ... *S. 165*
 Daldrup, Lena ... *S. 50*
 Damerau, Inka ... *S. 124 ff.*
 Danckert, Peter ... *S. 230 ff.*
 Danner, Franz ... *S. 32*
 Däubler-Gmelin, Herta ... *S. 46, 50*
 Daude, Ulf ... *S. 78*
 Decker, Wolfgang ... *S. 170*
 Deckwerth, Ilona ... *S. 196*
 Deckwitz, Gustav ... *S. 129*
 Dedring, Klaus-Heinrich ... *S. 32*
 Dedy, Helmut ... *S. 105*
 Dees, Philipp ... *S. 196*
 Delorme, Karl ... *S. 251*
 Demmer, Marianne ... *S. 103*
 Demuth, Christian ... *S. 29*
 Denzer, Karl Josef ... *S. 251*
 Diaby, Karamba ... *S. 151*
 Diethelm, Achim ... *S. 138*
 Diller, Karl ... *S. 64*
 Dittmann, Andreas ... *S. 151*
 Dittmar, Ansgar ... *S. 32, 86 ff., 175*
 Dittmar, Sabine ... *S. 196*

Dittrich, Bärbel ... *S. 105*
 Dobusch, Gabi ... *S. 93, 125 f.*
 Döcker, Brigitte ... *S. 111*
 Doering, Kai ... *S. 44*
 Dogan, Ali ... *S. 101*
 Dolgner, Kai ... *S. 117*
 Dolle, Christoph ... *S. 165*
 Domkowski, Frank ... *S. 178*
 Dorgerloh, Stephan ... *S. 98, 108, 150*
 Dörmann, Martin ... *S. 92, 229 ff.*
 Dorn, Norwin ... *S. 74 f.*
 Dorsch, Angelika ... *S. 145*
 Draber, Oliver ... *S. 152*
 Drabig, Franz-Josef ... *S. 165*
 Dräger, Gesine ... *S. 126*
 Drake, Burkhard ... *S. 138*
 Drakul, Petar ... *S. 194*
 Drautz, Cordula ... *S. 84*
 Drecoll, Erika ... *S. 112, 121*
 Drese, Stefanie ... *S. 121*
 Dresen, Andreas ... *S. 114*
 Dressel, Andreas ... *S. 126*
 Dreßler, Rudolf ... *S. 71, 73*
 Drevermann, Marlis ... *S. 98*
 Drewke, Renate ... *S. 64, 165*
 Dreyer, Malu ... *S. 66, 188, 245*
 Driesch, Nicole von den ... *S. 165*
 Drobinski-Weiß, Elvira ... *S. 106, 194, 229 ff.*
 Drohsel, Franziska ... *S. 114*
 Dröscher, Michael ... *S. 112*
 Dröscher, Peter ... *S. 112*
 Dröscher, Wilhelm ... *S. 112*
 Drozynski, Peter ... *S. 196*
 Duin, Garrelt ... *S. 11, 229 ff.*
 Dulig, Martin ... *S. 11, 180 ff.*
 Dunger-Löper, Hella ... *S. 159*
 Dünnow, Tobias ... *S. 50*
 Dürmann, Martin ... *S. 32*
 Dworog, Rainer ... *S. 138*
 Dyck, Jürgen Kuck ... *S. 144*
 Dzwonnek, Dorothee ... *S. 100*

E

Ebling, Michael ... *S. 250*
 Eckardt, David ... *S. 178*
 Ecke, Matthias ... *S. 84*
 Eckermann, Richard ... *S. 145*
 Eckert, Dieter ... *S. 101*
 Eckert, Georg ... *S. 138*
 Eckert, Rainer ... *S. 109*
 Eckner, Stefan ... *S. 64*
 Edathy, Sebastian ... *S. 227, 229 ff.*
 Edeling, Volker ... *S. 32, 76, 105*

Eder, Marietta ... *S. 196*
 Eggert, Björn ... *S. 101*
 Egloff, Ingo ... *S. 125, 230 ff.*
 Ehinger, Patrick ... *S. 85*
 Ehrenberg, Herbert ... *S. 110*
 Ehrmann, Siegmund ... *S. 97 ff., 107, 229 ff.*
 Eichel, Hans ... *S. 110*
 Eichner, Steffen ... *S. 152*
 Eichstädt, Peter ... *S. 117*
 Eickhoff-Weber, Kirsten ... *S. 117*
 Eigen, Peter ... *S. 113*
 Eikelbeck, Heinz ... *S. 251*
 Eikels, Lothar van ... *S. 172*
 Eilers, Milko ... *S. 121*
 El Masrar, Sineb ... *S. 69*
 El Roman, Rafet ... *S. 46*
 Elitz, Ernst ... *S. 92*
 Ellenberger, Irene ... *S. 110*
 Elschner, Egmont ... *S. 97*
 Elstner, Helga ... *S. 251*
 Emigholz, Carmen ... *S. 97*
 Emmerich-Kopatsch, Petra ... *S. 131, 135*
 Enders, Thomas ... *S. 227*
 Engelmann, Dirk ... *S. 32*
 Engelmeier-Heite, Michaela ... *S. 11, 105*
 Engels, Volker ... *S. 29*
 Eppler, Erhard ... *S. 91, 113*
 Erben, Rüdiger ... *S. 152*
 Erdsiek-Rave, Ute ... *S. 77, 103*
 Erfmann, Britta ... *S. 32, 93*
 Erler, Gernot ... *S. 192, 229 ff.*
 Ernst, Roland ... *S. 178*
 Ernstberger, Petra ... *S. 227, 229 ff.*
 Ertan, Erkan ... *S. 85, 100*
 Erten, Hayat ... *S. 189*
 Ertug, Ismael ... *S. 196*
 Esche, Matthias ... *S. 92*
 Eumann, Marc Jan ... *S. 32, 92*
 Evers-Meyer, Karin ... *S. 111, 146, 149, 230 ff.*

F

Faber, Klaus ... *S. 98*
 Fabian, Markus ... *S. 129*
 Faeser, Nancy ... *S. 175*
 Faltermeier, Rudolf ... *S. 251*
 Färber, Christine ... *S. 91, 156*
 Faße, Annette ... *S. 132*
 Faulenbach, Bernd ... *S. 32, 91, 98*
 Fehling, Ursula ... *S. 101*
 Fehres, Karin ... *S. 105*

Feike, Katharina ... *S. 121*
 Felder, Josef ... *S. 113*
 Feldmann, Peter ... *S. 32, 108 f., 167, 174 f.*
 Felgentreu, Fritz ... *S. 159, 161*
 Fell, Tanja ... *S. 186*
 Ferner, Elke ... *S. 11, 32, 67 ff., 93, 100, 111, 229 ff.*
 Fichter, Tilman ... *S. 98*
 Fikentscher, Rüdiger ... *S. 98 f., 152*
 Finke, Karl ... *S. 32, 77, 86, 111, 132*
 Fisch, Sabine ... *S. 29, 198*
 Fischer, Birgit ... *S. 11*
 Fischer, Heidemarie ... *S. 74 f.*
 Fischer, Jutta ... *S. 151*
 Flämig, Paul Gerhard ... *S. 251*
 Fleckner-Olbermann, Bergit ... *S. 70*
 Fleischer, Noah ... *S. 85*
 Fleischhauer, Jan ... *S. 109*
 Fliedner, Hans-Joachim ... *S. 113*
 Flisek, Christian ... *S. 196*
 Fograscher, Gabriele ... *S. 105, 203 ff.*
 Forster, Hans ... *S. 147, 149*
 Förster, Linus ... *S. 196*
 Franke, Edgar ... *S. 171 f., 230 ff.*
 Franke, Klaus ... *S. 180*
 Franz, Ulf-Birger ... *S. 143*
 Frechen, Gabriele ... *S. 165*
 Freiesleben, Saskia ... *S. 112*
 Freitag, Dagmar ... *S. 104 f., S. 229 ff.*
 Freitag, Lutz ... *S. 95*
 Freudiger, Kerstin ... *S. 32*
 Friedel, Sabine ... *S. 183*
 Friedemann, Waltraud ... *S. 143*
 Friedrich, Peter ... *S. 11, 92, 191, 193 f.*
 Fritz, Trommelfeuer ... *S. 121*
 Fritzlar, Ronny ... *S. 178*
 Frohne, Dirk ... *S. 73*
 Frye, Sven ... *S. 101*
 Fuchs, Anke ... *S. 110*
 Fuchs, Christina ... *S. 86*
 Fuhr, Alexander ... *S. 189*
 Fuhrmann, Petra ... *S. 111, 168, 175*
 Fussan, Kirstin ... *S. 161*

G

Gabriel, Sigmar ... *S. 7, 11, 23, 27, 40, 42, 44–49, 67, 69, 71, 73, 79, 96, 98, 104, 107 ff., 114, 118 f., 126 f., 130, 138, 157, 167 f., 172, 174, 177, 183, 186, 193, 196, 227, 230 ff., 242, 249*
 Gaebler, Christian ... *S. 161*
 Gaertner, Katrin ... *S. 92*

Gall, Reinhold ... S. 191
 Gallois, Louis ... S. 227
 Gandhi, Indira ... S. 50
 Gans, Thomas ... S. 136
 Gansel, Dennis ... S. 98
 Ganten, Detlev ... S. 100
 Gauck, Joachim ... S. 228
 Gebhardt, Evelyne ... S. 11, 67, 70
 Geheeb, Robert ... S. 178
 Geib, Josefine ... S. 84
 Geier, Jens ... S. 238
 Geiger, Andreas ... S. 100
 Geis, Kerstin ... S. 168, 175
 Geis, Manfred ... S. 97
 Genscher, Hans-Dietrich ... S. 41, 48
 Gerberding, Detlef ... S. 87
 Gerdes, Michael ... S. 230, 232
 Gerhardt, Volker ... S. 91
 Gerner, Carmen ... S. 32
 Gerstenkorn, Petra ... S. 100
 Gerster, Martin ... S. 105, 229 ff.
 Geuter, Renate ... S. 149
 Geys, Helmut ... S. 252
 Geywitz, Klara ... S. 156
 Giani, Paul Leo ... S. 92
 Giannini, Laura ... S. 88
 Giebe, Markus ... S. 177 f.
 Giebenhain, Raoul ... S. 175
 Giesder, Fabian ... S. 177 f.
 Gildemeister, Nicholas ... S. 126
 Gisevius, Wolfgang ... S. 27
 Glante, Norbert ... S. 238
 Glaßer, Dietmar ... S. 73, 111
 Gleicke, Iris ... S. 229 ff.
 Glogowski, Gerhard ... S. 138
 Gloser, Günter ... S. 230, 232
 Glotz, Peter ... S. 23, 95
 Glück, Alois ... S. 107 f.
 Gnadt, Lisa ... S. 175
 Goger, Thomas ... S. 196
 Gohde, Jürgen ... S. 111
 Goldenstein, Dirk ... S. 79
 Golla, Nathalie ... S. 84
 Gombert, Tobias ... S. 29
 Görig, Manfred ... S. 173
 Göring-Eckardt, Katrin ... S. 108
 Gorny, Dieter ... S. 92
 Gorny, Ralf ... S. 136
 Goßler, Anita ... S. 109
 Gottschalck, Ulrike ... S. 172, 230, 232
 Götz, Alexander ... S. 101, 161, 242 f., 247 f., 250
 Götzmann, Roman ... S. 194
 Gözalan, Johannes Sevkett ... S. 79
 Graeber, David ... S. 202
 Graeber, Otto ... S. 110

Graf, Angelika ... S. 32, 73–75, 196, 230, 232
 Graf, Gerda ... S. 107
 Grantz, Melf ... S. 129
 Grass, Günter ... S. 98
 Grebing, Helga ... S. 98, 114
 Gremmels, Timon ... S. 168 f.
 Griefahn, Monika ... S. 97
 Griese, Kerstin ... S. 11, 32, 101, 107 f., 230, 232
 Grimm-Benne, Petra ... S. 152
 Grimm, Gunter ... S. 138
 Grioli, Francesco ... S. 111
 Groen, Maïke ... S. 101
 Groote, Matthias ... S. 147 ff., 238
 Gropp, Enrico ... S. 178
 Gros, Anna ... S. 189
 Groschek, Michael ... S. 11, 93, 230, 232, 163, 165
 Groskurt, Ulla ... S. 101
 Groß, Michael ... S. 95, 230, 232
 Groß, Sandra Sabrina ... S. 145
 Grote, Stefan ... S. 104, 136
 Grotheer, Wolfgang ... S. 129
 Grumbach, Gernot ... S. 11, 91, 166, 168, 173 ff.
 Gründler, Gerhard E. ... S. 252
 Grüner, Gerd ... S. 178
 Grunwald, Günter ... S. 252
 Gujjula, Ravindra ... S. 156
 Gundlack, Tilo ... S. 121
 Gündüz, Hakan ... S. 184
 Güngör, Mustafa ... S. 129
 Gunkel, Wolfgang ... S. 183, 203, 232
 Günthner, Martin ... S. 129
 Gurmai, Zita ... S. 67, 70
 Gusenbauer, Alfred ... S. 45
 Guth, Jens ... S. 188 f.
 Guthrie, Woody ... S. 98
 Guttenberg, Karl-Theodor zu ... S. 225

H

Haack, Karl-Hermann ... S. 32, 111
 Haaf, Meredith ... S. 101
 Haak, Dieter ... S. 252
 Habermann, Heike ... S. 175
 Habersaat, Martin ... S. 117
 Hackenschmidt, Barbara ... S. 67, 70, 179
 Hacker, Hans-Joachim ... S. 229 ff.
 Haehser, Karl ... S. 252
 Häfner, Günther ... S. 78
 Hagedorn, Bettina ... S. 116 f., 229 ff.

Hagemann, Klaus ... S. 229 ff.
 Hager, Gert ... S. 194
 Hakverdi, Metin ... S. 125
 Halstenberg, Friedrich ... S. 60
 Halstenberg, Michael ... S. 95
 Hamann, Michael ... S. 132
 Hamann, Rainer ... S. 129
 Hamon, Peter ... S. 243, 245, 247
 Hanke, Catharina ... S. 129
 Hanke, Mike ... S. 227
 Hänsch, Klaus ... S. 110
 Hansen, Annegret ... S. 73
 Hanten, Hans Ernst ... S. 92
 Hardin, Roy ... S. 81, 165
 Harms-Goldt, Bettina ... S. 95
 Harsch, Daniela ... S. 194
 Härtel, Thomas ... S. 105
 Harthun-Kollbaum, Christiane ... S. 140
 Hartloff, Jochen ... S. 11, 32, 106
 Hartmann, Michael ... S. 103, 105, 189, 227, 229 ff.
 Hartmann, Sebastian ... S. 27
 Hartmann, Ullrich ... S. 252
 Hartnauer, René ... S. 178
 Hartung, Jens ... S. 32
 Hasgall, Alexander ... S. 108 f.
 Hassel, Anke ... S. 91
 Haubrich, Melanie ... S. 168
 Hauff, Volker ... S. 103
 Haunhorst, Benno ... S. 108
 Haupt, Heinrich ... S. 172
 Haupt, Nancy ... S. 93
 Hauser, Monika ... S. 113
 Haußmann, Ursula ... S. 252
 Heberer, Helen ... S. 194
 Heidinger, Michael ... S. 165
 Heil, Hubertus ... S. 11, 91, 137 f., 229 ff.
 Heiligenstadt, Frauke ... S. 131, 133, 135, 142 f.
 Heimann, Siegfried ... S. 98
 Heimrich, Peter ... S. 177 f.
 Heinar, Storch ... S. 112, 118 f., 120 ff.
 Heinemann, Bernd ... S. 117
 Heinemann, Gustav W. ... S. 113
 Heinemann, Peter ... S. 114
 Heinig, Hans-Michael ... S. 107
 Heinisch-Hosek, Gabriele ... S. 67
 Heinlein, Angelika ... S. 78
 Heintze, Thorsten ... S. 79
 Heinze, Jana ... S. 29
 Helle, Andreas ... S. 32, 91
 Helling, Harald ... S. 73, 148 f.
 Helwig-Wilson, Hans-Joachim ... S. 109
 Hemker, Reinhold ... S. 74 f.

Hempelmann, Rolf ... S. 230, 232
 Hendricks, Barbara ... S. 11, 32, 52 f., 97 f., 114, 203, 232
 Hendricks, Monika ... S. 252
 Hengsbach, Friedhelm ... S. 113
 Hennig, Mario ... S. 151
 Hensel, Falk ... S. 138
 Henze, Chris ... S. 150 ff.
 Herbers, Rudolf ... S. 126
 Herburger, Günter ... S. 98
 Herdejürgen, Birgit ... S. 117
 Hering, Hendrik ... S. 189
 Herker, Thomas ... S. 196
 Herter, Marc ... S. 165
 Herweck, Rudolf ... S. 101 f.
 Herz, Hanns-Peter ... S. 252
 Herzog, Gustav ... S. 230, 232
 Heß, Petra ... S. 105
 Hesse, Birgit ... S. 118, 121
 Hesse, Monika ... S. 113
 Hexel, Dietmar ... S. 11
 Heymann, Holger ... S. 147, 149
 Hibbele, Hermann ... S. 73
 Hildebrandt, Frauke ... S. 98
 Hildebrandt, Jörg ... S. 98
 Hildebrandt, Regine ... S. 113 f.
 Hilgen, Bertram ... S. 98, 169, 172
 Hilgers, Heinz ... S. 101
 Hiller-Ohm, Gabriele ... S. 101 f., 230, 232
 Hiller, Ulrike ... S. 128
 Hindersmann, Nils ... S. 84
 Hinz, Petra ... S. 230, 232
 Hipp, Rainer ... S. 105
 Hirschel, Dierk ... S. 91
 Hisserich, Karl ... S. 252
 Hoch, Clemens ... S. 189
 Hochschild, Helmut ... S. 101 f.
 Hochwind, Antje ... S. 177 f.
 Hocke, Norbert ... S. 101 f.
 Hoffmann-Bethschneider, Cornelia ... S. 101 f., 185 f.
 Hoffmann, Fabian ... S. 81
 Hoffmann, Iris ... S. 118, 121
 Hoffmann, Jens ... S. 147, 149
 Hoffmann, Wolfgang ... S. 101 f.
 Hofmann, Frank ... S. 229 ff.
 Hofmann, Heike ... S. 175
 Högl, Eva ... S. 11, 101 f., 159, 161, 227, 230, 232
 Hoheisel, Miriam ... S. 101 f.
 Hojnatzki, Rolf ... S. 135
 Hold, Renate ... S. 126
 Holland-Nell, Jürgen ... S. 178
 Hollande, François ... S. 40 f., 48
 Holst, Bernd Peter ... S. 79

Holster, Lars ... S. 126
 Holzwarth, Erich ... S. 198
 Honé, Birgit ... S. 142
 Hoppe, Alexander ... S. 136
 Horch, Frank ... S. 123
 Hördum, Tine ... S. 165
 Horeis, Detlef ... S. 144
 Horn, Gustav ... S. 91
 Horn, Katharina ... S. 172
 Hörschele, Ralf ... S. 84
 Hövelmann, Holger ... S. 152
 Huber, Antje ... S. 110, 114
 Huber, Berthold ... S. 227
 Hübner, Ines ... S. 156
 Hufe, Peter ... S. 92
 Hüfner, Florian ... S. 151
 Hugo, Michael ... S. 113
 Huhn, Caroline ... S. 182
 Hui, Wang ... S. 96, 98
 Humme, Christel ... S. 93, 229 ff.
 Hundseder, Franziska ... S. 113
 Husmann, Udo ... S. 143
 Huster, Ernst-Ulrich ... S. 175
 Husung, Hans-Gerhard ... S. 200
 Huxhold, Erika ... S. 141, 143

I

Ide, Robert ... S. 104
 Igel, Oliver ... S. 161
 Ihbe, Annegret ... S. 132, 138
 Ilgner, Michael ... S. 105
 Imo, Thomas ... S. 15, 20, 22

J

Jachymiak-Krolukowska, Lucyna ... S. 161
 Jäckel, Eberhard ... S. 114
 Jagau, Hauke ... S. 135, 143
 Jäger, Andrea ... S. 172
 Jäger, Jens ... S. 105
 Jägers, Wolfgang ... S. 73
 Jahl, Armin ... S. 165
 Jakobs, Jann ... S. 77
 Jakubowski, Elke ... S. 126
 Jandl, Ernst ... S. 96
 Janssen, Heino ... S. 146
 Jantz, Christina ... S. 135, 145
 Jehle, Dirk ... S. 165
 Jehmlich, Tommy ... S. 180, 182
 Jellonnek, Burkhard ... S. 97
 Jennerjahn, Marten ... S. 29, 194

Jenter, Anne ... S. 93
 Jobs, Thorsten ... S. 81
 Johans, Ute ... S. 135
 Johannsen, Lutz ... S. 55
 Johannßen, Claus ... S. 145
 John-Ohnesorg, Marei ... S. 100, 103
 John, Sascha ... S. 143
 Jörg, Wolfgang ... S. 101
 Jörns, Karin ... S. 11
 Jost, Reinhold ... S. 185 f.
 Juncker, Jean-Claude ... S. 48
 Jung, Johannes ... S. 194
 Jungblut, Gwendolin ... S. 144 f.
 Junker, Heinrich ... S. 252
 Junker, Karin ... S. 70, 92 f.
 Juratovic, Josip ... S. 194, 203, 232
 Jürgens-Pieper, Renate ... S. 128
 Jüttner, Wolfgang ... S. 11, 29, 91, 139

K

Kaczmarek, Oliver ... S. 165, 230, 232
 Kaerkes, Sven ... S. 32, 79
 Kahrs, Johannes ... S. 125 f., 230, 232
 Kaiser-Fuchs, Marianne ... S. 149
 Kaltenbach, Karin ... S. 29
 Kaluza, Katharina ... S. 85
 Kalveram, Esther ... S. 172
 Kaminski, Thomas ... S. 178
 Kammerevert, Petra ... S. 92, 165
 Kanehl, Jürgen ... S. 250
 Kapp, Sonja ... S. 135
 Karaahmetoglu, Macit ... S. 194
 Karademir, Hidir ... S. 168
 Karau, Diethard ... S. 135
 Karl, Annette ... S. 196
 Kastantowicz, Susanne ... S. 84
 Kastner, Susanne ... S. 229 ff.
 Kater, Helmut ... S. 252
 Kater, Kristian ... S. 149
 Kavai, André ... S. 175
 Kaykin, Zülfiye ... S. 11
 Kehlbreier, Dietmar ... S. 108
 Keim, Tobias ... S. 85
 Kelber, Ulrich ... S. 103, 106, 229 ff.
 Keler, Sigrid ... S. 110
 Kellenberger, Angélique ... S. 29
 Keller, Dietmar ... S. 98
 Kellner, Klaus-Dieter ... S. 178
 Kempin, Daniel ... S. 109
 Kermer, Marina ... S. 151
 Kerschbaumer, Judith ... S. 67, 93, 111
 Keune, Kornelia ... S. 73, 152
 Kiausch, Elisabeth ... S. 126
 Kiefert-Demuth, Cathleen ... S. 121
 Kieninger, Gerda ... S. 165
 Killewald, Norbert ... S. 111
 Kindel, Kurt ... S. 250
 Kirchner, Wolfgang ... S. 147, 149
 Kirçi, Alptekin ... S. 11, 140
 Kirgiane-Efremidis, Stella ... S. 194
 Kirmeier, Ursula ... S. 196
 Kirschner, Klaus ... S. 76
 Kissel, Michael ... S. 189
 Kisseler, Barbara ... S. 123
 Klages, Sönke ... S. 126
 Klammer, Ute ... S. 67
 Klausch, Peter ... S. 101 f.
 Klecha, Stephan ... S. 139, 141, 143
 Kleiber, Michael ... S. 125 f.
 Klein, Denise ... S. 186
 Klein, Wilfried ... S. 29
 Kleinfeld, Renate ... S. 73, 126
 Kleist, Thomas ... S. 92
 Kleist, Werner ... S. 161
 Klemm, Klaus ... S. 103
 Klemm, Matthias ... S. 178
 Kliese, Hanka ... S. 121
 Klimpke, Juergen K. ... S. 177 f.
 Klingbeil, Lars ... S. 92, 131, 135, 145, 230, 232
 Klingel, Alfred ... S. 73
 Klingenburg, Konrad ... S. 29
 Klisch, Cornelia ... S. 70, 178
 Klöppel, Thomas ... S. 178
 Klose, Hans-Ulrich ... S. 125, 229 ff.
 Klug, Astrid ... S. 24, 136, 138
 Klute, Thorsten ... S. 165
 Knoll, Susie ... S. 52
 Köbele, Bruno ... S. 110
 Köbler, Daniel ... S. 187
 Koch, Andreas ... S. 178
 Koch, Helga ... S. 79
 Koch, Patrick ... S. 173, 175
 Koch, Rainer ... S. 105
 Kocka, Jürgen ... S. 91
 Kofler, Bärbel ... S. 196, 229 ff.
 Kohler, Stephan ... S. 137
 Köhler, Susanne ... S. 178
 Köhler, Thomas ... S. 200
 Kohlrausch, Bettina ... S. 29, 103
 Kohnen, Natascha ... S. 91, 195 f.
 Kolat, Dilek ... S. 158, 161
 Kolat, Kenan ... S. 32, 88
 Kolb, Angela ... S. 81, 150
 Kolb, Gisela ... S. 186
 Kolbe, Daniela ... S. 183, 230, 232
 Kolbow, Walter ... S. 32, 45
 Kolf, Ingo ... S. 101 f.
 Komoß, Stefan ... S. 161

Kompe, Gerhard ... S. 74, 110, 165
 König, Barbara ... S. 29, 101 f.
 König, Peter ... S. 111
 Konken, Michael ... S. 92
 Konzelmann, Thorsten ... S. 165
 Kopischke, Hanna ... S. 138
 Köpping, Petra ... S. 183
 Körfiges, Hans-Willi ... S. 165
 Körner, Matthias ... S. 175
 Körper, Fritz Rudolf ... S. 230, 232
 Kort-Weiher, Gesine ... S. 95
 Körting, Ehrhart ... S. 103, 159
 Kortmann, Karin ... S. 108
 Koschnick, Hans ... S. 127, 250
 Koschorreck, Elisabeth ... S. 165
 Koß, Simona ... S. 156
 Köster, Benjamin ... S. 132, 135
 Köster, Dietmar ... S. 165
 Kötter, Andrea ... S. 149
 Kraffzick, (Conny) Cornelia ... S. 177 f.
 Kraft, Hannelore ... S. 11, 33, 66, 71, 86, 102, 107, 123, 142 f., 162 ff., 166, 169, 172, 228
 Kramme, Anette ... S. 11, 111, 196, 228, 229 ff.
 Krappa, Stefan ... S. 126
 Krater, (Gabi) Gabriele ... S. 81
 Kraus, Karl ... S. 95
 Krause, Udo ... S. 152
 Krawinkel, Holger ... S. 95
 Kreft, Marcus ... S. 121
 Krehl, Constanze ... S. 238
 Kreins, Ole ... S. 161
 Kressl, Nicolette ... S. 91, 101, 229 ff.
 Kreuch, Knut ... S. 177 f.
 Kringel, Markus H. ... S. 105
 Krüger-Leißner, Angelika ... S. 92, 229 ff.
 Krüger, Bernd ... S. 138
 Krüger, Jan ... S. 85
 Krumm, Kilian ... S. 85
 Krümpfer, Petra ... S. 129
 Kruse, Andreas ... S. 107
 Kubat, Reinhard ... S. 172
 Kühl, Carsten ... S. 32
 Kühnert, Kevin ... S. 161
 Kühnlein, Melitta ... S. 93
 Kummer, Uta ... S. 129
 Kumpf, Ute ... S. 230, 232
 Kunckel, Karl-Heinz ... S. 181, 252
 Kühholz, Elke ... S. 172
 Kunze, Sylvia ... S. 84
 Kuppe, Gerlinde ... S. 112
 Kurtz, Hans-P. ... S. 184
 Kutscher, Jens ... S. 178
 Kutzer, Wolf ... S. 140

L

Labsch, Werner ... S. 252
 Lachwitz, Klaus ... S. 111
 Lagodinsky, Grigori ... S. 108 f.
 Lagodinsky, Sergey ... S. 108 f.
 Lambertin, Knut ... S. 87
 Lambrecht, Christine ... S. 92, 168, 173, 175, 227, 229 ff.
 Lamy, Pascal ... S. 227
 Lang, Armin ... S. 32, 75 f.
 Lang, Roland ... S. 252
 Lange, Bernd ... S. 133
 Lange, Brigitte (Berlin) ... S. 97
 Lange, Brigitte ... S. 252
 Lange, Christian ... S. 229 ff.
 Lange, Harald ... S. 105
 Lange, Katrin ... S. 156
 Lange, Simone ... S. 117
 Langner, David ... S. 189
 Lassalle, Ferdinand ... S. 129
 Lauer, Alfons ... S. 184 ff.
 Lauterbach, Ellen ... S. 252
 Lauterbach, Karl W. ... S. 229 ff.
 Leber, Georg ... S. 110, 252
 Lebid, Michael ... S. 144
 Lehmann-Wandschneider, Ulrike ... S. 118, 121
 Lehmann, Diana ... S. 177
 Leidenfrost, Nicole ... S. 172
 Leifeld, Bernd ... S. 98
 Leinen, Jo ... S. 238
 Lemke, Eveline ... S. 187
 Lemke, Willi ... S. 105
 Lemme, Steffen-Claudio ... S. 230, 232
 Lemmen, Veith ... S. 165
 Lenfers, Julia ... S. 66, 68 ff.
 Leonhard, Melanie ... S. 125
 Lesemann, Silke ... S. 143
 Letter, Laura ... S. 138
 Leuchert, Thomas-Jörg ... S. 118
 Leuschner, Sigrid ... S. 143
 Lewentz, Roger ... S. 187 ff.
 Leyendecker, Hans ... S. 113
 Lichtwitz, Jan ... S. 84
 Liebetrueth, Dörte ... S. 144 f.
 Lies, Olaf ... S. 130 f, 133, 135, 146, 148 f.
 Ließ, Bernhard ... S. 252
 Lietz, Arne ... S. 151
 Lind, Thomas ... S. 78
 Linde, Gerda ... S. 110, 113
 Lindenberg, René ... S. 177 f.
 Link, Stefanie ... S. 121
 Links, Christoph ... S. 98
 Lippert, Ingo ... S. 178
 Lischka, Burkhard ... S. 228 ff.

Löbl, Bettina ... S. 178
 Lobo, Sascha ... S. 202
 Locatelli, Pia ... S. 67
 Lochner-Fischer, Monica ... S. 252
 Löfven, Stefan ... S. 48
 Loge, Stephan ... S. 156
 Logemann, Karin ... S. 147, 149
 Lohmann, Götz-Peter ... S. 121
 Lohmann, Jakob ... S. 85
 Lönnendonker, Siegfward ... S. 98
 Lorenz, Wolfgang ... S. 73
 Lösekrug-Möller, Gabriele ... S. 11, 135, 138, 140, 229 ff.
 Losert, Dagmar ... S. 73
 Loth, Barbara ... S. 159, 161
 Lottmann, Ralf ... S. 74
 Lück, Angela ... S. 165
 Lückert, Brigitte ... S. 129
 Lüdeking, Nicole ... S. 113
 Lüders, Christine ... S. 75
 Lüders, Nadja ... S. 11, 165
 Ludwig, Barbara ... S. 11
 Lühmann, Kirsten ... S. 230, 232, 243
 Lühns, Hermann ... S. 107
 Lukosch, Christian ... S. 76
 Lutz, Egon ... S. 252
 Lutz, Udo ... S. 194
 Luz, Rudolf ... S. 194

M

Maas, Heiko ... S. 11, 109, 184 ff.
 Machill, Marcel ... S. 92
 Machnig, Matthias ... S. 172, 177 f.
 Maffay, Peter ... S. 46
 Magirus, Friedrich ... S. 113
 Mahrenholz, Ernst Gottfried ... S. 110
 Maizièrre, Thomas de ... S. 225
 Malchow, Helge ... S. 98
 Maly, Ullrich ... S. 11, 196, 243 f.
 Manfred, Megaphon ... S. 121
 Manke, Stephan ... S. 138
 Mann, Holger ... S. 183
 Margraf, Martin ... S. 84
 Markmann, Sabine ... S. 129
 Marks, Caren ... S. 93, 100, 102, 105, 111, 143, 229 ff.
 Marquardt, Bea ... S. 19, 21 f, 42, 76,
 Marquis, Bettina ... S. 70
 Martin, Bettina ... S. 93
 Martin, Jens ... S. 135, 147, 149
 Märtn, René ... S. 23, 27
 Martiny, Anke ... S. 110

Marx, Dorothea ... S. 176
 Marx, Elfriede ... S. 29, 112
 Marx, Reinhard Kardinal ... S. 108
 Mascher, Ulrike ... S. 95, 110 f.
 Maschmeyer-Pühl, Frauke ... S. 149
 Maßmann, Peter ... S. 126
 Mast, Katja ... S. 191, 194, 230, 232
 Matschie, Christoph ... S. 11, 77, 99 f, 102 f, 177 f.
 Mattern, Ralf ... S. 152
 Matteredne, Ch. ... S. 139 f, 142
 Matthäus-Maier, Ingrid ... S. 95, 110
 Mattheis, Hilde ... S. 11, 194, 230, 232
 Mattischeck, Heide ... S. 64
 Matysiak, Gerwin ... S. 86
 Mayer, Dieter ... S. 172
 Mazyek, Aiman ... S. 181
 Meier-Gräwe, Uta ... S. 101 f.
 Meier, Sylvia ... S. 143
 Meierotte, Jörg ... S. 85
 Meinhold, Walter ... S. 64, 132, 141
 Menasse, Eva ... S. 98
 Mende, Dirk-Ulrich ... S. 135
 Menke, Barbara ... S. 29
 Mensink, Dagmar ... S. 32
 Merk, Heike ... S. 110
 Merkel, Angela ... S. 200, 206 f, 214, 217, 219, 222, 225,
 Merkel, Petra ... S. 229 ff.
 Merkel, Wolfgang ... S. 91
 Mernizka, Loke ... S. 112
 Merten, Roland ... S. 77
 Mertes, Pater Klaus ... S. 113
 Merz, Gerhard ... S. 101 f.
 Merzbacher, Jonas ... S. 196
 Meslien, Daniel ... S. 121
 Meßmer, Ullrich ... S. 170, 230, 232
 Mestrallet, Gérard ... S. 227
 Meurer, Ulla ... S. 165
 Meyer-Bogya, Thorsten ... S. 79
 Meyer, Christoph ... S. 109
 Meyer, Henning ... S. 91
 Meyer, Thomas ... S. 90 f, 96, 98
 Michaelis, Klaus ... S. 111
 Midyatli, Serpil ... S. 117
 Mielke, Jörg ... S. 130
 Miersch, Matthias ... S. 135, 229 ff.
 Milas, Anette ... S. 169, 171
 Miller, Leszek ... S. 48
 Mindrup, Klaus ... S. 161
 Misselwitz, Hans ... S. 32, 91
 Misselwitz, Ruth ... S. 113
 Mittag, Susanne ... S. 147, 149
 Modde, Michael ... S. 178
 Modder, (Hanne) Johanne ... S. 135, 147 ff.

Moeller, Achim ... S. 27 f.
 Mogdans, Kerstin ... S. 70
 Mögling, Klaus ... S. 78
 Mögling, Renate ... S. 132
 Möhring-Hesse, Matthias ... S. 91
 Möhrmann, Dieter ... S. 130, 135
 Mohrs, Klaus ... S. 136
 Mohrs, Klaus Dieter ... S. 130
 Möller, Almut ... S. 91
 Möller, Franz ... S. 166
 Monteiro, Birgit ... S. 161
 Morgenroth, Ina ... S. 126
 Moscovici, Pierre ... S. 227
 Mosdorf, Siegmund ... S. 92
 Mucke, Michael ... S. 145
 Mugabe, Robert ... S. 49
 Mühe, Karl-Heinz ... S. 137
 Mühlbauer, Eleonore ... S. 178
 Mühlstein, Marko ... S. 64, 152
 Müller-Closset, Birgit ... S. 184
 Müller-Emmert, Adolf ... S. 252
 Müller, Christian Phillip ... S. 98
 Müller, Martina ... S. 105
 Müller, Meike ... S. 28
 Müller, Michael ... S. 91, 103
 Müller, Michael (Berlin) ... S. 157 ff.
 Müller, Monika ... S. 102
 Münch, Martina ... S. 77, 101 f, 156
 Münchberg, Hans-Helmut ... S. 178
 Muñoz-Berz, Carmen ... S. 93
 Müntefering, Franz ... S. 107, 132 f, 138, 172, 230, 232
 Müntefering, Michelle ... S. 165
 Murphy, Philip D. ... S. 202
 Mützenich, Rolf ... S. 229 ff.

N

Naaß, Christa ... S. 196
 Naber, Hanna ... S. 132, 147, 149
 Nack, Armin ... S. 103
 Nahles, Andrea ... S. 7, 11, 27, 32, 47, 49, 52, 75, 87, 92, 107 f, 112, 125, 129, 132, 142, 181, 193 f, 196, 230, 232
 Naujoks, Alexander ... S. 73
 Naumann, Ruth ... S. 138
 Nedden, Martin zur ... S. 95
 Negt, Oskar ... S. 40, 98
 Nelles, Ursula ... S. 100
 Ness, Klaus ... S. 156
 Neubauer, Kurt ... S. 252
 Neuendorf, Bernd ... S. 165
 Neukirch, Dagmar ... S. 101 f.
 Neumann, Dirk ... S. 102

Neumann, Michael ... S. 123
 Neumann, Ulrike ... S. 161
 Neumann, Wiebke ... S. 84, 152
 Nicholls, Robert ... S. 132
 Nida-Rümelin, Julian ... S. 11, 32, 90 f., 96 f., 98, 100, 103,
 Niersbach, Wolfgang ... S. 227
 Nieszery, Norbert ... S. 118, 121
 Nietan, Dietmar ... S. 48, 165, 230, 232
 Nink, Manfred ... S. 230, 232
 Nissen, Ulli ... S. 70
 Nitschke, Hans-Ulrich ... S. 138
 Norbistrath, Volker ... S. 32
 Northoff, Robert ... S. 121
 Notzke, Thomas ... S. 81, 178
 Nowacki, Petra ... S. 88
 Nürnberger, Ingo ... S. 111, 175
 Nußbaum, Ullrich ... S. 158

O

Obama, Barack ... S. 133, 151
 Odebrecht, Julia ... S. 125
 Oerder, Katharina ... S. 84
 Ofori-Thomas, Tam ... S. 145
 Öney, Bilkay ... S. 191
 Oppermann, Thomas ... S. 172, 227 ff.
 Oppers, Rüdiger ... S. 92
 Orioli, Victoria ... S. 152
 Ortega, Manuel Medina ... S. 180
 Ortel, Holger ... S. 230, 232
 Ortling, Annegret ... S. 81
 Ostheimer, Volker ... S. 186
 Östreich, Cornelia ... S. 70
 Ostrowicki, Julia ... S. 88
 Ott, Jochen ... S. 165
 Otter, Lothar ... S. 32, 109
 Özkaraca, Erol ... S. 161
 Özmen, Elif ... S. 91
 Özoğuz, Aydan ... S. 11, 93, 125 f., 175, 230, 232

P

Paetzel, Uli ... S. 165
 Pahl, Roland ... S. 129
 Pahl, Rolf ... S. 172
 Pähle, Katja ... S. 152
 Palandt, Jens ... S. 137
 Panter, Dirk ... S. 180, 183
 Parpat, Uwe ... S. 92
 Paul, Ernst ... S. 98

Paul, Otmar Miles ... S. 111
 Paula, Heinz ... S. 230, 232
 Pauls, Birte ... S. 117
 Pein, Milan ... S. 126
 Pein, Tobias von ... S. 117
 Peinze, Dennis ... S. 102
 Pelgrim, Hermann-Josef ... S. 194
 Pellin, Sonja ... S. 84
 Perc, Dejan ... S. 194
 Peter, Brunhilde ... S. 110
 Peter, Horst ... S. 252
 Peter, Posaunen ... S. 121
 Peters-Rehwinkel, Insa ... S. 129
 Peters, Gesche ... S. 74 f.
 Petry, Christian ... S. 186
 Pfaff, Hildegard ... S. 168
 Pfarr, Heide ... S. 180
 Pfeiffer, Ullrich ... S. 95
 Pfeil, Juliane ... S. 180, 183
 Pflug, Johannes ... S. 230, 232
 Pickel, Sascha ... S. 146
 Pidde, Werner ... S. 178
 Pillau, Gerd ... S. 178
 Pipa, Erich ... S. 174
 Pistorius, Boris ... S. 135, 142
 Platzbecker, Arne ... S. 88
 Platzbeck, Matthias ... S. 11, 153, 156
 Pleitgen, Hans ... S. 253
 Pleß, Brigitte ... S. 68, 70, 93, 119
 Poersch, Regina ... S. 117
 Pogrell, Annette von ... S. 143
 Pohl, Andreas ... S. 71
 Poppe, Ulrike ... S. 113
 Pörksen, Anke ... S. 32, 81, 142
 Poß, Joachim ... S. 11, 32, 173, 229 ff.
 Post, Achim ... S. 47
 Prantl, Heribert ... S. 98
 Precht, Richard David ... S. 202
 Priesmeier, Wilhelm ... S. 229 ff.
 Prieß, Major Helmuth ... S. 113
 Prigge, Rolf ... S. 129
 Prokop, Clemens ... S. 105
 Pronold, Florian ... S. 11, 32, 95, 100, 196, 229 ff., 243
 Protze, Annika ... S. 145
 Prüfer-Storcks, Cornelia ... S. 123
 Pumm, Erhard ... S. 253
 Puschke, Martina ... S. 111

Q

Quante-Brandt, Eva ... S. 128
 Quanz, Lothar ... S. 168
 Quast, Anja ... S. 126

R

Raabe, Sascha ... S. 175, 229 ff.
 Rabe, Ties ... S. 123, 125 f.
 Rackles, Mark ... S. 161
 Radbruch, Gustav ... S. 80 f.
 Rahe, Ernst-Wilhelm ... S. 165
 Rakow, Sigrid ... S. 147, 149
 Rakowski, Andreas ... S. 143
 Rämer, Jan-Christopher ... S. 161
 Ramsauer, Günther ... S. 189
 Ramsauer, Peter ... S. 215
 Ranau, Jörg ... S. 45
 Randzio-Plath, Christa ... S. 101, 110
 Range, Jens ... S. 136
 Raphael, Detlef ... S. 243 f., 248, 250
 Rapkay, Bernhard ... S. 32, 48, 238
 Rase, Georg ... S. 186
 Rasmussen, Poul Nyrup ... S. 47
 Rau, Christina ... S. 114
 Rau, Johannes ... S. 27, 95
 Rauball, Reinhard ... S. 104, 227
 Raudies, Beate ... S. 117
 Rauschenbach, Thomas ... S. 101 f.
 Rauschkolb, Jaqueline ... S. 189
 Ravens, Karl ... S. 110, 145
 Rawert, Mechthild ... S. 87, 230, 232
 Rebmann, Stefan ... S. 230, 232
 Reck, Robert ... S. 151
 Reckmann, Brigitte ... S. 64
 Redmann, Sandra ... S. 117
 Rehwinkel, Ingrid ... S. 76
 Reiber, Marlene ... S. 186
 Reich, Beate ... S. 189
 Reichenbach, Gerold ... S. 175
 Reimann, Carola ... S. 135, 138, 229 ff.
 Reimers, Babette ... S. 79
 Reinecke, Corinna ... S. 152
 Reinert, Felizitas ... S. 78
 Reinert, Marianne ... S. 112
 Reinert, Marie-Christine ... S. 85, 102
 Reise, Holger ... S. 196
 Renner, Tim ... S. 79, 99
 Reuß, Stefan ... S. 172
 Reuter, Bernhard ... S. 139, 243 f.
 Rhein, Boris ... S. 167
 Rhode, Helmut ... S. 71
 Richter, Andrea ... S. 113
 Richter, Bianca ... S. 113
 Richter, Frank ... S. 126
 Richter, Klaus ... S. 253
 Richter, Siegfried ... S. 172
 Ridder-Melchers, Ilse ... S. 105
 Rieckhof, Andreas ... S. 131
 Riedel-Kielhorn, Miriam ... S. 138

Riedel, Katrin ... S. 102
 Riedmaier, Theresia ... S. 189
 Riemann-Hanewinkel, Christel ... S. 101 f.
 Rigot, Daniel ... S. 29
 Rimkus, Andreas ... S. 165
 Rinderspacher, Markus ... S. 196
 Rinke, Barbara ... S. 178
 Rischar, Jürgen ... S. 174 f.
 Ritter, Florian ... S. 196
 Ritter, Madeline ... S. 98
 Ritzenhoff, Thomas ... S. 126
 Rix, Sönke ... S. 101 f., 230, 232
 Rock, Joachim ... S. 74
 Röhl, Sabine ... S. 189, 248, 250, 253
 Rohland, Peter ... S. 95
 Rolland, Gabi ... S. 194
 Roloff, Sebastian ... S. 84
 Rombach, Dieter ... S. 100
 Romberg, Walter ... S. 110
 Römer, Norbert ... S. 165
 Rose, Heidemarie ... S. 101 f.
 Rose, Wolfgang ... S. 125 f.
 Röspe, René ... S. 100, 230, 232
 Rossmann, Ernst Dieter ... S. 74, 78, 100, 102 f., 229 ff.
 Rossmann, Klaus Dieter ... S. 77
 Roßner, Frank ... S. 178
 Rostalski, André ... S. 88, 161
 Roth, Ernst-Ewald ... S. 175
 Roth, Eugen ... S. 184 ff.
 Roth, Karin ... S. 230, 232
 Roth, Michael ... S. 166 ff., 172, 229 ff.
 Roth, Petra ... S. 167, 174
 Rothe, Kerstin ... S. 91, 102 f.
 Rother, Thomas ... S. 117
 Röttgen, Norbert ... S. 164
 Röttgermann, Thomas ... S. 105
 Rubalcaba, Alfredo Pérez ... S. 48
 Rüdinger, Elisabeth ... S. 76
 Rudolph, Karsten ... S. 112, 114, 165
 Rudolph, Michael ... S. 170
 Rühl, Kathrin ... S. 135, 147, 149
 Rühmekorf, Cynthia ... S. 112
 Rühmkorf, Eva ... S. 110, 114
 Ruhwedel, Iris ... S. 172
 Rundt, Cornelia ... S. 135
 Rupp, Adelheid ... S. 70
 Rupprecht, Marlene ... S. 101, 230, 232
 Rürup, Bettina Luise ... S. 101 f.
 Ruschmeier, Lothar ... S. 253
 Rüter, Michael ... S. 135, 138
 Ryglewski, Sarah ... S. 106, 128 f.

S

- Saage, Richard ... S. 98
 Sahm, Christoph ... S. 149
 Saleh, Raed ... S. 161
 Salle-Eltner, Astrid ... S. 250
 Samson, Diederik ... S. 48
 Samtlebe, Günter ... S. 248, 250, 253
 Sandvoß, Ursula ... S. 138
 Santjer, Uwe ... S. 144
 Sarantis-Aridas, Karin ... S. 68
 Sarrazin, Thilo ... S. 83, 108
 Sawade, Annette ... S. 194, 232, 250
 Schaaf, Anton ... S. 111, 229 ff.
 Schaas, Gerhard ... S. 92
 Schackmann-Fallis, Karl-Peter ... S. 110
 Schäfer-Gümbel, Thorsten ... S. 11, 32, 50, 103, 166, 168, 174 f.
 Schäfer, Axel ... S. 48, 165, 205, 229, 231, 243
 Schäfer, Claus ... S. 101 f.
 Schäfer, Enrico ... S. 172
 Schäfer, Roland ... S. 243, 246
 Schäfer, Ute ... S. 101 f., 165
 Schareck, Celina ... S. 27, 29
 Scharf, Altbischof D. Kurt ... S. 113
 Scharping, Rudolf ... S. 105
 Schaub, Manfred ... S. 32, 104 f., 166, 168 ff., 172
 Schäuble, Wolfgang ... S. 206 f.
 Scheele, Detlef ... S. 101 f., 123
 Scheelen, Bernd ... S. 95, 229 ff., 243
 Scheer, Hermann ... S. 166
 Scheer, Karl-Josef ... S. 184
 Scheer, Nina ... S. 91
 Scheeres, Sandra ... S. 102, 158
 Scheffer, Barbara ... S. 161
 Scheidecker, Martin ... S. 102
 Schell, Hansjörg ... S. 29, 143
 Schellberg, Thomas ... S. 92
 Schenk, Katharina ... S. 182
 Scherer, Klaus-Jürgen ... S. 32, 97 ff.
 Scherf, Christian ... S. 100
 Scherf, Henning ... S. 114
 Scheytt, Oliver ... S. 97
 Schiedek, Jana ... S. 123
 Schieder, Marianne ... S. 126, 230, 232
 Schieder, Werner ... S. 230, 232
 Schiela, Herbert ... S. 192
 Schieler, Rudolf ... S. 253
 Schieren, Stefan ... S. 29
 Schild, Armin ... S. 11, 175
 Schildmann, Christina ... S. 91
 Schimeta, Julia ... S. 161
 Schimkatis, Stefan ... S. 144 f.
 Schimmels, Karin ... S. 81
 Schindler, Franz ... S. 196
 Schindler, Silke ... S. 152
 Schlag, Antje ... S. 99
 Schlage, Britta ... S. 125 f.
 Schlaugat, Eva ... S. 132, 138
 Schlegel, Astrid ... S. 135, 143
 Schlenz, Manfred ... S. 11
 Schlimbach, Markus ... S. 181, 183
 Schlösser, Tim ... S. 84
 Schlotzhauer, Melanie ... S. 126
 Schmager, Ronja ... S. 126
 Schmalstieg, Herbert ... S. 110, 250
 Schmid, Carlo ... S. 110
 Schmid, Nils ... S. 108, 190 ff., 194
 Schmid, Thomas ... S. 202
 Schmidt-Kuner, Hannah ... S. 27 f.
 Schmidt-Weil, Jessica ... S. 108 f.
 Schmidt, Andreas ... S. 151
 Schmidt, Dagmar ... S. 175
 Schmidt, Helmut ... S. 33, 40 f., 45, 122 f.
 Schmidt, Manfred ... S. 79
 Schmidt, Maximilian ... S. 143
 Schmidt, Severin ... S. 111
 Schmidt, Silvia ... S. 111, 230, 232
 Schmidt, Ulla ... S. 172, 211, 230, 232
 Schmitt, Astrid ... S. 189
 Schmitt, Lucienne ... S. 113
 Schmitz, André ... S. 114
 Schmitz, Guido ... S. 92
 Schmitz, Oliver ... S. 98
 Schmolinski, Oliver ... S. 78, 85
 Schmude, Jürgen ... S. 107, 110
 Schneider-Böttcher, Irene ... S. 180
 Schneider, Arne ... S. 81
 Schneider, Carsten ... S. 229 ff.
 Schneider, Guntram ... S. 73, 111
 Schneider, Marco ... S. 85
 Schneider, Peter Jürgen ... S. 135 f., 138, 142
 Schneider, Ulrich ... S. 162
 Schnoor, Herbert ... S. 110, 113
 Schöbel, Peter ... S. 73 f.
 Scholle, Thilo ... S. 102
 Schöller, Winfried F. ... S. 98
 Scholz, Olaf ... S. 11, 86, 92, 98, 111, 122 ff., 146, 167, 229 f.
 Scholz, Robert ... S. 121
 Schöning-Kalender, Claudia ... S. 70, 124
 Schoo-Antwerpes, Elfi ... S. 87
 Schorling, Jonathan ... S. 132
 Schostok, Stefan ... S. 111, 139, 142 f., 147
 Schreiber, Anna ... S. 85
 Schreiber, Markus ... S. 126
 Schreier, Wilhelm ... S. 178
 Schreiner, Ottmar ... S. 11, 32, 71, 73, 111, 159, 184, 186, 230, 232
 Schridde, Hans-Henning ... S. 138
 Schröder-Ehlers, Andrea ... S. 131, 135
 Schröder, Burkhard ... S. 156
 Schröder, Jendrik ... S. 145
 Schröder, Klaus Theo ... S. 253
 Schröder, Kristina ... S. 67 f., 214 f.
 Schröder, Michael ... S. 88
 Schröder, Richard ... S. 113
 Schröder, Ulf ... S. 88
 Schröder, Wolfgang ... S. 111
 Schröter, Albrecht ... S. 177 f.
 Schubert, Erich ... S. 138
 Schubert, Hartmut ... S. 178
 Schubert, Mike ... S. 156
 Schüller-Springorum, Stefanie ... S. 89
 Schüller, Karin ... S. 113
 Schulte-Sasse, Hermann ... S. 128
 Schulte, Jochen ... S. 121
 Schultheis, Karl ... S. 165
 Schulz, Jörg ... S. 129
 Schulz, Martin ... S. 11, 32, 41, 44 f., 48, 126, 172, 238
 Schulz, Peter ... S. 122
 Schulz, Swen ... S. 100, 229 ff.
 Schulze, Bettina ... S. 74, 84, 93, 101 f.
 Schulze, Ingo ... S. 96
 Schulze, Olaf ... S. 117
 Schulze, Sven ... S. 183
 Schulze, Svenja ... S. 100, 165
 Schüren, Norbert ... S. 172
 Schurer, Ewald ... S. 196, 230, 232
 Schürzeberg, Angela ... S. 130
 Schüssler, Olaf ... S. 73, 172
 Schuster, Joachim ... S. 101
 Schuster, Peter ... S. 165
 Schütz, Annette ... S. 145
 Schütz, Klaus ... S. 253
 Schwabe, Frank ... S. 230, 232
 Schwall-Düren, Angelica ... S. 11, 32, 48, 91, 93
 Schwalm, Elsbeth ... S. 172
 Schwan, Gesine ... S. 90 f., 193
 Schwanholz, Martin ... S. 230, 232
 Schwanitz, Rolf ... S. 230, 232
 Schwartz, Stefan ... S. 102, 230, 232
 Schwarz, Jan ... S. 84
 Schwarz, Uwe ... S. 135, 143
 Schwarzelühr-Sutter, Rita ... S. 194
 Schwarzenbart, Ursula ... S. 202
 Schweer, Daniel ... S. 149
 Schweitzer, Alexander ... S. 188 f.
 Schweitzer, Stephan ... S. 29, 194
 Schweizer, Sonja ... S. 29
 Schwellach, Gisela ... S. 129
 Schwengel, Hermann ... S. 91
 Schwesig, Manuela ... S. 11, 27, 32 f., 93, 100 f., 108, 114, 116, 118, 121, 127, 142, 157, 172, 175, 243
 Schwetz, Desirée ... S. 172
 Schwinke, Karl ... S. 126
 Schwitzer, Helga ... S. 136
 Seeler, Joachim ... S. 126
 Seeler, Silva ... S. 142
 Seemann, Margret ... S. 121
 Segnitzer, Marion ... S. 196
 Seibel, Sabine ... S. 165
 Seidel-Kalmutzki, Karin ... S. 105, 161
 Seidenthal, Bodo ... S. 138
 SELLERING, Erwin ... S. 118, 120 f.
 Senius, Kay ... S. 151
 Shaul, Yehuda ... S. 46
 Siebel, Michael ... S. 173, 175
 Siebels, Wiard ... S. 147, 149
 Siebenkotten, Lukas ... S. 95
 Sieling, Carsten ... S. 11, 128, 230, 232
 Sievers, David ... S. 162
 Sievers, Norbert ... S. 98
 Sigges, Manfred ... S. 73
 Simmler, Susanne ... S. 168
 Simon, Sven ... S. 14 f.
 Simon, Wilma ... S. 111
 Simshäuser, Monika ... S. 165
 Sinning, Silke ... S. 105
 Sippel, Birgit ... S. 165
 Slaughter, Anne-Marie ... S. 202
 Solga, Heike ... S. 100
 Soliman, Laila ... S. 44
 Sommer, Michael ... S. 71, 170
 Sommer, Ulrike ... S. 159, 161
 Sönmez, Umut ... S. 175
 Spaenhoff, Anna ... S. 85
 Speckin, Verina ... S. 121
 Spies, Thomas ... S. 75 f., 172
 Spieß, C. Katharina ... S. 101 f.
 Spitaler, Raphaela ... S. 152
 Spranger, Iris ... S. 159, 161
 Stachowitz, Diana ... S. 101 f.
 Stadelmaier, Martin ... S. 92
 Stadler, Wolfgang ... S. 101 f.
 Staack, Klaus ... S. 113
 Stahl, Jürgen ... S. 198
 Stahl, Klaus ... S. 76
 Stang, Gisela ... S. 166, 168
 Stange, Eva-Maria ... S. 32, 78, 91, 98, 181, 183
 Stange, Steffen ... S. 178
 Stanishev, Sergei ... S. 47
 Stapelfeldt, Dorothee ... S. 123

Stark, Britta ... S. 64
 Stark, Holger ... S. 227
 Statkevich, Nikolai ... S. 44
 Steffen, Sonja ... S. 119, 229 ff.
 Stegner, Ralf ... S. 11, 32, 103, 108, 116 f., 172, 243
 Stein, Mathias ... S. 117
 Steinberg, Philipp ... S. 32, 159, 161
 Steinbrück, Peer ... S. 42, 48, 68 f., 70, 75, 79, 108, 120, 125, 130, 132, 142, 167, 206, 227, 230, 232, 245
 Steinbrück, Sven ... S. 178
 Steiner, Daniel ... S. 178
 Steinmeier, Frank-Walter ... S. 48, 79, 98, 107, 110, 116, 136, 138, 142, 157, 172, 196, 200 ff., 221 f., 227 ff., 203, 232, 243
 Steinmetz, Thomas ... S. 186
 Steinruck, Jutta ... S. 238
 Stephan, Andreas ... S. 78
 Stephan, Andrej ... S. 152
 Steppuhn, Andreas ... S. 73
 Sternberg, Manfred ... S. 95
 Stickelberger, Rainer ... S. 191
 Stieber, Michael ... S. 121
 Stiegler, Barbara ... S. 93
 Stillger, Gabriele ... S. 70
 Stinka, André ... S. 163, 165
 Stobbe, Dietrich ... S. 253
 Stoch, Andreas ... S. 194
 Stockmann, Ullrich ... S. 152
 Stolpe, Manfred ... S. 98, 110
 Stoltenberg, Jens ... S. 40, 44
 Stöß, Jan ... S. 157, 159, 161
 Stotz, Marlies ... S. 165
 Strang, Rainer ... S. 112, 132
 Strangmann, Focke ... S. 127 ff., 241, 243, 246
 Strässer, Christoph ... S. 229 ff.
 Strasser, Johano ... S. 91, 166
 Stratmann, Anna ... S. 95
 Straup, Hans-Dieter ... S. 88
 Strauß, Mareike ... S. 84 f.
 Strehse, Franka ... S. 145
 Streidl, Barbara ... S. 69
 Strejc, Matthias ... S. 178
 Strieder, Anja ... S. 50
 Striek, Heinz ... S. 253
 Strobel, Käthe ... S. 113
 Stroedter, Jörg ... S. 161
 Struck, Peter ... S. 135, 138, 151, 172, 253
 Strumm, Rudolf ... S. 186
 Strunz, Petra ... S. 179
 Stuntebeck, Kristina ... S. 135, 147, 149
 Suchan, Jochen ... S. 92

Sünder, Claudia ... S. 194
 Sündermann, Dieter ... S. 148
 Suner, Murat ... S. 98
 Süß, Michael ... S. 227
 Suu Kyi, Aung San ... S. 50
 Svoboda, Monika ... S. 172
 Svoboda, Hannes ... S. 238
 Syring, Angelika ... S. 161
 Szabados, Dagmar ... S. 250

T

Tack, Kerstin ... S. 230, 232
 Tadic, Boris ... S. 45, 47, 177
 Talic, Muhamed ... S. 168
 Tammena, Heiko ... S. 29
 Tanke, Detlef ... S. 135, 138, 142
 Tappe, Joachim ... S. 253
 Tasdelen, Arif ... S. 196
 Tatje, Susanne ... S. 95
 Taubert, Heike ... S. 111, 117 f.
 Tausend, Claudia ... S. 196
 Tautz, Lothar ... S. 32
 Teichert, Georg ... S. 87 f., 182
 Tempel, Sylke ... S. 109
 Templ, Karl-Ulrich ... S. 194
 Tenor-Alschausky, Siegrid ... S. 101 f.
 Terence Jones, Mark ... S. 88
 Theißen, Klaus ... S. 102
 Thierse, Wolfgang ... S. 32, 42, 91, 96 ff., 108, 161, 172, 230, 232
 Thies, Reinhard ... S. 95
 Thönnies, Franz ... S. 230, 232
 Thönnies, Werner ... S. 253
 Thul, Sebastian ... S. 186
 Tiedtke, Sina ... S. 84
 Tiefensee, Wolfgang ... S. 32, 91, 183, 230 ff.
 Tiemann, Petra ... S. 131, 144 f.
 Tietz, Nicole ... S. 138
 Timm, Dierk ... S. 165
 Timm, Helga ... S. 110
 Timmermann, Karin ... S. 29
 Timpe, Martin ... S. 32
 Tinius, Rosemarie ... S. 138
 Tippelt, Sabine ... S. 143
 Tomasek, Sören ... S. 126
 Tonne-Jork, Elke ... S. 132, 139, 143
 Tonne, Grant Hendrik ... S. 81, 131
 Tovar, Klaus ... S. 29, 247
 Tralau, Gesa ... S. 117
 Trauernicht, Gitta ... S. 117
 Trichet, Jean-Claude ... S. 48
 Trigona, Alex Sceberras ... S. 180

Trinkwalder, Sina ... S. 79
 Trutschel, Thomas ... S. 96
 Tsalastras, Apostolos ... S. 165
 Tsartilidis, Elias ... S. 129
 Tschentscher, Peter ... S. 123, 126
 Tsvangirai, Morgan ... S. 49
 Turowski, Jan ... S. 97

U

Ude, Christian ... S. 195 f., 243 f.
 Uekermann, Johanna ... S. 84
 Uhlenbrock, Dirk ... S. 60
 Ulferts-Dirksen, Sophia ... S. 70
 Ulrich, Peter ... S. 253
 Umbach, Claus ... S. 105
 Ünalgan, Taner ... S. 84
 Unger, Marc-Steffen ... S. 22, 41
 Urban, Marco ... S. 20 f., 40 ff., 55, 67, 69, 114, 228, 255

V

Vahlberg, Jürgen ... S. 79
 Vaupel, Egon ... S. 169
 Vaupel, Monika ... S. 172
 Vaupel, Thomas ... S. 32
 Veit, Carola ... S. 123, 125 f.
 Veit, Rüdiger ... S. 230, 232
 Veldhues, Elisabeth ... S. 165
 Velter, Boris ... S. 78, 161
 Vergin, Siegfried ... S. 253
 Vértes-Schütter, Isabella ... S. 123
 Vittinghoff, Kurt ... S. 253
 Vogel, Hans-Jochen ... S. 33, 40, 91
 Vogel, Kai ... S. 117
 Vogel, Marion ... S. 29
 Vogel, Sebastian ... S. 183
 Vogelsänger, Jörg ... S. 95, 156
 Vogl, Joseph ... S. 96
 Vogt, Sascha ... S. 32, 84, 111
 Vogt, Ute ... S. 11, 98, 105
 Vogt, Uwe ... S. 178
 Volke, Kristina ... S. 97 f.
 Volker, Verstärker ... S. 121
 Volkmer, Marlies ... S. 76, 179, 230, 232
 Vorberger, Lars ... S. 86, 88
 Vornehm, Norbert ... S. 178
 Vosen, Josef ... S. 253
 Voss, Reiner ... S. 187 f.
 Voss, Sven ... S. 227

W

Waack, Wolf-Dietrich ... S. 178
 Wachendorf, Karen ... S. 138
 Wachholz, Gunter ... S. 73
 Wacker, Elisabeth ... S. 111
 Wagner, Erika ... S. 253
 Wagner, Falk ... S. 128
 Wagner, Hauke ... S. 126
 Wagner, Horst ... S. 253
 Waldegge, Elfi Heusinger von ... S. 29, 198
 Waldenfels, Astrid von ... S. 76
 Walsken, Gisela ... S. 165
 Walter, Gerd ... S. 92
 Walter, Helga ... S. 107
 Walter, Tonio ... S. 81
 Walther, Claudia ... S. 29
 Walther, Ursula ... S. 77, 103
 Wappenschmidt-Krommus, Ellen ... S. 107
 Warminski-Leitheußer, Gabriele ... S. 191, 194
 Warnecke, Torsten ... S. 168
 Waschke, Sabine ... S. 172
 Watermann, Ullrich ... S. 135, 139, 143
 Watzema, Elke ... S. 121
 Weber, Andreas-Peter ... S. 92
 Weber, Beate ... S. 110
 Weber, Frank ... S. 73, 178
 Weber, Jürgen ... S. 117
 Weber, Lena ... S. 129
 Wedemeier, Klaus ... S. 250
 Wege, Joachim ... S. 95
 Wegener, Gunnar ... S. 145
 Weger, Stefan ... S. 84 f.
 Wehner, Greta ... S. 109
 Wehrmeyer, Matthias ... S. 138
 Weichel, Klaus ... S. 189
 Weiershäuser, Heiko ... S. 172
 Weil, Reinhard ... S. 29
 Weil, Stephan ... S. 42, 130 ff., 138, 140, 142 ff., 148, 242 ff., 247 f., 250
 Weiland, Nils ... S. 126
 Weinbach, Kerstin ... S. 168
 Weinbrecht, Ralph ... S. 79
 Weis, Petra ... S. 32
 Weisensee, Hanne ... S. 23, 27, 29
 Weiss, Cornelius ... S. 110
 Weiss, Maurice ... S. 48
 Weiß, Thomas ... S. 143
 Weißbrod-Frey, Herbert ... S. 76
 Weizsäcker, Richard von ... S. 42
 Weltecke, Christoph ... S. 172
 Wendenburg, Helge ... S. 138

Wenghöfer, Jörg ... S. 117
 Werneke, Frank ... S. 79
 Werner, Heike ... S. 32
 Werner, Martina ... S. 71 f.
 Wernstedt, Rolf ... S. 110
 Weser, Ursula ... S. 196
 Westphal, Kerstin ... S. 196
 Wettig-Danielmeier, Inge ... S. 93, 110, 114
 Weusthoff, Anja ... S. 93
 Weyel, Gudrun ... S. 253
 Wichelhaus, Manfred ... S. 114
 Wicklein, Andrea ... S. 156, 230, 232
 Wiechmann, Stefan ... S. 35 f.
 Wiczorek-Zeul, Heidemarie ... S. 32, 112, 167, 230, 232
 Wiczorek, Norbert ... S. 64
 Wiefelspütz, Dieter ... S. 229 f., 232
 Wiegand-Hoffmeister, Bodo ... S. 118 f., 121
 Wiegand, Rolf ... S. 161
 Wiesehügel, Klaus ... S. 95
 Wilczynski, Martina ... S. 88
 Wilding, Beate ... S. 165
 Wilgorski, Birgit ... S. 145
 Wilkes, Rolf ... S. 173 f.
 Will, Christine ... S. 147, 149
 Will, Gerd ... S. 135, 147, 149
 Will, Rosemarie ... S. 91
 Will, Sebastian ... S. 181
 Winter, Fredi ... S. 189

Winter, Lars ... S. 117
 Winter, Marion ... S. 78, 196
 Wippermann, Susann ... S. 121
 Wirlitsch, Michael ... S. 81
 Wirtz, Franz Leo ... S. 79
 Witt, Nicoletta ... S. 129
 Witt, Patryk ... S. 228, 235
 Wobbeler, Alfons ... S. 73
 Wodarg, Wolfgang ... S. 76
 Woelki, Rainer Maria Kardinal ... S. 108
 Wohl, Rüdiger ... S. 178
 Woidke, Dietmar ... S. 156
 Woinoff, Konstantin ... S. 32, 47
 Wolbergs, Joachim ... S. 196
 Wölbern, Bernd ... S. 144 f.
 Woldtman, Bernd ... S. 121
 Wolf, Abraham de ... S. 108 f.
 Wolf, Michael ... S. 178
 Wolf, Stefan ... S. 178
 Wolf, Waltraud ... S. 151 f.
 Wölfe, Sabine ... S. 194
 Wolfram, Marko ... S. 178
 Wörmann, Eduard ... S. 113
 Wörner, Ludwig ... S. 73
 Wowereit, Klaus ... S. 11, 40 f., 67, 73, 98, 157 ff., 161, 247
 Wunderling-Weilbier, Matthias ... S. 130, 136
 Würdisch, Thomas ... S. 121

Y

Yetim, Ibrahim ... S. 165
 Yousaf, Amina ... S. 85
 Yüksel, Turgut ... S. 175

Z

Zado, Julian ... S. 84
 Zander, Karl Fred ... S. 253
 Zander, Kurt-Jürgen ... S. 152
 Zanker, Harald ... S. 178
 Zapf, Uta ... S. 175, 230, 232
 Zauner, Margrit ... S. 70
 Zeisberger, Oliver ... S. 130, 134
 Zetsche, Dieter ... S. 227
 Zieder-Ripplinger, Margriet ... S. 186
 Ziegler, Dagmar ... S. 32, 93, 100 ff., 229, 230 ff.
 Ziegler, Hans-Joachim ... S. 178
 Ziemann, Helga ... S. 112
 Zimmermann, Herman ... S. 32
 Zimmermann, Olaf ... S. 97 f.
 Zirra, Jana ... S. 194
 Zitzmann, Norbert ... S. 178
 Zöllmer, Manfred ... S. 230, 232
 Zöllner, Jürgen ... S. 100
 Zumhasch, Ulla ... S. 27 f.
 Zur-Panzer, Vered ... S. 108 f.
 Zwanziger, Theo ... S. 183
 Zypries, Brigitte ... S. 98, 105, 114, 230, 232

»WIR WOLLEN DIE MENSCHEN WIEDER BEGEISTERN, WIR MACHEN ERNST
MIT DER PARTEIREFORM – DENN WIR WOLLEN DIE MODERNSTE PARTEI
EUROPAS WERDEN.«

SIGMAR GABRIEL